

Der Diskurs der deutschen Bundesregierung
über Unternehmensverantwortung 1991–2013
Freiheit in Verantwortung?

von Johanna Horzetzky



University
of Bamberg
Press

27 Schriften aus der Fakultät Sozial- und
Wirtschaftswissenschaften der
Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Schriften aus der Fakultät Sozial- und
Wirtschaftswissenschaften der
Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Band 27



University
of Bamberg
Press

2016

Der Diskurs der deutschen Bundesregierung über Unternehmensverantwortung 1991–2013

Freiheit in Verantwortung?

von Johanna Horzetzky

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Informationen sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de/> abrufbar.

Diese Arbeit hat der Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften der Otto-Friedrich-Universität Bamberg als Dissertation vorgelegen.

1. Gutachter: Prof. Dr. Johann Engelhard

2. Gutachter: Prof. Dr. Richard Münch

Tag der mündlichen Prüfung: 28.09.2016

Dieses Werk ist als freie Onlineversion über den Hochschulschriften-Server (OPUS; <http://www.opus-bayern.de/uni-bamberg/>) der Universitätsbibliothek Bamberg erreichbar. Kopien und Ausdrücke dürfen nur zum privaten und sonstigen eigenen Gebrauch angefertigt werden.

Herstellung und Druck: docupoint, Magdeburg

Umschlaggestaltung: University of Bamberg Press, Anna Hitthaler

© University of Bamberg Press, Bamberg, 2016

<http://www.uni-bamberg.de/ubp/>

ISSN: 1867-6197

ISBN: 978-3-86309-448-5 (Druckausgabe)

eISBN: 978-3-86309-449-2 (Online-Ausgabe)

URN: urn:nbn:de:bvb:473-opus4-481195

Meiner Familie

Danksagung

Die Formulierung eines Themas für meine Dissertation war im Rückblick der zeitaufwendigste Abschnitt im ganzen Dissertationsprozess. Prof. Dr. Johann Engelhard gab mir die Möglichkeit, auch über die Grenzen der klassischen Betriebswirtschaftslehre hinaus ein für mich geeignetes Thema zu entwickeln. So konnte ich die beiden Bereiche verbinden, die mich bereits während meines Studiums gerade in ihrer Kombination besonders gefesselt hatten: Politik und Wirtschaft. Diese Verbindung hat mein Engagement über den gesamten Bearbeitungsprozess hinweg getragen. Nun liegt dieser Prozess hinter mir und es ist an der Zeit, mich für vielfältige Unterstützung zu bedanken.

Mein Dank geht als erstes an meinen Doktorvater, Prof. Dr. Johann Engelhard. Er hat es mir ermöglicht, ein Thema zu wählen und mit Methoden zu untersuchen, die in der klassischen Betriebswirtschaftslehre nicht unbedingt üblich sind. So konnte ich meinen Interessen folgen und mich mit Inhalten auseinandersetzen, die immer wieder Neues für mich bereithielten. Für diese Freiheit und seine immer auf potenzielle Schwachstellen in der Argumentation der Arbeit zielenden Fragen möchte ich mich herzlich bedanken. Ohne diese Fragen wäre die Arbeit an der Dissertation ein selbstreflexiver Prozess mit zweifelhaftem Ausgang geworden.

Weiterhin gilt mein Dank den Kolleginnen und Kollegen, die die Arbeit am Lehrstuhl zu einer inhaltlich-wissenschaftlich bereichernden und auch persönlich wunderschönen Zeit haben werden lassen: Christine Brunner, Christoph Czychon, Dieter Dresel, Annalena Fajen, Carolin Fleischmann, Laura Folter, Michael Gerten, Daniel Kaumanns, Linda Kerner, Markus Moelgen, Georg Trautnitz, Sonia Vilaclara Fatjo und natürlich der guten Seele des Lehrstuhls, Ute Hanß. Auch den studentischen Hilfskräften, mit denen ich in meiner Zeit am Lehrstuhl zusammenarbeiten durfte, danke ich für ihre Unterstützung.

Außerhalb der Universität geht mein Dank an Ingo Henneberg und Beate Mussawy. Ohne den Austausch mit ihnen über wissenschaftliche

und nicht-wissenschaftliche Themen wäre mein Leben in dieser Phase deutlich eintöniger gewesen.

Meinen Eltern danke ich für ihre Liebe, Unterstützung, ihr Vorbild und die von ihnen ganz selbstverständlich gelebte Politik, ohne die sich mein Leben anders entwickelt hätte. Meiner Patentante, die den Abschluss dieser Dissertation leider nicht mehr erleben konnte, danke ich für die Aufmunterung in der schwierigen Frühphase. Dank gilt auch meinem Patenonkel für die telefonische Unterstützung über den gesamten Arbeitsprozess hinweg.

Zum Schluss, aber nicht zuletzt, danke ich meinem Mann Christian für die viele Zeit, die er mir in kritischen und ermutigenden Diskussionen und mit der Korrektur der verschiedenen Textfassungen geschenkt hat. Dies hat meinen Blick für die Herausforderung geschärft, Zusammenhänge und Sachverhalte auch Leserinnen und Lesern zu vermitteln, die sich nicht bereits seit Jahren mit dem Thema beschäftigen. Ohne seinen bedingungslosen Glauben an mich und meine Arbeit wäre diese Dissertation nicht möglich gewesen.

Bayreuth im November 2016

Johanna Horzetzky

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	VII
Tabellenverzeichnis	VIII
1 Die deutsche Bundesregierung, Unternehmen und CSR	1
2 Verantwortungsvolles Unternehmenshandeln und CSR	9
2.1 Geschichte und Definitionsversuche von CSR	11
2.1.1 Entstehung und Verbreitung des CSR-Begriffs	11
2.1.2 Einflussreiche Definitionsversuche zu CSR	14
2.1.3 Verwandte Konzepte	17
2.1.4 Kerncharakteristika von CSR	20
2.2 Nationale Unterschiede im Umgang mit CSR	24
2.2.1 Bisherige Studien zu nationalen Unterschieden im Umgang von Regierungen mit CSR	24
2.2.1.1 Motive von Regierungen für die Unterstützung von CSR	25
2.2.1.2 Rollen von Regierungen im Umgang mit CSR	26
2.2.2 Bisherige Studien zu nationalen Unterschieden im Umgang von Unternehmen mit CSR als Reaktion auf staatliche Gegebenheiten	29
2.2.3 Deutschland – Von impliziter zu expliziter CSR?	31
2.2.4 Implizite CSR und die Bedeutung der Rahmenordnung bei Karl Homann	36
2.3 Das Verständnis der deutschen Bundesregierung von verantwortlichem Unternehmenshandeln und CSR – die Bedeutung von Freiwilligkeit	38
2.4 Bisherige Arbeiten zu CSR und der Beziehung zu Regierungen oder anderen regulierenden Stellen	44
2.4.1 Vorgehen und Erkenntnisse der bisherigen Arbeiten	45

2.4.2	Einschränkungen bisheriger Forschung zu Unternehmens-Regierungsbeziehungen und CSR sowie notwendige Erweiterungen	46
2.5	Corporate Political Activity	49
2.6	Motive von Unternehmen für den Einsatz von CSR	52
2.7	Zwischenfazit – Unternehmensverantwortung als Gegenstand institutionalistischer Veränderungsprozesse	55
3	Neoinstitutionalismus und institutionelle Logiken	56
3.1	Der Neoinstitutionalismus	60
3.1.1	Unterschiedliche Grundlagen im Neoinstitutionalismus	60
3.1.1.1	Der Rational-Choice-Institutionalismus	62
3.1.1.2	Der Historische Institutionalismus	63
3.1.1.3	Der soziologische Institutionalismus	64
3.1.2	Der Institutionenbegriff im Neoinstitutionalismus	66
3.1.3	Entstehung und Veränderung von Institutionen im Neoinstitutionalismus	70
3.1.3.1	Der Prozess der Institutionalisierung im Neoinstitutionalismus	70
3.1.3.2	Institutioneller Isomorphismus als Prozess der Verbreitung von Institutionen	73
3.1.3.3	Institutioneller Wandel im Neoinstitutionalismus	76
3.1.4	Der Akteur im soziologischen Neoinstitutionalismus	77
3.1.5	Organisationale Felder	80
3.1.6	Beziehungen und Netzwerke im Neoinstitutionalismus	83
3.2	Institutionelle Logiken	86
3.2.1	Rationale Mythen und institutionelle Logiken	89

3.2.2	Veränderungen in der institutionellen Logik-Perspektive	90
3.2.3	Der Akteur in der institutionellen Logik-Perspektive	94
3.2.4	Institutionelle Felder	97
3.2.5	Beziehungen in der institutionellen Logik-Perspektive	98
3.3	Zwischenfazit – Institutionelle Logiken als theoretische Perspektive auf die Forschungsfragen	101
4	Organisationale Identität und interorganisationale Beziehungen	103
4.1	Interorganisationale Beziehungen	106
4.2	Organisationale Identität	107
4.2.1	Individuelle und organisationale Identität	109
4.2.1.1	Kollektive Identität als Metapher und als empirisches Phänomen	109
4.2.1.2	Die Konzeption organisationaler Identität	112
4.2.2	Die Möglichkeit der Veränderung von Identität	115
4.2.3	Situationsabhängigkeit von Identität	117
4.2.4	Die optimale Unverwechselbarkeit organisationaler Identitäten	118
4.2.5	Die Rolle des Akteurs in der Entwicklung organisationaler Identität	122
4.2.6	Organisationale Identität und institutionelle Logik	123
4.3	Zwischenfazit – Organisationale Identität und Interorganisationale Beziehungen	126
5	Wissenssoziologische Diskurse über CSR	128
5.1	Diskurse und institutionelle Logiken	132
5.2	Logik und Diskurs – Begrifflichkeiten	137
5.3	Der Akteur im Diskurs	140
5.4	Veränderungen im Diskurs und in Logiken	143

5.5	Fremd- und Selbstposition – Rollen und Identität	148
5.6	Zwischenfazit – Theoretischer Analyserahmen	149
6	Kompatibilität der metatheoretischen Grundannahmen	152
6.1	Die vier Paradigmen von Burrell und Morgan	153
6.2	Paradigmatische Herangehensweise der Arbeit	159
6.3	Paradigmatische Herangehensweisen an CSR	161
6.4	Paradigmatische Herangehensweisen an den Neoinstitutionalismus und institutionelle Logiken	162
6.5	Paradigmatische Herangehensweisen an organisationale Identität	163
6.6	Paradigmatische Herangehensweisen an die Diskursanalyse	164
6.7	Vereinbarkeit der paradigmatischen Annahmen der verwendeten Theorien	165
7	Methodik, Sampling und Analyse	166
7.1	Qualitative Vorgehensweise und Gütekriterien	166
7.2	Fallstudie	169
7.3	Retrospektives Vorgehen	173
7.4	Untersuchungszeitraum 1991–2013	174
7.5	Reden als Diskursbestandteile	175
7.6	Datenerhebung	179
7.7	Sampling	181
7.8	Analyseprozess	185
8	Die Ergebnisse: Veränderungen in Erwartungen und Identität?	197
8.1	Felder der Verantwortung	198
8.2	Identitätskonstruktion der Bundesregierung	213
8.3	Veränderungen in den Verantwortungsfeldern	225
8.3.1	Das Feld Arbeitsplätze	239
8.3.2	Das Feld Ausbildungsplätze	246

8.3.3	Das Feld Bildung	250
8.3.4	Das Feld CSR	253
8.3.5	Das Feld Familienförderung	256
8.3.6	Das Feld Gesellschaftlicher Wohlstand	260
8.3.7	Das Feld Gleichberechtigung	263
8.3.8	Das Feld Infrastruktur	267
8.3.9	Das Feld Inklusion	270
8.3.10	Das Feld Innovation	272
8.3.11	Das Feld Integration	275
8.3.12	Das Feld Internationales Engagement	277
8.3.13	Das Feld Klima- und Umweltschutz	279
8.3.14	Das Feld Senioren	285
8.3.15	Das Feld Soziale Sicherung und Arbeitsbeziehungen	287
8.3.16	Das Feld Steuern	290
8.3.17	Das Feld Verbraucherschutz	293
8.3.18	Schlussfolgerungen aus den Feldveränderungen	296
8.3.19	Schlussfolgerungen aus den Veränderungen der Identitätskonstruktion	306
8.4	Ein neues Konzept von Grundlagen und Arten der Erwartung sowie Arten der Reaktion darauf	312
9	Schlussfolgerungen sowie Limitationen und Ausblick auf weitere Forschung	317
9.1	Erkenntnisse aus der Beantwortung der Forschungsfragen: Vielfältige Erwartungen an Unternehmen, reziproke Abhängigkeit und evolutionäre Veränderungen durch externe Auslöser	318
9.1.1	17 Felder von Unternehmensverantwortung – Die Erwartungen der Regierung an verantwortungsvolles Unternehmenshandeln	318
9.1.2	Reziproke Abhängigkeit – Die Identität der Regierung und ihre Wahrnehmung der	

Beziehung zu Unternehmen im Bereich Unternehmensverantwortung	320
9.1.3 Evolutionäre Veränderungen – Die Veränderungen in Erwartungen und Identität der Regierung hinsichtlich von Unternehmensverantwortung	320
9.1.4 Externe Auslöser – Ursachen für Veränderungen in Erwartungen und Identität der Regierung hinsichtlich von Unternehmensverantwortung	321
9.2 Schlussfolgerungen für Unternehmen	324
9.3 Schlussfolgerungen für die Diskussion um die Bedeutung nationaler Regierungen im globalen Kontext von Unternehmensverantwortung	326
9.4 Weitergehende theoretische Überlegungen	327
9.4.1 Schlussfolgerungen für das Konzept expliziter und impliziter CSR	327
9.4.2 Schlussfolgerungen für die Perspektive institutioneller Logiken	328
9.4.3 Schlussfolgerungen für die Wissenssoziologische Diskursanalyse	330
9.4.4 Schlussfolgerungen aus der interpretativen Herangehensweise	330
9.5 Limitationen	331
9.6 Ansätze für weitere Forschung	332
Literaturverzeichnis	335

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Aufbau der Untersuchung	8
Abbildung 2: Beziehung zwischen CSR und verwandten Konzepten	19
Abbildung 3: Grundlegende Bestandteile von CSR	22
Abbildung 4: Zusammenhang von Makro- und Mikroebene im Akteurskonzept der Perspektive institutioneller Logiken	91
Abbildung 5: Veränderungsprozess aus der Perspektive institutioneller Logiken	93
Abbildung 6: Zusammenhang zwischen institutionellen Logiken, Identitäten und Praktiken	125
Abbildung 7: Theoretischer Analyserahmen	150
Abbildung 8: Die vier soziologischen Paradigmen	156
Abbildung 9: Vorgehensweise beim Sampling	182
Abbildung 10: Analyseprozess	187
Abbildung 11: Bereiche von Unternehmensverantwortung	199
Abbildung 12: Fokus der ersten Analyseschritte	200
Abbildung 13: Fokus der zweiten Analyseschritte	214
Abbildung 14: Übergeordnete Felder für Unternehmensverantwortung	227
Abbildung 15: Fokus der dritten Analyseschritte	229
Abbildung 16: Deutungsmuster verschiedener Diskursebenen	238
Abbildung 17: Handlungsmöglichkeiten der Regierung in Abhängigkeit von ihrem sowie vom Handlungsspielraum der Unternehmen	310
Abbildung 18: Grundlagen von Unternehmensverantwortung	314
Abbildung 19: Beziehung zwischen Erwartung und Reaktion der Unternehmen	315

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: In den Veränderungsprozessen eingesetzte Deutungsmuster	229
Tabelle 2: In den Veränderungsprozessen eingesetzte Deutungsmuster nach Logik und Diskursebene	303

„Wenn auch gelegentlich in Deutschland die Auffassung entstand, es sei im wesentlichen nur die bewußte Ausgestaltung der Wettbewerbsordnung vonnöten, um zugleich damit auch der sozialen Problematik Herr zu werden, so dürfte man doch heute klarer sehen, daß eine solche instrumentale Auffassung der hier zu bewältigenden Aufgabe nicht gerecht wird.“¹

1 Die deutsche Bundesregierung, Unternehmen und CSR

„Damit bin ich auch sehr schnell bei der so genannten „Corporate Social Responsibility“; wir neigen ja dazu, selbst deutsche Markenkerne inzwischen englisch auszusprechen. Es geht hierbei also um soziale Verantwortung; im Land der Sozialen Marktwirtschaft sollte das klar sein. Das Zusammenspiel von unternehmerischer und gesellschaftlicher Verantwortung hat bei uns Tradition, muss aber ausgebaut werden.“²

Dieses Zitat von Angela Merkel, ebenso wie das diesem Kapitel vorangestellte Zitat von Alfred Müller-Armack, zeigt, dass Unternehmensverantwortung in Deutschland eine lange Tradition hat. Allerdings wird auch deutlich, dass politische Akteure einen gewissen Ausbaubedarf sehen. Dieser Ausbaubedarf sei in Deutschland, so ein Argument der wissenschaftlichen Literatur, auch der Übernahme des Konzepts Corporate Social Responsibility (CSR) aus dem angloamerikanischen Raum geschuldet.³ CSR ist zu einem viel verwendeten Begriff geworden.⁴ Selbst in Deutschland, das im Bereich CSR eher als Nachzügler betrachtet wird.⁵ Selbstverständlich ist CSR dabei nicht ohne Kritiker geblieben. Die Bandbreite der Vorwürfe reicht von „altem Wein in neuen Schläuchen“⁶ bis hin zu „weißer Salbe“ für mögliches Fehlverhalten von Unternehmen⁷. Der letzte Punkt weist bereits darauf hin, warum CSR für Unternehmen interessant sein könnte: Abgesehen von der intrinsischen

¹ Müller-Armack (1976), S. 237.

² Angela Merkel am 20.06.2011 in ihrer Rede bei der 11. Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung.

³ Vgl. dazu bspw. Matten/Moon (2008), S. 415f.

⁴ Vgl. Hiß (2009a), S. 289.

⁵ Vgl. Kinderman (2008), S. 1; Sandberg (2011), S. 18.

⁶ Vgl. bspw. Hiß (2009a), S. 300; Palazzo (2010), S. 73.

⁷ Vgl. bspw. Miller/Guthrie (2011), S. 147.

Motivation, sich verantwortlich zu verhalten, bietet CSR die Möglichkeit, dieses verantwortliche Verhalten mit einem inzwischen etablierten Begriff einer möglichst breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Die, auch in der Wissenschaft behandelten, Vorteile für ein Unternehmen sind zahlreich. Motiviertere und qualifiziertere Mitarbeiter, ein Wettbewerbsvorteil gegenüber der Konkurrenz und ein besserer Ruf bei regulierenden Stellen sind nur einige Beispiele.⁸ Diese Vorteile werden in der wissenschaftlichen Diskussion unter dem Begriff „Business Case“ für CSR zusammengefasst.⁹

Nachdem zunächst viele Studien die Vorteile von CSR im Wettbewerb sowohl um qualifizierte Mitarbeiter¹⁰ als auch um Kunden¹¹ und Investoren¹² untersucht haben, widmen sich neuere Arbeiten auch möglichen Vorteilen in der Beziehung zu regulierenden Stellen.¹³ Die Ergebnisse dieser Untersuchungen sind allerdings meist nicht sehr eindeutig.¹⁴ Das kann daran liegen, dass die Beziehung zwischen Unternehmen und regulierenden Stellen jeder Art unter besonderer öffentlicher Beobachtung steht.¹⁵ Aussagen beider Seiten könnten also eher sozial erwünschtes als reales Verhalten widerspiegeln. Andererseits könnte es auch sein, dass CSR von Unternehmen in Deutschland inzwischen erwartet wird. Wird diese Erwartung erfüllt, führt dies nicht unbedingt zu einer Verbesserung des Ansehens oder der Beziehung, sondern vermeidet lediglich eine Verschlechterung, würde die Erwartung nicht erfüllt.¹⁶ Dies gilt insbesondere für große Unternehmen, die sowohl unter besonderer Beobachtung der Öffentlichkeit stehen,¹⁷ als auch

⁸ Vgl. Maignan/Ferrell/Ferrell (2005), S. 974; Scherer/Palazzo (2011), S. 904.

⁹ Vgl. Carroll/Shabana (2010), S. 86.

¹⁰ Vgl. für eine Übersicht Randy Evans/Davis (2011), S. 457.

¹¹ Vgl. für eine Übersicht Sen/Bhattacharya (2001), S. 225.

¹² Vgl. für eine Übersicht Petersen/Vredenburg (2009), S. 1.

¹³ Vgl. bspw. Gjolberg (2011); Jazbinsek (2009); Liedong et al. (2015); Mathis (2008); Steinert (2007).

¹⁴ Vgl. Gjolberg (2011), S. 25; Jazbinsek (2009), S. 76; Mathis (2008), S. 443; Steinert (2007), S. 48.

¹⁵ Vgl. Steinert (2007), S. 45.

¹⁶ Vgl. Backhaus-Maul/Kunze (2010), S. 92.

¹⁷ Vgl. Schiller-Merkens (2008), S. 68.

meist direkte Beziehungen zu regulierenden Stellen, wie der Bundesregierung¹⁸ unterhalten.

Um überhaupt Vorteile aus einer verantwortungsvollen Unternehmensführung in der Beziehung zur Regierung generieren zu können, müssen Unternehmen jedoch wissen, was von ihnen konkret erwartet wird. Die Bundesregierung hat 2010 einen Aktionsplan CSR veröffentlicht, der auch eine Definition von CSR enthält.¹⁹ Diese betont insbesondere den freiwilligen Charakter von CSR. Allerdings findet sich dort auch die Formulierung, es handele sich um „die Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung durch Unternehmen über gesetzliche Anforderungen hinaus“²⁰. Dies würde grundsätzlich bedeuten, dass auch Verhalten im gesetzlich regulierten Bereich als Bestandteil gesellschaftlicher Verantwortung betrachtet wird.²¹ Aus diesem erwüchse jedoch nur dann ein Vorteil für Unternehmen in ihrer Beziehung zur Regierung, wenn die Regierung dieses Verhalten, trotz seiner rechtlichen Verbindlichkeit, nicht als selbstverständlich begreift. Ein Grund für die Regierung, die Befolgung rechtlich verbindlicher Verhaltensweisen trotzdem als nicht selbstverständlich zu betrachten, könnte die Möglichkeit von Unternehmen sein, ihren Sitz in ein Land mit einer weniger anspruchsvollen Regulierung²² zu verlegen.²³ Für Unternehmen ist damit nicht eindeutig identifizierbar, was die deutsche Bundesregierung von ihnen im Bereich Unternehmensverantwortung erwartet. Über dieses Wissen

¹⁸ Vgl. Jazbinsek (2009), S. 69; Schnapp/Welzel (2000), S. 333; von Winter/Willems (2009), S. 16; die deutsche Bundesregierung setzt sich aus der Bundeskanzlerin/dem Bundeskanzler und den Bundesministerinnen/Bundesministern zusammen, vgl. Art. 62 GG.

¹⁹ Vgl. BMAS (2010), S. 35.

²⁰ BMAS (2010), S. 35.

²¹ Dafür sprechen auch die im Referentenentwurf des BMJV zum CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz vorgesehenen Regelungen, die eine Berichterstattung z.B. zu ökologischen und sozialen Belangen für größere Unternehmen verpflichtend machen sollen, vgl. BMJV (2016), S. 4ff.

²² Unter Regulierung wird in dieser Arbeit die Regelung eines Sachverhalts durch den Staat verstanden, vgl. Schubert/Klein (2007), S. 251.

²³ Vgl. Hiß (2009a), S. 295.

müssten sie jedoch verfügen, wollten sie die Erwartungen der Regierung erfüllen. Daraus ergibt sich die erste Forschungsfrage:

- Wie ist das, durch die deutsche Bundesregierung konstruierte²⁴, Verständnis von Unternehmensverantwortung inhaltlich ausgestaltet?

Bereits an dieser Stelle sollte darauf hingewiesen werden, dass es im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich ist, alle Regierungsmitglieder in der vorgenommenen Analyse zu berücksichtigen. Es erfolgte daher eine Konzentration auf das Bundeskanzleramt. Dafür gibt es gute Argumente. Warum bei einer Analyse eines langfristigen Veränderungsprozesses trotzdem davon ausgegangen wird, von für die Bundesregierung als Gesamtheit gültigen Aussagen sprechen zu können, wird in Abschnitt 7.7 erläutert.

Direkt an die erste lässt sich die zweite Forschungsfrage dieser Arbeit anschließen:

- Wie konstruiert die Bundesregierung ihre eigene Identität²⁵ im Bereich Unternehmensverantwortung?

Denn die Analyse bisheriger Arbeiten zu CSR und Unternehmens-Regierungs-Beziehungen hat, wie oben bereits erwähnt, gezeigt, dass bisher nicht abschließend geklärt werden konnte, ob und wenn ja wie die Beziehung zwischen Unternehmen und Regierung in Deutschland durch CSR beeinflusst wurde. Da es, wie oben ebenfalls bereits erwähnt, schwierig ist, direkte Aussagen zu der Beziehung zwischen Unternehmen und Regierung zu erhalten, kann der Umweg über die Eigenkonstruktion der Identität durch die Bundesregierung hier Abhilfe schaffen. Es wird darum gehen, zu klären, wie die Regierung sich im Bereich Unternehmensverantwortung im Verhältnis zu Unternehmen selbst konstruiert.

²⁴ In dieser Arbeit wird aus einer interpretativen Perspektive (vgl. dazu Abschnitt 6.2) davon ausgegangen, dass die Realität für in ihr handelnde Akteure erst durch Interpretation handlungsleitende Bedeutung gewinnt (vgl. dazu Berger/Luckmann (1971), S. 21ff.; Lamnek (2010), S. 32).

²⁵ Zu einer Auseinandersetzung mit dem Identitätsbegriff vgl. Abschnitt 4.2.

Das Aufkommen des Begriffes CSR und verwandter Begriffe wie Corporate Citizenship oder Stakeholdermanagement in Deutschland wird von der einschlägigen Literatur auf den Beginn der 90er Jahre datiert.²⁶ Damit einher sei eine Entwicklung gegangen, die durch weniger verpflichtende Unternehmensverantwortung stärkere Anreize für freiwillige Unternehmensverantwortung geschaffen habe.²⁷ Erklärt wird dies damit, dass freiwillige Verantwortungsübernahme erst dann ein Wettbewerbsvorteil und damit ökonomisch relevant sei, wenn nicht ohnehin alle Unternehmen zu diesem Verhalten gezwungen seien. Der Rückgang verpflichtender Unternehmensverantwortung wird durch zunehmende Deregulierung,²⁸ Privatisierung²⁹ und Schwächung der Corporate Governance³⁰ begründet. Im Zuge dieses Prozesses habe sich auch das Verhältnis zwischen Regierung und Unternehmen verändert, da die Regierung immer mehr Aufgaben an Unternehmen übertragen habe.³¹

Im Bereich der Corporate Governance sind für Deutschland die Veränderungen empirisch untersucht worden.³² Allerdings wurde der Beitrag der Mitbestimmung für die Entwicklung deutscher Unternehmen in der Finanz- und Wirtschaftskrise als sehr positiv eingeschätzt.³³ Auch eine zunehmende Deregulierung lässt sich in Deutschland nicht generell feststellen.³⁴ Im Bereich der Privatisierung ist sogar eine nachlassende Entwicklung nachweisbar.³⁵ Es kann also nicht von einer einheitlichen Dynamik gesprochen werden. Daraus ergibt sich die nächste For-

²⁶ Vgl. Hiß (2009a), S. 289. Hieraus ergibt sich auch die Wahl des Untersuchungszeitraums; vgl. dazu ausführlicher Abschnitt 7.4.

²⁷ Vgl. Matten/Moon (2005), S. 344; Matten/Moon (2008), S. 415.

²⁸ Vgl. Hiß (2009b), S. 436; Kinderman (2008), S. 4.

²⁹ Vgl. Detomasi (2015), S. 686.

³⁰ Vgl. Beyer/Höpner (2003), S. 180ff.

³¹ Vgl. Hansen/Schrader (2005), S. 278; Friedrich/Hadasch (2010), S. 140.

³² Vgl. Beyer/Höpner (2003).

³³ Vgl. Schroeder (2012), S. 267.

³⁴ Vgl. bspw. Baule (2012), S. 558; Jacob/Volkery (2007), S. 434; Jänicke (2010), S. 488; vgl. für einen Überblick über verschiedene Politikfelder unter den letzten Regierungen bspw. Egle/Zohlhnhöfer (2007); Egle/Zohlhnhöfer (2010) und Zohlhnhöfer/Saalfeld (2015).

³⁵ Vgl. Herweg/Zohlhnhöfer (2010), S. 257.

schaftsfrage, denn es ist für Unternehmen wichtig, zu wissen, ob sich die Erwartungen der Regierung an sie verändert haben. Ebenso ist es relevant zu erfahren, ob sich in der Konstruktion der Identität der Regierung und damit in deren Verhältnis zu Unternehmen Veränderungen ergeben haben:

- Haben sich Veränderungen in der Erwartungshaltung der Bundesregierung großen Unternehmen gegenüber und in ihrer eigenen Identitätskonstruktion ergeben?

Sollten sich diese Erwartungen und die Identitätskonstruktion verändert haben, ist es für Unternehmen interessant, zu erfahren, wodurch diese Veränderungen ausgelöst wurden. Denn Erwartungen und die damit zusammenhängende Interpretation von Identität können als sozial konstruiert begriffen werden.³⁶ In soziale Konstruktionsprozesse können sich Unternehmen als soziale Akteure ebenfalls einbringen. Sie haben damit, über kurzfristige Erwartungserfüllung hinaus, die Möglichkeit, langfristig auf die Konstruktion von Unternehmensverantwortung Einfluss zu nehmen. Dafür müssen sie sich jedoch bewusst machen, wie die dafür relevanten Prozesse ablaufen.³⁷ Dazu soll die Beantwortung der letzten Forschungsfrage beitragen:

- Welche Auslöser lassen sich für diese potenziellen Veränderungen feststellen?

Um die Forschungsfragen beantworten zu können, wird zunächst in Kapitel zwei ein grundlegender Überblick über das Verständnis von CSR, insbesondere in Deutschland, und bisherige Arbeiten zu einem möglichen Zusammenhang von CSR und Unternehmens-Regierungs-Beziehungen gegeben. Hierbei wird deutlich, dass Verantwortung sinnvoll als sozialer Prozess und als solcher durch institutionelle Prozesse beeinflusst betrachtet wird. Die Forschungsfragen legen einen Fokus auf Veränderungen. Daher wird in den Kapiteln drei bis fünf ein Modell entwickelt, dass die Analyse institutioneller Veränderungsprozesse un-

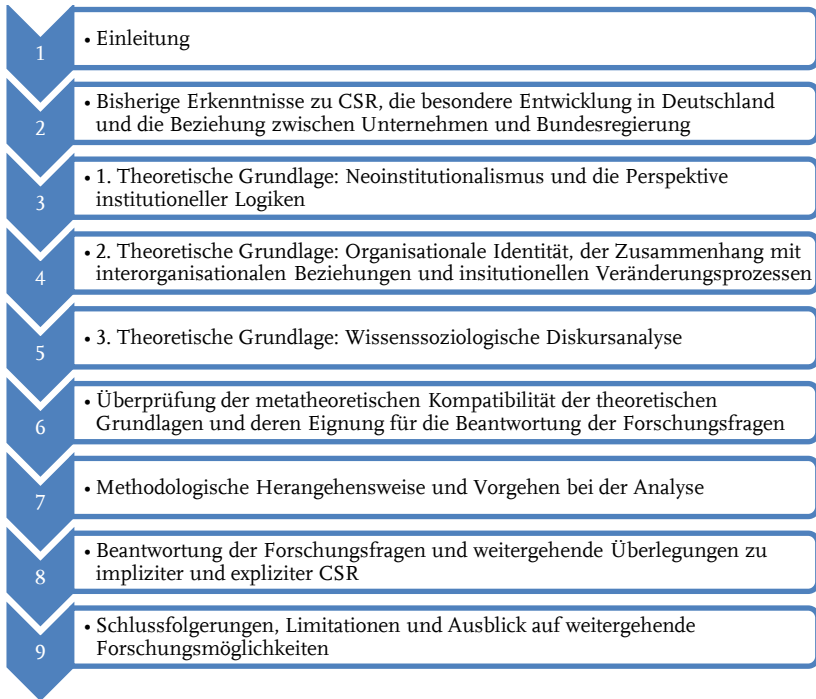
³⁶ Vgl. Kyora (2001), S. 19.

³⁷ Vgl. bspw. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 89ff.

ter Berücksichtigung der Identitätskonstruktion der Bundesregierung ermöglicht. Dafür wird zunächst in Kapitel drei grundlegend erläutert, warum die Perspektive institutioneller Logiken als Weiterentwicklung des Neoinstitutionalismus hierfür eine hilfreiche Grundlage bietet. Die Beziehung zwischen Unternehmen und Regierung ist für die Beantwortung der Forschungsfragen zwei bis vier relevant. In Kapitel vier wird deshalb der Zusammenhang zwischen Beziehung und Identität sowie Veränderungsprozessen aufgezeigt. Die bisherigen theoretischen Erkenntnisse werden in Kapitel fünf mit der Wissenssoziologischen Diskursanalyse kombiniert. Denn sowohl die Erwartung der Regierung an Unternehmen als auch ihre Identitätskonstruktion können als diskursiv konstruiert betrachtet werden. Die Kombination der drei theoretischen Bereiche ermöglicht die Entwicklung eines Modells, mit dessen Hilfe der Veränderungsprozess, der Grundlage der Forschungsfragen drei und vier ist, analysiert werden kann. Damit basiert diese Analyse auf drei verschiedenen theoretischen Beiträgen. Um sicher zu stellen, dass diese Beiträge metatheoretisch kompatibel und für die Beantwortung der Forschungsfragen zielführend sind, folgt in Kapitel sechs eine dahingehende grundlegende Überprüfung der drei Beiträge auf Kompatibilität und Sinnhaftigkeit für die Beantwortung der Forschungsfragen. Aus der interpretativen Ausrichtung der Forschungsfragen und des theoretischen Modells ergibt sich eine ebensolche Herangehensweise an die zu untersuchenden Daten. Die dabei gewählte Methodik und die Vorgehensweise in der Analyse werden in Kapitel sieben dargestellt. Aufbauend auf den Ergebnissen der Analyse folgt in Kapitel acht die Beantwortung der Forschungsfragen. Außerdem werden die Ergebnisse genutzt, um das Konzept von impliziter und expliziter CSR³⁸ zu präzisieren. Schlussfolgerungen, Limitationen und Ausblick auf weitergehende Forschungsmöglichkeiten in Kapitel neun beschließen die Arbeit. Vgl. für einen Überblick Abbildung 1.

³⁸ Vgl. für eine erste kritische Auseinandersetzung mit diesem Konzept Abschnitt 2.2.3.

Abbildung 1: Aufbau der Untersuchung³⁹



³⁹ Eigene Darstellung.

*„One such social issue bears the label "corporate social responsibility" or just "social responsibility." The term is a brilliant one; it means something, but not always the same thing, to everybody.“*⁴⁰

2 Verantwortungsvolles Unternehmenshandeln und CSR

Der Gedanke von Unternehmensverantwortung ist in Deutschland nicht neu.⁴¹ Allerdings wurde diese lange Zeit als implizite Verantwortung⁴² verstanden und daher kaum öffentlich unter dem mit Freiwilligkeit verbundenen CSR Begriff diskutiert.⁴³ Erst seit den 1990ern wird auch in Deutschland explizite CSR sowohl in der Praxis als auch in der Wissenschaft vermehrt unter dieser Bezeichnung diskutiert.⁴⁴ Diese Untersuchung befasst sich mit dem Verständnis der deutschen Bundesregierung von Unternehmensverantwortung bzw. CSR⁴⁵. Ziel der Arbeit ist es, das Verständnis der Entwicklung der Beziehung zwischen Bundesregierung und deutschen Unternehmen im Feld der Unternehmensverantwortung herauszuarbeiten. Denn welche Aspekte der Beziehung zu den Unternehmen für die Bundesregierung in dieses Feld fallen, ist von

⁴⁰ Votaw (1972), S. 25.

⁴¹ Vgl. Akländer/Löhr (2010), S. 12. Die philosophische Frage, ob dem kollektiven Akteur „Unternehmen“ grundsätzlich Handlungsfähigkeit und damit Verantwortung zugeschrieben werden kann, kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden. Für diese Arbeit ist die Auffassung der Bundesregierung grundlegend, die von einer kollektiven Unternehmensverantwortung ausgeht, vgl. BMAS (2010), S. 35. Für eine tiefergehende Auseinandersetzung mit dieser Thematik vgl. jedoch Engelhard/Trautnitz (2005); Neuhäuser (2011).

⁴² Vgl. Matten/Moon (2005), S. 342. Implizite CSR bezeichnet nach Matten und Moon die Übernahme von Verantwortung aufgrund kollektiver Normen, die von Unternehmen nicht explizit nach außen kommuniziert wird. Explizite CSR bezeichnet die individuelle Ausgestaltung von Unternehmensverantwortung, die von Unternehmen auch aktiv als Eigenleistung dargestellt wird. Vgl. für eine ausführlichere Auseinandersetzung mit diesem Konzept Abschnitt 2.2.3.

⁴³ Vgl. Gond/Kang/Moon (2011), S. 656; Hiß (2009b), S. 436.

⁴⁴ Vgl. Hiß (2009a), S. 295; Sandberg (2011), S. 18.

⁴⁵ Hier wird zunächst nicht zwischen einer rein freiwillig verstandenen CSR und einer umfassenderen Verantwortung von Unternehmen unterschieden. Eine Auseinandersetzung mit diesem Unterschied folgt im Laufe des Kapitels, vgl. Abschnitt 2.3.

dem Verständnis der Bundesregierung von Unternehmensverantwortung und CSR abhängig. Um dies zu klären, wird zu Beginn des Kapitels zunächst erläutert, woher der Begriff CSR stammt und welche einflussreichen Definitionen zu diesem „essentially contested concept“⁴⁶ existieren (2.1). Dass unterschiedliche Verständnisse von CSR unterschiedlichen institutionellen Umfeldern geschuldet sein können und welche Argumente bisher für Veränderungen des CSR-Verständnisses in Deutschland vorgebracht wurden, wird im darauf folgenden Abschnitt erläutert (2.2). Die Bundesregierung hat 2010 eine „nationale Strategie zur gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen“ veröffentlicht.⁴⁷ Darin enthalten ist eine Definition von CSR.⁴⁸ In diesem Abschnitt (2.3) wird die Definition von 2010 erläutert und daraufhin untersucht, ob das darin deutlich werdende Verständnis von CSR als freiwillig tatsächlich die Gesamtheit der Erwartungen der Bundesregierung an Unternehmen darstellen kann. Abschnitt 2.4 geht auf bisherige Arbeiten zu Unternehmensverantwortung und deren Wirkung auf Regierungen ein und stellt ihre Kritikpunkte im Hinblick auf die Fragestellungen dieser Arbeit dar. Außerdem werden die politische Aktivität von Unternehmen zur Beeinflussung von Regierungen (2.5) sowie institutionalistisch geprägte Arbeiten zu Motiven von Unternehmen für CSR dargestellt (2.6). Das dient dazu, einerseits CSR-Aktivitäten in die Erkenntnisse zu anderen Aktivitäten von Unternehmen zur Beeinflussung von Regierungen einordnen zu können. Andererseits bieten die institutionalistisch geprägten Arbeiten zu Motiven von Unternehmen für CSR eine nützliche Grundlage für die Untersuchung der Rolle von Regierungen in diesem Prozess.

⁴⁶ Gallie (1955-1956), S. 169. Gallie sieht darin Konzepte, wie bspw. Demokratie, deren Bedeutung je nach konkreter Situation variieren kann und für die es keine einheitlichen Definitionen gibt. Vgl. Okoye (2009) für eine Auseinandersetzung mit CSR als essentially contested concept.

⁴⁷ Vgl. BMAS (2010).

⁴⁸ Vgl. BMAS (2010), S. 35.

2.1 Geschichte und Definitionsversuche von CSR

Zunächst ist es jedoch sinnvoll, die geschichtliche Entwicklung und die einflussreichsten Definitionsversuche von CSR vorzustellen, in deren Kontext die Interpretation der Bundesregierung von Unternehmensverantwortung gesehen werden sollte.

2.1.1 Entstehung und Verbreitung des CSR-Begriffs

Da die Entwicklung des Konzeptes CSR in den USA spätestens 1953 mit dem Erscheinen von *The Social Responsibilities of the Businessman* begann,⁴⁹ kann eine Darstellung der Entwicklung des Konzeptes CSR sich nicht allein auf Deutschland beschränken. Die ersten wissenschaftlichen Arbeiten, die sich ausdrücklich mit CSR auseinandersetzen, stammen aus den USA.⁵⁰ Die Entwicklung des wissenschaftlichen Diskurses über CSR in den USA kann als Spiegel der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes betrachtet werden.⁵¹ Die frühen Autoren – und damit auch ihre Texte – waren durch die Depression und die wirtschaftlichen Entwicklungen nach dem zweiten Weltkrieg geprägt.⁵² Sie stehen freiwilliger Verantwortungsübernahme durch Unternehmen noch eher skeptisch gegenüber⁵³ und betonen, dass auch die Regulierung von Unternehmen durch den Staat zur Wahrung sozialer Gerechtigkeit notwendig sein kann.⁵⁴ Diese Argumentation war vor dem Hintergrund einer weltweiten wirtschaftlichen Dominanz der US-Unternehmen für letztere noch kein Grund, offensiv dagegen vorzugehen.⁵⁵ Denn die Manager dieser

⁴⁹ Vgl. Frederick (2006), S. 9; Lee (2008), S. 56; Lockett/Moon/Visser (2006), S. 117; Marens (2008), S. 56. Vgl. für einen aktuellen geschichtlichen Überblick auch Ghobadian/Money/Hillenbrand (2015), S. 274. Auch in den USA gab es vor Bowen bereits Arbeiten zu diesem Thema. Bowens Buch kann jedoch als Ausgangspunkt der aktuellen Auseinandersetzung mit diesem Thema gesehen werden, da sich viele der nachfolgenden Arbeiten auf seine Ausführungen beziehen, vgl. Carroll (1999), S. 269 f.

⁵⁰ Vgl. Carroll (2012), S. 2.

⁵¹ Vgl. Lee (2008), S. 63; Marens (2010), S. 744; Sandberg (2011), S. 16; Secchi (2007), S. 366.

⁵² Vgl. Marens (2008), S. 60; Marens (2010), S. 751.

⁵³ Vgl. Gond/Kang/Moon (2011), S. 644; Lee (2008), S. 55; Marens (2008), S. 62.

⁵⁴ Vgl. Marens (2008), S. 67; Marens (2010), S. 753.

⁵⁵ Vgl. Marens (2010), S. 744.

Unternehmen konnten bei hohen Profiten Regulierung, breitere Verantwortung und auch durchaus kritische wissenschaftliche Beiträge zu CSR akzeptieren.⁵⁶ Die ersten Arbeiten zum Themenbereich Unternehmensverantwortung in den USA beschäftigten sich auch noch nicht mit einer genauen Definition von CSR.⁵⁷ In den 1970ern ließ die wirtschaftliche Produktivität der US-Wirtschaft nach,⁵⁸ gleichzeitig zweifelten wissenschaftliche Arbeiten grundlegend an einer sozialen Verantwortung von Unternehmen über eine reine Versorgung mit wirtschaftlichen Gütern hinaus.⁵⁹ Ergebnis dieses Dissenses war ein theoretischer Stillstand, der kaum über die grundlegenden Ausführungen Bowens in *The Social Responsibilities of the Businessman* hinausging.⁶⁰ Als Reaktion darauf wurde 1970 ein erster Versuch unternommen, soziale und wirtschaftliche Verantwortung zu verbinden, indem CSR als aufgeklärtes Eigeninteresse des Unternehmens dargestellt wurde.⁶¹ Parallel zu nachlassender wirtschaftlicher Dominanz in der Praxis erfolgte in den 1980ern eine Übernahme des Feldes CSR in der Wissenschaft auf der einen Seite durch eher philosophisch ausgebildete Autoren.⁶² Sie kehrten durch eine Fokussierung auf deontologische ethische Überlegungen zu einem Verständnis von CSR zurück, das Freiwilligkeit in den Mittelpunkt rückte, da es gerade nicht auf die Erreichung eines konkreten Ziels ausgerichtet war.⁶³ Sie griffen damit auf ein Verständnis zurück, das bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts durch Unternehmer in den USA propagiert worden war.⁶⁴ Auf der anderen Seite wurde verstärkt versucht, theoretisch fundiert einen ökonomischen Nutzen von CSR für Unternehmen empirisch nachzuweisen.⁶⁵ Die Entwicklung von Corpo-

⁵⁶ Vgl. Marens (2012), S. 77.

⁵⁷ Vgl. Carroll (2012), S. 2.

⁵⁸ Vgl. Marens (2012), S. 77.

⁵⁹ Vgl. für die bekannteste Kritik Friedman (2007).

⁶⁰ Vgl. Lee (2008), S. 58.

⁶¹ Vgl. Lee (2008), S. 59.

⁶² Vgl. Marens (2012), S. 78.

⁶³ Vgl. Marens (2008), S. 67; Marens (2012), S. 78.

⁶⁴ Vgl. Marens (2012), S. 60.

⁶⁵ Vgl. Lee (2008), S. 60.

rate Social Performance⁶⁶ war der erste Schritt in diese Richtung,⁶⁷ gefolgt von der Einbeziehung des Stakeholderansatzes in CSR⁶⁸ und der verstärkt strategischen Sichtweise auf CSR.⁶⁹ So veränderte sich die Betrachtung von CSR in den USA von einem frühen gesellschaftlichen und dabei explizit ethischen hin zu einem unternehmenszentrierten, eher implizit ethischen Verständnis von CSR.⁷⁰ Dieses Verständnis vernachlässigt die Bedeutung von CSR für die Gesellschaft.⁷¹ Möglicherweise in Anerkennung dieses Problems setzt die aktuelle amerikanische Forschung zu CSR ihren Fokus wieder mehr auf die Interaktion von Unternehmen und Gesellschaft.⁷²

In Europa war die Europäische Kommission sehr einflussreich sowohl in der Verbreitung des Themas CSR als auch in der inhaltlichen Definition des Begriffs.⁷³ Trotzdem existieren auch innerhalb der EU Unterschiede in der Entwicklung und dem Verständnis von CSR.⁷⁴ Während in Großbritannien und den Niederlanden CSR bereits früh Beachtung fand, war CSR in den südeuropäischen Staaten, aber auch in Frankreich oder Deutschland lange kaum relevant.⁷⁵ Das sich in Deutschland dann

⁶⁶ Corporate Social Performance versucht, die verschiedenen theoretischen Strömungen zu verantwortungsvollem Unternehmenshandeln in einem ganzheitlichen Modell zusammen zu führen, das auch die Ergebnisse des Verhaltens berücksichtigt, vgl. bspw. Wartick/Cochran (1985) und Wood (1991).

⁶⁷ Vgl. Lee (2008), S. 60.

⁶⁸ Vgl. Lee (2008), S. 61. Der Stakeholderansatz fordert die Berücksichtigung der Interessen von Akteuren, die durch das Unternehmen beeinflusst werden könnten oder es selbst beeinflussen können, in der Entscheidungsfindung von Unternehmen, vgl. bspw. Freeman (1984), S. VI für eine Stakeholderdefinition und Freeman (1994), S. 415ff. für eine Erläuterung der Grundlagen des Stakeholderansatzes.

⁶⁹ Vgl. Lee (2008), S. 62.

⁷⁰ Vgl. Lee (2008), S. 54.

⁷¹ Vgl. Marens (2010), S. 758.

⁷² Vgl. Secchi (2007), S. 367.

⁷³ Vgl. Albareda/Lozano/Ysa (2007), S. 404; Aßländer (2011), S. 115; Barth/Wolff (2009), S. 5; Bassen/Jastram/Meyer (2005), S. 323; Sandberg (2011), S. 14; Schneider (2012), S. 20. Vgl. für eine ausführlichere Auseinandersetzung mit dieser Definition Abschnitt 2.1.2.

⁷⁴ Vgl. Habisch/Brychuk (2011), S. 120; Lenssen/Vorobey (2005).

⁷⁵ Vgl. Albareda/Lozano/Ysa (2007), S. 404; Gond/Kang/Moon (2011), S. 656; Mathis (2008), S. 448; Sandberg (2011), S. 18.

ab den 1990er Jahren entwickelnde Verständnis von CSR ist sowohl von amerikanischen, stärker aber von der Definition der EU-Kommission von CSR beeinflusst.⁷⁶ Um die aktuelle Diskussion um CSR in Deutschland und damit auch eine der Motivationen für diese Arbeit zu verstehen, ist über die Darstellung der Entwicklung und Verbreitung des CSR Verständnisses hinaus eine kurze Erläuterung der Problematik internationaler Definitionsversuche von CSR notwendig.

2.1.2 Einflussreiche Definitionsversuche zu CSR

Bisher existiert keine allgemein anerkannte Definition von CSR.⁷⁷ Auch eine klare Abgrenzung zu verwandten Konzepten wie Corporate Citizenship⁷⁸ und dem Stakeholderansatz ist bisher nicht gelungen.⁷⁹ Divergierende Haltungen zu und Ausgestaltungen von CSR in der Praxis sind daher auch ein Spiegel dieser uneinheitlichen Rezeption des Konzeptes CSR in der Wissenschaft.⁸⁰

Die am weitesten verbreitete Definition von CSR stammt sicherlich von dem amerikanischen Autor Archie B. Carroll.⁸¹ Carroll entwickelt durch Aufarbeitung älterer Definitionen eine Kategorisierung, auf der seine eigene Definition fußt.⁸² Diese unterteilt CSR in vier aufeinander aufbauende Bereiche: wirtschaftliche, rechtliche, ethische und philan-

⁷⁶ Vgl. Hiß (2009a), S. 289; Seidel (2011), S. 7.

⁷⁷ Vgl. Brammer/Jackson/Matten (2012), S. 21; Gjølborg (2010), S. 205; Godfrey/Hatch/Hansen (2010), S. 316; Scherer/Palazzo (2011), S. 904.

⁷⁸ Corporate Citizenship ist, ähnlich wie CSR, nicht klar definiert. Es lassen sich jedoch drei Verständnisgruppen identifizieren, vgl. Crane/Matten/Moon (2010), S. 67. Corporate Citizenship kann demnach entweder als philanthropisches Engagement, meist in der Gemeinde, als Synonym für CSR oder als politische Rolle von Unternehmen verstanden werden, vgl. Crane/Matten/Moon (2010), S. 67ff. Für eine weitergehende Auseinandersetzung mit dem Begriff vgl. Abschnitt 2.1.3.

⁷⁹ Vgl. Lozano (2005), S. 61; Richter (2010), S. 641.

⁸⁰ Vgl. Boasson/Wettstad/Bohn (2009), S. 67; Flohr et al. (2010), S. 248; Pedersen/Neergaard (2009), S. 1275.

⁸¹ Vgl. Aßländer (2011), S. 116; Crane/Matten/Spence (2008), S. 4; Enderle (2010), S. 731; Matten/Moon (2005), S. 337; Montiel (2008), S. 252.

⁸² Vgl. Carroll (1991), S. 39; Seidel (2011), S. 254.

thropische Verantwortung.⁸³ Das Primat der wirtschaftlichen Verantwortung ergibt sich für Carroll erstens durch die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Überlebens eines Unternehmens für die Wahrnehmung weiterer Verantwortung.⁸⁴ Zweitens sieht er Unternehmen historisch zunächst als ausschließlich wirtschaftliche Akteure.⁸⁵ Ihre vorrangige Aufgabe ist es, die Bedürfnisse der Gesellschaft nach Produkten oder Dienstleistungen zu erfüllen und dabei einen Gewinn zu erzielen.⁸⁶ Insbesondere in seinem Artikel von 1991 steht von diesen beiden Bereichen die Gewinnerzielung im Vordergrund, denn sie wird in mehrere Unterziele untergliedert.⁸⁷ Explizit erwähnt werden dabei die Shareholder, denen der wirtschaftliche Erfolg zugutekommen soll.⁸⁸ In Deutschland kommt hingegen auch den Arbeitnehmern eine bedeutende Rolle zu, wie sie grundlegend durch den Artikel 14 Absatz 2 des Grundgesetzes mit der Sozialpflichtigkeit des Eigentums und der damit verbundenen Arbeitnehmermitbestimmung festgelegt ist.⁸⁹ Hieran zeigt sich bereits, dass für Deutschland eine Trennung von wirtschaftlicher und rechtlicher Verantwortung, wie sie Carroll vorsieht, schwierig ist. Denn die Tradition der Sozialen Marktwirtschaft sieht eine Einkommensfunktion der Wirtschaft, die sozialer Gerechtigkeit dienen soll, vor.⁹⁰ Diese wird durch staatliche Maßnahmen sichergestellt. Dem Staat kommt, wie in ganz Kontinentaleuropa, damit eine maßgebliche Rolle zu.⁹¹ Das gilt auch für die „Gestaltung einer ökonomischen Ordnung“⁹² und damit des Rahmens der wirtschaftlichen Verantwortung.

Ethische Verantwortung geht für Carroll über rechtliche Anforderungen hinaus. Hier geht es um die Erfüllung gesellschaftlicher Erwartungen

⁸³ Vgl. Carroll (1979), S. 499; Carroll (1991), S. 40.

⁸⁴ Vgl. Carroll (1991), S. 40; Seidel (2011), S. 255.

⁸⁵ Vgl. Carroll (1991), S. 40; Seidel (2011), S. 255.

⁸⁶ Vgl. Carroll (1979), S. 500; Carroll (1991), S. 40f.

⁸⁷ Vgl. Carroll (1991), S. 40.

⁸⁸ Vgl. Carroll (1991), S. 40.

⁸⁹ Vgl. Badura et al. (2013), Rn. 496ff.

⁹⁰ Vgl. Müller-Armack (1976), S. 235.

⁹¹ Vgl. Crane/Matten (2010), S. 56.

⁹² Müller-Armack (1976), S. 237.

die (noch) nicht gesetzlich festgeschrieben sind.⁹³ Philanthropische Verantwortung unterscheidet sich von ethischer Verantwortung dadurch, dass sie zwar erwartet, aber nicht konkret inhaltlich ausgefüllt ist und bei einem Nicht-Erfüllen dieser Erwartungen Unternehmen nicht als unethisch wahrgenommen werden.⁹⁴ Der Bereich der philanthropischen Verantwortung wird in Deutschland jedoch nicht als ein Kernbereich von Unternehmensverantwortung verstanden.⁹⁵ Mit der expliziten Hervorhebung philanthropischer Verantwortung ebenso wie der Vorrangstellung der wirtschaftlichen Verantwortung ist Carrolls Definition für den deutschen Raum daher nur bedingt geeignet.⁹⁶

Als einflussreichste Definition für europäische Arbeiten hat sich die Definition der EU-Kommission von 2001, ergänzt 2002, erwiesen.⁹⁷ Darin wird zum einen die Freiwilligkeit von CSR betont und zum anderen darauf hingewiesen, dass CSR Teil des Kerngeschäfts von Unternehmen ist, nicht etwas, das ein Unternehmen nebenher betreibt.⁹⁸ Die Europäische Kommission ist inzwischen vom Begriff der Freiwilligkeit abgerückt und definiert CSR in einer aktuelleren Veröffentlichung von 2011 als „die Verantwortung von Unternehmen für ihre Auswirkungen

⁹³ Vgl. Carroll (1979), S. 500; Carroll (1991), S. 41.

⁹⁴ Vgl. Carroll (1979), S. 500; Carroll (1991), S. 42.

⁹⁵ Vgl. Matten/Moon (2005), S. 346.

⁹⁶ Vgl. Canals (2010), S. 147. Carroll weist zwar selbst darauf hin, dass er die einzelnen Elemente seiner Pyramide nicht als separate Bereiche verstanden wissen möchte (vgl. Carroll (1991), S. 42) und das bspw. wirtschaftliche und rechtliche Verantwortung gemeinsam das Wirtschaftssystem begründen (vgl. Carroll (1991), S. 41). Allerdings ist für ihn Unternehmensverantwortung insgesamt ohne wirtschaftliche Verantwortung nicht möglich, vgl. Carroll (1991), S. 41. Dies spricht für eine übergeordnete Bedeutung dieses Verantwortungsbereichs in seinem Konzept.

⁹⁷ Vgl. Aßländer (2011), S. 115; Barth/Wolff (2009), S. 5; Bassen/Jastram/Meyer (2005), S. 232; Sandberg (2011), S. 14; Schneider (2012), S. 20. Es existiert eine neue Definition von 2011 (vgl. Europäische Kommission (2011), S. 7), die aufgrund ihrer Aktualität bisher in der Praxis kaum rezipiert wurde. Die Bundesregierung reagierte relativ kritisch auf die Abkehr von dem Freiwilligkeitsprinzip; vgl. Deutsche Bundesregierung (2011). In der Wissenschaft gibt es erste Auseinandersetzungen mit dieser Definition, vgl. Martinuzzi/Krumay/Pisano (2011), S. 19; Schneider (2012), S. 21.

⁹⁸ Vgl. Europäische Kommission (2001), S. 7; Europäische Kommission (2002), S. 6; Seidel (2011), S. 233.

auf die Gesellschaft“⁹⁹. Sie betont dabei explizit, dass sie auch die Einhaltung von Gesetzen als Bestandteil der sozialen Verantwortung von Unternehmen betrachtet.¹⁰⁰ Trotz des großen Einflusses der klassischen Definition unterscheidet sich das Verständnis von CSR auch innerhalb Europas, was sich unter anderem durch die (ebenfalls innerhalb Europas existenten) institutionellen Unterschiede erklären lässt.¹⁰¹

2.1.3 Verwandte Konzepte

Im Verlauf der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Konzept CSR wurden verschiedene andere Konzepte entwickelt, die von einigen Autoren als unabhängige Konzepte¹⁰² und von anderen als Bereicherung des Theoriegebäudes und damit als Bestandteil von CSR¹⁰³ dargestellt werden. Die Vielfalt der mit CSR in Verbindung gebrachten Begriffe erschwert eine umfassende Beurteilung der tatsächlichen Bedeutung der einzelnen Konzepte für CSR.¹⁰⁴ William C. Frederick nennt in seinem Werk über die Entwicklung von CSR den Stakeholderansatz, die Wirtschaftsethik, Social Contracts¹⁰⁵, Corporate Citizenship und Public Policy¹⁰⁶ als bedeutendste Bereiche, die zu der Entwicklung von CSR beigetragen haben.¹⁰⁷ Public Policy sieht er selbst als Grundlage für Corporate Citizenship,¹⁰⁸ Social Contracts als Teil der Wirtschafts-

⁹⁹ Europäische Kommission (2011), S. 7.

¹⁰⁰ Vgl. Europäische Kommission (2011), S. 7; vgl. auch Knudsen/Brown (2012), S. 4.

¹⁰¹ Vgl. Habisch/Brychuk (2011), S. 120; Lenssen/Vorobey (2005), S. 369; für Unterschiede speziell im Bereich der Regierungen Albareda/Lozano/Ysa (2007), S. 401.

¹⁰² Vgl. bspw. Freeman et al. (2010), S. 263; Noland/Phillips (2010), S. 46.

¹⁰³ Vgl. Carroll (1999), S. 288; Frederick (2006), S. 303.

¹⁰⁴ Vgl. Schneider (2012), S. 24.

¹⁰⁵ Der Bezug des Grundgedankens der Social Contracts auf den Bereich der Unternehmensethik sieht faires Unternehmensverhalten durch implizite gesellschaftliche Verträge geregelt, vgl. bspw. Donaldson/Dunfee (1994), S. 259f.

¹⁰⁶ Public Policy betont die Ausrichtung von Unternehmenshandeln auch an den Anforderungen der Gesellschaft, wie sie im politischen Prozess formuliert werden. Unternehmen beteiligen sich an diesem Prozess und können auf diese Weise die an sie gestellten Anforderungen mitgestalten, vgl. bspw. Buchholz (1996), S. 451.

¹⁰⁷ Vgl. Frederick (2006), S. 303; für eine Übersicht über das Buch vgl. Moir (2001), S. 18.

¹⁰⁸ Vgl. Frederick (2006), S. 302.

ethik.¹⁰⁹ Ebenfalls als relevant in diesem Bereich gilt die Nachhaltigkeit¹¹⁰ oder Sustainability.¹¹¹

Wirtschaftsethik kann als übergeordnete Kategorie oder auch eine der Begründungen für CSR verstanden werden.¹¹² Denn sie setzt sich mit der generellen Frage nach gutem wirtschaftlichem Handeln auseinander, ohne, wie beim allgemeinen Verständnis von CSR, zunächst Abgrenzungen hinsichtlich der Freiwilligkeit vorzunehmen.¹¹³ Das Verhältnis zwischen Public Policy bzw. Corporate Citizenship und CSR ist schwieriger zu klären, da beide gleichgesetzt oder jeweils als Überkategorie oder Unterordnung des jeweils anderen Begriffs verstanden werden können.¹¹⁴ Hält man sich aber an die gängigen deutschen Übersetzungen, so steht CSR für gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen,¹¹⁵ Corporate Citizenship aber für Bürgerengagement eines Unternehmens.¹¹⁶ Dadurch wird rein vom Wortverständnis her Corporate Citizenship ein Teilbereich von CSR.¹¹⁷ Das engste Verständnis von Corporate Citizenship, also eine Beschränkung der Bedeutung auf Philanthropie, ist in Deutschland besonders verbreitet.¹¹⁸

¹⁰⁹ Vgl. Frederick (2006), S. 300. Für eine ähnliche Sicht vgl. Donaldson/Dunfee (1994), S. 254.

¹¹⁰ Der Begriff stammt bereits aus dem Mittelalter und bezog sich damals auf die Art der Waldbewirtschaftung, die ein ausreichendes Nachwachsen des Rohstoffs ermöglicht, vgl. Langer (2011), S. 9. In der wirtschaftsethischen Diskussion bezieht sich der Begriff auf eine sowohl räumlich als auch zeitlich gerechte Verteilung von Wohlstand, vgl. Langer (2011), S. 10f.

¹¹¹ Vgl. Curbach (2009), S. 26ff.; Hansen/Schrader (2005), S. 375; Lamarche/Rubinstein (2012), S. 163; Seidel (2011), S. 7.

¹¹² Vgl. Bassen/Jastram/Meyer (2005), S. 231; Hansen/Schrader (2005), S. 375 für Wirtschaftsethik als Überkategorie für CSR; vgl. Sandberg (2011), S. 16 für Wirtschaftsethik als ein Argument für CSR.

¹¹³ Vgl. zu dem hier, aufgrund der Auseinandersetzung mit dem Verständnis der deutschen Bundesregierung, relevanten deutschen Verständnis von Wirtschaftsethik Homann (1994), S. 109; Trautnitz (2009), S. 16ff.; Ulrich (2000), S. 555f.

¹¹⁴ Vgl. Beschorner/Schank (2012), S. 155.

¹¹⁵ Vgl. Seidel (2011), S. 250.

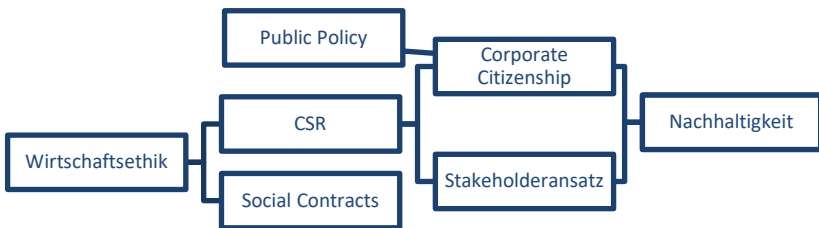
¹¹⁶ Vgl. Bassen/Jastram/Meyer (2005), S. 234.

¹¹⁷ Vgl. Sandberg (2011), S. 14.

¹¹⁸ Vgl. Hansen/Schrader (2005), S. 376.

Stakeholderansatz und CSR sind ebenfalls nicht klar voneinander abgegrenzt.¹¹⁹ Obwohl der „Vater“ des Stakeholderansatzes CSR als sinnlos erachtet, wenn der Stakeholderansatz befolgt wird,¹²⁰ hat sich grundsätzlich CSR auch als Überbegriff für dieses Konzept durchgesetzt.¹²¹ Der Stakeholderansatz wird als die Berücksichtigung der Erwartungen unternehmerischer Stakeholder durch Unternehmen verstanden,¹²² was wiederum einen Bereich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung abdeckt.¹²³ Demzufolge kann Nachhaltigkeit als etwas betrachtet werden, dass Unternehmen im Rahmen ihres bürgerschaftlichen Engagements¹²⁴ bzw. im Rahmen ihrer Auseinandersetzung mit Stakeholderinteressen¹²⁵ fördern. Nachhaltigkeit kann daher als ein Bestandteil der inhaltlichen Ausgestaltung von CSR oder eines nachgelagerten Begriffs verstanden werden.¹²⁶ (Für eine Übersicht der Beziehungen vgl. Abbildung 2)

Abbildung 2: Beziehung zwischen CSR und verwandten Konzepten¹²⁷



¹¹⁹ Vgl. Albareda/Lozano/Ysa (2007), S. 392; Steurer (2006), S. 59.

¹²⁰ Vgl. Freeman et al. (2010), S. 263.

¹²¹ Vgl. Schwartz/Carroll (2008), S. 156.

¹²² Vgl. Carroll (1991), S. 43ff.; Lozano (2005), S. 63.

¹²³ Vgl. Sandberg (2011), S. 16; Schwartz/Carroll (2008), S. 157; Waddock (2004), S. 10.

¹²⁴ Vgl. Curbach (2009), S. 26ff.; Hansen/Schrader (2005), S. 176.

¹²⁵ Vgl. Wheeler/Colbert/Freeman (2003), S. 19.

¹²⁶ Vgl. Curbach (2009), S. 28.

¹²⁷ Eigene Darstellung aufbauend auf Bassen/Jastram/Meyer (2005), S. 231; Curbach (2009), S. 26ff.; Frederick (2006), S. 300ff.; Hansen/Schrader (2005), S. 375; Sandberg (2011), S. 14ff.; Schwartz/Carroll (2008), S. 156.

2.1.4 Kerncharakteristika von CSR

Trotz, oder vielleicht gerade wegen zahlreicher Versuche, eine einheitliche Definition von CSR zu entwickeln, hinterfragen neuere Arbeiten grundsätzlich die Notwendigkeit einer solchen Definition.¹²⁸ Um trotzdem zu verhindern, dass der Begriff CSR beliebig wird, haben verschiedene Autoren den Versuch unternommen, bestimmte Kerncharakteristika von CSR zu identifizieren.¹²⁹ CSR-Definitionen, die innerhalb eines bestimmten institutionellen Umfelds entwickelt wurden, sollten trotz institutioneller Spezifika diese Kerncharakteristika widerspiegeln, um nicht beliebig zu sein.¹³⁰ Die Kerncharakteristika sind unterschiedlich formuliert, inhaltlich allerdings weitgehend übereinstimmend. Sie berufen sich auf Gemeinsamkeiten verbreiteter CSR-Definitionen und können als allgemein anerkannt gelten.¹³¹ Die Kernpunkte können als Grundlage eines CSR-Verständnisses aller Akteure verstanden werden, die sich mit CSR auseinandersetzen.¹³²

Crane, Matten und Spence destillieren aus weit verbreiteten CSR-Definitionen sechs Kerngedanken von CSR heraus:¹³³

- Freiwilligkeit,
- der verantwortliche Umgang mit oder die Vermeidung externer Effekte,
- die Berücksichtigung der Interessen aller Anspruchsgruppen,
- die Verbindung sozialer mit wirtschaftlichen Zielen,
- die praktische Umsetzung von CSR und den ihr zugrunde liegenden Werten sowie
- die Gestaltung des gesamten Geschäfts im Einklang mit CSR

werden als Hauptelemente eines Grundkonzeptes von CSR identifiziert. Auch die fünf von Alexander Dahlsrud durch eine Textanalyse der am häufigsten verwendeten CSR-Definitionen herausgearbeiteten Dimensi-

¹²⁸ Vgl. Okoye (2009), S. 623.

¹²⁹ Vgl. Crane/Matten/Spence (2008), S. 5; Dahlsrud (2008), S. 6; Schneider (2012), S. 27.

¹³⁰ Vgl. Schneider (2012), S. 24.

¹³¹ Vgl. Bondy/Moon/Matten (2012), S. 284.

¹³² Vgl. Bondy/Moon/Matten (2012), S. 283; Seidel (2011), S. 253.

¹³³ Vgl. Crane/Matten/Spence (2008), S. 5.

onen beziehen sich auf die Elemente Freiwilligkeit, Anspruchsgruppen und auf wirtschaftliche, soziale und ökologische Verantwortung.¹³⁴ Der aus dem deutschsprachigen Raum stammende Andreas Schneider identifiziert Freiwilligkeit ebenfalls als eine entscheidende Komponente für ein CSR-Kerngerüst und baut dabei explizit auch auf die Gedanken von Crane, Matten und Spence auf.¹³⁵ Darüber hinaus muss CSR nach seiner Analyse als strategisches Gesamtkonzept über sporadisches Engagement ebenso hinausgehen wie über allgemeinverbindliche gesetzliche Regelungen.¹³⁶ Da die von Schneider bestimmten Kernelemente unter anderem auf denen von Crane, Matten und Spence aufbauen, diesen also auch aus einer deutschen Perspektive nicht widersprechen, und auch den von Dahlsrud identifizierten Kerndimensionen entsprechen, lässt sich somit auf eine breitere Gültigkeit der beschriebenen Elemente schließen. Dahlsrud stellt ebenfalls fest, dass die CSR-Definitionen inhaltlich weniger stark voneinander abweichen, als vielmehr die konkrete inhaltliche Ausgestaltung der sozialen Verantwortung von Unternehmen je nach Kontext unterschiedlich verstanden wird.¹³⁷ Bringt man die Überlegungen der drei Arbeiten zusammen, kann Freiwilligkeit als zentrales Element von CSR gelten (vgl. Abbildung 3).

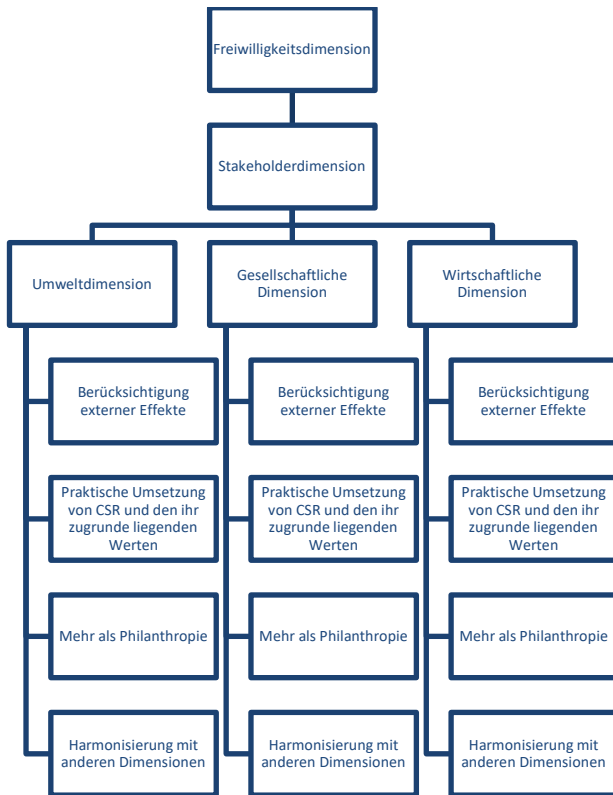
¹³⁴ Vgl. Dahlsrud (2008), S. 4.

¹³⁵ Vgl. Schneider (2012), S. 28.

¹³⁶ Vgl. Schneider (2012), S. 27.

¹³⁷ Vgl. Dahlsrud (2008), S. 6; vgl. hierzu auch Hansen/Schrader (2005), S. 376.

Abbildung 3: Grundlegende Bestandteile von CSR¹³⁸



Dabei lässt sich die grundlegende Bedeutung der Freiwilligkeit aus allen drei Arbeiten ableiten. Die große Bedeutung von Stakeholdern ergibt sich aus den Überlegungen von Crane, Matten und Spence sowie von Dahlsrud. Da diese bereits freiwillig berücksichtigt werden sollten, sind sie in der Abbildung der Freiwilligkeit nachgeordnet. Die Gesellschaft, die anderen Wirtschaftsteilnehmer und, jedenfalls in einigen Definitionen von Stakeholdern, auch die Umwelt können als Stakeholder ver-

¹³⁸ Eigene Darstellung aufbauend auf Crane/Matten/Spence (2008), S. 5ff.; Dahlsrud (2008), S. 4; Schneider (2012), S. 27f.

standen werden.¹³⁹ Demnach werden diese Dimensionen von Dahlsrud hier als Bestandteile der Stakeholderdimension verstanden. Die vier Elemente, die diesen jeweils untergeordnet sind, entstammen den Überlegungen von Crane, Matten und Spence. Sie können auf jede der drei Dimensionen von Dahlsrud angewandt werden und sind daher allen dreien untergeordnet.

Wie sich sowohl bei der Darstellung der geschichtlichen Entwicklung von CSR als auch der einflussreichsten Definitionsversuche gezeigt hat, existieren je nach Region oder Land unterschiedliche historische Bezüge zu Unternehmensverantwortung. Dies gilt auch für die nationalen Regierungen, die zunehmend in die Diskussion um die Gestaltung von Unternehmensverantwortung eingreifen.¹⁴⁰ Die Unterschiede im Umgang mit CSR sind Gegenstand einer beständig wachsenden Zahl empirischer Arbeiten, die diese Unterschiede nicht nur beschrieben, sondern auch nach möglichen Gründen dafür gesucht haben.¹⁴¹ Die gewonnenen Erkenntnisse sind für das Verständnis der Interpretation von CSR durch die deutsche Bundesregierung notwendig, da sie versuchen, sowohl die Motive und Rollen von nationalen Regierungen, als auch den unterschiedlichen Umgang von Unternehmen mit CSR in verschiedenen Ländern darzustellen. So lässt sich ein Eindruck gewinnen, vor welchem Hintergrund die Bundesregierung mit ihrer CSR-Definition agiert. Insbesondere von Interesse sind die Untersuchungen zu der geschichtlichen Entwicklung von CSR in Deutschland aus einem institutionalistischen Blickwinkel. Sie zeigen auf, welchen Einflüssen die Bundesregierung in ihrer Interpretation von CSR ausgesetzt war.

¹³⁹ Vgl. für Argumente für die Umwelt als Stakeholder Phillips (2003), S. 135; für die Wirtschaft und die Gesellschaft als Anspruchsgruppen vgl. bspw. Papasolomou-Doukakis/Krambia-Kapardis/Katsioloudes (2005), S. 264.; Sauter-Sachs (1992), S. 63f; Yang/Rivers (2009), S. 156.

¹⁴⁰ Vgl. Mathis (2008), S. 314; Vallentin/Murillo (2012), S. 827.

¹⁴¹ Vgl. bspw. Backhaus-Maul/Kunze (2010), S. 91; Brammer/Jackson/Matten (2012), S. 5; Campbell (2007), S. 948; Jackson/Apostolakou (2010), S. 371; Kidd/Richter (2010), S. 148; Matten/Moon (2008), S. 405.

2.2 Nationale Unterschiede im Umgang mit CSR

Verbunden mit unterschiedlichen Verständnissen von CSR existieren auch verschiedene Arten, CSR zu fördern oder umzusetzen.¹⁴² Bisherige Studien dazu konzentrieren sich entweder auf den Umgang von nationalen Regierungen mit CSR oder die Unterschiede von Unternehmens-CSR-Programmen in unterschiedlichen Ländern.¹⁴³ In beiden Ansätzen existieren Arbeiten, die die Unterschiede hauptsächlich durch institutionalistische Unterschiede zu erklären versuchen.¹⁴⁴ Allerdings ist die Anzahl der Arbeiten in diesem Bereich bisher eher gering, verglichen mit den bereits umfangreich vorhandenen Untersuchungen zum Business Case CSR oder den normativen Überlegungen zu CSR.¹⁴⁵

2.2.1 Bisherige Studien zu nationalen Unterschieden im Umgang von Regierungen mit CSR

Obwohl CSR häufig als grundlegend „freiwillig“ definiert wird,¹⁴⁶ engagieren sich sehr viele regulierende Stellen wie Regierungen mit eigenen CSR-Aktivitäten.¹⁴⁷ Der Großteil bisheriger Arbeiten zum Umgang von Regierungen mit CSR beschäftigt sich entweder mit den Motiven der Regierungen für ihren spezifischen Umgang mit CSR oder mit den verschiedenen Rollen, die Regierungen im Umgang mit CSR und Unternehmen einnehmen können.¹⁴⁸ Arbeiten aus ersterer Gruppe sind eher deskriptiv, aus zweiterer eher präskriptiv ausgerichtet.

¹⁴² Vgl. Albareda et al. (2008), S. 350.

¹⁴³ Vgl. Albareda et al. (2008), S. 347. Für eine aktuelle Literaturübersicht vgl. Dentichev/van Balen/Haezendonck (2015), S. 382ff.

¹⁴⁴ Vgl. Knudsen/Brown (2012), S. 3.

¹⁴⁵ Vgl. Gjørlberg (2010), S. 206; Jackson/Apostolakou (2010), S. 387.

¹⁴⁶ Vgl. Crane/Matten/Spence (2008), S. 5; Dahlsrud (2008), S. 4; Schneider (2012), S. 28.

¹⁴⁷ Vgl. Gond/Kang/Moon (2011), S. 644.

¹⁴⁸ Vgl. bspw. Aaronson/Reeves (2002); Albareda et al. (2008); Gond/Kang/Moon (2011); Knudsen/Moon/Slager (2015); Lepoutre/Dentichev/Heene (2007); Vallentin/Murillo (2012) zu Rollen von Regierungen und Buhmann (2010); Knudsen/Brown (2012); Knudsen/Brown (2015); Wolff et al. (2009) zu Motiven von Regierungen für CSR.

2.2.1.1 Motive von Regierungen für die Unterstützung von CSR

Bisher wurde in Bezug auf die Beziehung zwischen Regierungen und CSR eher die Vielfalt politischer Maßnahmen oder das Ausmaß der Regulierung untersucht; Motive der Regierungen für diese Maßnahmen spielten eher eine untergeordnete Rolle und wurden häufig eher hergeleitet als wirklich ermittelt.¹⁴⁹ Die Arbeiten, die sich bisher mit dieser Thematik beschäftigt haben, lassen sich grob in zwei Gruppen unterteilen: Die eine Gruppe arbeitet auf nationaler Ebene und vergleicht Motive verschiedener Regierungen miteinander; die andere Gruppe argumentiert global mit dem Bedeutungsverlust des Nationalstaates und sieht die Motive von Regierungen für den Einsatz von CSR eher als Reaktion darauf.¹⁵⁰

Arbeiten, die Motive über Staaten hinweg vergleichen, verwenden meist eine Kategorisierung der Staaten anhand der Varieties of Capitalism.¹⁵¹ Die Autoren unterstellen, dass aufgrund unterschiedlicher Ausformungen des Kapitalismus Unternehmen unterschiedliche Rollen innerhalb der Gesellschaft zu spielen hätten und Regierungen ihre Initiativen auf diese Rollen ausrichten würden.¹⁵² Die beschriebenen Unterschiede in den Motiven resultieren dann aus den divergierenden Rollen der Unternehmen und den für eine Regierung gerade akuten Problemen. So wird der Abbau des Sozialstaates in Großbritannien als Motiv für die britische Regierung genannt, Unternehmensverantwortung in diesem Bereich zu fördern.¹⁵³ Das bedeutet aber, dass möglicherweise unterschiedliche Motive innerhalb eines Staates nicht berücksichtigt werden können.¹⁵⁴ Außerdem bleiben die bisher beschriebenen Motive eher vage und werden häufig mit den durch CSR zu erreichenden Zielen vermischt.¹⁵⁵

¹⁴⁹ Vgl. Knudsen/Brown (2012), S. 5.

¹⁵⁰ Vgl. Knudsen/Brown (2012), S. 6; Scherer/Palazzo (2011), S. 903.

¹⁵¹ Vgl. Knudsen/Brown (2012), S. 8.

¹⁵² Vgl. Knudsen/Brown (2012), S. 8.

¹⁵³ Vgl. Albareda/Lozano/Ysa (2007), S. 402; Knudsen/Brown (2012), S. 9.

¹⁵⁴ Vgl. Knudsen/Brown (2012), S. 10; Knudsen/Brown (2015), S. 54.

¹⁵⁵ Vgl. hierzu bspw. Albareda et al. (2008), S. 353ff.; Knudsen/Brown (2012), S. 8f; Knudsen/Brown (2015), S. 54.

Arbeiten, die einen schwindenden Einfluss von Regierungen insbesondere auf internationale Unternehmen sehen, betonen den Versuch von Regierungen, CSR als Steuerungsinstrument international zu etablieren.¹⁵⁶ Sie versuchen damit, sowohl den Schwierigkeiten bei der Erfüllung ihrer eigenen Aufgaben innerhalb ihres Hoheitsgebietes als auch der fehlenden Durchsetzungskraft von Regulierungen für international tätige Unternehmen zu begegnen.¹⁵⁷ Auch diese Arbeiten haben das Problem, dass Regierungen zwar durchaus diese Ziele verfolgen können, gleichzeitig aber auch andersgeartete Ziele, die innerhalb des gewählten theoretischen Rahmens aber nicht aufgedeckt werden können.¹⁵⁸

Grundsätzlich lässt sich bei einem Überblick über die Literatur sagen, dass Unterschiede in den Motiven von Regierungen bei ihrem Engagement für CSR bestanden.¹⁵⁹ Damit dürften auch unterschiedliche Erwartungen an das Verhalten von Unternehmen existieren. Da die Motive von Regierungen und damit auch ihre Erwartungen, wie oben beschrieben, nicht einfach aufgrund von Charakteristika der Makroebene abgeleitet werden und sich darüber hinaus über die Zeit ändern können,¹⁶⁰ scheint eine tiefergehende Beschäftigung mit den Motiven und Erwartungen einer Regierung über einen längeren Zeitraum angebracht.

2.2.1.2 Rollen von Regierungen im Umgang mit CSR

Beginnen hat die wissenschaftliche Debatte um die Rolle von Regierungen bei der Umsetzung von CSR mit der Frage, ob CSR freiwillig zu sein hat oder besser von der Regierung verpflichtend gemacht werden sollte.¹⁶¹ Nachdem sich das Verständnis von CSR als freiwillig zunächst durchgesetzt hatte, verschob sich die Diskussion hin zur Sinnhaftigkeit

¹⁵⁶ Vgl. Knudsen/Brown (2012), S. 9; Steurer (2010), S. 50.

¹⁵⁷ Vgl. Albareda et al. (2008), S. 348; Knudsen/Brown (2012), S. 9; Steurer (2010), S. 50.

¹⁵⁸ Vgl. Knudsen/Brown (2012), S. 10.

¹⁵⁹ Vgl. Knudsen/Brown (2012), S. 29.

¹⁶⁰ Vgl. Knudsen/Brown (2012), S. 10.

¹⁶¹ Vgl. Albareda et al. (2008), S. 349.

des Einsatzes weicherer Formen staatlicher Gestaltung.¹⁶² Die Rollen, die Regierungen in ihrem Umgang mit CSR einnehmen, sind in verschiedene Kategorien unterteilt worden.¹⁶³ In manchen Kategorisierungsversuchen werden national einheitliche Rollen angenommen, in anderen wird innerhalb des Landes anhand von Maßnahmen unterschieden.¹⁶⁴

Zadek war einer der ersten Autoren, die Regierungen bestimmte Maßnahmen zur Förderung von CSR vorschlugen.¹⁶⁵ Zadek ging es schon nicht mehr um die Frage nach Regulierung oder Freiwilligkeit, sondern um die Gestaltung einer Partnerschaft zwischen Regierung und Unternehmen.¹⁶⁶ Seine Arbeit ist ihrer Ausrichtung nach eindeutig präskriptiv. Eher deskriptiv geht eine andere grundlegende Arbeit in diesem Bereich vor. Fox, Ward und Howard beschreiben verschiedene Rollen, die Regierungen bis zu diesem Zeitpunkt eingenommen hatten, um CSR-Aktivitäten von Unternehmen zu fördern. Sie unterscheiden Anordnend, Erleichternd, Partnerschaftlich und Bestätigend.¹⁶⁷ Hier steht die regulierende Rolle gleichberechtigt neben den weicheren Formen der Förderung. Spätere Arbeiten bauen darauf auf und teilweise wird eine fünfte Rolle hinzugefügt. Gond, Kang und Moon fügen bspw. eine zurückgenommene Rolle hinzu, in der Regierungen Aktivitäten von Unternehmen akzeptieren, bei denen die Unternehmen teilweise Aufgaben der Regierung übernehmen.¹⁶⁸

Regierungen hegen demnach nicht nur Erwartungen an verantwortungsvolles Verhalten von Unternehmen, sie unterstützen diese darin auch auf verschiedene Weise. Unterschiede in Maßnahmen zur Förderung von CSR sind bisher hauptsächlich zwischen verschiedenen Län-

¹⁶² Vgl. Steurer (2010), S. 50.

¹⁶³ Vgl. Dentchev/van Balen/Haezendonck (2015), S. 381; Knudsen/Brown (2012), S. 13.

¹⁶⁴ Vgl. Knudsen/Brown (2012), S. 13.

¹⁶⁵ Vgl. Albareda et al. (2008), S. 349; Zadek (2001), S. 32.

¹⁶⁶ Vgl. Zadek (2001), S. 33.

¹⁶⁷ Vgl. Fox/Ward/Howard (2002), S. 4.

¹⁶⁸ Vgl. Gond/Kang/Moon (2011), S. 651.

dern festgestellt worden.¹⁶⁹ Nur wenige Arbeiten beschäftigen sich mit Veränderungen über die Zeit.¹⁷⁰ Nach Wissen der Autorin existieren bisher keine Arbeiten, die die Rolle einer Regierung in der Förderung von CSR über die Zeit untersucht hätten.¹⁷¹ Damit bleibt auch hier im Unklaren, wie sich Erwartungen der Regierungen an Unternehmen ändern und was die Auslöser für diese Veränderungen sein können.

Andere Arbeiten untersuchen die Unterschiede im Umgang von Regierungen mit CSR zwischen verschiedenen Ländern.¹⁷² Besonders intensiv wurden Vergleiche innerhalb Europas beschrieben, die u.a. institutionelle Unterschiede als Erklärung für den unterschiedlichen Umgang mit CSR heranziehen.¹⁷³ Ein grundlegendes Modell stammt von Albareda et al. Es unterscheidet bei dem Vorgehen der Regierungen der Westeuropäischen Staaten in Bezug auf CSR vier Modelle: das Partnerschaftsmodell, das Wirtschaft-in-der-Gesellschaft-Modell, das Nachhaltigkeits- und Bürgerschaftsmodell sowie das Agoramodell.¹⁷⁴ Die Autoren ordnen Deutschland zusammen mit Österreich, Belgien und Luxemburg dem Nachhaltigkeits- und Bürgerschaftsmodell zu.¹⁷⁵

Alle Länder in diesem Modell haben laut Albareda et al. eher spät eine eigene Haltung und eigene Maßnahmen zu CSR entwickelt. Sie können auf eine lange Tradition einer sozialen Marktwirtschaft aufbauen und betonen nun zusätzlich innerhalb des Begriffes CSR die Nachhaltigkeit

¹⁶⁹ Vgl. Gond/Kang/Moon (2011), S. 646.

¹⁷⁰ Vgl. Steurer (2010), S. 55; vgl. auch Gond/Kang/Moon (2011) für Veränderungen innerhalb von Westeuropa und Ostasien, die aber nicht weiter auf einzelne Länder heruntergebrochen werden.

¹⁷¹ Es wurden die State of the Art Untersuchungen von Albareda et al. (2007); Albareda et al. (2008) und Knudsen/Brown (2015) als Grundlage herangezogen und sowohl die dort zitierten Untersuchungen berücksichtigt, als auch über google scholar die zitierenden Artikel ermittelt und ausgewertet. Dies wurde durch Untersuchungen ergänzt, die der Verfasserin bekannt waren, aber durch die oben beschriebene Vorgehensweise nicht erfasst wurden.

¹⁷² Vgl. Albareda et al. (2008); Albareda/Lozano/Ysa (2007); Lozano/Albareda/Ysa (2008).

¹⁷³ Vgl. Albareda et al. (2008), S. 354; Albareda et al. (2007), S. 113.

¹⁷⁴ Vgl. Albareda/Lozano/Ysa (2007), S. 396.

¹⁷⁵ Vgl. Albareda/Lozano/Ysa (2007), S. 401. Frankreich wird auch hier eingeordnet, erhält allerdings eine Sonderrolle, vgl. Albareda/Lozano/Ysa (2007), S. 403.

wirtschaftlichen Handelns. Ihre Tätigkeiten zur Förderung von CSR bestehen hauptsächlich aus direkter Unterstützung für Unternehmen sowie aus Maßnahmen zur Steigerung der Bekanntheit von CSR.¹⁷⁶

Diese und auch die anderen Arbeiten, die Rollen von Regierungen im Umgang mit CSR komparativ untersuchen, legen durch die Verwendung institutioneller Argumente den Fokus bereits auf den Nutzen institutioneller Ansätze für die Untersuchung von Unternehmens-Regierungsbeziehungen. Allerdings ist das zugrundeliegende Institutionenverständnis klassisch neoinstitutionalistisch geprägt und betont daher eher Stabilität als möglichen Wandel. Die Haltung einer Regierung kann sich aber durchaus über die Zeit verändern.¹⁷⁷ Eine Gruppe von Arbeiten, die dies zumindest implizit berücksichtigt, beschäftigt sich mit der Bedeutung von CSR im sich verändernden Rollenverständnis zwischen Regierung und Unternehmen.

2.2.2 Bisherige Studien zu nationalen Unterschieden im Umgang von Unternehmen mit CSR als Reaktion auf staatliche Gegebenheiten

Eine Gruppe von Arbeiten zu unterschiedlichen CSR-Politiken von Unternehmen unterscheidet zwischen CSR-Aktivitäten, die staatliche Aktivitäten ersetzen und anderen, die staatliche Aktivitäten widerspiegeln.¹⁷⁸ Die Autoren verweisen auf institutionelle Unterschiede in den Ländern, in denen die Unternehmen aktiv sind.¹⁷⁹ Es existieren zwei Argumentationslinien, die sich beide auf institutionelle Unterschiede berufen.

Je nachdem, wie das institutionelle Gefüge eines Staates ausgeprägt sei, verhalte es sich auch mit den CSR-Aktivitäten der dort tätigen Unter-

¹⁷⁶ Vgl. Albareda/Lozano/Ysa (2007), S. 402.

¹⁷⁷ Vgl. Knudsen/Brown (2012), S. 10.

¹⁷⁸ Vgl. Campbell (2007); Gjørlberg (2009); Jackson/Apostolakou (2010); Kinderman (2009); Koos (2012); Midttun/Gautesen/Gjørlberg (2006).

¹⁷⁹ Vgl. Campbell (2007), S. 947; Jackson/Apostolakou (2010), S. 371; Knudsen/Brown (2012), S. 6; Koos (2012), S. 136.

nehmen, argumentiert die eine Gruppe von Autoren.¹⁸⁰ Je stärker institutionalisierte Vorgaben zu verantwortlichem Handeln durch regulierende, wirtschaftliche oder gesellschaftliche Strukturen vorhanden seien, desto wahrscheinlicher sei es, dass Unternehmen sich verantwortungsvoll verhielten.¹⁸¹ Die Höhe der institutionalisierten Erwartungen an Unternehmen beeinflusst demnach die Wahrscheinlichkeit verantwortungsvollen Verhaltens von Unternehmen.

Die Vertreter der These, dass CSR Regierungshandeln ersetze, argumentieren, dass CSR zunächst in wirtschaftlich eher liberalen Volkswirtschaften weiter verbreitet gewesen sei als in eher stärker regulierten.¹⁸² Seit diese sich aber auch zunehmend liberalisiert hätten, gäbe es auch dort mehr Bedarf für CSR.¹⁸³ Die Veränderung der Beziehung zwischen Regierung und Unternehmen, von einem starken regulierenden Staat hin zu eher starken internationalen Unternehmen, führt nach Ansicht dieser Autoren also zu einer erhöhten Erwartung an Unternehmen, explizite CSR zu betreiben. Insofern besteht hier ein Bezug zu den Thesen von Matten und Moon.¹⁸⁴

International existieren Unterschiede im Umgang von Regierungen mit CSR und im Zusammenhang damit auch in den Erwartungen an Unternehmen und CSR. Diese können sich über die Zeit ändern; eine Untersuchung eines Landes über einen längeren Zeitraum erscheint daher angebracht.¹⁸⁵

¹⁸⁰ Vgl. Campbell (2007), S. 954; Gjølborg (2009), S. 609.

¹⁸¹ Vgl. Koos (2012), S. 139.

¹⁸² Vgl. Kinderman (2009), S. 12.

¹⁸³ Vgl. Jackson/Apostolakou (2010), S. 388; Matten/Moon (2008), S. 415.

¹⁸⁴ Vgl. hierzu ausführlicher Abschnitt 2.2.3.

¹⁸⁵ Noch interessanter wäre der Vergleich zweier oder mehrerer Länder über einen längeren Zeitraum. Eine solche Untersuchung wäre jedoch im Rahmen dieser Untersuchung nicht zu leisten. Die Beschränkung auf ein Land stellt eine der Limitationen dieser Arbeit dar, vgl. Abschnitt 9.5.

2.2.3 Deutschland – Von impliziter zu expliziter CSR?

Matten und Moon haben die Unterscheidung von CSR in implizit und explizit entwickelt, um zu erklären, wie europäische Unternehmen vor der Übernahme des Begriffs CSR Unternehmensverantwortung getragen haben.¹⁸⁶ Mit impliziter CSR beschreiben sie ein Verständnis von Unternehmensverantwortung, das auf der Einhaltung implizit in der Gesellschaft geteilter Werte und Normen beruht und teilweise in formellen Regeln kodifiziert ist.¹⁸⁷ Durch diese von allen Beteiligten als verbindlich verstandenen Verhaltensweisen bestehen kaum Anreize, darüber hinausgehende individuelle Aktivitäten in die Unternehmenspolitik zu integrieren. Es handelt sich explizit nicht um freiwillige Verhaltensweisen von Unternehmen. Dieses Verständnis ist auch Ergebnis der Rollenverteilung von Unternehmen und Regierung in Europa.¹⁸⁸ Explizite CSR ist für sie aus dem Fehlen informeller oder formeller Regelungen zu verantwortungsvollem Unternehmenshandeln entstanden.¹⁸⁹ Für Unternehmen besteht dadurch die Möglichkeit, durch nach außen getragene, eigene Aktivitäten zur Wahrnehmung von Unternehmensverantwortung Wettbewerbsvorteile zu erlangen.¹⁹⁰

Matten und Moon argumentieren in ihren Überlegungen von der Seite der Unternehmen aus.¹⁹¹ Implizit und explizit lassen sich daran unterscheiden, ob Unternehmen ihre Aktivitäten in einem der beiden Bereiche explizit machen oder darauf verzichten.¹⁹² Sie verhalten sich implizit verantwortungsvoll, wenn dieses Verhalten in formellen oder informellen Institutionen der Gesellschaft verankert ist.¹⁹³ Daraus kann jedoch nicht automatisch geschlossen werden, dass auch die Erwartungen an Unternehmen, bspw. von der Regierung, diesem Muster entspre-

¹⁸⁶ Vgl. Matten/Moon (2005), S. 335.

¹⁸⁷ Vgl. Matten/Moon (2005), S. 342.

¹⁸⁸ Vgl. Matten/Moon (2008), S. 415.

¹⁸⁹ Vgl. Marens (2008), S. 67; Marens (2012), S. 78; Matten/Moon (2008), S. 413.

¹⁹⁰ Vgl. Husted/Allen (2011), S. 11; Mathis (2008), S. 49.

¹⁹¹ Vgl. Matten/Moon (2008), S. 409f.

¹⁹² Vgl. Matten/Moon (2005), S. 336; Matten/Moon (2008), S. 409f.

¹⁹³ Vgl. Matten/Moon (2008), S. 409.

chen. Zwar wird argumentiert, dass eine Erwartung an explizite CSR auch explizit geäußert¹⁹⁴ und eine Erwartung an implizite CSR explizit kodifiziert aber nicht explizit als Erwartung an Unternehmen herangezogen werde.¹⁹⁵ Es kann jedoch argumentiert werden, dass ein gesellschaftlicher Konsens besteht, dass Unternehmen bspw. Arbeitsplätze bereitstellen. Dafür spricht z.B. die Bezeichnung der Interessenvertretung der Unternehmen in Tarifverhandlungen als Arbeitgeberverband. Trotzdem wird an Unternehmen, auch durch die Bundesregierung, explizit die Erwartung herangetragen, in Deutschland Arbeitsplätze zu erhalten oder neue zu schaffen. Unternehmen haben in diesem Fall durchaus die Möglichkeit, auf diese Erwartung durch eine explizit formulierte Aufstockung der Beschäftigung zu reagieren.¹⁹⁶ Insofern erscheint die Unterscheidung von *Matten* und *Moon* nicht ganz trennscharf.

Eine Ursache dieses Problems könnte das Vermischen von der Art der Erwartung und der Reaktion auf diese Erwartung sein. Dem entspräche eine Vermischung von Gesellschaft (oder Regierung) als Ausgangspunkt von Erwartungen und Unternehmen, die auf diese Erwartungen reagieren. *Matten* und *Moon* trennen nicht zwischen der Art, wie eine Erwartung an Unternehmen herangetragen wird und deren Reaktion darauf. Vielmehr steht für sie fest, dass die eine Art der Erwartungen an alle Unternehmen implizit gerichtet ist und diese darauf implizit reagieren.¹⁹⁷ Die andere Art der Erwartung wird explizit an einzelne Unternehmen gerichtet und diese reagieren darauf explizit.¹⁹⁸ Dass Unternehmen auch einen Anreiz haben könnten, auf implizit an alle Unternehmen gerichteten Erwartungen explizit zu reagieren oder dass auch an alle Unternehmen gerichtete Erwartungen durchaus explizit gemacht

¹⁹⁴ Vgl. *Matten/Moon* (2008), S. 415.

¹⁹⁵ Vgl. *Matten/Moon* (2008), S. 410.

¹⁹⁶ Unternehmen sind selbstverständlich auch bei Einstellungen wirtschaftlichen Zwängen unterworfen. Bei diesem Beispiel geht es lediglich darum, eine explizite Reaktion auf eine implizite Erwartung darzustellen.

¹⁹⁷ Vgl. *Matten/Moon* (2008), S. 409f.

¹⁹⁸ Vgl. *Matten/Moon* (2008), S. 410.

werden können, ist in ihrem Konzept nicht vorgesehen. Dadurch lassen sich beide Fälle nicht klar voneinander trennen. Eine denkbare Lösung könnte eine Trennung von der Art der Erwartung und der Reaktion auf diese Erwartung sein. Ergebnis wäre dann nicht mehr eine Unterscheidung zwischen zwei, sondern zwischen vier Arten von CSR.¹⁹⁹

Zu dem Eindruck mangelnder Trennschärfe trägt zudem die Zuordnung von explizit zu freiwillig und strategisch sowie implizit zu der Erfüllung von Normen und reaktiv bei.²⁰⁰ Matten und Moon argumentieren mit neoinstitutionalistischen Argumenten, um die Verbreitung von expliziter CSR zu erklären.²⁰¹ Innerhalb des neoinstitutionalistischen Theorierahmens lässt sich jedoch argumentieren, dass auch strategische und als freiwillig empfundene Handlungen ebenso Resultat institutionalistischer Regeln sind, wie solche, die bereits als reaktiv wahrgenommen werden.²⁰² Insofern handelt es sich hier eher um einen unterschiedlichen Grad des Bewusstseins der Erwartungen als um zwei distinkte Bereiche.

Dies mag überdies dadurch beeinflusst sein, dass die Kategorien Explizit und Implizit notwendigerweise inhaltlich unausgefüllt bleiben,²⁰³ da sie ein Modell für internationale Vergleiche entwerfen. Daher kann die bloße Feststellung einer Entwicklung von einem eher impliziten zu einem eher expliziten Verständnis von CSR für Unternehmen kaum Anhaltspunkte für konkrete Verhaltensanforderungen bieten. Zudem wurde eine derartige Untersuchung von Matten und Moon nicht für Deutschland spezifisch durchgeführt. Daher wird eine, auf die Entwicklung innerhalb eines Landes eingehende, Darstellung konkreter historischer Entwicklungen benötigt.

¹⁹⁹ In Blindheim (2015) wird eine solche Trennung ebenfalls vorgeschlagen, allerdings behält der Autor den Fokus auf Unternehmen und ihre Reaktion auf Erwartungen bei.

²⁰⁰ Vgl. zu dieser Zuordnung Matten/Moon (2008), S. 410.

²⁰¹ Vgl. Matten/Moon (2008), S. 412f.

²⁰² Vgl. für eine Übersicht zu neoinstitutionalistischen Argumenten zu Akteursinteressen DiMaggio/Powell (1991), S. 28.

²⁰³ Vgl. zu dieser Einschätzung auch Blindheim (2015), S. 61.

In Deutschland war verantwortliches Unternehmenshandeln bereits seit dem Kaiserreich anerkannt und durch die Sozialgesetzgebung beginnend mit Bismarck zunehmend für alle Unternehmen verbindlich.²⁰⁴ Nach dem zweiten Weltkrieg wurde die Vorstellung der Verantwortung aller Akteure für die Gesellschaft in Deutschland so selbstverständlich, dass sie Eingang in das Grundgesetz fand.²⁰⁵ Diese Anforderungen wurden in Deutschland teilweise durch eine Beteiligung der Verbände an politischen Prozessen ergänzt.²⁰⁶ Dadurch hatten die Verbände die institutionalisierte Möglichkeit, auf die Ausgestaltung der Anforderungen Einfluss zu nehmen. Anreize für Unternehmen, sich verantwortungsvoll zu verhalten waren in Deutschland daher lange institutionell verankert; Anreize für darüber hinaus gehende, freiwillige CSR bestanden angeblich kaum.²⁰⁷ Unternehmen handelten verantwortungsvoll, wenn sie sich an ihre gesetzlich verankerten Pflichten in bestimmten gesellschaftlichen Bereichen (Arbeit, soziale Sicherung, Bildung, Umwelt) hielten; für alle anderen gesellschaftlichen Belange war der Staat verantwortlich.²⁰⁸ Mit diesem, von allen beteiligten Akteuren (lange Zeit hauptsächlich Staat, Unternehmen und Gewerkschaften)²⁰⁹ getragenen, Verständnis wird Deutschland bis in die 1990er als ein klares Beispiel für ein implizites Verständnis von Unternehmensverantwortung dargestellt.²¹⁰

Seit dieser Zeit ist allerdings auch in Deutschland zunehmend ausdrücklich die Rede von CSR, verstanden als explizite CSR.²¹¹ Als mit diesem Prozess einhergehende oder möglicherweise auch ihn auslösende gesellschaftliche Veränderungen können der Bedeutungsverlust der deutschen Bundesregierung als Regulierer für große Unternehmen im Zuge der Globalisierung und der Europäisierung und die damit verbun-

²⁰⁴ Vgl. Backhaus-Maul (2010b), S. 65.

²⁰⁵ Vgl. Hiß (2009a), S. 292.

²⁰⁶ Vgl. Backhaus-Maul (2010a), S. 56.

²⁰⁷ Vgl. Sandberg (2011), S. 18.

²⁰⁸ Vgl. Backhaus-Maul (2010a), S. 57.

²⁰⁹ Vgl. Backhaus-Maul (2010b), S. 79.

²¹⁰ Vgl. Kinderman (2008), S. 1.

²¹¹ Vgl. Hiß (2009a), S. 290.

dene Deregulierung²¹² sowie der im Neoliberalismus verwurzelte Glaube an die effiziente Problemlösungskompetenz von Unternehmen gesehen werden.²¹³ Auch der Bedeutungsverlust der Unternehmensverbände in Deutschland führte zu einem Erstarken der Rolle einzelner Unternehmen.²¹⁴ Auf diese Weise wurden explizite gesetzliche Regelungen geschwächt²¹⁵ und implizite Annahmen zur Rollenverteilung zwischen Staat und Unternehmen in Deutschland verändert.²¹⁶ Insbesondere große Unternehmen in Deutschland betreiben inzwischen eine Unternehmenspolitik, die Ausdruck eines expliziten Verständnisses von CSR sein könnte.²¹⁷ Allerdings bleibt bei diesen Überlegungen unberücksichtigt, dass auch in Deutschland Politikbereiche existieren, die sich nicht verpflichtend regeln lassen und in denen die Politik nur unterstützend tätig wird, bspw. die Innovationspolitik.²¹⁸ Diese Bereiche waren immer schon explizit; explizite CSR ist in Deutschland daher keine vollständig neue Entwicklung.²¹⁹ Auch die Annahme, die Bedeutung des Staates nehme generell ab, ist inzwischen in der Politikwissenschaft so nicht mehr aktuell.²²⁰ Es kommt zwar zu einer neuen Rollenverteilung, aber dem Staat kommt auch in dieser Konstellation noch eine große Bedeutung zu.²²¹ Ob man in Deutschland tatsächlich und insbesondere im Verhältnis zwischen großen deutschen Unternehmen und der deut-

²¹² Vgl. Backhaus-Maul (2010a), S. 58; Braun/Backhaus-Maul (2010), S. 21; Dyson (2005), S. 130; Wollmann (2000), S. 715.

²¹³ Vgl. Trautner (2012), S. 752; Wollmann (2000), S. 725. Allerdings beschränkt sich dieses Verständnis in Deutschland bisher im Bereich der Öffentlich-Privaten-Partnerschaften hauptsächlich auf die Entwicklungszusammenarbeit und die Infrastruktur, wie auch Privatisierung hauptsächlich im Bereich der Infrastruktur erfolgte, vgl. hierzu ausführlich die Abschnitte 8.3.6, 8.3.8 und 8.3.12. Im Bereich der Politik führte dies zu einer Auseinandersetzung mit den Prinzipien des New Public Management, vgl. Wollmann (2000), S. 725.

²¹⁴ Vgl. Rehder (2009), S. 273; Sauga (07.01.2013), S. 65; Schnapp/Welzel (2000), S. 333.

²¹⁵ Vgl. Hiß (2009a), S. 295.

²¹⁶ Vgl. Friedrich/Hadasch (2010), S. 140.

²¹⁷ Vgl. Hansen/Schrader (2005), S. 378.

²¹⁸ Vgl. Eisenkopf (2007), S. 212.

²¹⁹ Unabhängig von der Übernahme freiwilliger Verantwortung durch einzelne Unternehmen noch vor dem ersten Weltkrieg, vgl. hierzu Hiß (2009a), S. 290f.

²²⁰ Vgl. Hajduk/Schwindenhammer (2015), S. 398f.

²²¹ Vgl. Hajduk/Schwindenhammer (2015), S. 399.

schen Bundesregierung schon von einem einheitlich expliziten Verständnis von CSR²²² sprechen kann, ist bisher noch nicht geklärt.²²³ Ebenso wenig wurde bisher systematisch untersucht, ob die oben beschriebenen Veränderungen tatsächlich mit einer Veränderung der Erwartungshaltung der Regierung an Unternehmen einhergegangen sind.

2.2.4 Implizite CSR und die Bedeutung der Rahmenordnung bei Karl Homann

In der in Deutschland stattfindenden Diskussion über Wirtschaftsethik vertritt Karl Homann die These, dass die normativen Ansprüche an Unternehmen durch die Rahmenordnung wirtschaftlichen Handelns vermittelt werden müssen.²²⁴ Er liefert damit eine normative Begründung für die von Matten und Moon in Europa festgestellte implizite CSR, die sich in rechtlichen Regelungen und impliziten Erwartungen an Unternehmen zeige.

Seine Argumentation beruht dabei auf der Feststellung, dass die heutige Gesellschaft durch Dilemma-Strukturen geprägt ist.²²⁵ Für die Wirtschaft bedeutet das konkret ökonomischen Wettbewerb.²²⁶ Innerhalb dieses Systems muss die Gewinnmaximierung alleiniges Ziel ökonomischer Akteure sein, da diese sonst ihre ökonomische Existenz gefähr-

²²² Ein vollkommen einheitliches Verständnis von CSR über mehr als ein Individuum hinweg kann es kaum geben. Das Verständnis von CSR ist je nach gesellschaftlichem Kontext und Akteur unterschiedlich; vgl. van Marrewijk (2003), S. 103; Seidel (2011), S. 253; zur individuellen Rezeption organisatorischer Konzepte allgemein vgl. Scott (2008b), S. 191; für eine empirische Untersuchung individueller Verständnisse von CSR innerhalb eines Unternehmens vgl. Godfrey/Hatch/Hansen (2010), S. 337; Pedersen/Neergaard (2009), S. 1272. Allerdings sind zwischen verschiedenen Ländern größere Unterschiede festzustellen, als zwischen Akteuren innerhalb eines Landes; vgl. Argandoña/Weltzien Hoivik (2009), S. 227; Campbell (2007), S. 947; Tempel/Walgenbach (2006), S. 194.

²²³ Vgl. Braun (2010), S. 100.

²²⁴ Vgl. Homann (1998), S. 35. Für eine kritische Auseinandersetzung mit Homanns Konzept vgl. Trautnitz (2009), S. 98ff.

²²⁵ Vgl. Homann (1994), S. 110ff.

²²⁶ Vgl. Homann (1994), S. 110.

den.²²⁷ Normative Erwägungen dürfen dabei keine Rolle spielen. Ihnen ist in Homanns Konzept ein Platz in der Rahmenordnung zugewiesen.²²⁸ Denn durch die Rahmenordnung wird der Wettbewerb so geordnet, dass alle Akteure einer als erwünscht festgestellten Handlungsweise folgen müssen. So lässt sich bspw. rechtlich festschreiben, dass Unternehmen sich an der Krankenversicherung ihrer Belegschaft beteiligen. Dadurch führt diese Beteiligung nicht zu zusätzlichen Kosten und damit einem Wettbewerbsnachteil für sozial motivierte Unternehmen. Denn alle Unternehmen müssen diese zusätzlichen Kosten tragen.²²⁹

Ein Problem von Homanns Konzept liegt in der normativen Aufladung der Ökonomik.²³⁰ Für ihn ist Ökonomik dadurch normativ gerechtfertigt, dass sie der Nutzenmaximierung aller Beteiligten dient.²³¹ Kollektive Interessen wie die Regelung sozial erwünschten Verhaltens über die Rahmenordnung kommen dadurch zustande, dass jeder Akteur erkennt, dass er langfristig die Interessen anderer nicht dauerhaft ignorieren kann, da er für die Verwirklichung seiner Interessen immer auch auf andere angewiesen ist.²³² Diese Abhängigkeit von anderen Akteuren als Voraussetzung für die Berücksichtigung ihrer Interessen wird von Homann jedoch schlicht postuliert, ohne sie nachzuweisen.²³³ Dadurch wird es letztlich unmöglich zu erklären, wie eine Rahmenordnung entstehen soll, die das gesellschaftlich gewünschte Funktionieren der Wirtschaft sicherstellen soll.

In dieser Überhöhung des wirtschaftlichen Systems liefert Homann jedoch eine theoretische Begründung für die grundlegende Bedeutung, die Carroll in seinem Konzept von CSR wirtschaftlicher Verantwortung

²²⁷ Vgl. Homann (1994), S. 111.

²²⁸ Vgl. Homann (1994), S. 111ff.

²²⁹ Diese Annahme gilt natürlich nur innerhalb eines geografischen Gebiets, für das ein Akteur Regelungskompetenz besitzt. Damit wird das Konzept auf globaler Ebene schwieriger umzusetzen.

²³⁰ Vgl. Trautnitz (2009), S. 103ff.

²³¹ Vgl. Homann (1999), S. 58ff.

²³² Vgl. Homann/Suchanek (2000), S. 188.

²³³ Vgl. Trautnitz (2009), S. 137.

zukommen lässt. Die große Bedeutung, die der Rahmenordnung in Homanns Konzept zukommt, begründet außerdem die entscheidende Rolle der Legislative, bzw. der Bundesregierung als Ausgangspunkt von Gesetzesinitiativen und deren späterer praktischer Umsetzung. Denn letztlich ist sie es, die in einem nationalen Rahmen die entsprechende Rahmenordnung festlegt, die ein normativ korrektes Verhalten von Unternehmen sicherstellen soll.

2.3 Das Verständnis der deutschen Bundesregierung von verantwortlichem Unternehmenshandeln und CSR – die Bedeutung von Freiwilligkeit

Die Definition der Deutschen Bundesregierung, die auf einem Vorschlag des nationalen CSR-Forums beruht, beruft sich zwar auf die Definition der EU-Kommission von 2001.²³⁴ Sie wurde aber von Vertretern der Regierung, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft in Deutschland neu erarbeitet.²³⁵ Die Definition der Bundesregierung, die durch die Zusammenarbeit im nationalen CSR-Forum entstanden ist, kann als Ergebnis eines gemeinschaftlichen Aushandlungsprozesses gelten, denn bei Entscheidungen galt das Konsensprinzip.²³⁶ Es handelt sich damit um ein soziales Konstrukt,²³⁷ das sich durch die interpretative Herangehensweise dieser Arbeit gut begreifen lässt.

Die beiden zentralen Akteursgruppen dieser Untersuchung stellen Regierungsstellen und große Unternehmen dar. Beide Gruppen waren an der Ausarbeitung der CSR-Definition der Bundesregierung beteiligt.²³⁸ Grundsätzlich kann das Verständnis einzelner Akteure innerhalb dieser beiden Gruppen selbstverständlich von der gemeinsamen Definition abweichen, da die inhaltliche Ausgestaltung und Interpretation von CSR-Aktivitäten je nach gesellschaftlichem Kontext und Akteur unter-

²³⁴ Vgl. BMAS (2010), S. 35; Hiß (2009a), S. 289; Sandberg (2011), S. 14.

²³⁵ Vgl. BMAS (2010), S. 5.

²³⁶ Vgl. Aßländer/Löhr (2010), S. 16; Trautner (2012), S. 754.

²³⁷ Vgl. Burrell/Morgan (1979), S. 273.

²³⁸ Vgl. Aßländer/Löhr (2010), S. 16; BMAS (2010), S. 5.

schiedlich sein kann.²³⁹ Allerdings trägt die gemeinsam erarbeitete Definition zum gesellschaftlichen Konstruktionsprozess von CSR bei und beeinflusst damit wiederum das zukünftige Verständnis davon. Dies umso mehr, als angenommen werden kann, dass die beteiligten Akteure über eine große Legitimität verfügen.²⁴⁰

Die deutsche Bundesregierung definiert CSR als „die Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung durch Unternehmen über gesetzliche Anforderungen hinaus. CSR steht für eine nachhaltige Unternehmensführung im Kerngeschäft, die in der Geschäftsstrategie des Unternehmens verankert ist. CSR ist freiwillig, aber nicht beliebig.“²⁴¹

Das Prinzip der Freiwilligkeit stellt den Kern des aktuellen CSR-Verständnisses der deutschen Bundesregierung dar.²⁴² Obwohl im Hinblick auf Vergleichbarkeit und Messbarkeit ein Verweis auf Zertifizierung erwogen wurde,²⁴³ wird die Freiwilligkeit in der endgültigen Definition nur durch den Zusatz „aber nicht beliebig“²⁴⁴ eingeschränkt. Diese Betonung der Freiwilligkeit findet sich auch in der Reaktion der Bundesregierung auf die neue Definition der EU aus dem Jahr 2011.²⁴⁵ Sie geht sogar so weit, darauf hinzuweisen, dass „eine strategische Abkehr vom Prinzip der Freiwilligkeit mit dem in Deutschland praktizierten Verständnis von CSR nicht vereinbar ist“.²⁴⁶ Sie unterstützt einen Selbstregulierungsansatz und lehnt daher weitere Regulierung ab, befürwortet aber die Schaffung einheitlicher Kriterien der Selbstregulierung.²⁴⁷ Die Bundesregierung sieht die Politik daher in der Rolle einer

²³⁹ Vgl. van Marrewijk (2003), S. 103; Seidel (2011), S. 253; zur individuellen Rezeption organisatorischer Konzepte allgemein vgl. Scott (2008b), S. 191; für eine empirische Untersuchung individueller Verständnisse von CSR innerhalb eines Unternehmens vgl. Godfrey/Hatch/Hansen (2010), S. 337; Pedersen/Neergaard (2009), S. 1272.

²⁴⁰ Vgl. Buchholz/Rosenthal (2004), S. 149; Schiller-Merkens (2008), S. 106.

²⁴¹ BMAS (2010), S. 35.

²⁴² Vgl. Hiß (2009a), S. 289; Trautner (2012), S. 754.

²⁴³ Vgl. Trautner (2012), S. 754.

²⁴⁴ BMAS (2010), S. 35.

²⁴⁵ Vgl. Deutsche Bundesregierung (2011), S. 1.

²⁴⁶ Deutsche Bundesregierung (2011), S. 2.

²⁴⁷ Vgl. Deutsche Bundesregierung (2011), S. 2.

Unterstützerin der Unternehmen.²⁴⁸ Interessant ist, dass die Bundesregierung die Einhaltung der Selbstverpflichtung durch Unternehmen nicht selbst einfordert, sondern die Gesellschaft motivieren möchte, dies zu tun.²⁴⁹ Allerdings verweist die Bundesregierung auch darauf, dass viele Bereiche, die in anderen Ländern unter die Bezeichnung CSR fallen würden, in Deutschland gesetzlich geregelt sind.²⁵⁰ Damit sind sie nicht mehr freiwillig und nach der Definition der Bundesregierung nicht mehr Bestandteil von CSR.

Inhaltlich umfasst CSR für die deutsche Bundesregierung schwerpunktmäßig die Belange von Mitarbeitern (sowohl eigenen als auch denen von Zulieferern), der Umwelt (sowohl an eigenen Fertigungsstätten als auch an denen von Zulieferern) und Verbrauchern sowie Beiträge zu Bildung, gerechtem Wettbewerb, Korruptionsbekämpfung und transparenter Unternehmensführung.²⁵¹

Hinsichtlich unterschiedlicher Begrifflichkeiten nennt die Bundesregierung ausdrücklich die möglichen Beiträge von Unternehmen für einzelne Gemeinwesen in Deutschland (im Sinne von Corporate Citizenship) sowie die Berücksichtigung verschiedener Stakeholder (Mitarbeiter, Zulieferer, Konkurrenten, Gemeinde und Kunden) als Kernbereiche von CSR.²⁵² Das aktuelle CSR Verständnis der Bundesregierung umfasst also auch Aspekte verwandter Konzepte wie Corporate Citizenship als Teilbereiche von CSR.²⁵³

Ein zentrales Element der deutschen Definition von CSR, ebenso wie der Versuche, Kerncharakteristika von CSR zu bestimmen, ist die Verantwortung für die Belange ihrer gesellschaftlichen und natürlichen Umwelt. Unabhängig von der Diskussion darüber, ob Unternehmen als

²⁴⁸ Vgl. BMAS (2010), S. 36.

²⁴⁹ Vgl. BMAS (2013), S. 1.

²⁵⁰ Vgl. BMAS (2010), S. 36.

²⁵¹ Vgl. BMAS (2010), S. 35.

²⁵² Vgl. BMAS (2010), S. 35.

²⁵³ Vgl. zu verwandten Konzepten Abschnitt 2.1.3.

kollektiven Akteuren Verantwortung zugesprochen werden kann,²⁵⁴ bleibt bei dieser Definition der Begriff Verantwortung inhaltlich unausgefüllt. Dieser Problematik scheint sich die Bundesregierung selbst bewusst zu sein, da sie es für notwendig erachtet, in ihrer Definition darauf zu verweisen, dass CSR eben „nicht beliebig“²⁵⁵ sei.

Verantwortungszuschreibung kann als sozialer Prozess betrachtet werden.²⁵⁶ Demzufolge ist die konkrete, auf einer Norm basierende Erwartung an das Verhalten eines Akteurs von Seiten eines anderen Akteurs entscheidend dafür, ob Verantwortung zugesprochen wird und wofür.²⁵⁷ In Anlehnung an Schwemmer bedeutet das für diese Arbeit, dass es um die Beziehung zwischen großen deutschen Unternehmen (als Verantwortungsträgern), deren Handlungen oder Handlungsfolgen und der deutschen Bundesregierung (als Verantwortung einfordernde Instanz) geht.²⁵⁸ Baier unterscheidet vier verschiedene Anforderungen, die erfüllt sein müssen, damit einem Akteur (Unternehmen) von Dritten (der deutschen Bundesregierung) Verantwortung zugeschrieben werden kann.²⁵⁹ Zunächst muss die Erfüllung einer Aufgabe in seinem Zuständigkeitsbereich liegen.²⁶⁰ Es erscheint logisch, dass eine Bank nicht für die Beförderung von Personen verantwortlich gemacht werden kann. Der Akteur muss außerdem handlungsfähig sein.²⁶¹ Er muss die Möglichkeit gehabt haben, sich bewusst für eine bestimmte Handlungsweise zu entscheiden.²⁶² Hier stellt sich bei ökonomischen Akteuren die Frage, ob sie auch für eine Entscheidung verantwortlich gemacht werden können, wenn die Alternative bspw. durch hohe Kosten ihre Existenz bedroht.²⁶³ Normative Rationalität als dritte Herausforderung setzt vo-

²⁵⁴ Vgl. zu dieser Frage Fußnote 41.

²⁵⁵ BMAS (2010), S. 35.

²⁵⁶ Vgl. Baier (1970), S. 100ff.; Baier (1998), S. 106; Kyora (2001), S. 19.

²⁵⁷ Vgl. Kyora (2001), S. 100.

²⁵⁸ Vgl. Schwemmer (1980-1996), S. 499.

²⁵⁹ Vgl. Baier (1998), S. 105ff.

²⁶⁰ Vgl. Baier (1970), S. 104; Baier (1998), S. 105ff.; Kyora (2001), S. 29.

²⁶¹ Vgl. Baier (1998), S. 107f.; Kyora (2001), S. 31f.

²⁶² Vgl. Baier (1970), S. 112; Baier (1998), S. 107f.; Kyora (2001), S. 31f.

²⁶³ Vgl. Homann (1994), S. 117f.

raus, dass der Akteur moralische Überlegungen als berechtigt anerkennt und diese in seine Entscheidungen einbezieht.²⁶⁴ Auch hier kann die Frage gestellt werden, ob Unternehmen diese über rechtliche Anforderungen hinausgehende Ansprüche anerkennen können oder (nach Friedman²⁶⁵) überhaupt sollten. Die letzte Anforderung (Straffähigkeit),²⁶⁶ ist in Deutschland insofern problematisch, als kein Unternehmensstrafrecht existiert. Dazu kommt das generelle Problem, dass letztlich nicht das Unternehmen als Akteur, sondern immer ein damit in Zusammenhang stehendes Individuum die Strafe trägt.²⁶⁷ Handlungsfähigkeit und normative Rationalität sind Anforderungen, die von einem gewissen Handlungsspielraum von Unternehmen ausgehen. Wie dieser jedoch auszufüllen ist, bleibt weiterhin offen.

Das heißt, dass es für Unternehmen für die Übernahme der ihnen zugeschriebenen Verantwortung entscheidend ist, die konkret an sie gerichteten Erwartungen bzw. die Normen zu kennen, auf deren Grundlage die Erwartungen zustande kommen. Das ist auch deswegen bedeutend, weil Unternehmen ihre Legitimität nur dann erhalten können, wenn sie sich mit ihrem Verhalten im Rahmen der für sie geltenden Normen bewegen.²⁶⁸ Der Erhalt der Legitimität und der damit verbundene Image- und daher Wettbewerbsvorteil bei Konsumenten sowie die ebenfalls damit verbundene Vermeidung von Regulierung durch staatliche Stellen werden häufig als Motiv von Unternehmen für ihr Engagement für CSR angegeben.²⁶⁹ Die konkret an deutsche Unternehmen gerichteten Erwartungen von Seiten der Regierung sind deren allgemei-

²⁶⁴ Vgl. Baier (1998), S. 107f.; Kyora (2001), S. 31.

²⁶⁵ Vgl. Friedman (2007), S. 173f. Zwar erkennt Friedman auch die Berechtigung nicht rechtlicher Normen an, aber er sieht kaum Handlungsspielraum für eine freie Entscheidung, da diese den Interessen der Eigentümer oder anderer Anspruchsgruppen widersprechen könnte, ohne dass diese selbst an der Entscheidung beteiligt würden; vgl. Friedman (2007), S. 174.

²⁶⁶ Vgl. Baier (1970), S. 107f.; Baier (1998), S. 108; Kyora (2001), S. 32.

²⁶⁷ Vgl. Kyora (2001), S. 32.

²⁶⁸ Vgl. Suchman (1995), S. 574. Zu einer umfassenderen Auseinandersetzung mit dem Thema vgl. Hiß (2006).

²⁶⁹ Vgl. Hiß (2006), S. 143f.; Husted/Allen (2011), S. 3.

ner Definition von CSR nicht zu entnehmen und können sich, aufgrund der grundsätzlich darin enthaltenen Annahme der Freiwilligkeit, auch nicht in rechtlichen Pflichten erschöpfen.

Die rechtlichen Pflichten sind jedoch, obwohl sie von der Regierung durch ihren Bezug zur Freiwilligkeit eigentlich nicht Bestandteil von CSR sind, grundlegender Bestandteil der an Unternehmen gerichteten Erwartungen.²⁷⁰ Damit sind sie auch Bestandteil der Unternehmensverantwortung.²⁷¹ Homann würde sogar argumentieren, dass sie alleine ein verantwortungsvolles Verhalten von Unternehmen sicherstellen können.²⁷² Erfüllen Unternehmen ihre Verantwortung, weil sie sich daraus einen Vorteil versprechen, erscheint es aus Unternehmenssicht wenig zielführend, zwischen rechtlich verpflichtender und freiwilliger Verantwortungserfüllung, also impliziter und expliziter CSR, zu unterscheiden. Selbstverständlich besteht bei rechtlich verpflichtendem Verhalten durch rechtliche Sanktionierung ein starker Anreiz zur Einhaltung dieser Verantwortung. Allerdings scheint auch dies, insbesondere in Entwicklungsländern,²⁷³ aber auch in Industrieländern – berücksichtigt man Ereignisse wie den Skandal um manipulierte Abgaswerte bei VW im Jahr 2015 – nicht immer zu verantwortungsvollem Verhalten von Unternehmen zu führen. Verlagerungen des Unternehmenssitzes bspw. stellen eine legale Möglichkeit dar, rechtliche Regelungen nicht erfüllen zu müssen. Dies gilt so lange, wie es keine global einheitlichen rechtlichen Regelungen gibt. Zudem kann eine entsprechende Gesetzgebung oder die Androhung einer gesetzlichen Regulierung freiwillig verantwortliches Verhalten fördern.²⁷⁴ Es kann also keine klare Trennung zwischen verpflichtender und freiwilliger Verantwortung hergestellt werden. Das gilt insbesondere dann, wenn sich diese aus der Er-

²⁷⁰ Vgl. hierzu grundlegend Trautnitz (2009).

²⁷¹ Vgl. Backhaus-Maul/Kunze (2012), S. 104; Lee (2008), S. 65. Für eine kritische Auseinandersetzung mit der Freiwilligkeit von CSR vgl. auch Dentschev/van Balen/Haezendonck (2015), S. 380ff.

²⁷² Vgl. Homann (1994), S. 111ff.

²⁷³ Vgl. Hiß (2006), S. 91.

²⁷⁴ Vgl. Hine/Preuss (2009), S. 390; Hiß (2006), S. 92; Jazbinsek (2009), S. 76.

wartungshaltung einer Regierung ergibt, wie sie Gegenstand dieser Untersuchung ist. Diese Trennung lässt sich auch nicht anhand der Schärfe der Reaktion der Regierung auf unverantwortliches Verhalten vornehmen. Es kann sogar die These aufgestellt werden, dass ein Vergehen gegen eine weniger bedeutende Rechtsnorm von der Regierung weniger stark durch eine Verschlechterung der Beziehung sanktioniert würde, als die Verlagerung von Arbeitsplätzen, die nicht rechtlich reguliert ist. Die konkrete Ausgestaltung der Erwartungshaltung der Regierung ist demzufolge zunächst zu klären, um darüber hinaus feststellen zu können, ob sich darin Veränderungen feststellen lassen.

Nachdem dargelegt wurde, inwieweit die deutsche Bundesregierung CSR und ihre Rolle darin für ihren Umgang mit deutschen Unternehmen nach außen konkretisiert, soll im Folgenden erläutert werden, inwiefern bisherige Untersuchungen im Spannungsfeld zwischen Unternehmensverantwortung und dem Umgang nationaler Regierungen damit die für Unternehmen entscheidenden Bereiche ausreichend analysiert haben.

2.4 Bisherige Arbeiten zu CSR und der Beziehung zu Regierungen oder anderen regulierenden Stellen

Die wenigen²⁷⁵ bisherigen – der Verfasserin bekannten²⁷⁶ – empirischen Arbeiten zu dem Einfluss von CSR auf die Beziehung von Unter-

²⁷⁵ Dass es bisher erst wenige empirische Studien zum tatsächlichen Einfluss von CSR auf die konkreten Beziehungen zwischen Unternehmen und Regierungen gibt, könnte an der Problematik des Untersuchungsgegenstandes liegen. Dieser kann im Bereich des Lobbying verortet werden, in dem es sehr schwierig ist, empirische Studien durchzuführen, da alle beteiligten Akteure die betreffenden Informationen als sehr sensibel empfinden, vgl. Lawton/McGuire/Rajwani (2013), S. 100.

²⁷⁶ Es wurde in den Datenbanken Business Source Complete, Political Science Complete und SocINDEX with Full Text nach den Schlagwörtern „corporate social responsibility“ und „government policy“ und „communication“ und „policy making“ gesucht, was 19 Treffer ergab. Die Suche in diesen Datenbanken nach der Schlagwortkombination „corporate social responsibility“ und „government policy“ und „political csr“ und „stakeholder management“ ergab 21 Treffer. Die nach „corporate social responsibility“

nehmen zu Regierungen sind grundsätzlich funktionalistisch ausgerichtet.²⁷⁷ Das ist nicht weiter verwunderlich, da sie aus dem Bereich der Betriebswirtschaftslehre oder der Politikwissenschaft stammen, die bereits eine lange eher funktionalistische bzw. realistische Tradition aufweisen.²⁷⁸

2.4.1 Vorgehen und Erkenntnisse der bisherigen Arbeiten

Die bisherigen empirischen Arbeiten in diesem Bereich setzen unterschiedliche Schwerpunkte. Mathis hat in seiner Dissertation die Auswirkungen von CSR auf das Verhältnis von Unternehmen in Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden zu sie regulierenden Behörden untersucht.²⁷⁹ Fooks et al. untersuchen die Absichten von British American Tobacco (BAT) bei der Erstellung eines CSR-Programms und die Wirkungen dieses Programms auf politische Entscheidungsträger in Großbritannien.²⁸⁰ Jazbinsek beschreibt die Absichten von Phillip Morris hinsichtlich der Etablierung eines Forschungspreises und der Auswirkungen auf Beziehungen zu politischen Entscheidungsträgern.²⁸¹

Unterschiede bestehen bereits in der Vorgehensweise. Während Mathis mit Fallstudien arbeitet,²⁸² können Fooks et al. und Jazbinsek auf interne Dokumente von Unternehmen zurückgreifen.²⁸³ Weiterhin ist es das Ziel von Mathis, einen positiven Zusammenhang zwischen CSR-Aktivitäten von Unternehmen und dem Zugang und den Beziehungen zu Behörden sowie den bürokratischen Kosten für das betrachtete Un-

und "Wirtschaftsethik" 8. Nach deren Auswertung sowie der Durchsicht der Literaturverzeichnisse ergaben sich die im Folgenden untersuchten Studien.

²⁷⁷ Vgl. Fooks et al. (2011); Fooks et al. (2013); Jazbinsek (2009); Mathis (2008). Es existieren auch theoretische Überlegungen zu dem Verhältnis, vgl. für aktuelle Beispiele Den Hond et al. (2014) und Liedong et al. (2015).

²⁷⁸ Vgl. Jackson/Carter (2009), S. 134; Marsh/Furlong (1995), S. 23.

²⁷⁹ Vgl. Mathis (2008), S. 157.

²⁸⁰ Vgl. Fooks et al. (2011), S. 2; Fooks et al. (2013), S. 284.

²⁸¹ Vgl. Jazbinsek (2009), S. 69ff.

²⁸² Vgl. Mathis (2008), S. 75f.; S. 155.

²⁸³ Vgl. Fooks et al. (2011); Fooks et al. (2013); Jazbinsek (2009), S. 69.

ternehmen festzustellen. Fooks et al. geht es auch um den Einfluss von CSR-Aktivitäten auf den Zugang zu und den Ruf des Unternehmens bei politischen Entscheidungsträgern sowie auf die Möglichkeit, eigene Themen mit eigener Auslegung auf die Agenda zu bringen.²⁸⁴ Jazbinsek beschreibt lediglich die Ergebnisse einer Begleitstudie zu der Verleihung eines Forschungspreises durch Phillip Morris, die zu dem Ergebnis kommt, dass der Ruf des Unternehmens und der Zugang zu politischen Entscheidungsträgern durch diese Maßnahme verbessert werden konnten.²⁸⁵ Die Ergebnisse von Mathis sind uneindeutig,²⁸⁶ was auch daran liegen könnte, dass sie auf Interviews beruhen,²⁸⁷ die in diesem sensiblen Feld problematisch sind.²⁸⁸ Fooks et al. stellen einen positiven Zusammenhang fest zwischen der CSR-Aktivität von BAT und dem Zugang zu Entscheidungsträgern sowie der Möglichkeit, eine Agenda zu setzen und die möglichen Vorgehensweisen, die wichtige Schritte im Politikprozess darstellen, zu spezifizieren.²⁸⁹

Die Ergebnisse dieser Analysen, die natürlich nur Einzelfälle untersuchen, deuten darauf hin, dass das Engagement von Unternehmen im Bereich CSR ihnen Vorteile im Umgang mit politischen Entscheidungsträgern verschaffen kann.

2.4.2 Einschränkungen bisheriger Forschung zu Unternehmens-Regierungsbeziehungen und CSR sowie notwendige Erweiterungen

Problematisch an den drei Studien erscheint zunächst deren Beschränkung auf freiwillige CSR-Aktivitäten. Die Beziehung zu einem Regulierer wird ebenfalls durch verantwortungsvolles Verhalten hinsichtlich rechtlich regulierter Bereiche beeinflusst, wie am Beispiel der Deut-

²⁸⁴ Vgl. Fooks et al. (2011), S. 3ff.; Fooks et al. (2013), S. 289.

²⁸⁵ Vgl. Jazbinsek (2009), S. 69.

²⁸⁶ Vgl. Mathis (2008), S. 227; 286; 443.

²⁸⁷ Vgl. Mathis (2008), S. 159.

²⁸⁸ Vgl. Fooks et al. (2011), S. 7; Lawton/McGuire/Rajwani (2013), S. 100.

²⁸⁹ Vgl. Fooks et al. (2011), S. 4ff.

schen Bank u.a. im Zuge des Skandals um die Manipulation von LIBOR und EURIBOR zu beobachten war. Dass dieser Einfluss ausgeblendet wird, verringert die Aussagekraft der Arbeiten. Außerdem verkennen die Autoren in der Anlage ihrer Untersuchung der Unternehmens-Regierungsbeziehungen, dass diese auch durch Umweltfaktoren, bspw. Regierungswechsel, beeinflusst werden, die nur schwer oder langfristig von einzelnen Akteuren beeinflusst werden können.

Die Übertragungsmöglichkeit obiger Erkenntnisse auf den Fall der deutschen Bundesregierung und ihr Verständnis von Unternehmensverantwortung ist eher begrenzt. Denn die Arbeiten von Fooks et al. und in Teilen die von Mathis untersuchen Entwicklungen in Großbritannien und den Niederlanden. Beide Länder gelten hinsichtlich der Auseinandersetzung mit CSR in Europa als führend.²⁹⁰ Sie unterscheiden sich damit von Deutschland, das im Hinblick auf CSR als Nachzügler gilt.²⁹¹ Jazbinsek beschreibt zwar einen Fall in Deutschland, beschränkt sich jedoch darauf, die Absichten des Unternehmens der Politik gegenüber darzustellen.²⁹² Der Bereich der Untersuchung, den Mathis in Deutschland durchgeführt hat, ergibt Ergebnisse hauptsächlich für die Beziehung zu lokalen Behörden und explizit nicht für nationale Regierungsstellen.²⁹³ Insofern sind die Ergebnisse obiger Analysen für den Fall Deutschland wenig aussagekräftig.

Bezieht man die weiter oben beschriebenen, allgemeineren Erkenntnisse über die Entwicklung von CSR in Deutschland mit ein, kann angenommen werden, dass die Regierung sich zu Beginn des Prozesses als Regulierer sah und von Unternehmen erwartete, den Gesetzen und Vorschriften gemäß verantwortlich zu handeln. Gestützt auf die Annahmen von Matten und Moon könnte man weiter annehmen, dass die deutsche Bundesregierung sich inzwischen eher als Unterstützerin von

²⁹⁰ Vgl. für Großbritannien Hiß (2009a), S. 289; Sandberg (2011), S. 18.; für die Niederlande Dubbink (2007), S. 293.

²⁹¹ Vgl. Abschnitt 2.2.3.

²⁹² Vgl. Jazbinsek (2009), S. 69f.

²⁹³ Vgl. Mathis (2008), S. 260f.

Unternehmen in deren Bemühen sieht, sich über Gesetze und Vorschriften hinaus zu engagieren. Die Beziehung hätte sich demnach – auch beeinflusst durch Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung – ohnehin verändert.²⁹⁴ Unternehmen genießen in ihrer Eigenschaft als Unternehmen bereits einen guten Ruf, der einen privilegierten Zugang zur Regierung wahrscheinlicher und neue Regulierung unwahrscheinlicher erscheinen lässt.

Die Frage, ob sich ein erhöhtes CSR-Engagement wirklich positiv auf die Beziehung zwischen Unternehmen und Regierungen auswirkt, hängt auch von den Erwartungen ab, die die Regierung an Unternehmen richtet. Eine Institutionalisierung von expliziter CSR würde dafür sprechen, dass dieses Engagement von der Regierung auch erwartet wird. Erwartet die Regierung ohnehin aktives CSR-Engagement, dann kann eine Erfüllung dieser Erwartung lediglich dem Erhalt der Legitimität dienen. Sie würde in diesem Fall nicht zu besseren Beziehungen führen. Die Frage ist also weniger, ob Unternehmen durch aktive CSR ihre Beziehung zur Regierung in Deutschland verbessern können. Es geht vielmehr darum, wie ein Prozess abläuft, in dessen Verlauf sich Erwartungen verändern. Die Wahrnehmung der eigenen Rolle, der eigenen kollektiven Identität in Abgrenzung zur Rolle oder Identität von Unternehmen ist hier von großer Bedeutung. Denn je nachdem, wie die eigene Identität, verbunden mit den eigenen Aufgaben wahrgenommen wird, werden auch Erwartungen an das Verhalten von anderen Akteuren gebildet. Werden diese Erwartungen erfüllt, erhalten Unternehmen ihre Legitimität und tragen damit zu ihrem längerfristigen Überleben bei. Es handelt sich um die Grundfrage der ersten neoinstitutionalistischen Arbeiten: Effizienz oder Legitimität? Bei den bisherigen Untersuchungen zu Auswirkungen von CSR auf Unternehmens-Regierungsbeziehungen wurde letztere eher vernachlässigt.

Zudem beschränkt die schlichte Erfüllung der Erwartungen der Regierung an CSR-Aktivitäten die Aktionsmöglichkeiten von Unternehmen

²⁹⁴ Vgl. Detomasi (2015), S. 686.

unnötig. Aufbauend auf einem umfassenden Verständnis von Erwartungsbildung und deren Veränderungen müssen sich Unternehmen nicht auf die Erfüllung von Erwartungen beschränken: Sie können sich langfristig an den Erwartungsbildungsprozessen beteiligen, auch wenn, durch die komplexen Abläufe der Veränderungsprozesse, keine vollständige Kontrolle durch die Unternehmen möglich ist. Einflussmöglichkeiten für Unternehmen bestünden dann eher in der Beteiligung an langfristigen Prozessen der Identitätskonstruktion und der Erwartungsbildung der Regierung und nicht in der einfachen Erfüllung bestehender Erwartungen. Dabei wird auf der Basis oben erörterter Untersuchungen grundsätzlich davon ausgegangen, dass ein Ergebnis des CSR-Engagements von Unternehmen eine Verbesserung der Beziehung zur Regierung sein kann.

2.5 Corporate Political Activity

Der Teilbereich der Betriebswirtschaftslehre, der sich bisher hauptsächlich mit Unternehmens-Regierungsbeziehungen auseinandergesetzt hat, ist die Forschung zu Corporate Political Activity (CPA).²⁹⁵ Arbeiten zu CPA sind traditionell sehr funktionalistisch ausgerichtet.²⁹⁶ Häufig wird der Erfolg von CPA-Maßnahmen im Hinblick auf politische Entscheidungen zum Vorteil des Unternehmens untersucht.²⁹⁷ Es wird unterstellt, dass sich vorteilhafte Politik in Wettbewerbsvorteile umsetzen lässt.²⁹⁸ Unternehmen agieren also als rationale Agenten, die bewusste Entscheidungen zum eigenen Vorteil treffen.²⁹⁹ Ein entscheidender Faktor für den Einsatz von CPA ist die Größe eines Unterneh-

²⁹⁵ Vgl. Hillman/Keim/Schuler (2004), S. 838; Lawton/McGuire/Rajwani (2013), S. 87; Mantere/Pajunen/Lamberg (2009), S. 112.

²⁹⁶ Vgl. Fuchs/Lederer (2007), S. 1; Lawton/McGuire/Rajwani (2013), S. 87; Mantere/Pajunen/Lamberg (2009), S. 108.

²⁹⁷ Vgl. Lawton/McGuire/Rajwani (2013), S. 96.

²⁹⁸ Vgl. Bonardi/Hillman/Keim (2005), S. 400; Lawton/McGuire/Rajwani (2013), S. 96; Mathur/Singh (2011), S. 254; Schuler/Rehbein/Cramer (2002), S. 659.

²⁹⁹ Vgl. Mathur/Singh (2011), S. 255.

mens. Nur größere Unternehmen können sich eigene Abteilungen für CPA leisten.³⁰⁰

CPA wird meist als ein Unterbereich von Public Relations betrachtet.³⁰¹ Sieht man Public Relations als den Aufbau und die Aufrechterhaltung von Beziehungen zu Stakeholdern,³⁰² so beschäftigt sich CPA mit genau dem Bereich des Stakeholdermanagements, der in der eigentlichen Stakeholderliteratur meist kaum behandelt wird.³⁰³ In neuerer Zeit finden sich einige Artikel, die sich bewusst um eine ethischere Ausrichtung von CPA bemühen und versuchen, eine Brücke zu CSR zu schlagen.³⁰⁴ Sie gehen den umgekehrten Weg weniger bisheriger Studien zur Auswirkung von CSR auf Unternehmens-Regierungsbeziehungen, die eher implizit in Richtung CPA rücken.³⁰⁵

Zudem existieren inzwischen einige Arbeiten, die sich mit den Möglichkeiten einer sinnvollen Verbindung von CSR und CPA auf theoretischer Ebene auseinandersetzen.³⁰⁶ Sie kommen zu dem Schluss, dass CSR und CPA kombiniert werden könnten, um Vorteile für Unternehmen auch hinsichtlich ihrer Beziehung zu Regierungen zu generieren.³⁰⁷ Sie beschränken sich dabei jedoch auf die Entwicklung von Klassifizierungen zu dem konkreten Verhältnis von CSR und CPA sowie der vermuteten Auswirkung eines kombinierten Einsatzes.³⁰⁸

Der Großteil der empirischen Arbeiten zu politischen Aktivitäten von Unternehmen beschäftigt sich mit den USA; Europa stand bisher eher

³⁰⁰ Vgl. Hillman/Keim/Schuler (2004), S. 839; Lawton/McGuire/Rajwani (2013), S. 89; Mathur/Singh (2011), S. 255.

³⁰¹ Vgl. Lawton/McGuire/Rajwani (2013), S. 88.

³⁰² Vgl. Lawton/McGuire/Rajwani (2013), S. 88.

³⁰³ Vgl. Fassin (2008), S. 886; Freeman (1994), S. 417; Orts/Strudler (2002), S. 221.

³⁰⁴ Vgl. Lawton/McGuire/Rajwani (2013), S. 100; Mantere/Pajunen/Lamberg (2009).

³⁰⁵ Vgl. zum Forschungsbedarf bei der Verbindung von CPA und CSR Mantere/Pajunen/Lamberg (2009), S. 128.

³⁰⁶ Vgl. bspw. Den Hond et al. (2014); Liedong et al. (2015).

³⁰⁷ Vgl. Den Hond et al. (2014), S. 808; Liedong et al. (2015), S. 419.

³⁰⁸ Vgl. Den Hond et al. (2014), S. 797ff.; Liedong et al. (2015), S. 412ff.

weniger im Fokus.³⁰⁹ Daher analysieren viele bisherige Arbeiten ein US-amerikanisches Spezifikum, das Political Action Committee und beschäftigen sich weniger mit anderen Arten politischer Einflussnahme.³¹⁰ In der CPA-Literatur wird allerdings inzwischen auch auf die Unterschiede in nationalen politischen Systemen hingewiesen, die die Beziehung zwischen Unternehmen und Regierungen beeinflussen.³¹¹

In ähnlicher Weise existieren auch Arbeiten zu CPA, die auf institutionalistischen Grundlagen aufbauen.³¹² Sie untersuchen hauptsächlich isomorphe Tendenzen³¹³ beim Einsatz von CPA durch Unternehmen und den Einfluss nationaler Gegebenheiten auf CPA und deren Entwicklung.³¹⁴ Allerdings zeigt sich in einigen Arbeiten durchaus auch eine eher akteurszentrierte Sicht auf Institutionen, die diese als Rahmen für machtpolitische Handlungen betrachtet.³¹⁵ CPA erkennt darüber hinaus an, dass ein strategisches Ziel von politischem Handeln von Unternehmen Legitimität sein kann.³¹⁶ Demnach könnte der Einsatz von CSR in politischen Aktivitäten durchaus Legitimitätsgewinne oder –erhaltung zum Ziel haben. Das wurde bisher kaum empirisch untersucht, insbesondere nicht mit dem Fokus auf rein politische Entscheidungsträger. Insgesamt besteht weiterer Forschungsbedarf in der Anwendung institutionalistischer Überlegungen auf politische Aktivitäten von Unternehmen,³¹⁷ ebenso wie im Zusammenspiel von politischen Aktivitäten und CSR.³¹⁸

³⁰⁹ Vgl. Lawton/McGuire/Rajwani (2013), S. 93.

³¹⁰ Vgl. Mathur/Singh (2011), S. 260.

³¹¹ Vgl. Den Hond et al. (2014), S. 809f.; Hillman/Keim/Schuler (2004), S. 843; Jackson/Deeg (2008), S. 555; Lawton/McGuire/Rajwani (2013), S. 89.

³¹² Vgl. Lawton/McGuire/Rajwani (2013), S. 91.

³¹³ Hierbei handelt es sich um eine Entwicklung, in der Organisationen, die den gleichen Umweltbedingungen ausgesetzt sind, sich in ihren Prozessen und Strukturen immer mehr angleichen, vgl. DiMaggio/Powell (1983), S. 149ff. sowie für eine ausführlichere Auseinandersetzung mit dieser Thematik Abschnitt 3.1.3.2.

³¹⁴ Vgl. Lawton/McGuire/Rajwani (2013), S. 92.

³¹⁵ Vgl. Lawton/McGuire/Rajwani (2013), S. 92.

³¹⁶ Vgl. Boddewyn/Brewer (1994), S. 121; Mantere/Pajunen/Lamberg (2009), S. 122.

³¹⁷ Vgl. Jackson/Deeg (2008), S. 541; Lawton/McGuire/Rajwani (2013), S. 89.

³¹⁸ Vgl. Den Hond et al. (2014), S. 810; Liedong et al. (2015), S. 408.

2.6 Motive von Unternehmen für den Einsatz von CSR

Eine Analyse der Motive von Unternehmen für den Einsatz von CSR ist relevant, da bisher meist funktionalistische Motive³¹⁹ unterstellt wurden.³²⁰ Autoren vorheriger Arbeiten haben sich häufig darauf beschränkt, diese Motive mit kausalen Aussagen zum Business Case von CSR zu untermauern und Strategien vorzuschlagen, um diesen zu verbessern.³²¹ Wenige Arbeiten haben bisher die Frage gestellt, ob dies nicht zu kurz greift.³²² Sollte das aber der Fall sein, wie diese Arbeiten vermuten lassen, dann reicht es für Unternehmen nicht, CSR funktionalistisch zu begreifen. Es ist notwendig, alle möglichen Hintergründe zu kennen, um zu hinterfragen, ob die bisherigen CSR-Aktivitäten tatsächlich der Erfüllung aller Erwartungen dienen.

Die Motive, die Unternehmen für den Einsatz von CSR unterstellt werden, lassen sich grob in drei Gruppen unterteilen³²³: rein moralische Motive, rein funktionalistische Motive und institutionalistische Motive. Wie oben bereits beschrieben, befassen sich die meisten Arbeiten mit eher funktionalistischen Motiven.³²⁴ Sie unterstellen dem Einsatz von CSR eine verkaufsfördernde, mitarbeitermotivierende und investorenbeeindruckende Wirkung.³²⁵ Außerdem helfe CSR, den Umgang mit regulierenden Stellen zu verbessern und zusätzliche Regulierung zu vermeiden.³²⁶

³¹⁹ Dies bezieht sich auf die Annahme, dass rationale Akteure in Bezug auf eine objektive Realität Präferenzen entwickeln, vgl. dazu ausführlicher Abschnitt 6.1.

³²⁰ Vgl. Miller/Guthrie (2011), S. 146; Scherer/Palazzo (2007), S. 1100; Schreck (2011), S. 746.

³²¹ Vgl. bspw. Conklin (2010), S. 62; Duong Dinh (2011), S. 8; Maignan/Ferrell/Ferrell (2005), S. 974; Petersen/Vredenburg (2009), S. 1.

³²² Nennenswerten Ausnahmen sind: Campbell (2006); Campbell (2007); Hiß (2006); Miller/Guthrie (2011).

³²³ Die Einteilung dient der Vereinfachung, nicht alle Arbeiten lassen sich eindeutig einer Gruppe zuordnen.

³²⁴ Vgl. Conklin (2010), S. 62; Duong Dinh (2011), S. 8; Maignan/Ferrell/Ferrell (2005), S. 974; Mathis (2008), S. 153; Petersen/Vredenburg (2009), S. 1.

³²⁵ Vgl. Frank/Horst (2011), S. 264; Husted/Allen (2011), S. 11.

³²⁶ Vgl. Banerjee (2007), S. 29; Gjølborg (2011), S. 2; Jazbinsek (2009), S. 76; Liedong et al. (2015), S. 409; Mathis (2008), S. 154.

Es existieren aber auch Arbeiten, die nicht den Fokus auf den Business Case CSR legen, sondern entweder normative oder institutionalistische Gründe hinter einem Engagement für CSR vermuten.³²⁷ Da diese Arbeit nicht das Ziel hat, in die umfangreiche Diskussion um eine notwendige Verantwortung von Unternehmen für die Gesellschaft und deren konkrete Ausgestaltung einzugreifen, sind im Folgenden eher die institutionalistisch ausgerichteten Arbeiten von Interesse. In diesem Zusammenhang sind insbesondere zwei Autoren zu nennen: John L. Campbell und Stefanie Hiß. Ungefähr zur gleichen Zeit (2006) erschienen von beiden erste Überlegungen zu einer institutionalistischen Motivation von CSR Aktivitäten von Unternehmen.³²⁸

Campbell untersucht eher die Bedingungen, die ein CSR-Engagement von Unternehmen fördern.³²⁹ Er argumentiert, dass unter bestimmten Bedingungen verantwortungsvolles Unternehmenshandeln wahrscheinlicher sei.³³⁰ Zwei dieser Bedingungen³³¹ betonen die Rolle von politischer Regulierung: ein ausgebauter Rechtsstaat mit Beteiligung von Unternehmen in der Gestaltung von Regulierung³³² und Selbstregulierung mit der bestehenden Möglichkeit einer staatlichen Regulierung bei Fehlverhalten.³³³ Er ist damit ein früher Vertreter der Widerspiegelungsthese.³³⁴ Die dahinterstehende Motivation ist bei Campbell in diesem Fall aber noch funktionalistisch: Unternehmen wollen Schaden durch Eingriffe des Staates verhindern, daher verhalten sie sich vorsorglich verantwortungsvoll.³³⁵

³²⁷ Vgl. bspw. Bredgaard (2004); Campbell (2006); Campbell (2007); Hiß (2006); Miller/Guthrie (2011).

³²⁸ Vgl. Campbell (2006); Hiß (2006).

³²⁹ Vgl. Campbell (2006); Campbell (2007).

³³⁰ Vgl. Campbell (2006), S. 929; Campbell (2007), S. 952.

³³¹ Die anderen (4 bzw. 6) Bedingungen beziehen sich auf Rahmenbedingungen, die eher indirekt oder gar nicht auf staatliche Einflussnahme zurückzuführen sind, vgl. Campbell (2006), S. 932ff.; Campbell (2007), S. 952ff.

³³² Vgl. Campbell (2006), S. 930; Campbell (2007), S. 955.

³³³ Vgl. Campbell (2006), S. 930; Campbell (2007), S. 956.

³³⁴ Vgl. Abschnitt 2.2.2.

³³⁵ Vgl. Campbell (2006), S. 929; Campbell (2007), S. 954.

Stefanie Hiß geht in ihrer Dissertation über diese Annahme hinaus.³³⁶ Für sie geht es auf der Grundlage des Neoinstitutionalismus um das Fortbestehen von Unternehmen, wenn sie sich dem Druck gesellschaftlicher Erwartungen an CSR-Aktivitäten anpassen.³³⁷ Für das Überleben einer Organisation ist die Erlangung von Legitimität und damit eine Anpassung an Mythen zu CSR³³⁸ notwendig.³³⁹ Beteiligte Akteure müssen es aber nicht bei einer passiven Akzeptanz dieser Anforderungen belassen.³⁴⁰ Im Rahmen ihrer „Sozialkapital-Strukturen“³⁴¹ interagieren sie mit den anderen relevanten Akteuren des Feldes und können in dieser Interaktion ihre eigene Sicht auf die Mythen zu CSR einbringen.³⁴² Es besteht also auf dieser Ebene die Möglichkeit für Unternehmen, an sie gerichtete Erwartungen mit zu beeinflussen.

Hiß legt mit ihrer Untersuchung einen wichtigen Grundstein für diese Arbeit, indem sie andere als funktionale Prozesse im Engagement von Unternehmen für CSR erkennt. Ihre Ausführungen zu neoinstitutionalistisch interpretierbaren Interaktionen sind überaus aufschlussreich. Bedingt durch ihre Fragestellung geht sie zwar nicht mehr auf die Bedeutung von CSR für die Beziehung zwischen einzelnen Akteuren im Feld ein. Allerdings existieren von ihr spätere Arbeiten, die sich mit der Veränderung von CSR im deutschen Kontext auseinandersetzen.³⁴³

³³⁶ Vgl. Hiß (2006), S. 106.

³³⁷ Vgl. Hiß (2006), S. 17.

³³⁸ Mit Mythen zu CSR bezieht sich Hiß auf die grundlegende Überlegung von Meyer und Rowan, die mit Rationalitätsmythen in einer Gesellschaft für selbstverständlich gehaltene Annahmen über die richtigen Ziele und die Art, diese Ziele zu verfolgen, beschreiben, ohne dass dies objektiv sinnvolle Ziele oder die effizienteste Art, diese Ziele zu erreichen, sein müssen, vgl. Meyer/Rowan (1977), S. 343f. Mythen zu CSR beziehen sich demnach auf in der Gesellschaft für selbstverständlich gehaltenes Unternehmenshandeln, das nicht tatsächlich einen gesellschaftlichen oder unternehmerischen Mehrwert erbringen muss, vgl. Hiß (2006), S. 138ff.; vgl. dazu auch Abschnitt 3.2.1.

³³⁹ Vgl. Hiß (2006), S. 247.

³⁴⁰ Vgl. Hiß (2006), S. 251.

³⁴¹ Hiß (2006), S. 244.

³⁴² Vgl. Hiß (2006), S. 306.

³⁴³ Vgl. Hiß (2009a); Hiß (2009b).

2.7 Zwischenfazit – Unternehmensverantwortung als Gegenstand institutionalistischer Veränderungsprozesse

Bisherige, eher vergleichende, Untersuchungen legen den Schluss nahe, dass sich die Erwartung der deutschen Bundesregierung an verantwortungsvolles Verhalten von Unternehmen verändert hat. Allerdings existieren bisher keine Studien, die diese Veränderung für Deutschland über einen längeren Zeitraum nachvollzogen haben. Die Definition der deutschen Bundesregierung von CSR ist ebenfalls wenig aufschlussreich, da sie den wichtigen rechtlichen Bereich der Erwartungen an Unternehmen bewusst nicht thematisiert. Sie kann daher nicht als vollständige Darstellung der Erwartungshaltung der Regierung gesehen werden. Zusätzlich zu dieser thematischen Einschränkung bezieht sie sich nur auf einen Zeitpunkt und lässt daher keine Rückschlüsse auf mögliche Entwicklungen zu. Die Erwartungen der deutschen Bundesregierung an Unternehmen sind demzufolge bisher weder inhaltlich konkret bestimmt noch lassen sich umfassende Aussagen über eine mögliche Entwicklung treffen.

Aus obigen Erläuterungen wurde ebenfalls deutlich, dass sich für die Untersuchung eines möglichen Veränderungsprozesses eine neoinstitutionalistische Grundlage anbietet. Diese kann dazu beitragen, die bisherige Fokussierung auf CSR als bewusste Beeinflussung der Regierung durch Unternehmen zu überwinden. Denn wird Unternehmensverantwortung, wie diese Arbeit es tut, als Prozess sozialer Zuschreibung von Erwartungen verstanden, rückt ebenfalls der Prozess der Zuschreibung in den Fokus. Damit wäre die Untersuchung der Beziehung zwischen Unternehmen und Regierung im Bereich Unternehmensverantwortung nicht mehr alleine auf die Erfüllung der Erwartung durch die Unternehmen beschränkt. Sondern es können zusätzlich der Prozess der Zuschreibung und die Reaktionen der Regierung auf Verhalten von Unternehmen in diesem Prozess untersucht werden. Inwieweit sich der Neoinstitutionalismus tatsächlich für dieses Vorhaben eignet, wird im nächsten Kapitel erörtert.

„Nichts ist möglich ohne die Menschen, nichts ist dauerhaft ohne Institutionen.“³⁴⁴

3 Neoinstitutionalismus und institutionelle Logiken

Ziel dieses Kapitel ist es, zu klären, ob der soziologische Neoinstitutionalismus sich tatsächlich so gut als theoretische Grundlage für die Beantwortung der Forschungsfragen eignet, wie es seine Verwendung in bisherigen Arbeiten zu CSR und Regierungen nahelegt. Die Forschungsfragen thematisieren den Wandel der Wahrnehmung von Unternehmensverantwortung und die damit verbundenen Erwartungen der Bundesregierung an Unternehmen sowie die daraus resultierende Beziehung zwischen den Akteuren. Im vorangegangenen Kapitel wurde bereits geklärt, dass sich die Erwartungen an Unternehmensverantwortung über die Zeit verändern können, dabei jedoch von ihrem institutionellen Umfeld geprägt sind. CSR wird sogar selbst als Institution verstanden.³⁴⁵ Außerdem wurde erläutert, dass eine rein funktionalistische Herangehensweise an die Veränderungen im Bereich Unternehmensverantwortung eine nur eingeschränkte Erklärungskraft aufweist.³⁴⁶ Dies spricht für eine institutionalistische Perspektive auf die Forschungsfragen. Der Neoinstitutionalismus berücksichtigt die Bedeutung geschichtlicher und gesellschaftlicher Prozesse, die zu einem unterschiedlichen Verständnis von verantwortungsvollem Unternehmenshandeln führen können.³⁴⁷ Auch aus diesem Grund verwenden Arbeiten aus dem Bereich der Unternehmensethik seit Mitte der 2000er Jahre verstärkt neoinstitutionalistische Analysemethoden.³⁴⁸ Denn auf diese Weise kann die Bedeutung etablierter Denk- und Handlungsweisen für die Entwicklung eines Phänomens wie Unternehmensverantwortung berücksichtigt werden. Akteure sind demnach nicht vollständig frei in

³⁴⁴ Monnet (1978), S. 387.

³⁴⁵ Vgl. Levy/Kaplan (2008), S. 440.

³⁴⁶ Vgl. Abschnitt 2.4.2.

³⁴⁷ Vgl. Brammer/Jackson/Matten (2012), S. 8.

³⁴⁸ Vgl. Brammer/Jackson/Matten (2012), S. 7.

ihrem Handeln und können gesellschaftliche Phänomene nicht einfach willkürlich verändern.

Allerdings ist der soziologische Neoinstitutionalismus sowohl wegen der Probleme, theorieimmanent bewusstes Akteurshandeln zu erklären, als auch wegen der damit zusammenhängenden Schwierigkeiten, institutionellen Wandel endogen zu erklären, wiederholt kritisiert worden.³⁴⁹ Insbesondere in den ersten grundlegenden Arbeiten erschien das Handeln von Akteuren durch Institutionen determiniert und Veränderungen waren nur aufgrund externer Krisen denkbar.³⁵⁰ Diese Probleme hängen mit der metatheoretischen Herangehensweise an den Neoinstitutionalismus zusammen, die das konkrete Verständnis von Akteuren sowie von Institutionen und deren Veränderungen bedingt. Insbesondere in neueren Arbeiten spielt „Bedeutung“ als eine Facette von Institutionen eine stärkere Rolle als Praktiken oder Strukturen.³⁵¹ Institutionen werden letztlich erst durch ihre konkrete Bedeutung für Akteure handlungsleitend. Die Interpretation der Institution durch den Akteur geht damit seiner Handlung aufgrund der Institution voraus. An dieser Stelle eröffnen sich Spielräume für Veränderungen.

Das letzte Kapitel legt Veränderungen im Verständnis von Unternehmensverantwortung der Bundesregierung nahe, bei denen noch nicht identifiziert werden konnte, welche Auslöser dafür verantwortlich gewesen sein könnten. Daher ist eine theoretische Perspektive notwendig, die auch theorieimmanent Veränderungen erklären kann. Zudem ist es für die Beantwortung der Forschungsfragen notwendig, das für die Bundesregierung spezifische Verständnis von Unternehmensverantwortung

³⁴⁹ Vgl. Battilana (2006), S. 670; Davies/Trounstone (2012), S. 14; Fligstein/McAdam (2012), S. 6; Florian (2008), S. 143; Meyer/Hammerschmid (2006a), S. 160.

³⁵⁰ Für eine ausführlichere Auseinandersetzung mit beiden Punkten vgl. die Abschnitte 3.1.3 und 3.1.4.

³⁵¹ Vgl. Zilber (2008), S. 151. Als Praktiken werden in dieser Arbeit Handlungen verstanden, die durch ihren Bezug zu gesellschaftlichen Wissensbeständen in einer spezifischen Situation eine tiefere Bedeutung besitzen und über die Zeit und ausführende Akteure hinweg relativ stabil bleiben; vgl. Keller (2011c), S. 123ff.; Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 128f.

herauszuarbeiten. Wäre die Regierung jedoch durch Institutionen wie CSR determiniert und hätte sie keinerlei Interpretationsspielraum, verliert auch das Konzept einer der Regierung eigenen Verständnisses von Unternehmensverantwortung seinen Sinn. Geklärt werden muss dafür ebenfalls die Rolle der Bundesregierung in der Interpretation von Unternehmensverantwortung. Denn Institutionen werden nach neueren Erkenntnissen nicht einfach verbreitet, sondern übersetzt.³⁵² Sie werden dabei durch den bisher bestehenden institutionellen Rahmen, in den sie integriert werden, beeinflusst. Daher ist es notwendig, eine theoretische Grundlage zu wählen, die sowohl Akteuren zumindest einen Interpretationsspielraum lässt, als auch Veränderungsprozesse theorieimmanent erklären kann. Die folgenden Ausführungen fokussieren daher hauptsächlich auf eine Überprüfung der Eignung der theoretischen Annahmen im Hinblick auf eines oder beide dieser existenziellen Kriterien.

Der Neoinstitutionalismus ist in verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen entstanden. Diese weisen alle unterschiedliche Herangehensweisen an ihren Untersuchungsgegenstand auf. Daher wird in Abschnitt 3.1.1 zunächst erörtert, welche Herangehensweise im Hinblick auf Akteursverständnis und Konzeption institutioneller Veränderungen am geeignetsten erscheint. Was der Neoinstitutionalismus unter Institutionen versteht, wird im nächsten Abschnitt (3.1.2) geklärt, um zu überprüfen, ob Unternehmensverantwortung als Institution verstanden werden kann. Denn darauf aufbauend wird untersucht (3.1.3), wie der Neoinstitutionalismus grundlegend Entstehung und Veränderung von Institutionen versteht, eines der existenziellen Kriterien für die Eignung der Theorie zur Beantwortung der Forschungsfragen. Das Verhältnis zwischen aktEURSGesteuertem Handeln und strukturgeleitetem Verhalten gehört zu den zentralen Fragen des Neoinstitutionalismus.³⁵³ Damit wird der Neoinstitutionalismus in Abschnitt 3.1.4 auf das zweite grundlegende Kriterium hin analysiert. Das organisationale Feld³⁵⁴ als Analy-

³⁵² Vgl. Hinings (2012), S. 100.

³⁵³ Vgl. Zietsma/Lawrence (2010), S. 2012.

³⁵⁴ Ein organisationales Feld wird hier verstanden als eine Gesamtheit von Organisationen, für die eine institutionalisierte Zusammengehörigkeit besteht, vgl. DiMaggio/Powell

seebene (3.1.5) ermöglicht es, das Verhältnis zwischen den Beziehungen verschiedener Akteure untereinander und sich verändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu erfassen.³⁵⁵ Das ist insbesondere für die Untersuchung des Veränderungsprozesses relevant. Der Neoinstitutionalismus fokussiert insbesondere auf die Beziehungen zwischen Organisationen (Unternehmen) und ihrer Umwelt,³⁵⁶ eine Perspektive, die in anderen organisationssoziologischen Ansätzen wenig Beachtung findet.³⁵⁷ Insofern eignet er sich gut als Grundlage, die Beziehungen zwischen Unternehmen und Regierung im Bereich Unternehmensverantwortung zu untersuchen. Dafür müssen allerdings einige der verwandten Begriffe genauer definiert werden (3.1.6)

Diese theoretischen Grundlagen sind vielversprechend, allerdings werden insbesondere die Abschnitte zu institutionellem Wandel (3.1.3) und dem Akteurskonzept (3.1.4) zeigen, dass die beiden oben herausgearbeiteten existenziellen Kriterien durch die theoretische Perspektive des Neoinstitutionalismus nicht erfüllt werden können. Die Perspektive institutioneller Logiken setzt genau an diesen Problemen an. Zunächst wird in Abschnitt 3.2.1 geklärt, ob institutionelle Logiken tatsächlich eine Weiterentwicklung zum neoinstitutionalistischen Konzept der rationalisierten Mythen darstellen und ob sie auf Unternehmensverantwortung anwendbar sind. Analog zu den Ausführungen zum Neoinstitutionalismus wird in den Abschnitten 3.2.2 und 3.2.3 überprüft, inwiefern diese theoretische Grundlage besser geeignet ist, die beiden existenziellen Kriterien zu erfüllen. Eine Auseinandersetzung mit der vielversprechenden Analyseebene des Feldes innerhalb der Annahmen der institutionellen Logikperspektive folgt (3.2.4). Im folgenden Abschnitt (3.2.5) wird auf die Grundannahmen zu Beziehungen zwischen Akteuren in dieser theoretischen Perspektive eingegangen. Ein Zwischenfazit

(1983), S. 148. Für eine ausführlichere Auseinandersetzung mit dem Begriff, vgl. Abschnitt 3.1.5.

³⁵⁵ Vgl. Beckert (2010), S. 608; Hiß (2006), S. 126; Sauder (2008), S. 229.

³⁵⁶ Vgl. Beschorner/Osmers (2005), S. 101; Mense-Petermann (2006), S. 63.

³⁵⁷ Vgl. Senge (2011), S. 81.

(3.3) schließt das Kapitel ab und stellt den Zusammenhang zum nächsten Kapitel her.

3.1 Der Neoinstitutionalismus

Die Konjunktur des Neoinstitutionalismus im Rahmen der CSR-Diskussion lässt diese theoretische Perspektive grundlegend als vielversprechend für Fragestellungen in diesem Bereich erscheinen. Allerdings wurde oben bereits kurz erläutert, dass für die Fragestellungen dieser Arbeit insbesondere das Akteurskonzept und die Konzeption institutioneller Veränderungen von Bedeutung sind. Inwiefern der Neoinstitutionalismus die Anforderungen an diese beiden Kriterien erfüllt, wird in den nächsten Abschnitten erörtert.

3.1.1 Unterschiedliche Grundlagen im Neoinstitutionalismus

Der Neoinstitutionalismus entstand in den 1970er Jahren³⁵⁸ als Weiterentwicklung des Institutionalismus³⁵⁹ in verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen.³⁶⁰ Diese beleuchteten unterschiedliche Aspekte von Institutionen³⁶¹ und legten unterschiedliche Akteurskonzepte³⁶² zugrunde. Der Neoinstitutionalismus unterscheidet sich vom „alten“ Institutionalismus durch eine neue Schwerpunktsetzung im Institutionsverständnis.³⁶³ Allen Schulen des Neoinstitutionalismus ist gemeinsam, dass ihre frühen Konzeptionen eher den Fortbestand als den Wandel oder die Entstehung neuer Institutionen erklären konnten.³⁶⁴ Insbesondere die Frage nach endogen ausgelösten institutionellen Veränderungsprozessen hängt jedoch von dem Verständnis der Akteure ab, die diesen Wandel auslösen könnten.³⁶⁵ Im Akteursverständnis zeigen sich

³⁵⁸ Vgl. DiMaggio/Powell (1991), S. 11; Suddaby (2010), S. 16.

³⁵⁹ Vgl. DiMaggio/Powell (1991), S. 26; Walgenbach/Meyer (2008), S. 11f.

³⁶⁰ Vgl. Green Jr./Li (2011), S. 1666.

³⁶¹ Vgl. Scott (2008b), S. 50; Scott (2010), S. 5.

³⁶² Vgl. DiMaggio/Powell (1991), S. 8; Scott (1994), S. 69.

³⁶³ Vgl. DiMaggio/Powell (1991), S. 26.

³⁶⁴ Vgl. Thelen (1999), S. 387.

³⁶⁵ Vgl. Hall/Taylor (1996), S. 957.

wie im Verständnis von Institutionen große Unterschiede zwischen den Schulen.³⁶⁶ Ein Grund hierfür ist sicherlich in der Heterogenität der wissenschaftlichen Disziplinen zu sehen, in denen sich der Neoinstitutionalismus als Untersuchungsperspektive entwickelt hat.³⁶⁷

Neoinstitutionalistische Herangehensweisen an Phänomene finden sich hauptsächlich in der Volkswirtschaftslehre, der Politikwissenschaft und der Soziologie.³⁶⁸ Hall und Taylor³⁶⁹ unterscheiden in ihrer Arbeit von 1996 drei verschiedene Schulen des Neoinstitutionalismus³⁷⁰: den Historischen Institutionalismus, den Rational-Choice-Institutionalismus und den soziologischen Institutionalismus,³⁷¹ die sich nicht ganz trennscharf den einzelnen oben genannten wissenschaftlichen Disziplinen zuordnen lassen.³⁷² Das Verständnis von Institutionen unterscheidet sich auch innerhalb der einzelnen Forschungsfelder, die Unterschiede zwischen ihnen sind bisher aber noch größer.³⁷³ Inzwischen existieren allerdings auch Arbeiten aus verschiedenen Teilbereichen, die entweder Anleihen in verschiedenen Schulen nehmen³⁷⁴ oder eine Zusammen-

³⁶⁶ Vgl. Drew/Kriz (2012), S. 68 zum Institutionenbegriff; Suddaby et al. (2010), S. 1238 zum Akteursverständnis.

³⁶⁷ Vgl. DiMaggio/Powell (1991), S. 3.

³⁶⁸ Vgl. Green Jr./Li (2011), S. 1666; Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 5.

³⁶⁹ Hall und Taylor arbeiten in einer politikwissenschaftlichen Tradition. Andere Autoren nehmen abweichende Einteilungen mit teilweise anderen Kategorisierungen vor, vgl. bspw. DiMaggio/Powell (1991), S. 3ff.; Scott (2001), S. 28. Allerdings scheint die von Hall und Taylor gewählte Einteilung in drei verschiedene Schulen sinnvoll, vgl. Engelhard/Schmidt-Wellenburg/Steinhausen (2009), S. 73 und die abweichenden Kategorisierungen beschränken sich vornehmlich auf eine unterschiedliche Benennung der Kategorien. Da es im Folgenden um eine strukturierte Darstellung der inhaltlichen Entwicklungen gehen soll, erscheint der zur Strukturierung gewählte Oberbegriff weniger bedeutsam.

³⁷⁰ Grundsätzlich sehen Hall und Taylor noch eine vierte Schule, die Neue Institutionenökonomik. Die Übereinstimmungen mit dem Rational-Choice-Institutionalismus seien aber groß genug, um die Neue Institutionenökonomik unter dieser Überschrift mit zu behandeln, vgl. Hall/Taylor (1996), S. 936.

³⁷¹ Vgl. Hall/Taylor (1996), S. 936.

³⁷² Vgl. Campbell (2004), S. 2.

³⁷³ Vgl. DiMaggio/Powell (1991), S. 34.

³⁷⁴ Vgl. Thelen (1999), S. 370.

führung der Ansätze versuchen.³⁷⁵ Eine Darstellung der drei Schulen als drei klar abgrenzbare Theoriekörper kann daher nur eine Zuspitzung sein. Um unterschiedliche Herangehensweisen an Akteurskonzepte und institutionelle Veränderungsprozesse wie dem Verständnis von Unternehmensverantwortung besser einordnen zu können, ist ein kurzer Überblick über die zentralen Annahmen in den verschiedenen Bereichen sinnvoll. Dies ist auch insofern angebracht, als die Forschungsfragen zu allen drei oben genannten wissenschaftlichen Disziplinen Anknüpfungspunkte aufweisen.

3.1.1.1 Der Rational-Choice-Institutionalismus

In der klassischen Sicht des Rational-Choice-Institutionalismus handeln Akteure strategisch und nutzenmaximierend.³⁷⁶ Sie schaffen Institutionen, da diese Transaktionskosten senken, indem sie das Verhalten von Akteuren strukturieren und so vorhersehbarer gestalten.³⁷⁷ Institutionen werden als formale und informelle Regeln und Einhaltungskontrollen verstanden und dienen dem Erhalt des gesellschaftlichen Gleichgewichts.³⁷⁸ Sie werden daher auch dann aufrechterhalten, wenn sie nicht in jedem Fall für alle Akteure vorteilhaft sind, da sie durch ihre Existenz Vorteile generieren, auf die Akteure nicht verzichten wollen und neue Institutionen teuer in der Errichtung wären.³⁷⁹ Dies begründet eine Pfadabhängigkeit von Institutionen, eine der Grundannahmen des Rational-Choice-Institutionalismus in seiner klassischen Form.³⁸⁰ Eine Erklärung institutionellen Wandels wird dadurch schwierig.³⁸¹ Der Unterschied zum Pfadabhängigkeitsverständnis des Historischen Institutionalismus liegt in dessen Betonung von bereits entstandenen Kosten, während der Rational-Choice-Institutionalismus eine Abwägung von Kosten

³⁷⁵ Vgl. bspw. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 6.

³⁷⁶ Vgl. Hall/Taylor (1996), S. 944.

³⁷⁷ Vgl. Hall/Taylor (1996), S. 945.

³⁷⁸ Vgl. Campbell (2004), S. 12; North (1990), S. 6; Scott (2001), S. 36; Thelen (1999), S. 381.

³⁷⁹ Vgl. Campbell (2004), S. 13.

³⁸⁰ Vgl. Campbell (2004), S. 16.

³⁸¹ Vgl. Thelen (1999), S. 381.

und Nutzen in der Zukunft betont.³⁸² In neueren Arbeiten erkennen auch einige Vertreter des Rational-Choice-Institutionalismus die Bedeutung von Kultur und Kontext für die Präferenzbildung von Akteuren und nähern sich damit Vertretern der beiden anderen Schulen an.³⁸³ Vertreter des Rational-Choice-Institutionalismus finden sich sowohl in der Volkswirtschaftslehre als auch in der Politikwissenschaft und der Soziologie.³⁸⁴ Politikwissenschaftliche und soziologische Ansätze sind allerdings stark von den in der Volkswirtschaftslehre entwickelten Konzepten beeinflusst.³⁸⁵

3.1.1.2 Der Historische Institutionalismus

Der historische Institutionalismus hat sich in der Politikwissenschaft entwickelt.³⁸⁶ Er entstand in der Auseinandersetzung mit Theorien, die politische Prozesse hauptsächlich über innergesellschaftliche Konflikte oder über individuelle Handlungen erklären wollten.³⁸⁷ Das Institutionenverständnis des Historischen Institutionalismus liegt hinsichtlich der Formalität der Institutionen zwischen dem eher formellen des Rational-Choice-Institutionalismus und dem eher informellen des soziologischen Institutionalismus.³⁸⁸ Besondere Bedeutung kommt im Institutionenverständnis des Historischen Institutionalismus der zeitlichen Reihenfolge von Ereignissen in Prozessen institutioneller Veränderung zu.³⁸⁹ Institutionen entwickeln sich grundsätzlich pfadabhängig, daher erscheint in dieser Schule die Konzeption endogenen institutionellen Wandels besonders problematisch.³⁹⁰ Das Konzept der Pfadabhängigkeit erklärt auch das Akteursverständnis des Historischen Institutiona-

³⁸² Vgl. Fioretos (2011), S. 373.

³⁸³ Vgl. Thelen (1999), S. 377.

³⁸⁴ Vgl. Campbell (2004), S. 14; Scott (2001), S. 43.

³⁸⁵ Vgl. Campbell (2004), S. 14.

³⁸⁶ Vgl. Fligstein (1999), S. 21.

³⁸⁷ Vgl. Hall/Taylor (1996), S. 937.

³⁸⁸ Vgl. Davies/Trounstone (2012), S. 13.

³⁸⁹ Vgl. Davies/Trounstone (2012), S. 12; Fioretos (2011), S. 372; Thelen (1999), S. 382.

³⁹⁰ Vgl. Davies/Trounstone (2012), S. 14.

lismus.³⁹¹ Akteure passen sich den bestehenden Institutionen an und bestärken diese.³⁹² Nur wenn die Kosten für das Abweichen von bestehenden Institutionen die Investitionen in diese übersteigen, sieht der Historische Institutionalismus die Möglichkeit endogenen institutionellen Wandels.³⁹³ Trotz der Ähnlichkeit zum Rational-Choice-Institutionalismus hinsichtlich der Bedeutung von Pfadabhängigkeit, bestehen unterschiedliche Sichtweisen auf diesen Prozess: Im Rational-Choice-Institutionalismus werden die Kosten einer Änderung mit den Kosten des Status quo verglichen, während im Historischen Institutionalismus auch die bisherigen Investitionen in den Status quo berücksichtigt werden.³⁹⁴ Das Akteursverständnis im Historischen Institutionalismus kann als Verbindung der Akteursverständnisse im Rational-Choice-Institutionalismus und im soziologischen Institutionalismus verstanden werden.³⁹⁵ Es verbindet die Vorstellung von fast automatischer Anpassung an bestehende Institutionen mit einer Kosten-Nutzen-Überlegung.³⁹⁶

3.1.1.3 Der soziologische Institutionalismus

Vertreter der soziologischen Organisationsforschung heben die Bedeutung des kulturell-kognitiven Aspektes von Institutionen hervor.³⁹⁷ Institutionen sind für selbstverständlich gehaltene Skripte, Regeln und Klassifikationen.³⁹⁸ Betont wurde bei den soziologisch geprägten Vertretern des Neoinstitutionalismus unbewusstes Handeln, beruhend auf kognitiven Mustern und der Prozess einer Angleichung von Institutionen, wobei der Fokus von einzelnen Organisationen weg hin zu der Meso-

³⁹¹ Vgl. Thelen (1999), S. 392.

³⁹² Vgl. Thelen (1999), S. 392.

³⁹³ Vgl. Fioretos (2011), S. 373.

³⁹⁴ Vgl. Fioretos (2011), S. 373; für das Verständnis von Pfadabhängigkeit im Historischen Institutionalismus vgl. Thelen (1999), S. 391.

³⁹⁵ Vgl. Campbell (2004), S. 27.

³⁹⁶ Vgl. Campbell (2004), S. 11.

³⁹⁷ Vgl. Scott (2008b), S. 56–57.

³⁹⁸ Vgl. DiMaggio/Powell (1991), S. 15.

Ebene organisationaler Populationen verschoben wurde.³⁹⁹ Selbst Vertreter des soziologischen Neoinstitutionalismus stellten allerdings im Verlaufe der Entwicklung des neuen theoretischen Modells fest, dass durch die scharfe Abgrenzung zum „alten“ Institutionalismus wichtige Fragestellungen wie die nach der Rolle von Akteuren und deren Macht in der Entwicklung von Institutionen vernachlässigt worden waren.⁴⁰⁰ Der Neoinstitutionalismus betonte zudem zunächst eher die Entstehung neuer Institutionen.⁴⁰¹ Prozesse des Wandels bestehender Institutionen ließen sich mit der ursprünglichen Konzeption des soziologischen Neoinstitutionalismus kaum erfassen, insbesondere, wenn der Wandel bewusst durch Akteure ausgelöst wird.⁴⁰² Das theoretische Paradox der „embedded agency“⁴⁰³, das darauf hinweist, dass Akteure Institutionen nicht bewusst verändern können, wenn diese Institutionen es sind, die ihr Bewusstsein prägen,⁴⁰⁴ wurde bereits relativ früh erkannt.⁴⁰⁵ Allerdings hat sich immer noch keine allgemein anerkannte Lösung durchgesetzt.⁴⁰⁶

Der soziologische Neoinstitutionalismus setzt sich sehr bewusst mit seinem Akteursverständnis auseinander, indem er versucht, das Problem der embedded agency zu lösen. Dadurch scheint er von den drei Schulen am besten geeignet, der Frage nachzugehen, inwiefern einzelne (kollektive) Akteure, wie die Bundesregierung, an Veränderungsprozessen in dem sie umgebenden institutionellen Feld tatsächlich beteiligt sind. Durch seine Betonung der Ebene des organisationalen Feldes ermöglicht er außerdem eine fokussierte Untersuchung der Beziehungen von Unternehmen nicht nur zu Marktakteuren, sondern auch zu Akteuren aus dem gesellschaftlichen Umfeld und damit auch der Politik. Daher erscheint grundsätzlich der soziologische Institutionalismus von

³⁹⁹ Vgl. Hirsch/Lounsbury (1997), S. 407.

⁴⁰⁰ Vgl. DiMaggio (1988), S. 9.

⁴⁰¹ Vgl. Stryker (2002), S. 170.

⁴⁰² Vgl. Quack (2006), S. 180.

⁴⁰³ Battilana/D'Aunno (2009), S. 43.

⁴⁰⁴ Vgl. Holm (1995), S. 398.

⁴⁰⁵ Vgl. Archer (1982), S. 455ff.; DiMaggio (1988), S. 9.

⁴⁰⁶ Vgl. Fligstein/McAdam (2012), S. 6; Harmon/Green, Jr./Goodnight (2015), S. 89f.

den drei dargestellten Schulen als am besten geeignet, die Forschungsfragen zu untersuchen.

Unterschiede bei entscheidenden Konzepten existieren allerdings nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb der verschiedenen Schulen des Neoinstitutionalismus. So besteht auch innerhalb des soziologischen Neoinstitutionalismus kein Konsens zu den grundlegenden Konzepten wie Institution, Akteur, organisationales Feld oder Struktur.⁴⁰⁷ Eine Auseinandersetzung mit den Definitionen grundlegender Konzepte im Neoinstitutionalismus erscheint auch angebracht, da ähnliche Definitionen zuweilen für unterschiedliche Konzepte verwendet werden.⁴⁰⁸ Diese Unklarheiten müssen für eine sinnvolle Auseinandersetzung mit der Eignung des theoretischen Rahmens zur Klärung der Forschungsfragen zunächst beseitigt werden.

3.1.2 Der Institutionenbegriff im Neoinstitutionalismus

Die Institution ist das zentrale Konzept sowohl des „alten“ Institutionalismus als auch des Neoinstitutionalismus.⁴⁰⁹ Daher muss zunächst dieses Konzept inhaltlich bestimmt werden, damit sich die Arbeit sinnvoll mit dem Verständnis von institutionalisierter CSR⁴¹⁰ auseinandersetzen kann. Für das Begriffsverständnis im Neoinstitutionalismus ist es zunächst notwendig, die Herkunft des Begriffes aus dem „alten“ Institutionalismus darzustellen, da die neuen Konzepte auf den alten aufbauen.⁴¹¹ Im „alten“ Institutionalismus lassen sich die Arbeiten grob in zwei verschiedene Schulen einteilen, die für das Verständnis des

⁴⁰⁷ Vgl. zum Institutionenbegriff Florian (2008), S. 137 und Senge (2011), S. 82; zum Akteursverständnis Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 10; Garcelon (2010), S. 348 zu Struktur; Beckert (2011), S. 225 und Wooten/Hoffman (2008), S. 131 zu organisationalen Feldern.

⁴⁰⁸ Vgl. bspw. die Definition von Institutionen in Hargrave/van de Ven (2006), S. 866 und das Verständnis von Beziehungen in De Bakker (2012), S. 217 jeweils als Verhalten von Akteuren ermöglichend und beschränkend.

⁴⁰⁹ Vgl. Höllerer (2012), S. 73; Immergut (1998), S. 8; Senge (2011), S. 82.

⁴¹⁰ Vgl. bspw. Lee (2008), S. 55.

⁴¹¹ Vgl. Scott (2001), S. 47.

Institutionenbegriffs im Neoinstitutionalismus prägend waren.⁴¹² Senge unterscheidet die funktionalistische und die handlungstheoretische Schule. Erstere zeichnet sich dadurch aus, dass Institutionen hauptsächlich in ihrer Funktion für das Funktionieren der Gesellschaft betrachtet werden.⁴¹³ Senge ordnet hier die einflussreichen Arbeiten von Spencer, Durkheim, Parsons und Selznick ein.⁴¹⁴ Durkheim, Parsons und Selznick konzentrieren sich hauptsächlich auf ein normatives Verständnis von Institutionen und sind damit nicht nur für den soziologischen Neoinstitutionalismus, sondern auch für den Historischen Institutionalismus grundlegend.⁴¹⁵ Berger und Luckmann, deren besondere Leistung in einer präzisen Konzeptualisierung des Prozesses der Institutionalisierung liegt,⁴¹⁶ können als Vertreter einer handlungstheoretischen Schule gesehen werden, die den Prozesscharakter von Institutionen betont.⁴¹⁷ Senge geht nicht weiter auf Max Weber ein, dessen Arbeiten ebenfalls wichtige Grundlagen für die Entwicklung des Neoinstitutionalismus gelegt haben.⁴¹⁸ Weber war bereits einflussreich für die Arbeiten von Selznick und Parsons und lässt sich daher schlecht einer der beiden Schulen von Senge zuordnen.⁴¹⁹ Insbesondere das Konzept des institutionellen Isomorphismus von DiMaggio und Powell baut auf Webers Überlegungen zu Legitimität und Bürokratie auf.⁴²⁰

Unabhängig von konkreten Unterschieden im Verständnis von Institutionen im soziologischen Neoinstitutionalismus ist allen Institutionenbegriffen dort gemeinsam, dass sie ein weites Verständnis von Institu-

⁴¹² Vgl. Senge (2011), S. 82. Scott stellt drei Strömungen fest, vgl. Scott (2008b), S. 19. Allerdings zählt er auch Vorläufer der mikroinstitutionalistischen Ansätze zu den bedeutendsten Grundlagen. Für diese Arbeit sind jedoch eher die makroinstitutionalistischen Ansätze relevant. Daher wird hier auf die Einteilung von Senge zurückgegriffen.

⁴¹³ Vgl. Senge (2011), S. 83.

⁴¹⁴ Vgl. Senge (2011), S. 83.

⁴¹⁵ Vgl. Scott (2001), S. 55.

⁴¹⁶ Vgl. Hiß (2006), S. 110.

⁴¹⁷ Vgl. Senge (2011), S. 83.

⁴¹⁸ Vgl. Scott (2008b), S. 12; Suchman (1995), S. 571.

⁴¹⁹ Vgl. Scott (2001), S. 21.

⁴²⁰ Vgl. DiMaggio/Powell (1983), S. 147; Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 67.

onen repräsentieren.⁴²¹ Dieses weite Verständnis ist als zu unkonkret kritisiert worden.⁴²² Scott gelingt es mit seinem umfassenden, aber trotzdem sehr präzisen Modell verschiedener institutioneller Pfeiler, dieser Kritik zu begegnen.⁴²³ Mit diesem Modell baut Scott auf einer umfangreichen Analyse anderer Definitionen von Institutionen auf.⁴²⁴ Das Modell ist daher auch Grundlage vieler Arbeiten zu institutionellen Prozessen.⁴²⁵ Allerdings ist auch Scotts Modell kritisiert worden, da er in seinem ursprünglichen Konzept darauf besteht, die drei Pfeiler von Institutionen scharf zu trennen.⁴²⁶ Er begegnet dieser Kritik, indem er feststellt, dass die drei Pfeiler empirisch nicht zu trennen seien und meist gemeinsam aufträten.⁴²⁷ Trotzdem kann sein Modell eher als Versuch gewertet werden, eine analytische Unterscheidung vorzunehmen, als auf eine Integration der verschiedenen Aspekte hinzuarbeiten.⁴²⁸ Abgesehen von der viel zitierten aber problematischen Konzeption von Scott haben sich in der Literatur einige Aspekte als konstitutiv für das soziologische Verständnis von Institutionen durchgesetzt.⁴²⁹ Institutionen beschränken das Verhalten von Akteuren, determinieren es aber nicht.⁴³⁰ Sie gehen über formelle und informelle Regeln hinaus, da sie bereits als kognitive Mechanismen die Wahrnehmung der Realität beeinflussen.⁴³¹ Sie bestimmen dauerhaft, welches Verhalten für mög-

⁴²¹ Vgl. Hiß (2006), S. 113.

⁴²² Vgl. Stinchcombe (1997), S. 6; Walgenbach/Meyer (2008), S. 61.

⁴²³ Vgl. Walgenbach/Meyer (2008), S. 61.

⁴²⁴ Vgl. Scott (2001), S. 47.

⁴²⁵ Vgl. Campbell (2004), S. 36.

⁴²⁶ Vgl. Hirsch (1997), S. 1709. Senge kritisiert außerdem, dass die drei Pfeiler nicht als gleichrangig betrachtet werden könnten, da kognitive Prozesse immer normativen und regulativen Überlegungen vorrangigen und dass die drei Pfeiler nicht trennscharf abgrenzbar seien, vgl. Senge (2011), S. 87.

⁴²⁷ Vgl. Scott (2008b), S. 62.

⁴²⁸ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 47.

⁴²⁹ Vgl. Senge (2011), S. 89. Eine Definition konstitutiver Eigenschaften von Institutionen ist für eine interpretative Herangehensweise schwierig; vgl. Suddaby et al. (2010), S. 1234, allerdings lassen sich die oben genannten Eigenschaften auch mit eher interpretativen Definitionen in Einklang bringen, vgl. Zilber (2002), S. 234.

⁴³⁰ Vgl. Friedland/Alford (1991), S. 255; Oliver (1991), S. 173.

⁴³¹ Vgl. DiMaggio/Powell (1991), S. 15; Phillips/Lawrence/Hardy (2000), S. 27; Suddaby et al. (2010), S. 1234.

lich gehalten oder in einer bestimmten Situation erwartet wird und reduzieren auf diese Weise die Unsicherheit in sozialen Gemeinschaften.⁴³²

Kritisch am klassisch neoinstitutionalistischen Verständnis von Institutionen ist zunächst die Betonung von Institutionalisierung als Eigenschaft und nicht als Prozess.⁴³³ Daraus resultiert das ebenfalls problematische Verständnis des übersozialisierten Akteurs, dem die Fähigkeit des bewussten Nachdenkens über sein Verhalten abgesprochen wird.⁴³⁴ Dies würde für die Bundesregierung bedeuten, dass sie in ihrem Verhalten vollständig durch die sie umgebenden Institutionen determiniert wäre. Ein Verständnis, das die Beantwortung der Forschungsfragen aus der Sicht von Unternehmen obsolet machen würde, da sie damit, ebenso wenig wie die Regierung, Einfluss auf den Veränderungsprozess nehmen könnten.

Neuere, interpretative Ansätze sehen Institutionen als Ergebnis eines sozialen Konstruktionsprozesses.⁴³⁵ Durch die gemeinschaftliche Schaffung, Verbreitung und Rezeption von Texten, die immer in ihren Kontext eingebettet sind, entstehen Institutionen.⁴³⁶ Interpretative Arbeiten betonen eher den Prozesscharakter der Institutionalisierung und interessieren sich weniger für die endgültige Verdinglichung⁴³⁷ von Institutionen.⁴³⁸ Zilber sieht aus diesem Blickwinkel Institutionalisierung als einen Prozess im Zusammenspiel von Handlungen, Bedeutungen und

⁴³² Vgl. Walgenbach/Meyer (2008), S. 55.

⁴³³ Vgl. Phillips/Lawrence/Hardy (2004), S. 635; Tolbert/Zucker (1983), S. 25; Zilber (2002), S. 235.

⁴³⁴ Vgl. Beckert (1999), S. 781; Granovetter (1985), S. 483.

⁴³⁵ Vgl. bspw. Hasselbladh/Kallinikos (2000), S. 704; Phillips/Lawrence/Hardy (2004), S. 638; Zilber (2011), S. 1540.

⁴³⁶ Vgl. Zilber (2011), S. 1540.

⁴³⁷ Verdinglichung bezeichnet die Wahrnehmung einer Institution als nicht von Menschen geschaffen sondern als gegebenes Faktum, das nicht verändert werden kann, vgl. Berger/Luckmann (1971), S. 95. Für eine ausführlichere Auseinandersetzung damit vgl. Abschnitt 3.1.3.

⁴³⁸ Vgl. Zilber (2008), S. 159.

Akteuren.⁴³⁹ Man kann demnach die materielle Existenz von Akteuren, die erst durch Bedeutungen einen Sinn erhält, als das Ergebnis von Handlungen betrachten. Diese Vorstellung entspricht auch der klassischen Definition von Friedland und Alford, für die die Verbindung zwischen ideell und materiell entscheidend ist.⁴⁴⁰ Institutionen mögen sich in Praktiken materiell zeigen, bekommen aber erst durch die Interpretation von Akteuren eine Bedeutung. Dies gilt auch für das Verständnis von Unternehmensverantwortung durch die Bundesregierung. Erst durch ihre Interpretation des Verhaltens eines Unternehmens kann sie dies als verantwortungsvoll oder nicht verantwortungsvoll wahrnehmen. Wenn jedoch der Prozess der Veränderung dieser Interpretation untersucht werden soll, muss als nächstes die theoretische Konzeption von Institutionalisierung und dem damit verbundenen Prozess geklärt werden.

3.1.3 Entstehung und Veränderung von Institutionen im Neoinstitutionalismus

Wird Unternehmensverantwortung in Deutschland als Institution verstanden, die sich verändert hat und soll gleichzeitig der Neoinstitutionalismus als theoretische Folie für diesen Veränderungsprozess dienen, muss zunächst geklärt werden, ob und in welcher Weise der Neoinstitutionalismus Veränderungsprozesse von Institutionen theoretisch abbilden kann.

3.1.3.1 Der Prozess der Institutionalisierung im Neoinstitutionalismus

Dafür wird zunächst erläutert, wie der Neoinstitutionalismus die Entstehung von Institutionen erklärt. Tolbert und Zucker untersuchten 1983 die Verbreitung von Reformen in der öffentlichen Verwaltung.⁴⁴¹

⁴³⁹ Vgl. Zilber (2002), S. 235.

⁴⁴⁰ Vgl. Friedland/Alford (1991), S. 243; ebenfalls Thornton/Ocasio (2008), S. 101; Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 51.

⁴⁴¹ Vgl. Tolbert/Zucker (1983).

Sie stellten fest, dass die Verwaltungsstellen, die zu Beginn des Prozesses Reformen durchführten, dies aus praktischen Erwägungen heraus taten. Akteure, die später tätig wurden, reformierten eher aufgrund der inzwischen akzeptierten Sinnhaftigkeit der Reformen als aus praktischer Notwendigkeit heraus.⁴⁴² Tolbert und Zucker beschreiben damit die Institutionalisierung dieses Reformprozesses. Neue Praktiken kommen auf und sobald sie mit ausreichend Legitimität ausgestattet sind, werden sie von den meisten Akteuren unhinterfragt übernommen.⁴⁴³ Wie der Prozess der Institutionalisierung im Einzelnen ablaufen kann, haben Berger und Luckmann beschrieben.⁴⁴⁴

Bei Berger und Luckmann beginnt der Prozess der Institutionalisierung mit der Habitualisierung von Handlungen.⁴⁴⁵ Handlungen werden, wenn sie sich als zweckmäßig herausgestellt haben, wiederholt, ohne dass erneut über sie nachgedacht würde. Das spart Energie, die in neuen Situationen neue Handlungen ermöglicht.⁴⁴⁶ Da Institutionalisierung aber ein gesellschaftlicher Prozess ist,⁴⁴⁷ ist der erste Schritt der tatsächlichen Institutionalisierung die gegenseitige Anerkennung zweier Akteure als typisch Handelnde in einer bestimmten Situation. Berger und Luckmann bezeichnen diesen Vorgang als Typisierung.⁴⁴⁸ Bei der Typisierung ist nicht nur die Handlung entscheidend, sondern auch der Handelnde als erwartbarer Durchführer der Handlung.⁴⁴⁹ Das führt dazu, dass in bestimmten Situationen von bestimmten Akteuren bestimmte Akte zu erwarten sind, die dann keiner gesonderten Aufmerk-

⁴⁴² Vgl. Tolbert/Zucker (1983), S. 35.

⁴⁴³ Vgl. Leblebici et al. (1991), S. 336; Tolbert/Zucker (1983), S. 35.

⁴⁴⁴ Vgl. Berger/Luckmann (1971), S. 56. Vgl. für eine Auseinandersetzung mit dem Prozess der Institutionalisierung nach dem ähnlichen Modell von Tolbert und Zucker Engelhard/Schmidt-Wellenburg/Steinhausen (2009), S. 74ff. Dort wird jedoch nach den drei verschiedenen Dimensionen von Institutionen unterschieden, auf die in dieser Arbeit zugunsten eines integrierten Ansatzes verzichtet wird, vgl. dazu ausführlicher Abschnitt 3.1.2.

⁴⁴⁵ Vgl. Berger/Luckmann (1971), S. 57.

⁴⁴⁶ Vgl. Berger/Luckmann (1971), S. 56.

⁴⁴⁷ Vgl. Berger/Luckmann (1971), S. 56.

⁴⁴⁸ Vgl. Berger/Luckmann (1971), S. 58.

⁴⁴⁹ Vgl. Berger/Luckmann (1971), S. 58.

samkeit mehr bedürfen.⁴⁵⁰ Eine habitualisierte Handlung wird also zunächst typisiert. Wird diese typisierte Handlung Akteuren vermittelt, die nicht in den bisherigen Prozess der Habitualisierung und Typisierung eingebunden waren, nehmen diese sie als gegeben hin. Berger und Luckmann sprechen von erreichter Objektivität.⁴⁵¹ Mit diesem Vorgang ist laut Berger und Luckmann der Prozess der Institutionalisierung eigentlich „vollendet“⁴⁵². Es lässt sich also mit diesen Überlegungen von Berger und Luckmann erklären, wie Institutionen, also bspw. das Verständnis von Unternehmensverantwortung, sich in einer Gesellschaft etablieren, aber noch nicht, wie sie über die Zeit bestehen bleiben.

Die Fortdauer einer Institution erklären die Autoren mit dem Prozess der Sedimentbildung.⁴⁵³ Das heißt, dass Erfahrungen, die von mehreren Mitgliedern einer Gesellschaft gemacht wurden, durch Weitergabe an neue Mitglieder oder andere Gesellschaften im kollektiven Bewusstsein verankert werden.⁴⁵⁴ Im Laufe der Zeit verliert die Herkunft der so überlieferten Institutionen an Bedeutung und veränderte Deutungen oder Legitimationen können entstehen, die aber an der Institution an sich nichts verändern.⁴⁵⁵ Trotz Überlieferung über die Zeit ist mit diesem Vorgang jedoch noch nicht geklärt, wie veränderlich oder unveränderlich Institutionen von Akteuren wahrgenommen werden.⁴⁵⁶

Wird die Objektivierung einer Institution vollendet, dann wurde diese nach Berger und Luckmann verdinglicht.⁴⁵⁷ Verdinglichung bezeichnet die Wahrnehmung einer Institution als nicht von Menschen geschaffen sondern als Faktum, das nicht verändert werden kann.⁴⁵⁸ Berger und Luckmann machen damit auf ein Paradoxon der menschlichen Psyche

⁴⁵⁰ Vgl. Berger/Luckmann (1971), S. 60.

⁴⁵¹ Vgl. Berger/Luckmann (1971), S. 62.

⁴⁵² Berger/Luckmann (1971), S. 62.

⁴⁵³ Vgl. Berger/Luckmann (1971), S. 72.

⁴⁵⁴ Vgl. Berger/Luckmann (1971), S. 72.

⁴⁵⁵ Vgl. Berger/Luckmann (1971), S. 74.

⁴⁵⁶ Vgl. Berger/Luckmann (1971), S. 94.

⁴⁵⁷ Vgl. Berger/Luckmann (1971), S. 94.

⁴⁵⁸ Vgl. Berger/Luckmann (1971), S. 95.

aufmerksam: Menschen denken eine Welt, die ihnen das Erdenken einer Welt nicht ermöglicht.⁴⁵⁹

Berger und Luckmann beschreiben einen Prozess der Institutionalisierung, der aber nicht erklären kann, wie sich Institutionen verändern können, wenn sie als nicht mehr durch Menschen veränderbar wahrgenommen werden. Trotzdem war ihr Konzept nicht nur im Neoinstitutionalismus sehr einflussreich,⁴⁶⁰ sondern hatte durchaus auch Einfluss auf die soziologische Identitätsforschung,⁴⁶¹ denn in ihrem Werk beschäftigen sie sich ebenfalls mit den Wechselwirkungen zwischen Identität und Gesellschaft.⁴⁶² Auf die Bedeutung von Identität wird weiter unten in diesem Kapitel noch eingegangen.⁴⁶³

3.1.3.2 Institutioneller Isomorphismus als Prozess der Verbreitung von Institutionen

Drei Aufsätze, die als Grundlagen des soziologischen Neoinstitutionalismus gelten, liefern entscheidende Beiträge zum Verständnis der Verbreitung von Institutionen: Zuckers Arbeit zur Institutionalisierung auf Individualebene von 1977, Meyers und Rowans Konzept des institutionellen Isomorphismus von 1977 und DiMaggios und Powells Überlegungen zu verschiedenen Arten des Isomorphismus von 1983.⁴⁶⁴ Alle drei liefern ebenfalls wichtige Grundlagen für das Konzept der institutionellen Logiken.⁴⁶⁵ Durch ihre Beiträge zum Verständnis der Verbreitung von Institutionen können sie auch das Verständnis einer möglichen Veränderung der Wahrnehmung von Unternehmensverantwortung durch die deutsche Bundesregierung im Zeitverlauf verbessern.

⁴⁵⁹ Vgl. Berger/Luckmann (1971), S. 96.

⁴⁶⁰ Vgl. Walgenbach/Meyer (2008), S. 11.

⁴⁶¹ Vgl. bspw. Czarniawska/Wolff (1998), S. 33; Ran/Golden (2011), S. 437; Simpson/Carroll (2008), S. 30.

⁴⁶² Vgl. Berger/Luckmann (1971), S. 185.

⁴⁶³ Vgl. Abschnitt 3.2.5.

⁴⁶⁴ Vgl. Suddaby (2010), S. 16.

⁴⁶⁵ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 47; vgl. hierfür ausführlicher Abschnitt 3.2.

Zucker grenzt sich in ihrem Aufsatz bewusst von bisherigen Untersuchungen zu Institutionalisierung ab, die den Auslöser dafür in Effizienz, in Eigennutz begründeter Regelbefolgung oder der Internalisierung von Normen sahen.⁴⁶⁶ Sie beruft sich auf Berger und Luckmann, indem sie die Annahme trifft, dass institutionalisierte Praktiken objektiviert und extern sind.⁴⁶⁷ Da Institutionalisierung nicht nur ein Zustand, sondern auch ein Prozess ist, können Praktiken sich in unterschiedlichen Zuständen der Institutionalisierung befinden.⁴⁶⁸ Sind Praktiken stark institutionalisiert, werden sie als selbstverständliche, objektive Wahrheiten wahrgenommen und auch als solche ausgeführt.⁴⁶⁹

Meyer und Rowan beschreiben institutionellen Isomorphismus als einen Prozess, der die Verbreitung von Institutionen von Erwartungen der Gesellschaft abhängig macht, in die eine Organisation eingebettet ist.⁴⁷⁰ Diese Erwartungen ergeben sich aus den in einer Gesellschaft geltenden Normen und ihrem Verständnis der sozialen Realität.⁴⁷¹ Institutionen geben Organisationsformen, aber auch bestimmte Strategien oder Verhaltensweisen vor.⁴⁷² Die Annahme der Institutionen durch Organisationen hängt in diesem Konzept ausdrücklich nicht von deren Effektivität oder Effizienz, sondern von ihrer Verankerung in der Gesellschaft als rationalisierte Mythen ab.⁴⁷³ Allerdings schützen Organisationen ihr Funktionieren, indem sie durch eine lose Kopplung ihre tatsächlichen Aktivitäten von der Formalstruktur abtrennen.⁴⁷⁴ Organisationen sind von der Anpassung an diese Institutionen abhängig, da sie nur auf diese Weise von der Gesellschaft akzeptiert werden und Legitimität zugesprochen bekommen.⁴⁷⁵ Darauf sind sie angewiesen, da ihr Überleben von

⁴⁶⁶ Vgl. Zucker (1977), S. 727.

⁴⁶⁷ Vgl. Zucker (1977), S. 728.

⁴⁶⁸ Vgl. Zucker (1977), S. 728.

⁴⁶⁹ Vgl. Zucker (1977), S. 730.

⁴⁷⁰ Vgl. Meyer/Rowan (1977), S. 343.

⁴⁷¹ Vgl. Meyer/Rowan (1977), S. 343.

⁴⁷² Vgl. Meyer/Rowan (1977), S. 343.

⁴⁷³ Vgl. Meyer/Rowan (1977), S. 340; vgl. zu rationalisierten Mythen auch Abschnitt 3.2.1.

⁴⁷⁴ Vgl. Meyer/Rowan (1977), S. 341; vgl. zu loser Kopplung auch Weick (1976).

⁴⁷⁵ Vgl. Meyer/Rowan (1977), S. 345.

der Akzeptanz durch die Gesellschaft abhängig ist.⁴⁷⁶ Beziehungen spielen im Konzept von Meyer und Rowan eine besondere Rolle, da sie die Gestaltung von Beziehungsnetzwerken als einen Faktor sehen, durch den rationalisierte Mythen entstehen können, die Institutionen in der Gesellschaft verankern.⁴⁷⁷

DiMaggio und Powell bauen 1983 sowohl auf dem Konzept von Meyer und Rowan als auch auf Überlegungen von Zucker auf.⁴⁷⁸ Sie unterscheiden wettbewerblichen und institutionellen Isomorphismus.⁴⁷⁹ Wettbewerblicher Isomorphismus kommt insbesondere in den Bereichen der Wirtschaft vor, in denen starker Wettbewerb herrscht und Unternehmen darauf angewiesen sind, den Regeln des Marktes entsprechend effizient zu wirtschaften.⁴⁸⁰ Allerdings kann diese Art von Anpassung nicht alle Verhaltensweisen von Organisationen erklären.⁴⁸¹ Diese streben nicht nur nach wirtschaftlichem, sondern auch nach sozialem Erfolg.⁴⁸² Dieses Streben könne nur über institutionellen Isomorphismus erklärt werden.⁴⁸³ Institutioneller Isomorphismus kann nach DiMaggio und Powell aufgrund von drei verschiedenen Mechanismen auftreten:⁴⁸⁴ Unternehmen streben nach Legitimität, nach möglichst risikoarmen Veränderungen oder nach Anpassung an die Normen des Berufsstandes.⁴⁸⁵ Diesen drei Motiven ordnen die Autoren Zwangsismorphismus, mimetischen und normativen Isomorphismus zu.⁴⁸⁶ Im Gegensatz zu Zucker sowie zu Meyer und Rowan geht es DiMaggio und Powell vornehmlich um strukturelle Prozesse und weniger um die Institutionalisierung kultureller Praktiken.⁴⁸⁷ Damit entfernen sie sich von

⁴⁷⁶ Vgl. Meyer/Rowan (1977), S. 349.

⁴⁷⁷ Vgl. Meyer/Rowan (1977), S. 347.

⁴⁷⁸ Vgl. DiMaggio/Powell (1983), S. 148.

⁴⁷⁹ Vgl. DiMaggio/Powell (1983), S. 149.

⁴⁸⁰ Vgl. DiMaggio/Powell (1983), S. 150.

⁴⁸¹ Vgl. DiMaggio/Powell (1983), S. 150.

⁴⁸² Vgl. DiMaggio/Powell (1983), S. 150.

⁴⁸³ Vgl. DiMaggio/Powell (1983), S. 150.

⁴⁸⁴ Vgl. DiMaggio/Powell (1983), S. 150.

⁴⁸⁵ Vgl. DiMaggio/Powell (1983), S. 150.

⁴⁸⁶ Vgl. DiMaggio/Powell (1983), S. 150.

⁴⁸⁷ Vgl. Suddaby (2010), S. 16; Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 24.

einer interpretativen Sichtweise und bewegen sich eher in Richtung eines funktionalistischen Paradigmas.⁴⁸⁸

Insbesondere die Überlegungen von Meyer und Rowan sowie DiMaggio und Powell⁴⁸⁹, aber auch die Vorstellung von stark institutionalisierten Institutionen von Zucker, beschränken die Rolle des Akteurs auf das passive Umsetzen sich isomorphisch verbreitender sozialer Praktiken oder Organisationsformen.⁴⁹⁰ Neuere Arbeiten stellen diese Sichtweise in Frage⁴⁹¹ und auch für diese Arbeit wird, aufbauend auf der Vorstellung der Übersetzung von Institutionen,⁴⁹² angenommen, dass die Bundesregierung ihre Vorstellungen und Aktionen zur Förderung von Unternehmensverantwortung nicht vollständig von außen übernommen hat.

3.1.3.3 Institutioneller Wandel im Neoinstitutionalismus

Wie oben bereits angedeutet, konzentrierten sich die ersten Untersuchungen im Bereich des Neoinstitutionalismus auf Veränderungen bestehender Institutionen aufgrund struktureller Gegebenheiten. Veränderungen waren zunächst nur als Verbreitung neuer Strukturen oder Praktiken vorgesehen.⁴⁹³ Aufgrund welcher Prozesse neue Strukturen oder Praktiken entstehen können, obwohl Verhalten doch durch bereits institutionalisierte Strukturen oder Praktiken bestimmt wird, konnte der Neoinstitutionalismus zunächst nicht erklären.⁴⁹⁴ Die ersten Erklärungen sahen externe Ereignisse als Auslöser für Veränderungen.⁴⁹⁵ Gab es Veränderungen in der Umwelt, die den Sinn bestehender Institutionen plötzlich zweifelhaft erscheinen ließen, konnten diese sich verändern.⁴⁹⁶

⁴⁸⁸ Vgl. Hasselbladh/Kallinikos (2000), S. 699.

⁴⁸⁹ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 26.

⁴⁹⁰ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 47.

⁴⁹¹ Vgl. bspw. Tan/Wang (2011), S. 375.

⁴⁹² Vgl. Hinings (2012), S. 100.

⁴⁹³ Vgl. Stryker (2002), S. 170.

⁴⁹⁴ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 10; Walgenbach/Meyer (2008), S. 86.

⁴⁹⁵ Vgl. Meyer/Hammerschmid (2006a), S. 160; Tolbert/Zucker (1983), S. 25.

⁴⁹⁶ Vgl. Munir (2005), S. 95.

Diese eher deterministische Sichtweise, die externe Entwicklungen als Auslöser für Veränderungen betrachtete, war Anlass für Kritik. An dieser Kritik anknüpfend entwickelten sich Ansätze, für die bewusstes Akteurshandeln maßgeblich für institutionellen Wandel war.⁴⁹⁷ Die Problematik, die mit der Konzeption bewussten Akteurshandelns in einem institutionellen Gedankengebäude zusammenhängt, wird im folgenden Abschnitt 3.1.4 näher beschrieben. Es soll zunächst genügen, darauf hinzuweisen, dass diese eher voluntaristisch ausgerichtete Herangehensweise das Problem des Neoinstitutionalismus mit der Konzeption institutionellen Wandels nicht umfassend theorieimmanent lösen konnte.⁴⁹⁸ Eine mögliche Lösung könnte die Einführung von institutionellen Logiken sein, wie sie weiter unten beschrieben wird.⁴⁹⁹

Zunächst wird allerdings das Problem des Akteurshandelns in institutionellen Überlegungen dargestellt. Oben wurde bereits darauf hingewiesen, dass es für die Beantwortung der Forschungsfrage relevant ist, die Bundesregierung und auch Unternehmen nicht als determinierte Akteure begreifen zu müssen.

3.1.4 Der Akteur im soziologischen Neoinstitutionalismus

Die Rolle des Akteurs ist innerhalb des soziologischen Neoinstitutionalismus nicht eindeutig definiert.⁵⁰⁰ Der klassische soziologische Neoinstitutionalismus wollte sich insbesondere durch die Betonung unreflektierten Verhaltens vom „alten“ Institutionalismus abgrenzen⁵⁰¹ und ging von einem eher deterministischen Bild der menschlichen Natur aus. Allerdings erkannte DiMaggio schon 1988, dass diese Vorstellung unvollständig war und das Akteurskonzept um bewusstes Akteurshandeln, Macht und Interessen zu ergänzen sei.⁵⁰² Eine der ersten, die auf

⁴⁹⁷ Vgl. bspw. DiMaggio (1988), S. 14; Fligstein (1997), S. 397; Zucker (1988), S. 23.

⁴⁹⁸ Vgl. Beckert (1999), S. 781; Phillips/Lawrence/Hardy (2000), S. 34; Suddaby (2010), S. 15; Zilber (2012), S. 90.

⁴⁹⁹ Vgl. Abschnitt 3.2.

⁵⁰⁰ Vgl. Holm (1995), S. 400; Seo/Creed (2002), S. 243.

⁵⁰¹ Vgl. DiMaggio/Powell (1991), S. 15.

⁵⁰² Vgl. DiMaggio (1988), S. 13.

diesen Aufruf eingingen, war Oliver mit ihrem Aufsatz zu strategischem Verhalten von Organisationen unter institutionellem Druck.⁵⁰³ Sie sieht die Konzeption strategischen Verhaltens unter institutionellem Druck nicht als in sich widersprüchlich, wenn dabei berücksichtigt wird, dass strategisches Verhalten selbst institutionell geprägt ist.⁵⁰⁴ Oliver führt ihr Akteursverständnis aber nicht weiter aus. Daher wird nicht klar, inwiefern ihr Konzept es ermöglicht, das embedded agency-Paradoxon zu lösen.

DiMaggio selbst hat die Diskussion um die Handlungsmöglichkeiten von Akteuren unter dem Einfluss von Institutionen durch sein Konzept des „institutionellen Entrepreneurs“ erweitert.⁵⁰⁵ Dieser verfügt über die nötigen Ressourcen, um Institutionalisierungsprozesse in seinem Interesse voranzutreiben bzw. ihm nicht genehme Veränderungen zu unterbinden.⁵⁰⁶ Institutionelle Veränderungen sind damit vom politischen Handeln von Akteuren abhängig.⁵⁰⁷ Zwar ist das Konzept des institutionellen Entrepreneurs inzwischen häufiger rezipiert worden,⁵⁰⁸ aber es bietet ebenso wenig wie das Konzept von Oliver eine schlüssige Lösung des embedded agency-Paradoxons.⁵⁰⁹

Als Ansätze zur Lösung des embedded agency-Problems sind Arbeiten sowohl von Bourdieu als auch von Giddens vorgeschlagen worden.⁵¹⁰ Beide bieten Gedanken zur Beziehung zwischen Struktur und Akteurs-

⁵⁰³ Vgl. Oliver (1991).

⁵⁰⁴ Vgl. Oliver (1991), S. 173.

⁵⁰⁵ Vgl. DiMaggio (1988), S. 14.

⁵⁰⁶ Vgl. DiMaggio (1988), S. 14.

⁵⁰⁷ Vgl. DiMaggio (1988), S. 13.

⁵⁰⁸ Vgl. u.a. Battilana (2006); Child/Lu/Tsai (2007); Clegg (2010); Déjean/Gond/Leca (2004); Etzion/Ferraro (2006); Kalantaridis/Fletcher (2012); Pacheco et al. (2010); Wijen/Ansari (2007).

⁵⁰⁹ Vgl. Aldrich (2011), S. 1; Beckert (1999), S. 781; Leca/Naccache (2006), S. 628; Meyer/Hammerschmid (2006a), S. 167.

⁵¹⁰ Vgl. Battilana/D'Aunno (2009), S. 45; DiMaggio/Powell (1991), S. 25; Quack (2006), S. 181; Schiller-Merkens (2008), S. 216.

handeln, können sich aber ebenfalls nicht endgültig von dem Vorwurf befreien, über-determinierte Akteurskonzepte zu vertreten.⁵¹¹

Einen weiteren Versuch, dieses Paradoxon zu lösen unternimmt Beckert mit seinem intentional rationalen Akteur, bei dessen Entwicklung er sich ausdrücklich auf Giddens beruft.⁵¹² Allerdings löst auch Beckert mit seinem Konzept implizit die Verbindung zwischen Institutionen und Akteurshandeln auf, indem er annimmt, dass Akteure in der Lage sind, sich von dem sie umgebenden institutionellen Umfeld zu lösen.⁵¹³ Denn sie entwickeln, scheinbar unabhängig von ihrem Umfeld, strategische Vorgehensweisen.⁵¹⁴ Daher kann auch das Akteursverständnis von Beckert das embedded agency-Paradoxon nicht schlüssig auflösen.

In der Tradition von Giddens und Bourdieu,⁵¹⁵ allerdings unter Berücksichtigung der Probleme ihrer Konzepte,⁵¹⁶ hat sich eine Forschungsperspektive entwickelt, die Akteurshandeln vom Umgang mit institutionellen Logiken abhängig macht.⁵¹⁷ Auf diese Weise sei es endlich möglich, das Paradoxon der embedded agency zu lösen.⁵¹⁸

Wissenschaftstheoretisch geht es in dieser Diskussion um die Frage nach der Natur des Menschen: Sind wir von unserer Umwelt (Institutionen) determiniert, oder können wir diese voluntaristisch verändern? Obwohl diese Arbeit grundsätzlich mit einem interpretativen Paradigma arbeitet, das eine voluntaristische Sicht auf die menschliche Natur proklamiert,⁵¹⁹ erscheint die Wahl eines klaren Standpunktes an einem der beiden Extrempunkte des Kontinuums angesichts der oben geschilder-

⁵¹¹ Vgl. Battilana/D'Aunno (2009), S. 44; Emirbayer/Mische (1998), S. 963; ausschließlich zu Bourdieu vgl. Keller (2011c), S. 222.

⁵¹² Vgl. Beckert (1999), S. 790.

⁵¹³ Vgl. Leca/Naccache (2006), S. 628.

⁵¹⁴ Vgl. Beckert (1999), S. 783ff.

⁵¹⁵ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 2.

⁵¹⁶ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 7.

⁵¹⁷ Vgl. Lok (2010), S. 1331.

⁵¹⁸ Vgl. Nigam/Ocasio (2010), S. 826.

⁵¹⁹ Vgl. Burrell/Morgan (1979), S. 3.

ten Schwierigkeiten problematisch. Auch der hier zu wählende Standpunkt wird im Kontext des unten dargestellten Ansatzes der institutionellen Logiken zu erarbeiten sein.

Die Betrachtung von Akteuren findet im soziologischen Neoinstitutionalismus meist auf der Ebene von Feldern statt.⁵²⁰ Da sich diese Perspektive besonders gut eignet, um Veränderungsprozesse nachzuvollziehen,⁵²¹ ist sie auch zur Beantwortung der Forschungsfragen sinnvoll.

3.1.5 Organisationale Felder

Diese Analyseebene erlaubt die Untersuchung von Veränderungsprozessen in Zusammenhang mit der Entwicklung von Interaktionen zwischen Akteuren.⁵²² Damit eignet sie sich als Perspektive auf die Interpretation des Verhaltens von Unternehmen durch die Bundesregierung. Der Begriff des organisationalen Feldes⁵²³ stammt von DiMaggio und Powell aus ihrem grundlegenden Artikel von 1983.⁵²⁴ Sie bauen dabei auf Bourdieus Feld-Konzept auf,⁵²⁵ ohne sich explizit auf ihn zu berufen. In einem im selben Jahr erscheinenden Beitrag weist DiMaggio allerdings explizit auf die Verwandtschaft seines Feldverständnisses zu dem von Bourdieu hin.⁵²⁶ DiMaggio und Powell definieren ein organisationales Feld als „bestehend aus den Organisationen, die als Aggregat einen anerkannten Bereich institutionellen Lebens darstellen“. ⁵²⁷ Damit stellen sie gleichzeitig klar, dass ihrer Auffassung nach ein organisationales Feld für jede Untersuchung neu empirisch bestimmt werden

⁵²⁰ Vgl. Emirbayer/Johnson (2008), S. 2f.

⁵²¹ Vgl. McAdam/Scott (2007), S. 12; Reay/Hinings (2005), S. 351.

⁵²² Vgl. bspw. Grafström/Windell (2012), S. 67.

⁵²³ Ähnlich das Konzept des gesellschaftlichen Sektors von Scott und Meyer (vgl. Scott/Meyer (1983), S. 137), das sich aber im Gegensatz zum organisationalen Feld nicht durchsetzen konnte, vgl. Wooten/Hoffman (2008), S. 131.

⁵²⁴ Vgl. Scott (2001), S. 43; Walgenbach/Meyer (2008), S. 71.

⁵²⁵ Vgl. Scott (2008a), S. 430.

⁵²⁶ Vgl. DiMaggio (1983), S. 149.

⁵²⁷ DiMaggio/Powell (1983), S. 148, eigene Übersetzung. Ähnlich auch das Konzept des Sektors von Scott/Meyer (1983), S. 137.

muss, da seine Grenzen nicht vorher von außen festgelegt werden können.⁵²⁸

Obwohl die Herangehensweise an die Bestimmung eines organisationalen Feldes von DiMaggio und Powell sich mit den Überlegungen Bourdieus zu diesem Thema deckt,⁵²⁹ ist sie als unpraktisch, da kaum über mehrere Arbeiten hinweg reproduzierbar, kritisiert worden.⁵³⁰ Da es in dieser Arbeit um eine Interpretation der Wahrnehmung der Bundesregierung auf der Grundlage verallgemeinerter Wissensbestände geht, ist die Zusammensetzung des weiteren Feldes (jenseits von Unternehmen und Regierung) jedoch ohnehin weniger von Belang.⁵³¹ Außerdem betont diese Herangehensweise eine interpretative Sichtweise auf organisationale Felder. Denn diese können auch als „Beziehungsfelder“⁵³² gesehen werden, in denen Akteure miteinander agieren, um gemeinschaftlich die für sie relevante Umwelt zu interpretieren.⁵³³

Felder festigen sich, indem sie „strukturiert“⁵³⁴ werden. In dem von DiMaggio und Powell beschriebenen Prozess der Strukturierung wird deutlich, dass in ihrem Ansatz die Beziehungen der Akteure im Feld untereinander eine wichtige Rolle spielen. Felder werden strukturiert: wenn die Akteure im Feld häufiger miteinander interagieren, wenn sich eine klare Machtstruktur sowie Koalitionen herausbilden, wenn der Informationsfluss innerhalb des Feldes anschwillt und wenn den Akteuren im Feld bewusst wird, dass sie ein gemeinsames Ziel eint.⁵³⁵ Wenn die Beziehungen enger werden, eindeutige Machtstrukturen existieren

⁵²⁸ Vgl. DiMaggio/Powell (1983), S. 148.

⁵²⁹ Vgl. Dobbin (2008), S. 56.

⁵³⁰ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 24.

⁵³¹ Vgl. zur Begründung des empirischen Vorgehens Abschnit 7.

⁵³² Wooten/Hoffman (2008), S. 138, eigene Übersetzung.

⁵³³ Vgl. Wooten/Hoffman (2008), S. 138; Zilber (2011), S. 1539.

⁵³⁴ DiMaggio/Powell (1983), S. 148. Hieran zeigt sich der Einfluss der Strukturationstheorie von Giddens, auf die sich DiMaggio und Powell berufen, vgl. DiMaggio/Powell (1983), S. 147. Sie grenzen sich allerdings von dessen Akteursverständnis explizit ab, vgl. DiMaggio/Powell (1991), S. 23.

⁵³⁵ Vgl. DiMaggio/Powell (1983), S. 148.

und die Akteure sich ihrer gegenseitigen Existenz bewusst sind, kann man von einem organisationalen Feld sprechen.

DiMaggio und Powell sehen das organisationale Feld als eine neue Analyseebene, die insbesondere die Wechselwirkungen von Organisationen untereinander in den Fokus rückt. Sie unterscheidet sich darin sowohl vom Populations- als auch vom Netzwerkansatz und dem Konzept der Industrie,⁵³⁶ da sie alle Organisationen berücksichtigt, die miteinander interagieren könnten, es aber realiter nicht tun müssen. Das organisationale Feld berücksichtigt dabei nicht nur Wirtschaftsakteure, sondern grundsätzlich auch alle anderen gesellschaftlichen Akteure, mit denen ein Unternehmen interagieren könnte, wie Regierungen.⁵³⁷ Daher ermöglicht es eine umfassende Untersuchung von Einflüssen auf einzelne Akteure des Feldes.⁵³⁸ Langfristige Entwicklungen können unter Einbeziehung aller relevanten Akteure untersucht werden.⁵³⁹ Es fokussiert außerdem die Interaktion verschiedener Ebenen und rückt so neben der Feld- auch die Organisations- (bspw. die der Bundesregierung) und die Individualebene in den Fokus.⁵⁴⁰ Obwohl das organisationale Feld von DiMaggio und Powell zur Erklärung von isomorphischen Prozessen entwickelt wurde,⁵⁴¹ eignet es sich besonders gut, um Veränderungen in Institutionen, wie Unternehmensverantwortung, zu untersuchen.⁵⁴² Institutionelle Veränderungen auf gesellschaftlicher Ebene wirken sich meist nur mittelbar im Feld aus, lassen sich aber auch selten nur auf einzelne Akteure zurückführen.⁵⁴³ Da weiter oben⁵⁴⁴ bereits geklärt

⁵³⁶ DiMaggio und Powell sehen den Populationsansatz als nur auf miteinander konkurrierende Unternehmen und den Netzwerkansatz als nur auf tatsächlich miteinander in Beziehung stehende Unternehmen beschränkt, vgl. DiMaggio/Powell (1983), S. 148. Der Begriff der Industrie beziehe sich hingegen eher auf produzierende Einheiten, vgl. DiMaggio (1983), S. 148f.

⁵³⁷ Vgl. DiMaggio/Powell (1983), S. 148; Scott (2010), S. 8.

⁵³⁸ Vgl. Emirbayer/Johnson (2008), S. 2; Scott (2008b), S. 217.

⁵³⁹ Vgl. Lounsbury/Ventresca (2003), S. 466.

⁵⁴⁰ Vgl. Scott (2010), S. 8.

⁵⁴¹ Vgl. DiMaggio/Powell (1983), S. 157.

⁵⁴² Vgl. McAdam/Scott (2007), S. 12; Reay/Hinings (2005), S. 351.

⁵⁴³ Vgl. Battilana (2006), S. 668; Marquis/Huang/Almandoz (2011), S. 204; Munir (2005), S. 107.

wurde, dass eher eine Untersuchung des Veränderungsprozesses als der Aktivitäten einzelner Akteure zur Beantwortung der Forschungsfragen geeignet ist, ist dies ein weiterer Vorteil dieser Analyseebene.

Insofern bietet die Analyseebene des organisationalen Feldes einen vielversprechenden Ansatz, um die Forschungsfragen beantworten zu können. Dies gilt, obwohl weder das Akteurskonzept noch die Konzeption institutionellen Wandels des Neoinstitutionalismus für die Beantwortung der Forschungsfragen umfassend überzeugen konnten. Die Feldebene sollte daher ebenfalls bei der Perspektive institutioneller Logiken gewählt werden. Um sie allerdings sinnvoll verwenden zu können, muss zunächst noch geklärt werden, wie in dieser Ebene Beziehungen zwischen Akteuren, bspw. der Bundesregierung und Unternehmen, konzipiert werden.

3.1.6 Beziehungen und Netzwerke im Neoinstitutionalismus

Beziehungen zwischen Akteuren, seien es Individuen oder Organisationen, werden in Werken auf neoinstitutionalistischer Grundlage selten definiert.⁵⁴⁵ Häufig wird nicht zwischen Beziehung allgemein und Beziehung als Teil eines Netzwerkes unterschieden.⁵⁴⁶ Auch der Unterschied zwischen Interaktion und Beziehung wird selten explizit gemacht.⁵⁴⁷ Eine Ausnahme bildet hier Giddens, als wichtige Quelle für den Neoinstitutionalismus, der diese Begriffe voneinander abgrenzt, obwohl er sie selbst nicht trennscharf verwendet.⁵⁴⁸ Eine Interaktion findet für Giddens in „dem Zeit-Raum-Kontext einer Aktivität“⁵⁴⁹ statt,

⁵⁴⁴ Vgl. Abschnitt 2.7.

⁵⁴⁵ Vgl. bspw. Sauder (2008) dessen Fragestellung explizit Beziehungsveränderungen als Auslöser institutionellen Wandels thematisiert, ähnlich Grafström/Windell (2012) aber auch Drew/Kriz (2012).

⁵⁴⁶ Vgl. bspw. Beckert (2010); Mizruchi/Stearns/Marquis (2006); Nee/Ingram (1998); Owen-Smith/Powell (2008).

⁵⁴⁷ Vgl. bspw. Ansari/Phillips (2011); Garcelon (2010); Lawrence/Phillips (2004); Reay/Hinings (2005).

⁵⁴⁸ Vgl. Giddens (1984), S. 89.

⁵⁴⁹ Giddens (1984), S. 89.

während sich eine Beziehung auf einen „sozialen Raum symbolischer Kategorien und Verbindungen“⁵⁵⁰ bezieht. Beziehungen geben den Rahmen für einzelne Interaktionen vor, die nur bei Kopräsenz der Beteiligten stattfinden können.⁵⁵¹ Giddens stellt eine Verbindung zwischen Institutionen, Interaktionen und Beziehungen her, indem er annimmt, dass Institutionen in Interaktionen entstehen, aber in Bezug auf Beziehungen artikuliert werden.⁵⁵²

Auch der Begriff der Rolle sollte von dem der Beziehung abgegrenzt werden. Rollen beschreiben institutionalisierte Erwartungen an das Handeln von Personen, die in einer sozialen Gruppe bestimmte Positionen ausfüllen.⁵⁵³ Hinsichtlich der Rollen von Akteuren können sich auch Erwartungen im Hinblick auf Verhaltensskripte bilden,⁵⁵⁴ die dann wiederum institutionalisiert sein können.⁵⁵⁵ DiMaggio und Powell verweisen darauf, dass im soziologischen Neoinstitutionalismus der Fokus weg von Rollen hin zu Routinen⁵⁵⁶ gewechselt habe, also eher der für selbstverständlich gehaltene Aspekt von Verhalten betont wird.

Besonders komplex scheint eine klare Unterscheidung zwischen Netzwerkstrukturen und sozialen Beziehungen zwischen Akteuren zu sein. Obwohl Kritiker mehrfach darauf hingewiesen haben, dass Netzwerkbeziehungen nicht denselben Informationsgehalt aufweisen wie soziale Beziehungen und keine austauschbaren Begriffe sind,⁵⁵⁷ werden sie kaum entsprechend definiert (s.o.). Meist wird von den Autoren bei

⁵⁵⁰ Giddens (1984), S. 89.

⁵⁵¹ Vgl. Giddens (1984), S. 89.

⁵⁵² Vgl. Giddens (1984), S. 89.

⁵⁵³ Vgl. Esser (2000), S. 141.

⁵⁵⁴ Vgl. Esser (2000), S. 152.

⁵⁵⁵ Vgl. Esser (2000), S. 200; Scott (2008b), S. 55.

⁵⁵⁶ Vgl. DiMaggio/Powell (1991), S. 26.

⁵⁵⁷ Vgl. Becker-Ritterspach/Becker-Ritterspach (2006), S. 121; Fourcade (2007), S. 1019; Owen-Smith/Powell (2008), S. 602.

Definitionen von Netzwerken der Begriff der Beziehung verwendet, ohne diesen dann weiter zu spezifizieren.⁵⁵⁸

Im Rückgriff auf Max Weber, auf den sich viele Neoinstitutionalisten⁵⁵⁹ und auch Vertreter der institutionellen Logik-Perspektive⁵⁶⁰ berufen, lässt sich eine soziale Beziehung definieren als „seinem Sinngehalt nach aufeinander gegenseitig eingestelltes und dadurch orientiertes Sichverhalten mehrerer“⁵⁶¹.

Innerhalb des Neoinstitutionalismus mangelt es also an einer klaren Definition von Beziehungen von Akteuren in einem Feld. Es wird allerdings deutlich, dass ihnen im Hinblick auf institutionalisiertes Verhalten eine große Bedeutung zukommt. Denn sie beinhalten bereits eine Erwartungshaltung an ein angemessenes Verhalten des anderen Akteurs.

Der Neoinstitutionalismus bietet also wichtige Grundlagen für die Bedeutung von Beziehungen in Institutionalisierungsprozessen, was sich auch in der Konzentration auf die hilfreiche Analyseebene des organisationalen Feldes zeigt. Allerdings ist er weder hinsichtlich seines Akteurskonzeptes noch mit seinem Verständnis institutionellen Wandels für die Beantwortung der Forschungsfragen geeignet. Oben wurde bereits angedeutet, dass die Perspektive institutioneller Logiken vielversprechende Ansatzpunkte zur Lösung dieser beiden Probleme bieten könnte. Daher wird diese im Folgenden sowohl darauf als auch auf ihre Konzeption der Analyseebene des Feldes und der darin existenten Beziehungen als geeignet zur Beantwortung der Forschungsfrage überprüft.

⁵⁵⁸ Vgl. bspw. Kenis/Knoke (2002), S. 275; Mohr/White (2008), S. 488; Owen-Smith/Powell (2008), S. 594; Powell et al. (2005), S. 1135; Raab/Kenis (2009), S. 109.

⁵⁵⁹ Vgl. bspw. DiMaggio/Powell (1983), S. 158; Meyer/Rowan (1977), S. 343; Zucker (1977), S. 729.

⁵⁶⁰ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 100.

⁵⁶¹ Weber (1972), S. 13.

3.2 Institutionelle Logiken

Anders als spätere Autoren berücksichtigen DiMaggio und Powell von Bourdieu nur das Konzept des Feldes an sich. Das Konzept institutioneller Logiken bezieht zusätzlich Bourdieus Gedanken von den unterschiedlichen Logiken mit ein, die in unterschiedlichen Feldern wirken.⁵⁶² Das ist für die Untersuchung der Forschungsfrage insofern interessant, als das Feld Unternehmensverantwortung durch verschiedene Logiken beeinflusst wird. Denn es vereint in sich sowohl eine wirtschaftliche als auch eine gesellschaftliche und eine politische Perspektive.

Friedland und Alford gelten mit ihrem Beitrag „Bringing Society Back In“⁵⁶³ als die Begründer einer theoretischen Entwicklung von institutionellen Logiken,⁵⁶⁴ die sich inzwischen als Weiterentwicklung des Neoinstitutionalismus begreift.⁵⁶⁵ Obwohl die Wurzeln des Konzepts der institutionellen Logiken hauptsächlich im soziologischen Neoinstitutionalismus liegen,⁵⁶⁶ werden bewusst Elemente aus den anderen Schulen des Neoinstitutionalismus integriert.⁵⁶⁷ Die „Perspektive institutioneller Logiken“⁵⁶⁸ wird von Thornton, Ocasio und Lounsbury als Metatheorie dargestellt.⁵⁶⁹ Als solche ermöglicht sie die Entwicklung von Theorien⁵⁷⁰ zu Beziehungen zwischen Institutionen, Organisationen und Individuen.⁵⁷¹ Diese Grundlagen nutzen die Autoren, um ein Modell⁵⁷² zu entwickeln, das die verschiedenen Prozesse berücksichtigt, die beim Entstehen einer neuen oder der Veränderung einer bestehen-

⁵⁶² Vgl. Bourdieu (2005), S. 39. Zu dessen Einfluss auf die Perspektive institutioneller Logiken vgl. Bjerregaard (2010), S. 102; Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 3.

⁵⁶³ Friedland/Alford (1991).

⁵⁶⁴ Vgl. Thornton/Ocasio (2008), S. 100.

⁵⁶⁵ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 47.

⁵⁶⁶ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 47.

⁵⁶⁷ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 40.

⁵⁶⁸ Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 1.

⁵⁶⁹ Vgl. Thornton/Ocasio (2008), S. 103; Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 1.

⁵⁷⁰ Vgl. Kneer/Schroer (2009), S. 7.

⁵⁷¹ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 2.

⁵⁷² Vgl. hierfür Abschnitt 3.2.2.

den Logik beteiligt sein können.⁵⁷³ Insofern dient diese Weiterentwicklung der Beantwortung der Forschungsfragen, da das Modell Akteurs-handeln und institutionellen Wandel besser zu erklären vermag als der Neoinstitutionalismus.⁵⁷⁴

Der Begriff der institutionellen Logik ist schwer vom Begriff der Institution abzugrenzen.⁵⁷⁵ Außerdem besteht eine enge Verwandtschaft zum Konzept der rationalen Mythen von Meyer und Rowan.⁵⁷⁶ Der Grundgedanke der rationalisierten Mythen besteht allerdings gerade darin, dass die darin enthaltenen Handlungsrichtlinien von Organisationen eher vorgetäuscht als tatsächlich umgesetzt werden.⁵⁷⁷ Bei Logiken ist dagegen entscheidend, dass sie tatsächlich praktische Auswirkungen haben, sonst handelt es sich in dieser Sichtweise nur um Theorien.⁵⁷⁸

Institutionelle Logiken bestimmen Inhalt und Bedeutung von Institutionen.⁵⁷⁹ Sie sind die Überzeugungen und Praktiken, die den Institutionen der modernen westlichen Welt inhärent sind.⁵⁸⁰ Institutionelle Logiken beinhalten, ebenso wie Institutionen in der Sicht von Friedland und Alford,⁵⁸¹ immer sowohl symbolische als auch materielle Elemente.⁵⁸² Erst diese Konzeption von Institutionen ermöglicht endogenen institutionellen Wandel bzw. das Entstehen von Institutionen.⁵⁸³ Materielle Elemente, z.B. Praktiken, werden durch symbolische Elemente, z.B. Bedeutung, institutionalisiert oder in ein neues institutionelles Feld übersetzt.⁵⁸⁴ Die Ritualisierung neuer Praktiken kann aber auch die

⁵⁷³ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 172.

⁵⁷⁴ Vgl. Abschnitte 3.2.2 und 3.2.3.

⁵⁷⁵ Vgl. Senge (2011), S. 83.

⁵⁷⁶ Vgl. Meyer/Rowan (1977), S. 340; Zilber (2006), S. 282.

⁵⁷⁷ Vgl. Meyer/Rowan (1977), S. 341.

⁵⁷⁸ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 153.

⁵⁷⁹ Vgl. Blindheim (2015), S. 59; Thornton/Ocasio (2008), S. 100.

⁵⁸⁰ Vgl. Friedland/Alford (1991), S. 248.

⁵⁸¹ Vgl. Friedland/Alford (1991), S. 243.

⁵⁸² Vgl. Dunn/Jones (2010), S. 114.

⁵⁸³ Vgl. Thornton/Ocasio (2008), S. 105.

⁵⁸⁴ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 11.

Bedeutung von Institutionen verändern.⁵⁸⁵ Diese Sichtweise lässt sich auch von einem interpretativen Standpunkt aus teilen. Akteure handeln beeinflusst durch die von ihnen interpretierten Institutionen. Dieses Handeln und sein Ergebnis werden von anderen Akteuren im Licht der ihnen bekannten Institutionen interpretiert und können so in manchen Fällen zu Veränderungen des Verständnisses von Institutionen führen, das sich in der nächsten Handlung dieses Akteurs zeigt.

Für Friedland und Alford bestehen moderne westliche Gesellschaften aus verschiedenen institutionellen Ordnungen: Kapitalismus, Staat, Demokratie, Familie und Religion.⁵⁸⁶ Thornton, Ocasio und Lounsbury sehen diese Ordnungen als Idealtypen und nehmen zu der ursprünglichen Einteilung von Friedland und Alford einige Änderungen vor.⁵⁸⁷ Für sie sind Familie, Gemeinschaft, Religion, Staat, Markt, Berufsstand und Unternehmen adäquate Idealtypen moderner westlicher Gesellschaften.⁵⁸⁸ Die Entwicklung dieses interinstitutionellen Systems durch Friedland und Alford ist ihr Beitrag zur Lösung des embedded agency-Paradoxons.⁵⁸⁹ Allerdings sollte an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass die Wahrnehmung der verschiedenen Idealtypen natürlich von jedem einzelnen Akteur abhängt und daher eine durch die Wissenschaft als objektiv betrachtete Verdinglichung von einem interpretativen Standpunkt aus schwierig erscheint.

Im Folgenden wird eine präzisere Differenzierung hinsichtlich der beiden ähnlichen Konzepte von rationalisierten Mythen und institutionellen Logiken vorgenommen. Nur auf diese Weise wird verständlich, warum die Perspektive institutioneller Logiken für die Beantwortung der Forschungsfrage zielführender ist als das Konzept von Meyer und Rowan.

⁵⁸⁵ Vgl. Friedland/Alford (1991), S. 250.

⁵⁸⁶ Vgl. Blindheim (2015), S. 59; Friedland/Alford (1991), S. 248.

⁵⁸⁷ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 52.

⁵⁸⁸ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 73.

⁵⁸⁹ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 126.

3.2.1 Rationale Mythen und institutionelle Logiken

Meyer und Rowan schaffen mit ihren rationalisierten Mythen eine ähnliche Herangehensweise an Institutionalisierungsprozesse wie die Perspektive der institutionellen Logiken.⁵⁹⁰ Rationalisierte Mythen dienen als Orientierungshilfe, wie rationales Verhalten in einer bestimmten Situation oder einem bestimmten Umfeld auszusehen hat.⁵⁹¹ Sie geben dabei den Maßstab rationalen Verhaltens vor, wobei die zugrundeliegende Rationalität gesellschaftlich konstruiert und institutionalisiert ist.⁵⁹² Sie wird daher nicht hinterfragt, selbst, wenn sie sich als nicht effizient erweist.⁵⁹³ Nur wenn Organisationen den Anforderungen rationalisierter Mythen entsprechen, können sie Legitimität erlangen und ihr dauerhaftes Überleben sichern.⁵⁹⁴ Mythen entstehen in einem spezifischen Umfeld, können aber auch auf andere Umfelder angewandt werden.⁵⁹⁵ Mythen können sich dabei durchaus widersprechen.⁵⁹⁶ Rationalisierte Mythen verwenden legitimierte Vokabeln, die wiederum zur Legitimität von Organisationen beitragen.⁵⁹⁷ In diesen Punkten ähneln sie der Vorstellung institutioneller Logiken.

Allerdings bestehen auch Unterschiede. Während rationalisierte Mythen hauptsächlich erklären, warum Organisationen sich ähneln, bieten institutionelle Logiken eine Möglichkeit, Unterschiede zwischen Organisationen zu erklären.⁵⁹⁸ Rationalisierte Mythen wirken auf Akteure eher deterministisch, sie können sich ihnen kaum entziehen und sie nur verändern, wenn sie über eine gewisse Macht verfügen.⁵⁹⁹ Ihnen bleibt nur, durch Entkopplung den tatsächlichen Organisationsablauf von den

⁵⁹⁰ Vgl. Zilber (2006), S. 282.

⁵⁹¹ Vgl. Meyer/Rowan (1977), S. 345.

⁵⁹² Vgl. Meyer/Rowan (1977), S. 344f.

⁵⁹³ Vgl. Meyer/Rowan (1977), S. 348.

⁵⁹⁴ Vgl. Meyer/Rowan (1977), S. 353.

⁵⁹⁵ Vgl. Meyer/Rowan (1977), S. 347.

⁵⁹⁶ Vgl. Meyer/Rowan (1977), S. 356.

⁵⁹⁷ Vgl. Meyer/Rowan (1977), S. 349.

⁵⁹⁸ Vgl. Thornton/Ocasio (2008), S. 100.

⁵⁹⁹ Vgl. Meyer/Rowan (1977), S. 347.

vorgegebenen Strukturen zu trennen.⁶⁰⁰ Institutionelle Logiken konstituieren zwar Akteure,⁶⁰¹ aber da Akteure sich bewusst sind, dass verschiedene, auch widersprüchliche Logiken existieren, können sie Elemente aus verschiedenen Logiken zusammenbringen, wenn das der aktuellen Situation am ehesten entspricht.⁶⁰²

Somit zeigt sich auch an diesem Schritt der Argumentation, dass die Konstruktion eines nicht vollständig determinierten Akteurs, die für die Beantwortung der Forschungsfrage von Bedeutung ist, besser mit dem Konzept der institutionellen Logiken umgesetzt werden kann als mit dem Neoinstitutionalismus. Aus dieser Perspektive können institutionelle Logiken als prägend für das Verständnis von Unternehmensverantwortung betrachtet werden.⁶⁰³

3.2.2 Veränderungen in der institutionellen Logik-Perspektive

Die Perspektive institutioneller Logiken sieht den einzelnen Akteur als Ausgangspunkt für ihre Überlegungen.⁶⁰⁴ Sie setzt damit bereits an einem der kritischen Punkte bisheriger theoretischer Überlegungen zu institutionellen Veränderungen an. Ihre Lösung des Problems der embedded agency besteht in einem Rückgriff auf psychologische, soziologische, politische und anthropologische Grundlagen.⁶⁰⁵ Thornton, Ocasio und Lounsbury schaffen ein komplexes Modell über verschiedene Ebenen, das institutionelle Veränderungen erklären und dabei die oben bereits angesprochenen Probleme bisheriger Theorien institutioneller Veränderungen lösen soll.

Sie gehen davon aus, dass Akteure, abhängig von der gerade relevanten institutionellen Logik, ihre Aufmerksamkeit nur bestimmten externen

⁶⁰⁰ Vgl. Meyer/Rowan (1977), S. 356.

⁶⁰¹ Vgl. McAdam/Scott (2007), S. 17.

⁶⁰² Vgl. Thornton/Ocasio (2008), S. 115.

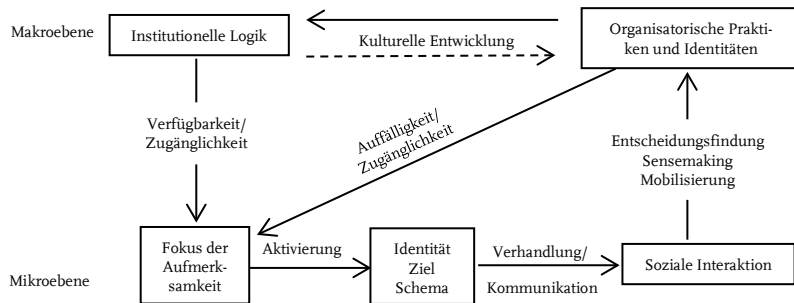
⁶⁰³ Vgl. bspw. De Bakker (2012), S. 214.

⁶⁰⁴ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 76ff.

⁶⁰⁵ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 80.

Ereignissen zuwenden und spezifische Identitäten und Interessen zum Tragen kommen. Damit treffen sie innerhalb einer Organisation auf andere Akteure, die den gleichen Prozess durchlaufen und gemeinsam gestalten sie durch Sensemaking,⁶⁰⁶ Entscheidungen und Mobilisierung organisationale Praktiken und Identitäten. Diese wiederum haben ebenfalls einen Einfluss darauf, welchen Ereignissen Akteure ihre Aufmerksamkeit zuwenden (vgl. Abbildung 4).⁶⁰⁷ Hierdurch können sie erklären, woher Akteure die Grundlage für ihr Handeln beziehen, anders als bspw. Beckert, der dies als gegeben annimmt.⁶⁰⁸

Abbildung 4: Zusammenhang von Makro- und Mikroebene im Akteurskonzept der Perspektive institutioneller Logiken⁶⁰⁹



Da Akteuren verschiedene Logiken zur Verfügung stehen und sie unterschiedlich stark in den verschiedenen Logiken verwurzelt sind, stehen verschiedenen Akteuren mehrere, dabei aber möglicherweise divergierende Handlungsmöglichkeiten in bestimmten Situationen offen.⁶¹⁰

⁶⁰⁶ Thornton, Ocasio und Lounsbury beziehen sich in ihrem Verständnis von Sensemaking auf die einflussreiche Arbeit von Weick, vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 96. Dieser versteht Sensemaking als einen andauernden sozialen Prozess, der retrospektiv einer Situation eine wahrscheinliche Bedeutung zuschreibt, vgl. Weick (1995), S. 17.

⁶⁰⁷ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 85ff.

⁶⁰⁸ Vgl. Beckert (1999), S. 783ff.

⁶⁰⁹ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 85; eigene Übersetzung.

⁶¹⁰ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 99; Greenwood et al. (2011), S. 323ff. für die Beständigkeit mehrerer Logiken in einem Feld.

Dadurch können sie Veränderungen sowohl in organisationalen Praktiken als auch in Identitäten von Organisationen – und damit auf der Mesoebene – herbeiführen.⁶¹¹ Praktiken werden auch durch das – ebenfalls durch Logiken kulturell konstruierte – Ressourcenumfeld beeinflusst. Auf der Makroebene führen diese veränderten Praktiken, vermittelt Sensegiving⁶¹² durch Theorien,⁶¹³ Rahmen⁶¹⁴ und Narrative⁶¹⁵ – und damit vermittelt Sprache –, zu Veränderungen oder Bestätigungen von Logiken auf der Ebene eines Feldes. Theorien, Rahmen und Narrative können ebenfalls durch andere Logiken und durch die Logik des Feldes selbst beeinflusst werden (vgl. Abbildung 5).⁶¹⁶

⁶¹¹ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 133ff.

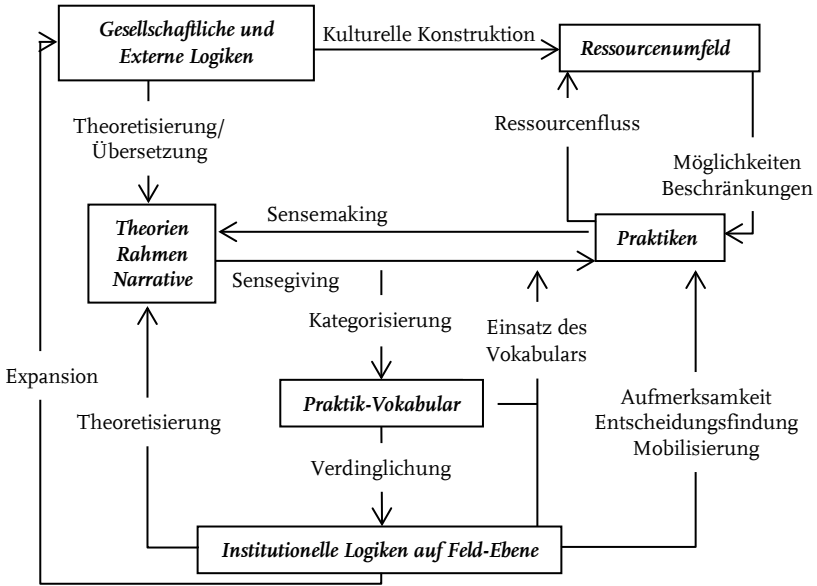
⁶¹² Thornton, Ocasio und Lounsbury bieten leider keine eigene explizite Erläuterung ihres Verständnisses von Sensegiving an. Aus ihren Ausführungen wird jedoch deutlich, dass sie, anders als bspw. Gioia/Chittipeddi (1991), S. 442 und Fiss/Zajac (2006), S. 1173, Sensegiving nicht per se als strategisches Verhalten sehen. Für sie können Akteure vielmehr zum Verständnis von Praktiken auf Theorien, Rahmen und Narrative zurückgreifen. Diese können durch Prozesse des Sensemaking verändert werden, dienen jedoch Akteuren in ihrem Sensemaking als Interpretationshilfen bestimmter Praktiken, vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 151.

⁶¹³ Theorien dienen als in sich schlüssige Konzepte der Erklärung oder Begründung von Realität. Sie müssen jedoch, anders als institutionelle Logiken, nicht die Realität widerspiegeln, vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 152f.

⁶¹⁴ Rahmen werden, in Anlehnung an Goffman (1980), als Interpretationshilfen der Realität verstanden, die jedoch weniger schlüssig sein können als Theorien, vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 154f. Zu einer Abgrenzung zum Konzept der Deutungsmuster vgl. Abschnitt 5.4.

⁶¹⁵ Narrative dienen im Interpretationsprozess dazu, die verschiedenen Akteure, Handlungen und Situationen sinnvoll zueinander in Beziehung zu setzen, vgl. Polkinghorne (1988), S. 11; Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 155f. Für eine ausführliche Darstellung ihrer Bedeutung in Veränderungsprozessen vgl. Abschnitt 5.4.

⁶¹⁶ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 150ff.

Abbildung 5: Veränderungsprozess aus der Perspektive institutioneller Logiken⁶¹⁷

Thornton, Ocasio und Lounsbury sehen die Bildung eines spezifischen Praktikvokabulars⁶¹⁸ und die damit verbundene Kategorisierung⁶¹⁹ und Verdinglichung⁶²⁰ als notwendig für die Entstehung einer feldspezifi-

⁶¹⁷ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 151; eigene Übersetzung.

⁶¹⁸ Vokabeln, in ihrer intersubjektiven Verfügbarkeit, zeigen durch den Grad ihrer Selbstverständlichkeit in der Bezeichnung bestimmter Bereiche der Realität den Grad der Institutionalisierung der, der Bezeichnung zugrunde liegenden, Logik an, vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 158ff. Thornton, Ocasio und Lounsbury bauen hierbei u.a. auf dem Konzept des Praktikvokabulars von Meyer und Rowan auf, vgl. Meyer/Rowan (1977), S. 349f.; Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 159. Vgl. für einen Überblick über die Literatur zur Bedeutung von Vokabeln in der Organisationsforschung generell Loewenstein/Ocasio/Jones (2012).

⁶¹⁹ Kategorisierung bezeichnet in diesem Fall die Zuschreibung von Vokabeln zu Ausschnitten der Realität, die dadurch als auf bestimmte Weise ähnlich verstanden werden können, vgl. Loewenstein/Ocasio (2005), S. 8; Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 159.

⁶²⁰ Vgl. für eine ausführlichere Auseinandersetzung mit diesem Begriff Abschnitt 3.1.3; vgl. auch Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 160.

schen Logik.⁶²¹ Zentral ist dabei für sie die Verbindung von Praktik und Sprache.⁶²² Diese Verbindung besteht ebenfalls in der Anwendung von Theorien, Rahmen und Narrativen durch Akteure im Prozess des Sensemaking und Sensegiving in Bezug auf neue Praktiken.⁶²³ Während der Prozess der Kategorisierung und Verdinglichung eher für die Verstetigung einer Logik steht,⁶²⁴ sind Prozesse der Veränderung zunächst mit der Anwendung und Veränderung von Theorien, Rahmen und Narrativen verbunden.⁶²⁵ Daher erscheint für die Beantwortung der Forschungsfragen eine Analyse von Theorien, Rahmen und Narrativen besonders vielversprechend.⁶²⁶

Dabei ist die Veränderung der Wahrnehmung von Unternehmensverantwortung durch die Bundesregierung auf der Ebene des institutionellen Feldes zu betrachten. Zur Untersuchung des Veränderungsprozesses sind die Prozesse des Sensemaking und Sensegiving der Bundesregierung und die dabei beteiligten Theorien, Rahmen und Narrative zu berücksichtigen. Ebenfalls relevant ist das Sensemaking und Sensegiving der Bundesregierung für ihr Verständnis der eigenen Verhaltensweisen und ihrer Identität in Bezug auf ihr Verständnis von Unternehmensverantwortung. Dies bezieht sich auf die Frage einer möglichen Veränderung der Beziehung zwischen Bundesregierung und großen deutschen Unternehmen. Hierbei spielt die Akteurskonzeption der institutionellen Logiken eine wichtige Rolle.

3.2.3 Der Akteur in der institutionellen Logik-Perspektive

In den Erläuterungen des Veränderungsprozesses war das Akteurskonzept der institutionellen Logikperspektive bereits implizit von Bedeu-

⁶²¹ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 158ff.

⁶²² Vgl. Ocasio/Loewenstein/Nigam (2015), S. 29ff.; Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 158.

⁶²³ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 152ff.

⁶²⁴ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 160.

⁶²⁵ Vgl. Ocasio/Loewenstein/Nigam (2015), S. 29; Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 161ff.

⁶²⁶ Vgl. dazu Abschnitt 5.4.

tung. Ob es allerdings tatsächlich das existenzielle Kriterium für die Beantwortung der Forschungsfrage, den nicht determinierten Akteur erfüllt, wird im Folgenden geklärt. Für Friedland und Alford besteht kein grundsätzlicher Gegensatz zwischen rational nutzenmaximierendem und durch Institutionen geprägtem Verhalten.⁶²⁷ Ihre Annahme lautet, dass bereits die Bedeutung von rationalem Verhalten und von Nutzen institutionell geprägt ist und sich über die Zeit verändert.⁶²⁸ Je nach institutioneller Ordnung kann Nutzen durch Geld (Kapitalismus) oder Reproduktion (Familie) maximiert werden.⁶²⁹ Da sich Akteure meist in mehreren institutionellen Ordnungen bewegen, können ihnen Widersprüche zwischen diesen auffallen.⁶³⁰ Kirchliche Wertvorstellungen können demokratischen Prinzipien diametral entgegenstehen,⁶³¹ so dass es unmöglich ist, beide weiterhin unhinterfragt hinzunehmen.⁶³² Grundsätzlich haben mächtige Akteure die Möglichkeit, Aspekte institutioneller Ordnungen zu ändern, wenn ihnen durch Widersprüche mit anderen Ordnungen einzelne Aspekte bewusst geworden sind.⁶³³ Allerdings ist auch Widerstand durch andere Akteure möglich, die ihre Macht für eine Beibehaltung oder Reproduktion bestehender Symbole und Praktiken einsetzen könnten.⁶³⁴ Je nach institutioneller Ordnung ist auch das Verständnis von Macht verschieden.⁶³⁵ Das heißt, in einer kapitalistischen Ordnung kann Geld der Maßstab für Macht sein, in einer kirchlichen ist es vielleicht die Interpretation der transzendentalen Wahrheit.⁶³⁶ Akteure können Institutionen oder institutionelle Logiken

⁶²⁷ Vgl. Friedland/Alford (1991), S. 235.

⁶²⁸ Vgl. Friedland/Alford (1991), S. 245.

⁶²⁹ Vgl. Friedland/Alford (1991), S. 248. Hier besteht Ähnlichkeit zum Kapitalverständnis von Bourdieu, vgl. Bourdieu (1986).

⁶³⁰ Vgl. Friedland/Alford (1991), S. 255. Hier besteht eine gewisse Ähnlichkeit zu der Rolle des Habitus in Bourdieus Werk, vgl. Emirbayer/Johnson (2008), S. 37; Vaughan (2008), S. 79.

⁶³¹ Vgl. Friedland/Alford (1991), S. 249.

⁶³² Vgl. Friedland/Alford (1991), S. 255.

⁶³³ Vgl. Blindheim (2015), S. 59f.; Friedland/Alford (1991), S. 254.

⁶³⁴ Vgl. Friedland/Alford (1991), S. 255.

⁶³⁵ Vgl. Friedland/Alford (1991), S. 246.

⁶³⁶ Vgl. Friedland/Alford (1991), S. 248. Auch hier lässt sich eine Ähnlichkeit zu Bourdieu erkennen, vgl. Fußnote 629.

verändern, indem sie deren symbolische und materielle Aspekte „manipulieren oder reinterpretieren“. ⁶³⁷ Das kann z.B. geschehen, indem Aspekte einer institutionellen Ordnung auf eine andere übertragen und die dort vorher herrschenden Symbole oder Praktiken in Frage gestellt werden. ⁶³⁸

Friedlands und Alford's Ansatz ermöglicht die Konzeption von Akteurs-handeln geprägt von institutionellen Logiken. Innerhalb eines Feldes ist das Verhalten von der, durch die herrschende Logik gesetzten, Rationalität geprägt. Allerdings können innerhalb eines Feldes mehrere Logiken existieren ⁶³⁹ und Akteure haben durch Bezug zu mehreren Feldern Zugang zu verschiedenen Logiken. ⁶⁴⁰ Stehen diese Logiken zueinander im Widerspruch, werden sich Akteure der Logiken bewusst. ⁶⁴¹ Sie können außerdem auf Bestandteile anderer Logiken zurückgreifen, um eine spezifische Logik zu beeinflussen. ⁶⁴² Damit ist es auch möglich, den durch Akteure ausgelösten institutionellen Wandel theoretisch abzubilden. ⁶⁴³ Damit wären beide existenziellen Kriterien für die Eignung der Perspektive institutioneller Logiken für die Beantwortung der Forschungsfrage gegeben.

Allerdings beschäftigen sich Friedland und Alford noch nicht eingehender mit der Wirkung von Logiken auf verschiedenen Ebenen. ⁶⁴⁴ Da in Abschnitt 3.1.5 bereits erläutert wurde, dass die Ebene des Feldes für die Untersuchung der Forschungsfrage als gewinnbringend betrachtet werden kann, wird im Folgenden geklärt, inwiefern diese Ebene in der Perspektive institutioneller Logiken berücksichtigt wird.

⁶³⁷ Vgl. Friedland/Alford (1991), S. 254.

⁶³⁸ Vgl. Friedland/Alford (1991), S. 256.

⁶³⁹ Vgl. Mitchell et al. (2011), S. 237f.; Zilber (2011), S. 1539.

⁶⁴⁰ Vgl. Zilber (2013), S. 80f.

⁶⁴¹ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 107.

⁶⁴² Vgl. Borum/Westenholz (1995), S. 130f.

⁶⁴³ Vgl. Lok (2010), S. 1307.

⁶⁴⁴ Vgl. Thornton/Ocasio (2008), S. 104.

3.2.4 Institutionelle Felder

Institutionelle Logiken existieren nicht nur auf der Ebene institutioneller Ordnungen.⁶⁴⁵ Auch auf der Ebene institutioneller Felder können institutionelle Logiken das Verhalten von Akteuren beeinflussen.⁶⁴⁶ Dabei kann ein Feld von einer Logik dominiert sein, sich bei mehreren Logiken noch nicht endgültig entschieden haben, durch welche das Feld zukünftig dominiert sein wird oder mehrere Logiken können gleichzeitig nebeneinander in einem Feld Bestand haben.⁶⁴⁷ Institutionelle Felder setzen sich aus Akteuren zusammen, „die aufeinander Bezug nehmen, wenn sie miteinander verbundene Kategorien von Symbolen und Praktiken innerhalb und zwischen Individuen und Organisationen ausführen“.⁶⁴⁸ Bereits der Begriff institutionelles Feld deutet auf einen Unterschied zum Konzept des organisationalen Feldes hin.⁶⁴⁹ Thornton und Ocasio arbeiten in einer Übersicht zu institutionellen Logiken 2008 noch mit dem Begriff des organisationalen Feldes.⁶⁵⁰ Sie stellen allerdings in ihrem 2012 zusammen mit Lounsbury veröffentlichten Buch fest, dass „institutionelles Feld“ ein passenderer Begriff sei, wenn es als Analysestruktur auch für andere Akteure als Organisationen genutzt werden solle.⁶⁵¹ Außerdem könne das Konzept des institutionellen Feldes Unterschiede und Wandel besser erklären als das organisationale Feld, das ursprünglich konzeptualisiert worden war, um Isomorphismus zu erklären.⁶⁵² Die Grenzen und damit auch die Teilnehmer institutioneller Felder sind auch für Akteure außerhalb des Feldes erkennbar.⁶⁵³ Denn sie definieren sich nicht ausschließlich über eine sich möglicherweise verändernde institutionelle Grundlage,⁶⁵⁴ sondern über

⁶⁴⁵ Vgl. Nigam/Ocasio (2010), S. 825.

⁶⁴⁶ Vgl. Owen-Smith/Powell (2008), S. 602.

⁶⁴⁷ Vgl. Dunn/Jones (2010), S. 139; Scott (2001), S. 140.

⁶⁴⁸ Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 61, eigene Übersetzung.

⁶⁴⁹ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 62.

⁶⁵⁰ Vgl. Thornton/Ocasio (2008), S. 109.

⁶⁵¹ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 62.

⁶⁵² Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 44.

⁶⁵³ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 62.

⁶⁵⁴ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 24.

empirisch beobachtbare Handlungen und machen so eine Vergleichbarkeit über verschiedene Studien hinweg möglich.⁶⁵⁵

Durch den Fokus auf Wandel eignet sich die Ebene des institutionellen Feldes besonders gut für die Untersuchung des Wandels der Wahrnehmung von Unternehmensverantwortung durch die Bundesregierung. Im Folgenden wird noch geklärt, ob die dabei zugrundeliegende Konzeption der Interaktion zwischen den Akteuren kohärenter ist als im Bereich des Neoinstitutionalismus. Denn da die Forschungsfragen die Interpretation von Unternehmensverhalten durch die Bundesregierung fokussieren, benötigen sie eine theoretische Perspektive, die auch diese Interaktion abbilden kann.

3.2.5 Beziehungen in der institutionellen Logik-Perspektive

Grundsätzlich spielen in dem Beitrag von Friedland und Alford Beziehungen eine wichtige Rolle.⁶⁵⁶ In ihnen werden die symbolischen Aspekte von Institutionen erst sichtbar.⁶⁵⁷ Verändern sich Institutionen, verändern sich auch die Beziehungen der Akteure untereinander.⁶⁵⁸ Die Teilnahme eines Akteurs an einer Beziehung lässt sich nur dann verstehen, wenn die Bedeutung, die diese Beziehung für den Akteur hat, bekannt ist.⁶⁵⁹ Beziehungen beeinflussen das Verhalten von Akteuren. Aber nur, wenn die institutionelle Logik bekannt ist, nach der Akteure in der Beziehung handeln, lässt sich nachvollziehen, auf welche Weise dieser Einfluss erfolgt.⁶⁶⁰ Diese explizite Nennung der Bedeutung von Beziehungen findet sich in späteren Werken zu institutionellen Logiken kaum. Obwohl das Konzept des Feldes Beziehungen zwischen Akteuren

⁶⁵⁵ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 62. Obwohl Thornton/Ocasio/Lounsbury sich in ihrem Buch mehrfach auf Bourdieu berufen, weichen sie in dieser Hinsicht von ihm ab, da Bourdieu Feldgrenzen auch als ausschließlich von der Einschätzung der Teilnehmer abhängig sieht; vgl. Dobbin (2008), S. 56.

⁶⁵⁶ Vgl. Friedland/Alford (1991), S. 249.

⁶⁵⁷ Vgl. Friedland/Alford (1991), S. 249.

⁶⁵⁸ Vgl. Friedland/Alford (1991), S. 250.

⁶⁵⁹ Vgl. Friedland/Alford (1991), S. 250.

⁶⁶⁰ Vgl. Friedland/Alford (1991), S. 252.

voraussetzt,⁶⁶¹ werden diese später oft auf einzelne Interaktionen beschränkt.⁶⁶² Auch im Bereich des Neoinstitutionalismus werden Beziehungen meist ausschließlich als Netzwerkbeziehungen konzeptualisiert.⁶⁶³ Beziehungen lassen sich aber nicht auf Netzwerkverbindungen reduzieren.⁶⁶⁴ Netzwerkverbindungen sind immer nur dann interpretierbar, wenn die Bedeutung dieser Verbindungen für alle Beteiligten bekannt ist.⁶⁶⁵ Diese Bedeutung lässt sich jedoch nicht als extern gegebenes Nutzenkalkül voraussetzen,⁶⁶⁶ daher muss sie für jeden Beteiligten eruiert werden.

Das Konzept der institutionellen Logiken ist aufgrund einer angeblich mangelnden Berücksichtigung unterschiedlicher Positionen von Akteuren zueinander innerhalb eines Feldes kritisiert worden.⁶⁶⁷ Diese Kritik lässt sich allerdings nicht ganz nachvollziehen, berücksichtigt man die unterschiedlichen Einstellungen von Akteuren zu Institutionen, die sich aus der Identifikation von Akteuren in einem institutionellen Feld mit unterschiedlichen Logiken ergeben können.⁶⁶⁸ Außerdem beeinflussen institutionelle Logiken die Macht der Akteure in einem Feld,⁶⁶⁹ was ebenfalls als eine Bestimmung der Positionen im Feld gesehen werden kann.⁶⁷⁰

⁶⁶¹ Vgl. bspw. die Definitionen eines institutionellen Feldes nach Nigam/Ocasio (2010), S. 825 oder Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 61.

⁶⁶² Vgl. bspw. Rao/Monin/Durand (2003), S. 796; Thornton/Ocasio (2008), S. 103; Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 131; eine Ausnahme stellt der Artikel von Nigam und Ocasio dar, in dem Veränderungen in Beziehungen aber nur Ergebnis einer Veränderung in einer institutionellen Logik sind, vgl. Nigam/Ocasio (2010), S. 836.

⁶⁶³ Vgl. bspw. Beckert (2010); Dahan/Doh/Guay (2006); Garcelon (2010); Powell et al. (2005); als ausdrückliche Ausnahme ist hier die Arbeit von Michael Sauder zu nennen, der den Eintritt neuer Akteure in ein organisationales Feld als Auslöser institutioneller Veränderungen untersucht; vgl. Sauder (2008).

⁶⁶⁴ Vgl. Owen-Smith/Powell (2008), S. 618.

⁶⁶⁵ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 41.

⁶⁶⁶ Vgl. Friedland/Alford (1991), S. 245.

⁶⁶⁷ Vgl. Fligstein/McAdam (2012), S. 11.

⁶⁶⁸ Vgl. Mitchell et al. (2011), S. 237.

⁶⁶⁹ Vgl. Thornton/Ocasio (1999), S. 806.

⁶⁷⁰ Vgl. Grafström/Windell (2012), S. 66.

Thornton, Ocasio und Lounsbury sehen Interaktionen als einen sozialen Prozess, der sowohl materielle als auch symbolische Elemente enthält. Soziale Interaktionen basieren hauptsächlich auf Verhandlungen, Austauschprozessen und Kommunikation.⁶⁷¹ Dadurch werden auf der Feldebene in Abhängigkeit einer Logik angemessene Praktiken der einzelnen Akteure definiert.⁶⁷² Auf diese Weise würde auch das Verständnis von einer angemessenen Unternehmensverantwortung ausgehandelt. Verändern sich diese Praktiken der Unternehmen können andere Akteure, die dadurch betroffen sind, z.B. Regierungen, darauf reagieren.⁶⁷³ Hat sich die Praktik der Unternehmen bspw. im Rahmen einer sich verändernden Logik verändert, könnte dies für die Regierung bedeuten, dass sie ihr eigenes Verhalten anpassen muss.⁶⁷⁴ Auf sich verändernde Praktiken können Akteure mit Veränderungen in der Selbstwahrnehmung reagieren⁶⁷⁵ und zwar dann, wenn die veränderte Praktik mit dem bisherigen Selbstbild nicht mehr übereinstimmt.⁶⁷⁶ Vereinfacht gesagt: Veränderungen in der Beziehung (dem aufeinander bezogenen Verhalten der Akteure) können zu Veränderungen in der Selbstkonstruktion führen. Andererseits kann auch eine veränderte Selbstwahrnehmung über angepasste Praktiken und damit Logiken zu einer geänderten Erwartung an das Verhalten anderer Akteure, bspw. von Unternehmen führen.⁶⁷⁷ Veränderungen der Selbstkonstruktion stehen daher in engem Bezug zu Veränderungen sowohl in einer Logik als auch in den Erwartungen an das Verhalten anderer Akteure. Warum dies von Bedeutung ist, wird im nächsten Kapitel erläutert.

⁶⁷¹ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 93.

⁶⁷² Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 84f.

⁶⁷³ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 143; zu dem Modell von Veränderungen in der Perspektive institutioneller Logiken, vgl. Abschnitt 3.2.2.

⁶⁷⁴ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 135ff.

⁶⁷⁵ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 135ff.

⁶⁷⁶ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 135ff.

⁶⁷⁷ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 142ff.

3.3 Zwischenfazit – Institutionelle Logiken als theoretische Perspektive auf die Forschungsfragen

Der Neoinstitutionalismus hat sich, wiewohl in anderen Untersuchungen zu CSR bereits gewinnbringend eingesetzt, nicht als zielführende theoretische Perspektive zur Beantwortung der Forschungsfragen dieser Arbeit identifizieren lassen. Das ist hauptsächlich auf sein Akteursverständnis und seine Konzeption institutionellen Wandels zurückzuführen. Denn weder ist es im Rahmen dieser Theorieschule bisher gelungen, einen nicht durch Institutionen determinierten Akteur zu konzipieren, der trotzdem noch durch Institutionen in seinem Handeln beschränkt ist. Noch konnte ein aktiver Einfluss von Akteuren auf institutionellen Wandel theorieimmanent erklärt werden. Allerdings hat sich die in diesem Rahmen entwickelte Analyseebene des organisationalen Feldes als vielversprechend erwiesen.

Die Feldebene lässt sich jedoch auch im Rahmen der Perspektive institutioneller Logiken berücksichtigen. Diese Perspektive konnte die beiden existenziellen Kriterien, ein passendes Akteurskonzept und ein adäquates Verständnis institutionellen Wandels, besser erfüllen. Denn Akteure werden hier als fähig betrachtet, die unterschiedlichen Logiken, zu denen sie Zugang haben, miteinander in Verbindung zu bringen. Auf diese Weise können sie Widersprüche in Logiken entdecken und auf Bestandteile anderer Logiken zurückgreifen, um zu Veränderungen beizutragen. So wird einerseits die beschränkende Komponente von Logiken deutlich. Denn Akteure können nur insoweit Veränderungen vornehmen, als sie Zugang zu anderen Logiken haben, auf die sie zurückgreifen können. Andererseits ermöglichen diese Logiken auch eine konkrete Handlungsfähigkeit der Akteure. Außerdem bietet diese Perspektive die Berücksichtigung der Selbstkonstruktion als einen Bestandteil institutionellen Wandels. Daher wird die Perspektive institutioneller Logiken als theoretischer Rahmen für die Beantwortung der Forschungsfragen gewählt.

Da es sich bei der Selbstkonstruktion der Bundesregierung um die Konstruktion der Identität eines kollektiven Akteurs handelt, wird im Fol-

genden geklärt, was unter diesem Konstrukt zu verstehen ist und ob es überhaupt als veränderlich betrachtet werden kann.

„Identitäten werden aus einem Interaktionsprozess heraus gebildet. Ein Wechsel zwischen Interaktionen ist ein Wechsel der Selbstdefinition.“⁶⁷⁸

4 Organisationale Identität und interorganisationale Beziehungen

Um die Selbstkonstruktion der Identität durch die Bundesregierung untersuchen zu können, muss als erstes geklärt werden, welche Art Identität der Bundesregierung zugeschrieben werden kann. Dafür ist es essenziell, als vorgeschobenen Schritt zu bestimmen, was für eine Art Akteur die Bundesregierung darstellt. Es wird zu zeigen sein, dass es sich bei der Bundesregierung um eine Organisation handelt und sie als solche eine organisationale Identität aufweisen kann. Dafür wird zunächst definiert, was unter einer Organisation verstanden wird. Der Begriff der Organisation hat sich inzwischen in Wissenschaft und Praxis soweit objektiviert, dass er kaum noch hinterfragt wird.⁶⁷⁹ Trotzdem sollte berücksichtigt werden, dass der Begriff der Organisation und das, was er beschreibt, eine menschliche Schöpfung und damit eine soziale Konstruktion ist.⁶⁸⁰ Im darauf folgenden Abschnitt (4.1) wird das Verhältnis zwischen Identität und Beziehungen zwischen Organisationen sowie dessen Bedeutung zur Beantwortung der Forschungsfragen genauer erläutert. Nachdem dem Konstrukt der organisationalen Identität bei der Untersuchung der Veränderung der Identität der Bundesregierung eine große Bedeutung zukommt, wird anschließend dargelegt, dass Organisationen eine Identität aufweisen (4.2.1) und dass Identitäten sich verändern können (4.2.2). Anschließend wird erläutert, dass Identität je nach Situation verschieden (4.2.3) ausgeprägt sein kann. Dass Identität den Anforderungen institutioneller Logiken angepasst wird, wurde im vorherigen Kapitel bereits angedeutet. Inwiefern das mit Legitimität und damit dem Erfüllen von Erwartungen zusammenhängt, wird in Abschnitt 4.2.4 geklärt. Daran anknüpfend wird auch in diesem

⁶⁷⁸ Weick (1995), S. 20, eigene Übersetzung.

⁶⁷⁹ Vgl. Suddaby et al. (2010), S. 1235.

⁶⁸⁰ Vgl. Hasselblad/Kallinikos (2000), S. 698.

Zusammenhang die Frage erörtert, wie viel Spielraum Akteure in der Gestaltung ihrer Identität haben (4.2.5). Hierauf und auch aufbauend auf den Erkenntnissen aus Kapitel 3.2, wird noch einmal ausführlicher erläutert, wie innerhalb der Perspektive institutioneller Logiken Veränderungen dieser Logiken, auch zu Unternehmensverantwortung, und Identität sich gegenseitig beeinflussen. Sie bieten dadurch eine hilfreiche theoretische Perspektive auf Veränderungsprozesse im Beziehungsgefüge eines Feldes (4.2.6).

Die frühen Arbeiten zum Neoinstitutionalismus wurden in Abschnitt 3.1.1 behandelt. Darin finden sich Definitionen von Organisationen, die diese als gesellschaftlich konstruiert sehen.⁶⁸¹ Meyer und Rowan definieren Organisationen in ihrem Grundlagenartikel von 1977 als „dramatische Darstellungen [...] rationalisierte[r] Mythen“⁶⁸² von „formellen Strukturen“⁶⁸³. Obwohl der Artikel von DiMaggio und Powell hinsichtlich seiner Sicht auf Organisationen eher funktionalistisch erscheint,⁶⁸⁴ lassen sich auch dort Hinweise auf eine interpretative Sichtweise von Organisationsprozessen finden.⁶⁸⁵ Das ist für diese Arbeit bedeutsam, denn um sich den interorganisationalen Beziehungen zwischen Bundesregierung und Unternehmen empirisch interpretativ nähern zu können, wird eine entsprechende theoretische Sicht auf Organisationen benötigt.

Arbeiten zu organisationaler Identität berufen sich häufig auf Weick,⁶⁸⁶ der Organisationen als „soziale Strukturen, die die generische Subjektivität ineinandergreifender Routinen, die intersubjektivität sich gegenseitig verstärkender Interpretationen und die Bewegung hin und her zwischen diesen beiden Arten, durch andauernde Kommunikation, kombi-

⁶⁸¹ Vgl. Zilber (2008), S. 153.

⁶⁸² Meyer/Rowan (1977), S. 346, eigene Übersetzung.

⁶⁸³ Meyer/Rowan (1977), S. 343.

⁶⁸⁴ Vgl. Hasselbladh/Kallinikos (2000), S. 698.

⁶⁸⁵ Vgl. Zilber (2008), S. 153.

⁶⁸⁶ Vgl. bspw. Corley/Harrison (2009), S. 362; Gioia/Schultz/Corley (2000), S. 65; He/Baruch (2010), S. 45; Vogel/Hansen (2010), S. 8.

nieren“⁶⁸⁷ definiert. Was Weick mit Routinen und Interpretationen meint, fassen Meyer und Rowan unter den Begriff der rationalisierten Mythen. Diese sind Interpretationen von inzwischen routiniert angewandten und für angemessen gehaltenen Verhaltens- und Organisationsweisen.⁶⁸⁸ Das Verständnis der neoinstitutionalistischen und der Literatur zu organisationaler Identität von Organisationen weist also Gemeinsamkeiten in der großen Bedeutung auf, die Interpretationsprozessen und Routinen zugeschrieben wird. Organisationen können demnach für diese Arbeit als soziale Strukturen verstanden werden, die routinierte Verhaltensweisen bedingen, jedoch erst durch die Interpretation von Akteuren handlungsleitend werden.⁶⁸⁹

Die Struktur und Aufgabenverteilung der deutschen Bundesregierung sind in Grundzügen im Grundgesetz in den Artikeln 62–69 festgelegt.⁶⁹⁰ Darüber hinaus bietet die Geschäftsordnung der Bundesregierung detailliertere Regelungen hinsichtlich der Organisation, der Kompetenzen und der Vorgehensweise der Bundesregierung und ihrer Mitglieder.⁶⁹¹ Beide Texte sind seit ihrer ursprünglichen Fassung nicht tiefgreifend verändert worden.⁶⁹² Daher kann davon ausgegangen werden, dass sich hinsichtlich der Vorgehensweisen der Bundesregierung inzwischen Routinen herausgebildet haben, die durch Sozialisation neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an diese weitergegeben werden. Jedoch werden diese Routinen und die sie bedingende Struktur erst durch die Interpretation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für diese handlungsleitend.⁶⁹³ Diese Verbindung von Struktur, Routinen und Interpretation ermöglicht es, die Bundesregierung als Organisation zu betrachten.

⁶⁸⁷ Weick (1995), S. 170, eigene Übersetzung.

⁶⁸⁸ Vgl. Meyer/Rowan (1977), S. 343.

⁶⁸⁹ Das ist eine sehr weite Definition. Sie hat allerdings den Vorzug, den Schwerpunkt auf die Interpretationsleistung der beteiligten Akteure zu legen. Dadurch entspricht sie dem Akteursverständnis, das dieser Untersuchung zugrunde liegt.

⁶⁹⁰ Vgl. Art. 62 – 69 GG.

⁶⁹¹ Vgl. Busse (2013), Rn. 1f.

⁶⁹² Vgl. Art. 62 – 69 GG, Busse (2013), Rn. 3f.

⁶⁹³ Vgl. Zilber (2002), S. 236.

Auch der grundlegende Aufbau von und die Kompetenzverteilung in Unternehmen ist rechtlich geregelt.⁶⁹⁴ Dabei ist die Wahl einer Rechtsform und die damit zusammenhängende Gestaltung eines Unternehmens eine so grundlegende Entscheidung, dass es sich um Strukturen handelt, die als relativ beständig eingeschätzt werden können.⁶⁹⁵ Diese dienen der dauerhaften Ausrichtung des Handelns der Unternehmensmitglieder auf die Erreichung der Unternehmensziele.⁶⁹⁶ Durch die Dauerhaftigkeit kann auch bei Unternehmen die Ausbildung von Routinen angenommen werden, die jedoch auch in diesem Fall erst durch die Interpretation der Unternehmensmitglieder einen Sinn erhalten.⁶⁹⁷ Auch Unternehmen können daher als Organisationen betrachtet werden.

Aus diesen Feststellungen lässt sich schlussfolgern, dass es sich bei Beziehungen zwischen der deutschen Bundesregierung und Unternehmen um Beziehungen zwischen Organisationen handelt.

4.1 Interorganisationale Beziehungen

Beziehungen zwischen Organisationen werden als interorganisationale Beziehungen beschrieben.⁶⁹⁸ Diese bestehen aus Verbindungen zwischen Mitgliedern der beteiligten Organisationen.⁶⁹⁹ Trotzdem gehen interorganisationale Beziehungen über diese interpersonellen Verbindungen hinaus, denn sie bleiben meist auch dann bestehen, wenn die beteiligten Individuen ausgetauscht werden.⁷⁰⁰

⁶⁹⁴ Vgl. hierzu bspw. Macharzina/Wolf (2008), S. 134ff.

⁶⁹⁵ Vgl. Macharzina/Wolf (2008), S. 467.

⁶⁹⁶ Vgl. bspw. Glatz/Graf-Götz (2011), S. 27.

⁶⁹⁷ Vgl. bspw. Binder (2007), S. 547ff.

⁶⁹⁸ Vgl. Ritter/Gemünden (2003), S. 692.

⁶⁹⁹ Vgl. Mavondo/Rodrigo (2001), S. 112.

⁷⁰⁰ Vgl. Ritter/Gemünden (2003), S. 692; allerdings bestehen kulturelle Unterschiede in der Bedeutung individueller für interorganisationale Beziehungen, die bspw. im chinesischen Kulturkreis deutlich größer ist als im westlichen, vgl. Mavondo/Rodrigo (2001), S. 112.

Die Beziehung zu anderen Akteuren ist immer auch beeinflusst durch das Selbstverständnis oder die soziale Identität jedes Akteurs.⁷⁰¹ Denn das Selbstverständnis, oder die Identität, eines Akteurs beinhaltet immer auch ein in-Beziehung-Setzen mit Interaktionspartnern.⁷⁰² Sie entsteht und entwickelt sich durch Interaktion mit anderen Akteuren.⁷⁰³ Daher erscheint es sinnvoll, organisationale Identität als Konstrukt heranzuziehen, um die Beziehung zwischen Bundesregierung und großen deutschen Unternehmen zu untersuchen. Dies umso mehr, da die Identitätskonstruktion in der institutionellen Logik-Perspektive eine wichtige Rolle bei der Veränderung institutioneller Logiken spielt.⁷⁰⁴ Dafür muss allerdings geklärt werden, ob auch Organisationen zu Selbstwahrnehmung fähig sind, ob es folglich eine organisationale Identität für die Bundesregierung geben kann.

4.2 Organisationale Identität

Zunächst wird erläutert, was Identität ist und ob sich dieses Konstrukt auch auf Kollektive⁷⁰⁵ also bspw. Organisationen wie die Bundesregierung übertragen lässt. Die Beschäftigung mit der Frage „Wer bin ich?“ reicht bis in die Antike zurück.⁷⁰⁶ Seit dieser Zeit haben sich verschiedene wissenschaftliche Disziplinen mit Identität beschäftigt: die Psychologie ebenso wie die Soziologie oder die Philosophie.⁷⁰⁷ Der Begriff Identität stammt vom lateinischen „idem“ ab und lässt sich übersetzen als „dasselbe“ oder „Selbigkeit“. ⁷⁰⁸ Es handelt sich bei Identität folglich grundsätzlich um die Frage nach der Selbstwahrnehmung eines Akteurs

⁷⁰¹ Vgl. Haslam/Ellemers (2005), S. 44; Wiesenfeld/Hewlin (2003), S. 30.

⁷⁰² Vgl. Gioia/Schultz/Corley (2000), S. 65; Hamilton/Gioia (2009), S. 440.

⁷⁰³ Vgl. Gioia/Schultz/Corley (2000), S. 65.

⁷⁰⁴ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 128ff.; Abschnitt 3.2.2.

⁷⁰⁵ Kollektive Identität beschreibt die geteilten Charakteristika der Mitglieder einer Gruppe, die dafür sorgen, dass diese sich als Gruppe wahrnehmen, vgl. Cerulo (1997), S. 386.

⁷⁰⁶ Vgl. Gioia (1998), S. 18.

⁷⁰⁷ Vgl. Zirfas (2010), S. 9.

⁷⁰⁸ Vgl. Ricoeur (1991), S. 73; Zirfas (2010), S. 11.

und den damit verbundenen Entscheidungen über richtiges Verhalten.⁷⁰⁹

Diese Arbeit befasst sich mit der sozial konstruierten Beziehung zwischen Organisationen. Daher sind Auseinandersetzungen mit dem Konzept der Identität aus Sicht der Sozialpsychologie und des Institutionalismus besonders relevant.⁷¹⁰ Sie betonen die Interaktion des Individuums mit seiner Umwelt als entscheidend für dessen Selbstverständnis und für die zukünftigen Interaktionen mit anderen Akteuren.⁷¹¹ Individuen konstruieren sich in diesem Prozess zunächst als einzigartig, als anders als die Interaktionspartner und schaffen dadurch eine persönliche Identität.⁷¹² Gleichzeitig müssen sie aber, um eine Verständigung zu ermöglichen, auch eine Zuordnung zu bekannten Kategorien vornehmen. Damit nehmen sie eine soziale Identität an.⁷¹³ Das lässt sich an einem einfachen Beispiel erläutern: Ein Wissenschaftler würde sich demnach zunächst durch die ihm eigene Zusammensetzung der Forschungsschwerpunkte als einzigartig begreifen. Gleichzeitig baut seine Identität aber auch auf seiner Selbsteinordnung als Wissenschaftler in einer bestimmten Disziplin auf. Eine Identität entsteht demnach durch einen kognitiven Prozess.⁷¹⁴ Das wirft die Frage auf, inwieweit kollektive

⁷⁰⁹ Vgl. Alvesson/Lee Ashcraft/Thomas (2008), S. 6.

⁷¹⁰ Obwohl Cornelissen in seinem Übersichtsartikel diese beiden Schulen als sehr unterschiedlich darstellt, verweist er selbst darauf, dass es sich hierbei um eine Verallgemeinerung handelt, vgl. Cornelissen (2006), S. 696. Dies zeigt sich bereits daran, dass die Organisationsdefinition, die er dem Institutionalismus zuschreibt, sehr einseitig ist und eher bestimmten Strömungen innerhalb dieser Schule entspricht, als dass sie als repräsentativ gelten könnte, vgl. zur Frage einer Organisation als Akteur bspw. Holm (1995), S. 398; Suddaby et al. (2010), S. 1234; Zietsma/Lawrence (2010), S. 213; vgl. zur Rolle von Kognition und Sense-Making bspw. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 2. Dass eine klare Trennung der beiden Schulen nicht so einfach ist, zeigt sich ebenfalls daran, dass die von ihm unterschiedlichen Schulen zugerechneten Autoren Artikel anderer Schulen zitieren, vgl. bspw. Glynn (2008), S. 415; Haslam/Postmes/Ellemers (2003), S. 361.

⁷¹¹ Vgl. Gioia (1998), S. 19; Hartung (2009), S. 16.

⁷¹² Vgl. Brewer (1991), S. 476; Haslam/Ellemers (2005), S. 43.

⁷¹³ Vgl. Pratt (2003), S. 165.

⁷¹⁴ Vgl. Pratt (2003), S. 164.

Identität durch kollektive Kognition entsteht, bzw. wie kollektive Identität, bspw. der deutschen Bundesregierung, überhaupt entstehen kann.

4.2.1 Individuelle und organisationale Identität

Das Konstrukt der organisationalen Identität bedeutet eine Übertragung eines Konstrukts von der Mikroebene einzelner Subjekte auf die Mesoebene der Organisation.⁷¹⁵ Diese Übertragung führt zu einigen Unklarheiten. Dies reicht von der essenziellen Frage, ob kollektive Identität tatsächlich existiert, oder ob es sich lediglich um eine hilfreiche Metapher handelt,⁷¹⁶ über die Definition der organisationalen Identität, bis hin zu Abgrenzungen zu anderen Arten kollektiver Identität (bspw. sozialer und Unternehmensidentität).

4.2.1.1 Kollektive Identität als Metapher und als empirisches Phänomen

Cornelissen hat organisationale Identität als eine Metapher dargestellt, die für die Organisationsforschung keinen nennenswerten Mehrwert böte,⁷¹⁷ und damit eine Diskussion über die Ontologie organisationaler Identität ausgelöst.⁷¹⁸ Eine Metapher sei in der Wissenschaft sinnvoll, wenn sie die Erkenntnis neuer Phänomene ermögliche.⁷¹⁹ Bei organisationaler Identität handele es sich um eine Metapher, da Organisationen nicht buchstäblich eine Identität hätten und da das Konzept der Identität ursprünglich für die Beschreibung einer grundsätzlich anderen Entität, nämlich des Individuums, geschaffen worden sei.⁷²⁰ Als Metapher habe organisationale Identität aber keinen Mehrwert, da sich zunächst Identität nicht sinnvoll auf organisationaler Ebene konstruieren lasse und darüber hinaus nicht in der Lage sei, die zu erklärenden Phänomene

⁷¹⁵ Vgl. Gioia (1998), S. 21.

⁷¹⁶ Vgl. Corley et al. (2006), S. 86; Cornelissen/Haslam/Balmer (2007), S. S2ff.

⁷¹⁷ Vgl. Cornelissen (2002a); Cornelissen (2002b).

⁷¹⁸ Vgl. Haslam/Ellemers (2005), S. 65.

⁷¹⁹ Vgl. Cornelissen (2002a), S. 260; Cornelissen (2006), S. 688.

⁷²⁰ Vgl. Cornelissen (2002a), S. 263; Cornelissen (2006), S. 691.

tatsächlich zu erklären.⁷²¹ Die Veränderung von Identität ist aber zentraler Bestandteil des theoretischen Rahmens zur Beantwortung der Forschungsfrage, ob sich die Beziehung zwischen der Bundesregierung und großen deutschen Unternehmen geändert hat. Da hier die Identität der Bundesregierung relevant ist, die eine Organisation und damit ein Kollektiv darstellt, muss für diese Arbeit eine theoretische Konzeption auch kollektiver Identität möglich sein.

Als Antwort auf die Kritik von Cornelissen haben sowohl Gioia, Schultz und Corley als auch Haslam, Postmes und Ellemers dargelegt, dass organisationale Identität mehr sei als eine reine Metapher und darüber hinaus durchaus sinnvoll für die Erklärung bestimmter Phänomene herangezogen werden könne.⁷²² Gioia, Schultz und Corley machen zunächst eine metatheoretische Divergenz zwischen Cornelissens funktionalistischem und ihrem eigenen konstruktivistischen Verständnis von organisationaler Identität aus.⁷²³ Diese führt u.a. dazu, dass Cornelissen die Ansicht vertritt, die Unterschiede zwischen individueller Identität und möglichen kollektiven Phänomenen seien zu groß, um sinnvoll von organisationaler Identität sprechen zu können.⁷²⁴

Gioia, Schultz und Corley sehen in der Verwendung des Konstrukts organisationale Identität in der Praxis einen Beleg dafür, dass innerhalb von Organisationen organisationale Identität als relevant und daher sinnvoll betrachtet wird.⁷²⁵ Es sei notwendig für die Organisationsforschung, die Sicht der Mitglieder einer Organisation zu berücksichtigen.⁷²⁶ Da Wissenschaft das Ziel hat, Akteuren Handlungsmöglichkei-

⁷²¹ Vgl. Cornelissen (2002a), S. 264; Cornelissen (2002b), S. 278; Haslam/Ellemers (2005), S. 65.

⁷²² Vgl. Gioia/Schultz/Corley (2002b); Gioia/Schultz/Corley (2002a); Haslam/Postmes/Ellemers (2003); vgl. auch Whetten (2006), S. 229 für die Sinnhaftigkeit organisationaler Identität als Explanans in der Organisationstheorie.

⁷²³ Vgl. Gioia/Schultz/Corley (2002b), S. 271.

⁷²⁴ Vgl. Cornelissen (2002a), S. 263.

⁷²⁵ Vgl. Gioia/Schultz/Corley (2002b), S. 271.

⁷²⁶ Vgl. Gioia/Schultz/Corley (2002b), S. 271; Haslam/Ellemers (2005), S. 66.

ten aufzuzeigen,⁷²⁷ erscheint eine Sichtweise, die die Wahrnehmung der Akteure selbst berücksichtigt, hier angebracht. Dies gilt insbesondere für diese Arbeit, da die Wahrnehmung der Vertreter der Bundesregierung aus einer interpretativen Perspektive die Grundlage für die Beantwortung der Forschungsfragen darstellt. Für den Fortgang der Arbeit wird daher davon ausgegangen, dass kollektive Identität existiert und auch sinnbringend untersucht werden kann.

Der Hinweis von Cornelissen auf die Unterschiede zwischen individueller und kollektiver Identität ist für diese Untersuchung jedoch auch hilfreich. Denn für die Beantwortung der Forschungsfragen ist die Veränderung von Wahrnehmung und Darstellung der kollektiven Identität der Bundesregierung relevant. Insbesondere in diesem Punkt unterscheidet sich die kollektive von der individuellen Identität, da häufigere und schnellere Veränderung bei kollektiver Identität deutlich eher möglich erscheinen als bei individueller.⁷²⁸ Die Möglichkeit der Veränderung organisationaler Identität über die Zeit ist allerdings immer noch strittig.⁷²⁹ Für die zu untersuchenden Forschungsfragen ist es jedoch unabdingbar, dass die zugrunde liegende Theorie die Veränderung der organisationalen Identität der Bundesregierung abbilden kann. Dies soll in Abschnitt 4.2.2 geklärt werden. Die kritische Sichtweise auf die Möglichkeit einer Veränderung von Identität ist unter anderem durch die gängigste Definition organisationaler Identität und deren Betonung des dauerhaften Charakters von organisationaler Identität bedingt.⁷³⁰ Im nächsten Schritt wird daher zunächst erläutert, welches Verständnis von organisationaler Identität in dieser Arbeit gewählt wird, das auch die Möglichkeit einer Veränderung eröffnet.

⁷²⁷ Vgl. Azevedo (2002), S. 724. Die Beschäftigung mit Identität in der Organisationswissenschaft ist ebenfalls der aktuellen gesellschaftlichen Bedeutung von Identitätsfragen geschuldet, es besteht also momentan eine zeitgeschichtliche Präferenz für diese Thematik, vgl. Alvesson/Lee Ashcraft/Thomas (2008), S. 11f.

⁷²⁸ Vgl. Gioia (1998), S. 22.

⁷²⁹ Vgl. Gioia/Schultz/Corley (2000), S. 63.

⁷³⁰ Vgl. Corley/Gioia (2004), S. 175.

4.2.1.2 Die Konzeption organisationaler Identität

„Überträgt“ man das Konzept von Identität von der individuellen auf die kollektive Ebene, existieren grundsätzlich mehrere Ansätze, um Identität auf dieser Ebene zu beschreiben.⁷³¹ Soziale Identität beschreibt die Selbsteinordnung eines Individuums in eine Kategorie anderer, aus dieser Perspektive als identisch wahrgenommener, Individuen.⁷³² Ein Beispiel wäre die soziale Identität als Regierungsmitarbeiter, was ein konkretes Verständnis dieser Gruppe als Vertreter einer Organisation voraussetzt. Unternehmensidentität betont eher die Außenwirkung von kollektiver Identität und spiegelt dadurch die Herkunft des Konzepts aus der Marketing- und Kommunikationsforschung wider.⁷³³ Organisationale Identität kann, wie unten näher beschrieben, als Interaktion von Sensemaking und Sensegiving als Antwort auf die Frage „Wer sind wir als Organisation?“ verstanden werden.

Soziale Identität ist für diese Untersuchung nicht ausreichend, da weniger die zusammengenommenen Zuordnungen einzelner Mitarbeiter zu einer Gruppe, als vielmehr die Beziehung der gesamten Gruppe als sozial konstruierter Akteur zu anderen Organisationen von Interesse ist. Der Prozess der Abgrenzung von anderen Gruppen⁷³⁴ ist durchaus auch für diese Arbeit relevant, reicht alleine aber nicht aus. Unternehmensidentität wiederum zielt zu stark auf die Präsentation nach außen, die sich bewusst managen lässt, ab.⁷³⁵ Dieser Untersuchung liegt aber die Annahme zugrunde, dass auch die Präsentation nach außen von internen und externen kognitiven Prozessen abhängt, die nur sehr schwer bewusst steuerbar sind. Dieser Vorstellung entspricht das Konstrukt von organisationaler Identität am besten.

⁷³¹ Vgl. Albert/Whetten (1985); Dutton/Dukerich/Harquail (1994); van Riel/Balmer (1997).

⁷³² Vgl. Dutton/Dukerich/Harquail (1994), S. 240.

⁷³³ Vgl. van Riel/Balmer (1997), S. 341.

⁷³⁴ Vgl. Ybema/Vroemisse/van Marrewijk (2012), S. 48.

⁷³⁵ Vgl. Markwick/Fill (1997), S. 397.

Definitionen zu organisationaler Identität gibt es sehr viele. Organisationale Identität wurde daher, ähnlich wie CSR,⁷³⁶ als inhaltsleer, da allumfassend kritisiert.⁷³⁷ Die Definition, die am häufigsten verwendet wird, ist die von Albert und Whetten aus dem Jahr 1985.⁷³⁸ Sie definieren darin eine „organisationale Identität“ als bestehend aus den Charakteristika, die den Kern der Organisation bilden, sie unverwechselbar machen und dabei bleibend sind.⁷³⁹ Der Aspekt des Bleibenden dieser Definition ist als nicht mehr zeitgemäß beschrieben worden, da Organisationen sich durch andauernde Interaktion mit verschiedenen Stakeholdern schneller ändern können und müssen.⁷⁴⁰ Aber auch der Aspekt des Kerns einer Organisation ist problematisch. Da Identität durch Interaktionen entsteht, können verschiedene Situationen verschiedene Identitäten bedingen.⁷⁴¹ Diese beiden Aspekte sind auch für die zugrundeliegende Untersuchungsfrage interessant. Untersucht werden Veränderungsprozesse und die spezifische Beziehung zwischen Bundesregierung und großen deutschen Unternehmen, in der die Bundesregierung möglicherweise eine spezifische Identität aufweist. Beide Aspekte werden weiter unten⁷⁴² noch ausführlicher behandelt. Zunächst soll aber abschließend geklärt werden, was in dieser Arbeit unter einer organisationalen Identität verstanden wird.

Je nach wissenschaftlicher Ausrichtung stehen unterschiedliche Aspekte organisationaler Identität im Mittelpunkt der Definition.⁷⁴³ Innerhalb eines interpretativen Paradigmas lassen sich zwei Perspektiven unterscheiden: Die eine Perspektive sieht organisationale Identität als den Versuch, Organisationen als sozial erwünschte Akteure darzustellen,

⁷³⁶ Vgl. Abschnitt 2.1.2.

⁷³⁷ Vgl. Alvesson/Lee Ashcraft/Thomas (2008), S. 7; Corley et al. (2006), S. 86.

⁷³⁸ Vgl. Corley et al. (2006), S. 90; Pratt (2003), S. 168; Prentice/Kraatz (2009), S. 387.

⁷³⁹ Vgl. Albert/Whetten (1985), S. 292.

⁷⁴⁰ Vgl. Brown/Lewis (2011), S. 873; Corley/Gioia (2004), S. 175; Corley et al. (2006), S. 93; Corley/Harrison (2009), S. 362; Gioia (1998), S. 22; Gioia/Schultz/Corley (2000), S. 63.

⁷⁴¹ Vgl. Corley et al. (2006), S. 91; Gioia/Schultz/Corley (2000), S. 65; Prentice/Kraatz (2009), S. 393; Wiesenfeld/Hewlin (2003), S. 30.

⁷⁴² Vgl. Abschnitte 4.2.2 und 4.2.3.

⁷⁴³ Vgl. Cornelissen (2006), S. 694.

indem nach außen und innen eine sozial erwünschte Identität kommuniziert wird. Die andere nimmt einen sozial-konstruktivistischen Standpunkt ein und sieht organisationale Identität als das gemeinsame Verständnis der Organisationsmitglieder von ihrer kollektiven Identität als Organisation.⁷⁴⁴

Gemeinsam ist beiden Perspektiven, dass sie Identität als etwas sehen, das eine Selbstdefinition beinhaltet, also ein auf die Organisationen bezogenes, reflexives Konstrukt.⁷⁴⁵ Die eher institutionalistische Perspektive betont die definitorische, die setzende Seite dieses Konstrukts.⁷⁴⁶ Die sozial-konstruktivistische eher die reflexive und damit die eher konstruktivistische Seite.⁷⁴⁷ Obwohl diese beiden Perspektiven als gegensätzlich beschrieben wurden,⁷⁴⁸ können sie durchaus als ergänzend gesehen werden.⁷⁴⁹ Dies gilt insbesondere für diese Arbeit, da die den beiden Sichtweisen zugrundeliegenden Theorien (Institutionalismus und Sozialkonstruktivismus) jeweils Grundlagen für sie beisteuern. Organisationale Identität wird also im Rahmen dieser Arbeit als Interaktion von Sensegiving und Sensemaking als Antwort auf die Frage „Wer sind wir als Organisation?“ verstanden.⁷⁵⁰ Der Identitätsaspekt wird durch die Frage nach der Selbstwahrnehmung erfüllt, während die Interaktion von Sensegiving und Sensemaking den Konstruktionsprozess im Kollektiv der Organisation wiedergibt. Immer miteinbezogen ist hier die Abgrenzung zu anderen kollektiven Akteuren, also die Frage „Wer sind wir, da wir nicht Die sind?“.⁷⁵¹ Diese Definition versteht organisationale Identität nicht als langfristig gleichbleibendes Konstrukt, sondern als ständig in Veränderung begriffen.⁷⁵² Selbst institutionalistisch ausgerichtete Untersuchungen erkennen an, dass sich bei Veränderun-

⁷⁴⁴ Vgl. Gioia et al. (2010), S. 4; He/Baruch (2010), S. 46; Ravasi/Schultz (2006), S. 434.

⁷⁴⁵ Vgl. Gioia et al. (2010), S. 34.

⁷⁴⁶ Vgl. Whetten (2006), S. 220.

⁷⁴⁷ Vgl. Gioia/Schultz/Corley (2000), S. 69.

⁷⁴⁸ Vgl. bspw. Gioia/Schultz/Corley (2000), S. 64.

⁷⁴⁹ Vgl. Gioia et al. (2010), S. 35; Ravasi/Schultz (2006), S. 436.

⁷⁵⁰ Vgl. hierzu auch Ravasi/Schultz (2006), S. 441.

⁷⁵¹ Vgl. Langlely et al. (2012), S. 140.

⁷⁵² Vgl. hierzu auch Prentice/Kraatz (2009), S. 392; Ravasi/Schultz (2006), S. 436.

gen in Institutionen auch Veränderungen der Identität ergeben müssten.⁷⁵³ Da die Frage, ob organisationale Identität sich verändern kann, für die Frage nach einer möglichen Veränderung der Identität der Bundesregierung von einigem Gewicht ist, wird im Folgenden kurz darauf eingegangen.

4.2.2 Die Möglichkeit der Veränderung von Identität

Mit der ursprünglichen Definition von Albert und Whetten ging ein Verständnis von Identität als langfristig relativ stabil einher.⁷⁵⁴ Verschiedene empirische Untersuchungen, die andauernde Veränderungsprozesse organisationaler Identitäten feststellten,⁷⁵⁵ weisen jedoch auf schnellere Veränderung organisationaler Identität hin.⁷⁵⁶ Allerdings sind auch schnellere Veränderungen organisationaler Identität unabhängig von möglicherweise unterschiedlich ausgerichteten Grundverständnissen von organisationaler Identität (als Eigenschaft eines sozial konstruierten Akteurs oder als diskursiv entstandenes Konstrukt) theoretisch konzipierbar.⁷⁵⁷ Sowohl institutionalistische Erfordernisse (bspw. sich verändernde institutionelle Logiken)⁷⁵⁸ als auch ein verändertes Verständnis der Organisationsmitglieder⁷⁵⁹ können zu Veränderungen organisationaler Identität führen.

Institutionelle Anforderungen können zu einem Dilemma werden, da sowohl eine gewisse Stabilität einer organisationalen Identität als auch Flexibilität als Reaktion auf eine sich schnell verändernde Umwelt für eine andauernde Legitimität einer Organisation notwendig sein kön-

⁷⁵³ Vgl. Glynn (2008), S. 423.

⁷⁵⁴ Vgl. Albert/Whetten (1985), S. 292.

⁷⁵⁵ Vgl. bspw. Beech/Huxham (2003); Carlsen (2006); Clark et al. (2010); Corley/Gioia (2004); Dutton/Dukerich (1991); Gioia et al. (2010); Guowei (2011); Hatch/Schultz (2002); Jay (2013); Ran/Golden (2011); Ravasi/Schultz (2006); Ybema (2010).

⁷⁵⁶ Vgl. Clegg/Rhodes/Kornberger (2007), S. 497; Corley et al. (2006), S. 93; He/Baruch (2009), S. 577.

⁷⁵⁷ Vgl. zu einer abweichenden Ansicht Ravasi/Schultz (2006), S. 434.

⁷⁵⁸ Vgl. Glynn (2008), S. 423.

⁷⁵⁹ Vgl. Corley/Harrison (2009), S. 362.

nen.⁷⁶⁰ Organisationsmitglieder können auf verschiedene Arten mit diesem Dilemma umgehen. Entweder sie behalten eine relativ stabile Darstellung der organisationalen Identität aufrecht, die darin enthaltenen Begriffe können aber über die Zeit ihre Bedeutung ändern.⁷⁶¹ Oder sie bedienen sich verschiedener Identitäten, die in unterschiedlichen Situationen die jeweils angemessenen Facetten der Organisation darstellen.⁷⁶² Organisationale Identität kann außerdem als sich kontinuierlich inkrementell verändernd verstanden werden. Der Fokus liegt dann eher auf einem beständigen Prozess,⁷⁶³ der keinen radikalen Wandel sondern eine langsame Anpassung darstellt.⁷⁶⁴ Auch auf der Grundlage dieser Erkenntnis herrscht in der langanhaltenden Diskussion über die Möglichkeit einer Veränderung organisationaler Identität inzwischen die Meinung vor, dass Wandel möglich ist.⁷⁶⁵ In welcher Form er konkret auftritt, kann je nach Situation unterschiedlich sein.⁷⁶⁶

Diese Arbeit schließt sich der Auffassung an, dass sich organisationale Identität kontinuierlich einer sich verändernden Umwelt durch darauf reagierende Interpretationen der Organisationsmitglieder anpasst. Daher ist es möglich, die organisationale Identität der Bundesregierung, in Abgrenzung zu großen deutschen Unternehmen, als veränderlich zu begreifen. Die Bundesregierung stellt als Organisation einen besonderen Fall dar, da insbesondere im Falle eines Regierungswechsels, aber auch durch den Austausch einzelner Minister, Veränderungen eintreten können. Auf der Ebene der politischen Leitung kann eine Veränderung der Identität im Zusammenhang mit einem Wechsel durchaus gewünscht sein.⁷⁶⁷ Allerdings bleiben auf den Ebenen unterhalb der politischen Beamten viele Organisationsmitglieder auch über Wechsel an der Spitze hinaus in ihren Positionen und ermöglichen inhaltlich eine ge-

⁷⁶⁰ Vgl. Gioia (1998), S. 22; Sillince/Brown (2009), S. 1833.

⁷⁶¹ Vgl. Gioia/Schultz/Corley (2000), S. 63; Corley (2004), S. 1149.

⁷⁶² Vgl. Kraatz/Block (2008), S. 243; Wiesenfeld/Hewlin (2003), S. 30.

⁷⁶³ Vgl. Carlsen (2006), S. 133.

⁷⁶⁴ Vgl. Corley/Harrison (2009), S. 362.

⁷⁶⁵ Vgl. Vogel/Hansen (2010), S. 8.

⁷⁶⁶ Vgl. Corley et al. (2006), S. 93.

⁷⁶⁷ Vgl. zu positiven Effekten einer Regierungsumbildung bspw. Niclaß (2015), S. 273f.

wisse Kontinuität.⁷⁶⁸ Diese Kontinuität wird, abgesehen von den personellen Wechseln auf politischer Ebene, als durch die Anpassung an eine sich verändernde Umwelt in einem inkrementellen Veränderungsprozess begriffen verstanden.

4.2.3 Situationsabhängigkeit von Identität

Die Frage nach der Möglichkeit einer Veränderung organisationaler Identität entstand als Reaktion auf die ursprüngliche Definition einer organisationalen Identität als zentral, beständig und einzigartig.⁷⁶⁹ Auch der Aspekt der Zentralität ist umstritten, denn es existiert auch die Sichtweise, dass Organisationen verschiedene Identitäten aufweisen könnten.⁷⁷⁰ Bereits Albert und Whetten gehen in ihrem grundlegenden Artikel von der Möglichkeit von zwei Identitäten aus.⁷⁷¹ Damit legen sie den Grundstein für andere Autoren, die ebenfalls davon ausgehen, dass Organisationen zwei Identitäten aufweisen können.⁷⁷² Wieder andere Arbeiten gehen davon aus, dass organisationale Identitäten je nach Situation oder institutionellem Umfeld verschieden sein, also mehr als zwei Identitäten vorliegen können.⁷⁷³

Betrachtet man Organisationen als eingebettet in verschiedene institutionelle Felder, erscheint es wahrscheinlich, dass sie mindestens für jedes Feld eine spezifisch ausgerichtete Identität aufweisen.⁷⁷⁴ Das würde bedeuten, dass auch die Bundesregierung, je nach Feld, unterschiedliche Identitäten aufweisen könnte. Sie kann demnach auch für die Interaktion mit Unternehmen im Feld „Unternehmensverantwortung“ eine spezifische Identität aufweisen. Oben wurde bereits geklärt, dass diese

⁷⁶⁸ Vgl. hierzu kritisch Glaeßner (2006), S. 417.

⁷⁶⁹ Vgl. Corley et al. (2006), S. 93.

⁷⁷⁰ Vgl. Corley et al. (2006), S. 90.

⁷⁷¹ Vgl. Albert/Whetten (1985), S. 271.

⁷⁷² Vgl. Glynn (2000), S. 285; Golden-Biddle/Rao (1997).

⁷⁷³ Vgl. Corley et al. (2006), S. 91; Gioia (1998), S. 21; Lok (2010), S. 1308; Prentice/Kraatz (2009), S. 393; Simpson/Carroll (2008), S. 34; Sveningsson/Alvesson (2003), S. 1164; Wiesenfeld/Hewlin (2003), S. 30.

⁷⁷⁴ Vgl. Prentice/Kraatz (2009), S. 391.

auch veränderbar ist. Das ist für diese Arbeit zentral, da es ermöglicht, für das Feld der Unternehmensverantwortung eine spezifische Identität der Bundesregierung auf Veränderungen zu untersuchen. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass auch die veränderte Identität den Erwartungen genügen muss, die innerhalb eines Feldes an sie gerichtet werden. Das ist abhängig davon, ob sie noch innerhalb des als angemessen wahrgenommenen Spielraums liegt und damit weiterhin Legitimität generiert.⁷⁷⁵ Wie dieses Zusammenspiel genau verstanden werden kann, wird im nächsten Abschnitt geklärt.

4.2.4 Die optimale Unverwechselbarkeit organisationaler Identitäten

Ebenfalls Bestandteil der klassischen Definition organisationaler Identität von Albert und Whetten ist die Unverwechselbarkeit.⁷⁷⁶ Dies bringt allerdings einige Schwierigkeiten für eine Organisation mit sich. Denn Identitäten definieren sich zwar durch eine Abgrenzung zu anderen, also durch das, was sie unverwechselbar macht.⁷⁷⁷ Um eine Interaktion mit ihrem Umfeld zu ermöglichen, müssen Organisationen aber kognitiv zugeordnet werden können, also einer Kategorie zuordenbar sein und damit ihre Ähnlichkeit zu anderen Organisationen betonen.⁷⁷⁸ Die optimale Mischung aus Unverwechselbarkeit und Zuordenbarkeit für Individuen ist von Brewer als „optimale Unverwechselbarkeit“⁷⁷⁹ bezeichnet worden. Wie dieses Optimum aussieht, hängt von der konkreten Situation ab.⁷⁸⁰ Dieses Konzept ist auch auf Organisationen anwendbar.⁷⁸¹

Dass Organisationen sich in bestimmte Kategorien einordnen, kann neoinstitutionalistisch als Bedürfnis nach Legitimität gesehen wer-

⁷⁷⁵ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 135f.

⁷⁷⁶ Vgl. Albert/Whetten (1985), S. 292.

⁷⁷⁷ Vgl. Ybema/Vroemisse/van Marrewijk (2012), S. 48.

⁷⁷⁸ Vgl. Alvesson/Lee Ashcraft/Thomas (2008), S. 18; Cornelissen (2006), S. 699; Pratt (2003), S. 165.

⁷⁷⁹ Brewer (1991), S. 478; eigene Übersetzung.

⁷⁸⁰ Vgl. Brewer (1991), S. 477.

⁷⁸¹ Vgl. Gioia et al. (2010), S. 25.

den.⁷⁸² Schon Meyer und Rowan schildern in ihrem grundlegenden Artikel, wie Organisationen sich bestimmten institutionalisierten Klassifikationen entsprechend entwickeln.⁷⁸³ Meyers und Rowans Argumentation besagt, dass Organisationen sich, um weiterhin öffentliche Unterstützung für ihr Fortbestehen zu erhalten, um Legitimität bemühen. Diese erhalten sie, wenn sie sich institutionalisierten Bildern von Organisationen anpassen.⁷⁸⁴

Gleichartigkeit dient also unter anderem der Legitimität einer Organisation.⁷⁸⁵ Eine Regierung würde sich demnach als Regierung (wie andere Regierungen) bezeichnen und daraus einen Anspruch auf Fortbestand ableiten. Die Verbindung dieser beiden Bereiche, organisationaler Identität und organisationaler Legitimität erscheint offensichtlich, wird in der Literatur aber erst seit relativ kurzer Zeit behandelt.⁷⁸⁶ Die Beziehung der beiden Konstrukte zueinander ist allerdings unklar. Während Identität als notwendig zur Erlangung von Legitimität betrachtet werden kann,⁷⁸⁷ sehen andere Autoren Legitimität als den Aspekt von Identität, der einen Vergleich mit anderen Organisationen beinhaltet.⁷⁸⁸ Diese scheinbare Unklarheit lässt sich bei genauerer Betrachtung der Annahmen allerdings auflösen: Organisationen ordnen sich im Prozess der Identitätskonstruktion in Kategorien ein, die institutionalisiert sind, und erlangen dadurch Legitimität.⁷⁸⁹

Woher aber können Organisationen „wissen“, was als legitime Organisation von ihnen erwartet wird, sofern es nicht rechtlich oder auf andere Weise kodifiziert wurde? Diese Frage ist im Hinblick auf Unternehmensverantwortung für Unternehmen sehr relevant. Hier scheint die

⁷⁸² Vgl. Glynn (2008), S. 419.

⁷⁸³ Vgl. Meyer/Rowan (1977), S. 341.

⁷⁸⁴ Vgl. Meyer/Rowan (1977), S. 340.

⁷⁸⁵ Vgl. Pedersen/Dobbin (2006), S. 901.

⁷⁸⁶ Vgl. He/Baruch (2010), S. 44; Sillince/Brown (2009), S. 1830.

⁷⁸⁷ Vgl. Sillince/Brown (2009), S. 1830.

⁷⁸⁸ Vgl. Pedersen/Dobbin (2006), S. 901.

⁷⁸⁹ Vgl. Pedersen/Dobbin (2006), S. 901.

kognitive Leistung der einzelnen Organisationsmitglieder eine Rolle zu spielen, worauf auch Meyer und Rowan bereits implizit hinweisen.⁷⁹⁰

Wie funktioniert die Einordnung in institutionalisierte Kategorien innerhalb einer Organisation? Dieser Vorgang, mit gleichzeitiger Abgrenzung zu andersartigen Akteuren, verweist auf die Bedeutung der Forschung zu sozialen Identitäten für Organisationen.⁷⁹¹ Soziale Identität bezeichnet den Bereich einer individuellen Identität, der durch die Identifikation eines Individuums mit einer bestimmten sozialen Gruppe entsteht.⁷⁹² Das Individuum beeinflusst dadurch zusätzlich sein Selbstbild positiv, da es die eigene Gruppe als besser als andere Gruppen wahrnimmt und sich so von diesen abgrenzt.⁷⁹³ Die Identifikation mit einer bestimmten sozialen Gruppe (oder einer Organisation) kann auch verhaltenssteuernd wirken. Individuen verbinden mit bestimmten Gruppen ein bestimmtes Verhalten in spezifischen Situationen.⁷⁹⁴ Nur wenn Organisationsmitglieder sich mit der Organisation als Gruppe identifizieren, wird organisationale und damit kollektive Identität möglich.⁷⁹⁵

Mitglieder einer Regierung könnten ihre Organisation demnach beispielsweise in die Kategorie „Regierung“ einordnen und sich gleichzeitig von anderen Akteuren innerhalb der Kategorie (Regierung eines anderen Staates) abgrenzen. Es kann allerdings auch vorkommen, dass Charakteristika verschiedener Kategorien verschwimmen oder spezifische Charakteristika einer Kategorie auch für andere Kategorien bedeutsam werden. Ein Beispiel hierfür könnte die zunehmende Bedeutung wirtschaftlicher Charakteristika auch für öffentliche Organisationen wie die Bundesregierung sein.⁷⁹⁶ In diesem Fall muss die Einordnung in die

⁷⁹⁰ Vgl. Meyer/Rowan (1977), S. 341.

⁷⁹¹ Vgl. Cornelissen/Haslam/Balmer (2007), S. 5; Glynn (2008), S. 418.

⁷⁹² Vgl. Turner (2010), S. 16.

⁷⁹³ Vgl. Turner (2010), S. 33.

⁷⁹⁴ Vgl. Turner (2010), S. 20.

⁷⁹⁵ Vgl. Cornelissen/Haslam/Balmer (2007), S. 5.

⁷⁹⁶ Vgl. Wollmann (2000), S. 697.

gewählte Kategorie verteidigt werden, um die eigene Unverwechselbarkeit zu erhalten. Dies kann dadurch erfolgen, dass eine bewusste Abgrenzung zu anderen Organisationen, die ähnliche Charakteristika aufweisen, aber einer anderen Kategorie angehören, erfolgt.

Es ist dabei durchaus denkbar, dass die Identität einer Organisation in einer bestimmten Situation durch Einordnung in eine bestimmte Kategorie und gleichzeitige Abgrenzung zu anderen Organisationen entsteht. Die Organisationen, die als Referenzrahmen herangezogen werden, können je nach Situation unterschiedlich sein. Große Unternehmen können sich im Feld „Unternehmensverantwortung“ als Organisationen, die sich für das Gemeinwohl einsetzen, verstehen. Gleichzeitig können sie sich von Nichtregierungsorganisationen und öffentlichen Organisationen abgrenzen. Für dieselben Unternehmen könnte bei einem Treffen von Großinvestoren eher eine Einordnung in gewinnorientierte Organisationen im Vordergrund stehen mit einer Abgrenzung zu anderen Unternehmen in dieser Kategorie. Insbesondere bei diesem Prozess spielen sowohl Sensegiving als auch Sensemaking eine Rolle. Die beteiligten Akteure innerhalb der Organisation bilden sich ihr situatives Verständnis von der Identität ihrer Organisation und kommunizieren dies an ihre Interaktionspartner von außerhalb. Das Verständnis kann durch diese Interaktion auch weiter verändert werden.⁷⁹⁷ Das bedeutet für die Bundesregierung, dass ihre Identität im Feld „Unternehmensverantwortung“ auch als Abgrenzung zu großen Unternehmen in diesem Feld gesehen werden kann. Das bestätigt die bisherige Annahme, dass durch das Konzept organisationale Identität der Bundesregierung auch Rückschlüsse auf deren Beziehung zu großen Unternehmen möglich sind.

⁷⁹⁷ Vgl. Gioia (1998), S. 21; Gioia/Schultz/Corley (2000), S. 65.

4.2.5 Die Rolle des Akteurs in der Entwicklung organisationaler Identität

Ebenso wie im Neoinstitutionalismus spielt in der Forschung zu organisationaler Identität die Frage nach der Rolle des Konstrukts, in diesem Fall organisationale Identität, als eher beschränkend oder eher ermöglichend eine Rolle.⁷⁹⁸ Wie viel Einfluss haben Akteure auf etwas, das eigentlich unbewusst ihr Handeln beeinflusst? Dabei betonen insbesondere Forscher mit neoinstitutionalistischem Hintergrund eher die beschränkende Rolle organisationaler Identität.⁷⁹⁹ Wie oben⁸⁰⁰ bereits erläutert, ist es wichtig, die Bundesregierung nicht als vollständig determinierten Akteur untersuchen zu müssen. Denn für die Beantwortung der Forschungsfragen ist es notwendig, auch die Interpretationsleistung der Bundesregierung als Bestandteil eines Veränderungsprozesses verstehen zu können. Für die Perspektive institutioneller Logiken wurde bereits geklärt, dass sie keinen determinierten Akteur bedingt. Ob dies auch unter Einbeziehung theoretischer Grundlagen organisationaler Identität möglich ist, wird im Folgenden erläutert.

Organisationale Identität kann Verhalten beeinflussen, indem Organisationen sich so verhalten, dass es ihrem Selbstverständnis in bestimmten Situationen entspricht.⁸⁰¹ Andererseits können Organisationen ihre Identität auch beeinflussen.⁸⁰² Unterschieden werden sollte auch hier zwischen Veränderungen der Identität aufgrund exogener Veränderungen (also eher reaktiv) und aktiven Veränderungen der Identität aus dem Inneren der Organisation heraus. Reaktive Veränderungen sind notwendig, wenn die Identität nicht mehr mit den Anforderungen des Umfelds oder der Kategorie übereinstimmt. Das Verhalten der Organisation passt sich den veränderten Bedingungen an und um diesem Verhalten einen Sinn zu geben, wird die organisationale Identität dem veränderten

⁷⁹⁸ Vgl. Lok (2010), S. 1308; Prentice/Kraatz (2009), S. 389; Ybema et al. (2009), S. 302.

⁷⁹⁹ Vgl. Prentice/Kraatz (2009), S. 397.

⁸⁰⁰ Vgl. Kapitel 3.

⁸⁰¹ Vgl. Hamilton/Gioia (2009), S. 440; Wiesenfeld/Hewlin (2003), S. 30.

⁸⁰² Vgl. Lok (2010), S. 1308.

Verhalten angepasst.⁸⁰³ Für den Fall der organisationalen Identität der Bundesregierung bedeutet das, dass sie ihre Identität (und damit auch ihre Abgrenzung zu Unternehmen) sich verändernden Bedingungen anpassen kann.

Aktive Veränderungen setzen voraus, dass Organisationen ihre Identität bewusst reflektieren und sie ohne Veranlassung von außen verändern wollen. Die organisationale Identität eines kollektiven Akteurs betont die Einordnung des kollektiven Akteurs in institutionell definierte Kategorien.⁸⁰⁴ Allerdings hat die Organisation die Möglichkeit, einzelne Aspekte einer Kategorie zu betonen und andere eher zu vernachlässigen. Sie kann, wenn sie mehreren Kategorien zugeordnet werden kann, Aspekte aus allen Kategorien mischen.⁸⁰⁵ Die Vorstellung von organisationaler Identität als kollektivem Verständnis betont allerdings den Bereich der Interaktion, sieht Veränderungen demnach eher als Reaktion auf Probleme in Interaktionsprozessen.⁸⁰⁶ In diesem Fall ist Akteurshandeln zwar möglich, es handelt sich aber eher um ein reaktives Verständnis davon. Daraus folgt für diese Arbeit, dass die Bundesregierung ihre Identität eher als Reaktion auf Umweltveränderungen anpasst, als selbst aktiv auf Veränderungen hinzuarbeiten. Wie sich dieses Verständnis in das bisher erarbeitete Konzept institutioneller Veränderungen einpassen lässt, wird im Folgenden erläutert.

4.2.6 Organisationale Identität und institutionelle Logik

Identität wird hier als sozial konstruiert verstanden.⁸⁰⁷ Welche Aspekte in diesem Prozess als mögliche Bestandteile einer Identität verstanden werden können, kann als abhängig von den vorherrschenden institutionellen Logiken gesehen werden.⁸⁰⁸ Veränderungen in der Identität kön-

⁸⁰³ Vgl. bspw. Guowei (2011), S. 49.

⁸⁰⁴ Vgl. Whetten/Mackey (2002), S. 397.

⁸⁰⁵ Vgl. Prentice/Kraatz (2009), S. 396.

⁸⁰⁶ Vgl. Gioia/Schultz/Corley (2000), S. 65.

⁸⁰⁷ Vgl. He/Baruch (2009), S. 577.

⁸⁰⁸ Vgl. Kraatz/Block (2008), S. 243; Lok (2010), S. 1308; Meyer/Hammerschmid (2006b), S. 1006; Prentice/Kraatz (2009), S. 391; Rao/Monin/Durand (2003), S. 797; Spic-

nen dann auf zwei Arten ausgelöst werden: entweder direkt über Veränderungen in einer Logik oder indirekt, wenn die veränderte Logik zu Veränderungen in Praktiken führt, die dann wiederum die Identität beeinflussen.⁸⁰⁹

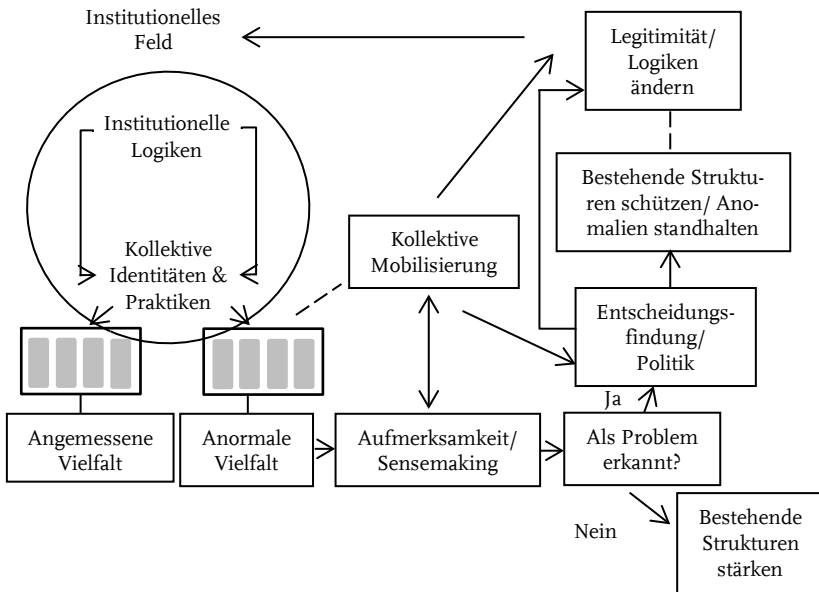
Wie oben beschrieben, kann organisationale Identität sich als Reaktion auf externe Vorgänge verändern. Ähnlich wie im Fall institutioneller Änderungen wirken externe Umstände aber nur in der Form, wie sie von den Organisationsmitgliedern wahrgenommen werden. Es handelt sich um einen Sensemaking-Prozess,⁸¹⁰ wie auch bei dem Verständnis organisationaler Identität als kollektiv geteilter Vorstellung. Reaktive Veränderungen organisationaler Identität können nicht verstanden werden, ohne nachzuvollziehen, worauf genau die Organisation reagiert.

Insofern gelingt es innerhalb der Perspektive institutioneller Logiken, die verschiedenen Aspekte von der Reaktion auf organisationale Umstände, Legitimität, Akteurshandeln und Veränderbarkeit von organisationaler Identität zusammenzubringen und sinnvoll in ihre Grundüberlegungen zu institutionellen Veränderungsprozessen einzubeziehen (vgl. Abbildung 6).

er/Sewell (2010), S. 917; Thornton (2002), S. 83; Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 2.

⁸⁰⁹ Vgl. Lok (2010), S. 1308.

⁸¹⁰ Vgl. Guowei (2011), S. 48.

Abbildung 6: Zusammenhang zwischen institutionellen Logiken, Identitäten und Praktiken⁸¹¹


Aus dieser Perspektive ergeben sich kollektive (und damit in dieser Arbeit organisationale) Identitäten aus den institutionellen Logiken, die in einem Feld vorgefunden werden können.⁸¹² Damit hängen legitime Verhaltensweisen oder Praktiken zusammen.⁸¹³ Akteure können ihre Verhaltensweisen jedoch ändern, beispielsweise indem sie auf Verhaltensweisen aus anderen Feldern, zu denen sie Zugang haben, zurückgreifen⁸¹⁴ oder indem sie auf sich verändernde Ressourcenumfelder reagieren.⁸¹⁵ Sind diese veränderten Verhaltensweisen nicht mehr im

⁸¹¹ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 143; eigene Übersetzung und Vereinfachung.

⁸¹² Vgl. Lok (2010), S. 1308; Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 135.

⁸¹³ Vgl. Lok (2010), S. 1308; Rao/Monin/Durand (2003), S. 797; Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 135f.

⁸¹⁴ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 137.

⁸¹⁵ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 157.

Rahmen einer als angemessen empfundenen (normalen) Bandbreite legitimer Verhaltensweisen, kann es zu Veränderungen der kollektiven Identität kommen.⁸¹⁶ Außerdem können die veränderten Verhaltensweisen mittels eines von Thornton, Ocasio und Lounsbury als relativ komplex konzipierten Prozesses von Sensemaking und Sensegiving zu Veränderungen institutioneller Logiken führen.⁸¹⁷

Die Bundesregierung weist in diesem theoretischen Rahmen eine organisationale Identität auf, die durch die institutionelle Logik im Feld „Unternehmensverantwortung“ beeinflusst wird. Aus dieser Identität und der ihr zugrunde liegenden Logik ergeben sich als legitim verstandene Verhaltensweisen. Die Bundesregierung kann jedoch auf Verhaltensweisen in anderen Feldern zurückgreifen und auf eine sich verändernde Umwelt reagieren und ihre Verhaltensweisen ändern. Wird diese Verhaltensweise im Rahmen der bisherigen Identität und der Logik des Feldes nicht mehr als legitim betrachtet, kann dieses veränderte Verhalten sowohl zu einer Änderung der Identität als auch der zugrunde liegenden Logik führen. Da dieser Ansatz somit einen theoretischen Rahmen liefert, der die Untersuchung der relevanten Veränderungsprozesse ermöglicht, bietet er eine gute Grundlage für die Untersuchung nicht nur von institutionellen Veränderungen von „Unternehmensverantwortung“, sondern auch von Veränderungen in der Identität der Bundesregierung. Inwiefern das für die Art der Beziehung zwischen der Regierung und Unternehmen eine Rolle spielt, wird im nächsten Abschnitt kurz dargestellt.

4.3 Zwischenfazit – Organisationale Identität und Interorganisationale Beziehungen

Organisationale Identität wird immer zu einem Teil durch die Abgrenzung zu anderen Akteuren bestimmt.⁸¹⁸ In diesem Abgrenzungsprozess

⁸¹⁶ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 136.

⁸¹⁷ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 151.

⁸¹⁸ Vgl. Ybema/Vroemisse/van Marrewijk (2012), S. 49.

spielt ein evaluativer Aspekt eine große Rolle: Die eigene In-Gruppe wird meist als positiver wahrgenommen und dargestellt als die Out-Gruppen.⁸¹⁹ Die Wahrnehmung der eigenen Identität bestimmt in sozialen Interaktionen die Erwartungen sowohl an das eigene als auch an das Verhalten der Interaktionspartner.⁸²⁰ Die Art der Beziehung, die zu Interaktionspartnern gepflegt wird, kann durchaus Teil einer Identität sein.⁸²¹ Damit sind mit Verhaltenserwartungen und Beziehungen gleich zwei für die Thematik dieser Arbeit relevante Aspekte für die Konstruktion kollektiver Identität bedeutend. Darauf aufbauend wurde gezeigt, dass es möglich ist, die Identität der Bundesregierung in Abgrenzung zu großen Unternehmen im Feld „Unternehmensverantwortung“ als spezifische Identität zu konzipieren. Dies ermöglicht eine Analyse der Veränderungsprozesse in diesem spezifischen Feld. Es konnte außerdem geklärt werden, dass im gewählten theoretischen Rahmen diese Identität als veränderbar betrachtet und die Bundesregierung als Akteur in diesen Veränderungsprozessen tätig werden kann. Ihre Handlungsmöglichkeiten sind jedoch von ihrem Zugriff auf andere Felder abhängig und durch das Ressourcenumfeld beschränkt. Diese Erkenntnisse wurden durch die Kombination der institutionellen Logik-Perspektive mit den theoretischen Annahmen zu organisationaler Identität möglich. Allerdings bieten die bisher gewählten Theorien zwar einen Rahmen für das, was als Erkenntnisobjekt betrachtet werden kann.⁸²² Bisher wurde jedoch noch nicht erörtert, welcher Aspekt des Erkenntnisobjektes „Interpretation der Bundesregierung von Unternehmensverantwortung und damit einhergehender Selbstkonstruktion“ zur Beantwortung der Forschungsfragen analysiert wird. Dies ist Inhalt des nächsten Kapitels.

⁸¹⁹ Vgl. Haslam/Ellemers (2005), S. 43; Turner (2010), S. 34.

⁸²⁰ Vgl. Wiesenfeld/Hewlin (2003), S. 30.

⁸²¹ Vgl. Albert (1998), S. 3.

⁸²² Vgl. Reichertz (2007), S. 198.

„In Diskursen produzieren institutionell-organisatorisch bestimmbare (kollektive) Akteure wesentliche Elemente der symbolischen Ordnungen einer Gesellschaft: ihr Verständnis der fraglos gegebenen Wirklichkeit, ihre Auffassung von Normalität und Abweichung.“⁸²³

5 Wissenssoziologische Diskurse über CSR

Sprache ist für den Prozess der Institutionalisierung⁸²⁴ und die Entwicklung institutioneller Logiken⁸²⁵ von essenzieller Bedeutung. Diese Überlegung wird in der Diskursforschung aufgegriffen.⁸²⁶ Damit bietet sich die Diskursforschung an, um sich der Wahl einer konkreten Methode, also der Art und Weise der Erkenntnisgewinnung, zu nähern. Diskursforschung wird in vielen wissenschaftlichen Disziplinen betrieben.⁸²⁷ Daher ist es auch wenig verwunderlich, dass sowohl das Verständnis des Diskursbegriffs als auch der wissenschaftstheoretische Hintergrund keineswegs einheitlich sind.⁸²⁸ Zunächst muss demnach geklärt werden, welche wissenschaftstheoretische Fundierung für die Beantwortung der Forschungsfragen am vielversprechendsten erscheint und welches Verständnis von Diskursen damit einhergeht. Abgesehen wird an dieser Stelle von einer Auseinandersetzung mit der Diskursethik von Jürgen Habermas. Obwohl sich einige Arbeiten im Bereich der CSR auf die Diskursethik berufen,⁸²⁹ geht es an dieser Stelle nicht um ein normativ, sondern um ein soziologisch-empirisch begründetes Verständnis von Diskursen. Denn es soll nicht rekonstruiert werden, ob es sich um einen idealen Diskurs handelt. Es geht vielmehr um die Wirkung von Veränderungsprozessen im Diskurs. Im Anschluss daran (5.1) wird erläutert, warum die Wissenssoziologische Diskursanalyse sich besonders gut für eine Konkretisierung der Perspektive institutioneller Logi-

⁸²³ Keller (2011b), S. 139.

⁸²⁴ Vgl. bspw. Meyer/Hammerschmid (2006a), S. 170; Suddaby/Greenwood (2005), S. 62; Zilber (2008), S. 153.

⁸²⁵ Vgl. bspw. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 150.

⁸²⁶ Vgl. bspw. Keller (2011b), S. 131.

⁸²⁷ Vgl. Keller (2011c), S. 109.

⁸²⁸ Vgl. Angermüller (2011), S. 121f.

⁸²⁹ Vgl. bspw. Gilbert/Rasche (2007); Noland/Phillips (2010); Scherer/Palazzo (2007); Seidel (2011); Whelan/Arnold (2012).

ken eignet und andere Arten der Diskursforschung, die in bisherigen Arbeiten zu institutionellen Logiken eingesetzt wurden, für die Beantwortung der Forschungsfragen weniger zielführend erscheinen. Der darauf folgende Abschnitt (5.2) setzt die, in der Wissenssoziologischen Diskursforschung und der Perspektive institutioneller Logiken verwandten zentralen Begriffe zueinander in Beziehung. Da auch im Rahmen dieser theoretischen Perspektive eine nicht vollständig determinierte Akteurin Bundesregierung möglich sein muss, wird daran anschließend (5.3) die Akteursperspektive der Wissenssoziologischen Diskursforschung beleuchtet und durch die der institutionellen Logiken sinnvoll ergänzt. Damit zusammen hängt auch in diesem Kapitel (5.4) die Konstruktion von Veränderungsprozessen, bei der sich die beiden theoretischen Perspektiven erneut gewinnbringend ergänzen lassen. Die Erkenntnisse des letzten Kapitels zu der Bedeutung von Selbstpositionierung in diesem Prozess werden mit denen der Wissenssoziologischen Diskursperspektive in Abschnitt (5.5) zusammengeführt. Dadurch werden die Punkte aufgezeigt, die den besonderen Wert einer Verbindung der beiden theoretischen Grundlagen für die Beantwortung der Forschungsfrage ausmachen. Zunächst wird jedoch der Mehrwert der Wissenssoziologischen Diskursforschung für die Beantwortung der Forschungsfragen dargestellt.

Die wissenschaftstheoretische Herangehensweise an und das Verständnis von Diskursen lassen sich nicht getrennt betrachten. Je nachdem, wie Realität verstanden wird, kann ein Diskurs als eine simple Unterhaltung oder als die Reproduktion eben jener Realität aufgefasst werden. Auch aufgrund der unterschiedlichen Disziplinen, die sich mit Diskursen auseinandersetzen, reicht der theoretische Hintergrund von eher realistischen Grundannahmen in der Linguistik über kritische Ansätze insbesondere in der Politikwissenschaft und der Soziologie bis zu post-strukturalistischen Herangehensweisen.⁸³⁰

⁸³⁰ Für einen Überblick über die verschiedenen Ansätze vgl. Keller (2011a) und Keller (2011c) sowie für den deutschsprachigen Raum Angermüller (2011).

Für die Beantwortung der Forschungsfrage erscheinen weder realistische noch kritische Ansätze besonders geeignet.⁸³¹ Denn dafür notwendig ist ein Verständnis sich verändernder Erwartungen eines kollektiven Akteurs und der Auslöser dieses Veränderungsprozesses. Die Wissenssoziologische Diskursanalyse bietet hingegen einen vielversprechenden Zugang zu diesem Veränderungsprozess. Warum dies so ist, wird bereits bei einem ersten Blick auf die Ziele der Wissenssoziologischen Diskursanalyse,⁸³² wie sie Keller formuliert, deutlich:

„Sie rekonstruiert Prozesse der sozialen Konstruktion, Zirkulation und Vermittlung von Deutungs- und Handlungsweisen auf der Ebene von institutionellen Feldern, Organisationen, sozialen Kollektiven und Akteuren. Im Anschluss daran untersucht sie die gesellschaftlichen Wirkungen dieser Prozesse. [...] Sie analysiert institutionell stabilisierte Regeln der Deutungspraxis und interessiert sich für die Definitionsrolle beteiligter Akteure. Sie zielt nicht zuletzt auf die Objektivierungen und Konsequenzen von Diskursen in Gestalt von Artefakten, sozialen Praktiken, Kommunikationsprozessen und Subjektpositionen.“⁸³³

Es handelt sich um eine Herangehensweise, die Realität als durch Sprache konstruiert begreift. Realität wird von (kollektiven) Akteuren verändert, kann aber nicht vollständig kontrolliert werden. Die Akteure selbst sind grundlegend weder omnipotent noch vollständig determiniert, aber in ihrer Identität ihrerseits durch Konstruktionsprozesse beeinflusst. Die Bandbreite möglicher Handlungsoptionen in einer spezifischen Situation ist demnach durch Diskurse begrenzt. Ein Akteur hat jedoch die Möglichkeit, durch die eigene Interpretation einer Situation und den Rückgriff auf andere Diskurse diese Bandbreite zu beeinflussen. Damit grenzt sich die Wissenssoziologische Diskursanalyse von den durch Foucault beeinflussten Arten der Diskursanalyse ab, die aufgrund zu großer Nähe zum foucaultschen Konzept das Problem eines determi-

⁸³¹ Vgl. Kapitel 6.

⁸³² Dank geht an Lisa Suckert, für den Hinweis auf diese Ausprägung der Diskursforschung.

⁸³³ Keller (2011c), S. 192.

nierten Akteurs aufweisen.⁸³⁴ Bisher konnte in der Gestaltung des theoretischen Rahmens für diese Untersuchung die Annahme eines determinierten Akteurs vermieden werden. Daher ist es wichtig, dies auch für den letzten Bestandteil des theoretischen Gerüsts sicherzustellen.

Aufbauend auf ihrem erweiterten Akteursverständnis, das sich insbesondere für das Handeln kollektiver Akteure interessiert,⁸³⁵ ermöglicht es die Wissenssoziologische Diskursanalyse, Veränderungen in der sozialen Konstruktion der Realität und deren Auslöser zu identifizieren. Ziel dieser Untersuchung ist das Aufzeigen möglicher Veränderungen und deren Auslöser in der Wahrnehmung der Bundesregierung von Unternehmensverantwortung und ihrer eigenen Identität in Abgrenzung zu Unternehmen in diesem Feld. Im letzten Kapitel wurde gezeigt, dass Identität und Verhaltensweisen sowie die den beiden zugrunde liegende Logik als sozial konstruiert verstanden werden können. Die Wissenssoziologische Diskursanalyse versteht diese Prozesse als sprachlich vermittelt und macht sie auf diese Weise für die vorliegende Untersuchung empirisch greifbar.

Die Wissenssoziologische Diskursanalyse bietet außerdem eine aus der qualitativen Sozialforschung stammende Methodenpalette, die theoriegenerierend und nicht hypothesentestend ausgerichtet ist.⁸³⁶ Damit steht sie im Einklang mit der interpretativen Herangehensweise der Forschungsfragen und grenzt sich damit von den Arbeiten im Rahmen der institutionellen Logik-Perspektive ab, die mit quantitativ ausgerichteten Analysen⁸³⁷ arbeiten.⁸³⁸ Die Wissenssoziologische Diskursanalyse

⁸³⁴ Vgl. Keller (2011c), S. 209ff. Foucaults Verständnis von Akteurshandeln wird vorgeworfen, dass die Möglichkeit, das eigene Handeln zu hinterfragen und somit Veränderungen zu bewirken, fehle; vgl. bspw. Caldwell (2007), S. 780f. Inwieweit es Keller gelingt, mit seinem Akteurskonzept vollständig zu überzeugen, wird in Abschnitt 5.3 erörtert.

⁸³⁵ Vgl. Keller (2009), S. 44.

⁸³⁶ Vgl. Keller (2011c), S. 191f.

⁸³⁷ Vgl. bspw. Jones/Livne-Tarandach (2008); Rao/Monin/Durand (2003).

scheint somit geeignet, den bisherigen theoretischen Rahmen für die Beantwortung der Forschungsfragen zu ergänzen. Zu klären ist dafür allerdings noch, ob sie von ihrer grundsätzlichen Ausrichtung her auch daran anschlussfähig ist.

5.1 Diskurse und institutionelle Logiken

Beide Ansätze berufen sich auf die Bedeutung von Kommunikation für die Konstruktion der Realität.⁸³⁹ Beide verweisen auf Überlegungen von Mead,⁸⁴⁰ Giddens⁸⁴¹ sowie Berger und Luckmann⁸⁴² und bauen auf Überlegungen des symbolischen Interaktionismus⁸⁴³ auf. Die Perspektive institutioneller Logiken kombiniert ein weniger konstruktivistisches Verständnis der Makro- mit einem eher stärker konstruktivistischen Verständnis der Mikroebene, was in der Kombination wissenschaftstheoretisch problematisch ist.⁸⁴⁴ Insbesondere das etwas stärker konstruktivistische Verständnis der Mikroebene lässt sich jedoch relativ gut mit der Selbsteinordnung der Wissenssoziologischen Diskursanalyse durch Keller als „zwischen handlungs- und struktur- bzw. institutionentheoretischen“⁸⁴⁵ Herangehensweisen vermittelnd verbinden.

Aufbauend auf diesem wissenschaftstheoretischen Grundverständnis beschreibt die Wissenssoziologische Diskursanalyse Diskurse als kommunikatives Handeln. Dieses Handeln konstruiert Realität und versteigt dabei den Diskurs durch den es ermöglicht wurde.⁸⁴⁶ Diskurse kön-

⁸³⁸ Andere Arbeiten, die auf dieser theoretischen Grundlage aufbauen, gehen ebenfalls hauptsächlich qualitativ vor, vgl. bspw. Lok (2010), Meyer/Höllerer (2010); Nigam/Ocasio (2010).

⁸³⁹ Vgl. Keller (2011c), S. 190; Ocasio/Loewenstein/Nigam (2015), S.29ff.; Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 159.

⁸⁴⁰ Vgl. Keller (2011a), S. 14; Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 93f.

⁸⁴¹ Vgl. Keller (2011a), S. 61; Keller (2011c), S. 189; Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 98.

⁸⁴² Vgl. Keller (2011c), S. 190; Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 72.

⁸⁴³ Vgl. Keller (2011c), S. 190; Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 83.

⁸⁴⁴ Vgl. hierzu die Ausführungen weiter unten in diesem Abschnitt.

⁸⁴⁵ Keller (2011c), S. 190.

⁸⁴⁶ Vgl. Keller (2009), S. 43ff.; Keller (2011a), S. 66ff.; Keller (2011c), S. 235ff.

nen sowohl zur Institutionalisierung als auch zur Deinstitutionalisierung von Realitätsdeutungen führen.⁸⁴⁷ Physische Realität existiert zwar vor Diskursen, sie wird aber erst durch das, durch Diskurse vermittelte, Wissen für Akteure begreifbar.⁸⁴⁸ Die hieran deutlich werdende essenzielle Bedeutung der Interpretationsleistung von Akteuren für die Wissenssoziologische Diskursanalyse steht im Einklang mit der Akteurs-sicht des bisher erarbeiteten theoretischen Rahmens.

Diskurse entstehen durch „Äußerungen“⁸⁴⁹ und „Aussagen“⁸⁵⁰ und werden durch diese weiterverbreitet und -entwickelt. Eine Äußerung stellt einen spezifischen Akt kommunikativen Handelns dar, während eine Aussage bereits eine über eine einzelne Äußerung hinausgehende, typische Bedeutung besitzt.⁸⁵¹ Die Diskursanalyse interessiert sich für die, in einzelnen Äußerungen realisierten, Zusammenhänge von verschiedenen Aussagen, die Bestandteile eines Diskurses sein können.⁸⁵² Insofern handelt es sich beim Diskursverständnis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse ebenso wie beim Verständnis institutioneller Logiken um Herangehensweisen an Realitätskonstruktionen.

Innerhalb der Perspektive institutioneller Logiken ist die Anschlussfähigkeit der Diskursforschung bereits erkannt worden.⁸⁵³ Einige dieser Arbeiten fokussieren unter Bezugnahme auf Mills⁸⁵⁴ auf die Analyse des Einsatzes bestimmter Vokabeln und deren Effekte in Bezug auf

⁸⁴⁷ Vgl. Keller (2009), S. 44.

⁸⁴⁸ Vgl. Keller (2011c), S. 237; vgl. zu dieser Rolle von Diskursen aus interpretativer Sicht auch Heracleous/Jacobs (2008), S. 177.

⁸⁴⁹ Vgl. Keller (2011a), S. 68; Keller (2011c), S. 235f.

⁸⁵⁰ Vgl. Keller (2011a), S. 68; Keller (2011c), S. 235f.

⁸⁵¹ Vgl. Keller (2011a), S. 68; Keller (2011c), S. 235f.

⁸⁵² Vgl. Keller (2011c), S. 236.

⁸⁵³ Vgl. bspw. Binder (2007); Dunn/Jones (2010); Glynn/Lounsbury (2005); Greckhamer (2012); Jones/Livne-Tarandach (2008); Loewenstein/Ocasio/Jones (2012); Meyer/Hammerschmid (2006b); Spicer/Sewell (2010); Suddaby/Greenwood (2005); Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012); Westenholz (2009).

⁸⁵⁴ Vgl. Mills (1939) und Mills (1940).

institutionelle Logiken.⁸⁵⁵ In einem Grundlagenartikel bezeichnen Loewenstein, Ocasio und Jones diesen Ansatz unter Berufung auf Fairclough als „kritisch-realistisch“⁸⁵⁶ und grenzen ihn zu anderen, eher interpretativen Ansätzen ab. Damit stellen sie sich in die Tradition der kritischen Diskursanalyse.⁸⁵⁷ Die kritische Diskursanalyse basiert im englischsprachigen Raum hauptsächlich auf den Überlegungen von Fairclough und im deutschsprachigen Raum auf denen von Wodak, mit etwas anderer Ausrichtung auf denen von Jäger.⁸⁵⁸ Sie setzt einen Schwerpunkt auf das Aufzeigen der Einflüsse von Ideologien und sich damit selbst den Anspruch, verändernd in die Realität einzugreifen.⁸⁵⁹ Damit einher geht die Problematik, dass häufig ideologische Positionen bereits vor der Analyse als bekannt vorausgesetzt werden. Während der Analyse werden diese Positionen im Text gesucht, ohne dass ihre inhaltliche Ausrichtung aus dem Diskurs heraus begründet würde.⁸⁶⁰ Diese Herangehensweise, bereits entwickelte Überlegungen an den Diskurs heranzutragen, findet sich ebenfalls in der empirischen Analyse von Vokabeln in institutionellen Veränderungsprozessen⁸⁶¹ sowie in allgemeiner in einer Diskursperspektive angesiedelten Untersuchungen⁸⁶². Wie oben bereits erläutert, eignet sich diese kritische Herangehensweise jedoch nicht zur Beantwortung der für diese Arbeit relevanten Forschungsfragen. Sie kann daher nicht, obwohl bereits gewinnbringend

⁸⁵⁵ Vgl. Binder (2007); Dunn/Jones (2010); Jones/Livne-Tarandach (2008); Loewenstein/Ocasio/Jones (2012); Meyer/Hammerschmid (2006b); Ocasio/Loewenstein/Nigam (2015); Suddaby/Greenwood (2005); Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012).

⁸⁵⁶ Loewenstein/Ocasio/Jones (2012), S. 76.

⁸⁵⁷ Für einen Überblick über Ansätze der kritischen Diskursanalyse vgl. bspw. Titscher et al. (1998), S. 182ff.

⁸⁵⁸ Vgl. für einen Überblick über beide Herangehensweisen (kritische Diskursanalyse sowie Critical Discourse Analysis) bspw. Keller (2011a), S. 27ff. und Keller (2011c), S. 151ff.

⁸⁵⁹ Vgl. Titscher et al. (1998), S. 181.

⁸⁶⁰ Vgl. Keller (2011a), S. 151ff.

⁸⁶¹ Vgl. Dunn/Jones (2010), S. 116; Jones/Livne-Tarandach (2008), S. 1082; Meyer/Hammerschmid (2006b), S. 1002.

⁸⁶² Vgl. Glynn/Lounsbury (2005), S. 1040f.; Greckhamer (2012), S. 30; Spicer/Sewell (2010), S. 915; Westenholz (2009), S. 291.

im theoretischen Rahmen der institutionellen Logik-Perspektive eingesetzt, übernommen werden.

Das Problem liegt in der Annahme innerhalb der Perspektive institutioneller Logiken, dass eine vordefinierte Anzahl gesellschaftlicher Felder (oder institutioneller Ordnungen) existiert, die jeweils von einer bekannten Logik dominiert werden.⁸⁶³ Denn impliziert wird dabei, dass bereits vor jeder empirischen Untersuchung bekannt sein kann, welche handlungsleitenden Grundannahmen in einem bereits vordefinierten Bereich der Gesellschaft existieren. Thornton, Ocasio und Lounsbury weisen selbst darauf hin, dass es sich bei dieser Annahme um eine idealtypische Konstruktion handle, die lediglich als Vergleichsmaßstab für die Realität dienen könne.⁸⁶⁴ In diesem Fall ersetzen die Idealtypen jedoch lediglich die Ideologien, die bereits in der Diskussion der kritischen Diskursanalyse als problematisch erkannt wurden (s.o., Abschnitt 5). Dies würde die Beantwortung der Forschungsfragen beeinträchtigen, bei der für die Aufdeckung der Annahmen der Bundesregierung zu Unternehmensverantwortung eine unvoreingenommene Herangehensweise essenziell ist.

Diese für die Beantwortung der Forschungsfrage problematische Annahme der Perspektive institutioneller Logiken lässt sich durch einen Anschluss der Wissenssoziologischen Diskursanalyse sinnhaft öffnen. Denn die grundsätzliche Offenheit der Wissenssoziologischen Diskursanalyse hinsichtlich der, in einer Analyse zu Tage tretenden, handlungsleitenden Grundannahmen versucht, jegliches vorgefasstes Urteil zu vermeiden.⁸⁶⁵ Um dies zu erreichen, stellt Keller sich in die Tradition der Grounded Theory.⁸⁶⁶ Durch diese theoretische Öffnung kann eine

⁸⁶³ Die Anzahl der verschiedenen gesellschaftlichen Felder variiert von der Ursprungsversion bei Friedland und Alford mit fünf und der Erweiterung von Thornton, Ocasio und Lounsbury mit sieben, vgl. Friedland/Alford (1991), S. 249; Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 52ff., für eine Kritik dieser Annahme vgl. Zilber (2013), S. 83.

⁸⁶⁴ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 53.

⁸⁶⁵ Vgl. Keller (2011c), S. 254.

⁸⁶⁶ Vgl. Keller (2011c), S. 192.

sinnvolle Vereinheitlichung der wissenschaftstheoretischen Grundlage der Perspektive institutioneller Logiken gesehen werden. Denn die problematischen Annahmen finden sich hauptsächlich in dem Bereich der Perspektive institutioneller Logiken, der sich mit der Makroebene des entwickelten Modells befasst. Hinsichtlich der Mikroebene, also der Untersuchung von Handlungen einzelner (kollektiver) Akteure und deren Wechselwirkungen mit der Makroebene, arbeiten Thornton, Ocasio und Lounsbury mit einer deutlich konstruktivistischeren Herangehensweise und berufen sich u.a. auf den symbolischen Interaktionismus,⁸⁶⁷ auf dem auch die Wissenssoziologischen Diskursanalyse aufbaut⁸⁶⁸. Dies zeigt erneut die grundsätzliche Verwandtschaft der beiden Ansätze, durch die eine Verbindung erst möglich wird.

Die grundlegende Annahme hinsichtlich der Makroebene, dass verschiedene handlungsleitende Grundannahmen innerhalb einer Gesellschaft existieren, erscheint auch aus einem konstruktivistischen Blickwinkel heraus plausibel.⁸⁶⁹ Wäre dem nicht so, wäre davon auszugehen, dass in spezifischen Handlungssituationen nur jeweils eine mögliche Handlungsoption bestünde und somit keinerlei freie Entscheidung mehr möglich wäre. Dies würde einen vollständig determinierten Akteur bedeuten.⁸⁷⁰ Nur durch verschiedene Handlungsalternativen wird es notwendig, dass Akteure interpretativ auf ihre Umwelt reagieren. Problematisch wird es erst, wenn vom Forschersubjekt bereits vordefiniert wird, wie diese Grundannahmen objektiv aussehen. Legt man also die Annahme von der Existenz inhaltlich definierter Idealtypen der institutionellen Logik-Perspektive ab, gewinnt diese an wissenschaftstheoretischer Stringenz und wird anschlussfähiger an die Wissenssoziologische Diskursanalyse.

⁸⁶⁷ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 83.

⁸⁶⁸ Vgl. Keller (2011b), S. 127.

⁸⁶⁹ Vgl. zu der Möglichkeit verschiedener Diskurse zu einem Themengebiet bspw. Keller (2011c), S. 239.

⁸⁷⁰ Für eine weitergehende Auseinandersetzung mit der Konstruktion eines Akteurs in der Wissenssoziologischen Diskursanalyse vgl. Abschnitt 5.3.

Das ist wichtig zur Beantwortung der Forschungsfragen. Denn der Ansatz der Wissenssoziologischen Diskursanalyse ermöglicht es, Aussagen der Bundesregierung als Bestandteil eines Diskurses zu betrachten, der auf Veränderungen hin analysiert werden kann. Inwiefern die zentralen Konstrukte der beiden theoretischen Perspektiven zueinander in Beziehung gesetzt werden können und ob dies Vorteile für die Beantwortung der Forschungsfragen impliziert, wird im Folgenden geklärt.

5.2 Logik und Diskurs – Begrifflichkeiten

Verbindet man die Perspektive institutioneller Logiken mit der Wissenssoziologischen Diskursanalyse, bringt es deren unterschiedliche Ausrichtung mit sich, dass die zwei zentralen Begriffe beider theoretischer Herangehensweisen miteinander in Beziehung gesetzt werden sollten. Nur wenn dies möglich ist, wird eine Kombination der beiden Ansätze sinnvoll. Im Hinblick auf die Beantwortung der Forschungsfragen bedeute dies, dass geklärt werden muss, mit welchen theoretischen Konstruktionen sich das Verständnis der Bundesregierung von CSR und ihrer eigenen Identität in Abgrenzung zu Unternehmen in diesem Feld und mögliche Veränderungen darin am besten fassen lassen.

Thornton, Ocasio und Lounsbury definieren institutionelle Logiken als „Bezugsrahmen, die die Wahl von Akteuren für Sensemaking, das Vokabular, das sie nutzen, um Handlungen herbeizuführen, und ihre Wahrnehmung von Selbst und Identität konditionieren“⁸⁷¹. Sie beeinflussen, welche Argumente legitim sein können und welche Rationalität in welcher Situation erlebt wird.⁸⁷² Sie existieren jenseits einzelner Akteure in Gruppen, werden weitergegeben und im Gebrauch verändert und sorgen innerhalb ihres Geltungsbereichs dafür, dass sinnhafte Interaktion möglich wird.

⁸⁷¹ Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 2; eigene Übersetzung.

⁸⁷² Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 2.

Diskurse, wie sie von Keller in seiner Wissenssoziologischen Diskursanalyse verstanden werden, sind „spezifizierbare und konventionalisierte Ensembles von Kategorien und Praktiken, die das diskursive Handeln sozialer Akteure instruieren, durch diese Akteure handlungspraktisch in Gestalt von diskursiven Ereignissen produziert bzw. transformiert werden und die soziale Realität von Phänomenen konstituieren“⁸⁷³. Ein Diskurs ist demnach „eine nach unterschiedlichen Kriterien abgrenzbare Aussagepraxis bzw. Gesamtheit von Aussageereignissen“⁸⁷⁴. Diese Untersuchung schließt sich diesem Verständnis an. Dadurch wird es möglich, die Gesamtheit von Aussageereignissen der Bundesregierung zum Thema Unternehmensverantwortung als Diskurs zu begreifen, der anhand der Kriterien „Aussagenproduzent“ und „Thema“ abgegrenzt werden kann.

Das was Diskurse, also eine Verständigung auf gemeinsamer Grundlage, nach Keller überhaupt möglich macht, sind von ihm so bezeichnete Interpretationsrepertoires.⁸⁷⁵ Ein Interpretationsrepertoire ist demnach der „typisierbare Kernbestand an Grundaussagen [im Original Kursiv, J.H.] eines Diskurses“⁸⁷⁶. Innerhalb des Diskurses ermöglicht erst das diskurseigene Interpretationsrepertoire die Verortung der eigenen Position und die Interpretation von Handlungen und der Gesellschaft.⁸⁷⁷ Während Diskurse also eher als Kommunikationsprozesse⁸⁷⁸ begriffen werden können, beruhen sie doch auf einem relativ konstanten, geteil-

⁸⁷³ Keller (2011c), S. 236.

⁸⁷⁴ Keller (2011c), S. 234.

⁸⁷⁵ Vgl. Keller (2009), S. 46ff. Keller trennt nicht zwischen Interpretationsrepertoire und Phänomenstruktur; vgl. Keller (2009), S. 225 und Keller (2011c), S. 250 sowie Keller (2011a), S. 104. Da die Einführung des Begriffs der Phänomenstruktur keine Weiterentwicklung des Grundkonzeptes verspricht, verbleibt diese Arbeit bei der Berücksichtigung des Interpretationsrepertoires.

⁸⁷⁶ Keller (2009), S. 46.

⁸⁷⁷ Vgl. Potter/Wetherell (1995), S. 188f. ; Keller (2009), S. 46.

⁸⁷⁸ Das bedeutet nicht, dass es sich hier um Prozesse dauernder Veränderung handelt. Um überhaupt als Diskurs verstanden zu werden, muss eine Mehrzahl an Aussagen eine gewisse Konsistenz aufweisen (Vgl. Keller (2011c), S. 236). Aber durch seine Konstituierung als soziale Interaktion (wenn auch nicht zwangsläufig im direkten persönlichen Kontakt) birgt der Diskursbegriff das Verständnis eines sich im Zeitablauf entwickelnden Vorgangs.

ten Repertoire an grundlegenden Wahrnehmungen der Realität. Jedoch kann dieses Repertoire durch Diskurse auch verändert werden.

Hier lässt sich eine Ähnlichkeit zwischen dem Verständnis eines Interpretationsrepertoires in der Wissenssoziologischen Diskursanalyse und dem Verständnis einer institutionellen Logik nach Thornton, Ocasio und Lounsbury feststellen. Bei beiden handelt es sich um kognitiv verankerte Grundannahmen, die Interaktion in einem bestimmten Rahmen (Diskurs oder institutionellen Feld) erst möglich machen, da sie ein gemeinschaftliches Grundverständnis der Realität und der in ihr wirksamen Prozesse vermitteln.⁸⁷⁹ Nur unter Rückgriff auf diese Grundannahmen können beteiligte Personen hoffen, verstanden zu werden oder dem Geschehen folgen zu können. Das bedeutet, dass Diskurse auf institutionellen Logiken aufbauen, diese aber auch verändern können.⁸⁸⁰

Für das Verständnis der Bundesregierung von CSR und dem Verständnis ihrer eigenen Identität in diesem Feld lässt sich daher annehmen, dass im Feld „Unternehmensverantwortung“ einer oder mehrere Diskurs/e⁸⁸¹ (eventuell mit Subdiskursen⁸⁸²) existiert/en. Dieser bestimmt die „soziale Realität“⁸⁸³ von Unternehmensverantwortung für die Teilnehmer des Diskurses und daher auch für die Bundesregierung. Dies schließt auch das Eigenverständnis der Diskursteilnehmer ein.⁸⁸⁴ Die

⁸⁷⁹ Vgl. Keller (2009), S. 46; Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 159.

⁸⁸⁰ Zu einer ähnlichen Verhältnisbestimmung vgl. auch Phillips/Lawrence/Hardy (2004). Allerdings weicht das dort zugrundeliegende Akteursverständnis von dem hier verwendeten ab. Phillips, Lawrence und Hardy arbeiten (implizit) mit einem nutzenmaximierenden Akteur, vgl. bspw. Phillips/Lawrence/Hardy (2004), S. 627. Loewenstein/Ocasio/Jones (2012) gehen zwar auch von sprachlich vermittelten institutionellen Logiken aus, grenzen sich aber explizit von einem interpretativen, diskursbasierten Zugang ab, vgl. Loewenstein/Ocasio/Jones (2012), S. 43f.

⁸⁸¹ Im Folgenden wird zur Vereinfachung zunächst von einem Diskurs über Unternehmensverantwortung ausgegangen. Die konkrete empirische Ausgestaltung in einem oder mehreren Diskursen wird in Kapitel 8 erläutert.

⁸⁸² Vgl. Keller (2011a), S. 71.

⁸⁸³ Keller (2011c), S. 236.

⁸⁸⁴ Vgl. für eine ausführlichere Auseinandersetzung mit Selbstpositionierung und Identität von Akteuren in Diskursen Abschnitt 5.5.

Bundesregierung kann als Diskursteilnehmerin verstanden werden, da sie sich durch ihre Initiativen⁸⁸⁵ zu Unternehmensverantwortung an der Entwicklung dieses Diskurses beteiligt. Wie dieser Diskurs konkret aussieht und durch welche Interpretationsrepertoires oder Logiken er für die Bundesregierung interpretierbar wird, muss die Untersuchung zeigen.

Natürlich ist es nicht „der“ Diskurs, der eine Logik verändert. In welchem Verhältnis Akteure zu Diskursen stehen und wie sich dies mit dem Akteursverständnis der institutionellen Logik-Perspektive verbinden lässt, wird im nächsten Abschnitt erläutert. Auf die Bedeutung einer nicht vollständig determinierten Akteurin Bundesregierung für die Beantwortung der Forschungsfragen ist bereits hinlänglich hingewiesen worden.

5.3 Der Akteur im Diskurs

Keller sieht innerhalb von Diskursen für Akteure sowohl „Sprecherpositionen“⁸⁸⁶ als auch „Subjektpositionen“⁸⁸⁷. Sprecherpositionen ermöglichen Akteuren überhaupt erst die legitime Teilnahme an einem Diskurs. Nur wer eine legitime Sprecherposition einnimmt, bspw. eine Außenministerin in einem Diskurs über den Einsatz von Gewalt in der Außenpolitik, kann an einem Diskurs teilnehmen und wird von anderen Teilnehmenden wahrgenommen.⁸⁸⁸ Subjektpositionen werden innerhalb des Diskurses konstruiert und bezeichnen Rollen oder Identitäten von Akteuren innerhalb des Diskurses.⁸⁸⁹ Ein Unternehmen könnte also sowohl eine Rolle als familienfreundlicher Arbeitgeber als auch eine als renditegetriebene Kapitalgesellschaft einnehmen, abhängig von dem Diskurs, in dem es aktiv wird.

⁸⁸⁵ Vgl. bspw. BMAS (2008); BMAS (2010).

⁸⁸⁶ Keller (2011c), S. 223.

⁸⁸⁷ Keller (2011a), S. 69; Keller (2011c), S. 223.

⁸⁸⁸ Vgl. Keller (2011c), S. 223.

⁸⁸⁹ Vgl. Keller (2011c), S. 223.

Ähnlich wie in der Diskussion zu institutionalistisch inspirierten Theorien hat die Rolle des Akteurs in der Gesellschaft im Bereich der an Foucault orientierten Diskurstheorien zu einigen Kontroversen geführt.⁸⁹⁰ Auch in diesem theoretischen Rahmen stellt sich die Frage nach der Selbst- oder Fremdbestimmtheit des Akteurs. Selbstverständlich können Texte oder Aussagen nicht ohne die Beteiligung von Akteuren entstehen. Welche Akteure aber als Teilnehmer einen Diskurs mitgestalten können und welche Art von Aussagen sie innerhalb des Diskurses legitimer Weise tätigen können, wird wiederum im Diskurs gestaltet. Sogar wie Akteure sich selbst innerhalb eines Diskurses positionieren, kann durch diesen bestimmt werden. Trotzdem sieht die Wissenssoziologische Diskursanalyse den Akteur nicht als vollständig durch Diskurse determiniert. Ähnlich wie die Perspektive institutioneller Logiken, sieht die Wissenssoziologische Diskursanalyse Diskurse als ermöglichend und begrenzend.⁸⁹¹ Interessen sind diskursiv konstruiert und auch die Mittel zu ihrer Verfolgung ergeben sich aus Diskursen.⁸⁹² Handlungen werden von Diskursen also angeleitet, andererseits existiert nur eine gewisse Bandbreite akzeptabler Handlungsoptionen. Akteure müssen eine gewisse Interpretationsleistung erbringen, um an Diskursen teilnehmen zu können⁸⁹³ und haben, nach Keller, verschiedene Möglichkeiten, Diskurse zu beeinflussen.⁸⁹⁴

Allerdings wird in Kellers Ausführungen nicht ganz deutlich, vor welchem kognitiven Hintergrund Akteure als „aktiv wahrnehmende und regelinterpretierend Handelnde“⁸⁹⁵ diskursgestaltend tätig werden sollen. Woher, wenn nicht aus dem Diskurs, nehmen sie das Wissen, um innerhalb des Diskurses so zu handeln, dass dieser sich dynamisch⁸⁹⁶ entwickelt? Keller bleibt eine genauere Erläuterung seines Akteursbe-

⁸⁹⁰ Vgl. für eine Zusammenfassung der Argumente zum Akteursverständnis bei Foucault Keller (2011c), S. 213ff.

⁸⁹¹ Vgl. Keller (2011b), S. 147.

⁸⁹² Vgl. Keller (2011c), S. 254.

⁸⁹³ Vgl. Keller (2011c), S. 255.

⁸⁹⁴ Vgl. Keller (2011c), S. 254.

⁸⁹⁵ Keller (2011c), S. 255.

⁸⁹⁶ Vgl. Keller (2011c), S. 255.

griffs in dieser Hinsicht schuldig. Hier scheint die Perspektive institutioneller Logiken das theoretische Fundament der Wissenssoziologischen Diskursanalyse konstruktiv vertiefen zu können. Sie versteht Logiken als Hintergrund verfügbarer Realitätsdeutungen.⁸⁹⁷ Akteure verfügen aufgrund ihrer Entwicklung über Zugriff auf verschiedene Logiken mit unterschiedlichen Realitätsdeutungen und sind in Zweifelsfällen in der Lage, auch auf andere als im aktuellen Feld dominante Logiken zuzugreifen. Der Zusammenhang zwischen unterschiedlichen, für Akteure abrufbaren Logiken oder Interpretationsrepertoires und der Gestaltungsmöglichkeiten von Akteuren im Hinblick auf Diskurse erweitert das Verständnis von Akteurshandeln innerhalb der Wissenssoziologischen Diskursanalyse sinnvoll.

Durch dieses Vorgehen kann vermieden werden, dass Akteure (und damit in diesem Fall die Bundesregierung) als rein determiniert oder zu voluntaristisch betrachtet werden müssen. Die Bundesregierung ist nicht nur Diskursteilnehmerin im Diskurs zu Unternehmensverantwortung. Sondern sie beteiligt sich auch an anderen Diskursen, bspw. zur Einwanderung von Asylsuchenden nach Deutschland. Aus diesen anderen Diskursen verfügt sie über Logiken oder Interpretationsrepertoires, die im Diskurs um Unternehmensverantwortung bisher nicht vorkamen. Entwickelt sich die Realität so, dass die bisher in diesem Diskurs vorhandenen Logiken oder Interpretationsrepertoires für die Bundesregierung zum Umgang mit dieser Realität nicht mehr ausreichen, kann sie auf Logiken oder Interpretationsrepertoires aus anderen Diskursen zurückgreifen. Bringt sie diese in den Diskurs um Unternehmensverantwortung ein, kann sie an dessen Gestaltung mitwirken.

⁸⁹⁷ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 84f.; vgl. auch Keller (2011c), S. 217 zu im Sozialisationsprozess angeeignetem Wissen. Allerdings bezieht sich Keller hier auf Wissen über situationsadäquate Verhaltensweisen innerhalb von Diskursen.

5.4 Veränderungen im Diskurs und in Logiken

Für Keller liegen Möglichkeiten der Gestaltung von Diskursen durch Akteure explizit in dem Auftauchen von Ereignissen, die die in einem Diskurs vorhandenen Deutungsmuster nicht mehr zufriedenstellend erklären können.⁸⁹⁸ Akteure versuchen, diese Ereignisse diskursimmanent zu interpretieren und erst wenn sie hierbei scheitern, verändert sich der Diskurs oder ein neuer Diskurs entsteht. Dies führt zu Fragen der Konzeptualisierung von Veränderungen innerhalb von Diskursen, die, wie oben bereits mehrfach erörtert, für die Beantwortung der Forschungsfragen essenziell sind. Denn nur wenn der theoretische Rahmen eine Veränderung seiner Konzepte zulässt, kann eine mögliche Veränderung der Wahrnehmung der Bundesregierung von Unternehmensverantwortung und ihrer Identität in diesem Feld durch diesen Rahmen erfasst werden.

Keller beschreibt im Rahmen seiner Wissenssoziologischen Diskursanalyse eher die Koexistenz von zwei konkurrierenden Diskursen als den tatsächlichen Wandel innerhalb eines einzigen Diskurses.⁸⁹⁹ Eine Ausnahme stellt seine explizite Überlegung zu Wandel innerhalb von Diskursen dar.⁹⁰⁰ Allerdings wird auch hier, abgesehen von externen Auslösern durch nicht-diskursimmanent erklärbare Ereignisse, nicht deutlich, wie Wandel innerhalb von Diskursen ablaufen könnte.

Hier ist erneut ein Rückgriff auf die theoretische Konzeption der institutionellen Logik-Perspektive vielversprechend. Die Wissenssoziologische Diskursanalyse betrachtet Interpretationsrepertoires als bestehend aus, u.a., einzelnen Rahmen oder „Deutungsmustern“.⁹⁰¹ „Narrative Strukturen“⁹⁰² sieht sie als zusammenhängende Erläuterung oder Storyline⁹⁰³

⁸⁹⁸ Vgl. Keller (2010), S. 82ff.

⁸⁹⁹ Vgl. Keller (2009), S. 222; Keller (2011c), S. 263ff.

⁹⁰⁰ Vgl. Keller (2010).

⁹⁰¹ Vgl. Keller (2009), S. 47; Keller (2011a), S. 108; Keller (2011c), S. 240.

⁹⁰² Vgl. Keller (2011a), S. 108; Keller (2011c), S. 251. Vgl. für das Verständnis von Narrativen in der institutionellen Logik-Perspektive Abschnitt 3.2.2.

der einzelnen Elemente eines Interpretationsrepertoires. Im Modell der institutionellen Logik-Perspektive tragen Rahmen und Narrative zur Gestaltung und auch zur Veränderung von institutionellen Logiken bei.⁹⁰⁴ Der Wirkungsprozess lässt sich durchaus auch auf die Wissenssoziologische Diskursanalyse übertragen. Rahmen werden in beiden Herangehensweisen als sinnstiftend verstanden. Die Perspektive institutioneller Logiken erwähnt explizit die Möglichkeit, dass Deutungsmuster aus anderen Logiken, respektive anderen Interpretationsrepertoires herangezogen werden können, um in einer „fremden“ Logik oder einem „fremden“ Interpretationsrepertoire Veränderungen zu ermöglichen.⁹⁰⁵

Ziel der Forschungsfragen ist es, zu klären, ob es bei der Wahrnehmung von Unternehmensverantwortung durch die Bundesregierung zu Veränderungen gekommen ist. Die bisherigen Erläuterungen legen nahe, dass dazu die, von der Bundesregierung herangezogenen, Deutungsmuster zu identifizieren sind. Dafür muss zunächst kurz geklärt werden, was unter einem Deutungsmuster im Rahmen der Wissenssoziologischen Diskursanalyse verstanden wird. Denn der Begriff des Deutungsmusters ist keinesfalls eindeutig definiert.⁹⁰⁶ Zudem besteht eine inhaltliche Ähnlichkeit zum Begriff des Rahmens oder Frames.⁹⁰⁷

Ein Deutungsmuster dient, wie der Begriff selbst bereits nahelegt, der Deutung einer konkreten Situation.⁹⁰⁸ Dabei wird auf bereits vorhandenes, gesellschaftliches Wissen, das Deutungsmuster, zurückgegriffen.⁹⁰⁹ Erst die Anwendung eines oder mehrerer, verbundener Deutungsmuster erschließt einem Subjekt eine neue Situation und macht diese für es

⁹⁰³ Vgl. Keller (2009), S. 46f.; Keller (2011a), S. 110f. Durch eine Storyline werden einzelne Elemente eines Interpretationsrepertoires miteinander verknüpft. Dadurch entsteht eine Geschichte, in der alle Elemente eine bestimmte Rolle erfüllen; vgl. Keller (2011c), S. 251.

⁹⁰⁴ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 151ff.

⁹⁰⁵ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 154.

⁹⁰⁶ Vgl. Schetsche/Schmied-Knittel (2013), S. 28.

⁹⁰⁷ Vgl. Keller (2009), S. 47f.

⁹⁰⁸ Vgl. Schetsche (2014), S. 109.

⁹⁰⁹ Vgl. Schetsche/Schmied-Knittel (2013), S. 29.

verständlich und gestaltbar.⁹¹⁰ Denn Deutungsmuster bieten neben der Interpretation einer Situation ebenfalls meistens Strategien für einen adäquaten Umgang mit einer Situation.⁹¹¹ Sie sind allerdings, wie oben bereits angedeutet, nicht auf ein Subjekt beschränkt, sondern ihr Sinn besteht gerade darin, Bedeutung über eine Situation oder ein einzelnes Subjekt hinaus zu ermöglichen.⁹¹² In dieser Funktion werden sie auch im Diskurs verstanden, wenn allgemeine Deutungsmuster im Diskurs der Deutung eines diskursspezifischen Ereignisses oder einer Entwicklung dienen.⁹¹³ Dabei können Deutungsmuster durch ihren Einsatz einen Diskurs verändern, können ihrerseits jedoch auch durch den Diskurs verändert werden.⁹¹⁴

Während Truschkat zwischen verschiedenen Ebenen von Deutungsmustern unterscheidet und den Rahmen als deren Verbindung betrachtet,⁹¹⁵ sieht Keller das Deutungsmuster als Präzisierung des Rahmenkonzeptes von Goffman.⁹¹⁶ Er verwendet zunächst selbst den Begriff Rahmen,⁹¹⁷ später greift er eher auf den Begriff des Deutungsmusters zurück. Die Beziehung der beiden Begriffe ist nicht abschließend geklärt, deswegen soll hier, ebenso wie bei Keller⁹¹⁸ von einer grundlegenden Ähnlichkeit der beiden Begriffe ausgegangen werden, wie sie die Darstellungen von Goffman⁹¹⁹ durchaus erlauben.

Die einzelnen Bestandteile eines Diskurses werden nach Keller durch „narrative Strukturen“⁹²⁰ oder „story lines“⁹²¹ zu einer Geschichte zu-

⁹¹⁰ Vgl. Keller (2009), S. 48.

⁹¹¹ Vgl. Keller (2011c), S. 240.

⁹¹² Vgl. Schetsche (2014), S. 109.

⁹¹³ Vgl. Keller (2009), S. 48.

⁹¹⁴ Vgl. Keller (2011c), S. 243.

⁹¹⁵ Vgl. Truschkat (2008), S. 45ff.

⁹¹⁶ Vgl. Keller (2009), S. 48.

⁹¹⁷ Vgl. Keller (2009), S. 47ff.; Keller (2011a), S. 108ff.; Keller (2011c), S. 240ff.

⁹¹⁸ Vgl. Keller (2009), S. 47. Für eine Diskussion über das Verhältnis zwischen beiden Begriffen vgl. Keller (2014).

⁹¹⁹ Vgl. bspw. Goffman (1980), S. 37.

⁹²⁰ Vgl. Keller (2011a), S. 110ff.; Keller (2011c), S. 251f.

⁹²¹ Vgl. Keller (2009), S. 46f.

sammengeführt. Die Darstellung als Geschichte ermöglicht eine implizite Wertung, indem Akteure bspw. als gut oder böse und Ereignisse bspw. als katastrophal oder vorteilhaft dargestellt werden.⁹²² Kausale Zusammenhänge können gezogen und auch evolutionäre Veränderungen als Entwicklung innerhalb der Geschichte erklärt werden.⁹²³ Hier lässt sich also auch bei Keller ein Ansatz für diskursimmanente Veränderungen finden. Nur die Darstellung als Geschichte, die auch auf andere, in der Gesellschaft bereits verankerte Deutungsmuster zurückgreift, macht einen Diskurs als Diskurs verständlich.⁹²⁴ Die Darstellung von Unternehmen als Bürger greift bspw. auf eine Übertragung eines tendenziell positiv konnotierten Begriffs von einem politischen Individuum auf einen kollektiven Akteur zurück.

Die Perspektive institutioneller Logiken sieht Narrative ebenfalls als sinnstiftend, denn sie können Legitimität begründen und Identitäten konstruieren.⁹²⁵ Thornton, Ocasio und Lounsbury sehen Narrative als zentral, um Praktiken und Bedeutungen miteinander in Beziehung zu setzen.⁹²⁶ Narrative dienen dazu, Praktiken eine Bedeutung zu verleihen. So können Narrative durch das Aufkommen neuer Praktiken verändert werden, oder durch neue Deutungsmuster, die bspw. aus anderen Diskursen oder institutionellen Feldern importiert wurden.⁹²⁷ Veränderungen in Narrativen können also entweder durch externe Ereignisse oder interne Widersprüche zwischen Praktiken und Logiken bzw. Interpretationsrepertoires ausgelöst werden oder durch einen Mittelweg, wenn externe Deutungsmuster neu eingebettet werden müssen.⁹²⁸

Narrative und Deutungsmuster können Logiken oder Interpretationsrepertoires verändern.⁹²⁹ Innerhalb von Logiken oder Diskursen existieren

⁹²² Vgl. Viehöver (2010), S. 246.

⁹²³ Vgl. Keller (2009), S. 47; Keller (2011c), S. 252.

⁹²⁴ Vgl. Viehöver (2011), S. 204.

⁹²⁵ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 155.

⁹²⁶ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 156.

⁹²⁷ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 156.

⁹²⁸ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 162.

⁹²⁹ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 163.

meist Widersprüche bzw. es existieren konkurrierende Logiken oder Diskurse, die alternative Deutungsmöglichkeiten anbieten.⁹³⁰ Akteure, die konkurrierenden Logiken oder Diskursen besonders ausgesetzt sind, können auf deren Deutungsmuster oder auf Bestandteile der in ihnen zum Einsatz kommenden Narrative zurückgreifen, um Widersprüche innerhalb einer Logik oder eines Diskurses aufzulösen und diese dadurch zu verändern.⁹³¹ Auch externe Ereignisse können, wenn Narrative oder Deutungsmuster auf sie anwendbar sind, zu Veränderungen innerhalb einer Logik oder eines Diskurses beitragen.⁹³²

Eine Untersuchung von Deutungsmustern und Narrativen wäre demnach geeignet, auch die Veränderung von Logiken bzw. Interpretationsrepertoires über die Zeit nachzuvollziehen sowie mögliche Auslöser zu identifizieren. Deutungsmuster sind in diesen Veränderungsprozessen Narrativen insofern vorgeordnet, da sie Akteuren als allgemeine Bausteine zur Verfügung stehen, auf die sie zum Verständnis einer Situation zurückgreifen können.⁹³³ Narrative werden zum Verbinden dieser Bausteine benötigt, um eine kohärente, auf eine spezifische Situation bezogene Erklärung für konkrete Ereignisse und Verhaltensweisen zu ermöglichen.⁹³⁴ Thornton, Ocasio und Lounsbury betonen eher die Bedeutung von Narrativen. Da diese Deutungsmuster im Prozess der Institutionalisierung als nachgeordnet betrachtet werden können, erscheint dies für die Untersuchung eines Institutionalisierungsprozesses sinnvoll. Für die vorliegende Untersuchung steht aber eher ein Veränderungsprozess im Fokus, der einer Institutionalisierung vorausgeht. Insofern erscheint es für den Fortgang der Untersuchung zielführender, für das Verständnis von Veränderungsprozessen eher auf eine Analyse der Deutungsmuster zurückzugreifen.

⁹³⁰ Vgl. Keller (2009), S. 98; Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 163.

⁹³¹ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 163.

⁹³² Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 163.

⁹³³ Vgl. Keller (2009), S. 47ff.; Keller (2011a), S. 108ff.; Keller (2011c), S. 240ff.; Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 154ff.

⁹³⁴ Vgl. Keller (2009), S. 46f.; Keller (2011a), S. 110ff.; Keller (2011c), S. 251f.; Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 155f.

Demnach ist in der Analyse des Diskurses um Unternehmensverantwortung nach Veränderungen in oder dem Auftauchen neuer Deutungsmuster zu suchen, um Auslöser von Veränderungen in der Wahrnehmung der Bundesregierung von Unternehmensverantwortung und ihrer eigenen Identität in diesem Feld feststellen zu können. Inwiefern die Wissenssoziologische Diskursforschung für diesen zweiten Teilbereich der Forschungsfragen um organisationale Identität eine hilfreiche theoretische Perspektive liefern kann, wird im nächsten Abschnitt erörtert.

5.5 Fremd- und Selbstposition – Rollen und Identität

Die Positionierung und das Selbstverständnis von Akteuren sind sowohl in der Perspektive institutioneller Logiken als auch in der Wissenssoziologischen Diskursanalyse von Bedeutung. Für die Beantwortung der Forschungsfragen ist insbesondere die Selbstbestimmung der Bundesregierung relevant. Denn eine Selbstpositionierung beinhaltet immer auch die Abgrenzung von anderen Akteuren.⁹³⁵ Dies bedeutet eine gleichzeitige Konstruktion des „Anderen“, von Subjektpositionen, um im Diktum der Wissenssoziologischen Diskursanalyse zu bleiben. Die Sicht auf diesen „Anderen“, in der vorliegenden Untersuchung „große Unternehmen“, dürfte gleichzeitig auch die Erwartungen, die von der Bundesregierung an diese Unternehmen gerichtet werden, zum Ausdruck bringen.⁹³⁶

Die Perspektive institutioneller Logiken sieht eine Verbindung zwischen Veränderungen in Logiken und Veränderungen von organisationalen Identitäten.⁹³⁷ Weichen Praktiken oder Identitäten eigentlich als gleich

⁹³⁵ Vgl. Guowei (2011), S. 49; Meyer/Hammerschmid (2006b), S. 1006; Ybema/Vroemisse/van Marrewijk (2012), S. 49. Vgl. hierzu auch ausführlicher Abschnitt 4.2.

⁹³⁶ Vgl. Keller (2011c), S. 259 für die Darstellung des Verhältnisses von Handlungserwartungen und Subjektposition in der Wissenssoziologischen Diskursanalyse. Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 143 für die Beziehung zwischen Praktiken und organisationalen Identitäten in der Perspektive institutioneller Logiken.

⁹³⁷ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 141ff.

wahrgenommener Organisationen in einem Feld voneinander ab, kommt es zu Widersprüchen. Werden diese als problematisch wahrgenommen, kann es zu Veränderungen der Logiken (oder des Diskurses) kommen.⁹³⁸ Somit können Veränderungen von Subjektpositionen in einem Diskurs zu Veränderungen des gesamten Diskurses führen. Damit bietet die Wissenssoziologische Diskursforschung auch einen Ansatzpunkt für die Analyse von Veränderungen in der Konstruktion der organisationalen Identität der Bundesregierung.

5.6 Zwischenfazit – Theoretischer Analyserahmen

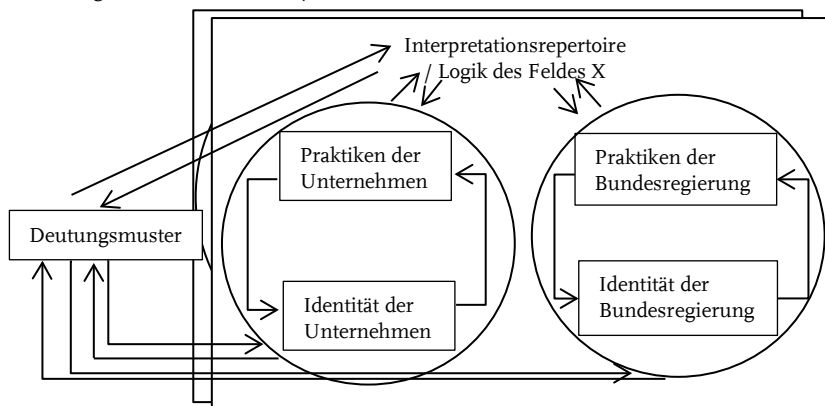
Ziel dieses Kapitel war es erstens, zu zeigen, dass die konkrete empirische Untersuchung der Forschungsfragen durch die Konzepte der Wissenssoziologischen Diskursanalyse ermöglicht wird. Dafür wurde erörtert, dass sich die Wahrnehmung der Bundesregierung von Unternehmensverantwortung und ihrer eigenen Identität in diesem Feld in ihren Beiträgen zu dem relevanten Diskurs fassen lässt. Auch Auslöser für Veränderungen darin sind durch Veränderungen in Deutungsmustern, die in diesem Diskurs zum Einsatz kommen, greifbar.

Zweitens sollte gezeigt werden, dass die Grundannahmen der Wissenssoziologischen Diskursanalyse mit denen des bisher erarbeiteten theoretischen Rahmens und dabei vor allem denen der Perspektive institutioneller Logiken kompatibel sind. Dabei ging es insbesondere um das Akteursverständnis und die Konzeption von Veränderungen. Das Verständnis eines Akteurs als durch einen Diskurs nicht vollständig determiniert konnte durch die Annahmen der Perspektive institutioneller Logiken geschärft werden. Diese dienten auch dazu, den Prozess der Veränderung in Diskursen zu konkretisieren. Die Grundannahmen sind demnach nicht nur kompatibel, sie lassen sich auch durch eine Verbindung präzisieren. Durch diese Verbindung zu einem theoretischen Rahmen wird es möglich, Veränderungen in der Wahrnehmung der Bundesregierung von Unternehmensverantwortung und ihrer eigenen

⁹³⁸ Vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 143. Vgl. auch Abschnitt 3.2.2.

Identität in diesem Feld methodisch greifbar zu machen (vgl. Abbildung 7).

Abbildung 7: Theoretischer Analyserahmen⁹³⁹



Untersucht werden konkret die im Diskurs inhärenten Interpretationsrepertoires für Unternehmensverantwortung, die in ihnen deutlich werdende Selbstkonstruktion der Bundesregierung und deren Erwartungen hinsichtlich der Praktiken von Unternehmen. Außerdem werden die verwandten Deutungsmuster auf ihre Rolle in möglichen Veränderungsprozessen hin analysiert.

Dabei wird davon ausgegangen, dass die Bundesregierung als Organisation eine Identität aufweist und gesellschaftlich etablierte Praktiken ausübt. Für ein spezifisches institutionelles Feld bzw. einen Diskurs, das der bzw. über Unternehmensverantwortung, lassen sich für die Bundesregierung sowohl spezifische Identitäten als auch spezifische Praktiken rekonstruieren. Diese beeinflussen sich gegenseitig und sind gemeinsam durch die Logik des Feldes bzw. das Interpretationsrepertoire des Diskurses beeinflusst, die sie im Gegenzug auch beeinflussen. Eine ebensolche Interdependenz besteht auch zu den im Feld bzw. im

⁹³⁹ Eigene Darstellung in Anlehnung an Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 143 und S. 151 sowie aufbauend auf Keller (2011c), S. 240.

Diskurs verwandten Deutungsmustern. Durch ihre Aktivität in verschiedenen Feldern bzw. Diskursen ist die Bundesregierung in der Lage, Praktiken oder Deutungsmuster aus anderen Feldern oder Diskursen in das Feld bzw. den Diskurs „Unternehmensverantwortung“ zu übernehmen. Dadurch wird sie als Akteur zwar durch die ihr zur Verfügung stehenden Felder bzw. Diskurse beschränkt, diese ermöglichen ihr jedoch Veränderungen in anderen Feldern bzw. Diskursen, in denen sie aktiv ist. Durch dieses Verhalten kann die Bundesregierung Veränderungen im Feld bzw. im Diskurs „Unternehmensverantwortung“ auslösen. Außerdem hat sie die Möglichkeit, auf Deutungsmuster aus anderen Feldern bzw. Diskursen zurückzugreifen, um Veränderungen im relevanten Feld bzw. Diskurs einordnen zu können. Dadurch wird es möglich, Veränderungen in der Wahrnehmung der Bundesregierung von Unternehmensverantwortung und von der eigenen Identität in diesem Feld bzw. Diskurs, durch die auch die Beziehung zu Unternehmen deutlich wird, sowohl theoretisch als auch methodisch greifbar zu machen.

Dieser Analyserahmen beruht auf der Verbindung verschiedener theoretischer Annahmen. Ob diese untereinander und mit der Ausrichtung der Forschungsfragen metatheoretisch kompatibel sind, wird im nächsten Kapitel geklärt. Danach, in Kapitel 7, wird die konkrete methodologische Vorgehensweise zur Beantwortung der Forschungsfragen auf der Grundlage des oben entwickelten Analyserahmens dargestellt.

*“And so these men of Indostan
Disputed loud and long,
Each in his own opinion
Exceeding stiff and strong,
Though each was partly in the right,
And all were in the wrong!”⁹⁴⁰*

6 Kompatibilität der metatheoretischen Grundannahmen

Gerade weil die Geschichte der blinden Männer, die tastend versuchen, einen Elefanten zu „erfassen“, inzwischen eine lange Tradition in der Beschreibung von Unterschieden in der Wahrnehmung hat,⁹⁴¹ eignet sie sich so besonders gut als Einstieg in dieses Kapitel. Denn die Debatte in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften über Unterschiede in den Annahmen zu Wirklichkeit und Möglichkeiten der Erkenntnis hat im Laufe der Zeit zwar vielleicht an Vehemenz verloren, wird aber nach wie vor geführt.⁹⁴²

Ontologische⁹⁴³ und epistemologische⁹⁴⁴ Annahmen divergieren häufig auch innerhalb eines bestimmten Forschungsgebietes. So beschäftigen sich Wissenschaftler mit Institutionen, CSR, organisationaler Identität oder Diskursen sowohl von einem funktionalistischen als auch von einem interpretativen Standpunkt.⁹⁴⁵ Mit dem Ende der „Paradigm-

⁹⁴⁰ Saxe (1936), S. 522.

⁹⁴¹ Vgl. Yanow/Ybema (2011), S. 39.

⁹⁴² Vgl. Shepherd/Challenger (2013), S. 226.

⁹⁴³ Ontologie ist die Lehre vom Seienden, vgl. Burrell/Morgan (1979), S. 1; Campbell/Overman (1988), S. 440; Gioia/Pitre (1990), S. 585; Hollis (1995), S. 21; Mitroff/Mason (1982), S. 361; Scherer (2006), S. 25.

⁹⁴⁴ Epistemologie bezeichnet die Erkenntnistheorie, vgl. Burrell/Morgan (1979), S. 1; Campbell/Overman (1988), S. 440; Gioia/Pitre (1990), S. 585; Hollis (1995), S. 22; Mitroff/Mason (1982), S. 361. Natürlich lässt sich die Vorstellung von Wissen nicht vollständig unabhängig von der Vorstellung vom Sein der Dinge sehen. Was man wissen kann, hängt davon ab, was existiert, oder nicht; vgl. Burrell/Morgan (1979), S. 1; Campbell/Overman (1988), S. 440; van de Ven (2007), S. 38.

⁹⁴⁵ Vgl. für eine Übersicht bspw. für Institutionen Thelen (1999), S. 378; für CSR Taneja/Taneja/Gupta (2011), S. 354; für organisationale Identität Alvesson/Lee Ash-

Wars⁹⁴⁶ scheint zwar ein Konsens hinsichtlich der Berechtigung aller Standpunkte zustande gekommen zu sein.⁹⁴⁷ Grundsätzlich, aber insbesondere in den Bereichen, in denen von verschiedenen Standpunkten aus gearbeitet wird, gilt es trotzdem, darzulegen, welcher Standpunkt der jeweiligen Untersuchung zugrunde liegt.⁹⁴⁸ Nur so lassen sich Entscheidungen hinsichtlich der spezifischen Vorgehensweise innerhalb der Untersuchung nachvollziehen.

6.1 Die vier Paradigmen von Burrell und Morgan

Es existieren viele verschiedene Kategorien, um metatheoretische Annahmen zu bezeichnen.⁹⁴⁹ Insbesondere in der Organisationsforschung übt allerdings die Einteilung in die verschiedenen Paradigmen⁹⁵⁰ von Burrell und Morgan trotz einiger Kritik nach wie vor großen Einfluss aus.⁹⁵¹ Sie hat für diese Untersuchung den Vorteil, dass sich Vertreter aller für die Arbeit notwendiger Theorieschulen wenigstens implizit auf diese Kategorisierung berufen.⁹⁵² Auf diese Weise wird eine Analyse der Vereinbarkeit der Theorien deutlich erleichtert. Um eine solche Analyse vornehmen zu können, sollte allerdings zunächst die zugrundeliegende Kategorisierung von Burrell und Morgan vorgestellt werden.

Burrell und Morgan gehen davon aus, dass sich die meisten soziologischen Arbeiten anhand der Positionierung hinsichtlich zweier Arten von

craft/Thomas (2008), S. 8; He/Baruch (2010), S. 45; für die Diskursforschung Keller (2011c), S. 102ff.

⁹⁴⁶ Jackson/Carter (1993), S. 721.

⁹⁴⁷ Vgl. Romani/Primecz/Topçu (2011), S. 432.

⁹⁴⁸ Vgl. Bryman (2012), S. 34.

⁹⁴⁹ Vgl. Kneer/Schroer (2009), S. 8.

⁹⁵⁰ Burrell und Morgan verwenden die Bezeichnung Paradigma in einem weiteren Sinn als Kuhn. Für sie bezeichnet ein Paradigma die Gesamtheit der Grundannahmen einer Gruppe von Wissenschaftlern; vgl. Burrell/Morgan (1979), S. 23.

⁹⁵¹ Vgl. Shepherd/Challenger (2013), S. 229.

⁹⁵² Vgl. bspw. für CSR Scherer/Palazzo (2007), S. 1096; für den Neoinstitutionalismus Suddaby/Greenwood (2011), S. 181; für organisationale Identität Alvesson/Lee Ashcraft/Thomas (2008), S. 8; und für die Diskursforschung Keller (2011b), S. 127ff.

Grundannahmen unterscheiden lassen.⁹⁵³ Die eine Art von Grundannahmen betrifft die wissenschaftstheoretische Frage nach einem objektiven oder subjektiven Herangehen an Wissenschaft und Realität.⁹⁵⁴ Beide Herangehensweisen bezeichnen nach Burrell und Morgan zwei Enden eines Kontinuums.⁹⁵⁵ Die zweite Art von Grundannahmen bezieht sich auf die Natur der Gesellschaft.⁹⁵⁶ Auch hier existieren zwei Extrempunkte: eine grundsätzlich stabile Gesellschaft, repräsentiert durch eine Soziologie der Regulation und eine in dauerndem Wandel und Konflikt befindliche Gesellschaft, die durch Vertreter einer Soziologie des radikalen Wandels untersucht wird.⁹⁵⁷

Allerdings ist bei dieser Einteilung zu beachten, dass objektiv und subjektiv von Burrell und Morgan als Sammelbegriffe verwendet werden. Sie begründen dies, indem sie argumentieren, dass die Positionen, die sie unter dem jeweiligen Begriff zusammenfassen, in der Wissenschaft meist gemeinsam auftreten.⁹⁵⁸ Zusammengefasst werden Annahmen zu Ontologie, Epistemologie, der Natur des Menschen und Methoden.⁹⁵⁹ Unter der Überschrift objektiv fassen die Autoren daher eine realistische Ontologie⁹⁶⁰, eine positivistische Epistemologie⁹⁶¹, eine

⁹⁵³ Vgl. Burrell/Morgan (1979), S. 22.

⁹⁵⁴ Vgl. Burrell/Morgan (1979), S. 8.

⁹⁵⁵ Vgl. Burrell/Morgan (1979), S. 7.

⁹⁵⁶ Vgl. Burrell/Morgan (1979), S. 16.

⁹⁵⁷ Vgl. Burrell/Morgan (1979), S. 17.

⁹⁵⁸ Vgl. Burrell/Morgan (1979), S. 7.

⁹⁵⁹ Vgl. Burrell/Morgan (1979), S. 1.

⁹⁶⁰ Es existieren auch andere Bezeichnungen für verschiedene Annahmen zur Ontologie; vgl. bspw. Bryman (2012), S. 32; Howell (2013), S. 2. Der grundlegende Gegensatz zwischen den beiden Hauptpositionen bleibt allerdings gleich: Gibt es eine Realität unabhängig von der Existenz eines Betrachters (realistisch) oder existiert eine Realität nur durch die Interpretation des Betrachters (nominalistisch)? Vgl. Burrell/Morgan (1979), S. 4.

⁹⁶¹ Auch hinsichtlich der Bezeichnungen für Annahmen zur Epistemologie können andere Bezeichnungen gewählt, bzw. weitere Unterteilungen vorgenommen werden; vgl. bspw. zu kritischem Realismus Bhaskar (1979), S. 6; Bryman (2012), S. 27. Allerdings kann auch hier gelten, dass die größten Unterschiede tatsächlich die beiden von Burrell und Morgan beschriebenen Standpunkte trennen. Positivisten (und auch Realisten) gehen davon aus, dass Wissen über das Testen von Hypothesen gesammelt und vermehrt werden kann. Anti-Positivisten sehen Wissenschaftler als Teilnehmer und

deterministische Sicht⁹⁶² auf die Natur des Menschen und nomothetische Methodik⁹⁶³ zusammen. Demgegenüber stellen sie unter der Überschrift subjektiv eine nominalistische Ontologie, eine anti-positivistische Epistemologie, eine voluntaristische Sicht auf die Natur des Menschen und ideographische Forschungsmethoden.⁹⁶⁴

Die zweite Unterteilung, die Burrell und Morgan vornehmen, beschreibt die Annahme des Wissenschaftlers zum Status der Gesellschaft.⁹⁶⁵ Eine Gruppe von Wissenschaftlern geht nach Burrell und Morgan davon aus, dass die Gesellschaft grundsätzlich zur Beständigkeit neigt und alle Akteure bestrebt sind, den Status quo beizubehalten.⁹⁶⁶ Graduelle Veränderungen sind dabei durchaus möglich, solange sie nicht revolutionär sind oder zu andauerndem Konflikt führen.⁹⁶⁷ Eine andere Gruppe von Wissenschaftlern hingegen sieht nach Burrell und Morgan die Gesellschaft in einem andauernden Konflikt begriffen; konfliktäre Interessen versuchen, den eigenen Standpunkt zum Nachteil anderer gesellschaftlicher Gruppen zu festigen oder auszubauen.⁹⁶⁸

Auf der Grundlage dieser beiden Kontinua erstellen Burrell und Morgan eine Matrix. Sie tragen die Unterscheidung zwischen subjektiv und objektiv auf der horizontalen und die Unterscheidung zwischen Regu-

nicht als unabhängige Beobachter, Wissen ist demnach immer relativ; vgl. Burrell/Morgan (1979), S. 5.

⁹⁶² Hier geht es um die grundlegende Frage, ob Akteure in ihrem Handeln durch ihre Umwelt determiniert werden, oder im Gegensatz dazu ihre Umwelt durch ihr Handeln voluntaristisch gestalten können; vgl. Burrell/Morgan (1979), S. 6.

⁹⁶³ Burrell und Morgan wählen diese Bezeichnungen um zwei unterschiedliche Herangehensweisen an Untersuchungsobjekte darzustellen. Nomothetisch bezeichnet eine Herangehensweise, die den Naturwissenschaften entlehnt ist und dem systematischen Testen von Hypothesen große Bedeutung zumisst. Ideographische Herangehensweisen sehen Untersuchungen als Prozesse, in denen der Wissenschaftler versucht, möglichst nah an sein Untersuchungsobjekt heranzukommen und dessen subjektive Wahrnehmungen nachzuvollziehen; vgl. Burrell/Morgan (1979), S. 6.

⁹⁶⁴ Vgl. Burrell/Morgan (1979), S. 3.

⁹⁶⁵ Vgl. Burrell/Morgan (1979), S. 10.

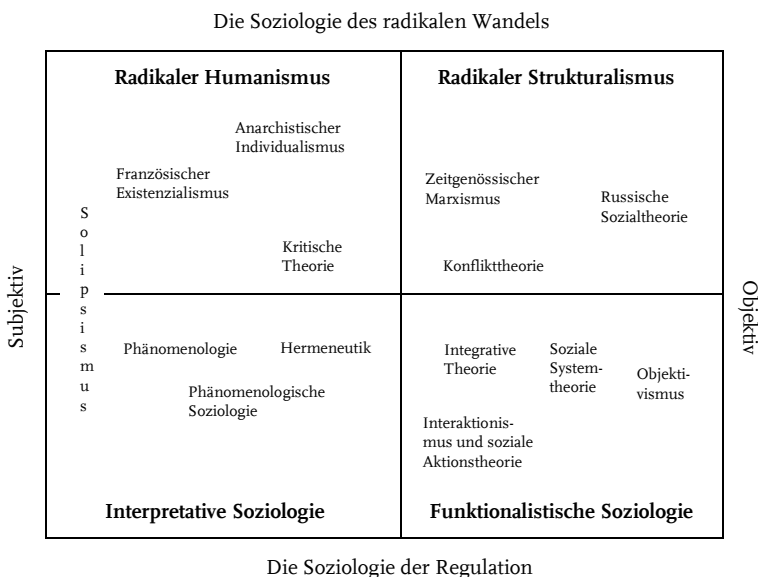
⁹⁶⁶ Vgl. Burrell/Morgan (1979), S. 17.

⁹⁶⁷ Vgl. Burrell/Morgan (1979), S. 14.

⁹⁶⁸ Vgl. Burrell/Morgan (1979), S. 17.

lierung und radikalem Wandel auf der vertikalen Achse ab.⁹⁶⁹ Dadurch erhalten sie eine Vierfelder-Matrix, mit den Bezeichnungen Radikaler Humanismus, Radikaler Strukturalismus, Funktionalistische Soziologie und Interpretative Soziologie⁹⁷⁰ (vgl. Abbildung 8).

Abbildung 8: Die vier soziologischen Paradigmen⁹⁷¹



In dieser Arbeit soll untersucht werden, ob sich die Wahrnehmung von Unternehmensverantwortung durch die deutsche Bundesregierung und die damit verbundene Beziehung zwischen ihr und großen deutschen Unternehmen verändert hat. Es geht also explizit nicht um eine radikale Veränderung hin zu einer utopischen neuen Gesellschaft, sondern eher

⁹⁶⁹ Vgl. Burrell/Morgan (1979), S. 22.

⁹⁷⁰ Burrell und Morgan verwenden für die epistemologische Position wohl durchaus bewusst den Begriff Anti-Positivismus, um Verwechslungen vorzubeugen. Dieser Handhabung der Begrifflichkeiten schließt sich diese Arbeit an.

⁹⁷¹ Vgl. Burrell/Morgan (1979), S. 29; eigene Übersetzung.

um die Organisation der Gesellschaft und ihr Fortbestehen.⁹⁷² Das bedeutet, dass Theorien, die in den oberen Bereich der Matrix fallen, für die Zwecke dieser Arbeit eher wenig beitragen können. Daher kann auch auf eine Darstellung der oberen beiden Quadranten der Matrix von Burrell und Morgan verzichtet werden. Umso bedeutender sind die unteren beiden Quadranten, der Funktionalismus und das interpretative Paradigma.

Vertreter des funktionalistischen Paradigmas zeichnen sich durch die Verwendung einer realistischen Ontologie, einer positivistischen Epistemologie, einer deterministischen Sichtweise auf die menschliche Natur und nomothetischer Methoden aus.⁹⁷³ Problemlösungen durch sinnvolle Veränderungen einer objektiven Realität stehen in diesem Paradigma im Vordergrund.⁹⁷⁴ Allerdings ist es, wie alle anderen von Burrell und Morgan erdachten Kategorien, nicht einheitlich.⁹⁷⁵ Dies lässt sich auch an der Matrixstruktur erkennen: Theoretische Positionen können innerhalb der beiden verwendeten Kontinua verschiedenste Positionen einnehmen. Burrell und Morgan bestehen aber darauf, dass der Unterschied zwischen den Paradigmen notwendigerweise größer sei als in ihnen.⁹⁷⁶

Vertreter des interpretativen Paradigmas teilen klassischerweise eine nominalistische Ontologie, eine anti-positivistische Epistemologie, ein voluntaristisches Verständnis der menschlichen Natur und ideografische Methoden.⁹⁷⁷ Der Schwerpunkt interpretativer Forschung liegt auf dem Verstehen sozialer Prozesse. Nur durch die Einnahme einer Teilnehmerperspektive im Gegensatz zu der eines objektiven Beobachters ist dies aus Sicht interpretativer Forscher möglich.⁹⁷⁸ Die interpretative

⁹⁷² Vgl. zu dieser Unterscheidung Burrell/Morgan (1979), S. 17.

⁹⁷³ Vgl. Burrell/Morgan (1979), S. 26.

⁹⁷⁴ Vgl. Burrell/Morgan (1979), S. 26.

⁹⁷⁵ Vgl. Burrell/Morgan (1979), S. 28.

⁹⁷⁶ Vgl. Burrell/Morgan (1979), S. 25; zu einer Kritik der Inkommensurabilität der Paradigmen, die Burrell und Morgan hiermit postulierten, vgl. bspw. Gioia/Pitre (1990).

⁹⁷⁷ Vgl. Burrell/Morgan (1979), S. 28.

⁹⁷⁸ Vgl. Burrell/Morgan (1979), S. 28.

Herangehensweise ist aus der Kritik der funktionalistischen entstanden.⁹⁷⁹ Das Forschungsobjekt für Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler seien grundsätzlich Menschen und damit Subjekte, die nicht objektiv auf Ereignisse reagieren und auch vom Forscher kaum objektiv wahrgenommen werden können.⁹⁸⁰ Auch innerhalb des interpretativen Paradigmas existieren unterschiedliche Schulen, die von extrem subjektivistisch (bspw. Solipsismus) bis hin zu eher moderat subjektivistisch (bspw. Hermeneutik) reichen.⁹⁸¹

Der Zweck dieses Kapitels im Gesamtbild der vorliegenden Arbeit ist ein doppelter: Zunächst erscheint es, aufgrund der unterschiedlichen Herangehensweisen an die in dieser Arbeit verwendeten Theorien folgerichtig, den für die hier untersuchte Fragestellung sinnvollsten Standpunkt der jeweiligen Theorien herauszuarbeiten. So soll eine Vereinbarkeit der verschiedenen Theorien zur Beantwortung der Fragestellung gewährleistet werden. Außerdem beruht die Fragestellung dieser Arbeit auf einer Kritik der funktionalistischen Herangehensweise an Unternehmensverantwortung. Diese gilt es, im Rahmen der bisherigen ontologischen und epistemologischen Herangehensweisen an Unternehmensverantwortung, zu begründen.

Im Folgenden werden zunächst die verschiedenen paradigmatischen Herangehensweisen an die vier für diese Forschungsfrage relevanten Forschungsgebiete (CSR, Neoinstitutionalismus bzw. institutionelle Logiken, organisationale Identität und Diskursanalyse) aufgezeigt. Darauf aufbauend wird die für diese Arbeit gewählte Perspektive jeweils herausgearbeitet und begründet.

⁹⁷⁹ Vgl. Burrell/Morgan (1979), S. 228.

⁹⁸⁰ Vgl. Burrell/Morgan (1979), S. 253.

⁹⁸¹ Vgl. Burrell/Morgan (1979), S. 254.

6.2 Paradigmatische Herangehensweise der Arbeit

Gegenstände dieser Arbeit sind die Wahrnehmung eines Wandels in einer institutionellen Logik durch die deutsche Bundesregierung als Organisation und der damit verbundene Wandel ihrer organisationalen Identität. Daher bietet sich für die Untersuchung eher eine interpretative Herangehensweise an. Denn es geht um die Wahrnehmung eines sozialen Prozesses durch die Mitglieder eines sozial konstruierten kollektiven Akteurs und die dabei entstehende gemeinsame Interpretation, die eher nicht als objektive Realität verstanden werden kann. Diese Interpretation lässt sich kaum durch eine vom Kontext getrennte Beobachterperspektive verstehen, denn entscheidend ist die subjektive Wahrnehmung in der jeweiligen Situation. Damit wären die Grundannahmen dieser Arbeit nach den Bezeichnungen von Burrell und Morgan durch eine nominalistische Ontologie und eine anti-positivistische Epistemologie geprägt. Diese Grundannahmen bedeuten für die Methodenauswahl einen Schwerpunkt auf den qualitativen und eventuell den begrenzten und reflektierten Einsatz quantitativer Methoden.⁹⁸² Hinsichtlich der Grundannahmen zur menschlichen Natur erscheint ein Mittelweg sinnvoll. Auch die deutsche Bundesregierung bzw. deren Mitarbeiter können sich nicht vollständig von den sie umgebenden, sozial konstruierten, unhinterfragten Annahmen lösen, werden diese aber durch ihre bisherigen Erfahrungen interpretieren. Zusammengefasst sprechen diese Grundannahmen für eine nach Burrell und Morgan subjektive Ausrichtung. Da es sich zwar um einen Veränderungsprozess handelt, aber eher um einen, der den Fortbestand der Gesellschaft sichert, anstatt diese radikal zu verändern,⁹⁸³ fällt das Vorgehen in Burrell und Morgans interpretatives Paradigma.

⁹⁸² Vgl. Alvesson/Sköldberg (2000), S. 4.

⁹⁸³ Kritisch betrachtet kann diese Veränderung als Teil einer Bedeutungsverschiebung und damit einer Machtverschiebung von demokratisch legitimierten staatlichen Organen hin zu nicht legitimierten großen Unternehmen gesehen werden; vgl. bspw. Fuchs/Lederer (2007), S. 7; Hansen/Schrader (2005), S. 378; Vallentin (2010), S. 88. Der Schwerpunkt dieser Arbeit liegt aber auf dem Verständnis des Veränderungsprozesses und nicht auf der normativ „richtigen“ Gestaltung einer zukünftigen Gesellschaftsordnung.

Folge davon ist eine subjektive Darstellung der Ereignisse aus Sicht der untersuchten Organisation.⁹⁸⁴ Bleibt man streng innerhalb der anti-positivistischen Epistemologie ist eine Übertragung dieser Erkenntnisse schwierig, eine Generalisierbarkeit unmöglich.⁹⁸⁵ Allerdings scheint das bisherige Problem im empirischen Forschungsbereich CSR darin zu bestehen, generalisierte Kausalketten bilden zu wollen (bspw. Verbindungen zwischen CSR und ökonomischem Erfolg oder CSR und guten Stakeholderbeziehungen) und dabei CSR oder Corporate Social Performance anhand unterschiedlicher, aber standardisierbarer Kriterien festzumachen.⁹⁸⁶ Diese Kriterien messen das Verhalten eines Unternehmens in spezifischen Bereichen,⁹⁸⁷ beziehen die Haltung der relevanten Stakeholder zu diesen Kriterien jedoch nicht ein. Es wird demnach davon ausgegangen, dass eine positive Bewertung für ein Kriterium objektiv ist und von allen Stakeholdern in gleichem Maße geteilt wird. Somit werden Handlungsmotive angenommen, ohne sie überprüft zu haben. Dies könnte auch eine Erklärung dafür sein, warum die Ergebnisse bisheriger Studien so wenig eindeutig waren.⁹⁸⁸

Für große deutsche Unternehmen und deren Einsatz von CSR erscheint es also zunächst sinnvoll zu klären, wie Unternehmensverantwortung von der deutschen Regierung generell wahrgenommen wird und welche Erwartungen daraus entstehen könnten. Denn die Erfüllung dieser Erwartungen zur Erlangung oder Erhaltung von Legitimität wird häufig als Grund für ein proaktives CSR-Engagement gegenüber einer Regierung genannt.⁹⁸⁹ Dafür müssen Erwartungen aber zunächst verstanden wer-

⁹⁸⁴ Vgl. Burrell/Morgan (1979), S. 253.

⁹⁸⁵ Vgl. Burrell/Morgan (1979), S. 5.

⁹⁸⁶ Vgl. für eine Übersicht über Studien zu Corporate Social Performance Margolis/Walsh (2003); für eine aktuelle Auseinandersetzung mit der Messbarkeit von Corporate Social Performance vgl. Searcy (2012).

⁹⁸⁷ Vgl. für eine Erläuterung der Messkriterien des am häufigsten verwandten Indexes zur Messung von Corporate Social Performance Chatterji/Levine/Toffel (2009), S. 132ff.; Hart/Sharfman (2015), S. 579ff.

⁹⁸⁸ Vgl. bspw. Lee (2008), S. 64; Mathis (2008), S. 360.

⁹⁸⁹ Vgl. Curbach (2009), S. 232; Fuchs/Lederer (2007), S. 11; Kinderman (2009), S. 7; Mathis (2008), S. 68; Scherer/Palazzo (2011), S. 907.

den. Diese können retrospektiv am besten aus dem subjektiven Verständnis und den daraus entstandenen kollektiven Äußerungen nachvollzogen werden.⁹⁹⁰ All dies spricht für den Einsatz eines interpretativen Paradigmas. Fraglich ist allerdings, ob sich für die verschiedenen Forschungsfelder bzw. Theorieansätze, die für die Analyse der Forschungsfragen sinnvoll erscheinen, eine gemeinsame paradigmatische Grundlage finden lässt. Um dies zu klären, werden zunächst die vorherrschenden metatheoretischen Herangehensweisen der verschiedenen Theorieansätze dargestellt. Im Abschluss erfolgt eine Erörterung einer einheitlichen metatheoretischen Grundlage.

6.3 Paradigmatische Herangehensweisen an CSR

Eine Untersuchung von Taneja et al. aus dem Jahr 2011 hat herausgefunden, dass von den Artikeln, die in den großen, thematisch-relevanten Zeitschriften zum Thema CSR veröffentlicht wurden, etwas über die Hälfte mit einem interpretativen Zugang gearbeitet haben.⁹⁹¹ Scherer und Palazzo schreiben allerdings in einem 2007 veröffentlichten Artikel, dass ein Großteil der Arbeiten zu CSR funktionalistisch ausgerichtet sei.⁹⁹² Betrachtet man nun die Herangehensweise des Artikels von Taneja et al. an die Klassifizierung der Paradigmen, fällt zunächst auf, dass sie nicht mit der Klassifizierung von Burrell und Morgan arbeiten. Sie erläutern auch nicht weiter, was sie unter interpretativ verstehen. Die Klassifizierung, auf die sie sich berufen (Meredith et al.), gibt eine kurze Darstellung des dort zugrunde gelegten Verständnisses von Interpretivismus.⁹⁹³ Dies erscheint grundsätzlich vereinbar mit der Vorstellung von Burrell und Morgan, da der Fokus auf dem Verstehen der Interpretationen von relevanten Akteuren liegt. Taneja et al. vereinfachen

⁹⁹⁰ Auch der Einsatz von Interviews wäre denkbar. Allerdings soll hier die sozial konstruierte Interpretation eines sozial konstruierten Kollektivs untersucht werden, so dass gemeinschaftlich formulierte Texte besser für die grundlegende Analyse geeignet erscheinen als erinnernde Aussagen einzelner.

⁹⁹¹ Vgl. Taneja/Taneja/Gupta (2011), S. 354.

⁹⁹² Vgl. Scherer/Palazzo (2007), S. 1098.

⁹⁹³ Vgl. Meredith et al. (1989), S. 307.

chen die ohnehin schon sehr stark zusammengefasste Klassifizierung von Meredith et al. noch weiter, indem sie die verschiedenen Positionen nur noch auf ihre Annahme hinsichtlich der Natur von Wahrheit reduzieren.⁹⁹⁴ Die von Taneja et al. als interpretativ identifizierten Artikel können daher nur schwer auch unter der Klassifizierung von Burrell und Morgan als interpretativ gesehen werden. Betrachtet man einige der untersuchten Artikel genauer,⁹⁹⁵ bestätigt sich diese Vermutung, denn es handelt sich eher um funktionalistische Artikel nach dem Verständnis von Burrell und Morgan. Ebenfalls in diese Richtung deutet das Ergebnis einer der neuesten Überblicksstudien zu CSR. Aguinis und Glavas unterscheiden bisherige Untersuchungen zu CSR zwar nicht nach metatheoretischen Überlegungen. Sie zeigen aber auf, dass bisherige empirische Studien zu CSR hauptsächlich quantitativ gearbeitet haben.⁹⁹⁶ Natürlich lässt sich von der Methode nicht uneingeschränkt auf die wissenschaftstheoretischen Grundannahmen schließen. Trotzdem könnte der Einsatz quantitativer Methoden eher auf ein funktionalistisches als auf ein interpretatives Paradigma hindeuten.⁹⁹⁷ Das würde in der Tat bedeuten, dass bisherige empirische Arbeiten⁹⁹⁸ zu CSR hauptsächlich funktionalistisch ausgerichtet waren.

6.4 Paradigmatische Herangehensweisen an den Neoinstitutionalismus und institutionelle Logiken

Neoinstitutionalistische Arbeiten finden sich in den Wirtschaftswissenschaften, den Politikwissenschaften und der Soziologie.⁹⁹⁹ Insbesondere der in den Wirtschaftswissenschaften verbreitete Rational-Choice-Institutionalismus verwendet ein weitgehend funktionalistisches Para-

⁹⁹⁴ Vgl. Taneja/Taneja/Gupta (2011), S. 349.

⁹⁹⁵ Vgl. bspw. Cornelius et al. (2008); Mahmood/Riaz (2008).

⁹⁹⁶ Vgl. Aguinis/Glavas (2012), S. 954.

⁹⁹⁷ Vgl. Deetz (1996), S. 201.

⁹⁹⁸ Ein Großteil bisheriger Arbeiten zu CSR beschäftigt sich auf einer normativen Grundlage mit CSR; vgl. dazu bspw. Brammer/Jackson/Matten (2012), S. 4; Schreck (2011), S. 746. Für den weiteren Verlauf dieser Arbeit ist dieser Forschungsbereich aber nicht relevant.

⁹⁹⁹ Vgl. Green Jr./Li (2011), S. 1066; Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 5.

digma. Er weist zwar im Hinblick auf das menschliche Handeln eher voluntaristische Annahmen auf, kann aber im Hinblick auf Ontologie, Epistemologie und auch Methodik relativ eindeutig der objektiven Seite von Burrells und Morgans Matrix zugeordnet werden.¹⁰⁰⁰ Der historische Institutionalismus, der insbesondere in der Politikwissenschaft eingesetzt wird, tendiert sogar noch eindeutiger zur objektiven Seite, da hinsichtlich der menschlichen Natur sowohl voluntaristische als auch deterministische Annahmen getroffen werden.¹⁰⁰¹ Der große Hauptunterschied zum klassischen soziologischen Neoinstitutionalismus scheint dessen grundsätzliche Ausrichtung hin zu einem deterministischen Bild der menschlichen Natur zu sein.¹⁰⁰² Allerdings sind die Annahmen hinsichtlich der Epistemologie und damit auch der Methodik im soziologischen Neoinstitutionalismus eher subjektiver ausgeprägt.¹⁰⁰³ Dies geht aber nicht so weit, dass er aus dem funktionalistischen Paradigma in das interpretative übergehen würde.¹⁰⁰⁴ Die neuere Forschung auf diesem Gebiet, insbesondere im Bereich der institutionellen Logik, rückt wieder stärker ab von dem stark deterministischen Blick auf die menschliche Natur.¹⁰⁰⁵ Außerdem bewegen sich einige neuere Arbeiten in diesem Bereich tatsächlich eher in einem interpretativen Paradigma.¹⁰⁰⁶ Es lässt sich also ein gewisser Trend hin zu einer eher interpretativen Herangehensweise erkennen.

6.5 Paradigmatische Herangehensweisen an organisationale Identität

He und Brown unterteilen bisherige Arbeiten zu organisationaler Identität in vier Paradigmen, die sich zwar von den von Burrell und Morgan gewählten unterscheiden, aber hinsichtlich der für diese Arbeit relevanten

¹⁰⁰⁰ Vgl. Hall/Taylor (1996), S. 952; Nee/Ingram (1998), S. 20.

¹⁰⁰¹ Vgl. Hall/Taylor (1996), S. 954; Thelen (1999), S. 394.

¹⁰⁰² Vgl. Hall/Taylor (1996), S. 954; Meyer/Hammerschmid (2006a), S. 160.

¹⁰⁰³ Vgl. Walgenbach/Meyer (2008), S. 60.

¹⁰⁰⁴ Vgl. Meyer/Hammerschmid (2006a), S. 160.

¹⁰⁰⁵ Vgl. Senge (2011), S. 90.

¹⁰⁰⁶ Vgl. bspw. Lok (2010); Zilber (2002); Zilber (2006).

ten Paradigmen (funktionalistisch und interpretativ) äquivalente oder sogar identische Konzepte verwenden. He und Brown sehen auch auf dem Feld der Forschung zu organisationaler Identität eine Dominanz funktionalistischer Herangehensweisen.¹⁰⁰⁷ Diese betrachten organisationale Identität als überprüfbare Eigenschaft einer objektiv existenten Organisation.¹⁰⁰⁸ Auch ein Großteil der neoinstitutionalistischen Forschung auf diesem Gebiet, die sich hauptsächlich mit der Bedeutung organisationaler Identität für die Legitimität einer Organisation auseinandersetzt, lässt sich in dieses Paradigma einordnen.¹⁰⁰⁹ Allerdings existieren inzwischen auch Arbeiten, die sich aus einer Perspektive institutioneller Logiken mit organisationaler Identität beschäftigen und einen interpretativen Ansatz wählen.¹⁰¹⁰ Dieser Ansatz sieht Organisationale Identität als eine soziale Konstruktion, entwickelt aus den einzelnen Interpretationen der Individuen, die sich daher nur durch das Verständnis der Interpretationen erschließt.¹⁰¹¹ Auch dieses Forschungsfeld wird also bisher durch eine eher funktionalistische Herangehensweise dominiert, insbesondere was die Verbindung mit neoinstitutionalistischer Theorie angeht.

6.6 Paradigmatische Herangehensweisen an die Diskursanalyse

Diskursanalysen werden, sofern sie nicht selbst als wissenschaftliches Paradigma betrachtet werden,¹⁰¹² unter verschiedensten wissenschaftstheoretischen Grundannahmen angewandt.¹⁰¹³ Der größere Teil lässt sich jedoch, wenn man ihre Grundannahmen betrachtet,¹⁰¹⁴ dem interpretativen Paradigma zuordnen.¹⁰¹⁵ Insbesondere die wissenssoziologi-

¹⁰⁰⁷ Vgl. He/Brown (2013), S. 6.

¹⁰⁰⁸ Vgl. He/Brown (2013), S. 7.

¹⁰⁰⁹ Vgl. He/Brown (2013), S. 7; vgl. hierzu auch Ravasi/Schultz (2006), S. 434.

¹⁰¹⁰ Vgl. bspw. Lok (2010).

¹⁰¹¹ Vgl. He/Brown (2013), S. 8.

¹⁰¹² Vgl. hierzu kritisch Hammersley (2003).

¹⁰¹³ Vgl. Keller (2011c), S. 174ff.

¹⁰¹⁴ Vgl. für einen Überblick Keller (2011c), S. 175ff.

¹⁰¹⁵ Vgl. Flick (2007a), S. 430f.

sche Diskursanalyse argumentiert für einen expliziten Bezug zum interpretativen Paradigma.¹⁰¹⁶

6.7 Vereinbarkeit der paradigmatischen Annahmen der verwendeten Theorien

Wie oben bereits festgestellt, arbeitet der Großteil der Autoren im Bereich CSR, wie auch in den Forschungsfeldern zum Neoinstitutionalismus und der organisationalen Identität mit einem funktionalistischen Paradigma. Allerdings ließen sich in allen drei Bereichen auch Arbeiten finden, die eine interpretative Herangehensweise wählen. Manche Arbeiten verbinden sogar bereits Forschungsfelder auf der Grundlage eines interpretativen Paradigmas, wie Lok, der den Einfluss von Veränderungen institutioneller Logiken auf Identitätskonstruktionen untersucht.¹⁰¹⁷ Entscheidend ist grundsätzlich die Berücksichtigung eines durchgehend einheitlichen interpretativen Herangehens an alle eingesetzten Theorieansätze. Nachdem die grundsätzliche Kompatibilität der verschiedenen theoretischen Ansätze und der Forschungsfragen geklärt werden konnte, wird im nächsten Kapitel die methodologische Vorgehensweise der Analyse vorgestellt. Diese baut auf den Konzepten der Wissenssoziologischen Diskursanalyse auf. Die Wissenssoziologische Diskursanalyse ist aufgrund ihrer interpretativen Grundausrichtung zu den anderen Bestandteilen des Analyserahmens kompatibel und kann durch konkrete methodologische Konzepte dafür eingesetzt werden, die Forschungsfragen empirisch zu beantworten.

¹⁰¹⁶ Vgl. Keller (2011c), S. 176.

¹⁰¹⁷ Vgl. Lok (2010).

„Zur Erforschung der Wahrheit bedarfes notwendig der Methode.“¹⁰¹⁸

7 Methodik, Sampling und Analyse

In den vorherigen Kapiteln wurden die theoretischen Grundlagen der vorliegenden Arbeit modelliert. Dadurch soll die Entwicklung der, in einen institutionellen, diskursiven Veränderungsprozess eingebetteten, Erwartungen der deutschen Bundesregierung nachvollzogen sowie deren Auslöser identifiziert werden. Sowohl die interpretative Perspektive der theoretischen Grundlagen als auch die Komplexität des Untersuchungsgegenstandes legen eine Verwendung qualitativer Methoden nahe (7.1).¹⁰¹⁹ Aus diesem Grund ist es wichtig, auch auf die Bedeutung von Gütekriterien qualitativer Forschung einzugehen. Im Folgenden wird die Wahl einer Fallstudie (7.2) genauer begründet sowie die retrospektive Vorgehensweise (7.3), die Wahl des Untersuchungszeitraums (7.4), die Art der analysierten Daten (7.5), die Datenerhebung (7.6), das Sampling (7.7) und das genaue Vorgehen bei der Analyse auf der Grundlage des in Abschnitt 5.6 entwickelten Analyserahmens (7.8) erläutert.

7.1 Qualitative Vorgehensweise und Gütekriterien

Forschungsfragen lassen sich systematisch mit zwei Arten von Methoden untersuchen – quantitativen und qualitativen.¹⁰²⁰ Quantitative Methoden testen auf der Grundlage von theoretischem Vorwissen gebildete Hypothesen, um Kausalzusammenhänge identifizieren zu können.¹⁰²¹

¹⁰¹⁸ Descartes (1962), S. 15.

¹⁰¹⁹ Vgl. Flick (2007a), S. 27; Mey/Mruck (2014), S. 10.

¹⁰²⁰ Inwiefern diese beiden Vorgehensweisen aufgrund unterschiedlicher erkenntnistheoretischer Annahmen unvereinbar sind oder sie lediglich unterschiedliche (und daher auch kombinierbare) Perspektiven auf ein Phänomen bieten, soll hier nicht diskutiert werden, vgl. dazu bspw. Becker (1996). Es wird allerdings angenommen, dass sich die Wahl der Methode nach ihrer Eignung zur Beantwortung der Forschungsfrage zu richten hat, vgl. Flick (2007a), S. 53.

¹⁰²¹ Vgl. Flick (2007a), S. 23f.; Lamnek (2010), S. 6ff.

Sie zielen darauf ab, über repräsentative Stichproben und möglichst kontrollierte Untersuchungsabläufe einen hohen Grad an Objektivität und Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse zu erzielen.¹⁰²² Dabei sind sie in den Sozialwissenschaften darauf angewiesen, soziale Phänomene über eine Operationalisierung mess- und quantifizierbar machen zu können.¹⁰²³ Denn die Überprüfung der Hypothesen erfolgt unter Einsatz statistischer Verfahren.¹⁰²⁴ Damit eignen sich quantitative Methoden besonders gut zur Überprüfung von Zusammenhängen in Forschungsbereichen, die bereits ausreichend theoretisch basiertes Vorwissen aufweisen, um auf dieser Grundlage schlüssige Hypothesen für eine Überprüfung generieren zu können.

In Abgrenzung zur quantitativen Forschung entstanden, sind die verschiedenen Herangehensweisen an qualitative Forschung vielfältiger.¹⁰²⁵ Trotzdem lassen sich einige Aussagen treffen, die wenigstens für einen großen Teil dieser Ansätze gelten sollten.¹⁰²⁶ Qualitative Forschung nähert sich dem Forschungsgegenstand unvoreingenommener als quantitative Forschung. Damit ist nicht gemeint, dass theoretisches Vorwissen ausgeblendet wird.¹⁰²⁷ Sondern qualitative Forschung verzichtet meist auf die Formulierung von Hypothesen und eine Festlegung auf eine Methode unabhängig vom Untersuchungsgegenstand.¹⁰²⁸ Im Forschungsprozess wird dabei flexibel auf den zu untersuchenden Gegenstand reagiert.¹⁰²⁹ Hypothesen werden meist erst durch die Auseinandersetzung mit dem konkreten Untersuchungsgegenstand entwickelt. Dies dient dazu, zu vermeiden, dass relevante Aspekte unberücksichtigt bleiben, alleine aufgrund der Tatsache, dass sie nicht Bestandteil

¹⁰²² Vgl. Blatter/Janning/Wagemann (2007), S. 25ff.; Brüsemeister (2008), S. 20ff.

¹⁰²³ Vgl. Flick (2007a), S. 23f.

¹⁰²⁴ Vgl. Blatter/Janning/Wagemann (2007), S. 30.

¹⁰²⁵ Vgl. Lamnek (2010), S. 19ff.; Mey/Mruck (2014), S. 10; Reichertz (2007), S. 197.

¹⁰²⁶ Vgl. Lamnek (2010), S. 19ff. Allerdings unterscheidet sich die Zusammenstellung dieser Kriterien, vgl. anders als Lamnek bspw. Flick (2007a), S. 26ff.

¹⁰²⁷ Vgl. Brüsemeister (2008), S. 24f.

¹⁰²⁸ Qualitative Methoden können jedoch auch hypothesentestend eingesetzt werden, vgl. bspw. Harvey/Schaefer (2001), S. 245.

¹⁰²⁹ Vgl. Lamnek (2010), S. 23f.

der Hypothesen waren.¹⁰³⁰ Wird die Methode in konkretem Bezug zum Untersuchungsgegenstand gewählt, können auch komplexe Phänomene der sozialen Umwelt untersucht werden.¹⁰³¹ Qualität qualitativer Forschung zeigt sich demgemäß auch darin, dass für das zu untersuchende Phänomen eine adäquate Methode gewählt wurde.¹⁰³²

Qualitative Methoden abstrahieren dabei nicht wie quantitative vom Einzelfall. Sondern sie berücksichtigen diesen ausdrücklich in seinem Kontext und versuchen, mit dessen Hilfe zu einer schlüssigen Rekonstruktion der für diesen Fall gültigen Wirklichkeit zu kommen.¹⁰³³ In diesem Prozess ist sich das Forschungssubjekt seiner Subjektivität bewusst.¹⁰³⁴ Es sollte seine subjektive Interpretation allerdings intersubjektiv nachvollziehbar machen, indem es seine Vorgehensweise transparent macht.¹⁰³⁵ Qualitative Methoden eignen sich daher besonders gut zur Beantwortung von Forschungsfragen, deren Ziel die Verbesserung der Kenntnisse über bisher noch unzureichend erforschte Bereiche der Realitätskonstruktion ist.¹⁰³⁶ Da hierfür eine intensive Auseinandersetzung mit dem Forschungsgegenstand notwendig ist, beschäftigt sich qualitative Forschung häufig mit nur einer oder wenigen Einheiten.¹⁰³⁷

Aus dieser Gegenüberstellung sollte deutlich geworden sein, dass für die Beantwortung der Forschungsfragen, zu deren Hintergrund bisher wenig Vorwissen vorliegt, eine qualitative Herangehensweise vielversprechender ist. Zumal aufgrund der interpretativen Perspektive eine Objektivität¹⁰³⁸, wie sie in der quantitativen Forschung gefordert wird,

¹⁰³⁰ Vgl. Lamnek (2010), S. 19f.

¹⁰³¹ Vgl. Flick (2007a), S. 27f.

¹⁰³² Vgl. Reichertz (2007), S. 200.

¹⁰³³ Vgl. Flick (2007a), S. 28f.; Lamnek (2010), S. 20ff.

¹⁰³⁴ Vgl. Flick (2007a), S. 29.

¹⁰³⁵ Vgl. Reichertz (2007), S. 200.

¹⁰³⁶ Vgl. Lamnek (2010), S. 30.

¹⁰³⁷ Vgl. Brüsemeister (2008), S. 20.

¹⁰³⁸ Hier geht es um ein Verständnis von Objektivität als neutrale, absolute Wahrheit. Dies ist durch empirische Forschung insbesondere in den Sozialwissenschaften nicht erreichbar, vgl. Lamnek (2010), S. 154.

nicht Ziel der Untersuchung sein kann. Dies weist bereits auf die Problematik der Übertragbarkeit von Gütekriterien aus der quantitativen auf die qualitative Forschung hin. Die quantitativen Gütekriterien der Repräsentativität, Objektivität, Validität und Reliabilität können nicht in einer Eins-zu-eins-Umsetzung übernommen werden. Denn Epistemologie und Methodologie sind, wie oben gezeigt, sehr unterschiedlich.¹⁰³⁹ Trotzdem steht auch qualitative Forschung vor der Notwendigkeit, ihre Qualität intersubjektiv nachvollziehbar zu gestalten. Neben der inhaltlichen Neubestimmung der Kriterien aus der quantitativen Forschung,¹⁰⁴⁰ werden neue Kriterien entwickelt, um die Güte qualitativer Forschung zu bestimmen.¹⁰⁴¹ Als zentral erweisen sich dabei die Angemessenheit von Theorie und Methode für die Forschungsfrage¹⁰⁴² sowie die intersubjektive Nachvollziehbarkeit der Vorgehensweise.¹⁰⁴³ Dies bedeutet Transparenz nicht nur hinsichtlich der Auswahl von Theorie und Methode, sondern auch hinsichtlich der Vorgehensweise bei der Analyse. In den vorherigen Kapiteln zielte die Rückbindung der gewählten Theorien an die Forschungsfragen bereits darauf ab, diese Gütekriterien zu erfüllen. Im weiteren Vorgehen sollen auch die Wahl der Methode ebenso wie der Analyseprozess offengelegt werden, um den Gütekriterien auch im empirischen Teil der Arbeit Genüge zu tun. Als erster Schritt dazu legt das Ziel, wenige oder nur eine Einheit intensiver zu untersuchen, in diesem Fall die Interpretation der Bundesregierung, eine Fallstudie nahe.

7.2 Fallstudie

Die Untersuchung der Veränderungen der Wahrnehmung von Unternehmensverantwortung durch die deutsche Bundesregierung kann als

¹⁰³⁹ Vgl. Lamnek (2010), S. 128; Steinke (2007), S. 178.

¹⁰⁴⁰ Vgl. bspw. Flick (2007b), S. 194ff.; Flick (2010), S. 398; Lamnek (2010), S. 133ff.

¹⁰⁴¹ Vgl. bspw. Flick (2007a), S. 500ff.; Steinke (2007), S. 181ff.

¹⁰⁴² Vgl. Flick (2007a), S. 512ff.; Lamnek (2010), S. 130; Steinke (2007), S. 181ff.

¹⁰⁴³ Vgl. Flick (2007a), S. 525f.; Reichertz (2007), S. 200; Steinke (2007), S. 186.

Fallstudie betrachtet werden.¹⁰⁴⁴ Im Bereich der Veränderung von Identitäten im Zusammenhang mit institutionellen Logiken wurden Fallstudien bereits nutzbringend eingesetzt.¹⁰⁴⁵ Ziel dieser Vorgehensweise ist die vertiefte und umfassende Beschäftigung mit einer besonderen Einheit¹⁰⁴⁶ in ihrem Kontext.¹⁰⁴⁷ Fallstudien sind sowohl variabel hinsichtlich ihrer räumlichen als auch ihrer zeitlichen Ausdehnung. Daher können sie einen oder mehrere Fälle zu einem Zeitpunkt oder über einen Zeitraum hinweg betrachten.¹⁰⁴⁸ Für die Beantwortung der Forschungsfragen ist die Untersuchung einer Einheit, des Verständnisses der Bundesregierung von Unternehmensverantwortung und der damit verbundenen Eigenkonstruktion im Rahmen eines Entwicklungsprozesses notwendig. Somit lässt sich die Fallstudie als räumlich auf eine Einheit beschränkt, aber über einen längeren Zeitraum verschiedene Fälle untersuchend charakterisieren.

Ein grundlegender Schritt im Rahmen einer Fallstudie ist die Fallauswahl.¹⁰⁴⁹ Hierbei muss jedoch unterschieden werden, von welchen Grundannahmen hinsichtlich der Beziehung zwischen Einzelfall und Gesamtheit ausgegangen wird.¹⁰⁵⁰ Die Fallauswahl kann mit dem Ziel der Repräsentativität des Einzelfalls für eine, möglicherweise noch zu entdeckende, Grundgesamtheit anderer Fälle erfolgen.¹⁰⁵¹ In diesem Fall gilt, dass, sollen gewonnene Erkenntnisse, wenn auch eingeschränkt,¹⁰⁵² dem Verständnis ähnlicher Fälle dienen, die zu untersu-

¹⁰⁴⁴ Die Bedeutung des Konzepts der Fallstudie ist nicht klar umgrenzt, vgl. Gerring (2004), S. 342; Gerring (2006), S. 707f.; Levy (2008), S. 2; van Evera (1997), S. 49.

¹⁰⁴⁵ Vgl. Lok (2010), S. 1331f.

¹⁰⁴⁶ Vgl. Blatter/Janning/Wagemann (2007), S. 127; Flick (2007a), S. 177; Gerring (2004), S. 343f.; Wicks (2001), S. 668.

¹⁰⁴⁷ Vgl. Eisenhardt/Graebner (2007), S. 25; Yin (1992), S. 123.

¹⁰⁴⁸ Vgl. Gerring (2004), S. 342ff. Ob bei der vergleichenden Untersuchung mehrerer Einheiten noch von einer Fallstudie gesprochen werden kann, ist nicht einheitlich definiert, vgl. bspw. Eisenhardt/Graebner (2007); 27; Gerring (2004), S. 342 und Yin (1992), S. 130.

¹⁰⁴⁹ Vgl. Hildenbrand (1995), S. 258; Seawright/Gerring (2008), S. 294ff.

¹⁰⁵⁰ Vgl. Hildenbrand (1995), S. 256f.

¹⁰⁵¹ Vgl. für eine Unterscheidung bspw. Levy (2008), S. 3ff.

¹⁰⁵² Vgl. bspw. Flick (2007a), S. 178; Jahn (2013), S. 324.

chende Einheit zu der Gesamtheit ähnlicher Fälle in einem spezifischen Verhältnis stehen muss.¹⁰⁵³ Die Entwicklung des Verständnisses der Bundesregierung von Unternehmensverantwortung und ihrer damit verbundenen Eigenkonstruktion kann als abweichender Fall¹⁰⁵⁴ betrachtet werden. Denn sie entspricht, nach bisherigen Erkenntnissen, nicht den Erwartungen, die Mattens und Moons theoretische Überlegungen an sie stellen. Demnach müsste eine Veränderung von impliziter zu expliziter CSR stattgefunden haben, die nicht generell auf Deutschland übertragbar ist. Inwiefern dies aus bisherigen Erkenntnissen geschlossen werden kann, wurde bereits in Kapitel 2.2.3 begründet. Ziel einer solchen Fallauswahl ist die Entdeckung bisher unberücksichtigter Prozesse.¹⁰⁵⁵ Damit eignet sie sich besonders gut zur Beantwortung dieses Aspektes der Forschungsfragen.

Andererseits geht es bei der Wissenssoziologischen Diskursanalyse um das Aufdecken von Wissen, das qua Grundannahme in Diskursen transportiert wird.¹⁰⁵⁶ Dadurch wird eine Typisierung ermöglicht, auf deren Grundlage gegenstandsbezogene Theorien entwickelt werden können.¹⁰⁵⁷ Ausgehend von dieser Grundannahme ist weniger die Auswahl des spezifischen Diskurses, bzw. der zu untersuchenden Einheit, entscheidend. Diese ist abhängig von den, für die Beantwortung der Forschungsfragen relevanten, Akteuren und Diskursthemen.¹⁰⁵⁸ Grundlegend ist vielmehr die Auswahl der innerhalb dieser Einheit zu analysierenden Daten, oder Fälle, die im Zuge des Sampling¹⁰⁵⁹ ausgewählt werden. Die Überprüfung von Annahmen, die an die Daten herangetragen werden, erfolgt dann innerhalb des Falls anhand einer vergleichen-

¹⁰⁵³ Vgl. Brüsemeister (2008), S. 58f.; Eisenhardt/Graebner (2007), S. 27; Seawright/Gerring (2008), S. 296ff.

¹⁰⁵⁴ Vgl. Seawright/Gerring (2008), S. 302f.

¹⁰⁵⁵ Vgl. Seawright/Gerring (2008), S. 302.

¹⁰⁵⁶ Erst das gemeinschaftliche Wissen einer Gesellschaft ermöglicht in dieser sinnvolles Handeln, vgl. Keller (2011c), S. 11ff. Vgl. weiterhin zu den grundlegenden Annahmen der Wissenssoziologischen Diskursanalyse Kapitel 5.

¹⁰⁵⁷ Vgl. Bormann (2011), S. 226; Keller (2011c), S. 204; Lamnek (2010), S. 166.

¹⁰⁵⁸ Vgl. Keller (2011a), S. 86.

¹⁰⁵⁹ Vgl. Abschnitt 7.7.

den Analyse verschiedener Aussagen.¹⁰⁶⁰ Insofern kommt der Begründung der Samplingstrategie bei der Auswahl der konkret zu untersuchenden Daten aus diesem Blickwinkel eine größere Bedeutung zu. Darauf wird in Abschnitt 7.7 genauer eingegangen.

Fallstudien, die sich auf die Untersuchung einer Einheit beschränken, bringen eine begrenzte Verallgemeinerbarkeit mit sich.¹⁰⁶¹ Dies ist, wie oben erläutert, allerdings eher für den Aspekt hinsichtlich der theoretischen Annahmen von Matten und Moon zu einer generellen Entwicklung von impliziter zu expliziter CSR relevant. Für den explorativen Aspekt, der der grundlegenden Erkenntnis über das Verständnis der Bundesregierung von Unternehmensverantwortung dient, ist dies aufgrund der methodischen Vorgehensweise weniger von Belang. Fallstudien über eine Einheit haben jedoch den Vorteil, dass sie eine tiefgreifende Auseinandersetzung mit der gewählten Einheit ermöglichen.¹⁰⁶² Das ist insbesondere dann sinnvoll, wenn zu einem Forschungsbereich noch keine tiefgehenden Untersuchungen vorliegen, aber – wie in diesem Fall – die Aufdeckung von Prozessen und deren Auslösern Ziel einer Untersuchung sind.¹⁰⁶³ Die Untersuchung einer Fallstudie gibt keine konkrete Methode für die Analyse der zu untersuchenden Einheit vor.¹⁰⁶⁴ Dies ermöglicht den Einsatz diskursanalytischer Vorgehensweisen, wie er weiter unten¹⁰⁶⁵ erläutert wird.

¹⁰⁶⁰ Vgl. Keller (2011a), S. 103ff.

¹⁰⁶¹ Vgl. Flick (2007a), S. 178; Gerring (2004), S. 346; Hildenbrand (1995), S. 260; van Evera (1997), S. 53.

¹⁰⁶² Vgl. Brüsemeister (2008), S. 96f.; Eisenhardt/Graebner (2007), S. 27; Flick (2007a), S. 178.

¹⁰⁶³ Vgl. Blatter/Janning/Wagemann (2007), S. 128f.; Wicks (2001), S. 668.

¹⁰⁶⁴ Vgl. Brüsemeister (2008), S. 55; Yin (1992), S. 128. Trotzdem wird, bspw. in der Politikwissenschaft häufig mit einem Fallstudiendesign eine Prozessanalyse verbunden, vgl. Blatter/Janning/Wagemann (2007), S. 123ff.; George/Bennett (2005), S. ix.

¹⁰⁶⁵ Vgl. Abschnitt 7.8.

7.3 Retrospektives Vorgehen

Im Fokus der vier formulierten Forschungsfragen an die Fallstudie steht die Rekonstruktion von Veränderungsprozessen und deren Auslösern. Prozesse lassen sich nur durch eine Betrachtung über einen Zeitraum hinweg nachvollziehen, da die Entwicklung des Prozesses und nicht einzelne, konkrete Ergebnisse eines Prozesses im Vordergrund des Interesses stehen.¹⁰⁶⁶ Da es sich bei dem für die Forschungsfragen relevanten Prozess um einen Prozess in der Vergangenheit handelt, wird eine retrospektive Vorgehensweise gewählt.¹⁰⁶⁷ Eine solche, nachträgliche Konstruktion von Prozessen bringt den Nachteil einer bereits feststehenden Gesamtheit zur Verfügung stehender Archivdaten mit sich.¹⁰⁶⁸ Allerdings erleichtert das Vorwissen über die Entwicklung eine adäquate Datenauswahl.¹⁰⁶⁹

Der Einsatz der Wissenssoziologischen Diskursanalyse bringt es zudem mit sich, dass die Untersuchung des Diskurses möglichst bewusst getrennt von bereits vorhandenem Vorwissen über den untersuchten Diskurs vorgenommen werden sollte.¹⁰⁷⁰ Die Untersuchung kürzerer Zeiträume der jüngsten Vergangenheit birgt die Gefahr, dass Veränderungen nicht wahrgenommen oder aufgrund von Vorwissen oder institutioneller Prägung nicht als Veränderung, sondern als „selbstverständliche“ Bestandteile eines Diskurses betrachtet werden.¹⁰⁷¹ Wird allerdings ein längerer Zeitraum (in diesem Fall 22 Jahre)¹⁰⁷² untersucht, können bei Vergleichen zwischen zeitlich auseinanderliegenden Diskursbestandteilen Unterschiede deutlicher werden und helfen, vorhandenes

¹⁰⁶⁶ Vgl. Langley (2011), S. 409.

¹⁰⁶⁷ Vgl. Flick (2007a), S. 180ff.; Langley (2011), S. 413f.

¹⁰⁶⁸ Vgl. Langley (2011), S. 414.

¹⁰⁶⁹ Vgl. Langley (2011), S. 414.

¹⁰⁷⁰ Vgl. Keller (2009), S. 60; Keller (2011a), S. 101ff.; Keller (2011c), S. 269ff.

¹⁰⁷¹ Vgl. Suddaby/Greenwood (2011), S. 185.

¹⁰⁷² Vgl. Abschnitt 7.4.

Wissen in Frage zu stellen.¹⁰⁷³ Dadurch wird die Wahrnehmung von Veränderungsprozessen verbessert.

7.4 Untersuchungszeitraum 1991–2013

Hiß sieht erste Anzeichen für Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld in Deutschland in der Mitte der 80er Jahre.¹⁰⁷⁴ Signifikante Veränderungen treten in ihrer Darstellung allerdings erst mit Beginn der 90er Jahre auf¹⁰⁷⁵ und Kinderman sieht ein Aufkommen von CSR in Deutschland in der Mitte der 90er Jahre.¹⁰⁷⁶ Im Zuge dieser Veränderungen kommt es nach Hiß' Ansicht auch zu Veränderungen des Verständnisses von Unternehmensverantwortung in Deutschland.¹⁰⁷⁷ Beide sehen das Aufkommen von CSR als Folge des Niedergangs des Rheinischen Kapitalismus mit seinen spezifischen Arbeitsbeziehungen und den Verflechtungen der Deutschland AG.¹⁰⁷⁸ Den Beginn des Untersuchungszeitraums auf 1991 zu setzen beruht also zunächst auf den zu diesem Zeitpunkt beginnenden Veränderungen des Verständnisses von Unternehmensverantwortung. Da der Veränderungsprozess nachvollzogen werden soll und ein konkreter Beginn der Veränderung nicht festgestellt werden konnte, dient der Beginn einer neuen Regierungsperiode (des Kabinetts Kohl IV am 18.01.1991) als Ausgangspunkt. Regierungsperioden sind deshalb bedeutsam, da es bei einem Wechsel der Regierung (als relevanter kollektiver Akteurin) durch Veränderungen im Personal auch zu Veränderungen des Realitätsverständnisses kommen kann. Daher werden Regierungswechsel in der Analyse berücksichtigt und das Ende des Untersuchungszeitraums liegt ebenfalls auf dem Ende der Regierungszeit des Kabinetts Merkel II am 17.12.2013.

¹⁰⁷³ Vgl. Suddaby/Greenwood (2011), S. 185, zu ähnlichen Überlegungen für einen Vergleich zweier unterschiedlicher Fälle Geden (2006), S. 54.

¹⁰⁷⁴ Vgl. Hiß (2009b), S. 436.

¹⁰⁷⁵ Vgl. Hiß (2009b), S. 436.

¹⁰⁷⁶ Vgl. Kinderman (2008), S. 31. Ebenso Heuberger (2008), S. 465.

¹⁰⁷⁷ Vgl. Hiß (2009a), S. 293f.; mit der gleichen Einschätzung auch Kinderman (2008), S. 31.

¹⁰⁷⁸ Vgl. Hiß (2009b), S. 436ff.; Kinderman (2008), S. 31.

Innerhalb des Untersuchungszeitraums liegen mit dem Platzen der Dotcom-Blase 2000 und der Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2007 zwei wirtschaftlich und politisch relevante Krisen. Krisen stellen Ereignisse dar, die bisherige Logiken oder Diskurse infrage stellen können. Denn durch sie entstehen Praktiken oder neue Deutungsmuster, die zur Interpretation der Realität herangezogen werden. Wenn sich diese Praktiken oder Deutungsmuster nicht mehr mit den tradierten Narrativen verstehen lassen, kann es zu Veränderungen von Logiken oder Diskursen kommen.¹⁰⁷⁹ Ebenfalls von Interesse sind die wirtschaftlichen Dynamiken, die sich zu Beginn des Untersuchungszeitraums – nach der deutschen Wiedervereinigung sowie durch die Entstehung des europäischen Binnenmarktes – entwickelt haben.¹⁰⁸⁰ Wie genau (oder ob überhaupt) sich diese Ereignisse auf das Verständnis von Unternehmensverantwortung in Deutschland durch die Regierung ausgewirkt haben, wird sich erst durch die Analyse bestimmen lassen.

7.5 Reden als Diskursbestandteile

Bei retrospektiven Studien, insbesondere über längere Zeiträume, ist es sinnvoll, auf „natürliche Daten“¹⁰⁸¹ für die Untersuchung zurückzugreifen. Das hat den Vorteil, nicht auf eine retrospektive Einschätzung von Interviewpartnern angewiesen zu sein und im Hinblick auf Identitätskonstruktionen keine sozial erwünschten Antworten zu generieren.¹⁰⁸² Die Operationalisierung einer möglichen Veränderung der Beziehung zwischen Bundesregierung und großen deutschen Unternehmen über die organisationale Identität der Bundesregierung bringt in diesem

¹⁰⁷⁹ Vgl. für die Bedeutung von Krisen für die soziologische Untersuchung von gesellschaftlichen Veränderungen bspw. Backhaus-Maul/Kunze (2012), S. 88.

¹⁰⁸⁰ Vgl. für einen Überblick über institutionelle Veränderungen in Deutschland in einem Zeitraum von 1979- 2009 und die Bedeutung von Wiedervereinigung und Europäisierung Jackson/Sorge (2012).

¹⁰⁸¹ Bei natürlichen Daten handelt es sich um Daten, die ohne die Einwirkung der Forscherin entstanden sind, vgl. Keller (2011a), S. 79; Keller (2011c), S. 236.

¹⁰⁸² Vgl. bspw. Golden (1992), S. 857 für eine Analyse der Korrektheit retrospektiver Interviews; Lok (2010), S. 1311 für die Probleme sozial erwünschter Antworten in Interviews zu Identität.

Punkt einen zusätzlichen, entscheidenden Vorteil in der Empirie. Denn es existieren zwar auch Indikatoren, die die Beziehungsqualität zwischen zwei Akteuren (in diesem Fall meist Unternehmen und Stakeholder) direkt messen,¹⁰⁸³ jedoch wird die Beziehungsqualität dann anhand von Befragungen gemessen. Bei diesen Untersuchungen liegt der Fokus auf Kunden, Mitarbeitern und Investoren.¹⁰⁸⁴ Für diese Stakeholdergruppen ist die Beziehungsqualität keine sensible Information. Untersucht man hingegen das Verhältnis von Regierungen und Unternehmen, verhält sich dies anders. In diesem Fall kann Beziehungsqualität als leichter Zugang für Lobbyisten missverstanden werden.¹⁰⁸⁵ Bei direkten Befragungen (sowohl bei einer Umfrage als auch bei Interviews) besteht daher die Gefahr sozial erwünschten Verhaltens. Die Beziehung könnte schlechter dargestellt werden, als sie ist und die Faktoren, die diese Beziehung beeinflussen, unvollständig oder gar nicht aufgedeckt werden. Die Bezugnahme auf direkte Interviews mit Akteuren des organisationalen Feldes scheidet daher aus. Vielmehr erscheint eine Untersuchung, die die Selbstwahrnehmung in Abgrenzung zu anderen untersucht und daher auch auf unabhängiges Archivmaterial zurückgreifen kann, geeignet, relevante Einflussfaktoren und Veränderungen in der Beziehung aufzuzeigen.

Für die Analyse eines möglichen Veränderungsprozesses im Verständnis von Unternehmensverantwortung der deutschen Bundesregierung ist es darüber hinaus zweckmäßig, die Untersuchung auf Äußerungen der Bundesregierung selbst zu beschränken. Äußerungen anderer Akteure würden bereits eine Interpretation dieses Verständnisses beinhalten. Da zu Beginn des Untersuchungszeitraums von der Bundesregierung audiovisuelle Materialien (wie bspw. Audio- oder Filmmitschnitte von Reden) noch nicht in gleicher Weise wie gegen Ende des Untersuchungszeitraums zur Verfügung gestellt werden, wird aus Gründen einer möglichst hohen Vergleichbarkeit auf textförmige Daten zurück-

¹⁰⁸³ Vgl. bspw. Grunig (2002); Palmatier et al. (2006); Sirgy (2002).

¹⁰⁸⁴ Vgl. Palmatier et al. (2006), S. 137; Sirgy (2002), S. 156.

¹⁰⁸⁵ Vgl. zur Problematik des Einsatzes von Interviews im Bereich Lobbying bspw. Lawton/McGuire/Rajwani (2013), S. 100.

gegriffen. Die Bundesregierung produziert eine sehr hohe Anzahl an verschiedenen Textarten.¹⁰⁸⁶ Hierzu zählen Pressemitteilungen, Reden, Mitschriften von Pressekonferenzen und Berichte oder Informationen auf Internetseiten. In dieser Arbeit wird bei der Analyse auf eine einzige Textsorte, Reden, zurückgegriffen. Diese Einschränkung wird getroffen, um eine Konsistenz der Daten zu gewährleisten.¹⁰⁸⁷

Reden richten sich meist zunächst an die persönlich Anwesenden, aber auch an Empfänger von audiovisuellen Mitteilungen und Leser (bei späterer schriftlicher Veröffentlichung des Manuskripts).¹⁰⁸⁸ Politische Reden sind auf das Ziel ausgerichtet, ihre Adressaten zu überzeugen und setzen dafür verschiedene rhetorische Mittel ein.¹⁰⁸⁹ Welche Mittel eingesetzt werden und welchen Stil ein Redner einsetzt, hängt auch von dem konkreten historisch-sozialen Kontext ab, in dem die Rede gehalten wird.¹⁰⁹⁰ Besonders interessant an der Rede als Kommunikationsmittel ist der Aspekt der Selbstkonstruktion durch die Rede.¹⁰⁹¹ Das ist insbesondere bei der Betrachtung eines kollektiven Akteurs bedeutsam. Denn Ziel der Untersuchung ist weniger die Konstruktion der Ansichten der Bundeskanzlerin oder des Bundeskanzlers, sondern die der Regierung¹⁰⁹² insgesamt.

Kanzlerin oder Kanzler¹⁰⁹³ schreiben ihre Reden nicht alleine, angesichts der großen Anzahl an Reden und der Bedeutung, die ihnen durch

¹⁰⁸⁶ Vgl. Heinze (2012), S. 181f.; Jarren/Donges (2011), S. 143.

¹⁰⁸⁷ Vgl. Keller (2011a), S. 88. Reden können als Genre ebenfalls in verschiedene Subgenres unterteilt werden, vgl. Reisigl (2008), S. 243ff. Da diese Unterteilungen jedoch bspw. hinsichtlich der politischen Position des Sprechers oder des Themas vorgenommen werden können, vgl. Reisigl (2008), S. 249f., wird durch das vorgenommene Sampling auch hier eine gewisse Einheitlichkeit gewahrt.

¹⁰⁸⁸ Vgl. Grieswelle (2000), S. 53; Reisigl (2008), S. 256f.

¹⁰⁸⁹ Vgl. Grieswelle (2000), S. 62; Schäffner (1996), S. 203.

¹⁰⁹⁰ Vgl. Grieswelle (2000), S. 63.

¹⁰⁹¹ Vgl. Grieswelle (2000), S. 54; Reisigl (2008), S. 251.

¹⁰⁹² Wie in Fußnote 18 bereits erwähnt, setzt sich die deutsche Bundesregierung aus der Bundeskanzlerin/dem Bundeskanzler und den Bundesministerinnen/Bundesministern zusammen, vgl. Art. 62 GG.

¹⁰⁹³ Warum nur auf Reden aus dem Kanzleramt eingegangen wird, wird in Abschnitt 7.7 erläutert.

die Öffentlichkeit beigemessen wird, wäre dies neben der ohnehin bereits hohen Arbeitsbelastung kaum möglich.¹⁰⁹⁴ Sie greifen dafür auf Redenschreiberinnen und Redenschreiber¹⁰⁹⁵ sowie auf Vorleistungen der Fachreferate im Bundeskanzleramt¹⁰⁹⁶ und in den Fachministerien¹⁰⁹⁷ zurück, so dass die auf diese Art entstandenen Reden durchaus als Produkt eines kollektiven Akteurs und dessen Identität verstanden werden können.¹⁰⁹⁸ Die Bezugnahme auf die eigene Identität macht auch die Abgrenzung zu anderen Akteuren und damit eine indirekte Fremdpositionierung in dieser Art der Kommunikation wahrscheinlicher. Damit eignet sich die Rede als Textform besonders gut zur Untersuchung der Veränderung von Fremd- und Selbstpositionierung der Bundesregierung auch im Bereich Unternehmensverantwortung.

Reden eignen sich außerdem besonders gut zur Rekonstruktion von Veränderungsprozessen in der Wahrnehmung der Realität insgesamt, da sie in einer großen Bandbreite von politischen Handlungsfeldern zum Einsatz kommen können.¹⁰⁹⁹ Dadurch wird es möglich, die Konstruktion der Realität durch die Bundesregierung umfassender zu analysieren als es bspw. durch eine Untersuchung von Interviews möglich gewesen wäre. Zudem werden Reden zwar meist auch vor Pressevertretern gehalten, richten sich jedoch nicht, wie Pressemitteilungen,¹¹⁰⁰ hauptsächlich an eine bestimmte Rezipientengruppe.¹¹⁰¹ Daher stellen sie einen Diskursbeitrag dar, der die Realität nicht nur für eine konkrete andere Diskursteilnehmergruppe, sondern (je nach Kontext der Rede) für viele verschiedene Gruppen sinnvoll widerspiegeln muss.¹¹⁰² Reden, die in verschiedenen Kontexten gehalten wurden, sollten daher die Rea-

¹⁰⁹⁴ Vgl. Göttert (2015), S. 456; Pörksen (2002), S. 162; Reisigl (2008), S. 261.

¹⁰⁹⁵ Vgl. Göttert (2015), S. 459ff.; Reisigl (2008), S. 252ff.

¹⁰⁹⁶ Vgl. Fleischer (2011), S. 212f.

¹⁰⁹⁷ Vgl. Fröhlich (2013), S. 394.

¹⁰⁹⁸ Vgl. für den Einfluss von an-dem-Entstehen-einer-Rede-Beteiligter Fröhlich (2013), S. 394.

¹⁰⁹⁹ Vgl. Baban (2013), S. 100ff.; Reisigl (2008), S. 248; Wodak (2001), S. 78f.

¹¹⁰⁰ Vgl. Lassen (2006), S. 507.

¹¹⁰¹ Vgl. Grieswelle (2000), S. 53; Schäffner (1996), S. 202.

¹¹⁰² Vgl. Reisigl (2008), S. 259f.

litätskonstruktion der Bundesregierung umfassender ermöglichen als dies bspw. bei Pressemitteilungen möglich wäre.

Auch aus diesem Grund wurde darauf verzichtet, nur auf Reden aus einem spezifischen Kontext, bspw. aus Bundestagsdebatten, zurückzugreifen. Selbstverständlich kann dadurch nicht ausgeschlossen werden, dass bspw. in Reden, die vor Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern gehalten wurden, andere Aspekte als in Reden, die vor Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gehalten wurden, angesprochen wurden.¹¹⁰³ Jede Rede enthält als kommunikative Handlung Äußerungen und kann auch Aussagen enthalten, die bereits einen stärker typisierten Charakter besitzen.¹¹⁰⁴ Dadurch kann sie als Bestandteil eines Diskurses betrachtet werden.¹¹⁰⁵ Als Bestandteil eines Diskurses sollten verschiedene Reden eines Akteurs nicht zu stark voneinander abweichen. Auch die mediale Verbreitung von Reden lässt es unwahrscheinlich erscheinen, dass vor verschiedenen Auditorien vollständig gegensätzlichen Auffassungen vertreten werden. Denn dies könnte durch die Presse oder eine andere interessierte Öffentlichkeit sofort aufgedeckt und so die Glaubwürdigkeit des Akteurs, entgegen der eigentlichen Absicht eines öffentlichen Auftritts, schwer beschädigt werden.¹¹⁰⁶

7.6 Datenerhebung

Die Datenerhebung erfolgte über verschiedene Quellen. Da nur die neueren Jahrgänge von Reden online zugänglich waren (über das Onlinearchiv der Bundesregierung und die Internetseiten der verschiedenen Ministerien sowie des Kanzleramts), wurden die älteren Jahrgän-

¹¹⁰³ Allerdings wurde bei der Analyse der Daten der Kontext der jeweiligen Reden berücksichtigt und es konnten keine nennenswerten Abweichungen festgestellt werden.

¹¹⁰⁴ Vgl. Abschnitt 5.1.

¹¹⁰⁵ Vgl. Abschnitt 5.1; Schäffner (1996), S. 204.

¹¹⁰⁶ Vgl. Althoff (2007), S. 213ff. Für die Problematik von zu viel Darstellung im Vergleich zu tatsächlichem Inhalt vgl. Moloney et al. (2003), S. 167; Sarcinelli (2011), S. 152. Für die eigentlich legitimierungsschaffende Zielsetzung der Regierungskommunikation vgl. Heinze (2012), S. 110.

ge (1991–2005) über die Datenbanken des Archivs des Bundespresseamtes vor Ort erhoben.

Dabei wurde deutlich, dass insbesondere für die Jahre zu Beginn des Untersuchungszeitraums deutlich weniger Dokumente zur Verfügung stehen würden, als gegen Ende. Dafür lassen sich verschiedene Gründe anführen. Zunächst könnte es daran liegen, dass nicht alle vorhandenen Dokumente aller Ministerien digitalisiert und dem Archiv des Bundespresseamtes zur Verfügung gestellt wurden. Archive existieren ebenfalls dezentral in den einzelnen Ministerien. Größtenteils dürfte der Unterschied an Quantität aber der Veränderung der politischen Öffentlichkeit geschuldet sein. Durch die Verbreitung des Internets werden Nachrichten deutlich schneller kommuniziert, es bestehen direkte Zugänge für politische Akteure zu den Bürgern und die Anzahl an Nachrichten pro Tag hat sich deutlich erhöht.¹¹⁰⁷

Ebenfalls auffällig ist für den Zeitraum 2005 – 2009, für den die meisten Daten nur über das Onlinearchiv der Bundesregierung zur Verfügung standen, eine Dominanz von Veröffentlichungen des Bundeskanzleramts. Auch hierfür sind zwei Gründe denkbar: Zunächst hat das Bundespresseamt direkten Zugriff auf diese Veröffentlichungen und ist nicht darauf angewiesen, von anderen Ministerien Material zur Verfügung gestellt zu bekommen. Darüber hinaus konnte aber auch bei den von den einzelnen Ministerien online zur Verfügung gestellten Veröffentlichungen festgestellt werden, dass diese in ihrer Anzahl nach Ressort sehr stark variieren. Während bspw. Kanzleramt, Wirtschafts- und Umweltministerium sehr viele Veröffentlichungen zur Verfügung stellen, ist die Anzahl der Veröffentlichungen von Verteidigungs-, Gesundheits- und Arbeitsministerium eher begrenzt. Es scheint (abhängig vom Ressort) einen quantitativen Unterschied an Veröffentlichungen zu geben.

¹¹⁰⁷ Vgl. Heinze (2012), S. 21ff.

Da diese Untersuchung nicht quantitativ vorgeht, stellt sich nicht das Problem der Repräsentativität. Daher erscheint es weniger kritisch, dass zu Beginn des Untersuchungszeitraums weniger Daten vorliegen. Für die Feinanalyse der Daten muss ohnehin der umfangreiche Datenkorpus deutlich verkleinert werden. Problematischer könnte die unterschiedliche Anzahl der Veröffentlichungen von verschiedenen Ministerien sein. Aufgrund ihrer thematischen Ausrichtung kann angenommen werden, dass verschiedene Ministerien unterschiedliche Verständnisse von Unternehmensverantwortung aufweisen.¹¹⁰⁸ So kann bspw. grundsätzlich vom Landwirtschaftsministerium eine andere Haltung gegenüber Agrarsubventionen erwartet werden als vom Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Auch bei diesem Problem kann darauf verwiesen werden, dass vor der Feinanalyse der Daten ein Sampling steht, durch das versucht werden kann, möglichst Dokumente, die ein breites Meinungsspektrum innerhalb der Regierung abdecken, für die weitere Analyse auszuwählen.

7.7 Sampling

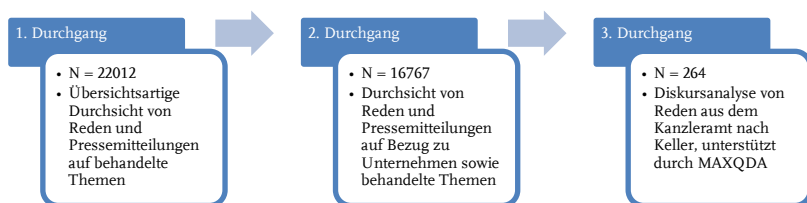
Die prinzipiell verfügbaren 22.012 Dokumente wurden alle vollständig einer ersten Sichtung unterzogen. Dies diente zunächst dazu, Dokumente, die keinerlei Bezug zu Unternehmen aufwiesen, sich spezifisch nur auf kleine und mittlere Unternehmen bezogen¹¹⁰⁹ oder Autoren hatten, die nicht Teil der Bundesregierung waren, aus dem Sample auszuschließen. Ebenso wurden Texte, die auf Englisch verfasst waren und bei denen zu befürchten war, dass aufgrund unterschiedlicher Konnotationen von Begriffen in verschiedenen Sprachen die Interpretation der Texte beeinflusst worden wäre, nicht berücksichtigt. Eine Übersetzung erschwert außerdem eine verstehende Interpretation eines Textes, da diese eine kulturelle Überschneidung von Textproduzierenden und

¹¹⁰⁸ Vgl. zu unterschiedlichen Verständnissen der Bundesministerien von CSR Friedrich/Hadasch (2010), S. 137f.

¹¹⁰⁹ Die Abgrenzung erfolgte anhand der Verwendung des Begriffs „kleine und mittlere Unternehmen“ in einem Dokument.

Interpretierenden voraussetzt.¹¹¹⁰ Eine weitere Selektion erfolgte hinsichtlich eines Bezugs zu dem Begriff „Unternehmen“. Damit sollte sichergestellt werden, dass in den Reden eine Abgrenzung zu Unternehmen als Akteuren, denen Verantwortung zugeschrieben werden kann, erfolgt¹¹¹¹ (vgl. für eine Übersicht über den Samplingprozess Abbildung 9).

Abbildung 9: Vorgehensweise beim Sampling¹¹¹²



Die 16.767 Texte, die in den ersten Datenkorpus übernommen wurden, wurden alle bestimmten Themenbereichen zugeordnet, die sich im Verlauf der Datensammlung verdichteten.¹¹¹³ Abgesehen von dem Ziel, potenziell irrelevante oder verfälschende Dokumente auszusortieren, diente diese erste Auseinandersetzung mit den Dokumenten aber auch dazu, durch eine intensive Beschäftigung mit den Dokumenten (über einen Zeitraum von Mai 2013 bis April 2014) die Grundlage für die spätere Gestaltung des Samples für die Feinanalyse zu legen.¹¹¹⁴ Denn dadurch konnten, in Anlehnung an das Theoretical Sampling, erste Annahmen über die inhaltliche Ausgestaltung des Untersuchungsge-

¹¹¹⁰ Vgl. Reichertz (2007), S. 201f.

¹¹¹¹ *Wirtschaft* wäre ebenfalls als zentraler Begriff möglich gewesen. Allerdings besteht dabei keine klare Abgrenzung zu politischen Aktivitäten wie bspw. der Wirtschaftspolitik.

¹¹¹² Eigene Darstellung.

¹¹¹³ Vgl. zur Zuordnung von Daten zu bestimmten Themenbereichen im Verlauf des Samplings Keller (2009), S. 60f.

¹¹¹⁴ Vgl. für die Bedeutung einer intensiven Auseinandersetzung mit dem Untersuchungsfeld Keller (2011a), S. 90.

genstandes gewonnen werden.¹¹¹⁵ Diese waren für das weitere Vorgehen beim Sampling unerlässlich.

Nach dieser ersten intensiven Auseinandersetzung mit den gesammelten Daten stellte sich heraus, dass eine Berücksichtigung aller zuvor als relevant identifizierten Themenbereiche auch bei einer Beschränkung des Samplings auf Reden aus dem Bereich des Bundeskanzleramtes¹¹¹⁶ gewährleistet ist. Diese Beschränkung ergibt sich aus zwei Gründen: Zunächst waren nur für diesen Akteur Reden über den gesamten zu untersuchenden Zeitraum zu fast allen relevanten Themenbereichen verfügbar. Zudem bestand das Sample selbst nach dieser Beschränkung immer noch aus 264 Reden. Die Beschränkung nur auf Dokumente des Kanzleramts bedeutet selbstverständlich eine geringere Vielfalt möglicher Diskursbeiträge. Sie verringert aber sowohl die Gefahr, dass extremen Beiträgen, die der Ausrichtung des jeweiligen Ressorts geschuldet sein könnten, eine unangemessen große Bedeutung zuteilwird, als auch die Problematik, dass durch Ministerwechsel zusätzliche Veränderungen ausgelöst werden könnten.

Selbstverständlich kann nicht alleine die Richtlinienkompetenz¹¹¹⁷ des Kanzlers oder der Kanzlerin als zusätzliche Begründung der Sinnhaftigkeit dieser Auswahl herangezogen werden. Denn in einzelnen Äußerungen sind Ministerinnen und Minister zunächst frei in ihren Formulierungen und nutzen dies durchaus auch, um sich von anderen Ministerinnen oder Ministern oder der Kanzlerin bzw. dem Kanzler abzugrenzen.¹¹¹⁸ Allerdings besitzt die Kanzlerin bzw. der Kanzler eine „Führungs- und Repräsentationsfunktion“¹¹¹⁹, die auch für die Beilegung inhaltlicher Differenzen zwischen den verschiedenen Akteuren

¹¹¹⁵ Vgl. Flick (2007a), S. 159; Keller (2013), S. 51f.; Strauss (1998), S. 56.

¹¹¹⁶ Reden des Kanzlers bzw. der Kanzlerin sowie Reden des Chefs des Bundeskanzleramtes.

¹¹¹⁷ Vgl. Art. 65 GG; Badura et al. (2013), Art. 65 Rn. 2ff.

¹¹¹⁸ Vgl. Röttger/Zielmann (2012), S. 20.

¹¹¹⁹ Grunden (2011), S. 250.

der Regierung¹¹²⁰ notwendig ist. So ist das Kanzleramt nicht alleiniger Initiator von Gesetzgebungsprozessen und Gestalter aller Politikbereiche,¹¹²¹ es sollte aber die „Einheitlichkeit und Handlungsfähigkeit der Bundesregierung“¹¹²² ermöglichen.¹¹²³ Dabei nimmt das Bundeskanzleramt eine koordinierende Rolle ein, die insbesondere in den für diese Untersuchung relevanten Regierungen auf die Erreichung eines Konsenses abzielte.¹¹²⁴ Da es sich hier um die Untersuchung eines längeren Veränderungsprozesses handelt, kann davon ausgegangen werden, dass sich – mit der Zielsetzung einer gewissen Einheitlichkeit – grundsätzliche Positionierungen und Erwartungshaltungen innerhalb des kollektiven Akteurs Bundesregierung auf Betreiben des Kanzleramtes langfristig annähern. Als eine solch grundsätzliche Positionierung kann das Verständnis von und die damit zusammenhängenden Erwartungshaltungen an andere gesellschaftliche Akteure gelten. Dies gilt umso mehr, als für das Kabinett eine „kollektive Handlungsbefugnis“¹¹²⁵ besteht, die gemeinschaftliche Entscheidungen bedingt.¹¹²⁶ Dadurch wird es unmöglich, dass bspw. ein Ressort Unternehmen als vollständig zu kontrollierende Opportunisten behandelt während ein anderes in ihnen sachkundige Berater sieht, deren Handlungsfreiheit zum Wohle der Gesellschaft gewahrt werden muss. Denn daraus würden konträre Ver-

¹¹²⁰ Vgl. Fleischer (2011), S. 218, obwohl eigentlich im Grundgesetz eine gemeinschaftliche Entscheidungsfindung vorgesehen ist (vgl. Badura et al. (2013), Art. 65 Rn. 75) werden die meisten strittigen Punkte unter Vermittlung des Kanzleramtes gelöst, vgl. zum Vorgehen der letzten Regierungen Kempf (2015), S. 34f.

¹¹²¹ Es gilt neben dem Kanzlerprinzip das Kabinettsprinzip, das für die Regierung eine gemeinschaftliche Entscheidungsfindung vorsieht, vgl. Badura et al. (2013), Art. 65 Rn. 75.

¹¹²² Rudzio (2015), S. 257.

¹¹²³ Vgl. Korte (2011), S. 124; Murswieck (2015), S. 182.

¹¹²⁴ Vgl. Kempf (2015), S. 34ff.

¹¹²⁵ Rudzio (2015), S. 261.

¹¹²⁶ Vgl. Rudzio (2015), S. 261f. Daneben besteht das Ressortprinzip, das einzelnen Ministerien eigenständiges Agieren in ihrem Zuständigkeitsbereich ermöglicht, vgl. Badura et al. (2013), Art 65 Rn. 53ff. Allerdings können einzelne Ministerien trotzdem keine vom Rest der Regierung und insbesondere des Kanzleramtes völlig unabhängigen Entscheidungen treffen, vgl. Fleischer (2011), S. 219. Vgl. Mertes (2007), S. 17ff. für die Problematik des Spannungsverhältnisses zwischen Richtlinienkompetenz und Kollegialprinzip sowie Ressortprinzip für die Kommunikation der Regierung.

haltensweisen der Regierung Unternehmen gegenüber resultieren. Außerdem kann Diskursbeiträgen des Kanzleramtes, aufgrund seiner herausgehobenen Position¹¹²⁷, eine besonders große Wirkung auf die Entwicklung des Gesamtdiskurses zugesprochen werden.¹¹²⁸

Bei der Auswahl der relevanten Texte wurde darauf geachtet, dass für jedes Jahr zu möglichst jedem zuvor als relevant identifizierten Themenbereich eine Äußerung enthalten war. Um eine möglichst gleichmäßige zeitliche Entwicklung abzubilden, wurden für jedes Jahr die jeweils ersten Äußerungen zum jeweiligen Thema ausgewählt. Handelte es sich um ein Wahljahr, wurden auch die jeweils ersten Äußerungen der neuen Regierung in diesem Jahr berücksichtigt. Ziel war es, eine möglichst konstante Abdeckung aller relevanten Themen über die gesamte Untersuchungsperiode zu erzielen.¹¹²⁹

7.8 Analyseprozess

Durch die große Menge der – trotz der Reduzierung durch das Sampling – zu analysierenden Daten wurde auf die Unterstützung einer Analysesoftware (MAXQDA) zurückgegriffen. Diese erleichtert den Umgang

¹¹²⁷ Vgl. Niclauß (2015), S. 13; Rudzio (2015), S. 256; Sarcinelli (2011), S. 292. Für eine zunehmende Bedeutung des Kanzleramts bzw. der Kanzlerin oder des Kanzlers in der Öffentlichkeit vgl. Korte (2011), S. 138; Sarcinelli (2013), S. 99.

¹¹²⁸ Vgl. Kempf (2015), S. 37; dem Kanzleramt untersteht bspw. auch das Bundespresseamt, vgl. Jarren/Donges (2011), S. 144; Mertes (2007), S. 20.

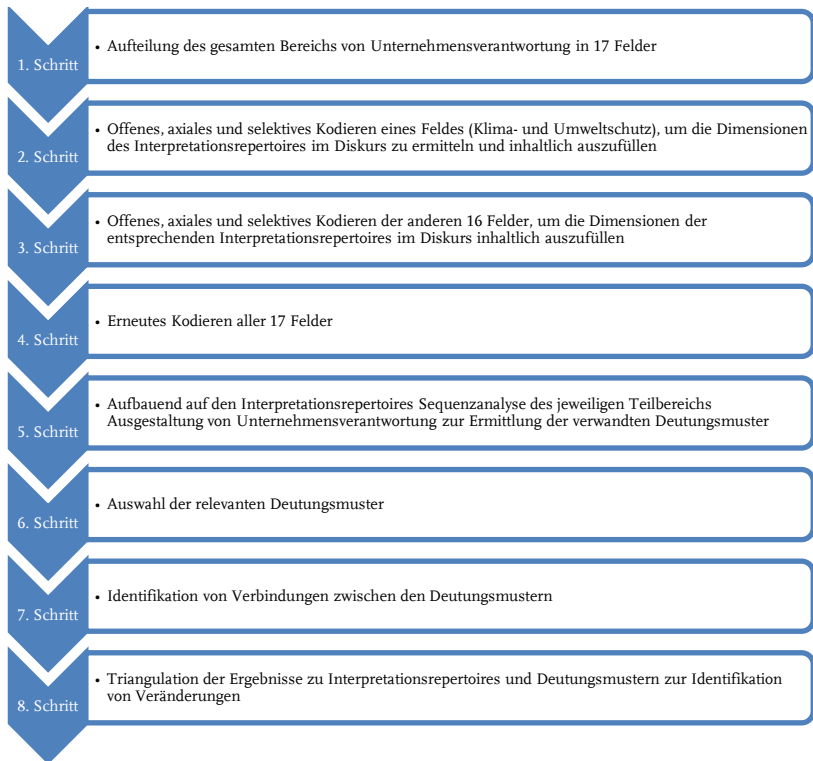
¹¹²⁹ Vgl. zu ähnlichen Selektionskriterien Keller (2011a), S. 91f. Keller empfiehlt an dieser Stelle ebenfalls eine Orientierung am Theoretical Sampling der Grounded Theory. Allerdings erweist sich diese Vorgehensweise für die Nachzeichnung des Veränderungsprozesses eines umfassenderen Themenbereichs über einen längeren Zeitraum als schwierig. Denn weder ist es, aufgrund seines Umfangs, möglich, den Themenbereich möglichst umfassend abzudecken (minimale Kontrastierung). Noch kann, bei einem Veränderungsprozess eines einzelnen Akteurs, die gesamte Bandbreite erfasst werden (maximale Kontrastierung), ohne dabei Gefahr zu laufen, Veränderungen als unterschiedliche Extreme der Bandbreite des Diskurses zu verkennen. Vgl. zum grundsätzlichen Vorgehen beim Theoretical Sampling im Rahmen einer wissenssoziologischen Diskursanalyse bspw. Keller (2011a), S. 92f. Auch die Orientierung an „Schlüsseltexten“ (Keller (2011a), S. 89) ist aufgrund der großen Bandbreite an relevanten Themen nicht möglich.

mit den Daten durch eine Vielzahl von Funktionsweisen.¹¹³⁰ Sie übernimmt allerdings nicht die Analyse selbst, die auch weiterhin bei der Forscherin verbleibt.¹¹³¹ Die Analyse erfolgte in 8 Schritten (vgl. für eine Übersicht über den gesamten Analyseprozess Abbildung 10), die im Folgenden erläutert werden.

Ziel war es, die im theoretischen Analyserahmen (vgl. Abbildung 7) dargestellten theoretischen Zusammenhänge, die eine Beantwortung der Forschungsfragen ermöglichen sollen, empirisch greifbar zu machen. Zentrale Bedeutung kommt dabei den Interpretationsrepertoires in den verschiedenen Subdiskursen zu Unternehmensverantwortung und dabei insbesondere den konkreten Erwartungen der Bundesregierungen an Unternehmen, der Identitätskonstruktion der Bundesregierung in diesen Subdiskursen und den dabei eingesetzten Deutungsmustern zu. Insbesondere die Deutungsmuster dienen dabei der Aufdeckung von Veränderungen sowohl in den Erwartungen der Bundesregierung an Unternehmen als auch in ihrer Identitätskonstruktion.

¹¹³⁰ Vgl. Kuckartz (2010), S. 12f.

¹¹³¹ Vgl. Flick (2007a), S. 452.

Abbildung 10: Analyseprozess¹¹³²

Zunächst wurde auf die bereits erfolgte thematische Einteilung der Daten zurückgegriffen.¹¹³³ Dabei wurden 17 verschiedene Themenbereiche identifiziert (vgl. Beispiel 1). Es wurde dabei, unter Rückgriff auf das Verständnis von Verantwortungszuschreibung als sozialer Prozess,¹¹³⁴ darauf geachtet, in welchen Themenbereichen in den Reden Erwartungen an Unternehmen formuliert wurden. Es ging also darum, die abstrakte Beziehung Verantwortung zwischen Unternehmen als Verant-

¹¹³² Eigene Darstellung.

¹¹³³ Vgl. Abschnitt 7.7.

¹¹³⁴ Vgl. Abschnitt 2.3.

wortungsträgern, ihrem Verhalten oder dessen Folgen als Objekt und der Bundesregierung als Verantwortung einfordernde Instanz¹¹³⁵ inhaltlich zu füllen. Diese Erwartungen ließen sich zu 17 verschiedenen Themenbereichen zusammenfassen, die alle ebenfalls als institutionelle Felder verstanden werden können¹¹³⁶ (Schritt 1 in Abbildung 10). Denn in ihnen bezieht sich die Regierung auch auf Unternehmen, wenn sie für dieses Feld spezifische Symbole verwendet und sich in einer spezifischen Weise Unternehmen gegenüber verhält. Im Beispiel 1a) lässt sich als Ausdruck mit besonderer Bedeutung „Forscherdrang“ nennen, während „Dialog zwischen verschiedenen Akteuren fördern“ eine spezifische Verhaltensweise der Bundesregierung in diesem Feld ist. Damit sind die Anforderungen an ein institutionelles Feld nach Thornton, Ocasio und Lounsbury erfüllt.¹¹³⁷

Beispiel 1:

- a) Der Abschnitt „Dass Berlin eine sehr kreative Jungunternehmerszene hat, wissen wir. Ich habe hier vor einigen Wochen erfolgreiche Start-up-Unternehmen aus der IT-Branche besucht. Wenn man sieht, mit welchem Forscherdrang, mit welchem Unternehmergeist diese Unternehmen tätig sind, dann ist das schon toll. Ich glaube, wir sollten auch immer wieder den Dialog zwischen herkömmlichen Unternehmen und diesen Start-ups fördern, denn man kann doch einiges von ihnen lernen.“ wurde dem Feld *Innovation* zugewiesen.
- b) Der Abschnitt „Aber ich sage hier genauso klar: Das ist nicht der Ersatz für die Aufgaben, die den Banken und den Sparkassen gestellt werden, nämlich auch in Zukunft Geld auszuleihen, damit wirtschaftliche Tätigkeit entfaltet werden kann. Das ist die Aufgabe, die die Verantwortlichen in den Sparkassen und Banken haben und die nicht auf die Politik abgewälzt werden darf.“ wurde dem Feld *Gesellschaftlicher Wohlstand* zugewiesen.
- c) Der Abschnitt „Wichtig ist aber auch das öffentliche Bekenntnis von Repräsentanten aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zur Stiftung. Ich möchte an dieser Stelle nicht nur die Großunternehmen, sondern auch mittelständische Unternehmer ermuntern, sich für die Deutsche Sporthilfe zu engagieren.“ wurde dem Feld *CSR* zugewiesen.

¹¹³⁵ Vgl. Abschnitt 2.3.

¹¹³⁶ Vgl. für eine Übersicht über die Felder Abschnitt 8.1.

¹¹³⁷ Vgl. Abschnitt 3.2.4.

Im Beispiel 1b) erfüllt der Ausdruck „wirtschaftliche Tätigkeit entfalten“ eine spezifische Funktion, während die Regierung hier darauf besteht, dass die „Aufgabe [...] nicht auf die Politik abgewälzt werden darf“. Im Beispiel 1c) ist es sowohl das „öffentliche Bekenntnis“ als auch die Bereitschaft, „sich [...] zu engagieren“, denen eine besondere Bedeutung zukommt, während die Politik sich hier als einen Akteur neben anderen gesellschaftlichen Akteuren betrachtet. Für das Feld CSR ist zu beachten, dass dieses als ein Teilbereich von Unternehmensverantwortung identifiziert wurde. Die Bezeichnung wurde in Bezug auf die Äußerungen in diesem Feld gewählt. Hierunter wurden, wie Beispiel 1c) zu entnehmen ist, zum einen Äußerungen gefasst, die sich auf die philanthropische Facette von Unternehmensverantwortung beziehen. In Deutschland war das Verständnis von CSR und Corporate Citizenship lange eher auf diesen Aspekt von Unternehmensverantwortung fokussiert.¹¹³⁸ Das könnte erklären, warum es auch in der Politik auf diese Weise verwendet wird. Zum anderen wurden in diesem Feld Äußerungen berücksichtigt, die soziale Verantwortung oder das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft verwendeten, ohne diese inhaltlich zu füllen. Es werden also keine konkreten Erwartungen geäußert, sondern Unternehmen wird eine abstrakte Verantwortung zugesprochen. Da es den Unternehmen überlassen wird, diese inhaltlich zu füllen, ähnelt sie philanthropischer Verantwortung insofern, als auch hier keine konkreten Ziele dieses Engagements von der Politik vorgegeben werden. Beides lässt sich unter der vierten Stufe von Carrolls Definition¹¹³⁹ zusammenfassen, die dem Verständnis der deutschen Bundesregierung überraschend nahe kommt,¹¹⁴⁰ und wird daher hier unter dem Begriff CSR geführt.

Eine erste Kodierung erfolgte hinsichtlich eines ersten Interpretationsrepertoires¹¹⁴¹ *Klima- und Umweltschutz*¹¹⁴² auf der Grundlage des offe-

¹¹³⁸ Vgl. Hansen/Schrader (2005), S. 375f.

¹¹³⁹ Vgl. Abschnitt 2.1.2.

¹¹⁴⁰ Vgl. das Zwischenfazit zu Abschnitt 8.1.

¹¹⁴¹ Vgl. für die Erläuterung dieses und der im Folgenden verwandten Begriffe der Wissenssoziologischen Diskursanalyse Kapitel 5.

nen, axialen und selektiven Kodierens, wie es im Rahmen der Grounded Theory entwickelt wurde¹¹⁴³ (Schritt 2 in Abbildung 10). Beim offenen Kodieren geht es darum, offen an die Daten heranzugehen und vor dem Hintergrund des Kontextwissens, über das die Forscherin verfügt, erste Konzepte aus den Daten heraus zu entwickeln.¹¹⁴⁴ Dabei ist es wichtig, keine einzelnen Äußerungen umzuformulieren, sondern von diesen zu abstrahieren und übergeordnete Konzepte zu finden, damit sich datenübergreifende Erkenntnisse erzielen lassen. Beim axialen Kodieren geht es darum, die Bezüge zwischen den einzelnen Kategorien aufzudecken und Über- sowie Unterordnungen von Kategorien zu ermitteln.¹¹⁴⁵ Beim selektiven Kodieren stehen die Kategorien im Mittelpunkt, die sich in den vorangegangenen Prozessen als zentral erwiesen haben.¹¹⁴⁶ In Abhängigkeit davon haben die anderen Kodes nur dann noch eine Bedeutung für den Fortgang der Untersuchung, wenn sie einen Bezug zu den zentralen Kategorien aufweisen. Es bestehen zwar Unterschiede in der Datengrundlage und den Forschungszielen zwischen Grounded Theory und Wissenssoziologischer Diskursanalyse, die Anwendung der unterschiedlichen Vorgehensweisen des Kodierens kann im Rahmen der Diskursforschung jedoch übernommen werden.¹¹⁴⁷ Dabei werden die verschiedenen Arten des Kodierens genutzt, um sowohl die einzelnen „Dimensionen“¹¹⁴⁸ des Interpretationsrepertoires als auch deren „inhaltliche Ausführung“¹¹⁴⁹ zu erschließen (vgl. Beispiel 2).

¹¹⁴² Dieses Interpretationsrepertoire wurde ausgewählt, da aufgrund der umfassenden Entwicklungen in diesem Feld (Atomausstieg und Förderung der erneuerbaren Energien unter der rot-grünen Koalition, darauf aufbauende Entwicklungen unter den Folgereregierungen) eher Veränderungen erwartet wurden als in anderen Feldern. Somit erschien es als besonders vielversprechend, um Anhaltspunkte für Veränderungsprozesse als Bestandteil der Interpretationsrepertoires auch der anderen Felder zu geben.

¹¹⁴³ Vgl. bspw. Strauss (1998), S. 57ff.

¹¹⁴⁴ Vgl. Strauss (1998), S. 57ff.

¹¹⁴⁵ Vgl. Strauss (1998), S. 63.

¹¹⁴⁶ Vgl. Strauss (1998), S. 63f.

¹¹⁴⁷ Vgl. Keller (2011a), S. 105; Keller (2011c), S. 251.

¹¹⁴⁸ Keller (2011a), S. 104.

¹¹⁴⁹ Keller (2011a), S. 105.

Beispiel 2:

Der Abschnitt „Dass Berlin eine sehr kreative Jungunternehmenszene hat, wissen wir. Ich habe hier vor einigen Wochen erfolgreiche Start-up-Unternehmen aus der IT-Branche besucht. Wenn man sieht, mit welchem Forscherdrang, mit welchem Unternehmergeist diese Unternehmen tätig sind, dann ist das schon toll. Ich glaube, wir sollten auch immer wieder den Dialog zwischen herkömmlichen Unternehmen und diesen Start-ups fördern, denn man kann doch einiges von ihnen lernen.“ wurde dem Kode *Innovativ sein* zugeordnet, der einen Bestandteil der inhaltlichen Konkretisierung der Dimension *Ausgestaltung von Unternehmensverantwortung* des Interpretationsrepertoires *Innovation* ausmacht.

Dies geschah zunächst beschränkt auf ein Interpretationsrepertoire, um einen ersten Eindruck der von der Regierung verwandten Interpretationsrepertoires zu gewinnen. Im Anschluss daran wurde dieses Vorgehen für die anderen identifizierten Interpretationsrepertoires wiederholt. Dabei wurden zunächst allgemeinere Kodes vergeben (Schritt 3 in Abbildung 10). Dies diente dazu, eine für die Analyse von Veränderungsprozessen problematische Vorgehensweise der Grounded Theory sinnvoll anzupassen. Denn diese überprüft erste Annahmen zu einer Aussage an anderen Aussagen, bis die erste Annahme als begründet gelten kann.¹¹⁵⁰ Werden Veränderungsprozesse untersucht, besteht hierbei die Gefahr, dass Veränderungen zu einer Verwerfung der ersten Annahmen führen. Werden allgemeinere Kodes vergeben, kann nach Abschluss des ersten Kodiervorgangs entschieden werden, ob es sich bei den kodierten Textstellen um Aussagen aus verschiedenen Kategorien oder um Veränderungen innerhalb einer einzigen Kategorie handelt. Die Kodierung für die Analyse der Interpretationsrepertoires erfolgte daher zwei Mal.¹¹⁵¹ Dabei wurden für die einzelnen Kategorien kurze Memos verfasst, um den Kerngedanken des zu vergebenden Kodes festzuhalten und das Vorgehen bei der Analyse zu dokumentieren¹¹⁵²

¹¹⁵⁰ Vgl. Strauss (1998), S. 62.

¹¹⁵¹ Dieses Vorgehen dient nicht nur einer verbesserten Zuverlässigkeit der Vorgehensweise, vgl. bspw. Lamnek (2010), S. 149ff. Sondern es soll dadurch ebenfalls eine bessere intersubjektive Nachvollziehbarkeit der Kodierung erreicht werden, vgl. dazu Abschnitt 7.1.

¹¹⁵² Hier wird nicht zwischen Notizen und Memos unterschieden, vgl. für eine Differenzierung Keller (2011a), S. 99. Vgl. für die Bedeutung von Memos für die Analyse angelehnt an die Grounded Theory Keller (2011a), S. 98f.; Strauss (1998), S. 45ff.

(Schritt 4 in Abbildung 10). Auf diese Weise wird der essenzielle Schritt der Überprüfung eines Kodes, den die Grounded Theory vorsieht, beibehalten. Trotzdem ist es möglich, Veränderungen zu identifizieren, da diese im Rahmen eines übergeordneten Kodes erkennbar werden und nicht zur Verwerfung eines spezifischeren Kodes führen.

Auf diese Weise wurden für die Interpretationsrepertoires die Dimensionen

- Selbstpositionierung,
- Fremdpositionierung,
- Voraussetzungen für Unternehmensverantwortung,
- Ausgestaltung von Unternehmensverantwortung,
- Folgen von Unternehmensverantwortung und
- Wertbezug¹¹⁵³

ermittelt, die jedoch nicht alle in jedem Interpretationsrepertoire inhaltlich ausgefüllt waren. Der konkrete Inhalt der vorhandenen Dimensionen wurde durch weitere Kodes erschlossen, denen teilweise zusätzliche Unterkodes zugeordnet wurden.

Die Kodierung der Deutungsmuster¹¹⁵⁴ erfolgt auf der Grundlage der zuvor identifizierten Interpretationsrepertoires.¹¹⁵⁵ Die hierbei identifizierte Dimension der *Ausgestaltung von Unternehmensverantwortung* wurde als Praktik im Sinne der institutionellen Logik-Perspektive verstanden. Damit ist sie besonders relevant, um Veränderungen, die sich durch Veränderungen in der Praktik und der damit verbundenen Deutungsmuster zeigen, festzustellen. Deshalb wurden alle in der Dimension *Ausgestaltung von Unternehmensverantwortung* kodierten Stellen einer Sequenzanalyse unterzogen (vgl. Beispiel 3).

¹¹⁵³ Die Dimension „Wertbezug“ beinhaltet Aussagen, die eine konkrete normative Grundlage aufweisen.

¹¹⁵⁴ Vgl. für eine Auseinandersetzung mit dem Deutungsmusterkonzept Abschnitt 5.4.

¹¹⁵⁵ Vgl. Keller (2011a), S. 109.

Beispiel 3:

Der Abschnitt „Dass Berlin eine sehr kreative Jungunternehmenszene hat, wissen wir. Ich habe hier vor einigen Wochen erfolgreiche Start-up-Unternehmen aus der IT-Branche besucht. Wenn man sieht, mit welchem Forscherdrang, mit welchem Unternehmergeist diese Unternehmen tätig sind, dann ist das schon toll. Ich glaube, wir sollten auch immer wieder den Dialog zwischen herkömmlichen Unternehmen und diesen Start-ups fördern, denn man kann doch einiges von ihnen lernen.“ wurde dem Deutungsmuster *Fortschritt* zugeordnet.

Diese dient dazu, die Deutungsmuster, die „eine Kodiereinheit diskurs-spezifisch strukturier[en]“¹¹⁵⁶ zu entdecken, ohne dabei durch die eigenen Vorkenntnisse zu vorschnellen Urteilen über die auffindbaren Deutungsmuster zu kommen.¹¹⁵⁷ Die hierbei erstellten Memos enthalten sowohl den Kerngedanken des vergebenen Codes als auch die einzelnen Codings. Der dadurch mögliche, ständige Vergleich sollte neben der notwendigen Typenbildung eine erste Sensibilisierung für Veränderungsprozesse innerhalb der Deutungsmuster ermöglichen¹¹⁵⁸ (Schritt 5 in Abbildung 10).

Anschließend wurden die in den verschiedenen Interpretationsrepertoires vorkommenden Deutungsmuster auf ihre Zentralität für ein Interpretationsrepertoire, in ihnen feststellbare Veränderungen und ihre Verbindung zu anderen Deutungsmustern hin untersucht (vgl. Beispiel 4).¹¹⁵⁹

¹¹⁵⁶ Keller (2011a), S. 110.

¹¹⁵⁷ Zu weiteren Ausführungen zur Verwendung der Sequenzanalyse im Rahmen einer Diskursanalyse vgl. Keller (2011a), S. 109f.

¹¹⁵⁸ Vgl. für die Typenbildung bei Deutungsmustern im Rahmen einer Sequenzanalyse bspw. Keller (2013), S. 61f.

¹¹⁵⁹ Vgl. zur Bedeutung von Deutungsmustern und ihrer Zentralität in Diskursen Keller (2009), S. 228.

Beispiel 4:

Das Deutungsmuster *Fortschritt* wurde in der Dimension *Ausgestaltung von Unternehmensverantwortung* des Interpretationsrepertoires *Innovation* 163 Mal verwandt. Da es Verbindungen zu allen anderen in diesem Interpretationsrepertoire verwandten Deutungsmustern aufweist, wurde es als zentrales Deutungsmuster für dieses Interpretationsrepertoire identifiziert. Es wurde im gesamten Untersuchungszeitraum eingesetzt. Daher konnte es selbst nicht als Auslöser von Veränderungen identifiziert werden. Es weist jedoch ab der Regierungszeit Merkels eine Verbindung zum Deutungsmuster *Corporate Citizenship* auf. Dadurch bringt es den neuen Gedanken zum Ausdruck, dass Innovation durch Unternehmen der Erreichung konkreter gesamtgesellschaftlicher Ziele dient. Die neue Kombination der beiden Deutungsmuster ermöglicht in diesem Fall demnach einen Veränderungsprozess.

Dafür wurde zunächst festgestellt, welche Deutungsmuster wie oft innerhalb der Dimension *Ausgestaltung von Unternehmensverantwortung* der verschiedenen Interpretationsrepertoires verwandt wurden. Dies geschah mit Hilfe der Retrieval-Funktion von MAXQDA sowie mit Excel. Für die weitere Analyse wurden die Deutungsmuster ausgewählt, die häufiger als zehn Mal im Untersuchungszeitraum verwandt worden waren.¹¹⁶⁰ Die Setzung dieser Grenze kann willkürlich erscheinen und die Orientierung an quantitativen Größen als dem zugrundeliegenden Forschungsparadigma zuwiderlaufend. Es kann allerdings argumentiert werden, dass die Anzahl hier nicht als Maßstab für eine relative Bedeutung verwendet wird, was in der Tat ein quantitatives Argument darstellen würde. Sondern sie dient lediglich als Anhaltspunkt für den absoluten Einfluss, den ein Deutungsmuster innerhalb des analysierten Diskurses gewinnen konnte. Zudem lässt sich, je geringer die Anzahl an Aussagen ist, aus denen ein Deutungsmuster rekonstruiert wird, eine sinnvolle und annähernd vollständige Rekonstruktion des Deutungsmusters kaum noch gewährleisten (Schritt 6 in Abbildung 10).

Im Anschluss daran wurde, erneut unter Zuhilfenahme der Retrieval-Funktion von MAXQDA, ermittelt, welches Deutungsmuster Verbin-

¹¹⁶⁰ War die Anzahl generell gering, wurde diese Grenze auf 5 herunter-, bei höherer Anzahl auf 15 heraufgesetzt. Diese Anpassung diente dazu, einerseits ausreichend Deutungsmuster in einem Interpretationsrepertoire vorzufinden und andererseits ihre Anzahl in einem Rahmen zu halten, der im Hinblick auf eine forschungspragmatische Vorgehensweise noch für ein einzelnes Forschungssubjekt bearbeitbar bleibt.

dungen zu allen anderen relevanten Deutungsmustern innerhalb eines Interpretationsrepertoires aufweist. Dieses Deutungsmuster wurde als zentrales Deutungsmuster identifiziert. Verbindungen zwischen den Deutungsmustern sind relevant, da sie innerhalb des Diskurses neue Bedeutungen generieren können.¹¹⁶¹ Außerdem wurde mit der Retrieval-Funktion ermittelt, welche Deutungsmuster Verbindungen zu den relevanten Deutungsmustern innerhalb der verschiedenen Interpretationsrepertoires aufwiesen. Die Ergebnisse wurden in eine Excel-Tabelle übertragen. Diese Vorgehensweise diente dazu, neue Verbindungen zwischen Deutungsmustern oder neu angewandte Deutungsmuster als potenzielle Auslöser für Veränderungen zu identifizieren¹¹⁶² (Schritt 7 in Abbildung 10).

Im Zuge des letzten Analyseschrittes konnte zudem bestimmt werden, in welcher Regierungsperiode ein Deutungsmuster das erste Mal in einem Interpretationsrepertoire festgestellt werden konnte oder ab wann eine neue Verbindung zu einem oder mehreren anderen Deutungsmustern festzustellen war.¹¹⁶³ Dadurch erfolgte eine Triangulation der Ergebnisse der Analyseschritte zu Interpretationsrepertoires und Deutungsmustern.¹¹⁶⁴ Denn diese nacheinander gewonnenen Erkenntnisse werden nun direkt aufeinander bezogen. Erst der Bezug dieser bisherigen Ergebnisse aufeinander erlaubt einen Rückschluss auf mögliche, für

¹¹⁶¹ Vgl. Keller (2011a), S. 108.

¹¹⁶² Vgl. Keller (2011c), S. 243 für die Bedeutung neuer Deutungsmuster in Diskursen.

¹¹⁶³ Es geht in diesem Fall weniger um die präzise zeitliche Bestimmung des Zeitpunkts der ersten Verwendung eines Deutungsmusters im Diskurs. Da nicht alle Daten des Diskurses analysiert werden konnten, kann dazu keine Aussage getroffen werden. Da es um Erkenntnisse zur Entwicklung des Diskurses geht, ist eine ungefähre Verortung einer beginnenden vermehrten Verwendung eines Deutungsmusters ausreichend. Es kann davon ausgegangen werden, dass für den Diskurs wichtige Deutungsmuster durch das Sampling erfasst wurden. Daher sollte auch eine ungefähre Verortung einer beginnenden vermehrten Verwendung möglich sein.

¹¹⁶⁴ Vgl. Keller (2011a), S. 102. Ziel der Triangulation ist ein Erkenntnismehrwert durch den Einsatz unterschiedlicher Herangehensweisen an das zu untersuchende Phänomen, vgl. Flick (2011), S. 12. Für die Bedeutung der Triangulation für die Güte qualitativer Forschung vgl. Flick (2007a), S. 519f; Steinke (2007), S. 186.

die Beantwortung der Forschungsfragen relevante, Veränderungsprozesse (Schritt 8 in Abbildung 10).

Im nächsten Kapitel werden die Ergebnisse dieser Analyseschritte dargestellt, um die Forschungsfragen beantworten zu können.

„In der Mitte des 20. Jahrhunderts ist das Gedeihen der Wirtschaft auf das engste mit dem Schicksal des Staates verwoben, wie umgekehrt die Anerkennung jeder Regierung und des Staates von dem Erfolg oder Mißerfolg der Wirtschaftspolitik unmittelbar berührt wird.“¹¹⁶⁵

8 Die Ergebnisse: Veränderungen in Erwartungen und Identität?

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Analyse vorgestellt. Diese folgte den in Abschnitt 7.8 beschriebenen Analyseschritten auf der Grundlage des in Abschnitt 5.6 entwickelten Analyserahmens und erschloss auf diese Weise 17 verschiedene Interpretationsrepertoires sowie dazugehörige Deutungsmuster. Damit kann der Versuch unternommen werden, die Forschungsfragen dieser Arbeit:

- Wie ist das, durch die deutsche Bundesregierung im Diskurs konstruierte, Verständnis von Unternehmensverantwortung inhaltlich ausgestaltet?
- Wie konstruiert die Bundesregierung ihre eigene Identität im Bereich Unternehmensverantwortung?
- Haben sich Veränderungen in der Erwartungshaltung der Bundesregierung großen Unternehmen gegenüber und in ihrer eigenen Identitätskonstruktion ergeben?
- Welche Auslöser lassen sich für diese potenziellen Veränderungen feststellen?

in diesem Kapitel zu beantworten.

Zur Klärung dieser Fragen werden die Ergebnisse der vorgenommenen Diskursanalyse herangezogen. Zunächst wird die Konstruktion der verschiedenen Verantwortungsfelder und ihrer inhaltliche Ausgestaltung durch die Bundesregierung dargestellt (8.1). Daran anschließend wird die Identitätskonstruktion der Bundesregierung für die verschiedenen Felder ausgeführt (8.2). Im folgenden Abschnitt werden die Veränderungen in den relevanten Politikfeldern und in diesen Konstruktionen

¹¹⁶⁵ Erhard (1957), S. 17.

erörtert sowie mögliche Auslöser benannt. Bevor die Ergebnisse der Analyseschritte vorgestellt werden, gilt es zunächst, den Kontext der Daten darzustellen.¹¹⁶⁶ Dabei ist es bedeutsam, Kontext und Daten selbst zunächst zu trennen, um die Analyse nach Möglichkeit vom Vorwissen über den Kontext frei zu halten.¹¹⁶⁷ Daher wurden die Abschnitte über den Kontext erst nach der Analyse der Daten verfasst, auch wenn sie im Text dieser vorausgehen. Aufbauend auf Kontext und Analyse werden Schlussfolgerungen über alle Verantwortungsfelder hinweg gezogen (8.3). Diese Schlussfolgerungen lassen sich heranziehen, um das Konzept expliziter und impliziter CSR von Matten und Moon, das bereits im Rahmen der theoretischen Überlegungen als problematisch erkannt worden war,¹¹⁶⁸ zu überarbeiten (8.4).

8.1 Felder der Verantwortung

Verantwortungsvolles Verhalten von Unternehmen hat, aus der Sicht der Bundesregierung, einen Nutzen für die Gesellschaft. Den grundlegendsten Nutzen generieren Unternehmen in diesem Verständnis durch ihre fortdauernde Existenz. Die anderen, durch die Regierung angesprochenen Verantwortungsbereiche, die sich als Interpretationsrepertoires konzeptualisieren lassen,¹¹⁶⁹ sind, wie die Schaffung von Arbeitsplätzen, von der grundlegenden Existenz von Unternehmen abhängig. Dabei wurden 17 verschiedene Interpretationsrepertoires unterschieden, die gleichzeitig als institutionelle Felder verstanden werden können. Denn sie weisen jeweils unterschiedliche inhaltliche Ausgestaltungen der einzelnen Elemente auf, aus denen sie zusammengesetzt sind, d.h. dass die in ihnen von den Akteuren verwandten Symbole und Praktiken sich voneinander unterscheiden.¹¹⁷⁰

¹¹⁶⁶ Vgl. Keller (2011a), S. 99f.

¹¹⁶⁷ Vgl. Keller (2011a), S. 100.

¹¹⁶⁸ Vgl. Kapitel 2.2.3.

¹¹⁶⁹ Vgl. Kapitel 5.

¹¹⁷⁰ Vgl. Kapitel 3.2.4 und 5.

Unternehmen tragen danach Verantwortung für die 17 in Abbildung 11 dargestellten Bereiche (für die Besonderheiten des Feldes CSR vgl. auch Abschnitt 7.8):

Abbildung 11: Bereiche von Unternehmensverantwortung¹¹⁷¹



In diesen 17 verschiedenen Bereichen ist das Verständnis der Bundesregierung davon, was verantwortungsvolles Verhalten von Unternehmen ausmacht, inhaltlich unterschiedlich ausgestaltet und wird im Folgenden kurz vorgestellt.¹¹⁷² Es handelt sich damit um die unterschiedlichen Praktiken verantwortungsvoller Unternehmen, wie sie von der Bundesregierung in den verschiedenen Interpretationsrepertoires verstanden werden.¹¹⁷³ Damit liegt der Fokus in diesem Abschnitt der Analyse auf dem hervorgehobenen Bereich des theoretischen Analyse-

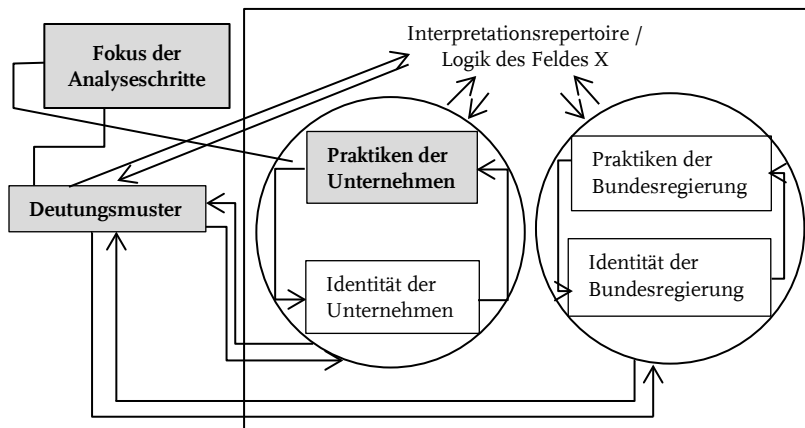
¹¹⁷¹ Eigene Darstellung.

¹¹⁷² Die folgenden Darstellungen beziehen sich auf das Element *Ausgestaltung der Unternehmensverantwortung* der verschiedenen Interpretationsrepertoires und die darauf von der Regierung angewandten Deutungsmuster. Die Darstellung erfolgt zum Zweck einer besseren Lesbarkeit im Indikativ (und nicht im Konjunktiv). Dies erscheint zudem angebracht, da es sich um die Wiedergabe der Wahrnehmung der Bundesregierung von der Realität handelt.

¹¹⁷³ Vgl. Abschnitt 5.6.

mens (vgl. Abbildung 12) und zwar jeweils für alle 17 unterschiedlichen Interpretationsrepertoires.

Abbildung 12: Fokus der ersten Analyseschritte¹¹⁷⁴



Arbeitsplätze¹¹⁷⁵

Arbeitsplätze als ‚wertvolle Güter‘¹¹⁷⁶ in Deutschland sind sehr eng mit der langfristigen Existenz von Unternehmen in Deutschland verbunden. Denn hauptsächlich Unternehmen erhalten und schaffen Arbeitsplätze und machen sie durch Innovation ‚zukunftsfähig‘. Durch diese Arbeitsplätze, die auch durch geschäftliches Engagement im Ausland in Deutschland entstehen können, geben sie ihren Angestellten eine gewisse Sicherheit, eine ‚Lebensperspektive‘, eine Möglichkeit der ‚Teilhabe‘ an der Gesellschaft und schaffen ‚Wohlstand‘. Das kann nur dann

¹¹⁷⁴ vgl. Abbildung 7.

¹¹⁷⁵ In der wissenschaftlichen Literatur werden divergierende Sub-Diskurse in diesem Feld festgestellt, vgl. Schmid (2007), S. 275. Für diese Untersuchung ist jedoch der Diskurs des Kanzleramtes entscheidend, vgl. dazu Abschnitt 7.7.

¹¹⁷⁶ Mit einfachen Anführungszeichen sind Zitate aus den, der Analyse zugrunde liegenden, Dokumenten in Abgrenzung zu direkten Zitaten aus wissenschaftlicher Literatur gekennzeichnet. Mit dem Ziel einer besseren Lesbarkeit wird auf Kenntlichmachung von Veränderungen in Numerus oder Kasus verzichtet.

von ihnen erwartet werden, wenn das allgemeine wirtschaftliche Wachstum dies zulässt, die internationale Konkurrenz keine Rationalisierung erzwingt, Arbeitsplätze nicht mit zu vielen Kosten belastet sind und das Niveau der Leistung die, im internationalen Vergleich, höheren Kosten rechtfertigt. Auch die Flexibilisierung von Arbeitszeiten und -verträgen kann zur Schaffung neuer oder dem Erhalt bestehender Arbeitsplätze beitragen.¹¹⁷⁷ Andernfalls ist ein Verlust von Arbeitsplätzen als natürliche Reaktion zu befürchten. Handelt es sich hingegen um eine wirtschaftliche Krise mit absehbarem Ende ist es auch im Interesse der Unternehmen, Arbeitsplätze zu erhalten und dafür Unterstützung der Regierung anzunehmen. Selbst dann, wenn für die Unternehmen damit Risiken verbunden sind. Sie könnten sonst im wirtschaftlichen Aufschwung Schwierigkeiten bekommen, die Arbeitsplätze neu zu besetzen. In diesem Fall geben sie auch Menschen eine Chance, die sonst auf dem Arbeitsmarkt als ‚nicht mehr integrierbar‘ gelten. Auch das Angebot von Arbeitsplätzen für Absolventen von ‚mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern‘ ist notwendig, um weiterhin Anreize für die Aufnahme eines solchen Studiums zu setzen. Bei der Gestaltung der ‚Beschäftigungslage‘, wie auch bei der ‚Bekämpfung‘ der Arbeitslosigkeit, spielen Unternehmen hingegen eine eher nachgeordnete Rolle. Dies ist trotzdem in ihrem Interesse, denn sinkende Arbeitslosenversicherungsbeiträge senken die Kosten für Arbeitsplätze. Außerdem wird dadurch der Staat entlastet, was ihm mehr Spielraum zur Förderung von Unternehmen einräumt.

Ausbildungsplätze

Alle Interessentinnen und Interessenten erhalten einen ‚qualifizierten Ausbildungsplatz‘, bei abnehmenden Auszubildendenzahlen auch die ‚Altbewerber‘. Unternehmen bieten auch dann Ausbildungsplätze an, wenn das Unternehmen keinen eigenen Bedarf mehr an weiterem Personal hat. Denn gut und ‚zielgerichtet‘ ausgebildete Fachkräfte werden für die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes benötigt und sind eine

¹¹⁷⁷ Vgl. Abschnitt 8.3.1.

‚Investition in die Zukunft des eigenen Unternehmens‘. Diese wird von Unternehmen getätigt, bevor sie sich für die Einstellung ausländischer Fachkräfte einsetzen.¹¹⁷⁸ Sie eröffnen Jugendlichen damit eine ‚Lebensperspektive‘, da sie mit einer Ausbildung eine größere Wahrscheinlichkeit haben, nicht arbeitslos zu werden.

Bildung

Eine ausreichende Bildung aller Bürger ‚lebenslang‘ ist notwendig, um dem ‚Fachkräftemangel‘ entgegenzuwirken. Auch wenn Unternehmen für Bildung in Schule und Universität keine Hauptverantwortung tragen, können sie bei der schulischen Bildung in bestimmten Bereichen eigene Kompetenzen einbringen und das Interesse von Schülerinnen und Schülern an zukunftssträchtigen Fächern wecken. Sie können zudem neben der Schule unterstützend auf eine Ausbildungseignung hinwirken. In die universitäre Bildung können sie sich direkt durch finanzielle Beteiligung, bspw. in Form eines Stiftungslehrstuhls, einbringen. Im Bereich des ‚lebenslangen Lernens‘ werden Unternehmen durch kontinuierliche Weiterbildung auch älterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aktiv.

CSR

Unternehmen bestehen als ‚Corporate Citizen‘ als Teil einer Gesellschaft und bringen ihr, durch unternehmerische Tätigkeit ‚ethisch vertretbar‘ zustande gekommenes, Fachwissen und Kapital direkt in Projekte ein, die dem ‚Gemeinwohl‘ der Gesellschaft dienen. Sie können Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter direkt dafür abstellen, oder deren eigenständiges Engagement belohnen. Das stärkt deren Motivation und ihre Bindung an das Unternehmen, erweitert ihre Fähigkeiten, beeinflusst das Image der Unternehmen positiv und ist daher auch keine wirtschaftliche Belastung. Wirtschaftlicher Erfolg ist trotz des zusätzlichen Engagements möglich, da dies auf dem aufbaut, was vorher erwirt-

¹¹⁷⁸ Vgl. Abschnitt 8.3.2.

schaftet wurde. Unternehmen können den Staat durch ihr Engagement auch finanziell entlasten.¹¹⁷⁹ Die Tätigkeit von Unternehmen erfolgt im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft, sie können daher ihre Verantwortung nicht ablehnen, ohne die Wirtschaftsordnung insgesamt in Frage zu stellen. Das tun sie jedoch nicht und veranlassen auch die Bürger nicht durch unverantwortliches Verhalten dazu, ihrerseits die Wirtschaftsordnung in Frage zu stellen.

Familienförderung

Menschen haben die freie Entscheidung, ob sie sich ganz der Familie widmen, oder Beruf und Familie vereinbaren wollen. Da Unternehmen auf qualifizierte Fachkräfte angewiesen sind, nehmen sie Rücksicht auf die familiären Bedürfnisse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie bieten daher familienfreundliche Arbeitszeiten, Kinderbetreuungsmöglichkeiten, die Ausweitung der Tätigkeit nach vorheriger Teilzeitbeschäftigung und auch nach einer familiären Auszeit gute Karrierechancen. Denn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erlangen durch das Engagement für ihre Familien zusätzliche Kompetenzen. Verzichten sie aufgrund der Karrierewünsche auf Kinder, führt das langfristig zu einer Verschärfung des Fachkräftemangels.¹¹⁸⁰ Daher setzen sich Unternehmen bei ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern dafür ein, dass diese Angebote der Regierung zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie nutzen und tauschen sich untereinander über gute Möglichkeiten der Familienfreundlichkeit aus. Unternehmen werden durch Teilzeitarbeit nicht zu stark belastet, da diese nur dann angeboten werden muss, wenn das Unternehmen dies wirtschaftlich für vertretbar hält.¹¹⁸¹ Sind sie freiwillig familienfreundlich, können sie ein regulierendes Eingreifen der Regierung verhindern.

¹¹⁷⁹ Vgl. Abschnitt 8.3.4.

¹¹⁸⁰ Vgl. Abschnitt 8.3.5.

¹¹⁸¹ Vgl. Abschnitt 8.3.5.

Gesellschaftlicher Wohlstand

Gesellschaftlicher Wohlstand beruht auf unternehmerischer Wertschöpfung, daher ist die fortdauernde Existenz von Unternehmen für die Gesellschaft existenziell. Unternehmen sind dabei nicht nur für ihr eigenes Fortbestehen verantwortlich, sondern tragen ebenfalls Verantwortung für das Funktionieren der gesamten Volkswirtschaft. Sie bewegen sich dabei innerhalb der ‚Spielregeln‘ der Sozialen Marktwirtschaft, verfolgen langfristige Ziele im Gegensatz zu kurzfristiger Gewinnmaximierung und nutzen ihre innerhalb des Ordnungsrahmens bestehende Freiheit nicht nur zu ihrem eigenen Vorteil, sondern auch zum Nutzen des Rests der Gesellschaft.

Gleichberechtigung

Durch mehr Teilzeitarbeit haben mehr Frauen die Möglichkeit zu arbeiten. Diese Art der Arbeit steht jedoch selbstverständlich auch Männern offen. Unternehmen gestalten ihre Arbeitszeiten und generellen Arbeitsbedingungen familienfreundlich, damit die gut ausgebildeten Frauen als Fachkräfte zur Verfügung stehen und gleichzeitig eine Familie haben können. Frauen werden nicht aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert und erhalten die gleiche Entlohnung wie ihre männlichen Kollegen. Außerdem haben sie die gleichen Möglichkeiten, Karriere zu machen. Da auch Männer berufliche Auszeiten für Kinder nehmen,¹¹⁸² besteht für Unternehmen kein Anreiz mehr, gezielt Männer zu fördern. Gemischte Teams fördern die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und weibliche Führungskräfte können bei der Gewinnung zusätzlicher weiblicher Fachkräfte helfen.

Infrastruktur

Infrastruktur wird sowohl zur Ausübung wirtschaftlicher Tätigkeit als auch zur Aufrechterhaltung eines angemessenen Lebensstandards benötigt. Insbesondere die Infrastruktur in den Bereichen Information und Kommunikation sowie Strom wird nicht mehr vom Staat sondern

¹¹⁸² Vgl. Abschnitt 8.3.7.

von Unternehmen zur Verfügung gestellt.¹¹⁸³ Es obliegt Unternehmen, die Stromnetze auszubauen, um einen Anstieg der Energiepreise und somit Schaden für die restliche deutsche Wirtschaft zu vermeiden sowie die Einspeisung erneuerbaren und damit umweltfreundlichen Stroms zu ermöglichen. Ebenso sind sie für den Ausbau der Informations- und Kommunikationsinfrastruktur auch in ländlichen Gebieten verantwortlich, damit dort ansässige Unternehmen in ihren Aktivitäten nicht behindert werden und ein gleicher Lebensstandard überall im Land sichergestellt ist. Auch umweltfreundlicher Verkehr über Bahntransporte liegt in der Hand von Unternehmen. Sie tun dies selbstverständlich nur, wenn es für sie rentabel ist. Da aber die Nutzer nicht durch zu hohe Kosten belastet werden dürfen, werden die Unternehmen durch die Regierung unterstützt.¹¹⁸⁴

Inklusion

Menschen mit Behinderung erhalten von den Unternehmen eine Chance auf dem Ausbildungs- und dem Arbeitsmarkt. Die Unternehmen gestalten den Arbeitsplatz auch zeitlich so, dass er von Menschen mit Behinderung ausgefüllt werden kann. Dadurch profitieren sie durch zusätzliche Fachkräfte. Für Menschen mit Behinderung ist eine Beschäftigung durch ein Unternehmen ‚großartig‘.

Innovation

Innovationen dienen dem Fortschritt, sie bringen den Menschen mehr Lebensqualität und sind daher an ihren Bedürfnissen ausgerichtet. Sie sind aber auch notwendig, damit der Standort Deutschland mit den hier ansässigen Unternehmen seine globale Wettbewerbsfähigkeit und damit auch das Wohlstandsniveau der Bevölkerung erhalten kann. Dies ist ein Ziel der Regierung, zu dessen Erreichung die Unternehmen durch ihre Innovationen beitragen. Innovationen werden nicht nur bei Produkten erzielt, sondern auch bei deren Herstellung und der Arbeitsor-

¹¹⁸³ Vgl. Abschnitt 8.3.8.

¹¹⁸⁴ Vgl. Abschnitt 8.3.8.

ganisation. Mögliche Risiken müssen gegenüber den Chancen für Unternehmen und Gesellschaft abgewogen und Chancen im Zweifelsfall ‚verantwortungsvoll‘ genutzt werden. Um den Befürchtungen der Gesellschaft hinsichtlich negativer Auswirkungen von Innovationen zu begegnen, beteiligen sich Unternehmen an öffentlichen Diskussionen.¹¹⁸⁵ Innovation muss kontinuierlich erfolgen, durch ausreichend Investitionen unterfüttert sein und möglichst schnell in konkrete Produkte umgesetzt werden. Das gilt auch für solche Innovationen, die in Zusammenarbeit mit öffentlichen Forschungseinrichtungen entstanden sind. Innovationen können eine vollständig neue, fortschrittliche Gesellschaft schaffen.

Integration

Menschen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland ihre Ausbildung machen wollen, stehen dem Arbeitsmarkt nur dann als dringend benötigte Fachkräfte zur Verfügung, wenn sie von Unternehmen zunächst eine Chance auf dem Ausbildungsmarkt erhalten haben. Ihre ‚Potenziale, Kenntnisse und Fähigkeiten‘ werden von den Unternehmen erkannt und genutzt. Auch auf dem Arbeitsmarkt selbst wird der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund, die eine Arbeit suchen, durch mehr Einstellungen in Unternehmen reduziert. Innerhalb der Unternehmen haben sie die gleichen Chancen auf eine erfolgreiche Karriere wie Menschen ohne Migrationshintergrund. Dadurch werden Unternehmen vielfältiger und damit wettbewerbsstärker und können sich neue Käuferschichten erschließen.

Internationales Engagement

Üben Unternehmen ihre Tätigkeit im Ausland aus, verhalten sie sich ihren Geschäftspartnern gegenüber fair und fördern durch ihre technologisch fortschrittlichen Geschäfte nicht nur den eigenen Nutzen, sondern auch den gesellschaftlichen Wohlstand ihrer ausländischen Stake-

¹¹⁸⁵ Vgl. Abschnitt 8.3.10.

holder. Die Soziale Marktwirtschaft gilt für deutsche Unternehmen nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Sie halten sich daher auch im Ausland an ökologische und soziale Mindeststandards und setzen sich dafür ein, dass diese möglichst global verankert werden, damit sie keine Wettbewerbsnachteile befürchten müssen. Aus diesem Grund gehen sie auch gegen Korruption vor. Die ausländische Tätigkeit deutscher Unternehmen ist nicht trennscharf abgegrenzt zu Aktivitäten der deutschen Bundesregierung. Diese in ihren Bemühungen um internationale Entwicklung und ‚menschlich gestaltete Globalisierung‘ durch eigene unternehmerische Aktivitäten zu unterstützen, ist ebenfalls eine Verantwortung der Unternehmen.¹¹⁸⁶

Klima- und Umweltschutz

Unternehmen nehmen bei ihrer unternehmerischen Tätigkeit Rücksicht auf die Umwelt und machen dies zu einem Teil ihrer Strategie, da sie langfristig auf den Erhalt des ‚natürlichen Kapitals‘ angewiesen sind. Durch die Entwicklung ressourcenschonender Produktionsverfahren und Produkte werden sie wettbewerbsfähiger, schaffen Arbeitsplätze, sparen Energiekosten, ermöglichen nachhaltiges Wachstum und Wohlstand sowie eine Reduktion von Emissionen. Auch für die Konsumenten der sparsamen Produkte kann dadurch der Nutzen der Produkte steigen. Stehen Klima- und direkter Schutz der Umwelt miteinander in Konflikt, wie beim Atomausstieg, ist der direkte Schutz von Menschen und Umwelt ausschlaggebend. Umwelt- und Klimaschutzstandards dürfen Unternehmen nicht zu stark belasten, da sie ihre Produktion sonst einstellen, und von Herstellern aus Ländern mit geringeren Standards verdrängt werden, oder ihre Produktion selbst in diese Länder verlagern.¹¹⁸⁷ Auch die Höhe der Energiekosten darf, in Folge des Ausbaus erneuerbarer Energien, nicht zu stark ansteigen, da die Energieversorgung für die deutsche Wirtschaft essenziell und ein Wettbewerbsfaktor ist.¹¹⁸⁸ International faire Umweltstandards verhindern Wettbe-

¹¹⁸⁶ Vgl. Abschnitt 8.3.12.

¹¹⁸⁷ Vgl. Abschnitt 8.3.13.

¹¹⁸⁸ Vgl. Abschnitt 8.3.13.

werbsnachteile für umweltschonende Produktion in Deutschland. In ärmeren Ländern schaffen Unternehmen durch wirtschaftliche Entwicklung für Menschen eine Lebensgrundlage. Dies ist eine Voraussetzung dafür, dass Menschen sich um den Umweltschutz sorgen. Unternehmen setzen sich gemeinschaftlich und in Zusammenarbeit mit anderen Akteuren für mehr globale Nachhaltigkeit ein.

Senioren

Ältere Menschen werden als erfahrene Fachkräfte benötigt. Daher werden sie nicht alleine aufgrund ihres Alters entlassen, oder möglichst früh in Rente geschickt, sondern möglichst lange im Unternehmen gehalten.¹¹⁸⁹ Damit dies möglich ist, werden Arbeitsplätze und Aufgaben so ausgestaltet, dass die Gesundheit der Beschäftigten möglichst lange erhalten bleibt. Außerdem werden sie konstant weitergebildet, damit ihr Wissen immer dem neuesten Stand entspricht. Ältere Langzeitarbeitslose werden ebenfalls eingestellt, da sie oft besonders motiviert sind. Durch die längere Beschäftigung tragen Unternehmen zur Akzeptanz der ‚Rente mit 67‘ bei, da Beschäftigte auf diese Weise keine Einbußen bei der Rente befürchten müssen. Das ist auch im Interesse der Unternehmen, denn durch einen späteren Renteneintritt wird ein starkes Steigen der Rentenbeiträge verhindert.¹¹⁹⁰

Soziale Sicherung und Arbeitsbeziehungen

Unternehmen beteiligen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowohl am Kapital und Erfolg des Unternehmens als auch an Entscheidungen über die Unternehmensführung und lassen ihnen viel Eigenverantwortung in der Ausgestaltung der eigenen Tätigkeit. Das dient dem Vermögensaufbau und der Alterssicherung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie deren ‚Teilhabe‘ an der Gesellschaft. Dadurch lassen sich qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leichter gewinnen, sind motivierter, tragen die auf diese Weise gefällten Entscheidungen besser mit

¹¹⁸⁹ Vgl. Abschnitt 8.3.14.

¹¹⁹⁰ Vgl. Abschnitt 8.3.14.

und identifizieren sich stärker mit dem Unternehmen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fördern Innovationen im Unternehmen und gestalten auch Rationalisierungsmaßnahmen so mit, dass die Existenz des Unternehmens auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten gesichert bleibt. Auch Streiks können auf diese Weise eher verhindert werden, was Unternehmen zusätzliche Kosten und Gewinneinbußen erspart. Unternehmen setzen sich für die Einrichtung von branchenspezifischen Mindestlöhnen und eine möglichst weitgehende Verbreitung von ‚tarifgebundenen Arbeitsplätzen‘ ein, damit die Zahlung eines existenzsichernden Lohns kein Wettbewerbsnachteil ist und die Nachfrage nicht aufgrund zu geringer Einkommen einbricht. Außerdem können sie auf diese Weise ein regulierendes Eingreifen der Regierung verhindern.¹¹⁹¹ Sie beschäftigen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sozialversicherungspflichtig und tragen so zum Erhalt der sozialen Sicherung bei.¹¹⁹² Die Mitbestimmung wird den aktuellen Erfordernissen angepasst,¹¹⁹³ damit sie auch international eine Chance auf Durchsetzung hat. Dadurch wird verhindert, dass sie in Deutschland selbst geschwächt wird.

Steuern

Das Zahlen von Steuern durch Unternehmen in Deutschland ermöglicht ein Funktionieren der Gesellschaft. Diese sind jedoch so ausgestaltet, dass Unternehmen nicht vor die Wahl gestellt werden, ihre Aktivitäten ins Ausland zu verlagern oder vollständig einzustellen, weil sie die Last der Steuern nicht mehr tragen können.¹¹⁹⁴ Denn zusätzlich zum Wegfall der Unternehmenssteuern würden dadurch Lohnsteuereinnahmen für den Staat wegfallen. Haben Unternehmen durch niedrige Steuern Spielräume, nutzen sie diese für Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

¹¹⁹¹ Vgl. Abschnitt 8.3.15.

¹¹⁹² Vgl. Abschnitt 8.3.15.

¹¹⁹³ Vgl. Abschnitt 8.3.15.

¹¹⁹⁴ Vgl. Abschnitt 8.3.16.

Verbraucherschutz

Unternehmen haben dafür Sorge zu tragen, dass Kunden bei der Nutzung ihrer Dienste oder Waren nicht zu Schaden kommen. Das bezieht sich sowohl auf eine körperliche und geistige Unversehrtheit als auch auf den Schutz von Privatsphäre und Eigentum. Die Eigenschaften von Produkten und Dienstleistungen, die Herkunft darauf bezogener Informationen und mit dem Konsum möglicherweise verbundene Verpflichtungen oder Einschränkungen für den Verbraucher müssen für diesen transparent gemacht werden. Unternehmen können dies durch die Verwendung von Labels tun, die gleichzeitig als Werbung eingesetzt werden können. Grundsätzlich liegt dann die Wahl beim ‚mündigen Verbraucher‘, er ist in der Lage, eine informierte Entscheidung zu treffen.¹¹⁹⁵ Sehen sich Kunden einer Gefahr ausgesetzt, werden sie das entsprechende Produkt oder die entsprechende Dienstleistung nicht erneut nachfragen. Daher liegt es im eigenen Interesse der Unternehmen, die Einhaltung der notwendigen Standards selbst zu überprüfen und ihre Qualität ständig zu verbessern, damit das Vertrauen der Konsumenten nicht verloren geht.

Zwischenfazit – Langfristiges Engagement erwartet

In der Sichtweise der grundlegenden Bedeutung ökonomischer Verantwortung scheint zunächst eine Übereinstimmung des Verständnisses der Bundesregierung mit dem Konzept von Carroll zu bestehen.¹¹⁹⁶ Allerdings ist in dem Verständnis der Bundesregierung auch eine Einbettung deutscher Unternehmen in den Kontext der Sozialen Marktwirtschaft zu erkennen. Diese bedeutet für die Unternehmen eine automatische Einbettung in rechtliche und moralische Verhaltensvorstellungen,¹¹⁹⁷ die durchaus als implizite CSR im Sinne Mattens und Moons verstanden werden kann. Diese Vorstellungen bestehen jedoch nicht trennscharf zur eigentlichen wirtschaftlichen Existenz des Unternehmens, sondern sind integraler Bestandteil davon. Sie definieren, wie

¹¹⁹⁵ Vgl. Abschnitt 8.3.17.

¹¹⁹⁶ Vgl. Abschnitt 2.1.2.

¹¹⁹⁷ Vgl. Müller-Armack (1976), S. 234ff.

eine legitime wirtschaftliche Existenz eines Unternehmens in Deutschland ausgestaltet ist, das zum allgemeinen Wohlstand der Gesellschaft beiträgt. Insofern unterscheidet sich das Verständnis der Regierung von der klassischen Pyramide Carrolls, in der die wirtschaftliche lediglich die Basis für die rechtliche und die ethische Verantwortung bildet.¹¹⁹⁸ Das bestätigt die nur beschränkte Anwendbarkeit von Carrolls Konzept auf Deutschland, wie sie bereits in Abschnitt 2.1.2 auf theoretischer Grundlage festgestellt wurde.

Die anderen, von der Regierung thematisierten Verantwortungsbereiche lassen sich außerdem kaum in eine abgestufte Reihenfolge bringen, wie es bspw. die Pyramide von Carroll implizieren würde. Die rechtlichen und moralischen Verhaltensvorstellungen unterliegen jedoch eher als die Erwartung an die bloße wirtschaftliche Existenz Veränderungen. Sie sind in ihrer Bedeutung nicht sekundär, aber weniger beständig als die bloße Erwartung der Existenz eines Unternehmens. Die essenzielle Erwartung an die Existenz und auch die anderen grundlegenden Erwartungen an Unternehmen haben sich im Untersuchungszeitraum kaum verändert, auch wenn es zu Veränderungen gekommen ist, die in Abschnitt 8.3 thematisiert werden.

Rechtlich geregelte Bereiche werden von der Regierung weniger intensiv thematisiert als Bereiche, in denen Verantwortung freiwillig übernommen wird. In manchen Bereichen, bspw. bei der Familienförderung oder der sozialen Sicherung, benennt die Regierung selbst die Vermeidung von Regulierung als Anreiz für Unternehmen, freiwillig verantwortungsvoll zu handeln. In rechtlich geregelten Bereichen, bspw. Klima- und Umweltschutz oder Steuern, werden die langfristigen Vorteile verantwortungsvollen Verhaltens hervorgehoben. In diesen Bereichen hätten Unternehmen grundsätzlich die Möglichkeit, durch Verlagerung der Aktivitäten ihren rechtlichen Pflichten zu entgehen. Zusätzlich zu der Verantwortung für Klima und Umwelt oder der Steuerzahlung kommt hier die Verantwortung für das Erfüllen der Rechtsnormen.

¹¹⁹⁸ Vgl. Carroll (1991), S. 40f.

Damit verbunden ist die Verantwortung für den Standort, der nicht aufgrund rechtlicher Anforderungen verlassen werden soll. Für die Erfüllung dieser beiden Aspekte der Verantwortung setzt die Regierung wirtschaftliche Anreize. Dies zeigt, dass sich die Regierung bewusst ist, dass auch rechtliche Verantwortung durch einen Standortwechsel vermieden werden kann. Insofern erscheint die Fokussierung der regierungseigenen Definition auf freiwillige CSR dem eigentlichen Verständnis der Regierung von Unternehmensverantwortung nicht angemessen. Dieses schließt auch Verantwortung in rechtlich geregelten Bereichen mit ein.

Es ist auffällig, dass im Zuge der Thematisierung von Unternehmensverantwortung durch die Regierung wirtschaftlichen Argumenten für verantwortungsvolles Verhalten immer eine große Bedeutung beigemessen wird.¹¹⁹⁹ Dies könnte auch darin begründet liegen, dass die meisten der thematisierten Verantwortungsfelder die Kernaktivitäten von Unternehmen berühren.¹²⁰⁰ Ein wirtschaftliches Eigeninteresse lässt sich dadurch glaubwürdig formulieren. Überdies steht die Betonung wirtschaftlicher Argumente im Einklang mit der grundlegenden Bedeutung, die der Fortbestand von Unternehmen für die Regierung zu haben scheint. Gerät verantwortungsvolles Verhalten in Konflikt mit dem wirtschaftlichen Überleben der Unternehmen, reduziert die Regierung entweder ihre Anforderungen (bzw. sorgt dafür, dass dies an anderer Stelle, bspw. in der EU, geschieht) oder schafft Rahmenbedingungen, die diesen Konflikt aufheben. Dazu zählt bspw. die Einführung von gesetzlichen Standards, durch die Vorreiter belohnt werden. Denn vorher durch zusätzliche Kosten bestehende Wettbewerbsnachteile werden in Wettbewerbsvorteile verwandelt, da die Vorreiter bereits über Erfahrung mit der Einhaltung der neuen Standards verfügen. Es zeigt sich also, dass die Regierung der Anforderung der Handlungsfähigkeit an

¹¹⁹⁹ Dies gilt nicht nur für Reden, deren direkte Adressaten Unternehmen sind, vgl. dazu auch Abschnitt 7.7.

¹²⁰⁰ Als Ausnahmen sind Bildung, CSR und in Teilen internationales Engagement zu nennen.

Verantwortungszuschreibung nach Baier¹²⁰¹ für ökonomische Akteure eine große Bedeutung zumisst. Sieht sie keine Handlungsfähigkeit, das bedeutet in diesem Fall keine Möglichkeit, gleichzeitig ökonomisch und verantwortungsvoll zu handeln, spricht sie den Unternehmen auch keine Verantwortung zu. Ist ihr das verantwortungsvolle Handeln dennoch wichtig, setzt sie sich für Rahmenbedingungen ein, die eine Verbindung von Ökonomie und Verantwortung gleichzeitig möglich machen. Hier entspricht sie der Vorstellung Homanns, dass alleine rechtliche Rahmenbedingungen dieses Dilemma lösen können.¹²⁰² Dabei kommt der Regierung als Initiator von Rahmenbedingungen eine bedeutende Rolle zu. Hieran wird bereits die Verbindung zwischen dem Verständnis von Unternehmensverantwortung und der Selbstkonstruktion der Bundesregierung deutlich.

Zunächst soll daher hier die Konstruktion der Bundesregierung von ihrer eigenen Identität in den verschiedenen Verantwortungsfeldern aufgezeigt werden, um im Anschluss auf Veränderungsprozesse in den Feldern und damit zusammenhängende Veränderungen in der Konzeption von Verantwortung und Identität der Regierung einzugehen.

8.2 Identitätskonstruktion der Bundesregierung

Um die Sichtweise der Bundesregierung auf die Beziehung zwischen Regierung und Unternehmen zu verstehen, ist es notwendig, die Konstruktion der eigenen Identität durch die Bundesregierung aufzuzeigen. Jedes institutionelle Feld sieht für in ihm handelnde Akteure eine als legitim betrachtete Identität vor, die sehr eng mit legitimen Handlungsweisen der Akteure verknüpft ist.¹²⁰³ In Übereinstimmung mit dieser theoretischen Annahme divergieren die Identitätskonstruktionen der Bundesregierung je nach betrachtetem Feld. Im Folgenden werden

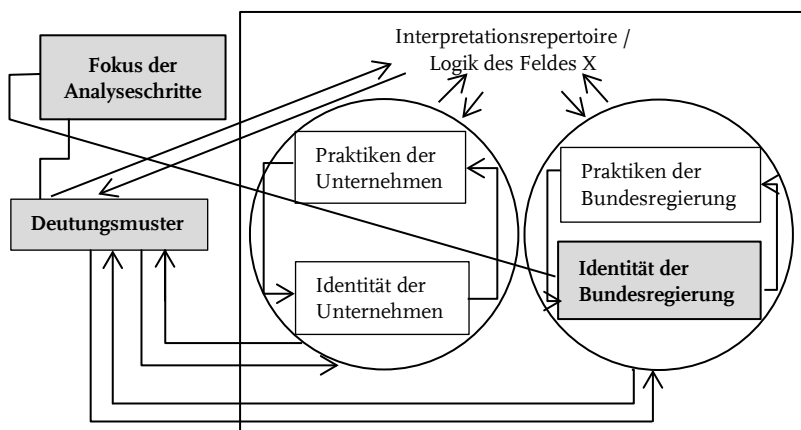
¹²⁰¹ Vgl. Abschnitt 2.3.

¹²⁰² Vgl. Abschnitt 2.2.4.

¹²⁰³ Vgl. Abschnitt 4.2.6.

daher die Identitätskonstruktionen für alle 17 Felder kurz vorgestellt.¹²⁰⁴ Dabei wird in Fußnoten auf die Abschnitte des folgen Unterkapitels 8.3 verwiesen, die die konkreten politischen Maßnahmen oder Rahmenbedingungen des Diskurskontexts schildern, auf die die Regierung Bezug nimmt. Der Fokus in diesem Analysabschnitt liegt damit auf den mit der Identität der Bundesregierung in Verbindung stehenden Bestandteilen der entsprechenden Interpretationsrepertoires sowie der entsprechenden Deutungsmuster (vgl. Abbildung 13).

Abbildung 13: Fokus der zweiten Analyseschritte¹²⁰⁵



Arbeitsplätze

Die Schaffung von Arbeitsplätzen liegt hauptsächlich in der Hand von Unternehmen und deren Tarifpartnern, da die Anzahl an Menschen, die die Regierung selbst beschäftigen kann, begrenzt ist.¹²⁰⁶ Größer ist ihre

¹²⁰⁴ Dabei wird auf die Selbstpositionierung der verschiedenen Interpretationsrepertoires, deren Storylines und auf die in den Deutungsmustern deutlich werdende Selbstpositionierung zurückgegriffen.

¹²⁰⁵ Vgl. Abbildung 7.

¹²⁰⁶ Vgl. Abschnitt 8.3.1.

Rolle bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Grundsätzlich schafft sie als vernünftige Unterstützerin die wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür, dass Unternehmen in Deutschland Arbeitsplätze schaffen, belastet diese möglichst wenig finanziell, fördert Innovationen, entlastet Unternehmen generell und qualifiziert andererseits potenzielle Arbeitnehmer ausreichend. Sie liberalisiert darüber hinaus den Arbeitsmarkt und ermöglicht niedrige Arbeitskosten.¹²⁰⁷ Verpflichten kann sie Unternehmen jedoch nicht, mehr Arbeitsplätze zu schaffen, insbesondere in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, in denen Unternehmen eher gezwungen sind, Arbeitsplätze abzubauen. In diesen Zeiten unterstützt die Regierung den Erhalt von Arbeitsplätzen auch finanziell.¹²⁰⁸ Die Höhe der Arbeitslosigkeit beeinflusst den finanziellen Spielraum der Regierung als wirtschaftlicher Akteurin. Auch daher hat sie ein Interesse daran, diese möglichst niedrig zu halten und insbesondere sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und die Einstellung von Langzeitarbeitslosen zu fördern.¹²⁰⁹ Das zusätzliche Kapital kann sie investieren, um den Standort zukunftsfähiger zu machen.

Ausbildungsplätze

Ausbildung liegt in der gemeinsamen Verantwortung von Regierung und Unternehmen. Die Regierung als Partnerin kann den Anteil der Unternehmen nur sehr begrenzt übernehmen, da ihr die finanziellen Mittel fehlen.¹²¹⁰ Bilden Unternehmen daher nicht ausreichend aus, setzt die Regierung als Rahmensetzerin Anreize dafür. Negative Anreize bzw. eine dementsprechende Regulierung bilden nur die letztmögliche Handlungsalternative.¹²¹¹ Unabhängig von ihrem eigenen aktiven Anteil muss sie die organisatorischen Voraussetzungen erfüllen, bspw. durch die fortlaufende Modernisierung der Ausbildungsordnungen.¹²¹² Man-

¹²⁰⁷ Vgl. Abschnitt 8.3.1.

¹²⁰⁸ Vgl. Abschnitt 8.3.1.

¹²⁰⁹ Vgl. Abschnitt 8.3.1.

¹²¹⁰ Vgl. Abschnitt 8.3.2.

¹²¹¹ Vgl. Abschnitt 8.3.2.

¹²¹² Vgl. Abschnitt 8.3.2.

gelt es an qualifizierten Bewerbern, besteht ebenfalls eine gemeinsame Verantwortung mit den Unternehmen, die bisher nicht ausreichend Qualifizierten nachzuqualifizieren.¹²¹³ Die Regierung verhindert durch die Ermöglichung ausreichender Ausbildung, dass Unternehmen aufgrund mangelnder Fachkräfte abwandern und durch die Schaffung von Wachstum, dass Unternehmen aufgrund ihrer finanziellen Situation nicht ausbilden können.

Bildung

Schulische und universitäre Bildung liegt grundsätzlich im Verantwortungsbereich der Regierung. Diese sorgt dafür, dass deutsche Bildung wettbewerbsfähig ist.¹²¹⁴ Investitionen in Bildung werden von der Regierung als Unterstützerin und wirtschaftlicher Akteurin selbst in Krisenzeiten nicht gekürzt,¹²¹⁵ da Bildung für die Zukunft des Standortes und damit der Gesellschaft essenziell ist. In Bereichen, in denen besonderes Fachwissen oder Praxisbezug bedeutend sind, ist sie jedoch auf Unterstützung durch Unternehmen angewiesen. Das gilt auch für die Aufwertung von technischen und naturwissenschaftlichen Studiengängen, für die Unternehmen durch das Einstellen von Absolventinnen und Absolventen Anreize setzen können. Im Bereich der beruflichen Weiterbildung und der Vorbereitung auf die Ausbildung besteht eine gemeinsame Verantwortung als Partner.

CSR

Freiwillige Aktivitäten von Unternehmen in den Bereichen der Kultur, des Sports oder zivilgesellschaftlicher Initiativen und zur Förderung der gesellschaftlichen Wohlfahrt entlasten die Regierung als wirtschaftliche Akteurin in diesen Gebieten.¹²¹⁶ Daher fördert sie dieses Engagement als Rahmensetzerin und Unterstützerin durch steuerliche und bürokrati-

¹²¹³ Vgl. Abschnitt 8.3.2.

¹²¹⁴ Vgl. Abschnitt 8.3.3.

¹²¹⁵ Vgl. Abschnitt 8.3.3.

¹²¹⁶ Vgl. Abschnitt 8.3.4.

tische Erleichterungen, finanzielle Beiträge oder Initiativen zur Steigerung des Bekanntheitsgrades und dem besseren Austausch der Unternehmen untereinander.¹²¹⁷ Ihr finanzieller Rahmen als wirtschaftliche Akteurin ist dabei begrenzt. Außerdem fördern alle Maßnahmen der Regierung, die den Gewinn der Unternehmen steigern, deren Spielraum, sich für die Gesellschaft zu engagieren. Für eine grundsätzlich gemeinwohlorientierte Unternehmensführung kann die Regierung Anreize setzen, ohne konkrete Vorschriften zu machen.

Familienförderung

Die Regierung schafft Rahmenbedingungen dafür, dass sich junge Menschen nicht mehr zwischen Beruf bzw. Karriere und Familie entscheiden müssen. Dies dient langfristig der Standortsicherung. Sie setzt sich daher für bessere Betreuungsmöglichkeiten ein und unterstützt Familien finanziell.¹²¹⁸ Sie ist allerdings bei der konkreten Umsetzung, bspw. einer flexiblen Arbeitszeitgestaltung, auf Unternehmen in ihrer Rolle als Arbeitgeber angewiesen. Deshalb wägt sie zwischen den zu schaffenden Rechtsansprüchen von Familienmitgliedern und der Leistungsfähigkeit der Unternehmen ab.¹²¹⁹ Können mehr Familienmitglieder arbeiten, verbessert das die finanzielle Situation der Regierung als wirtschaftlicher Akteurin. Deshalb unterstützt die Regierung auch das Engagement von Unternehmen.

Gesellschaftlicher Wohlstand

Die Regierung hat eine starke Rolle bei der Schaffung von Rahmenbedingungen und der Setzung von Grenzen für ein legitimes Verhalten von Unternehmen. Durch funktionierende Rahmenbedingungen ermöglicht sie jedoch auch den Fortbestand des wirtschaftlichen Systems. Darüber hinaus greift sie nach Möglichkeit nicht in wirtschaftliche Prozesse ein. Ist dies, z.B. in Krisenzeiten, doch notwendig, beschränkt sie

¹²¹⁷ Vgl. Abschnitt 8.3.4.

¹²¹⁸ Vgl. Abschnitt 8.3.5.

¹²¹⁹ Vgl. Abschnitt 8.3.5.

den Eingriff auf ein Minimum.¹²²⁰ Dauerhafte Eingriffe, wie bspw. Steuern oder bürokratische Anforderungen, auf die die Regierung und die Gesellschaft angewiesen sind, werden möglichst gering gehalten. Um dies zu garantieren, funktioniert die Regierung möglichst effizient, gleicht sich also den Wirkmechanismen der Unternehmen an. Sie ist für den Fortbestand der Gesellschaft und damit auch für die eigene Existenzsicherung auf den Fortbestand der Unternehmen und damit deren internationale Wettbewerbsfähigkeit angewiesen. Zusätzlich zu möglichst geringen Eingriffen schafft die Regierung als Unterstützerin daher positive Voraussetzungen für das Funktionieren der Unternehmen durch eigene Leistungen, wie bspw. Infrastruktur. Dabei sind ihr als wirtschaftlicher Akteurin allerdings finanzielle Grenzen gesetzt.¹²²¹ International setzt sie sich als Verteidigerin für globale Rahmenbedingungen auf hohem Niveau ein, um Wettbewerbsnachteile durch hohe deutsche Standards zu vermeiden.

Gleichberechtigung

Eine entscheidende Rolle bei der Gleichberechtigung spielt die gerechte Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen der unternehmerischen Hierarchie. Die Regierung kann selbst zunächst nur in ihrer Rolle als Arbeitgeberin aktiv werden. Allerdings unterstützt sie die Unternehmen durch geeignete Rahmenbedingungen bei frauenförderndem Engagement. Ein regulierender Eingriff ist das letzte Mittel der Regierung als Rahmensetzerin, auch aktiv in das Unternehmenshandeln einzugreifen.¹²²²

Infrastruktur

Ursprünglich lag die Verantwortung für die Schaffung von Infrastruktur bei der Regierung. Ist diese als wirtschaftliche Akteurin jedoch finanziell nicht in der Lage, die Ausgaben für Infrastruktur zu leisten, oder ist die

¹²²⁰ Vgl. Abschnitt 8.3.6.

¹²²¹ Vgl. Abschnitt 8.3.6.

¹²²² Vgl. Abschnitt 8.3.7.

Infrastruktur aus wettbewerbsrechtlichen Gründen privatisiert worden, können Unternehmen diese Aufgabe vollständig übernehmen, oder die Regierung als Partner unterstützen.¹²²³ Ist die Infrastruktur in privater Hand, verbleibt die Verantwortung dafür, dass sie ihre Funktion erfüllt, trotzdem bei der Regierung. Ist ein zügiger Ausbau gesellschaftlich notwendig, für den privaten Eigentümer jedoch nicht rentabel, ist es daher Aufgabe der Regierung, Rahmenbedingungen herzustellen, unter denen für das Unternehmen ein rentabler Ausbau möglich wird.¹²²⁴ Die Regierung wird dabei unterstützend tätig, muss allerdings als Hüterin des Gemeinwohls zwischen den Interessen der Verbraucher nach niedrigen Preisen und den Rentabilitätsanforderungen der Unternehmen abwägen.

Inklusion

Die Regierung fördert Inklusion in den Arbeitsmarkt und damit die Gesellschaft auf zwei Arten: Einerseits schafft sie mehr Rechte für Menschen mit Behinderung und unterstützt sie in deren Wahrnehmung, um deren Position gegenüber Arbeitgebern zu verbessern.¹²²⁵ Andererseits setzt sie als Rahmensetzerin und Unterstützerin positive (Unterstützung, Lob) und negative (zusätzliche Abgaben) Anreize für Unternehmen, mehr Menschen mit Behinderung einzustellen.¹²²⁶

Innovation

Innovation ist für den Fortbestand der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, damit des Standortes und letztlich auch der Regierung notwendig. Allerdings kann sie Unternehmen nicht zu Innovation zwingen. Sie kann diese als Unterstützerin nur fördern und konkrete Ziele für Innovationsausgaben setzen. Die Unterstützung kann finanziell, durch verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen sowie durch mög-

¹²²³ Vgl. Abschnitt 8.3.8.

¹²²⁴ Vgl. Abschnitt 8.3.8.

¹²²⁵ Vgl. Abschnitt 8.3.9.

¹²²⁶ Vgl. Abschnitt 8.3.9.

lichst geringe Belastungen und schnelle Prüfverfahren vorgenommen werden. Sie muss Risiken gegen Chancen von Innovationen abwägen und die ‚verantwortungsvolle‘ Nutzung von Chancen unterstützen. Aufgrund beschränkter finanzieller Ressourcen begrenzt die Regierung als wirtschaftliche Akteurin die Förderung von Innovation auf besonders vielversprechende Bereiche.¹²²⁷ Sie schafft für Unternehmen ein wirtschaftliches Umfeld, in dem sich Innovation lohnt, und unterstützt sie bei der Ausbildung der notwendigen Fachkräfte. Sie beschleunigt die Akzeptanz innovativer Produkte und Technologien durch die Gewährleistung einer sicheren Nutzung. Sie ist allerdings auch selbst, im Rahmen staatlicher Forschung, für Innovation aktiv und fördert den Austausch und die Zusammenarbeit staatlicher und privater Forschungseinrichtungen.¹²²⁸ Allerdings können nur Unternehmen Innovationen in konkrete Produkte umsetzen. Auf globaler Ebene setzt die Regierung sich als Verteidigerin für den Schutz geistigen Eigentums und einen fairen Zugang Aller zu Ressourcen ein.

Integration

Durch Bildung schafft die Regierung als Unterstützerin für Menschen mit Migrationshintergrund die Möglichkeit, sich in den Arbeitsmarkt und damit auch in die Gesellschaft zu integrieren.¹²²⁹ Bei Menschen, die mit einer bereits abgeschlossenen Ausbildung einwandern, ist es Aufgabe der Regierung, diesen Bildungsabschluss schnell anzuerkennen, damit sie auf dem Arbeitsmarkt eine Chance haben.¹²³⁰ Dass sie dies schaffen, liegt im Verantwortungsbereich der Unternehmen, die Regierung wird hier nur mittels Appellen aktiv.

¹²²⁷ Vgl. Abschnitt 8.3.10.

¹²²⁸ Vgl. Abschnitt 8.3.10.

¹²²⁹ Vgl. Abschnitt 8.3.11.

¹²³⁰ Vgl. Abschnitt 8.3.11.

Internationales Engagement

Um die eigenen Ziele für die Entwicklung der Welt zu erreichen, ist die Regierung auf die unternehmerischen Aktivitäten und die Kenntnisse deutscher Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern angewiesen. Sie fördert diese als Unterstützerin daher sowohl finanziell als auch durch Werbung.¹²³¹ Bei Auftritten gegenüber Dritten verschwimmen daher die Grenzen zwischen Unternehmen und Regierung, positives Verhalten wird einem kollektiven ‚wir‘ der Partner zugeschrieben. Damit Unternehmen wirklich nur positiv wirken, setzt sich die Regierung als Rahmensetzerin für die Etablierung von Mindeststandards und die Transparenz von Zahlungsflüssen ein. Allerdings kann sie nicht das Verhalten aller Unternehmen kontrollieren und ist daher sowohl bei der Kontrolle als auch bei der Sanktionierung auf andere Unternehmen angewiesen.

Klima- und Umweltschutz

Für die Lösung dieses globalen Problems sind auf internationaler Ebene Regierungen aktiv und setzen sich und ihren Gesellschaften Ziele. Damit diese erreicht werden können, ist die Regierung jedoch sehr stark auf die Mitarbeit der Unternehmen angewiesen. Diese können auf internationaler Ebene als Partner für die Durchsetzung von Standards und Zielen die Regierung unterstützen. Standards, ebenso wie Klimaschutzmaßnahmen generell, muss die Regierung als Rahmensetzerin und Unterstützerin so ausgestalten, dass sie die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen nicht gefährden, sonst verlagern diese ihre Produktion oder melden Bankrott an.¹²³² Dadurch würde dem Standort Deutschland Schaden entstehen und der Klima- und Umweltschutz trotzdem nicht gefördert. Die Regierung kann allerdings durch Anreize die Klima- und Umweltschutzaktivitäten von Unternehmen unterstützen, wenn diese langfristige Wettbewerbsvorteile darstellen. Wenn sie eingreifen muss, dann gestaltet sie die Eingriffe im Konsens mit den Unternehmen. Sie gestaltet die Rahmenbedingungen langfristig und verlässlich,

¹²³¹ Vgl. Abschnitt 8.3.12.

¹²³² Vgl. Abschnitt 8.3.13.

um den Unternehmen eine vernünftige Planungsgrundlage zu bieten und agiert nicht aktionistisch. Sie schafft damit die Voraussetzungen für nachhaltiges Wachstum durch innovative Produktionsweisen und Produkte.

Senioren

Die Regierung schafft als Rahmensetzerin die Anreize, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vorzeitig zu verrenten, ab.¹²³³ Eine vorgezogene Altersrente führt zu einem frühzeitigen Verlust von Facharbeiterinnen und Facharbeitern, den es vor dem Hintergrund des demografischen Wandels zu verhindern gilt. Die Regierung leistet durch ein höheres Renteneintrittsalter einen weiteren Beitrag dafür, dies zu verhindern.¹²³⁴ Außerdem flexibilisiert sie den Arbeitsmarkt und schafft finanzielle Anreize dafür, ältere Menschen länger zu beschäftigen.¹²³⁵ Dies ermöglicht sie als Unterstützerin auch durch ihre Beteiligung am lebenslangen Lernen.¹²³⁶ Damit trägt sie dazu bei, die Sozialbeiträge der Unternehmen niedrig und diese daher wettbewerbsfähig zu halten.¹²³⁷ Denn sie kann ältere Menschen nur sehr begrenzt in ihrer Rolle als Arbeitsgeberin selbst einstellen, für die anderen Arbeitsplätze ist sie auf die Unternehmen angewiesen.

Soziale Sicherung und Arbeitsbeziehungen

Die Regierung ist für die langfristige Gewährleistung der sozialen Sicherung zuständig. Die soziale Sicherung wird von den Unternehmen mitfinanziert und darf diese nicht zu stark belasten. Die Regierung muss die soziale Sicherung als Rahmensetzerin daher möglichst effizient gestalten.¹²³⁸ Der Bereich der Arbeitsbeziehungen in den einzelnen Unternehmen liegt grundsätzlich in der Verantwortung der Tarif-

¹²³³ Vgl. Abschnitt 8.3.14.

¹²³⁴ Vgl. Abschnitt 8.3.14.

¹²³⁵ Vgl. Abschnitt 8.3.14.

¹²³⁶ Vgl. Abschnitt 8.3.14.

¹²³⁷ Vgl. Abschnitt 8.3.14.

¹²³⁸ Vgl. Abschnitt 8.3.15.

parteien. Sollten sich diese in einer für die Regierung bedeutsamen Frage nicht einigen können, kann sie sich zunächst vermittelnd für eine Einigung einsetzen. Sie wird jedoch als letztes Mittel zum Schutz des Allgemeinwohls regulierend eingreifen.¹²³⁹ Sie wägt dabei zwischen der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und den Rechten der Eigentümer sowie der Sicherstellung der Arbeitsbeziehungen und der sozialen Sicherung ab. Das beinhaltet auch die Höhe der Entlohnung und die Arbeitszeitgestaltung.¹²⁴⁰ Sie nimmt dabei als Unterstützerin jedoch Rücksicht auf die Belastbarkeit der Unternehmen. Die hohen deutschen Standards können ein Wettbewerbsnachteil für Unternehmen sein. Damit sie nicht verringert werden müssen, setzt die Regierung sich als Verteidigerin für höhere Standards im internationalen Rahmen ein und kontrolliert die Einhaltung der Standards in Deutschland, damit Unternehmen, die diese einhalten, gegen unlauteren Wettbewerb geschützt sind.

Steuern

Für ihre Handlungsfähigkeit ist die Regierung als wirtschaftliche Akteurin darauf angewiesen, dass Unternehmen sich am Gemeinwesen beteiligen, indem sie Steuern zahlen. Dazu muss sie die Steuersätze als Rahmensetzerin so ausgestalten, dass Unternehmen im globalen Wettbewerb bestehen können, da diese sonst keinerlei Steuern zahlen.¹²⁴¹ Durch niedrige Steuern können Unternehmen stärker wachsen und Arbeitsplätze schaffen. Auch die Konsumententscheidungen der Kunden werden durch die Höhe der Steuern beeinflusst. Außerdem ermöglicht die Regierung als Unterstützerin mit ihrer Steuerpolitik Unternehmen bei ihrer Planung eine langfristige und verlässliche Perspektive. Insbesondere gegen global tätige Unternehmen hat die Regierung kaum Handlungsmöglichkeiten, sie zum Zahlen von Steuern zu zwingen.¹²⁴² Sie setzt sich daher für eine globale Regelung ein, denn sie muss als

¹²³⁹ Vgl. Abschnitt 8.3.15.

¹²⁴⁰ Vgl. Abschnitt 8.3.15.

¹²⁴¹ Vgl. Abschnitt 8.3.16.

¹²⁴² Vgl. Abschnitt 8.3.16.

Hüterin des Allgemeinwohls dafür sorgen, dass alle Akteure in Deutschland, auch Unternehmen, gerecht zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen werden.

Verbraucherschutz

Auch in diesem Feld ist die Regierung als Rahmensetzerin für das Setzen von Mindeststandards verantwortlich. Für deren Einhaltung ist sie allerdings oft auf die Selbstkontrolle der Unternehmen angewiesen, die dafür über das notwendige Fachwissen verfügen. Kontrolliert sie selbst, insbesondere dann, wenn sie die Nutzung eines Produktes oder einer Dienstleistung fördern will, trägt sie damit als Unterstützerin zum Vertrauensaufbau zwischen Unternehmen und Konsumenten bei. Das Fachwissen der Unternehmen ist auch dann essenziell, wenn die Regierung doch selbst Maßnahmen zum Verbraucherschutz trifft. Sie wird dann als Verteidigerin tätig, wenn es um das Verhindern krimineller Aktivitäten wie Produktfälschung geht, die sowohl Unternehmen als auch Verbrauchern schaden. Außerdem ermöglicht sie Unternehmen das Verwenden von Labeln, die der Transparenz und damit einer fundierteren Konsumententscheidung dienen.¹²⁴³ Label bieten Unternehmen zusätzliche Chancen, da sie zeigen können, dass sie höhere Standards als die Mindestanforderungen erfüllen. Generell dürfen die Chancen durch Innovation nicht zu stark durch Standards eingeschränkt werden. Label bieten hier der Regierung als Unterstützerin auch eine Möglichkeit, Kunden selbst entscheiden zu lassen, ob sie ein Produkt erwerben möchten oder nicht, anstatt es zu verbieten.

Zwischenfazit – reziproke Abhängigkeit

Zusammenfassend über die verschiedenen Felder lässt sich festhalten, dass die Regierung Unternehmen im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützt oder bei Bedarf auch verteidigt. Dabei kann ihr durchaus Eigeninteresse unterstellt werden, denn sie ist sowohl finanziell als auch zur

¹²⁴³ Vgl. Abschnitt 8.3.17.

Erreichung gesamtgesellschaftlicher Ziele auf Unternehmen angewiesen. Es besteht demnach eine wechselseitige Abhängigkeit.

Die unterstützende Rolle zeigt sich in verschiedenen Verhaltensweisen der Regierung: darin, für Unternehmen belastende Regulierung nur als *Ultima Ratio* zu betrachten; darin, für sie unterstützende Rahmenbedingungen zu schaffen und ihnen positive Anreize zu setzen und darin, dabei zwischen der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und gesellschaftlichen Interessen abzuwägen. Gegenüber Dritten tritt sie für Regelungen ein, die die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen schützen. Als wirtschaftliche Akteurin ist die Bundesregierung auf die Unternehmen angewiesen, da diese direkt oder indirekt einen großen Anteil der finanziellen Grundlagen des Staates tragen. Als Hüterin des Gemeinwohls ist sie von Unternehmen abhängig, da diese durch ihre Tätigkeit für Beschäftigung, Fortschritt und eine generelle Mehrung des Gemeinwohls sorgen. Sie dienen der Regierung dadurch als Partner für die Erreichung gesamtgesellschaftlicher Ziele, die sie alleine nicht erreichen kann.

Als nächstes wird überprüft, ob und wie sich in der Erwartung der Regierung Unternehmen gegenüber und in der damit verbundenen Selbstkonstruktion der Regierung Veränderungen feststellen lassen und welche Auslöser dafür zu identifizieren sind.

8.3 Veränderungen in den Verantwortungsfeldern

Trotz der jeweils unterschiedlichen Ausrichtung wird in allen Verantwortungsbereichen, wie sie den Interpretationsrepertoires entnommen werden konnten, der grundsätzlichen Existenz von Unternehmen eine große Bedeutung eingeräumt. Dieser gemeinsame Bezug resultiert aus der grundlegenden Annahme der Bundesregierung, dass verantwortungsvolles Verhalten mit unternehmerischen Zielen vereinbar ist. Wie oben bereits erwähnt, begründet sich diese Annahme in Deutschland im Konzept der Sozialen Marktwirtschaft. Wenn nicht im Namen, so ist doch in der Anlage auch eine ökologische Komponente enthalten, die neben der Verantwortung für die soziale auch eine für die natürliche

Umwelt beinhaltet.¹²⁴⁴ Bezogen auf die institutionelle Logik-Perspektive bedeutet dies, dass die verschiedenen Verantwortungsbereiche sich einerseits unterschiedlichen übergeordneten, allgemeineren Feldern zuordnen lassen. Sie lassen sich aber auch alle im übergeordneten, allgemeineren Feld unternehmerischer Logik verorten.¹²⁴⁵

Konkret bedeutet das für die hier identifizierbaren Verantwortungsbereiche, dass sie sich zusätzlich den allgemeineren Feldern Familie, Gesellschaft, Religion und Staat zuordnen lassen, vgl. hierzu Abbildung 14. Auf die Abbildung des unternehmerischen Feldes kann verzichtet werden, da die Abbildung die Zuordnung der Verantwortungsbereiche zu den anderen übergeordneten Feldern aufzeigen soll.

¹²⁴⁴ Diese Aussage bezieht sich auf die Ergebnisse innerhalb des Untersuchungszeitraums. Es wird nicht postuliert, dass Umweltschutz bereits Teil der ursprünglichen Ausrichtung der Sozialen Marktwirtschaft gewesen sei. Diese fokussiert sehr stark auf die namensgebende soziale Frage, vgl. dazu bspw. Müller-Armack (1976), S. 234ff. Die wachsende Bedeutung des Umweltschutzes in der Politik zeigt sich insbesondere daran, dass dieser unter Helmut Kohl Ziel eines eigenen Ministeriums wurde, vgl. Rudzio (2015), S. 264.

¹²⁴⁵ Vgl. zu institutionellen Feldern Abschnitt 3.2.4. Bei dieser Einteilung wird weniger auf die, ähnlich bezeichneten, Idealtypen des interinstitutionellen Systems von Thornton, Ocasio und Lounsbury Bezug genommen. Eine ausführliche Auseinandersetzung damit findet sich in Abschnitt 5.1. Es geht vielmehr um eine, aus den Daten heraus entwickelte, interpretativ erschlossene Einteilung, die für eine Unterscheidung jedoch auf die Vorarbeiten von Thornton, Ocasio und Lounsbury zurückgreift, vgl. Thornton/Ocasio/Lounsbury (2012), S. 73.

Abbildung 14: Übergeordnete Felder für Unternehmensverantwortung¹²⁴⁶

Familie	Gesellschaft	Religion	Staat
<ul style="list-style-type: none"> • Familienförderung 	<ul style="list-style-type: none"> • Arbeitsplätze • Ausbildungsplätze • CSR • Gesellschaftlicher Wohlstand • Gleichberechtigung • Inklusion • Innovation • Integration • Internationales Engagement • (Klima- und Umweltschutz) • Senioren • Soziale Sicherung und Arbeitsbeziehungen • Verbraucherschutz 	<ul style="list-style-type: none"> • (Klima- und Umweltschutz) 	<ul style="list-style-type: none"> • Bildung • Infrastruktur • Steuern

Der Bereich Klima- und Umweltschutz lässt sich nicht so einfach zuordnen. Zu Beginn des Untersuchungszeitraums lassen religiöse Bezüge zur ‚Schöpfung‘ eine Verortung im Feld Religion zu. Diese verschwinden jedoch mit dem Regierungswechsel von Kohl zu Schröder, worauf zusätzlich zur Verortung im Feld Unternehmen eine Zuordnung zum Feld Gesellschaft angenommen werden kann. Dies ist ein erster Hinweis für Veränderungen der Wahrnehmung der Bundesregierung.

Grundsätzlich bedeutet die Konzeption von Unternehmensverantwortung als Verbindung unternehmerischer und gesellschaftlicher Ziele durch die damit verbundene Verortung in jeweils zwei verschiedenen Feldern eine gewisse Instabilität. Denn die Verbindung zu zwei verschiedenen Logiken macht es für Akteure einfacher, institutionalisierte Bestandteile der einen Logik bei Unterschieden zu denen der anderen Logik zu hinterfragen und zu verändern.¹²⁴⁷ Da im Bereich der Unternehmensverantwortung immer auch die Rolle des Staates als Regulierer

¹²⁴⁶ Eigene Darstellung.

¹²⁴⁷ Vgl. Abschnitt 3.2.2.

potenziell bedeutsam ist, kommt meist noch ein drittes Feld (das des Staates) hinzu, auf dessen Logik Akteure, durch dessen Nähe, besonders einfach zurückgreifen können. Dadurch besteht ein besonders großes Potenzial für Veränderungen in einem der Felder, wenn Unterschiede zu einem der anderen existieren, auf die Akteure, die in allen Feldern aktiv sind, zurückgreifen.

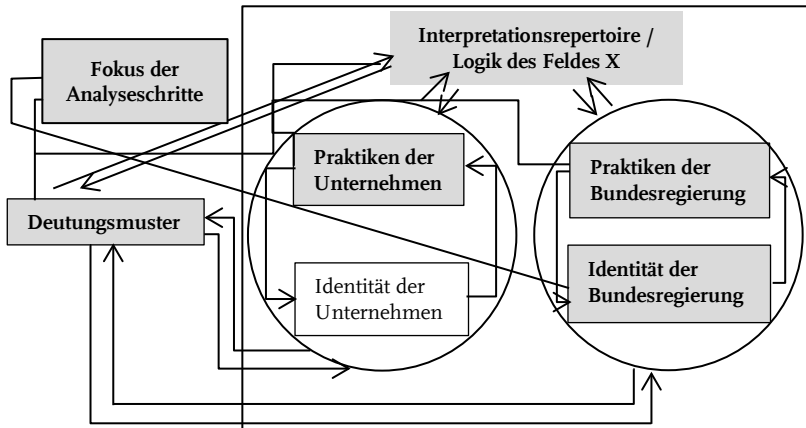
In fast allen Interpretationsrepertoires lassen sich tatsächlich Veränderungen feststellen, mit der Ausnahme von Integration¹²⁴⁸. Diese werden in der Folge für die verschiedenen Interpretationsrepertoires mit den dabei zum Einsatz kommenden Deutungsmustern dargestellt (vgl. Abbildung 15). Hierbei handelt es sich um Veränderungsprozesse, die mit der Verortung des Verständnisses der deutschen Bundesregierung von Unternehmensverantwortung in der Schnittstelle verschiedener Felder zusammenhängen.¹²⁴⁹ Grundsätzlich sind Veränderungen in beide Richtungen denkbar. Die gesellschaftliche, familiäre oder staatliche Logik kann gegenüber der unternehmerischen Logik eine größere Bedeutung erlangen, ebenso wie vice versa. In Anbetracht der vielfach postulierten „Ökonomisierung“¹²⁵⁰ der Gesellschaft, erscheint es jedoch nicht überraschend, dass eher ein Überwiegen der ökonomischen Logik über die jeweils andere Logik vorzufinden ist. Zusätzlich ist ein Einfluss der Felder der Unternehmensverantwortung untereinander feststellbar. Insbesondere die Logik des Felds Klima- und Umweltschutz wird auch in anderen Feldern eingesetzt.

¹²⁴⁸ Allerdings ergaben sich Veränderungen in der Integrationspolitik, die in Abschnitt 8.3.11 dargestellt werden.

¹²⁴⁹ Die hier aufgezeigten Veränderungsprozesse werden auf der Grundlage der Analyse und der theoretischen Annahmen des institutionellen Logik-Ansatzes dargestellt. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Veränderungen vermittels anderer Prozesse oder Auslöser erfolgt sind, die sich mit Hilfe des angewandten theoretischen Gerüsts nicht identifizieren lassen.

¹²⁵⁰ Ulrich (2000), S. 555.

Abbildung 15: Fokus der dritten Analyseschritte¹²⁵¹



Zunächst werden, für eine bessere Übersicht, die in den unten dargestellten Veränderungsprozessen zum Einsatz kommenden Deutungsmuster kurz in einer Tabelle eingeführt (vgl. Tabelle 1):

Tabelle 1: In den Veränderungsprozessen eingesetzte Deutungsmuster¹²⁵²

Bezeichnung	Erläuterung
Akteur Unternehmen	Ein Unternehmen wird als kollektiver Akteur verstanden. Dies ermöglicht eine direkte Verantwortungszuschreibung an das Unternehmen als handlungsfähige Einheit.
Arbeit als erstes Lebensbedürfnis ¹²⁵³	Einen Beruf ausüben zu können ist entscheidend für das Selbstwertgefühl einer Person. Es macht sie zu einem Teil der Gesellschaft und ermöglicht jenseits der rein materiellen Einnahmen persönliche Bereicherung.
Arbeitslosigkeit als finanzielle Belastung für den Staat	Der Staat als wirtschaftlicher Akteur verfügt, ebenso wie andere wirtschaftliche Akteure, nur über begrenztes Kapital. Kann er Ausgaben einsparen oder neue Einnahmequellen erschließen, erweitert dies seinen finanziellen Spielraum.
Arbeitslosigkeit als Naturphänomen	Arbeitslosigkeit ist ein Naturereignis. Konkrete menschliche Auslöser sind kaum festzustellen. Sie stellt aller-

¹²⁵¹ Vgl. Abbildung 7.

¹²⁵² Eigene Darstellung.

¹²⁵³ Vgl. Marx (1973), S. 21.

	dings kein unabwendbares Schicksal dar und lässt sich gesamtgesellschaftlich bekämpfen.
Arbeitsplätze als wertvolles Gut	Arbeitsplätze sind ein wertvolles Gut sowohl für den Einzelnen als auch für die Gesamtgesellschaft. Sie stellen damit in vielen Fällen die Letztbegründung für die Vorteilhaftigkeit einer wirtschaftlichen Entwicklung. Sie entstehen hauptsächlich in Unternehmen, sind jedoch eine eigenständige Entität, die auch getrennt vom unternehmerischen Umfeld gesehen werden kann.
Arbeitsuchende	Arbeits- oder Ausbildungsplätze sind aufgrund ihrer Seltenheit und ihres hohen Wertes nicht überall und für alle frei verfügbar. Sie müssen zunächst gesucht bzw. gefunden werden. Es geht um den Prozess, der der Einnahme des Ortes Arbeitsplatz vorausgeht und der für die momentane Existenz eines Individuums bezeichnend ist.
Ausstieg/Einstieg	Der Ausstieg aus der Atomenergie ist nur durch einen gleichzeitigen Einstieg in die Erneuerbaren realisierbar.
Beschäftigung	Beschäftigung ähnelt auf positiver Weise Arbeitslosigkeit als Naturphänomen. Ihre Steigerung stellt ein gesamtgesellschaftliches Ziel dar. Dabei ist zwar bekannt, was für ihre Entwicklung förderlich ist, sie wird aber eher als eigenständiger Prozess verstanden, der beeinflusst, aber nicht von einzelnen Akteuren gesteuert werden kann. Dies unterscheidet sie von Arbeitsplätzen als wertvolles Gut (s.o.). ¹²⁵⁴
Corporate Citizenship ¹²⁵⁵	Eine eigentlich in dem Verantwortungsbereich des Staates liegende Aufgabe lässt sich durch die Unterstützung von Unternehmen zum größeren Nutzen der Allgemeinheit ausfüllen. Denn für die vollständige Erfüllung mancher Aufgaben fehlt dem Staat das notwendige Kapital oder das Fachwissen. Außerdem kann beides eingesetzt werden, um eine bisher adäquate Erfüllung einer Staatsaufgabe noch zu verbessern.
Demografie	Der Prozess der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland und der Welt im Allgemeinen. In Deutschland bezeichnend für abnehmende Bevölkerungszahlen und verstärkte Alterung der Gesellschaft, in der Welt insgesamt für Zunahme der Gesamtbevölkerung.
„Der Kuchen muß größer werden“ ¹²⁵⁶	Wirtschaftliche Entwicklung ist notwendig und positiv. Sie ist auch dann möglich, wenn gleichzeitig nicht mehr,

¹²⁵⁴ Vgl. zu inhaltlichen Unterschieden zwischen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik Schmid (2007), S. 274.

¹²⁵⁵ Vgl. zu diesem Verständnis von Corporate Citizenship Matten/Crane (2005), S. 171ff.

¹²⁵⁶ Erhard (1957), S. 226.

	sondern weniger Rohstoffe (s.u.) verbraucht werden. Dieser Prozess kann sogar durch Fortschritt (s.u.) die wirtschaftliche Entwicklung fördern.
Effizienz	Erlangung eines gesetzten Ziels mit dem Einsatz möglichst geringer Mittel oder eines möglichst großen Ertrags mit dem Einsatz fester Mittel. Stellt ein originär wirtschaftliches Prinzip dar.
Emissionen	Die Umwelt wird durch Prozesse negativ beeinflusst. Diese können sowohl von Privatpersonen als auch von Unternehmen ausgehen. Insbesondere im Bereich der Unternehmen ist das Engagement für deren Vermeidung jedoch bereits hoch.
Energie	Energie wird meist durch Unternehmen bereitgestellt. Zugang zu Energie wird durch Infrastruktur ermöglicht (s.u.). Ihre Kosten dürfen die Bürger und die Wirtschaft nicht zu stark belasten. Sie muss daher wettbewerbsfähig aber auch umweltverträglich sein.
Energie als notwendige Voraussetzung	Ohne Energie oder durch zu teure Energie verliert der Standort Deutschland seine Wettbewerbsfähigkeit.
Entkopplung	Wirtschaftswachstum ist auch ohne einen parallelen Anstieg des Ressourcenverbrauchs möglich. Das ist für Deutschland wichtig, um nachhaltig wettbewerbsfähig zu bleiben. Global kann es Entwicklung ermöglichen, ohne Klima und Umwelt weiter zu gefährden.
Familie	Die Familie bietet einen gesellschaftlichen Wert durch die Erziehungsleistung der Eltern und die langfristige Sicherung der Fachkräftebasis. Allerdings sind Kinder für eine Gesellschaft auch ein Wert an sich.
Flexibilität	Anpassungsfähigkeit an die konkreten (meist wirtschaftlichen) Erfordernisse. Positive Eigenschaft, da sie bessere Ergebnisse liefert als eine Verhaltensweise, die unabhängig von der konkreten Situation an einer vorher definierten Handlung festhält.
Fortbewegung	Fortschritt (s.u.) muss ermöglicht und möglichst positive Voraussetzungen müssen geschaffen werden. Insbesondere die technologischen Verbesserungen im Bereich der Fortbewegung zeigen, dass Fortschritt die Vereinbarkeit verschiedener Ziele ermöglichen kann.
Fortschritt	Neue Entwicklungen naturwissenschaftlicher, technischer oder gesellschaftlicher Art sind positiv, da sie eine bessere Zukunft ermöglichen. Mögliche Risiken werden bei der Verwirklichung berücksichtigt, dürfen die Chancen in der Betrachtungsweise jedoch nicht überdecken, da sonst kein Fortschritt möglich ist.
Freiheit in Verantwortung	Ist das zentrale Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, das ein Wirtschaftssystem dann als am besten für eine Gesellschaft betrachtet, wenn wirtschaftliche Akteure innerhalb eines systemstabilisierenden Rahmens mög-

	lichst wenig behindert werden, diese Freiheit aber zur Mehrung des Allgemeinwohls einsetzen.
Freiwilligkeit	Akteure handeln ohne regulatorischen Zwang. Dies kann auch erfolgen, um Regulierung zu verhindern (s. Shadow of Hierarchy). Es stellt für Unternehmen jedoch auch einen Wettbewerbsvorteil dar.
Frieden	Die Vermeidung oder einvernehmliche Lösung gesellschaftlicher Konflikte. Ist grundsätzlich immer einem Konflikt vorzuziehen, denn dies vermeidet zusätzliche Kosten.
Gerechtigkeit	Alle Bürger haben unabhängig von Herkunft, Alter und Geschlecht die gleichen Chancen.
Gleiche Lebensverhältnisse	Alle Menschen in Deutschland haben ein Anrecht auf zumindest gleichwertige Lebensverhältnisse. Bezogen auf die äußeren Bedingungen, insbesondere auf Infrastruktur.
Global Governance ¹²⁵⁷	Manche Probleme stellen sich global und lassen sich daher auch von einzelnen Ländern nicht alleine lösen. Eine globale Lösung muss gefunden werden, was die typischen Probleme der Kompromissfindung mit sich bringt.
Globalisierung	Alle Bereiche einer Gesellschaft weisen Verbindungen zu den entsprechenden Gesellschaftsbereichen anderer Gesellschaften auf. Es kann zu einer Vereinheitlichung kommen. Gleichzeitig entsteht insbesondere im wirtschaftlichen Bereich ein großer Wettbewerbsdruck durch globale Konkurrenz nicht nur für einzelne Unternehmen, sondern auch für die nationalen Wirtschaftssysteme.
Gute staatliche Marktgestaltung	In einer sozialen Marktwirtschaft ist ein ordnungspolitischer Rahmen für das Funktionieren des Wirtschaftssystems notwendig. Er schränkt das Wirtschaftshandeln zwar ein, macht es auf der anderen Seite aber auch erst möglich. Regulierende Maßnahmen können daher zum Vorteil der Unternehmen sein.
Homo oeconomicus (Anreize)	Handeln lässt sich durch das Setzen von positiven und negativen Anreizen beeinflussen. Diese lassen dem Handelnden die Freiheit, ob er dem Anreiz folgen möchte und wie er sein Handeln konkret ausgestaltet. Damit ist es möglich, die für die jeweilige Situation beste Handlungsweise im eigenen Interesse frei zu wählen.
Inhärent gutes Wirtschaften	Wirtschaftliche Tätigkeit ist grundsätzlich positiv und bringt allen Beteiligten nur Vorteile. Das gilt sowohl für einzelne Transaktionen als auch für globalen Handel.

¹²⁵⁷ Vgl. hierzu bspw. Mayntz (2008), S. 49ff.; Scherer/Palazzo (2011), S. 903.

Investitionen	Kapital wird ausgegeben, in der Erwartung, dadurch einen Ertrag zu erzielen. Dieser muss jedoch nicht originär finanzieller Art sein, sondern kann auch in gesamtgesellschaftlichem Mehrwert wie einem gestiegenen Bildungsniveau bestehen.
Kampf	Für die Erreichung bestimmter Ziele lohnt sich ein besonders starker Einsatz. Dabei kann es sich sowohl um die Bemühungen einzelner Akteure als auch um die einer ganzen Gesellschaft handeln.
Karriere ist Selbstverwirklichung	Das Ziel beruflichen Fortkommens ist automatische Folge einer guten Ausbildung und dient weniger einem gestiegenen Einkommen als der angemessenen Anwendung der eigenen Kenntnisse und Fähigkeiten und damit der Selbstverwirklichung. Berufliche Betätigung, als zentraler Bereich des Lebens, dient dem beruflichen Fortkommen, was ein lebenslanger Prozess ist.
Kinderbetreuung	Es muss für Eltern die Möglichkeit bestehen, ihre Kinder von Dritten betreuen zu lassen. Dies ermöglicht es ihnen, die Aufnahme oder Fortführung eines Berufs mit ihrem Kinderwunsch zu vereinbaren. Das Alter des Kindes sollte dabei keine Rolle spielen.
Klimawandel	Das Klima verändert sich aufgrund menschlicher Einflüsse. Dadurch ist der aktuelle Wohlstand gefährdet. Der Handlungsdruck ist hoch, denn je weiter der Klimawandel fortschreitet, desto höher werden die damit verbundenen Kosten.
Kosten senken	Unternehmen können besser zur Erreichung gesamtgesellschaftlicher Ziele beitragen, wenn sie möglichst geringe Ausgaben haben. Deren Höhe kann die Regierung in Teilen beeinflussen.
Krise	Störung des Wirtschaftssystems aber mit schwerwiegenden Auswirkungen auf die Gesellschaft insgesamt, insbesondere durch den Verlust von Arbeitsplätzen.
Langfristorientierung	Das Handeln dient dem Erreichen eines fortdauernden Ziels und nicht einer einmaligen und in direkter Zukunft liegenden Absicht. Dabei erscheint der Ertrag zunächst geringer, besteht aber länger fort und ist daher einer kurzfristigen Ausrichtung vorzuziehen. Ursprünglich stammt das Deutungsmuster aus dem Bereich Forstwirtschaft, da es für einen Teilaspekt von Nachhaltigkeit (s.u.) steht. ¹²⁵⁸
Lebensqualität	Das Befinden einzelner Gesellschaftsmitglieder oder der gesamten Gesellschaft ist gut. Dies kann sowohl materielle als auch immaterielle Gründe haben, wobei die

¹²⁵⁸ Vgl. Langer (2011), S. 9.

	materiellen überwiegen.
Markt	Das Zusammenkommen von Angebot und Nachfrage. Charakterisiert durch die Knappheit der gehandelten materiellen wie immateriellen (z.B. Zeit) Güter.
Mitbestimmung	Die Beteiligung von Arbeitnehmern an der Entscheidungsfindung im Unternehmen. Dadurch kann der Entscheidungsprozess verlangsamt werden. Insgesamt sind die Ergebnisse langfristig aber besser.
Müll	Abfallprodukte unternehmerischer Erzeugnisse dürfen die Umwelt nicht belasten. Dies ist insbesondere problematisch, wenn das Schädigungspotenzial besonders hoch, die Einflussmöglichkeit der Unternehmen auf die Entwicklung der Abfallprodukte jedoch besonders niedrig ist.
Nachfragemacht	Konsumenten können durch ihre Konsumententscheidungen Einfluss auf die wirtschaftlichen Entscheidungen von Unternehmen nehmen.
Nachhaltigkeit	Stammt aus dem Bereich der Forstwirtschaft. Umfasst allerdings inzwischen nicht nur landwirtschaftliche Produktion, sondern steht generell für ein Wirtschaftsmodell, das eine intertemporäre Gerechtigkeit im Verbrauch von Ressourcen ermöglicht. ¹²⁵⁹
Outsider zu Insidern machen ¹²⁶⁰	Arbeit ist ein physisch lokalisierbarer Platz, der für Arbeitsuchende alleine schwer zu erreichen ist. Sie sind dabei auf Hilfe angewiesen, um wieder ‚in Arbeit‘ zu kommen.
Political CSR ¹²⁶¹	Auf internationaler Ebene haben Unternehmen und Regierung identische Ziele. Für deren Verfolgung treten sie gemeinsam ein. Sie agieren ebenbürtig und sind aufeinander angewiesen.
Potenzial	Gesamtheit aller zur Verfügung stehenden Mittel, die noch nicht vollständig ausgeschöpft wurden oder ausgeschöpft werden konnten. Für die Zukunft positiv, da noch zusätzliche Mittel zu Verfügung stehen. Im Rückblick jedoch negativ, da es bisher nicht gelungen ist, alle zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen.
Rohstoff	In der Natur oder der Gesellschaft vorhandene, bisher noch nicht behandelte Vorräte. Diese werden für eine wirtschaftliche Tätigkeit in der Zukunft benötigt und müssen dafür einsetzbar sein. Kann sich sowohl auf

¹²⁵⁹ Vgl. dafür auch Langer (2011), S. 9f.

¹²⁶⁰ Vgl. Lindbeck/Snower (1988), S. 167ff. Es geht hier weniger um den von Lindbeck und Snower beschriebenen Prozess als vielmehr das Verständnis von Arbeitslosen als Outsidern.

¹²⁶¹ Vgl. Scherer/Palazzo (2007), S. 1108ff.; Scherer/Palazzo (2011), S. 906ff.

	Material als auch auf menschliche Fähigkeiten beziehen.
Schöpfung	Die Umwelt ist eine göttliche Gabe. Der Mensch hat nicht das Recht, diese nachhaltig zu beschädigen.
Schonung	Menschliche Aktivitäten müssen, wenn sie in die Umwelt eingreifen, dies möglichst so tun, dass es mit der Umwelt vereinbar ist.
Shadow of Hierarchy ¹²⁶²	Gesetzliche Eingriffe müssen durch die Regierung nicht immer tatsächlich vorgenommen werden, um den gewünschten Effekt zu erzielen. Es kann ausreichend sein, Eingriffe anzukündigen, wenn ein bestimmtes Ziel nicht bis zu einem bestimmten Zeitpunkt erreicht wird, um Unternehmen dazu zu bewegen, dieses Ziel ohne gesetzlichen Druck zu erreichen. Kann funktionieren, da Unternehmen gesetzliche Regelungen vermeiden wollen.
Sicherheit	Schutz für physische, psychische aber auch materielle Unversehrtheit und vor unvorhergesehenen Entwicklungen (im Sinne von Stabilität).
Soziale Marktwirtschaft	Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Deutschland. Mit ihrem zentralen Prinzip der Freiheit in Verantwortung (s.o.) steht sie für die Verbindung von sozialen und wirtschaftlichen Zielen, die von einem Staat gefördert werden, der beschränkende aber auch ermöglichende Rahmenbedingungen setzt und der auf die Sozialpflichtigkeit des Eigentums vertraut.
Staat ist kein Wirtschaftsersatz	Der Staat kann unternehmerische Aufgaben höchstens kurzfristig in Notsituationen übernehmen. Langfristig ist jedoch immer die Übernahme von originär unternehmerischen Aufgaben durch Unternehmen vorzuziehen, da dies effizienter ist und der Staat weder über ausreichend Kapital noch die notwendigen Kenntnisse verfügt.
Teil eines Ganzen	Unternehmen sind Bestandteil der Gesellschaft. Alle ihre Aktivitäten wirken sich daher auch auf die Gesellschaft aus. Unternehmen sind jedoch auch von der sie umgebenden Gesellschaft abhängig. Sie engagieren sich daher über das eigene Kerngeschäft hinaus für das Allgemeinwohl.
Transparenz	Unternehmerische Aktivitäten müssen so gestaltet sein, dass sie von der Regierung und den anderen Stakeholdern nachvollzogen werden können. Dadurch wird sichergestellt, dass unternehmerisches Verhalten mit positiven oder negativen Anreizen belegt werden kann.
Umweltschutz	Der Lebensraum der Menschen mit seinen Lebensgrundlagen muss für die zukünftigen Generationen erhalten bleiben. Da der Mensch mit seinen Aktivitäten in ihn

¹²⁶² Vgl. bspw. Hérítier/Lehmkuhl (2008), S. 2.

	eingreift, müssen diese Aktivitäten so ausgestaltet werden, dass sie die Lebensgrundlagen nicht dauerhaft aufbrauchen oder zerstören.
Unabdingbarkeit des Finanzsektors	Ein Wirtschaftssystem funktioniert nur dann, wenn eine ausreichende Menge an Kapital zur Verfügung gestellt wird. Diese ‚dienende Funktion‘ innerhalb des Wirtschaftssystems übernimmt der Finanzsektor, der daraus seine Existenzgrundlage bezieht.
Unvereinbarkeit	Zwei oder mehr Dinge oder Prinzipien lassen sich von ihrer grundsätzlichen Begebenheit her nicht miteinander verbinden.
Verantwortung	Sich selbst oder anderen gegenüber für das Eintreten oder Verhindern eines Zustandes oder Ereignisses verpflichtet sein. Es wird nicht zwischen kollektiven und Einzelakteuren unterschieden.
Vereinbarkeit	Zwei oder mehr unterschiedliche Dinge oder Prinzipien lassen sich miteinander verbinden, obwohl sie auf den ersten Blick konträr erscheinen.
Wachstum bedeutet Arbeitsplätze	Entwickelt sich die Wirtschaft positiv, entstehen Arbeitsplätze. Es besteht kein sofortiger Zusammenhang und die Entwicklung muss dafür eine bestimmte Schwelle überschreiten, aber grundsätzlich bedeutet eine positive Entwicklung für Unternehmen auch eine positive Entwicklung für die Gesellschaft in Bezug auf Arbeitsplätze.
Wettbewerb als Selbstzweck ¹²⁶³	Ist eine Handlungsweise erfolgreich, benötigt sie keine weitere Begründung mehr. Hier wird letztlich ein Zirkelschluss vorgenommen: Die alleinige Feststellung des Erfolgs einer Maßnahme wird als ausreichende Begründung für ihre Existenz verwendet, ohne darauf einzugehen, worin konkret der Erfolg, und damit letztlich das Ziel der Maßnahme, besteht.
Wettbewerbsfähigkeit	In einer Konkurrenzsituation über Vorteile zu verfügen ist nicht nur für Unternehmen sondern für alle Bereiche einer Gesellschaft als Bestandteile eines Standortes notwendig. Das gilt ebenso für die Individuen, die sich in einem ständigen Konkurrenzkampf um Arbeitsplätze befinden.
Wettbewerbsvorteil engagierte Fachkräfte	Unternehmen als kollektive Akteure setzen sich dennoch aus handelnden Personen zusammen, deren Qualifikationen und Fähigkeiten die Wettbewerbsstärke eines Unternehmens entscheidend beeinflussen.
Zeitknappheit im Umweltschutz	Zerstörungen in der Umwelt führen zu negativen Auswirkungen auch auf Menschen. Je weiter sie voranschreiten, desto schwieriger und teurer wird es, gegen sie oder

¹²⁶³ Vgl. Rosa (2006), S. 94.

	ihre Folgen vorzugehen.
Zentralität des Staates für das Funktionieren der Wirtschaft	Obwohl der Staat Unternehmen möglichst wenig einschränkt, ist er durch das Setzen von Rahmenbedingungen und als letzter handlungsfähiger Akteur in Krisensituationen für das langfristige erfolgreiche Funktionieren eines Wirtschaftssystems notwendig.
Zukunftsgestaltung	Die Zukunft ist ein Zustand, der durch das Handeln in der Gegenwart aktiv beeinflusst werden kann. Nach Möglichkeit sollte diese Beeinflussung positive Resultate hervorbringen.
Zuwanderung	Der Zuzug ausländischer Arbeitnehmer könnte kurzfristig und relativ günstig zur Erleichterung des Fachkräftemangels beitragen. Langfristig bringt aber ein Zuzug über eine gewisse Schwelle hinweg gesellschaftliche Probleme mit sich, da die, für einen Erfolg notwendige, Integration der Einwanderer nicht für eine beliebig große Gruppe leistbar ist.

Die Deutungsmuster können verschiedenen Diskursebenen zugerechnet werden. Dabei kann zwischen einem Diskurs auf allgemeiner gesellschaftlicher Ebene, einem wirtschaftsspezifischen und einem Diskurs über Unternehmensverantwortung unterschieden werden. Die Abgrenzung erfolgt dahingehend, dass Deutungsmuster, die der Ebene des Diskurses über Unternehmensverantwortung zugeordnet werden können, eine spezifische Erwartung Unternehmen gegenüber enthalten. Deutungsmuster der darüber liegenden Ebene des Wirtschaftsdiskurses thematisieren für das Feld der Wirtschaft allgemein relevante Bereiche. Die Deutungsmuster der obersten Ebene beziehen sich auf Realitätsausschnitte, die für die gesamte Gesellschaft relevant sind (vgl. Abbildung 16).

Abbildung 16: Deutungsmuster verschiedener Diskursebenen¹²⁶⁴



¹²⁶⁴ Eigene Darstellung.

Diese Deutungsmuster kommen, alleine oder in veränderter Verbindung, in den Veränderungsprozessen der 16 Verantwortungsfelder¹²⁶⁵ zum Einsatz, die im Folgenden vorgestellt werden. Um die Veränderungen des Diskurses hinsichtlich ihrer sozialen Situiertheit analysieren zu können, ist es zunächst jedoch jeweils notwendig, den für diese Analyse relevanten ökonomisch-politischen Kontext darzustellen.¹²⁶⁶ Da es sich um die Analyse eines Diskurses der Regierung zu verschiedenen Feldern der Verantwortung handelt, werden politikwissenschaftliche Sekundärquellen herangezogen, um die Politik der Regierung im Untersuchungszeitraum im Rahmen ihres historischen Kontextes darzustellen. Dies ist notwendig, da ein Diskurs immer nur in Bezug auf die realen Ereignisse und Handlungen, auf die er sich bezieht, verstanden werden kann.¹²⁶⁷ Die Beschränkung auf wissenschaftliche Sekundärquellen zur Darstellung des Kontextes soll eine möglichst durch das Vorwissen der Autorin unbeeinflusste Retrospektive ermöglichen. Da die analysierten Verantwortungsfelder unterschiedlichen Politikbereichen zuzuordnen sind, werden für jedes der relevanten 17 Politikfelder separat kurze Darstellungen der historischen Prozesse mit ihren bedeutendsten Vorkommnissen entwickelt und den Ergebnissen der Analyse vorangestellt.

8.3.1 Das Feld Arbeitsplätze

Veränderungen in der Arbeitsmarktpolitik

Nach einer Phase der Vollbeschäftigung¹²⁶⁸ seit 1959 stieg die Arbeitslosigkeit in Deutschland seit 1970 (mit zwischenzeitigen Rückgängen) bis 2005 an.¹²⁶⁹ Zu Beginn der Untersuchungsperiode, 1991, folgte nach der Wiedervereinigung ein erneuter Anstieg der Arbeitslosigkeit auf

¹²⁶⁵ Im Bereich Integration konnten im Diskurs keine Veränderungen festgestellt werden. Da allerdings im politischen Handeln Veränderungen auftraten, werden diese trotzdem aufgeführt.

¹²⁶⁶ Vgl. Keller (2011a), S. 99ff.; Schetsche/Schmied-Knittel (2013), S. 37.

¹²⁶⁷ Vgl. Keller (2011a), S. 99.

¹²⁶⁸ Vollbeschäftigung bezeichnet (je nach Definition) eine Arbeitslosenquote von unter 0,8 bis 5%, vgl. Yollu-Tok/Sesselmeier (2012), S. 13f.

¹²⁶⁹ Vgl. Promberger (2012), S. 32; Schmid (2006), S. 178; Schmid (2007), S. 272.

einen seit Mitte der 1950er nicht mehr erreichten Wert.¹²⁷⁰ Die Regierung Kohl setzte ihre aktive und passive Arbeitsmarktpolitik fort, die allerdings aufgrund der Zunahme der Arbeitslosigkeit zu steigenden Ausgaben und in der Folge auch zu hohen Lohnnebenkosten führte.¹²⁷¹ Dazu trug insbesondere die, durch die Regierung geschaffene, Möglichkeit der Frühverrentung bei, die es Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern ermöglichte, ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf Kosten der Arbeitslosen- und der Rentenversicherung vorzeitig in den Ruhestand zu entlassen.¹²⁷² Als Reaktion auf die steigende Arbeitslosigkeit und die ebenfalls steigenden Lohnnebenkosten wurden der Kündigungsschutz und die Regelung zu befristeten Beschäftigungsverhältnissen gelockert. Mit dem Arbeitsförderungsreformgesetz 1997 wurde der Schwerpunkt vermehrt auf die Verantwortung der Arbeitslosen für die Suche und Annahme einer Beschäftigung gelegt.¹²⁷³ Mit dem Ziel der Erreichung der Maastricht-Kriterien betrieben zudem die Deutsche Bundesbank eine restriktive Finanzpolitik und die Regierung selbst eine Sparpolitik, die wirtschaftlichem Wachstum und damit der Schaffung von Arbeitsplätzen kaum förderlich waren.¹²⁷⁴ Nach dem Regierungswechsel 1998 gab es keine fundamentalen Veränderungen an den grundlegenden Bedingungen: hohe Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Druck zum Sparen. Die Regierung Schröder nahm zwar zunächst einige der Deregulierungen der Vorgängerregierung zurück (bspw. im Bereich des Kündigungsschutzes), unternahm in einem „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“ den Versuch einer Zusammenarbeit mit den Tarifparteien und schuf ein Programm zur Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit.¹²⁷⁵ Sie war mit ihren wenigen Aktivitäten aber nicht wirklich erfolgreich und konnte die Lohnnebenkosten nicht nachhaltig senken.¹²⁷⁶ Dazu kamen die zwischen 1999 und 2001 sin-

¹²⁷⁰ Vgl. Promberger (2012), S. 32.

¹²⁷¹ Vgl. Schmid (2006), S. 189ff.

¹²⁷² Vgl. Schmid (2006), S. 190f.

¹²⁷³ Vgl. Blancke/Schmid (2003), S. 217; Dümig (2010), S. 280; Schmid (2006), S. 192.

¹²⁷⁴ Vgl. Schmid (2006), S. 193.

¹²⁷⁵ Vgl. Blancke/Schmid (2003), S. 218.

¹²⁷⁶ Vgl. Dümig (2010), S. 280f.; Schmid (2006), S. 194f.; Schmid (2007), S. 271.

kenden Arbeitslosenzahlen, die die Notwendigkeit weiterer Reformen verringerten.¹²⁷⁷ Ein Skandal um die Vermittlungserfolge der Bundesagentur für Arbeit erhöhte 2002 die öffentliche Aufmerksamkeit und schuf damit neue Anreize für Reformen. Da zudem die bisherige Arbeitsmarktpolitik keine nennenswerten Erfolge gebracht hatte und die Arbeitslosenzahlen wieder stiegen, reformierte die zweite Regierung Schröder mit den Gesetzen Hartz I-IV den Arbeitsmarkt grundlegend.¹²⁷⁸ Sie setzte dabei, ebenso wie bei dem bereits 2001 verabschiedeten Job-AQTIV-Gesetz und der später verabschiedeten Agenda 2010, auf eine aktivierende Politik.¹²⁷⁹ Diese setzte in Fortsetzung des bereits unter der Regierung Kohl begonnenen Prozesses, den Ansatzpunkt eher bei den einzelnen Arbeitslosen und deren Qualifizierung aber auch dem Einsatz von Druck zur Aufnahme einer Arbeit.¹²⁸⁰ Außerdem wurde der Kündigungsschutz erneut gelockert.¹²⁸¹ Nach den Neuwahlen 2005 ging die Arbeitslosigkeit zurück und die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse nahmen zu, was eine Senkung der Lohnnebenkosten ermöglichte.¹²⁸² Allerdings beschloss die Große Koalition auch die erneute Verlängerung der Zahlung von Arbeitslosengeld I, was die Höhe der Lohnnebenkosten langfristig negativ beeinflussen konnte.¹²⁸³ In der aktiven und passiven Arbeitsmarktpolitik stellten die Maßnahmen der Großen Koalition eher Fortsetzungen der Politik der Vorgängerregierung dar.¹²⁸⁴ Als Reaktion auf die Wirtschafts- und Finanzkrise wurde die Regierung bereits 2008 aktiv, um Auswirkungen auf die Realwirtschaft und damit den Arbeitsmarkt möglichst gering zu halten.¹²⁸⁵ Sie verlängerte außerdem die Bezugsdauer des Kurzarbeitergel-

¹²⁷⁷ Vgl. Dümig (2010), S. 281. Zur geringen Reformtätigkeit in diesem Zeitraum vgl. Blancke/Schmid (2003), S. 220.

¹²⁷⁸ Vgl. Bandau/Dümig (2015), S. 373; Dümig (2010), S. 279; Eichhorst/Zimmermann (2005), S. 15; Schmid (2006), S. 195; Schmid (2007), S. 271.

¹²⁷⁹ Zu dem Begriff des aktivierenden Staates in Deutschland vgl. bspw. Dingeldey (2006), S. 6f.; zu den Inhalten der genannten Gesetze vgl. Dümig (2010), S. 282.

¹²⁸⁰ Vgl. Dingeldey (2006), S. 7ff.; Schmid (2007), S. 284.

¹²⁸¹ Vgl. Dümig (2010), S. 282.

¹²⁸² Vgl. Bandau/Dümig (2015), S. 379; Dümig (2010), S. 283.

¹²⁸³ Vgl. Dümig (2010), S. 284.

¹²⁸⁴ Vgl. Dümig (2010), S. 285ff.

¹²⁸⁵ Vgl. Dümig (2010), S. 291.

des und senkte oder erstattete sogar die Lohnnebenkosten.¹²⁸⁶ Die Wirtschafts- und Finanzkrise führte in der Folge zwar zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit,¹²⁸⁷ dieser fiel im internationalen Vergleich jedoch gering aus und die Arbeitslosigkeit ging in der Folge stark zurück.¹²⁸⁸ Die schwarz-gelbe Koalition kürzte zunächst die Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes, verlängerte sie in der Folge jedoch wieder.¹²⁸⁹ Weitere Maßnahmen im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik bestanden in einer Reduzierung der Instrumente sowie einigen Ausweitungen, insbesondere im Bereich der Qualifizierung.¹²⁹⁰ Im Bereich der passiven Arbeitsmarktpolitik kam es zu Veränderungen der Zahlungen an Hartz-IV-Empfänger, die allerdings in der Summe eher kleiner ausfielen.¹²⁹¹ Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Maßnahmen der Regierung eher gering ausfielen, wenn von der bedeutenden Agenda 2010 mit den Hartz-Reformen unter der Regierung Schröder¹²⁹² abgesehen wird. Geprägt war die Politik immer von der Entwicklung der Arbeitslosenzahlen.

Veränderungen im Diskurs um Arbeitsplätze

Im Feld Arbeitsplätze verwendet die Regierung¹²⁹³ die unternehmerische zusammen mit der gesellschaftlichen und der staatlichen Logik, indem sie das Deutungsmuster *Staat ist kein Wirtschaftsersatz* mit den Deutungsmustern *Akteur Unternehmen*, *Arbeitsplätze als wertvolles Gut*, *Wachstum bedeutet Arbeitsplätze*, *Sicherheit* und *gute staatliche Marktgestaltung* kombiniert. Damit betont sie die deutlich größere Kapazität und

¹²⁸⁶ Vgl. Bandau/Dümig (2015), S. 378; Dümig (2010), S. 291f.

¹²⁸⁷ Vgl. Bandau/Dümig (2015), S. 375f.

¹²⁸⁸ Vgl. Bandau/Dümig (2015), S. 375.

¹²⁸⁹ Vgl. Bandau/Dümig (2015), S. 378.

¹²⁹⁰ Vgl. Bandau/Dümig (2015), S. 385f.

¹²⁹¹ Vgl. Bandau/Dümig (2015), S. 382ff.

¹²⁹² Vgl. Hegelich/Knollmann/Kuhlmann (2011) für eine ausführliche Auseinandersetzung mit der Bedeutung und den Inhalten der Agenda 2010.

¹²⁹³ Im Folgenden erscheint die Regierung als aktiv handelnde Akteurin, bspw. durch den Einsatz von Verben wie „verwendet“. Es wird an dieser Stelle erneut darauf hingewiesen, dass dieses Handeln nur begrenzt bewusst erfolgt und die Folgen nicht vollständig kontrolliert werden können, vgl. Abschnitte 3.2.3, 4.2.5 und 5.3.

ökonomische Notwendigkeit zusätzlicher Arbeitsplätze bei Unternehmen im Gegensatz zu staatlichen Arbeitsplätzen. Diese Kapazität ist jedoch abhängig von der wirtschaftlichen Situation.

Die staatliche Logik wirkt durch den Einsatz der neuen Verbindung des Deutungsmusters *gute staatliche Marktgestaltung* mit *Sozialer Marktwirtschaft*. Dies wird dann eingesetzt, wenn Unternehmen die mit letzterem Deutungsmuster eigentlich verbundenen selbstverständlichen Pflichten, wie das Schaffen von Arbeitsplätzen, in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten nicht mehr erfüllen. Die Regierung sieht sich in diesem Fall in der Pflicht, Unternehmen darin zu unterstützen, ihren Pflichten wieder nachzukommen.

Bei globalen wirtschaftlichen Schwierigkeiten kommt die staatliche Logik zum Tragen. Hier liegt der Schwerpunkt auf der neuen Verbindung der Deutungsmuster *Globalisierung* und *Global Governance*. Die Regierung sieht es als ihre Aufgabe an, Unternehmen in dieser Situation bei der Schaffung von Arbeitsplätzen zu unterstützen. Konkret wird dies zusätzlich durch die Kombination des Deutungsmusters *Wettbewerbsfähigkeit* mit *Flexibilität*. Die unternehmerische Logik wirkt durch diese Kombination in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, um eine zunehmende Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, bspw. durch eine Lockerung des Kündigungsschutzes,¹²⁹⁴ positiv zu besetzen.

Die Regierung kann jedoch auch durch Anreize unterstützend tätig werden. Sie hebt dabei die Effizienz wirtschaftlicher Anreize für mehr stabile Arbeitsplätze hervor. Dafür wirkt die unternehmerische zusammen mit der gesellschaftlichen und der staatlichen Logik sowie der Logik von Klima- und Umweltschutz. Dies geschieht durch Verbindungen des Deutungsmusters *Homo oeconomicus* mit *Flexibilität*, *Arbeitsplätze als wertvolles Gut*, *Sicherheit*, *Arbeit als erstes Lebensbedürfnis*, *Arbeitslosigkeit als finanzielle Belastung für den Staat*, und *Nachhaltigkeit*. Dabei wird außerdem die Bedeutung von Arbeitsplätzen für die Arbeitssuchenden und für die Entlastung des Staates betont.

Verbessert sich die wirtschaftliche Lage, bspw. nach einer Krise wieder, steigt auch die Kapazität der Unternehmen, Arbeitsplätze zu schaffen.

¹²⁹⁴ Vgl. Abschnitt Veränderungen in der Arbeitsmarktpolitik.

In wirtschaftlich besseren Zeiten wird mit der gesellschaftlichen Logik durch die Verwendung des Deutungsmusters *Arbeitslosigkeit als Naturphänomen* auf die verbesserte Möglichkeit verwiesen, dagegen vorzugehen. Durch die unternehmerische (über die Deutungsmuster *Investitionen* und *Wettbewerbsvorteil engagierte Fachkräfte*) kombiniert mit der gesellschaftlichen (*Krise* und *Zukunftsgestaltung*) und der staatlichen Logik (*Arbeitslosigkeit als finanzielle Belastung für den Staat*) verdeutlicht die Regierung erneut, dass sie nach der Krise durch mehr Arbeitsplätze entlastet wird und dadurch mehr Spielräume besitzt, um zu investieren, was langfristig auch zum Vorteil von Unternehmen ist. In diese Richtung wirkt ebenfalls die staatliche Logik über das Deutungsmuster *Arbeitslosigkeit als finanzielle Belastung für den Staat*. Die Regierung verdeutlicht damit den Unternehmen, dass sie den Spielraum der Regierung durch mehr Einstellungen erweitern könnten, da auf diese Weise Ausgaben gespart und mehr Einnahmen generiert werden können. Sie reagiert damit auf die sinkende Arbeitslosigkeit gegen Ende des Untersuchungszeitraums.¹²⁹⁵

Außerdem wirkt die unternehmerische Logik mit Hilfe des Deutungsmusters *Wettbewerbsvorteil engagierte Fachkräfte*, das in einer neuen Verbindung mit den Deutungsmustern *Demografie*, *Rohstoff* und *Zuwanderung*, vor dem Hintergrund der knapper werdenden personellen Ressourcen auch die Einstellung vormals eher vernachlässigter Bewerber und Zuwanderer ökonomisch sinnvoll erscheinen lässt. Dies nutzt jedoch nicht nur den Unternehmen. Wie oben bereits angedeutet, hat die Schaffung eines Arbeitsplatzes durch Unternehmen in wirtschaftlich guten Zeiten in der Gesellschaft einen Wert, der über den ökonomischen Nutzen hinausgehen sollte. Dies zeigt die gesellschaftliche Logik, die herangezogen wird, um dies mit Hilfe des Deutungsmusters *Arbeit als erstes Lebensbedürfnis* ebenfalls zu betonen.

Es zeigt sich also, dass Unternehmen die Hauptverantwortung für die Schaffung von Arbeitsplätzen zugeschrieben wird. Dadurch dienen sie außerdem ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, für die ein Arbeitsplatz jenseits von Wirtschaftskrisen nicht nur ein Mittel zum

¹²⁹⁵ Vgl. Abschnitt Veränderungen in der Arbeitsmarktpolitik.

Zweck materiellen Überlebens ist. Dieser Aspekt wird durch die gesellschaftliche Logik transportiert. Abhängig von der wirtschaftlichen Situation können Unternehmen dieser Verantwortung besser oder schlechter nachkommen. In wirtschaftlich schwierigeren Zeiten wird die Regierung als Unterstützerin tätig, in besseren Zeiten ermahnt sie die Unternehmen, sie finanziell zu entlasten. Dies kommt durch Investitionen wieder den Unternehmen zugute. Hier zeigt sich eine reziproke Abhängigkeit. Sowohl in diesem Aspekt, insbesondere aber in der Bedeutung von Fachkräften zeigt sich der Einfluss der unternehmerischen Logik. Unternehmen können langfristig von ihrem Engagement für mehr Arbeitsplätze profitieren. Durch die Logik des Klima- und Umweltschutzes wird diese langfristige Wirkung nicht nur für Unternehmen, sondern auch für die Gesellschaft und die Regierung hervorgehoben. Die staatliche Logik transportiert hauptsächlich die Aufgabe der Regierung, für Menschen ohne Arbeitsplatz aufzukommen und Unternehmen darin zu unterstützen, zusätzliche Fachkräfte einstellen zu können. Der Einsatz der Deutungsmuster ist von der wirtschaftlichen Situation abhängig. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten, bspw. zu Zeiten der Standort-Deutschland-Diskussion oder in der Finanz- und Wirtschaftskrise, werden eher Deutungsmuster verwandt, die eine unterstützende Rolle der Regierung hervorheben. Ist die wirtschaftliche Situation positiv, wird der Vorteil für Unternehmen betont, der sich durch neu eingestellte Fachkräfte ergibt. Hierbei fällt auf, dass dafür Deutungsmuster aus der oberen Diskursebene, wie bspw. *Demografie*, eingesetzt werden. Diese werden mit Deutungsmustern aus dem wirtschaftlichen, wie bspw. *Wettbewerbsvorteil engagierte Fachkräfte*, oder dem Diskurs über Unternehmensverantwortung, wie bspw. *Arbeit als erstes Lebensbedürfnis*, kombiniert. Dadurch wird eine relevante gesellschaftliche Entwicklung durch ein auf sie bezogenes Deutungsmuster eingesetzt, um für das von der Regierung gewünschte Verhalten von Unternehmen einen ökonomischen Anreiz zu konstruieren.

8.3.2 Das Feld Ausbildungsplätze

Veränderungen in der Ausbildungspolitik

Das Feld der dualen Berufsausbildung gestaltet sich insofern für die Bundesregierung schwierig, da sie zwar ein beteiligter Akteur ist, allerdings mit den Tarifpartnern noch andere, für Entscheidungen ebenfalls relevante, Akteure beteiligt sind.¹²⁹⁶ Entscheidend geprägt wird es zudem von der Entwicklung der Geburtenrate und der Art der schulischen Qualifikation, die Schulabgängerinnen und Schulabgänger erreichen.¹²⁹⁷ Handlungsleitende Probleme entstehen daher hauptsächlich dann, wenn die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen größer ist, als das Angebot, oder nicht ausreichend qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber für die vorhandenen Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen.¹²⁹⁸ Für den Untersuchungszeitraum relevant ist der Mangel an Ausbildungsplätzen, insbesondere im Zeitraum vom Ende der 1990er Jahre bis 2008.¹²⁹⁹ Allerdings wurden im gesamten Zeitraum der 90er Jahre, insbesondere in Ostdeutschland, nicht ausreichend Ausbildungsplätze von Unternehmen angeboten.¹³⁰⁰ Die Regierung Kohl reagierte mit entlastenden und unterstützenden Maßnahmen, griff aber möglichst wenig in das System ein.¹³⁰¹ Auch die rot-grüne Bundesregierung setzte sich für den Erhalt des bestehenden dualen Systems ein, trotz des akuten Mangels an Ausbildungsplätzen.¹³⁰² In den ersten Jahren ihrer Amtszeit war es ihr gelungen, die Situation auf dem Ausbildungsmarkt zu verbessern.¹³⁰³ Im Zuge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten ab 2001 kehrte sich diese Entwicklung jedoch wieder um.¹³⁰⁴ Die Regierung nahm zwar rechtliche Veränderungen vor, diese dienten jedoch, ebenso wie bei der Vorgängerregierung, der Entlastung und Unterstützung der

¹²⁹⁶ Vgl. Busemeyer (2009), S. 274.

¹²⁹⁷ Vgl. Baethge (2015), S. 284.

¹²⁹⁸ Vgl. Baethge (2015), S. 277; Riemer (2012), S. 40.

¹²⁹⁹ Vgl. Baethge (2015), S. 284ff.; Krone (2010), S. 19; Mahner/Wolf (2010), S. 296.

¹³⁰⁰ Vgl. Busemeyer (2009), S. 279; Busemeyer/Trampusch (2013), S. 304; Wolf (2006), S. 234.

¹³⁰¹ Vgl. Busemeyer (2009), S. 282.

¹³⁰² Vgl. Busemeyer (2009), S. 287.

¹³⁰³ Vgl. Riemer (2012), S. 41.

¹³⁰⁴ Vgl. Riemer (2012), S. 41.

ausbildenden Unternehmen.¹³⁰⁵ Denn die von ihr in Aussicht gestellte Ausbildungsplatzabgabe wurde nicht realisiert.¹³⁰⁶ Allerdings nahm sie Veränderungen in den Ausbildungsordnungen vor, die nicht im Konsens mit den Gewerkschaften durchgeführt wurden und ging hiermit in ihrer gestaltenden Rolle weiter, als die Vorgängerregierung.¹³⁰⁷ Die Große Koalition agierte zwar vor dem Hintergrund einer positiven Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt (hauptsächlich aufgrund der demografischen Veränderungen).¹³⁰⁸ Dies bedeutete allerdings nicht, dass alle Bewerberinnen und Bewerber einen von ihnen präferierten Ausbildungsplatz bekamen.¹³⁰⁹ Insbesondere, da das Problem mangelnder Qualifikation der Aspirantinnen und Aspiranten, das bereits zu Beginn der 2000er diskutiert wurde,¹³¹⁰ ebenfalls nicht abschließend gelöst werden konnte.¹³¹¹ Da weniger neue Bewerbungen hinzukamen, konzentrierten sich die Maßnahmen der Regierung auf Unterstützung von Altbewerberinnen und Altbewerbern bzw. die Unterstützung von Unternehmen, diese auszubilden.¹³¹² Die christlich-liberale Koalition nahm vor dem Hintergrund der allgemeinen positiven Bewertungen der dualen Ausbildung im Verlauf der Finanz- und Wirtschaftskrise keine nennenswerten Veränderungen vor.¹³¹³ Zusammenfassend zeichnet sich eine zunehmend auf die Entlastung und Unterstützung der Unternehmen zielende Politik ab, die auf die Entwicklungen auf dem Ausbildungsmarkt reagiert. Staatliche Maßnahmen, die nicht der Stützung sondern einem Ersatz des dualen Systems dienen könnten, werden nicht geschaffen und damit eine aktivere Rolle des Staates in diesem Bereich verneint.

¹³⁰⁵ Vgl. Busemeyer (2009), S. 287f.

¹³⁰⁶ Vgl. Busemeyer (2009), S. 285f.; Riemer (2012), S. 43ff.

¹³⁰⁷ Vgl. Busemeyer (2009), S. 286f.; Busemeyer/Trampusch (2013), S. 306.

¹³⁰⁸ Vgl. Mahner/Wolf (2010), S. 396f.

¹³⁰⁹ Vgl. Mahner/Wolf (2010), S. 397.

¹³¹⁰ Vgl. hierzu Riemer (2012), S. 46f.

¹³¹¹ Vgl. Mahner/Wolf (2010), S. 397.

¹³¹² Vgl. Mahner/Wolf (2010), S. 397f.

¹³¹³ Vgl. Welsh (2015), S. 486f.

Veränderungen im Diskurs um Ausbildungsplätze

Auf das Feld Ausbildungsplätze wirkt die unternehmerische zusammen mit der gesellschaftlichen Logik. Die Regierung kombiniert das Deutungsmuster *Staat ist kein Wirtschaftsersatz* mit *Arbeitsplätze als wertvolles Gut* und *Akteur Unternehmen*. Damit verdeutlicht sie, warum es sinnvoller ist, wenn Unternehmen Ausbildung übernehmen und dies nicht vom Staat übernommen werden kann. Dies ist auch im langfristigen Interesse einer gesteigerten Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Die Logik aus dem Feld Klima- und Umweltschutz wird hierbei erneut zur Betonung der langfristigen Auswirkungen herangezogen. Sie wirkt zusammen mit einer unternehmerischen Logik durch die Kombination des Deutungsmusters *Wettbewerbsvorteil engagierte Fachkräfte* mit *Langfristorientierung*. Der Vorteil für die Unternehmen wird spätestens durch den, bereits zu Beginn des Untersuchungszeitraums langsam einsetzenden, Fachkräftemangel deutlich. Dieser wird über die unternehmerische Logik transportiert. Sie wirkt ebenfalls über die Kombination der Deutungsmuster *Markt* und *Demografie*. Diese Kombination lässt die Ausbildung für Unternehmen aufgrund der knapper werdenden Ressourcen auf dem Fachkräftemarkt notwendiger erscheinen.¹³¹⁴ Diese Kombination verdrängt jene des gesellschaftlichen Deutungsmusters *Verantwortung* mit dem unternehmerischen Deutungsmuster *Vereinbarkeit*. Diese Kombination diene eher dazu, Unternehmen davon zu überzeugen, dass Verantwortung für Ausbildung keine negativen Auswirkungen hat. Sie wurde vor der Thematisierung des Fachkräftemangels zur Förderung unternehmerischer Ausbildung eingesetzt. Außerdem kommt die unternehmerische Logik unter Zuhilfenahme des Deutungsmusters *Homo oeconomicus* in Kombination mit *Wettbewerbsvorteil engagierte Fachkräfte* und der *guten staatlichen Marktgestaltung* (staatliche Logik) zum Einsatz. Durch diese Kombination erklärt die Regierung, warum vor dem Hintergrund zunehmenden Fachkräftemangels die eigentlich für Unternehmen sinnvolle Ausbildung von Langzeitarbeitslosen effizient von ihr durch zusätzliche ökonomische Anreize ergänzt werden kann. Diese Kombination verdrängt die Kombinationen des

¹³¹⁴ Vgl. Abschnitt Veränderungen in der Ausbildungspolitik.

Deutungsmusters *Shadow of Hierarchy* mit *Arbeitsplätze als wertvolles Gut, Wettbewerbsvorteil engagierte Fachkräfte* und *gute staatliche Marktgestaltung*, die ebenfalls einer Kombination aus staatlicher und unternehmerischer Logik dient. Allerdings stand dies für einen legitimen, aber vorerst noch nicht notwendigen regulatorischen Eingriff durch die Regierung. Die Regierung sieht sich auch selbst zum Handeln verpflichtet, denn Ausbildung schützt langfristig vor Arbeitslosigkeit. Die gesellschaftliche Logik wirkt in wirtschaftlich guten und daher fachkräftearmen Zeiten¹³¹⁵ über die Kombination des Deutungsmusters *Arbeitsplätze als wertvolles Gut* mit *Arbeitslosigkeit als Naturphänomen, Beschäftigung, Arbeitsuchende* und *Outsider zu Insidern machen*. Dadurch betont die Regierung die Bedeutung von Ausbildungsplätzen für die späteren Chancen von Gesellschaftsmitgliedern auf eine Beschäftigung. Diese überwiegt über die einfachere, einer Verbindung aus ökonomischer und gesellschaftlicher Logik entspringenden, Lösung, die in der Kombination von *Arbeitsplätze als wertvolles Gut* mit *Zuwanderung* deutlich wird. Denn bei zu starker Zuwanderung kann es zu gesellschaftlichen Problemen kommen. Kann über verstärkte Ausbildung die Arbeitslosigkeit verringert werden, nutzt das auch der Regierung. Eine staatliche in Verbindung mit einer gesellschaftlichen und einer unternehmerischen Logik wird über den Rückgriff auf eine Kombination des Deutungsmusters *Arbeitslosigkeit als finanzielle Belastung für den Staat* mit *Arbeitsplätze als wertvolles Gut, Wettbewerbsvorteil engagierte Fachkräfte* und *Akteur Unternehmen* angewandt, um die Vergrößerung des staatlichen Handlungsspielraums zu erläutern, der entstehen kann, wenn Unternehmen auch aus Eigeninteresse mehr ausbilden und einstellen und dem Staat so Kosten ersparen und neue Einnahmen verschaffen.

Ebenso wie bei Arbeitsplätzen wird auch bei Ausbildungsplätzen die Zuständigkeit der Unternehmen betont. In Zeiten eines zunehmenden Fachkräftemangels ist Ausbildung für Unternehmen zunehmend wichtiger. Diese Botschaft transportiert die unternehmerische Logik. Die staatliche Logik vermittelt eine Mitverantwortung der Regierung sowohl für Ausbildung als auch für den Unterhalt von Arbeitssuchenden ohne

¹³¹⁵ Vgl. Abschnitt Veränderungen in der Ausbildungspolitik.

Ausbildung. Die Regierung wird dabei für Unternehmen unterstützend tätig. Da Ausbildung langfristig Arbeitslosigkeit verhindert, unterstützen Unternehmen hier jedoch ebenfalls die Regierung. Analog zu dem Feld Arbeitsplätze zeigt sich auch hier eine gegenseitige Abhängigkeit von Unternehmen und Regierung. Die gesellschaftliche Logik verweist auf die Bedeutung einer Ausbildung für das spätere Leben der Menschen. Die Logik des Feldes Klima- und Umweltschutz dient hier dazu, die langfristigen positiven Effekte für Gesellschaft, Unternehmern und Staat von umfassender Ausbildung hervorzuheben.

Auch in diesem Interpretationsrepertoire spielt der Fachkräftemangel eine große Rolle. Erneut wird das Deutungsmuster *Demografie* eingesetzt, um in Kombination mit einem Deutungsmuster aus einer unteren Diskursebene, in diesem Fall mit *Markt*, die wirtschaftliche Bedeutung einer gesellschaftlichen Entwicklung aufzuzeigen. In Zusammenhang mit dieser Entwicklung setzt die Regierung eher auf positive Anreize, als mit einem regulierenden Eingriff zu drohen. Sie kann sich darauf beschränken, eine Handlungsweise, die ohnehin im Interesse der Unternehmen liegt, zu unterstützen. Es lässt sich also eine Entwicklung parallel zu einem zunehmenden Fachkräftemangel feststellen. Ebenso wirkt sich die wirtschaftliche Situation aus. Wird die wirtschaftliche Situation als positiv wahrgenommen, fordert die Regierung eine verstärkte Ausbildungsanstrengung von Unternehmen. Es lässt sich also eine ähnliche Entwicklung wie schon im Feld Arbeitsplätze feststellen.

8.3.3 Das Feld Bildung

Veränderungen in der Bildungspolitik

Im Bereich der Bildungspolitik besitzt die Bundesregierung nur sehr begrenzte Kompetenzen, die sich (außer bei der dualen Ausbildung), hauptsächlich auf den Hochschulbereich konzentrieren.¹³¹⁶ Ihr Anteil an den öffentlichen Bildungsausgaben beläuft sich daher auch nur auf 10%.¹³¹⁷ Die Bildungspolitik unter den beiden Kohl-Regierungen zu

¹³¹⁶ Vgl. Wolf (2006), S. 221f.; Wolf/Henkes (2007), S. 256f.

¹³¹⁷ Vgl. Wolf (2010), S. 341.

Beginn des Untersuchungszeitraums fand hauptsächlich vor dem Hintergrund der Wiedervereinigung und dem damit verbundenen Umbau des ostdeutschen Bildungssystems statt.¹³¹⁸ Die rot-grüne Bundesregierung unternahm drei größere Reformversuche, von denen sie nur einen, den Ausbau der Ausbildungsförderung, tatsächlich in ihrer ersten Amtszeit abschließen konnte. Die beiden anderen, Reformen des Hochschulwesens und der Schulbildung, konnten nicht verabschiedet werden.¹³¹⁹ Insbesondere letztere Initiative fand vor dem Hintergrund des ersten PISA-Bildungsvergleichs statt, bei dem deutsche Schülerinnen und Schüler eher schlecht abgeschnitten hatten.¹³²⁰ Im Hochschulwesen konnten die Initiativen der ersten Regierungszeit in der zweiten großenteilig nicht verwirklicht werden, aber immerhin gelang es, eine Förderung von Spitzenuniversitäten durchzusetzen.¹³²¹ Im Bereich der Schulpolitik versuchte die Regierung, sich an der Etablierung von Bildungsstandards zu beteiligen und finanzierte erfolgreich den Ganztagschulausbau.¹³²² Durch die Föderalismusreform erfolgte 2006 eine Neuordnung der Zuständigkeiten in der Bildungspolitik.¹³²³ Im Bereich der Schulpolitik gingen die erreichten Maßnahmen kaum über die Fortführung bereits beschlossener Maßnahmen und den Vorsatz eines Finanzierungsausbaus hinaus.¹³²⁴ Im Bereich der frühkindlichen Bildung wurden hingegen neue Kompetenzen proklamiert und durch Finanzierung ein Ausbau der Betreuungs- und Bildungseinrichtungen erreicht.¹³²⁵ Auch im Bereich der Hochschul- und Forschungspolitik wurde die Koalition finanziell stärker tätig, als sie es nach den Ergebnissen der Föderalismusreform hätte werden dürfen, u.a. um die Betreuung der zusätzlichen Studierenden aufzufangen.¹³²⁶ Diese finanzielle Unterstützung setzte sich unter der christlich-liberalen Koalition fort, die dies

¹³¹⁸ Vgl. Wolf (2006), S. 234f.

¹³¹⁹ Vgl. Wolf (2006), S. 235; Wolf/Henkes (2007), S. 358ff.

¹³²⁰ Vgl. Henkes/Kneip (2003), S. 283; Wolf (2006), S. 235; Wolf/Henkes (2007), S. 359.

¹³²¹ Vgl. Wolf/Henkes (2007), S. 362ff.

¹³²² Vgl. Wolf/Henkes (2007), S. 367ff.

¹³²³ Vgl. Mahner/Wolf (2010), S. 380.

¹³²⁴ Vgl. Mahner/Wolf (2010), S. 388ff.

¹³²⁵ Vgl. Mahner/Wolf (2010), S. 390f.

¹³²⁶ Vgl. Mahner/Wolf (2010), S. 391ff.; Welsh (2015), S. 481.

durch einen Ausbau der Ausbildungsförderung ergänzte.¹³²⁷ Im Bereich der Schulpolitik dominieren ebenfalls finanzielle Unterstützungen bspw. von Inklusion; die Koalition setzte jedoch auch Maßnahmen zu mehr Chancengerechtigkeit im Bildungsbereich durch.¹³²⁸ Als Fazit lässt sich sagen, dass die Einflussmöglichkeiten der Regierung in diesem Politikbereich verhältnismäßig gering sind und meist durch finanzielle Beiträge ausgefüllt werden. Beiträge von Unternehmen spielen kaum eine Rolle.¹³²⁹

Veränderungen im Diskurs um Bildung

Im Bereich der Bildung wirkt die unternehmerische Logik durch die Kombination des Deutungsmusters *Wettbewerbsvorteil engagierte Fachkräfte* mit *Wettbewerbsfähigkeit*, *Demografie* und *Markt*. Sie wirkt außerdem durch die Verbindung der Deutungsmuster *Corporate Citizenship* mit *Wettbewerbsfähigkeit*, *Rohstoff* und *Markt*, *Akteur Unternehmen* mit *Wettbewerbsvorteil engagierte Fachkräfte*, *Rohstoff* und *Markt* sowie *Wettbewerbsfähigkeit* mit *Wettbewerbsvorteil engagierte Fachkräfte*, *Rohstoff* und *Demografie*. Die gesellschaftliche Logik wird durch die Kombination der Deutungsmuster *Gerechtigkeit* mit *Wettbewerbsvorteil engagierte Fachkräfte*, *Rohstoff*, *Demografie* und *Markt* sowie *Arbeitsplätze als wertvolles Gut* mit *Wettbewerbsfähigkeit*, *Rohstoff* und *Demografie* vermittelt. Der zunehmende Fachkräftemangel macht es für Unternehmen notwendig, selbst in die Bildung zukünftiger Fachkräfte zu investieren, damit die Situation auf dem Arbeitsmarkt nicht zu angespannt wird. Dabei wirkt die unternehmerische Logik bereits durch die Konstruktion von zukünftigen Arbeitnehmern und deren Fähigkeiten als Ressourcen. Dies wird dadurch erleichtert, dass *Markt* und *Demografie* bereits vorher im Bereich der Ausbildungsplätze verwandt wurden, der mit dem Bereich der Bildung sehr eng verwandt ist.

¹³²⁷ Vgl. Welsh (2015), S. 480ff.

¹³²⁸ Vgl. Welsh (2015), S. 484f.

¹³²⁹ Vgl. Wolff (2013), S. 59ff. Sie stellt Public-private-Partnerships im Bildungsbereich in Deutschland hauptsächlich bei der Bereitstellung von Immobilien fest.

Ähnlich wie bei Ausbildungsplätzen dient ein wachsendes Engagement der Unternehmen in der Bildung der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Hier zeigt sich der Einfluss der unternehmerischen Logik. Allerdings wird dies mit den gesellschaftlichen Argumenten des eigenen Wertes eines Arbeitsplatzes und der Gerechtigkeit kombiniert. Diese werden über eine gesellschaftliche Logik vermittelt.

Die Nähe zum Feld Ausbildungsplätze könnte auch die Übernahme der Deutungsmuster *Markt* und *Demografie* erleichtert haben. Hier zeigt sich eine ähnliche Entwicklung wie bereits bei den beiden vorherigen Feldern. Die beiden Deutungsmuster werden in diesem Fall zusammen mit *Rohstoff* eingesetzt. Sie verweisen auch hier auf den zunehmenden Fachkräftemangel. Dieser wird durch eine Kombination von Deutungsmustern aus dem gesellschaftlichen mit solchen aus dem Wirtschaftsdiskurs und aus dem Diskurs um Unternehmensverantwortung als wirtschaftliche Entwicklung und damit als Begründung für ein unternehmerisches Interesse an verstärkter Bildung konstruiert. Dazu trägt ebenfalls das Verständnis von Lernenden als ‚Ressource‘ bei.

8.3.4 Das Feld CSR

Veränderungen in der CSR-Politik¹³³⁰

Da es sich hier um freiwillige und über rechtliche Anforderungen hinaus gehende Aktivitäten von Unternehmen handelt, sind die Handlungsmöglichkeiten der Regierung begrenzt.¹³³¹ Grundsätzlich wird deren Entwicklung in Deutschland, wie auch in anderen Ländern, vor dem Hintergrund abnehmender Steuerungsfähigkeiten und vor allem abnehmender Finanzierungsmöglichkeiten der Regierungen betrachtet.¹³³² Die deutsche Bundesregierung benötigte relativ lange, bis sie sich intensiver mit dem Themenbereich auseinandersetzte und eine einheitliche CSR-Politik entwickelte.¹³³³ Eine aktive, strategische Poli-

¹³³⁰ Hier werden nur die von der Regierung als explizite CSR-Politik betriebenen Maßnahmen dargestellt.

¹³³¹ Vgl. Steuerer (2012), S. 731.

¹³³² Vgl. Antal/Oppen/Sobczak (2009), S. 286.

¹³³³ Vgl. Mathis (2008), S. 314.

tikgestaltung kann daher erst ab der Regierungszeit der Großen Koalition beobachtet werden.¹³³⁴ In das Ende ihrer Regierungszeit fällt die Einberufung des Nationalen CSR-Fforums, das mit der Ausarbeitung einer nationalen Strategie beauftragt wurde.¹³³⁵ Dessen Ergebnisse wurden durch die christlich-liberale Koalition unter Merkel im Rahmen einer Nationalen Strategie und einem damit verbundenen Aktionsplan für CSR verabschiedet.¹³³⁶ Darin sind sechs Felder genannt, in denen die Regierung im Bereich CSR aktiv wird.¹³³⁷ Sie fördert das Engagement von KMUs in diesem Bereich finanziell, informiert über CSR, trägt zur Verbesserung der Nachhaltigkeitsberichterstattung bei und zeichnet Unternehmen aus. Sie fördert die Einbeziehung des Themas in Bildung und Forschung und engagiert sich international für mehr CSR. Sie kombiniert CSR mit ihren Aktivitäten für mehr Nachhaltigkeit und setzt sich für mehr Berücksichtigung von CSR bei der Finanzierung von Unternehmen und der eigenen Beschaffungstätigkeit ein.¹³³⁸ Eine kohärente Politik der Regierung entwickelte sich erst verhältnismäßig spät und setzte auf die Unterstützung der Unternehmen in ihren CSR-Aktivitäten.

Veränderungen im Diskurs um CSR

Im Feld CSR wirken vier verschiedene Logiken. Die unternehmerische Logik wird mittels der Deutungsmuster *Wettbewerbsvorteil engagierte Fachkräfte* und *Corporate Citizenship* herangezogen. Durch ersteres wird der wirtschaftliche Vorteil für Unternehmen erklärt, den sie dadurch erlangen, dass sie in wirtschaftlich guten Phasen Mitarbeiter für philanthropische Aktivitäten einsetzen. Letzteres ist in wirtschaftlich

¹³³⁴ Vgl. Dannenbring (2010), S. 259; Hajduk/Beschorner (2013), S. 136; Hiß (2009a), S. 289; Trautner (2012), S. 753. Davor gab es bereits vereinzelte Aktivitäten, die jedoch im Grundsatz den später entwickelten Maßnahmen gleichen, vgl. für eine international vergleichende Einordnung der deutschen Maßnahmen Albareda/Lozano/Ysa (2007), S. 402f.

¹³³⁵ Vgl. Hajduk/Beschorner (2013), S. 136; Trautner (2012), S. 754.

¹³³⁶ Vgl. Hajduk/Beschorner (2013), S. 136f.; Trautner (2012), S. 756ff.

¹³³⁷ Vgl. Trautner (2012), S. 757ff.

¹³³⁸ Vgl. Hajduk/Beschorner (2013), S. 137; Trautner (2012), S. 757ff.

schwierigen Zeiten von Unternehmen nicht mehr zu erwarten und kann daher offensichtlich nach Ansicht der Regierung auch unterbleiben. Die gesellschaftliche Logik wirkt zusammen mit der unternehmerischen Logik über die Kombination des Deutungsmusters *Vereinbarkeit* mit *Freiheit in Verantwortung* und *Soziale Marktwirtschaft*. Beide Kombinationen kommen in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten zum Einsatz, wenn es darauf ankommt, dass Unternehmen grundsätzlich verantwortungsvoll im Sinne der Gesellschaft handeln und betont wird, dass dies mit den unternehmerischen Zielen vereinbar ist. Die Logik aus dem Feld Klima- und Umweltschutz wirkt in einer Verbindung mit der staatlichen Logik durch eine Kombination des Deutungsmusters *gute staatliche Marktgestaltung* mit *Langfristorientierung*. Diese Verbindung kommt zum Tragen, wenn vorher selbstverständliches Verhalten auch im Kerngeschäft durch das Verhalten der Unternehmen vor und während der Wirtschaftskrise hinterfragt wird. Die Regierung betont daher die Bedeutung der Rahmenbedingungen für ein solches Verhalten. Dabei wird die Logik des Klima- und Umweltschutzes für die Hervorhebung der langfristigen Perspektive eingesetzt.

Unternehmen können Mitarbeiter für philanthropische Aktivitäten einsetzen, was ihnen langfristig zum Vorteil gereicht. Hier zeigt sich die unternehmerische Logik. Allerdings macht die Regierung ihre Erwartungen in diesem Bereich von der wirtschaftlichen Situation abhängig. Ein grundsätzlich verantwortungsvolles Verhalten wird, aus einer gesellschaftlichen Logik heraus, immer erwartet. In wirtschaftlich schwierigen Situationen wird dies jedoch betont. Die Regierung unterstützt dieses Verhalten durch angemessene Rahmenbedingungen, was durch eine staatliche Logik vermittelt wird.

In diesem Fall werden Deutungsmuster der oberen Diskursebene nicht eingesetzt, um eine gesellschaftliche Entwicklung aufzugreifen. Sondern der Einsatz der Deutungsmuster *Vereinbarkeit* und *Soziale Marktwirtschaft* dient als Relegitimierung des Deutungsmusters *Freiheit in Verantwortung*, das durch das Verhalten von Unternehmen vor der Finanz- und Wirtschaftskrise in Frage gestellt wurde. Dabei wird verantwortungsvolles Verhalten sowohl als erforderlich im Rahmen der herrschenden Gesellschaftsordnung, als auch als vereinbar mit unternehmerischem Erfolg konstruiert.

8.3.5 Das Feld Familienförderung

Veränderungen in der Familienpolitik

Familienpolitik in Deutschland war lange von dem Alleinverdienerprinzip geprägt, das die Betreuung, Pflege und Entwicklung der Familie vornehmlich als Aufgaben der Frau sah.¹³³⁹ Damit einher gingen eine relativ niedrige Frauenerwerbstätigkeit und ein geringes Angebot an Kinderbetreuung (in Westdeutschland).¹³⁴⁰ Eine leichte Veränderung dieses Modells begann allerdings bereits in den 80er Jahren.¹³⁴¹ Die christlich-liberale Koalition zu Beginn des Untersuchungszeitraums beschloss 1992 das Recht auf einen Kindergartenplatz (für Kinder ab 3 Jahren, halbtags), das 1996 in Kraft trat.¹³⁴² 1995 wurde die Pflege innerhalb der Familie finanziell gefördert und eine Unterhaltspflicht für alleinerziehende Mütter eingeführt.¹³⁴³ Das Alleinverdienermodell wurde jedoch aufgrund der wirtschaftlichen Gesamtsituation für immer weniger Familien wirtschaftlich tragbar.¹³⁴⁴ Vor diesem Hintergrund und der ab der Jahrtausendwende zunehmenden Besorgnis über eine niedrige Geburtenrate,¹³⁴⁵ richtete die rot-grüne Koalition ihre Familienpolitik eher auf die Ermöglichung einer Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Partner aus.¹³⁴⁶ Sie erhöhte in ihrer ersten Regierungsperiode die finanzielle Unterstützung für Familien, flexibilisierte die Elternzeit und schuf ein Recht auf Teilzeitarbeit, sofern dies für den Arbeitgeber wirtschaftlich leistbar ist.¹³⁴⁷ In ihrer zweiten Amtszeit rückte sie die Betreuung der unter-drei-jährigen sowie Ganztagschulen

¹³³⁹ Vgl. Klammer/Letablier (2007), S. 674; Fleckenstein (2011), S. 548. Im Folgenden wird hauptsächlich auf die auch für Unternehmen relevanten Aspekte der Familienpolitik eingegangen.

¹³⁴⁰ Vgl. Seeleib-Kaiser/Toivonen (2011), S. 340ff.

¹³⁴¹ Vgl. Seeleib-Kaiser/Toivonen (2011), S. 342f.

¹³⁴² Vgl. Fleckenstein (2011), S. 550; Leitner (2007), S. 318; Seeleib-Kaiser/Toivonen (2011), S. 342.

¹³⁴³ Vgl. Leitner (2007), S. 318.

¹³⁴⁴ Vgl. Leitner (2007), S. 319.

¹³⁴⁵ Vgl. Fuchs (2014), S. 23; Klammer/Letablier (2007), S. 675.

¹³⁴⁶ Vgl. Fleckenstein (2011), S. 550f.; Fuchs (2014), S. 52ff.; Leitner (2007), S. 324.

¹³⁴⁷ Vgl. Fleckenstein (2011), S. 550f.; Klammer/Letablier (2007), S. 675.

in den Fokus,¹³⁴⁸ konnte allerdings im Bereich der Betreuung keine großen Fortschritte erzielen.¹³⁴⁹ Die Große Koalition nahm dieses Projekt 2008 wieder auf, beschloss einen Rechtsanspruch auf Betreuung für 1–3-Jährige und führte außerdem ein steuerfinanziertes, einkommensabhängiges Elterngeld ein, das berufstätigen Eltern eine angemessene finanzielle Kompensation ihres Verdienstaufschlags sichern soll und eine Auszeit beider Partner fördert.¹³⁵⁰ Die folgende christlich-liberale Koalition widmete sich vornehmlich der, sich schwierig gestaltenden, Umsetzung der von der Vorgängerregierung beschlossenen Projekte.¹³⁵¹ Allerdings beschloss sie zusätzlich die Einführung des Betreuungsgeldes, was hinsichtlich der Berufstätigkeit beider Elternteile eher als Rückschritt zu werten ist.¹³⁵² In der Zusammenfassung kann festgestellt werden, dass eine zunehmende Vereinbarkeit von Beruf und Familie von der Regierung unterstützt wurde, um beides, zunehmende Berufstätigkeit und Kinder, zu fördern.

Veränderungen im Diskurs um Familienförderung

Auf das Feld der Familienförderung wirkt die Logik des angrenzenden Feldes der Innovation (zusammen mit der familiären und der unternehmerischen Logik) über eine Verbindung des Deutungsmusters *Fortschritt* mit *Familie* und *Vereinbarkeit*. Diese Verbindung konstituiert mehr Familienfreundlichkeit der Arbeitsplätze als fortschrittlich und damit positiv. Das gilt für Arbeitsplätze generell, aber auch für die Möglichkeit von Eltern, Karriere zu machen. Denn die gesellschaftliche Logik kommt (zusammen mit einer unternehmerischen) durch die Kombination des Deutungsmusters *Karriere ist Selbstverwirklichung* mit *Familie*, *Arbeit als erstes Lebensbedürfnis*, *Flexibilität*, *Akteur Unternehmen*, *Markt* und *Teil eines Ganzen* zum Tragen. Diese Kombination hebt den

¹³⁴⁸ Vgl. Fleckenstein (2011), S. 551.; Klammer/Letablier (2007), S. 675.

¹³⁴⁹ Vgl. Klammer/Letablier (2007), S. 675.

¹³⁵⁰ Vgl. Ehlert (2010), S. 146; Fleckenstein (2011), S. 552; Henninger/von Wahl (2010), S. 361; Henninger/von Wahl (2015), S. 451; Klammer/Letablier (2007), S. 675.

¹³⁵¹ Vgl. Henninger/von Wahl (2015), S. 451.

¹³⁵² Vgl. Henninger/von Wahl (2015), S. 451.

gesellschaftlichen Wert von Karrieremöglichkeiten für Eltern ebenso wie deren Wert für Unternehmen hervor. Warum auch Unternehmen davon profitieren, zeigt die unternehmerische Logik. Sie wirkt in Verbindung mit einer familiären Logik über eine Kombination des Deutungsmusters *Familie* mit *Investition*, *Wettbewerbsvorteil engagierte Fachkräfte*, *Wettbewerbsfähigkeit*, *Rohstoff*, *Potenzial* und *Demografie*. Dies verdeutlicht Unternehmen den Vorteil von Investitionen in mehr Familienfreundlichkeit vor dem Hintergrund des zunehmenden Fachkräftemangels. Dass Unternehmen dadurch ebenfalls profitieren können, ist besonders vorteilhaft, da eine familienfreundlichere Gesellschaft am effizientesten freiwillig im Bereich der Unternehmen gefördert werden kann, die dafür flexibler werden müssen. Dies macht die Regierung unter Verwendung der unternehmerischen Logik (mit einer familiären und einer gesellschaftlichen) deutlich. Sie verwendet dafür eine Kombination des Deutungsmusters *Staat ist kein Wirtschaftsersatz* mit *Familie*, *Vereinbarkeit*, *Flexibilität*, *Wettbewerbsvorteil engagierte Fachkräfte*, *Gerechtigkeit* und *Freiwilligkeit*. Die gesellschaftliche Logik (zusammen mit der familiären, der unternehmerischen und der staatlichen) wirkt vermittelt der Kombination der Deutungsmuster *Arbeitsplätze als wertvolles Gut* mit *Familie* und *Vereinbarkeit* sowie *Arbeitslosigkeit als Naturphänomen* mit *Kinderbetreuung*, *gute staatliche Marktgestaltung*, *Akteur Unternehmen*, *Markt* und *Teil eines Ganzen*. Diese Kombination wird herangezogen, um bei Unternehmen den gesellschaftlichen Wert zusätzlicher familienfreundlicher Arbeitsplätze auch für Eltern und die gemeinsame Verantwortung für die Kinderbetreuung mit der Regierung zu betonen. Hier spielt zudem ebenfalls der Fachkräftemangel eine Rolle. Kommen Unternehmen der gemeinsamen Verantwortung für die Kinderbetreuung nach, entlasten sie dadurch die Regierung. Dies wird deutlich, wenn die staatliche Logik (zusammen mit der familiären, der unternehmerischen und der gesellschaftlichen) durch die Kombination der Deutungsmuster *Corporate Citizenship* mit *Familie*, *Vereinbarkeit*, *Arbeit als erstes Lebensbedürfnis*, *Kinderbetreuung*, *Flexibilität*, *Wettbewerbsvorteil engagierte Fachkräfte*, *Gerechtigkeit*, *Teil eines Ganzen* und *Demografie* wirkt. Hier wird die notwendige Unterstützung von Unternehmen durch die Bereitstellung von Betreuungsmöglichkeiten und Flexibilität thematisiert. Davon können auch Unternehmen profitieren. In Zeiten eines angespannten Arbeits-

marktes wirkt die staatliche Logik ebenfalls (zusammen mit der familiären und der gesellschaftlichen) über die Kombination von *Arbeitslosigkeit als finanzielle Belastung für den Staat* mit *Familie und Arbeit als erstes Lebensbedürfnis*. Dies geht auf die Entlastung des Staatshaushaltes ein, wenn durch mehr Familienfreundlichkeit mehr langzeitarbeitslose Alleinerziehende eingestellt werden, für deren Unterhalt in diesem Fall nicht mehr der Staat aufkommen muss. Außerdem profitieren die Alleinerziehenden über das Materielle hinaus von einem Arbeitsplatz.

Familienfreundlichkeit wird fortschrittlich. Hieran zeigt sich der Einfluss der Logik des Feldes Innovation. Eltern profitieren dadurch sowohl durch einen flexiblen Arbeitsplatz als auch durch Karrieremöglichkeiten. Dies zeigt den Einfluss einer gesellschaftlichen Logik. Unternehmen können sie darüber hinaus durch Kinderbetreuungsmöglichkeiten unterstützen. Eltern sind wertvolle Fachkräfte, die Unternehmen zur Steigerung ihres Wettbewerbsvorteils dienlich sein können. Diese Bedeutung wird durch eine unternehmerische Logik transportiert. Durch mehr Flexibilität und Kinderbetreuung unterstützen Unternehmen zudem die Regierung bei der Erreichung der gesamtgesellschaftlichen Ziele der Senkung der Arbeitslosenquote und der Steigerung der Geburtenrate. Hier zeigt sich die staatliche Logik.

Insbesondere in Zeiten, in denen die Arbeitslosigkeit hoch ist und Familienfreundlichkeit bereits anerkannt, sieht die Regierung Unternehmen in der Pflicht, auch mehr Eltern einzustellen. Auch in diesem Feld zeigt sich die Bedeutung des Fachkräftemangels. Ebenso wie im Feld Bildung werden hier die Deutungsmuster *Rohstoff*, *Potenzial* und *Demografie* aus oberen Diskursebenen eingesetzt. Sie konstituieren den Fachkräftemangel als ökonomischen Anreiz für mehr Familienfreundlichkeit. Das zeigt sich besonders deutlich in der Kombination von *Demografie* mit *Corporate Citizenship* für mehr Kinderbetreuungsmöglichkeiten von Unternehmen. Auch hier wird Unternehmensengagement aufgrund einer gesellschaftlichen Entwicklung als ökonomische Notwendigkeit begriffen.

8.3.6 Das Feld Gesellschaftlicher Wohlstand

Veränderungen in der Wirtschaftspolitik

Wirtschaftspolitik steht vor dem Problem, die politischen Rahmenbedingungen für eine positive Entwicklung der Wirtschaft setzen zu wollen, aber nur beschränkten Einfluss auf die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung zu haben.¹³⁵³ In Deutschland agiert Regierungspolitik zudem im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft, die die Wirtschaftspolitik der Regierung in ein Geflecht verschiedener Akteure einbindet.¹³⁵⁴ Die Wirtschaftspolitik zu Beginn der Untersuchungsperiode zielte hauptsächlich auf die wirtschaftspolitische Integration der neuen Bundesländer in das System der Sozialen Marktwirtschaft ab.¹³⁵⁵ Dies gestaltete sich schwierig, da einige Maßnahmen nach der Wiedervereinigung (bspw. die Gestaltung des Wechselkurses und die Zinspolitik der Bundesbank) die Entwicklung der Wirtschaft in den neuen Ländern eher negativ beeinflussten.¹³⁵⁶ Die Regierung Kohl reagierte darauf mit Steuererleichterungen und direkter finanzieller Unterstützung für die Wirtschaft, bis diese Politik nicht mehr finanzierbar war.¹³⁵⁷ Finanziell eher ein Verlustgeschäft waren ebenfalls die Privatisierungen durch die Treuhand, auch wenn sie abgesehen davon als erfolgreich bezeichnet werden können.¹³⁵⁸ Aufgrund der angespannten Haushaltslage reduzierte die Regierung ihre Ausgaben für Investitionen.¹³⁵⁹ Ebenfalls in diese Zeit fallen die von der EU geforderten Liberalisierungen und Privatisierungen bei Elektrizität, Bahn, Post und Telekom.¹³⁶⁰ Die rot-grüne Koalition begann unter dem Finanzminister Lafontaine mit einer expansiven Haushaltspolitik, die zu einem Anstieg der Nachfrage führen sollte.¹³⁶¹ Die Regierung scheiterte allerdings großteilig mit ihrem

¹³⁵³ Vgl. Siegel (2007), S. 383f.; Zohnhöfer (2006), S. 285.

¹³⁵⁴ Vgl. Eichhorst/Zimmermann (2005), S. 11; Zohnhöfer (2006), S. 285f.

¹³⁵⁵ Vgl. Zohnhöfer (2006), S. 300f.

¹³⁵⁶ Vgl. Zohnhöfer (2006), S. 301.

¹³⁵⁷ Vgl. Egle (2009), S. 218; Zohnhöfer (2006), S. 302.

¹³⁵⁸ Vgl. Zohnhöfer (2006), S. 302.

¹³⁵⁹ Vgl. Egle (2009), S. 224.

¹³⁶⁰ Vgl. Egle (2009), S. 225; Zohnhöfer (2006), S. 302f.

¹³⁶¹ Vgl. Eichhorst/Zimmermann (2005), S. 12; Siegel (2007), S. 398; Zohnhöfer (2006), S. 305.

Versuch der Zusammenarbeit mit den Tarifparteien im Bündnis für Arbeit.¹³⁶² 1999–2001 entwickelte sich die Wirtschaft positiv, die Regierung setzte während dieser Zeit auf einen Sparkurs.¹³⁶³ Ab 2002 verschlechterte sich die wirtschaftliche Situation jedoch wieder und der Sparkurs wurde zugunsten einer moderaten angebots- und nachfrageorientierten Politik¹³⁶⁴ aufgegeben, was zu einer weiteren Erhöhung der Staatsverschuldung führte.¹³⁶⁵ Die rot-grüne Koalition trug allerdings zu einer Liberalisierung des Kapitalmarktes bei, mit dem Ziel, den Finanzplatz Deutschland zu stärken.¹³⁶⁶ Die Große Koalition setzte die Privatisierungspolitik der Vorgängerregierungen fort,¹³⁶⁷ ihre Wirtschaftspolitik wurde jedoch vor allem durch ihre Maßnahmen als Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise geprägt.¹³⁶⁸ Die Reaktion der Koalition auf die Krise war zunächst eher abwartend.¹³⁶⁹ Als sich die wirtschaftliche Situation jedoch negativer entwickelte und die deutschen Banken in größere Schwierigkeiten gerieten als erwartet, reagierte die Regierung mit Konjunkturpaketen und Maßnahmen zur Stabilisierung der Banken.¹³⁷⁰ Letztere sahen vor, dass Banken freiwillig um Hilfe anfragen sollten, dann aber mit Eingriffen der Regierung zu rechnen hatten.¹³⁷¹ Außerdem wurden mit einer Bad Bank die Risiken der Banken übernommen.¹³⁷² Trotz dieser Ausgaben setzte sich die Regierung mit der Einführung einer Schuldenbremse selbst Grenzen für zukünftige Aus-

¹³⁶² Vgl. Eichhorst/Zimmermann (2005), S. 12; Siegel (2007), S. 395.

¹³⁶³ Vgl. Egle (2009), S. 255; Eichhorst/Zimmermann (2005), S. 13; Zohlnhöfer (2006), S. 305f.

¹³⁶⁴ Bspw. über eine Reform der Besteuerung von Einkommen und Kapitalgesellschaften, vgl. Eichhorst/Zimmermann (2005), S. 16; Zohlnhöfer (2006), S. 306.

¹³⁶⁵ Vgl. Egle (2009), S. 259; Eichhorst/Zimmermann (2005), S. 16; Siegel (2007), S. 398; Zohlnhöfer (2006), S. 306.

¹³⁶⁶ Vgl. Beyer/Höpner (2003), S. 190f.; Siegel (2007), S. 401.

¹³⁶⁷ Sie setzte sich für die fortgesetzte Privatisierung der Deutschen Bahn und der Deutschen Flugsicherung ein, die jedoch beide scheiterten, vgl. Herweg/Zohlnhöfer (2010), S. 256.

¹³⁶⁸ Vgl. Enderlein (2010), S. 234.

¹³⁶⁹ Vgl. Enderlein (2010), S. 240; Zohlnhöfer (2011), S. 231.

¹³⁷⁰ Vgl. Enderlein (2010), S. 240; Zohlnhöfer (2011), S. 231ff.

¹³⁷¹ Vgl. Enderlein (2010), S. 246f.; Zohlnhöfer (2011), S. 231.

¹³⁷² Vgl. Enderlein (2010), S. 248f.; Zohlnhöfer (2011), S. 232f.

gaben.¹³⁷³ Die christlich-liberale Koalition beschloss zwar zunächst ein zusätzliches Konjunkturpaket, hielt sich aber bei weiteren stützenden Maßnahmen insgesamt eher zurück.¹³⁷⁴ Vor dem Hintergrund der zunehmenden Eurokrise beschloss sie ein Sparpaket, von dem sie allerdings Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur ausnahm.¹³⁷⁵ In der Zusammenfassung lässt sich konstatieren, dass die Regierung versuchte, ein Gleichgewicht aus Unterstützung für Unternehmen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten und Sparanstrengungen zu erreichen.

Veränderungen im Diskurs um gesellschaftlichen Wohlstand

Im Bereich des gesellschaftlichen Wohlstands lassen sich die Einflüsse von vier Logiken feststellen: Die Logik des Staates wirkt zusammen mit der der Gesellschaft, der unternehmerischen und der Logik des Klima- und Umweltschutzes. Dabei kommt eine Kombination der Deutungsmuster *Unabdingbarkeit des Finanzsektors, inhärent gutes Wirtschaften, Zentralität des Staates für das Funktionieren der Wirtschaft, Krise, Akteur Unternehmen, gute staatliche Marktgestaltung, Soziale Marktwirtschaft, Langfristorientierung und Freiheit in Verantwortung* zum Einsatz. Diese Kombination wird zum besseren Verständnis der Ereignisse in der Finanz- und Wirtschaftskrise¹³⁷⁶ angewandt. Dies wird notwendig, da sich aufgrund der Wirtschaftskrise und dem sich damit verändernden Ressourcenumfeld einerseits gezeigt hat, dass vorher selbstverständliches Verhalten von Unternehmen in Deutschland (wie eine auf langfristige Existenz ausgerichtete Unternehmensstrategie und die Beachtung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft) von diesen offensichtlich nicht mehr befolgt und andererseits durch dieses Verhalten ein deutlicheres Eingreifen der Regierung notwendig wurde.¹³⁷⁷ Dies gilt insbesondere

¹³⁷³ Vgl. Zohlnhöfer (2011), S. 234.

¹³⁷⁴ Vgl. Vail (2014), S. 77.

¹³⁷⁵ Vgl. Vail (2014), S. 79.

¹³⁷⁶ Vgl. Abschnitt Veränderungen in der Wirtschaftspolitik.

¹³⁷⁷ Vgl. Abschnitt Veränderungen in der Wirtschaftspolitik.

im Finanzsektor, der für den Rest der Gesellschaft von essenzieller Bedeutung ist.

Die gesellschaftliche Logik zeigt hier die Bedeutung der Wirtschaft für den Rest der Gesellschaft und die Selbstverständlichkeit, mit der diese Bedeutung im Rahmen der Gesellschaftsordnung verankert ist. Die Rolle der Regierung ist unter normalen Umständen auf die Aufrechterhaltung der Rahmenbedingungen begrenzt. In Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten, ist sie es jedoch, die den wirtschaftlichen und damit den gesellschaftlichen Zusammenbruch verhindert. Dies zeigt die staatliche Logik. Die Logik des Klima- und Umweltschutzes transportiert die Bedeutung einer langfristigen Ausrichtung. Die grundsätzliche Vorteilhaftigkeit unternehmerischer Aktivität wird durch die unternehmerische Logik vermittelt.

Hier zeigen sich die beiden bisher festgestellten Mechanismen. Die Verbindung von *Langfristorientierung* und *Sozialer Marktwirtschaft mit Freiheit in Verantwortung* betont die Legitimität verantwortungsvollen Verhaltens von Unternehmen im Rahmen der geltenden Gesellschaftsordnung. Diese wurde durch deren Verhalten in der *Krise* in Frage gestellt. Die Verbindung zeigt Unternehmen jedoch auch, unter Einbeziehung von *Krise*, dass sich dieses Verhalten langfristig für sie lohnen kann. Die Regierung verwendet hier keine evolutionäre gesellschaftliche Entwicklung sondern das Auftreten der Krise als Argument, warum verantwortungsvolles Verhalten von Unternehmen für diese auch ökonomisch vorteilhaft ist. Beide Entwicklungen treten im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise auf.

8.3.7 Das Feld Gleichberechtigung

Veränderungen in der Gleichstellungspolitik

Gleichstellungspolitik steht in engem Zusammenhang mit der Arbeitsmarkt- und der Familienpolitik, da die gleichberechtigte Beteiligung beider Geschlechter am Arbeitsleben im Mittelpunkt steht.¹³⁷⁸ Dieses

¹³⁷⁸ Vgl. Meuser/Riegraf (2010), S. 194. Da Thema der Untersuchung Erwartungen an Unternehmensverantwortung und die entsprechenden politischen Reaktionen sind,

Politikfeld ist erst verhältnismäßig jung, die Thematisierung als Bestandteil einer Ministeriumsbezeichnung besteht erst seit 1987.¹³⁷⁹ In die Regierungszeit der christlich-liberalen Koalition fällt die 1994 im Grundgesetz festgelegte Aufgabe der Regierung, sich aktiv für die Gleichstellung der Geschlechter einzusetzen.¹³⁸⁰ Ebenfalls 1994 wurde ein Gesetz zum Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz verabschiedet.¹³⁸¹ Die Regelung der Elternzeit unter rot-grün förderte, wie oben bereits erwähnt, die Beteiligung beider Elternteile an der Kinderbetreuung.¹³⁸² In ihre Regierungszeit fallen ebenfalls die Aufnahme des Gender Mainstreaming in die Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien, was einen ressortübergreifenden Ansatz ermöglichen soll und die Einrichtung einer begleitenden Interministeriellen Arbeitsgruppe.¹³⁸³ Da sie ein Gleichstellungsgesetz nicht durchsetzen konnte, schloss sie eine freiwillige Regelung mit den Wirtschaftsverbänden, deren Erfolg allerdings eher als gering eingestuft werden kann.¹³⁸⁴ In ihrer zweiten Legislaturperiode lag der Schwerpunkt der Regierung trotzdem eher auf der Familien- als auf der Gleichstellungspolitik und viele der internen Maßnahmen liefen nach Ende ihrer Regierungszeit aus.¹³⁸⁵ Auch die Elternzeitregelungen der Großen Koalition förderten eine stärkere Beteiligung beider Partner an der Kindererziehung, indem sie den Verdienstausschlag einkommensabhängig zumindest in Teilen ausgleichen.¹³⁸⁶ Ebenfalls zur Zeit der Großen Koalition beschlossen, allerdings bereits unter rot-grün grundsätzlich entworfen, wurde das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz. Es verpflichtet aller-

werden andere Bereiche, wie bspw. Gleichstellung in der Bildungspolitik, hier ausklammert. Vgl. hierzu auch Bothfeld/Kuhl (2008), S. 331f.; Geppert/Lewalter (2012), S. 5f. Ebenfalls nicht behandelt wird die Gleichstellung anderer potenziell diskriminierter Personengruppen, wie bspw. Homosexueller, vgl. hierzu auch Henninger/von Wahl (2015), S. 461, da diese in den untersuchten Daten keine Rolle spielen.

¹³⁷⁹ Vgl. Geppert/Lewalter (2012), S. 7.

¹³⁸⁰ Vgl. Bothfeld/Kuhl (2008), S. 333; Geppert/Lewalter (2012), S. 5; Ostner (2006), S. 272.

¹³⁸¹ Vgl. Ostner (2006), S. 272.

¹³⁸² Vgl. Leitner (2007), S. 324.

¹³⁸³ Vgl. Bothfeld/Kuhl (2008), S. 333; Geppert/Lewalter (2011), S. 133.

¹³⁸⁴ Vgl. Henninger/von Wahl (2015), S. 462; Leitner (2007), S. 325.

¹³⁸⁵ Vgl. Geppert/Lewalter (2011), S. 134; Leitner (2007), S. 325f.

¹³⁸⁶ Vgl. Henninger/von Wahl (2015), S. 451.

dings Unternehmen nicht, aktiv potenziell diskriminierende Regelungen für Frauen bei Entlohnung und Karriere abzuschaffen sondern eröffnet betroffenen Frauen eine Klagemöglichkeit.¹³⁸⁷ Während sich Ministerin von der Leyen in der Großen Koalition noch für eine Quotenregelung für Frauen in Führungspositionen eingesetzt hatte (diese allerdings nicht umsetzen konnte), verblieb die reduzierte Form der sogenannten Flexi-Quote von Ministerin Schröder in der christlich-liberalen Koalition ebenfalls in der Konzeptionsphase.¹³⁸⁸ Generell kann festgehalten werden, dass Gleichberechtigungspolitik meist im Schatten der Familienpolitik betrieben wurde. Sie war daher eher in Ergänzung der Familienpolitik durch die Erleichterung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie erfolgreich. Weniger erfolgreich war sie hingegen in der – unabhängig von der familiären Situation zu sehenden – Gleichstellung der beruflichen Situation beider Geschlechter. Die Berufstätigkeit von Frauen wurde zwar gefördert, aber abgesehen von den Verbesserungen zur Vereinbarkeit nicht erleichtert.

Veränderungen im Diskurs um Gleichberechtigung

Im Feld der Gleichberechtigung wirken die Logiken des gesellschaftlichen und des unternehmerischen Feldes. Sie tun dies über die Kombination des Deutungsmusters *Arbeitslosigkeit als Naturphänomen* mit *Flexibilität* und *Markt*. Dadurch wird auch die Arbeitslosigkeit von Frauen als gesellschaftliches Problem konstituiert, an dessen Lösung Unternehmen sich durch mehr Flexibilität beteiligen sollten. Hier zeigt sich die Abkehr vom Alleinverdienermodell¹³⁸⁹ bereits zu Beginn des Untersuchungszeitraums. Unternehmen profitieren bei zunehmendem Fachkräftemangel von mehr Arbeitskräften. Die beiden Logiken wirken ebenfalls vermittelt der Verbindung des Deutungsmusters *Karriere ist Selbstverwirklichung* mit *Gerechtigkeit*, *Wettbewerbsvorteil engagierte Fachkräfte*, *Vereinbarkeit*, *Familie* und *Flexibilität*. Diese hebt nicht mehr nur die Ausübung eines Berufs, sondern auch die Möglichkeiten einer Kar-

¹³⁸⁷ Vgl. Bothfeld (2008), S. 23.

¹³⁸⁸ Vgl. Henninger/von Wahl (2015), S. 461.

¹³⁸⁹ Vgl. Abschnitt Veränderungen in der Gleichstellungspolitik.

riere für Frauen als gesellschaftliches Ziel hervor. Dafür ist eine Vereinbarkeit mit der Familie notwendig. Ebenso wie die Frauen profitieren auch die Unternehmen durch zusätzliche Fachkräfte auch auf höheren Ebenen. Dies wird noch einmal durch eine Kombination der unternehmerischen Logik und der Verbindung der Deutungsmuster *Wettbewerbsvorteil engagierte Fachkräfte*, *Vereinbarkeit* und *Wettbewerbsfähigkeit* mit der Logik aus dem Feld der *Innovation* und dessen Deutungsmuster *Fortschritt* bekräftigt. Dies dient der Verdeutlichung des unternehmerischen Vorteils von mehr Frauen auf allen Ebenen eines Unternehmens. Hier ist zu Beginn des Untersuchungszeitraums unter Kohl noch die Notwendigkeit gegeben, Arbeitslosigkeit von Frauen überhaupt als Problem zu konstituieren. Hierzu trägt die gesellschaftliche Logik bei. Diese Entwicklung setzt sich durch die Gleichberechtigung von Frauen auch bei der Berücksichtigung bei Beförderungen fort, wird dadurch jedoch nicht ersetzt. Die Regierung verdeutlicht Unternehmen den Wettbewerbsvorteil durch mehr weibliche Fachkräfte auf allen Ebenen, der insbesondere in Zeiten des Fachkräftemangels relevant ist. Zu diesem Verständnis trägt sowohl die unternehmerische als auch die Logik des Feldes *Innovation* bei.

In diesem Feld werden die Deutungsmuster *Wettbewerbsvorteil engagierte Fachkräfte* und *Markt* aus der Ebene des Wirtschaftsdiskurses ebenso wie *Fortschritt* aus der Ebene des gesellschaftlichen Diskurses eingesetzt, um sowohl die Einstellung als auch die Beförderung von Frauen als ökonomisch vorteilhaft zu konstituieren. Hier wird nicht mehr mit Demografie allgemein sondern bereits mit den konkreten Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt argumentiert. Allerdings kommt das positiv besetzte Deutungsmuster *Fortschritt* hinzu, das für die Entwicklung der gesellschaftlichen Erwartungen den Unternehmen gegenüber steht. Unternehmen können sich durch mehr Gleichberechtigung als fortschrittlich positionieren, was ihre Legitimität steigern würde.

8.3.8 Das Feld Infrastruktur

Veränderungen in der Infrastrukturpolitik

Infrastruktur gehört in Deutschland traditionell zu den Bereichen, in denen der Staat eine dominierende Rolle spielt.¹³⁹⁰ Angesichts der schlechten finanziellen Situation der Regierung nach der Wiedervereinigung und zunehmendem wettbewerbsrechtlichem Druck seitens der EU-Kommission änderte sich dies in einigen Bereichen in Deutschland, insbesondere im Verkehrs-, Informations- und Kommunikations- und im Strombereich allerdings ab den 1990er Jahren.¹³⁹¹ In die erste Regierungsperiode der christlich-liberalen Koalition unter Kohl im Untersuchungszeitraum fällt die Entscheidung über die sukzessive Privatisierung der Bahn¹³⁹² (mit entsprechender Kontrolle¹³⁹³), der Post (und damit auch der Telekommunikation)¹³⁹⁴ und der Lufthansa.¹³⁹⁵ Außerdem beschloss sie, dass sämtliche wirtschaftlichen Staatsaufgaben auf ihre Privatisierungsmöglichkeiten hin zu untersuchen seien und beseitigte Privatisierungshindernisse.¹³⁹⁶ Sie ermöglichte außerdem die Beteiligung privater Akteure bei der Infrastrukturfinanzierung¹³⁹⁷ und führte eine erste Förderung von erneuerbaren Energien in die Stromnetzregulierung ein.¹³⁹⁸ In ihrer zweiten Regierungsperiode vollendete sie die Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes und teilweise des Postmarktes und schuf eine zuständige Regulierungsbehörde.¹³⁹⁹ Ebenfalls liberalisiert wurde der Energiemarkt, zunächst mit einer Selbstregulierung.¹⁴⁰⁰ Privatisierung wurde auch aus finanziellen Gründen immer noch für notwendig erachtet.¹⁴⁰¹ Dieses Problem bestand

¹³⁹⁰ Vgl. Eberlein (2000), S. 82.

¹³⁹¹ Vgl. Eberlein (2000), S. 82; Mayer (2006), S. 219ff.

¹³⁹² Vgl. Lehmkuhl (2006), S. 373.

¹³⁹³ Vgl. Coen (2005), S. 383; Mayer (2006), S. 232.

¹³⁹⁴ Vgl. Herweg/Zohnhöfer (2010), S. 269; Mayer (2006), S. 229.

¹³⁹⁵ Vgl. Mayer (2006), S. 233.

¹³⁹⁶ Vgl. Mayer (2006), S. 230f.

¹³⁹⁷ Vgl. Mayer (2006), S. 234.

¹³⁹⁸ Vgl. Eberlein (2000), S. 94.

¹³⁹⁹ Vgl. Coen (2005), S. 383; Mayer (2006), S. 234f.

¹⁴⁰⁰ Vgl. Eberlein (2000), S. 85; Mayer (2006), S. 236; Müller (2006), S. 271.

¹⁴⁰¹ Vgl. Mayer (2006), S. 235.

auch nach dem Regierungswechsel fort, ebenso wie der europäische Druck für mehr Liberalisierung und Privatisierung.¹⁴⁰² Die rot-grüne Koalition setzte daher die Politik ihrer Vorgängerin in den Bereichen Bahn, Telekom, Post und Einsatz privaten Kapitals bei der Infrastrukturfinanzierung fort und privatisierte zusätzlich die Tank & Rast.¹⁴⁰³ Die rot-grüne Regierung nutzte die Infrastrukturgesetzgebung allerdings auch für eine erweiterte Förderung neuer Energien, deren Einspeisung und Vergütung sie im Erneuerbare-Energien-Gesetz regelte.¹⁴⁰⁴ In ihrer zweiten Regierungsperiode trugen die zunehmenden haushaltspolitischen Schwierigkeiten zu einer weiteren Verstärkung der Aktivitäten bei,¹⁴⁰⁵ die sich allerdings auch auf Grund des wirtschaftlichen Umfeldes, als schwierig erwiesen. Sie erweiterte die Zuständigkeit der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post um den Energiemarkt und die Bahn.¹⁴⁰⁶ In der Regierungszeit der Großen Koalition wurde Privatisierung ebenfalls als Mittel genutzt, den Haushalt zu sanieren und die wirtschaftlichen Aktivitäten zugunsten einer effizienteren, unternehmerischen Lösung zurückzufahren.¹⁴⁰⁷ Allerdings gestaltete sich dies schwierig, wie die Fälle der Flugsicherung und der Bahn zeigen.¹⁴⁰⁸ Im Bereich der Informations- und Kommunikationsinfrastruktur verfolgte die Koalition das Ziel eines flächendeckenden Ausbaus schneller Internetverbindungen.¹⁴⁰⁹ Sie setzte dabei auf unterstützende Regulierung und finanzielle Unterstützung.¹⁴¹⁰ Im Bereich der Energienetze schuf die Koalition 2009 mit dem Gesetz zum Ausbau von Energieleitungen eine Möglichkeit der Beschleunigung des Netzausbaus,¹⁴¹¹ der durch die Energiewende notwendig geworden war. Dieses Vorgehen weitete die christlich-liberale Koalition durch das Netzaus-

¹⁴⁰² Vgl. Mayer (2006), S. 238.

¹⁴⁰³ Vgl. Mayer (2006), S. 240f.; Zohnhöfer (2003), S. 200f.

¹⁴⁰⁴ Vgl. Eberlein (2000), S. 95.

¹⁴⁰⁵ Vgl. Mayer (2006), S. 242.

¹⁴⁰⁶ Vgl. Müller (2006), S. 278.

¹⁴⁰⁷ Vgl. Herweg/Zohnhöfer (2010), S. 256.

¹⁴⁰⁸ Vgl. Herweg/Zohnhöfer (2010), S. 258ff.

¹⁴⁰⁹ Vgl. Beckert/Riehm (2012); S. 61.

¹⁴¹⁰ Vgl. Beckert/Riehm (2012); S. 61f.

¹⁴¹¹ Vgl. Fehling (2014), S. 336.

baubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz und eine Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes aus, mit dem Netzbetreiber zum Ausbau angehalten werden können.¹⁴¹² Es kann also festgehalten werden, dass die Regierung zunehmend Aufgaben privatisiert, bei diesen allerdings die Einhaltung von Wettbewerbsregeln überwacht und den Ausbau notwendiger Infrastruktur durch Regulierung sowie andersartige Förderung unterstützt.

Veränderungen im Diskurs um Infrastruktur

Auf das Feld der Infrastruktur wirken beide angrenzenden gesellschaftlichen Felder, das unternehmerische und das gesellschaftliche, unter Vermittlung der Deutungsmuster *inhärent gutes Wirtschaften*, *gleiche Lebensverhältnisse* und *Umweltschutz*. Letztere auch in Kombination mit *guter staatlicher Marktgestaltung*. Sie erleichtern damit das Verständnis der zunehmenden unternehmerischen Aktivitäten im Bereich der Energie- sowie der Informations- und Kommunikationsinfrastruktur und der damit einhergehenden Problematik, dass der Ausbau der Infrastruktur, der Umweltschutz und gleiche Lebensverhältnisse für die Gesellschaft gewährleisten soll, für die ausführenden Unternehmen profitabel sein muss.¹⁴¹³ Dem Umweltschutz kommt dabei zu Beginn eher die Rolle zu, zu betonen, dass Infrastruktur möglichst umweltschonend zu nutzen sei, während gegen Ende Infrastruktur (insbesondere Stromleitungen) dem Klima- und Umweltschutz dient.

Hier zeigt sich die Rolle der zunehmenden Privatisierung. Unternehmen übernehmen Aufgaben von der Regierung, die im gesellschaftlichen Interesse liegen. Dieses Interesse wird über die gesellschaftliche Logik transportiert. Für deren Erfüllung sieht sich die Regierung jedoch immer noch in der Verantwortung. Damit Unternehmen dies möglich ist, gestaltet die Regierung die Rahmenbedingungen entsprechend, denn Unternehmen können dies besonders effizient. Hier zeigt sich der Einfluss der unternehmerischen Logik.

¹⁴¹² Vgl. Kment (2014), S. 396.

¹⁴¹³ Vgl. Abschnitt Veränderungen in der Infrastrukturpolitik.

Die Deutungsmuster aus der oberen, gesellschaftlichen Diskursebene, *gleiche Lebensverhältnisse* und *Umweltschutz* werden hier eingesetzt, um einerseits Unternehmen die gesellschaftlichen Erwartungen hinsichtlich ihres Verhaltens aufzuzeigen. Die Regierung betont hier eher die gesellschaftliche Legitimität. Dies könnte daran liegen, dass in diesem Fall der ökonomische Nutzen für die Unternehmen offensichtlich ist, da es sich um Aktivitäten in ihrem Kerngeschäft handelt. Andererseits zeigen diese Deutungsmuster zusammen mit dem Deutungsmuster *inhärent gutes Wirtschaften* für die Gesellschaft den Nutzen von Unternehmensengagement auf. Hier scheint es sich eher um eine Legitimation der Privatisierung zu handeln. Die Verbindung mit *guter staatlicher Marktgestaltung* tritt dann auf, wenn der unternehmerische Nutzen ohne staatliche Eingriffe nicht mehr gegeben ist. Sie dient der Legitimation staatlichen Eingreifens in diesen unternehmerischen Bereich.

8.3.9 Das Feld Inklusion

Veränderungen in der Inklusionspolitik

Inklusion von Menschen mit Behinderung wird hier vor allem hinsichtlich der Möglichkeiten ihrer Inklusion in Ausbildung und Beschäftigung betrachtet, die einen wichtigen Bestandteil sozialstaatlicher Maßnahmen ausmachen.¹⁴¹⁴ Wichtige rechtliche Maßnahmen gegen Diskriminierung wurden in der ersten Regierungszeit der christlich-liberalen Regierung mit der Ergänzung des Grundgesetzes um das Diskriminierungsverbot für Menschen mit Behinderungen getroffen. Ebenso unter der rot-grünen Koalition mit dem Beschluss des Behindertengleichstellungsgesetzes. Außerdem unter der Großen Koalition mit dem Beschluss des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes.¹⁴¹⁵ Überdies bedeutsam ist die Einordnung des Schwerbehinderten- und des Rehabilitationsrechts in das Sozialgesetzbuch unter Rot-Grün.¹⁴¹⁶ Damit

¹⁴¹⁴ Vgl. Maschke (2004), S. 401ff. Weitere Bereiche, wie bspw. Pflege oder finanzielle Unterstützung sind für den Fortgang der Arbeit kaum relevant.

¹⁴¹⁵ Vgl. Heyer (2002), S. 725; Rauch/Dornette (2010), S. 55; Waldschmidt/Lingnau (2008), S. 10.

¹⁴¹⁶ Vgl. Heyer (2002), S. 755; Wiesner (2014), S. 56.

sollte insbesondere die bessere Integration von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt gefördert werden.¹⁴¹⁷ Die rot-grüne Koalition passte außerdem die Ausgleichsabgabe für Unternehmen an, die nicht ausreichend Menschen mit Behinderung beschäftigen und beschloss das Gesetz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter vor dem Hintergrund einer wachsenden Arbeitslosigkeit bei Menschen mit Behinderung.¹⁴¹⁸ Somit lässt sich festhalten, dass die rot-grüne Regierung in diesem Politikbereich besonders aktiv war. Sie legte dabei einen Fokus auf die Beteiligung von Menschen mit Behinderung am Arbeitsmarkt.

Veränderungen im Diskurs um Inklusion

Im Feld Inklusion wirken die unternehmerische und die gesellschaftliche Logik über eine Verbindung des Deutungsmusters *Wettbewerbsvorteil engagierte Fachkräfte mit Markt, Arbeitsplätze als wertvolles Gut und Gerechtigkeit*. Dies weist vor dem Hintergrund des zunehmenden Fachkräftemangels Unternehmen darauf hin, dass sie auch mehr Menschen mit Behinderung einstellen müssen, wenn sie die Auswirkungen des Fachkräftemangels möglichst gering halten wollen. Hinzu kommt die gesellschaftliche Dimension, dass auch Menschen mit Behinderung ein Recht auf ein selbstbestimmtes Leben haben, was nur mit einem Arbeitsplatz möglich ist.

Die Regierung beschränkt sich darauf, Unternehmen auf den Wettbewerbsvorteil zu verweisen, den sie durch zusätzliche Fachkräfte mit Behinderung aufbauen können. Hier zeigt sich die unternehmerische Logik. Die gesellschaftliche Logik transportiert den Wert von Inklusion für die Gesellschaft.

Auch hier wirken die Deutungsmuster der oberen Ebenen, *Wettbewerbsvorteil engagierte Fachkräfte* und *Markt*, um den Fachkräftemangel für Unternehmen als ökonomischen Anreiz für die Einstellung von Men-

¹⁴¹⁷ Vgl. Rauch/Dornette (2010), S. 53.

¹⁴¹⁸ Vgl. Heyer (2002), S. 729f.

schen mit Behinderung zu konstruieren. Der Einsatz von *Gerechtigkeit* verweist zusätzlich auf eine erhöhte gesellschaftliche Legitimität.

8.3.10 Das Feld Innovation

Veränderungen in der Innovationspolitik

Die Innovationspolitik der christlich-liberalen Koalition unter Kohl setzte, unter Berücksichtigung der schwierigen Haushaltssituation nach der Wiedervereinigung, thematische Schwerpunkte bei ihren Ausgaben für die Forschungsförderung.¹⁴¹⁹ Trotz Ausgabensenkungen wurden in eher wirtschaftsnahen Bereichen, bspw. der Informationstechnologie, die Ausgaben nicht gesenkt sondern gesteigert.¹⁴²⁰ Allerdings verzichtete sie ab 1992 auf die steuerliche Förderung von Innovationen.¹⁴²¹ Sie berief ein Gremium mit Vertretern auch aus der Wirtschaft ein, das für die Gestaltung der Innovationspolitik Anregungen geben und für mehr Technikfreundlichkeit in der Gesellschaft werben sollte.¹⁴²² In die Schlussphase der christlich-liberalen Koalition fällt vermehrt ab 1997 die New Economy, die zu einer verstärkten Förderung der Beziehungen zwischen den verschiedenen relevanten Akteuren (Forschung und Wirtschaft) führte.¹⁴²³ Die rot-grüne Regierung begann ihre Politik damit zu einer Zeit, die für Innovationspolitik ein positives Umfeld generierte.¹⁴²⁴ Das Ende der New Economy 2001 bedeutete erneut eine wirtschaftlich schwierige Phase für Deutschland.¹⁴²⁵ Trotzdem steigerte die Regierung ihre Ausgaben für Forschung und Entwicklung deutlich.¹⁴²⁶ Sie übernahm nicht das Gremium der Vorgängerregierung, sondern beschloss mit Vertretern anderer Akteure (u.a. der Wirtschaft) eine gemeinsame Initiative für mehr Zusammenarbeit bei der Innovation.¹⁴²⁷ Überdies

¹⁴¹⁹ Vgl. Dunkel (2004), S. 193; Welsch (2005), S. 219.

¹⁴²⁰ Vgl. Welsch (2005), S. 219.

¹⁴²¹ Vgl. Dunkel (2004), S. 197.

¹⁴²² Vgl. Welsch (2005), S. 219f.

¹⁴²³ Vgl. Welsch (2005), S. 220f.

¹⁴²⁴ Vgl. Welsch (2005), S. 220.

¹⁴²⁵ Vgl. Welsch (2005), S. 221f.

¹⁴²⁶ Vgl. Eisenkopf (2007), S. 207; Welsch (2005), S. 223.

¹⁴²⁷ Vgl. Eisenkopf (2007), S. 206; Welsch (2005), S. 223.

förderte sie die Zusammenarbeit von Akteuren aus verschiedenen Sektoren in ausgesuchten Bereichen und unterstützte insbesondere solche Technologien, die sie für die zukünftige Entwicklung des Standortes als wichtig erachtete.¹⁴²⁸ Die Förderung von mehr Technikfreundlichkeit der Bevölkerung wurde von ihr fortgesetzt.¹⁴²⁹ Rot-Grün verbesserte zudem den Zugang zu mehr Wagniskapital.¹⁴³⁰ Auch die Große Koalition steigerte ihre Ausgaben für die Förderung von Innovation in ihrer Regierungszeit.¹⁴³¹ Diese kam, wie bei ihrer Vorgängerin, auch Netzwerken aus verschiedenen Akteuren und einzelnen Unternehmen zugute und fokussierte sich auf bestimmte Technologiebereiche.¹⁴³² Sie entwarf außerdem die Hightech-Strategie, die einer Verbindung der Forschungsförderung über alle Politikbereiche der Bundesregierung dienen soll.¹⁴³³ Außerdem erweiterte sie die Förderung von Zukunftstechnologien, insbesondere auch im Bereich der konkreten Anwendung.¹⁴³⁴ Die Förderung wurde im Rahmen der Konjunkturpakete in der Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise noch ausgebaut.¹⁴³⁵ Die christlich-liberale Koalition setzte die Programme der Vorgängerin zur Förderung von Innovationen fort.¹⁴³⁶ Es kann konstatiert werden, dass die Regierung Innovation auch von Unternehmen themenbezogen fördert und diese Unterstützung selbst in wirtschaftlich schwierigen Zeiten nicht reduziert sondern eher noch ausbaut.

Veränderungen im Diskurs um Innovation

Im Bereich Innovation wirkt eine unternehmerische Logik bei der Verdrängung der Kombination der Deutungsmuster *Sicherheit* und *Unvereinbarkeit* durch *Lebensqualität*. Unternehmerische Innovationen sind

¹⁴²⁸ Vgl. Dunkel (2004), S. 194; Eisenkopf (2007), S. 208; Welsch (2005), S. 223f.

¹⁴²⁹ Vgl. Dunkel (2004), S. 196; Welsch (2005), S. 225.

¹⁴³⁰ Vgl. Dunkel (2004), S. 195f.

¹⁴³¹ Vgl. Sellenthin/Rammer/Licht (2009), S. 39.

¹⁴³² Vgl. Sellenthin/Rammer/Licht (2009), S. 39f.

¹⁴³³ Vgl. Sellenthin/Rammer/Licht (2009), S. 40.

¹⁴³⁴ Vgl. Sellenthin/Rammer/Licht (2009), S. 40.

¹⁴³⁵ Vgl. Sellenthin/Rammer/Licht (2009), S. 45.

¹⁴³⁶ Vgl. Welsch (2015), S. 470ff.

positiv, da sie nicht nur dem Unternehmen sondern der Gesellschaft als Ganzes nutzen im Gegensatz zu einer gesellschaftlichen Logik, die Technik eher als potenzielles Risiko für die Gesellschaft betrachtet.¹⁴³⁷

Die Regierung möchte Innovation daher durch die Konzentration auf besonders vielversprechende Forschungsfelder fördern. Das lässt sich durch die Unterstützung ohnehin effizient arbeitender Unternehmen leichter erreichen. Dies zeigt ebenfalls die unternehmerische Logik mit dem Deutungsmuster *Corporate Citizenship*. Der Staat wird bei der Erreichung des Ziels, eine bestimmte Ausgabenquote für Innovationen zu tätigen, von Unternehmen unterstützt.¹⁴³⁸ Der Erfüllung dieser Ziele kommt insbesondere nach der Wirtschaftskrise eine große Bedeutung zu. Hier wirkt die unternehmerische Logik über die Kombination des Deutungsmusters *Wettbewerbsfähigkeit* mit *Globalisierung*, mit der die zunehmende Bedeutung unternehmerischer Innovation bei der Gestaltung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschlands nach der Wirtschaftskrise erklärt wird.¹⁴³⁹

Die Regierung bemüht sich, unternehmerische Innovationen als positiv darzustellen. Diese sind für den Erhalt der Wettbewerbsposition des Standortes Deutschland dringend notwendig. In diesem Fall ist die Regierung auf die Unterstützung der Unternehmen angewiesen. Das wird durch eine unternehmerische Logik transportiert.

Deutungsmuster werden hier, ebenso wie bei Infrastruktur, durch die Regierung eingesetzt, um unternehmerisches Handeln der Gesellschaft gegenüber zu legitimieren. Innovation steht daher für *Lebensqualität*. Es geht weniger darum, Innovationen zu kontrollieren, um *Sicherheit* zu garantieren und es wird auch keine *Unvereinbarkeit* von *Sicherheit* mit Innovationen mehr befürchtet. Dass diese Innovationen nicht nur Unternehmen selbst nutzen, sondern auch als Dienst an der Gesellschaft gesehen werden können, zeigt der Einsatz des Deutungsmusters *Corporate Citizenship*. Spielt sich erstere Entwicklung eher zu Beginn des Untersuchungszeitraums ab, ist letztere eher gegen Ende zu finden. Hier

¹⁴³⁷ Vgl. Abschnitt Veränderungen in der Innovationspolitik zu den Maßnahmen der Regierung gegen Technikfeindlichkeit in der Bevölkerung.

¹⁴³⁸ Vgl. Abschnitt Veränderungen in der Innovationspolitik.

¹⁴³⁹ Vgl. Abschnitt Veränderungen in der Innovationspolitik.

kann durchaus eine Entwicklung von einer grundsätzlichen Legitimation von Innovationen hin zu deren Notwendigkeit für die Gesellschaft gesehen werden. Diese Bedeutung wird für die Gesellschaft ebenso wie für die Unternehmen nach der Wirtschafts- und Finanzkrise durch einen Verweis auf *Wettbewerbsfähigkeit* und *Globalisierung* hervorgehoben. In diesem Fall wird erneut eine gesellschaftliche Entwicklung (hier *Globalisierung*) herangezogen, um unternehmerisches Handeln zu begründen.

8.3.11 Das Feld Integration

Veränderungen in der Integrationspolitik

Deutschland ist eines der wichtigsten Zielländer für Migration.¹⁴⁴⁰ Trotzdem fokussierte zu Beginn des Untersuchungszeitraums Politik in diesem Bereich hauptsächlich das Asyl- und Staatsangehörigkeitsrecht.¹⁴⁴¹ Dies änderte sich mit dem Regierungswechsel.¹⁴⁴² Zwar begann auch die rot-grüne Koalition mit einer Reform des Staatsangehörigkeitsrechts.¹⁴⁴³ Sie berücksichtigte allerdings den Fachkräftemangel, insbesondere im IT-Bereich, die demografische Entwicklung und die Probleme der bisherigen Integrationspolitik, insbesondere im Bildungsbereich, in der Zielsetzung ihres Zuwanderungsgesetzes.¹⁴⁴⁴ Sie ermöglichte damit eine stärkere Steuerung der Zuwanderung und eine zielgerichtete Integrationspolitik,¹⁴⁴⁵ auch wenn die Begrenzung des Zuzugs in der letzten Version eher im Vordergrund stand.¹⁴⁴⁶ Die Große Koalition begann ihre Tätigkeit mit der Einberufung eines Integrations-

¹⁴⁴⁰ Vgl. Green (2006), S. 113f.

¹⁴⁴¹ Vgl. Fereidooni (2012), S. 27f.; Green (2006), S. 124ff.

¹⁴⁴² Vgl. Fereidooni (2012), S. 28; Green (2006), S. 127; Heckmann (2015), S. 248; Klinge (2012), S. 97.

¹⁴⁴³ Vgl. Busch (2003), S. 313; Fereidooni (2012), S. 28ff.; Green (2006), S. 127f.; Klinge (2012), S. 97ff.

¹⁴⁴⁴ Vgl. Busch (2003), S. 317ff.; Green (2006), S. 128ff.; Heckmann (2015), S. 248; Klinge (2012), S. 99ff.; Minkenberg (2003), S. 231f.

¹⁴⁴⁵ Vgl. Green (2006), S. 130; Klinge (2012), S. 100f.

¹⁴⁴⁶ Vgl. Butterwegge (2009), S. 149; Reißlandt (2006), S. 146.

gipfels, der einer Beteiligung der Betroffenen dienen sollte.¹⁴⁴⁷ Dabei wurde ein Nationaler Integrationsplan entwickelt, der auf eine gesamtstaatliche Verantwortung für Integration und auf Selbstverpflichtungen der verschiedenen Akteure setzt.¹⁴⁴⁸ Außerdem setzte sie mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz eine entsprechende EU-Richtlinie um, dies allerdings wenig ambitioniert.¹⁴⁴⁹ Auch die anderen, von ihr im Bereich Integration verabschiedeten Gesetze (wie bspw. das Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz) sind eher restriktiv im Hinblick auf Zuzug und Integration.¹⁴⁵⁰ Die christlich-liberale Koalition unter Merkel setzte Schwerpunkte insbesondere bei der besseren Integration für den Arbeitsmarkt durch Änderungen bei Integrationskursen und der Regelung zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse.¹⁴⁵¹ Es lässt sich festhalten, dass nach anfänglicher Reduktion des Themenfeldes auf Asyl- und Staatsangehörigkeitsfragen ab dem Regierungswechsel zur rot-grünen Koalition die Frage nach der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund auf dem Arbeitsmarkt eine wichtigere Rolle spielte, auch wenn eine Beschränkung des Zuzugs eher im Vordergrund stand.

Keine feststellbaren Veränderungen im Diskurs um Integration

Im Bereich der Integration konnte eine verstärkte Auseinandersetzung mit der Thematik in der Datengrundlage erst mit Amtsbeginn der Großen Koalition festgestellt werden. Daher ist es wenig verwunderlich, dass für diesen, vergleichsweise kürzeren, Zeitraum keine nennenswerten Veränderungen festgestellt werden konnten. Obwohl die Regierung bereits unter Rot-Grün stärker in diesem Bereich tätig wurde, liegen die Mehrzahl der Maßnahmen in der Regierungszeit von Merkel.¹⁴⁵² Dies

¹⁴⁴⁷ Vgl. Butterwegge (2009), S. 160; Fereidooni (2012), S. 31; Klinge (2012), S. 104ff.

¹⁴⁴⁸ Vgl. Heckmann (2015), S. 249; Klinge (2012), S. 104ff.

¹⁴⁴⁹ Vgl. Butterwegge (2009), S. 159; Heckmann (2015), S. 249.

¹⁴⁵⁰ Vgl. Butterwegge (2009), S. 161ff.

¹⁴⁵¹ Vgl. Lorenz/Riese (2015), S. 504f.; Welsh (2015), S. 486.

¹⁴⁵² Vgl. Heckmann (2015), S. 248ff.; sowie die Ausführungen im Abschnitt zu Veränderungen in der Integrationspolitik.

könnte ein Grund für die stärkere Thematisierung in ihrer Amtszeit sein.

8.3.12 Das Feld Internationales Engagement

Veränderungen in der Politik zu internationalem Engagement

In diesem Bereich ist besonders die Schnittstelle zwischen Entwicklungspolitik und Außenwirtschaftsförderung von Interesse, denn Exporte und Auslandsinvestitionen werden als entwicklungsfördernd betrachtet.¹⁴⁵³ Die Struktur der deutschen Außenwirtschaftsförderung besteht seit langer Zeit aus einem Zusammenspiel nicht-staatlicher und staatlicher Stellen, hauptsächlich der Außenhandelskammern, der Wirtschaftsabteilung der Auslandsvertretungen und der Bundesagentur für Außenwirtschaft.¹⁴⁵⁴ Diese dienen der Information und Beratung von Unternehmen.¹⁴⁵⁵ Außerdem vergibt die Regierung, über ein privates Unternehmen, Exportkreditgarantien, um das unternehmerische Risiko abzusichern¹⁴⁵⁶ und wirbt bei Auslandsreisen für deutsche Unternehmen bzw. gibt Unternehmensvertretern hierzu selbst die Möglichkeit.¹⁴⁵⁷ In die Zeit der Großen Koalition fällt die Zusammenlegung der Bundesagentur für Außenwirtschaft mit der für die Standortwerbung zuständigen Organisation zur Germany Trade and Invest GmbH.¹⁴⁵⁸ Dies änderte jedoch nichts an der stark fragmentierten Zuständigkeit.¹⁴⁵⁹ Im Bereich der Entwicklungshilfe führte die rot-grüne Koalition 1999 Public-private-Partnerships ein, um internationale Aktivitäten von

¹⁴⁵³ Vgl. Hauser (2006), S. 84; Kevenhörster/van den Boom (2009), S. 41. An dieser Stelle wird nicht auf die Instrumente eingegangen, die sich vornehmlich an KMU richten, bspw. die Unterstützung bei Messeauftritten im Ausland. Zudem geht es nicht um rein entwicklungspolitisch motivierte Zusammenarbeit zwischen Regierung und Unternehmen, sondern um Unternehmensaktivitäten im Ausland. Zu ersterem vgl. den Abschnitt zu CSR.

¹⁴⁵⁴ Vgl. Hauser (2006), S. 88; Ramsteck (2009), S. 7.; Schultes (2003), S. 51; Schultes (2011), S. 354.

¹⁴⁵⁵ Vgl. Ramsteck (2009), S. 7; Schultes (2011), S. 354.

¹⁴⁵⁶ Vgl. Schultes (2011), S. 355.

¹⁴⁵⁷ Vgl. Hauser (2006), S. 112ff.

¹⁴⁵⁸ Vgl. Ramsteck (2009), S. 9.

¹⁴⁵⁹ Vgl. Ramsteck (2009), S. 15.

Unternehmen, die gleichzeitig einen entwicklungspolitischen Nutzen haben, zu unterstützen.¹⁴⁶⁰ Damit reagierte sie auf zunehmende Anforderungen an die Entwicklungspolitik, finanzielle Einschränkungen und das vorhandene, aber bisher nicht globale, Engagement von Unternehmen.¹⁴⁶¹ Nachdem das Ministerium nach 11 Jahren unter der Leitung von Wieczorek-Zeul nach der Amtsübernahme der christlich-liberalen Koalition von Niebel übernommen wurde, stärkte dieser die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft weiter.¹⁴⁶² Trotz einiger Änderungen unter der rot-grünen Regierung lässt sich festhalten, dass Unternehmensengagement im Ausland von der Regierung gefördert wird. Es ist allerdings eine verstärkte Einbeziehung in die offizielle Entwicklungspolitik erkennbar.

Veränderungen im Diskurs um internationales Engagement

Das Feld des internationalen Engagements von Unternehmen wird von beiden angrenzenden gesellschaftlichen Feldern, dem unternehmerischen und dem gesellschaftlichen beeinflusst. Die Deutungsmuster *Akteur Unternehmen*, *Globalisierung*, *Political CSR* und *Global Governance* werden dabei eingesetzt. Dies kann als eine Reaktion auf die zunehmende internationale Bedeutung globaler Unternehmen und deren Betätigung nicht nur an vielen verschiedenen ausländischen Standorten, sondern auch in Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen gesehen werden. Entwicklungshilfe wird dadurch unternehmerischer geprägt, Unternehmen werden aber auch zunehmend als Mitglieder einer globalen Gesellschaft gesehen, deren Wohlergehen es zu fördern gilt.¹⁴⁶³

Unternehmensengagement im Ausland wird nicht mehr nur noch als bilaterale Zusammenarbeit sondern als Engagement der Unternehmen für eine bessere Welt insgesamt betrachtet. Dieses Engagement geht über die konkrete unternehmerische Tätigkeit in einem spezifischen

¹⁴⁶⁰ Vgl. Körting (2008), S. 291ff.; Stüwe (2015), S. 254.

¹⁴⁶¹ Vgl. Körting (2008), S. 291f.; Messner (2011), S. 428; Stüwe (2015), S. 254.

¹⁴⁶² Vgl. Schattschneider (2014), S. 4; Wagschal (2015), S. 160.

¹⁴⁶³ Vgl. Abschnitt Veränderungen in der Politik zu internationalem Engagement.

Land hinaus. Die unternehmerische Tätigkeit und deren Effizienz werden durch die unternehmerische Logik transportiert. Unternehmen unterstützen dadurch Staaten in der Lösung globaler Probleme. Hier greift die gesellschaftliche Logik, da es um die Lösung gesellschaftlicher Probleme geht.

Ebenso wie bei Infrastruktur geht es hier hauptsächlich um Aktivitäten im eigenen Interesse des Unternehmens. Allerdings gehen diese in manchen Fällen über das konkrete, kurzfristige Interesse von Unternehmen hinaus, bspw. im Bereich der Korruption. In diesem Fall wird erneut ein Deutungsmuster, das sich auf eine gesellschaftliche Entwicklung, *Globalisierung*, bezieht, herangezogen. Es verdeutlicht Unternehmen, dass gesellschaftliche Probleme nicht nur im Heimatland, sondern auch in weniger entwickelten Ländern geschäftsschädigend sein können, wenn das Unternehmen dort aktiv ist. Sollten sich Probleme global auswirken gilt dies analog. Daher ist auch hier der Einsatz von Unternehmen für eine globale Lösung in deren eigenem Interesse. Dies wird durch die Verbindung des Deutungsmusters aus der oberen Diskursebene mit den Deutungsmustern aus dem Diskurs über Unternehmensverantwortung, *Political CSR* und *Global Governance*, verdeutlicht.

8.3.13 Das Feld Klima- und Umweltschutz

Veränderungen in der Klima- und Umweltschutzpolitik

Die Etablierung des Politikfeldes auf Ministerialebene erfolgte in Deutschland mit 1986 erst verhältnismäßig spät und im Zuge der Entwicklungen des Reaktorunfalls von Tschernobyl.¹⁴⁶⁴ Gesetzliche Regelungen zu diesem Themengebiet gab es allerdings bereits lange vorher.¹⁴⁶⁵ Von der christlich-liberalen Koalition unter Kohl wurde zusätzlich das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz beschlossen, das u.a. für mehr Ressourcenschonung sorgen sollte und international sehr fortschrittlich war.¹⁴⁶⁶ Allerdings sorgten die Wiedervereinigung und der

¹⁴⁶⁴ Vgl. Böcher/Töller (2012), S. 31; Jänicke (2006), S. 406.

¹⁴⁶⁵ Vgl. Jänicke (2006), S. 406.

¹⁴⁶⁶ Vgl. Jänicke (2006), S. 406ff.

folgende wirtschaftliche Abschwung für eine nachlassende Bedeutung der Umweltpolitik.¹⁴⁶⁷ Unter der rot-grünen Regierung folgten u.a. das Bundes-Bodenschutzgesetz, die ökologische Steuerreform, das Gesetz zum Vorrang Erneuerbarer Energien (und dessen Neuregelung), eine Modernisierung des Bundesnaturschutzgesetzes, die Regulierung des Atomausstiegs, das Inkrafttreten des verpflichtenden Dosenpfands, das Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz, eine Novellierung des Umweltinformationsgesetzes, das Gesetz zur Umsetzung von Clean Development Mechanism und Joint Implementation, das Gesetz zur Einführung der Strategischen Umweltprüfung und das Gesetz zur Rücknahme von Elektro- und Elektronikgeräten,¹⁴⁶⁸ obwohl zu Beginn ihrer Amtszeit noch keine nennenswerte Veränderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eingetreten war.¹⁴⁶⁹ Insbesondere rechtliche Maßnahmen der zweiten Regierungsperiode stellen jedoch häufig Umsetzungen von EU-Richtlinien dar.¹⁴⁷⁰ Die rot-grüne Regierung entwickelte außerdem eine formelle Nachhaltigkeitsstrategie und ein Klimaschutzprogramm.¹⁴⁷¹ Allerdings reduzierte sie ebenfalls in ihrer zweiten Regierungsperiode vor dem Hintergrund einer wirtschaftlich schwierigen Situation ihre Aktivitäten.¹⁴⁷² Sie rückte sogar von dem ambitionierten CO₂-Reduktionsziel der Vorgängerregierung ab¹⁴⁷³ und setzte sich in der EU für zurückhaltende Regulierung insbesondere in der Automobil- und der Chemiebranche ein.¹⁴⁷⁴ Im Bereich der nicht-rechtlichen Maßnahmen, kam Vereinbarungen mit der Wirtschaft eine geringere Bedeutung als unter der Vorgängerregierung zu, dafür setzte sie in verstärktem Umfang auf ökonomische Anreize.¹⁴⁷⁵ Auch die Große Koalition positionierte Umweltschutz als Business Case¹⁴⁷⁶ und legte dabei

¹⁴⁶⁷ Vgl. Jänicke (2006), S. 409.

¹⁴⁶⁸ Vgl. Jacob/Volkery (2007), S. 434; Jänicke (2006), S. 406ff.; Jänicke (2010), S. 488.

¹⁴⁶⁹ Vgl. Jänicke (2006), S. 409.

¹⁴⁷⁰ Vgl. Jacob/Volkery (2007), S. 434ff.

¹⁴⁷¹ Vgl. Jacob/Volkery (2007), S. 434; Jänicke (2006), S. 410.

¹⁴⁷² Vgl. Jacob/Volkery (2007), S. 431f.; Jänicke (2006), S. 410.

¹⁴⁷³ Vgl. Jacob/Volkery (2007), S. 432.

¹⁴⁷⁴ Vgl. Jacob/Volkery (2007), S. 440; Jänicke (2010), S. 488.

¹⁴⁷⁵ Vgl. Böcher/Töller (2012), S. 35; Jacob/Volkery (2007), S. 441f.

¹⁴⁷⁶ Vgl. Blühdorn (2010), S. 215f.

Schwerpunkte auf den Klimaschutz, die Förderung von Innovationen in der Ressourceneffizienz und die Biodiversität.¹⁴⁷⁷ Durch die Reform der Kraftfahrzeugsteuer und die Abwrackprämie setzte sie Anreize für Verbraucher, klimaschonendere Autos zu erwerben.¹⁴⁷⁸ Im Emissionshandel setzte sie einen relativ anspruchsvollen Rahmen, wurde dabei allerdings von der EU stark beeinflusst.¹⁴⁷⁹ Sie entwickelte außerdem ein anspruchsvolles Klimaschutzprogramm, auch wenn dessen Umsetzungsmaßnahmen den gesetzten Zielen nicht gerecht wurden.¹⁴⁸⁰ In die Regierungszeit der christlich-liberalen Koalition unter Merkel fällt der Nuklearunfall von Fukushima, der die ursprüngliche Energie- und damit verbunden auch Klima- und Umweltschutzpolitik der Regierung entscheidend beeinflusste.¹⁴⁸¹ Ursprünglich war eine Laufzeitverlängerung der deutschen Atomkraftwerke, verbunden mit der Investition dadurch erlangter zusätzliche Einnahmen in erneuerbare Energien, gesetzlich geregelt worden.¹⁴⁸² Nach dem Unfall wurden erneut Enddaten für den Betrieb der Atomkraftwerke gesetzt, die Planung und der Ausbau der Stromnetze und von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien erleichtert, das EEG für mehr Kosteneffizienz und Ausnahmen für Unternehmen novelliert und mehr Mittel zur Energieforschung bereitgestellt.¹⁴⁸³ Mit dem Kohlendioxid-Speicherungsgesetz regelte die Koalition eine Erprobung der Speicherung von CO₂ und setzte damit eine EU-Richtlinie sehr restriktiv um.¹⁴⁸⁴ Ebenfalls auf eine EU-Vorgabe geht die Neuregelung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes zurück, die jedoch umweltschutzpolitisch eher weniger ambitioniert war.¹⁴⁸⁵ Auch Merkel setzte sich auf EU-Ebene für eine unternehmensfreundliche Umwelt- und Klimapolitik ein.¹⁴⁸⁶ Obwohl durch die Regierungszeit der

¹⁴⁷⁷ Vgl. Böcher/Töller (2012), S. 35; Jänicke (2010), S. 491f.

¹⁴⁷⁸ Vgl. Böcher/Töller (2012), S. 37f.; Jänicke (2010), S. 494.

¹⁴⁷⁹ Vgl. Jänicke (2010), S. 495.

¹⁴⁸⁰ Vgl. Jänicke (2010), S. 495.

¹⁴⁸¹ Vgl. Huß (2015), S. 528.

¹⁴⁸² Vgl. Huß (2015), S. 525ff.

¹⁴⁸³ Vgl. Böcher/Töller (2012), S. 38; Huß (2015), S. 530f.

¹⁴⁸⁴ Vgl. Huß (2015), S. 532f.

¹⁴⁸⁵ Vgl. Huß (2015), S. 533f.

¹⁴⁸⁶ Vgl. Böcher/Töller (2012), S. 36; Huß (2015), S. 543.

rot-grünen Koalition also neue Maßnahmen angestoßen wurden, wurde die Rücksicht auf die Interessen der Unternehmen im Bereich Klima- und Umweltschutz dadurch nicht geringer.

Veränderungen im Diskurs um Klima- und Umweltschutz

Im Bereich des Klima- und Umweltschutzes wirken mehrere Logiken. Dabei wird die Kombination des Deutungsmusters *Lebensqualität* mit *Schöpfung, Frieden, Familie* und *Schonung* durch die mit *Global Governance, Globalisierung, Demografie, Krise, Markt, Fortschritt, Klimawandel, Kampf, Effizienz, Wettbewerbsfähigkeit, Kosten senken, Erfolg ist Rechtfertigung, Langfristorientierung, Energie als notwendige Voraussetzung* und *Wachstum bedeutet Arbeitsplätze* verdrängt. Die eher bewahrende, religiöse Logik zu Beginn wird durch verschiedene Auslöser wie die Globalisierung, die Demografie, die Wirtschaftskrise, den Fortschritt und den Klimawandel durch eine zwar auf Langfristigkeit aber auch auf Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit fokussierte unternehmerische Logik abgelöst. Klima- und Umweltschutz ist demnach auch eine Frage der Wettbewerbsfähigkeit. Dies zeigt sich auch daran, dass bei zunehmender Weltbevölkerung dringender Handlungsbedarf besteht, um nachhaltiges Wachstum möglich zu machen. Dies verdeutlicht die unternehmerische Logik in Verbindung mit der Logik des Klima- und Umweltschutzes. Diese wirken in der Verbindung des Deutungsmusters *der Kuchen muß größer werden* zu *Rohstoff, Demografie, Effizienz, Entkopplung, Zeitknappheit im Umweltschutz* und *Klimawandel*. Zu diesen Anreizen kommen weitere Mechanismen hinzu, die Klima- und Umweltschutz auch wirtschaftlich rentabel machen. Hier können zwei Mechanismen identifiziert werden, die einen gemeinsamen Einfluss ausüben. Einerseits wirkt das Deutungsmuster *Fortschritt*, das hier neu mit dem Deutungsmuster *Rohstoff* in Verbindung gebracht wird, aber eng mit dem Feld der Innovation verbunden ist. Andererseits treten die Deutungsmuster *Wettbewerbsfähigkeit, Markt, der Kuchen muß größer werden, Investitionen* und *Effizienz* in Kombination mit *Rohstoff* auf, die alle einer ökonomischen Logik zugeschrieben werden können. Mit dieser ist auch das Feld der Innovation enger verbunden als das des Klima- und Umweltschutzes, ebenso wie das Feld der Arbeitsplätze. In diesem Zusammenhang wird

ebenfalls eine ökonomische (aber auch eine gesellschaftliche und eine staatliche) Logik eingesetzt. Diese werden über das Deutungsmuster *Homo oeconomicus* in Verbindung mit *Vereinbarkeit*, *Umweltschutz*, *Energie*, *gute staatliche Marktgestaltung*, *Sicherheit*, *Schonung*, *Effizienz*, *Zukunftsgestaltung* und *Ausstieg/Einstieg* transportiert. Auf diese Weise übt die ökonomische Logik einen direkten und einen indirekten Einfluss aus, der sich in einer Zunahme ihrer Bedeutung in diesem Feld widerspiegelt. Auslöser dafür könnte die Zunahme der Bedeutung erneuerbarer Energien sein, die durch technologischen Fortschritt Klima- und Umweltschutz auch wirtschaftlich bedeutend gemacht haben.¹⁴⁸⁷ Diese Zunahme wiederum erklärt sich aus einem verbesserten Ressourcenumfeld durch eine veränderte Marktgestaltung, aufgrund von der Regierung geschaffener Rahmenbedingungen. Die Veränderung auf der Grundlage eines veränderten Ressourcenumfeldes kann mit dem theoretischen Modell der institutionellen Logiken sehr gut erklärt werden. Zu einer veränderten Marktgestaltung trägt auch der Atomausstieg bei. Denn dadurch werden neue, möglichst umweltschonende Energiequellen wichtiger und damit potenziell rentabler. Dies zeigt die gesellschaftliche Logik, die mithilfe des Deutungsmusters *Ausstieg/Einstieg* wirkt, das den Ausstieg aus der Atomkraft und den parallelen Einstieg in die Erneuerbaren vermittelt. Die gestiegenen Erwartungen an die Erneuerbaren ebenso wie an klimaschonendere Fortbewegung und Produktion zeigt auch die gesellschaftliche Logik in Verbindung mit der Logik des Klima- und Umweltschutzes. Sie wirkt in der Konkretisierung der Kombination des Deutungsmusters *Zukunftsgestaltung* mit *Fortschritt*, *Rohstoff* und *Nachhaltigkeit* durch Verbindungen zu *Energie*, *Ausstieg/Einstieg*, *Müll*, *Fortbewegung* und *Emissionen*. Dies und die wachsende Bedeutung der Unternehmen bei diesem Prozess zeigt auch die Verbindung der gesellschaftlichen und unternehmerischen Logik in der Kombination *Akteur Unternehmen* mit *Energie*. Die zunehmende Wirtschaftlichkeit des Klima- und Umweltschutzes ist essenziell für dessen globale Bedeutung. Die Logik des Klima- und Umweltschutzes wirkt zusammen mit der staatlichen Logik über die Verbindung des Deu-

¹⁴⁸⁷ Vgl. Abschnitt Veränderungen in der Klima- und Umweltschutzpolitik.

tungsmusters *Nachhaltigkeit* mit *Global Governance*. Diese Verbindung verweist auf die internationale Bedeutung der Nachhaltigkeit, für die sich die Regierung einsetzt.

Zu Beginn ist in diesem Feld eine religiöse Logik festzustellen. Diese konstituiert Umweltschutz als religiöse Pflicht. Dies wird jedoch bereits zu Beginn und insbesondere nach dem Regierungswechsel zu Schröder durch eine unternehmerische Logik verdrängt. Diese betont die Bedeutung des Klima- und Umweltschutzes als Wettbewerbsvorteil. Die gesellschaftliche Logik transportiert die gesellschaftlichen Erwartungen, wie bspw. den Atomausstieg und den langfristigen Erhalt der Umwelt auch für kommende Generationen. Dass auch für Staaten bei einem globalen Problem Handlungsbedarf besteht und sie Unternehmen bei ihren Bemühungen unterstützen müssen, wird durch eine staatliche Logik vermittelt.

Verschiedene Auslöser, unter anderem auch die politisch gestalteten Rahmenbedingungen, machen klima- und umweltschonendes Wirtschaften im Untersuchungszeitraum wirtschaftlicher. Das wird durch den Einsatz der Deutungsmuster *Globalisierung*, *Demografie*, *Krise* und *Zeitknappheit im Umweltschutz* aus der gesamtgesellschaftlichen Diskursebene verdeutlicht. Zunehmender Wettbewerb um Ressourcen durch eine wachsende Weltbevölkerung macht ressourcensparendes Wirtschaften ökonomisch vorteilhaft. Auch die zu erwartenden Kosten des Klimawandels lassen Kosten zu dessen Vermeidung geringer erscheinen. Und durch die Finanz- und Wirtschaftskrise erscheint die Bedeutung langfristig ausgerichteten Wirtschaftens erneut relevant. Auch in diesem Feld werden diese Deutungsmuster aus der oberen Ebene, die mit gesellschaftlichen Entwicklungen oder Ereignissen in Zusammenhang stehen, mit Deutungsmustern aus dem Diskurs über Unternehmensverantwortung verbunden. Der Bezug zu *Global Governance* steht hier für den Nutzen eines globalen Engagements, das auch für einen fairen Wettbewerb durch globale Standards sorgen kann. In der Verbindung zu *der Kuchen muß größer werden* zeigt sich die Erwartung an eine nachhaltige Wirtschaft, die sowohl Wachstum generiert, als auch die Umwelt schont. Dies ist bei zunehmender Konkurrenz um Rohstoffe und drohenden Kosten durch den Klimawandel nur durch ressourcenschonendes Wirtschaften möglich.

8.3.14 Das Feld Senioren

Veränderungen in den Bereichen Lebenslanges Lernen, Prävention und Rentenpolitik

In diesem Feld haben verschiedene Politikbereiche Einfluss, von der Aus- und Weiterbildung über Gesundheitspolitik bis hin zur sozialen Sicherung. Im Bereich der Rentenpolitik dienten alle in der Untersuchungsperiode vorgenommenen Reformen dazu, einen zu starken Anstieg der Kosten und damit der Beiträge zu verhindern.¹⁴⁸⁸ Dies geschah auch vor dem Hintergrund der Entwicklung der Arbeitslosigkeit, der demografischen Entwicklung und der Notwendigkeit einer sparsameren Haushaltspolitik.¹⁴⁸⁹ Für Unternehmen besonders relevant ist die Reform 2001 unter Rot-Grün, die die vorher freiwillige Leistung der betrieblichen Altersvorsorge als Rechtsanspruch verpflichtend macht.¹⁴⁹⁰ Allerdings bedeutet dies durch die Möglichkeit der Entgeltumwandlung keine höheren Ausgaben für die Unternehmen.¹⁴⁹¹ Unter Rot-Grün wurde außerdem das Konzept des Lebenslangen Lernens durch ein Aktions- und ein Modellversuchsprogramm gefördert, ebenso wie die Weiterbildung Älterer durch das Job-AQtiv-Gesetz.¹⁴⁹² Ebenfalls relevant sind die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre im Jahr 2007 unter der Großen Koalition¹⁴⁹³, die Reduzierung der Anreize, ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer frühzuverrenten und die Förderung der Beschäftigung Älterer.¹⁴⁹⁴ Die christlich-liberale Koalition unter Merkel weitete die Förderung der Weiterbildung Älterer aus.¹⁴⁹⁵ Die Notwendigkeit eines Präventionsgesetzes, das auch Vorsorge im Arbeitsumfeld thematisiert, wurde bereits unter Rot-Grün diskutiert,¹⁴⁹⁶ allerdings konnte das Präventionsgesetz der christlich-liberalen Koaliti-

¹⁴⁸⁸ Vgl. Hegelich (2006), S. 78f.; Stoy (2013), S. 25f.

¹⁴⁸⁹ Vgl. Hegelich (2006), S. 91.

¹⁴⁹⁰ Vgl. Hegelich (2006), S. 89; Stoy (2013), S. 27.

¹⁴⁹¹ Vgl. Hegelich (2006), S. 89.

¹⁴⁹² Vgl. Schiersmann (2007), S. 69; 210f.

¹⁴⁹³ Vgl. Dümig (2010), S. 273; Stoy (2013), S. 28.

¹⁴⁹⁴ Vgl. Dümig (2010), S. 285ff.

¹⁴⁹⁵ Vgl. Bandau/Dümig (2015), S. 286.

¹⁴⁹⁶ Vgl. Bandelow/Hartmann (2007), S. 351; Hoepner-Stamos (2004), S. 5.

on unter Merkel aufgrund der Ablehnung im Bundesrat nicht mehr in der Untersuchungsperiode beschlossen werden.¹⁴⁹⁷ Dieser Politikbereich wurde von der Notwendigkeit einer Kosteneindämmung und einer dazu unerlässlichen längeren Beschäftigung Älterer geprägt.

Veränderungen im Diskurs um Senioren

Auf das Feld Senioren wirkt ebenfalls eine unternehmerische Logik über die Verbindung der Deutungsmuster *Wettbewerbsfähigkeit*, *Wettbewerbsvorteil engagierte Fachkräfte* und *Demografie* und erklärt das gestiegene Interesse von Unternehmen an älteren Facharbeitern vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels. Dieser wirtschaftliche Grund ist ein Anreiz für Unternehmen, dem gesellschaftlichen Anliegen, mehr Ältere einzustellen, nachzukommen. Dazu wird die gesellschaftliche Logik zusammen mit der unternehmerischen Logik mittels der Verbindung der Deutungsmuster *Demografie*, *Arbeitslosigkeit als Naturphänomen*, *Outsider zu Insidern machen* und *Beschäftigung* herangezogen, um Unternehmen an ihre Aufgabe, in wirtschaftlich guten Zeiten für die Gesellschaft Arbeitsplätze zu schaffen, zu erinnern.

Hier wird erneut deutlich, dass die Regierung bei der Schaffung von Arbeitsplätzen stark auf Unternehmen angewiesen ist. In wirtschaftlich besseren Zeiten, mit weniger verfügbaren Fachkräften, decken sich ihre Interessen allerdings mit denen der Unternehmen. Dies wird durch eine unternehmerische Logik vermittelt. Die gesellschaftliche Logik transportiert die Bedeutung eines Arbeitsplatzes als nicht nur ökonomischen, sondern auch gesellschaftlichen Wert.

Auch in diesem Feld wird das Deutungsmuster *Demografie* aus der oberen Diskursebene eingesetzt, um einerseits in Verbindung mit *Wettbewerbsfähigkeit* und *Wettbewerbsvorteil engagierte Fachkräfte* die ökonomische Bedeutung einer älter werdenden Gesellschaft als Fachkräftemangel zu konstituieren. Andererseits zeigt die Verbindung zu *Arbeitslosigkeit als Naturphänomen*, *Outsider zu Insidern machen* und *Beschäftigung*, dass auch die gesellschaftlichen Erwartungen zu einer Übereinstim-

¹⁴⁹⁷ Vgl. Bandelow/Hartmann (2015), S. 446.

mung mit den unternehmerischen Interessen kommen. Auch hier dient demnach eine gesellschaftliche Entwicklung als Begründung für ein unternehmerisches Interesse an verantwortungsvollem Verhalten.

8.3.15 Das Feld Soziale Sicherung und Arbeitsbeziehungen

Veränderungen in der Politik für soziale Sicherung und Arbeitsbeziehungen

Dieses Politikfeld ist durch eine nur begrenzte Einflussmöglichkeit der Politik gekennzeichnet, da viele Regelungen im Bereich der Tarifautonomie liegen.¹⁴⁹⁸ Es entwickelte sich, ähnlich wie die Wirtschafts- oder die Arbeitsmarktpolitik, im Rahmen der globalen und spezifisch deutschen wirtschaftlichen Veränderungen.¹⁴⁹⁹ Für die Arbeitsbeziehungen insbesondere relevant war die Entwicklung der industriellen Beziehungen im Nachlauf der Wiedervereinigung¹⁵⁰⁰ und der abnehmende Organisationsgrad der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.¹⁵⁰¹ Sowohl die christlich-liberale Koalition unter Kohl als auch die rot-grüne Koalition führten gemeinsame Verhandlungen mit den Tarifparteien, um Verbesserungen für die Situation des Standortes Deutschland zu erreichen. Beide Versuche waren jedoch nicht erfolgreich.¹⁵⁰² Hatte die rot-grüne Koalition die Mitbestimmungsrechte 2000 noch erweitert, setzte sie sich – gegen den Widerstand der Gewerkschaften – in der Folge für mehr Flexibilisierung bei Tarifverträgen ein.¹⁵⁰³ Der Erfolg der Mitbestimmung in der Finanz- und Wirtschaftskrise reduzierte den Handlungsdruck für eine Modernisierung.¹⁵⁰⁴ Im Bereich der sozialen Sicherung fand durch die christlich-liberale Koalition unter Kohl neben einer Reduzierung des Kündi-

¹⁴⁹⁸ Vgl. Schmidt (2006), S. 138.

¹⁴⁹⁹ Vgl. Hassel (2006), S. 320f.

¹⁵⁰⁰ Vgl. Hassel (2006), S. 321.

¹⁵⁰¹ Vgl. Hassel (2006), S. 322; Reisenbichler/Morgan (2012), S. 559f.

¹⁵⁰² Vgl. Hassel (2006), S. 321; Schroeder (2010), S. 181f.

¹⁵⁰³ Vgl. Hassel (2006), S. 321.; Reisenbichler/Morgan (2012), S. 561; Schmidt (2006), S. 145; Schroeder (2010), S. 182.

¹⁵⁰⁴ Vgl. Schroeder (2012), S. 267.

gungsschutzes und der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall¹⁵⁰⁵ eine Ausweitung des westdeutschen Sozialsystems auf Ostdeutschland statt, was zusätzlich zur Schaffung der Pflegeversicherung zu einem Anstieg der Sozialabgaben beitrug.¹⁵⁰⁶ Der dadurch entstandene Kostendruck führte zu den Sozialreformen der zweiten Legislaturperiode der rot-grünen Koalition, die Leistungen kürzten und den Arbeitsmarkt liberalisierten; durchaus auch im Gegensatz zu Maßnahmen der ersten Regierungsperiode.¹⁵⁰⁷ In dieser waren die Reformen der Vorgängerregierung in Teilen zurückgenommen und die Kosten der Sozialpolitik zunächst vernachlässigt worden.¹⁵⁰⁸ Die Große Koalition führte eine Diskussion über die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns, der auch aufgrund der Zunahme von Niedriglöhnen relevanter erschien.¹⁵⁰⁹ Sie gipfelte in den Neufassungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und des Mindestarbeitsbedingengesetzes und damit der Ausweitung branchenspezifischer Mindestlöhne.¹⁵¹⁰ Außerdem reformierte sie die gesetzliche Krankenversicherung im Hinblick auf deren Finanzierungsprobleme und den demografischen Wandel.¹⁵¹¹ Die christlich-liberale Koalition unter Merkel stabilisierte den Arbeitgeberbeitrag zur Krankenversicherung, senkte den Beitrag zur Rentenversicherung, erhöhte den Beitrag zur Pflegeversicherung, führte eine freiwillige Pflegezusatzversicherung ein, weitete den Niedriglohnsektor aus und schuf für mehr Branchen branchenbezogene Mindestlöhne.¹⁵¹² Allerdings war, u.a. durch die positive Situation auf dem Arbeitsmarkt, in ihrer Legislaturperiode die finanzielle Situation der Sicherungssysteme deutlich verbessert.¹⁵¹³ Auch dieses Politikfeld entwickelt sich im Zusammenhang mit

¹⁵⁰⁵ Vgl. Blank (2011), S. 63; Leibfried/Obinger (2003), S. 211; Schmidt (2003), S. 245.

¹⁵⁰⁶ Vgl. Leibfried/Obinger (2003), S. 210; Schmidt (2006), S. 144; Schmidt (2015), S. 401.

¹⁵⁰⁷ Vgl. Blank (2011), S. 218; Leibfried/Obinger (2003), S. 213; Schmidt (2006), S. 145f.; Schmidt (2007), S. 296.

¹⁵⁰⁸ Vgl. Blank (2011), S. 217; Leibfried/Obinger (2003), S. 212; Schmidt (2003), S. 242; Schmidt (2007), S. 295.

¹⁵⁰⁹ Vgl. Schroeder (2010), S. 192ff.

¹⁵¹⁰ Vgl. Brütt (2010), S. 135; Zohnhöfer/Engler (2015), S. 158.

¹⁵¹¹ Vgl. Hartmann (2010), S. 329f.

¹⁵¹² Vgl. Schmidt (2015), S. 401ff.

¹⁵¹³ Vgl. Bandelow/Hartmann (2015), S. 432.

der wirtschaftlichen Situation des Standorts und reagiert eher auf finanziell oder wettbewerblich negative Situationen, als dass aktive Gestaltung im Vordergrund stünde. Alle Regierungen (mit Ausnahme der ersten rot-grünen Koalition) legen bei einer notwendigen Abwägung beider Seiten den Schwerpunkt eher auf die Anforderungen der Unternehmen, als auf die Bedürfnisse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Veränderungen im Diskurs um soziale Sicherung und Arbeitsbeziehungen

Im Bereich soziale Sicherung und Arbeitsbeziehungen wirkt eine gesellschaftliche Logik durch die Verbindung der Deutungsmuster *Mitbestimmung*, *Soziale Marktwirtschaft*, *Freiheit in Verantwortung* und *Zukunftsgestaltung*, um für Unternehmen die Mitarbeiterbeteiligung und Mitbestimmung in der Wirtschaftsordnung zu verankern und zu legitimieren und deren Bedeutung für die Zukunft der Gesamtgesellschaft hervorzuheben.¹⁵¹⁴ Diese gesellschaftlichen Anliegen werden jedoch durch ökonomische Argumente untermauert. Eine unternehmerische Logik (zusammen mit einer gesellschaftlichen) wird vermittels des Deutungsmusters *Vereinbarkeit* und der Verbindung der Deutungsmuster *Wettbewerb als Selbstzweck* mit *Mitbestimmung* und *Lebensqualität* mit *Nachfragemacht* herangezogen, um Unternehmen die ökonomischen Vorteile von Mitbestimmung darzulegen. Die Verbindung der Deutungsmuster *Wettbewerbsfähigkeit* und *Wettbewerbsvorteil engagierte Fachkräfte* mit *Demografie* und *Rohstoff* verstärken dieses Verständnis vor dem Hintergrund des zunehmenden Fachkräftemangels. Die gesellschaftliche und die staatliche Logik wirken durch die Verbindung der Deutungsmuster *Gerechtigkeit* mit *Shadow of Hierarchy* und *Staat ist kein Wirtschaftsersatz*. Dies steht für die Sichtweise der Regierung, dass sie grundsätzlich nicht für die soziale Sicherung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Unternehmen zuständig ist. Geht es Unternehmen jedoch gut und sie versorgen ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeit-

¹⁵¹⁴ Vgl. Abschnitt Veränderungen in der Politik für soziale Sicherung und Arbeitsbeziehungen.

nehmer trotzdem nicht angemessen, sieht die Regierung langfristig doch eigenen Handlungsbedarf.

Die gesellschaftliche Logik transportiert in diesem Feld die grundsätzliche gesellschaftliche Rolle von Unternehmen, die in der Sozialen Marktwirtschaft eine Beteiligung ihrer Mitarbeiter beinhaltet. Allerdings ist dies auch im eigenen unternehmerischen Interesse, denn Unternehmen sind dadurch wettbewerbsfähiger. Diese Bedeutung vermittelt die unternehmerische Logik. Dass die Regierung unternehmerisches Verhalten ihren Mitarbeitern gegenüber nicht ausschließlich dem Belieben der Unternehmen überlässt, zeigt die staatliche Logik.

Auch in diesem Feld zeigt sich die Auswirkung des Fachkräftemangels als ökonomische Begründung für eine gestiegene Erwartung an Unternehmensengagement. Hier werden erneut die Deutungsmuster *Demografie* und *Rohstoff* herangezogen, um dies zu verdeutlichen. Konkret wird dies in der Verbindung von *Wettbewerb als Selbstzweck* mit *Mitbestimmung*, die den Zusammenhang zwischen Mitbestimmung und gesteigerter Wettbewerbsfähigkeit herstellt. Sollte dies Unternehmen langfristig nicht überzeugen, sieht die Regierung allerdings Handlungsbedarf. Diesen legitimiert sie durch die Verbindung von *Gerechtigkeit* mit *Shadow of Hierarchy* und *Staat ist kein Wirtschaftersatz*. Auch in diesem Fall wird ein Deutungsmuster aus der oberen Diskursebene eingesetzt, um eine Unternehmensverantwortung als gesellschaftliche Erwartung zu konstituieren.

8.3.16 Das Feld Steuern

Relevante Veränderungen in der Steuerpolitik

Die Gestaltung von unternehmensrelevanten Steuern wirkt auf Unternehmen auf verschiedene Art und kann deren Entscheidungen beeinflussen.¹⁵¹⁵ Im Extremfall kann sie zu einer Verlagerung der unternehmerischen Aktivitäten in eine steuerlich günstigere Umgebung führen.¹⁵¹⁶ Eine weniger radikale, aber für den staatlichen Haushalt eben-

¹⁵¹⁵ Vgl. Fuest/Becker (2006), S. 336.

¹⁵¹⁶ Vgl. Fuest/Becker (2006), S. 337f.

falls problematische, unternehmerische Reaktion stellt die Steuervermeidung oder -hinterziehung dar.¹⁵¹⁷ Die Kosten der Wiedervereinigung und die dadurch angestiegene Staatsverschuldung machten Steuerensenkungen zu Beginn des Untersuchungszeitraums schwierig.¹⁵¹⁸ Allerdings hatte die, durch die christlich-liberale Koalition unter Kohl bereits vorher durch die Einführung des Solidaritätszuschlags vorgenommene, Erhöhung der Unternehmensbesteuerung zu einer weiteren Verschlechterung der steuerlichen Wettbewerbsposition des Standortes Deutschland geführt.¹⁵¹⁹ Dies war für Unternehmen ein Anreiz für die oben beschriebenen Verhaltensweisen.¹⁵²⁰ Als Reaktion darauf folgte die Koalition dem internationalen Trend und senkte 1993 die Unternehmenssteuern, wenn auch nicht so weit, wie ursprünglich geplant.¹⁵²¹ Teile dieser Senkung wurden durch Wiedereinführung des zwischenzeitlich ausgesetzten Solidaritätszuschlags wieder ausgeglichen, die Situation Deutschlands im internationalen Steuerwettbewerb stellte sich negativ dar und die Unternehmenssteuereinnahmen gingen trotzdem zurück.¹⁵²² Die rot-grüne Koalition nahm mit ihrer Unternehmenssteuerreform, die die Bemessungsgrundlage erweiterte aber die Steuersätze reduzierte, eine weitreichende Reform vor.¹⁵²³ Davor hatte sie bereits eine kleinere Senkung der Unternehmenssteuern durchgesetzt.¹⁵²⁴ Dadurch konnte sie den Abstand in der steuerlichen Belastung im Vergleich zu anderen europäischen Ländern reduzieren.¹⁵²⁵ Allerdings wurde die Reform teilweise durch eine Reduzierung der Abschreibungsmöglichkeiten gegenfinanziert.¹⁵²⁶ In ihrer zweiten Legislaturperiode wurde sie, auch aufgrund der bereits durchgesetzten Maßnahmen,

¹⁵¹⁷ Vgl. Fuest/Becker (2006), S. 340.

¹⁵¹⁸ Vgl. Ganghof (2004), S. 72.

¹⁵¹⁹ Vgl. Ganghof (2004), S. 74.

¹⁵²⁰ Vgl. Ganghof (2004), S. 74.

¹⁵²¹ Vgl. Ganghof (2004), S. 73ff.

¹⁵²² Vgl. Egle (2009), S. 227; Ganghof (2004), S. 82.

¹⁵²³ Vgl. Egle (2009), S. 256; Fuest/Becker (2006), S. 347; Rixen (2015), S. 342.

¹⁵²⁴ Vgl. Egle (2009), S. 228; Ganghof (2004), S. 100.

¹⁵²⁵ Vgl. Fuest/Becker (2006), S. 348; Ganghof (2004), S. 117.

¹⁵²⁶ Vgl. Fuest/Becker (2006), S. 348.

nicht nennenswert im Bereich der Unternehmensbesteuerung tätig.¹⁵²⁷ Die Große Koalition beschloss 2008 eine erneute Steuerreform.¹⁵²⁸ In dieser wurden die Steuersätze wieder gesenkt, dies aber teilweise durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage und Maßnahmen gegen Steuervermeidung gegenfinanziert.¹⁵²⁹ Auch diese Reform stand vor dem Zwiespalt, einerseits im internationalen Steuerwettbewerb Verbesserungen zu erzielen, andererseits Unternehmen ausreichend an der Staatsfinanzierung zu beteiligen.¹⁵³⁰ Die Steuerpolitik der christlich-liberalen Koalition unter Merkel fiel im Verlauf der Finanz- und Wirtschaftskrise eher verhalten aus.¹⁵³¹ Mit ihrem Wachstumsbeschleunigungsgesetz nahm sie lediglich einige der belastenden Maßnahmen aus der Steuerreform von 2008 wieder zurück und entlastete die Unternehmen zusätzlich leicht.¹⁵³² Die Unternehmenssteuerpolitik der verschiedenen Regierungen spielte sich immer im Zwiespalt einer angespannten Haushaltslage und drohenden Steuerausfällen bei zu hohen Steuersätzen im internationalen Vergleich ab.

Veränderungen im Diskurs um Steuern

Im Feld der Steuern wirken eine staatliche Logik, über das Deutungsmuster *Staat ist kein Wirtschaftsersatz*, und eine gesellschaftliche, über das Deutungsmuster *Wachstum bedeutet Arbeitsplätze*. Beide Prozesse können als Reaktion auf die Ereignisse im Zuge der Wirtschaftskrise gesehen werden, die bisher selbstverständliche Verhaltensweisen von Unternehmen in Frage stellen. Das Deutungsmuster *Staat ist kein Wirtschaftsersatz* betont die bedeutende Rolle, die Unternehmen finanziell für das Funktionieren der deutschen Gesellschaft spielen. Im Zuge der Wirtschaftskrise wurde deutlich, dass insbesondere globale Unternehmen diese Rolle nicht immer verantwortungsvoll ausfüllen,¹⁵³³ so dass

¹⁵²⁷ Vgl. Wagschal (2007), S. 266.

¹⁵²⁸ Vgl. Becker/Fuest (2007), S. 41ff.; Grasl/König (2010), S. 220f.

¹⁵²⁹ Vgl. Becker/Fuest (2007), S. 41f.; Grasl/König (2010), S. 221.

¹⁵³⁰ Vgl. Becker/Fuest (2007), S. 39f.; Grasl/König (2010), S. 221.

¹⁵³¹ Vgl. Rixen (2015), S. 341.

¹⁵³² Vgl. Rixen (2015), S. 337.

¹⁵³³ Vgl. Abschnitt Veränderungen in der Steuerpolitik.

die Regierung es offensichtlich für notwendig erachtete, deren Bedeutung erneut zu betonen. Auch das Deutungsmuster *Wachstum bedeutet Arbeitsplätze* dient dem Hinweis, dass dies nicht mehr selbstverständlich, für die in Deutschland geltende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aber existenziell ist. Die Regierung kann dazu durch niedrige Steuern beitragen.

In diesem Feld zeigt sich erneut eine reziproke Abhängigkeit, die durch die Globalisierung schwächer geworden ist. Die Regierung ist auf die Steuerzahlungen der Unternehmen und ihrer Mitarbeiter angewiesen. Hier zeigt sich eine staatliche Logik, die einem funktionierenden Staatswesen eine große Bedeutung zumisst. Auf der anderen Seite führen niedrige Steuersätze zu mehr Wachstum und fördern dadurch das grundlegende Ziel von mehr Arbeitsplätzen. Dies wird durch eine gesellschaftliche Logik transportiert. Unternehmen haben jedoch die Möglichkeit, ihre Steuern legal zu optimieren, wodurch Deutschland Einnahmen entgehen.

In diesem Feld werden im Untersuchungszeitraum nur neue Deutungsmuster aus der Ebene des Diskurses über Unternehmensverantwortung eingeführt. Sie lassen sich, durch ihr erstmaliges Auftauchen im Diskurs in der ersten Regierungszeit Merkels allerdings in Verbindung mit dem Einsetzen der Finanz- und Wirtschaftskrise bringen. Hier zeigt sich der bspw. bereits im Feld Gesellschaftlicher Wohlstand festgestellte Effekt, dass bisher selbstverständliches Verhalten in Frage gestellt wurde. Daher wird es durch die Regierung erneut durch entsprechende Deutungsmuster explizit gemacht.

8.3.17 Das Feld Verbraucherschutz

Veränderungen in der Verbraucherschutzpolitik

Verbraucherschutzpolitik in Deutschland erreichte nach einer Phase größerer Aufmerksamkeit in den 70er Jahren erst im Zuge der BSE-Krise unter der rot-grünen Koalition wieder größere Bedeutung.¹⁵³⁴

¹⁵³⁴ Vgl. Baule (2012), S. 557; Janning (2004), S. 416ff.; Janning (2009), S. 148f.; Reisch (2002), S. 292.

Dieser gewachsenen Bedeutung wurde durch die Aufnahme des Verbraucherschutzes als Bestandteil einer Ministeriumsbezeichnung (Ministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft) Rechnung getragen.¹⁵³⁵ Außerdem wurden viele der vorher von verschiedenen Ministerien bearbeiteten Facetten der Verbraucherschutzpolitik im neuen Ministerium gebündelt.¹⁵³⁶ Im weiteren Verlauf der Regierungszeit veröffentlichte die Koalition noch einen Aktionsplan und einen Verbraucherpolitischen Bericht.¹⁵³⁷ Insbesondere der letztere betont die Bedeutung der Förderung des bewussten Konsums und einen damit durch den Konsumenten gesteuerten Verbraucherschutz.¹⁵³⁸ Dazu dient auch das bereits unter rot-grün entworfene Verbraucherinformationsgesetz,¹⁵³⁹ das allerdings erst unter der Großen Koalition beschlossen wurde.¹⁵⁴⁰ Dies steht für die Kontinuität des Leitbildes des mündigen Verbrauchers, das auch nach dem Regierungswechsel von Rot-Grün auf die Große Koalition Bestand hatte.¹⁵⁴¹ Im Bereich des Schutzes novellierte diese das Bundesdatenschutzgesetz geringfügig und setzte sich für mehr Verbraucherschutz im Bankwesen ein.¹⁵⁴² In Seehofers Ministerzeit in der Großen Koalition fielen einige Krisen im Bereich des Verbraucherschutzes im Feld der Lebensmittel, auf die er mit gemischtem Erfolg reagierte.¹⁵⁴³ Aigner musste in ihrer Amtszeit ebenfalls auf verschiedene Krisen reagieren bspw. in den Feldern Nahrungsmittel, Finanzdienstleistungen und moderne Medien mit Gesetzesnovellen für mehr Verbraucherschutz.¹⁵⁴⁴ Unter der christlich-liberalen Koalition wurde z.B. das Verbraucherinformationsgesetz novelliert.¹⁵⁴⁵ Im Untersuchungszeitraum ist, meist als Reaktion auf akute

¹⁵³⁵ Vgl. Janning (2004), S. 423; Reisch (2002), S. 292; Schwan (2009), S. 57.

¹⁵³⁶ Vgl. Baule (2012), S. 557; Janning (2004), S. 423; Reisch (2002), S. 292f.

¹⁵³⁷ Vgl. Schwan (2009), S. 59.

¹⁵³⁸ Vgl. Schwan (2009), S. 59f.

¹⁵³⁹ Vgl. Janning (2004), S. 425; Janning (2009), S. 150.

¹⁵⁴⁰ Vgl. Busch (2010), S. 415; Janning (2009), S. 150.

¹⁵⁴¹ Vgl. Baule (2012), S. 558; Schwan (2009), S. 60.

¹⁵⁴² Vgl. Busch (2010), S. 420; Baule (2012), S. 558.

¹⁵⁴³ Vgl. Weinacht (2015), S. 217.

¹⁵⁴⁴ Vgl. Oberreuter (2015), S. 63f.

¹⁵⁴⁵ Vgl. Baule (2012), S. 558.

Probleme, eine verstärkte Auseinandersetzung mit dem Verbraucherschutz und eine zusätzliche Regelung festzustellen.

Veränderungen im Diskurs um Verbraucherschutz

Im Bereich des Verbraucherschutzes zeigt das Aufkommen des Deutungsmusters *Nachfragemacht* die Zunahme einer ökonomischen Logik. Hier lässt sich die Anwendung dieser Logik mit Hilfe eines Deutungsmusters als Reaktion auf die Veränderungen in der Produktion von Gütern und die zunehmende Virtualisierung des Konsums sehen.¹⁵⁴⁶ Dies schränkt die regulativen Einflussmöglichkeiten der Regierung ein,¹⁵⁴⁷ die daher, unter Rückgriff auf eine ökonomische Logik, die Einflussmöglichkeiten der Konsumenten selbst für höhere Standards stärkt und hervorhebt.¹⁵⁴⁸ Ebenso zeigt die Verbindung der gesellschaftlichen und staatlichen Logik durch die Kombination von *Transparenz*, *Sicherheit* und *guter staatlicher Marktgestaltung* die Bedeutung der Regierung sowohl zum Schutz von Konsumenten als auch von Unternehmen. Die Regierung kann Unternehmen vor Produktpiraterie und Cyberangriffen schützen, die auch Konsumenten treffen würden. Gleichzeitig dienen durch die Regierung bestätigte Siegel sowohl einer besseren Information als auch einer gesteigerten Sicherheit von Verbrauchern. Unternehmen können diese jedoch als Wettbewerbsvorteil einsetzen.

Generell besteht eine etwas verringerte Handlungsfähigkeit der Regierung im klassischen Verbraucherschutz. Dafür kann sie durch die Vergabe von Siegeln sowohl mehr Verantwortung für die Verbraucher schaffen, als auch Unternehmen einen Anreiz setzen, hohe Standards einzuhalten. Diese Rolle wird durch die staatliche Logik transportiert. Die gesellschaftliche Logik zeigt das Interesse der Gesellschaft an sicheren Produkten und Dienstleistungen. Dass dies langfristig auch im Interesse der Unternehmen liegt, zeigt die unternehmerische Logik.

Das Aufkommen des Deutungsmusters *Nachfragemacht* aus dem allgemeineren Wirtschaftsdiskurs in diesem Feld konstituiert auch hier ein

¹⁵⁴⁶ Vgl. Janning (2009), S. 132f.; Schwan (2009), S. 13f.

¹⁵⁴⁷ Vgl. Janning (2009), S. 133.

¹⁵⁴⁸ Vgl. Abschnitt Veränderungen in der Verbraucherschutzpolitik.

unternehmerisches Eigeninteresse an verantwortungsvollem Verhalten. Dies wird dadurch möglich, dass durch mehr Transparenz der Anbieter Konsumenten selbst entscheiden können, welche Standards sie durch ihren Kauf unterstützen möchten. Hier kommt bei der Rolle der Regierung die Unterstützung von Unternehmen für mehr Transparenz zu der der reinen Kontrolleurin von Standards hinzu.

8.3.18 Schlussfolgerungen aus den Feldveränderungen

Schlussfolgerungen aus den in der Sekundärliteratur festgestellten Veränderungen

Die 17 untersuchten Politikfelder weisen einige Unterschiede aber auch Gemeinsamkeiten auf. Es kann allerdings keine durchgehende Deregulierung, die eine implizite, aber verpflichtende Erwartung an Unternehmen durch eine explizite, aber freiwillige Erwartung ersetzt hätte, festgestellt werden. Die Politik der Regierungen nimmt in den meisten Fällen Rücksicht auf die Belange der Unternehmen, da sie deren Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland anerkennt. Sie fördert erwünschtes Verhalten, geht aber gegen negative Verhaltensweisen wie im Verbraucherschutz vor. Sie greift dabei jedoch nicht nur auf Verbote, sondern auch auf Anreize wie in der Klima- und Umweltschutzpolitik zurück. Sie setzt damit eindeutiger auf den Business Case verantwortlichen Verhaltens, den sie dadurch selbst fördert. Dies stellt sich jedoch eher als eine evolutionäre denn als eine revolutionäre Entwicklung dar. Gleichbleibend scheint dagegen die Berücksichtigung wirtschaftlicher Zwänge auch im Regierungshandeln zu sein. Diese Entwicklung spiegelt sich in den Erkenntnissen aus den Veränderungen im Diskurs, wie der folgende Abschnitt zeigt.

Schlussfolgerungen aus den Veränderungen in den Diskursen

Zusammenfassend lassen sich folgende Veränderungen in den Erwartungen der Regierung gegenüber den Unternehmen feststellen:

- Verstärkte Schaffung neuer Arbeitsplätze und Beteiligung am Abbau der Arbeitslosigkeit;
- verstärkte Investitionen in Bildung und Ausbildungsplätze;

- mehr philanthropisches Engagement (z. B. durch den Einsatz der eigenen Mitarbeiter) in wirtschaftlich guten Zeiten;
- Ausbau der eigenständigen Bereitstellung von Kinderbetreuungseinrichtungen;
- verstärkte Beschäftigung von Menschen mit Behinderung, Eltern, Frauen und Langzeitarbeitslosen (wobei Arbeitsuchende auch in mehrere dieser Kategorien fallen können) und dadurch Entlastung des Staatshaushaltes so wie Schaffung neuer Staatseinnahmen;
- die längere Beschäftigung älterer Menschen;
- bessere Karrierechancen für Frauen und Eltern;
- eine wieder langfristige und an der Mehrung des gesellschaftlichen Wohlstands ausgerichtete Unternehmensführung;
- gleiche Lebensverhältnisse hinsichtlich des Zugangs zu moderner Informations- und Kommunikationsinfrastruktur;
- globaler ausgerichtetes Engagement deutscher Unternehmen im Ausland;
- mehr zielgerichtete und produktorientierte Innovationsinvestitionen, um ihren Beitrag zum Ausgabenziel zu leisten;
- Innovation ressourcensparender und klimaschonender Energieerzeugung, Produktionsprozesse und Produkte;
- mehr finanzielle Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie eine modernere Version der Mitbestimmung;
- finanzieller Beitrag für das Gemeinwesen auch von multinationalen Unternehmen;
- höhere Standards im Verbraucherschutz.

Dabei ist festzuhalten, dass die Veränderungen, was die zugrundeliegende Untersuchungsperiode betrifft, eher gering ausfallen. Es handelt sich nicht um revolutionär neue Verantwortungsfelder, sondern eher um evolutionäre Erweiterungen bereits bestehender Erwartungshaltungen. Insofern besteht hier eine Übereinstimmung mit den Erkenntnissen aus der Darstellung des Diskurskontexts. Dies zeigt auch, dass

durch Regierungswechsel keine revolutionären Veränderungen erfolgt sind.¹⁵⁴⁹

Der Fachkräftemangel als ökonomische Sicht auf den gesellschaftlichen Prozess der demografischen Veränderungen mit den verbundenen Deutungsmustern *Demografie*, *Rohstoff* und *Markt* ist ein sehr prominentes Beispiel für den Einfluss der ökonomischen Logik auf Bereiche, die in Unternehmen den Umgang mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern tangieren.

Die Veränderungen stehen in den meisten Fällen in Verbindung mit externen Ereignissen (wirtschaftliche Lage, Globalisierung, technologischer Fortschritt, Ressourcenknappheit, Fachkräftemangel und Klimawandel). Aus diesen Ereignissen erwachsen Unternehmen ökonomische Zwänge oder Vorteile, die das von der Regierung gewünschte Verhalten auch für die Unternehmen ökonomisch vorteilhaft erscheinen lassen. Ist dies nicht der Fall, wird die Regierung unterstützend tätig, setzt Anreize und schafft auf diese Weise selbst einen ökonomischen Anreiz für Unternehmen, ihr Verhalten den Wünschen der Regierung anzupassen. Dies kann entweder zu zusätzlichen Erwartungen oder gestiegenen Erwartungen der Regierung führen wie bspw. im Bereich der Infrastruktur, in dem die Privatisierung Handlungsmöglichkeiten verlagert hat oder im Bereich der Arbeitsplätze, in dem der zunehmende Fachkräftemangel es der Regierung ermöglicht, von Unternehmen die Einstellung von mehr Langzeitarbeitslosen zu fordern. Oder es verleiht bisherigen Erwartungen der Regierung zusätzliche Bedeutung, wie bspw. bei mehr Ressourceneffizienz. Die Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt, im Bereich des Kündigungsschutzes und der Zeitverträge,¹⁵⁵⁰ kann ebenfalls als Anreiz gesehen werden. In der Folge wurde nicht in diesen Bereichen mehr Engagement erwartet, sondern in der Schaffung neuer Arbeitsplätze, was durch die Deregulierung erleichtert werden sollte. Damit findet eine Ausweitung der Verantwortung von der

¹⁵⁴⁹ Anders als bspw. in der CSR-Politik in Dänemark, vgl. Vallentin (2015), S. 39.

¹⁵⁵⁰ Vgl. Abschnitt 8.3.1.

für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu einer verstärkten für Arbeitslose statt. Diese wird allerdings durch eine Reduktion der gesetzlichen Verantwortung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gefördert.

Einen Sonderfall stellen die Veränderungen in der Folge der Weltwirtschaftskrise dar. Insbesondere in den Interpretationsrepertoires von gesellschaftlichem Wohlstand und CSR führt dieser externe Schock zu einer Betonung vorher bei deutschen Unternehmen eher selbstverständlicher Verhaltensweisen wie einer langfristigen Orientierung oder der Nutzung von Freiheit in Verantwortung, die eng mit der Sozialen Marktwirtschaft verbunden ist. Auch in diesen Fällen werden die Ereignisse der Wirtschaftskrise von der Regierung als Beleg verwendet, dass sich ein entsprechendes Verhalten auch für die Unternehmen vorteilhaft auswirkt. In beiden Fällen handelt es sich jedoch höchst selten um neue Erwartungen sondern eher um das Wiederaufnehmen oder Verstärken bereits vorher vorhandener Erwartungshaltungen.

Aus diesen Entwicklungen lassen sich zwei Schlüsse ziehen, die für die Entwicklung der Erwartungen der Bundesregierung an Unternehmensverantwortung große Bedeutung haben:

Einerseits kann eine veränderte Erwartungshaltung der Regierung Unternehmen gegenüber aus einem homannschen Verständnis von Unternehmensethik resultieren.¹⁵⁵¹ Unternehmen verhalten sich den Wünschen der Regierung entsprechend, wenn für sie ein ökonomischer Anreiz besteht, sich dementsprechend zu verhalten. Nur wenn dieser Anreiz nicht aus dem Wettbewerb selbst entsteht, muss er durch eine entsprechende Gestaltung der Rahmenbedingungen geschaffen werden. Das bedeutet für die Politik der Regierung, in Abgrenzung zum Konzept der expliziten CSR, dass Verantwortung nicht daher freiwillig ist, weil sie einen Ersatz für vorher deregulierte Bereiche darstellt.¹⁵⁵² Vielmehr

¹⁵⁵¹ Dank geht an Georg Trautnitz für diesen Hinweis; vgl. Abschnitt 2.2.4 für eine Darstellung von Homanns Konzept.

¹⁵⁵² Es wäre auch möglich, dass die Regierung dereguliert, weil sie aufgrund bestehender ökonomischer Anreize keine Notwendigkeit mehr für eine regulatorische Regelung

kann verantwortungsvolles Verhalten von Unternehmen durchaus dann freiwillig erfolgen, wenn die Regierung für Unternehmen eine ökonomische Begründung sieht, sich entsprechend zu verhalten und daher zusätzliche Regulierung – vorerst – für nicht notwendig oder nicht möglich erachtet. Gute Beispiele dafür sind die sehr explizit formulierten Erwartungen der Regierung hinsichtlich der Schaffung von Arbeitsplätzen und technologischen Innovationen. Beide Bereiche sind für die Regierung und die Gesellschaft von zentraler Bedeutung, eine rechtliche Regulierung für mehr Engagement wäre jedoch kaum sinnvoll. Dass diese Erwartungen von der Regierung über den gesamten Untersuchungszeitraum explizit formuliert wurden, widerspricht der Annahme Mattens und Moons, dass in Deutschland lange Zeit starke implizite Erwartungen existierten, die für einzelne Unternehmen keinen Anreiz setzten, die Erfüllung dieser Erwartungen als besondere Leistung explizit nach außen zu tragen. Eine Zunahme in der Verwendung des CSR-Begriffs allgemein ist in diesem Fall nicht mit einer Zunahme explizit gemachter Erwartungen an Unternehmen verbunden.

Auch die Annahme, dass implizit in der Gesellschaft geteilte Normen und Werte für Unternehmen keinen Anreiz liefern, sich für ihre Einhaltung zu engagieren, kann durch die gewonnenen Erkenntnisse so nicht gestützt werden. Denn der Einsatz von Anreizstrukturen durch die Regierung kann durchaus als beruhend auf gesellschaftlichen Werten, Normen und Regeln gesehen werden. Er dürfte auch den gesellschaftlichen Konsens über die Rolle von Unternehmen in der Gesellschaft widerspiegeln. Anreizstrukturen dienen aber dazu, Unternehmen Anreize zu setzen. Darüber hinaus können Unternehmen eine Reaktion auf Anreize trotzdem als verantwortungsvolles Verhalten explizit nach außen tragen. Insofern zeigt sich hier erneut, dass die Unterscheidung in explizit und implizit nicht ganz trennscharf ist. Anreizstrukturen werden bspw. dann gesetzt, wenn Unternehmen den gesellschaftlichen

sieht. Allerdings waren Deregulierungen nur im Bereich des Arbeitsmarktes bzw. der Senioren Bestandteil des Diskurses. Diese dienten explizit dem Setzen eines Anreizes für mehr Unternehmensverantwortung und sollten nicht durch diese ersetzt werden.

Normen und Werten nicht gerecht werden. Dies ist wiederum kohärent mit den Annahmen institutionalistischer Theorien.

Es können demnach, wie es die institutionalistische Theorie vorsieht, vorher selbstverständliche – also implizite – Erwartungen dann wieder durch die Regierung aufgegriffen werden, wenn das entsprechende Verhalten durch ein externes Ereignis wie eine Wirtschaftskrise delegitimiert wurde oder seine Legitimität fraglich geworden ist. Die Explizitheit resultiert daher nicht aus einer Deregulierung, sondern aus gesellschaftlichen Entwicklungen, die eine explizite Reaktion der Regierung notwendig erscheinen lassen. Hier wird noch einmal deutlich, dass es keine klare Trennung zwischen expliziter und impliziter CSR gibt. Denn die gewünschten Verhaltensweisen beruhen auf einem gesellschaftlichen Konsens. Dafür spricht, dass sie lange Zeit als selbstverständlich galten. Deren Einhaltung kann durch Unternehmen aber durchaus explizit nach außen getragen werden. Auch die auf diese Weise wieder aufgegriffenen Erwartungen werden durch eine ökonomische Begründung unterlegt, was sich durch einen Rückgriff auf die unternehmerische Logik gezeigt hat.

Durch exogene Schocks ausgelöste Veränderungen können durchaus in verbundenen Feldern zu Veränderungen führen. Dieser Prozess ist auch für Unternehmen von Interesse. Es konnte festgestellt werden, dass die Erwartungen der Regierung an Unternehmen in unterschiedlichen Feldern angesiedelt sind. Veränderungen in Feldern, die für ein spezifisches Unternehmen nicht direkt von Interesse sind, können durch Verbindungen, die für die Regierung zu für das betreffende Unternehmen relevanten Feldern bestehen, durchaus auch in diesen relevanten Feldern zu Veränderungen führen. Ein Beispiel dafür kann die Betonung einer langfristigen Ausrichtung sein, die von dem Bereich des Klima- und Umweltschutzes (bspw. für Dienstleistungsunternehmen eher weniger relevant) auf die Bereiche Ausbildungsplätze, CSR und Gesellschaftlicher Wohlstand (auch für Dienstleistungsunternehmen relevant) ausgedehnt wurde.

Zudem konnte durch die Zuordnung der Deutungsmuster zu unterschiedlichen Diskursebenen festgestellt werden, dass in den meisten Feldern Deutungsmuster aus verschiedenen Ebenen verwandt wurden.¹⁵⁵³ Dabei spiegelten die Deutungsmuster höherer Ebenen die oben bereits festgestellten, für das Feld externen, Veränderungen wider. Dies gilt bspw. für die Deutungsmuster *Demografie* und *Globalisierung*. Durch die Verbindung dieser Deutungsmuster mit den Deutungsmustern spezifisch aus dem Diskurs über Unternehmensverantwortung (bspw. *Arbeitsplätze als wertvolles Gut*), wurde auch in diesem Diskurs eine Veränderung ausgelöst. Beispielsweise durch die Verbindung von *Demografie* und *Arbeitsplätze als wertvolles Gut* wird die Einstellung von Fachkräften als langfristig ökonomisch sinnvoll konstruiert. Daher erscheint es logisch anzunehmen, dass die Verbindung von Deutungsmustern, von denen eines aus einem Diskurs stammt, in dem Veränderungen bereits thematisiert wurden, auch zu Veränderungen in dem Diskurs führen kann, in den sie importiert wurden. Damit lassen sich die theoretischen Annahmen der institutionellen Logik-Perspektive zu Veränderungsprozessen ebenfalls im Rahmen der Wissenssoziologischen Diskursanalyse anwenden. Dieser Prozess wird insbesondere bei der Anwendung der Deutungsmuster *Demografie* und *Globalisierung* deutlich.

Im Rahmen der Finanz- und Wirtschaftskrise ist gut zu beobachten, wie veränderte Praktiken der Unternehmen im Feld, wie bspw. die Vernachlässigung einer langfristigen Orientierung, durch Deutungsmuster aus den oberen Ebenen erklärt werden. Allerdings wird in diesem Prozess auch deutlich, dass die Deutungsmuster nicht nur der Erklärung bspw. des eigenen Verhaltens der Regierung wie bei *Zentralität des Staates für das Funktionieren der Wirtschaft*, sondern auch der Bestärkung der nicht mehr fraglos angewendeten Praktiken bei Unternehmen dienen. Die

¹⁵⁵³ In den meisten Fällen aus allen drei Ebenen. Ausnahmen stellen die Felder Bildung und Infrastruktur (keine Deutungsmuster aus Unternehmensverantwortung), Innovation und Internationales Engagement (keine Deutungsmuster aus dem Wirtschaftsdiskurs), Inklusion und Verbraucherschutz (nur Deutungsmuster aus dem Wirtschaftsdiskurs) sowie Steuern (nur Deutungsmuster aus Unternehmensverantwortung) dar.

Regierung verwendet Deutungsmuster, wie bspw. die *Soziale Marktwirtschaft*, aus dem gesamtgesellschaftlichen Diskurs, um im Diskurs um verantwortungsvolles Verhalten die bisher akzeptierten Verhaltensmuster, die bspw. im Deutungsmuster *Freiheit in Verantwortung* zum Tragen kommen, wieder zu stärken. Dieses Verhalten kann als Versuch interpretiert werden, Wandel im institutionellen Feld, der sich auch auf darüberliegende Ebenen auswirken könnte, zu verhindern. Die oberen Diskursebenen ermöglichen der Regierung dabei den Rückgriff auf Deutungsmuster, die sie bei diesem Vorhaben einsetzen kann. Diese Art von Akteurshandeln lässt sich sinnvoll im Rahmen der verwandten Theorien denken.

Die Bedeutung unternehmerischer Logik in der Argumentation für mehr Unternehmensverantwortung zeigt sich auch in der Verwendung von Deutungsmustern, die dieser Logik zugeordnet werden können. Um dies besser veranschaulichen zu können, werden die im Veränderungsprozess verwandten Deutungsmuster sowohl den Logiken zugeordnet, die sie transportieren als auch der Diskursebene, der sie sich zuordnen lassen (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: In den Veränderungsprozessen eingesetzte Deutungsmuster nach Logik und Diskursebene¹⁵⁵⁴

Diskursebene Logik	Gesamtgesellschaftlicher Diskurs	Wirtschaftsdiskurs	Diskurs über Unternehmensverantwortung
Staat	Globalisierung Soziale Marktwirtschaft	Gute staatliche Marktgestaltung Zentralität des Staates für das Funktionieren der Wirtschaft	Arbeitslosigkeit als finanzielle Belastung für den Staat Corporate Citizenship Global Governance Shadow of Hierarchy Staat ist kein Wirtschaftsersatz
Gesellschaft	Ausstieg/Einstieg Energie	Arbeitslosigkeit als Naturphänomen	Arbeit als erstes Lebensbedürfnis

¹⁵⁵⁴ Eigene Darstellung.

	Energie als notwendige Voraussetzung Fortbewegung Freiwilligkeit Frieden Gerechtigkeit Gleiche Lebensverhältnisse Kampf Kinderbetreuung Krise Lebensqualität Müll Schonung Sicherheit Soziale Marktwirtschaft Umweltschutz Unvereinbarkeit Verantwortung Zukunftsgestaltung	men Arbeitsuchende Beschäftigung	Arbeitsplätze als wertvolles Gut Freiheit in Verantwortung Global Governance Karriere ist Selbstverwirklichung Mitbestimmung Outsider zu Insidern machen Political CSR Teil eines Ganzen Transparenz Unabdingbarkeit des Finanzsektors Wachstum bedeutet Arbeitsplätze
Unternehmen	Akteur Unternehmen Demografie Effizienz Flexibilität Globalisierung Homo oeconomicus Investitionen Klimawandel Lebensqualität Potenzial Vereinbarkeit Wettbewerb als Selbstzweck Wettbewerbsfähigkeit Zuwanderung	Inhärent gutes Wirtschaften Kosten senken Markt Nachfragemacht Rohstoff Wettbewerbsvorteil engagierte Fachkräfte	Corporate Citizenship Der Kuchen muß größer werden Mitbestimmung Staat ist kein Wirtschaftsersatz
Familie	Familie		
Innovation	Fortschritt		
Klima- und Umweltschutz	Emissionen Entkopplung Klimawandel Langfristorientierung Nachhaltigkeit Zeitknappheit im Umweltschutz		
Religion	Schöpfung		

In der Tabelle wird ersichtlich, dass von den Deutungsmustern, die spezifisch für Veränderungen im Diskurs über Unternehmensverantwortung sind, ein größerer Teil die staatliche und gesellschaftliche als die unternehmerische Logik transportieren. Dafür werden insgesamt viele Deutungsmuster, die einer unternehmerischen Logik zugeordnet werden können, verwandt. Dies könnte dafür sprechen, dass die Regierung bei der Argumentation für mehr Unternehmensverantwortung eine unternehmerische Logik aus höheren Diskursebenen (der gesellschaftsweiten und der des Wirtschaftsdiskurses) mit einer gesellschaftlichen und staatlichen Logik aus dem Diskurs über Unternehmensverantwortung verbindet. Diese beiden Logiken dürften für sie als staatliche, gesellschaftlich legitimierte Akteurin noch bedeutender sein als die unternehmerische Logik.

Die Prominenz der Deutungsmuster einer unternehmerischen Logik auf der oberen, gesellschaftlichen Diskursebene könnte ebenfalls ein Zeichen für eine zunehmende Ökonomisierung der Gesellschaft sein. Die Deutungsmuster, die die Logik aus den Feldern Familie, Innovation, Klima- und Umweltschutz und Religion transportieren, sind auf der oberen, gesellschaftlichen Diskursebene zu finden. Das könnte dafür sprechen, dass sich Aspekte dieser Logiken über ihre Deutungsmuster bereits auf der gesellschaftlichen Diskursebene durchgesetzt haben.

Überdies wird in der Tabelle deutlich, dass dieselben Deutungsmuster Logiken verschiedener Felder transportieren können. Das Deutungsmuster *Lebensqualität* bspw. kann sowohl die unternehmerische als auch die gesellschaftliche Logik transportieren. Daran zeigt sich die Nähe der verschiedenen Felder zueinander bzw. ihre Nähe zum unternehmerischen Feld. Denn auf diese Weise stehen der Regierung als Akteurin Deutungsmuster verschiedener Felder zur Verfügung, um Bestandteile von Logiken aus einem Feld in ein anderes Feld zu übertragen. Somit können Veränderungen im Feld Unternehmensverantwortung durch die Übertragung von Logiken mithilfe von Deutungsmustern ausgelöst werden.

Damit konnte ein Mechanismus identifiziert werden, wie Veränderungen im Feld Unternehmensverantwortung ausgelöst werden und wie sich der Veränderungsprozess abspielt. Auf diese Weise lässt sich die entsprechende Forschungsfrage beantworten. Ob die festgestellten Veränderungen bedeutend genug waren, um Veränderungsprozesse in der Identität der Bundesregierung auszulösen, wird im nächsten Abschnitt geklärt.

8.3.19 Schlussfolgerungen aus den Veränderungen der Identitätskonstruktion

Hinsichtlich der Identität der Bundesregierung lassen sich in der Zusammenfassung folgende Veränderungen feststellen:

In Bezug auf Probleme globalen Ausmaßes (Klima- und Umweltschutz, Wirtschaftskrise) stellt die Regierung für sich selbst eine beschränkte Handlungsfähigkeit fest. Das bedeutet jedoch nicht, dass sie Unternehmen schlicht Aufgaben übertragen würde, die sie zuvor selbst ausgeführt hat. Vielmehr setzt sie auf globale Lösungen in Zusammenarbeit mit anderen Staaten, bei deren Gestaltung Unternehmen, wie im nationalstaatlichen Rahmen auch, eingebunden werden, wenn sie von den Entwicklungen betroffen wären oder einen sinnvollen Beitrag leisten können. Hier zeigt sich, dass die Politikwissenschaft mit ihren Erkenntnissen zu globalen Kooperationen näher an der Selbstwahrnehmung der Regierung liegt als die bisherigen Arbeiten zu der Rolle von Regierungen aus dem Gebiet der Unternehmensverantwortung.¹⁵⁵⁵

In Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Lage kann die Regierung Unternehmen gegenüber zusätzliche oder geringere Erwartungen zum Ausdruck bringen. Ist die wirtschaftliche Situation gut, lassen sich erwünschte Handlungsweisen leichter als im Interesse der Unternehmen liegend darstellen. Für die Regierung als Mahnerin wird es realistischer zu erwarten, dass die Unternehmen ihren Mahnungen folgen. Hier

¹⁵⁵⁵ Vgl. Hajduk/Schwindenhammer (2015), S. 398; Abschnitt 2.2.3.

kann allerdings nicht von einer grundlegenden Veränderung, sondern nur von einer Anpassung des eigenen Verhaltens an die Umweltbedingungen gesprochen werden.

Die Deregulierungen, Re-Regulierungen und neuen Regulierungen (bspw. auf dem Arbeitsmarkt, bei der Infrastruktur und im Klima- und Umweltschutz), die im untersuchten Diskurs thematisiert wurden, waren nicht Ausdruck einer veränderten Eigenkonstruktion. Vielmehr waren sie entweder parteipolitisch motiviert (bspw. die Energiewende unter Rot-Grün) oder dienten, im Rahmen der bestehenden, identitätskonformen Verhaltensweisen, der Gestaltung der Rahmenbedingungen für allgemeinwohlfördernde Verhaltensweisen der Unternehmen.

Die Veränderungen in den Erwartungen an die Unternehmen und den Verhaltensweisen der Regierung waren offensichtlich nicht umfassend genug, um zu nennenswerten Veränderungen der Identitätskonstruktion der Regierung zu führen.¹⁵⁵⁶ Sie sieht sich demnach, trotz aller wissenschaftlichen Überlegungen zu einer Zunahme von Governance im Gegensatz zu Government,¹⁵⁵⁷ nicht als veraltete und zurückweichende Gestalterin. In den grundlegendsten Verantwortungsfeldern (Wohlstand, Arbeitsplätze, Innovation) hatte die Regierung in Deutschland ohnehin kaum je die Möglichkeit, Unternehmen regulativ zu mehr Engagement zu zwingen. In dieser Hinsicht ist ihre Handlungsfähigkeit also weder durch die zunehmende Globalisierung noch durch Deregulierung verringert worden. Auch die Rolle als wirtschaftliche Akteurin ist über den gesamten Untersuchungszeitraum feststellbar. Die Arbeiten, die darin ein Resultat der Verbreitung des New Public Management Konzeptes sehen, verkennen jedoch, dass die Diskussion über dieses Konzept in Deutschland erst zu Beginn der 1990er stärker debattiert wurde.¹⁵⁵⁸ Damit liegt das Selbstverständnis der Regierung als wirt-

¹⁵⁵⁶ Vgl. Abschnitt 4.2.6.

¹⁵⁵⁷ Vgl. bspw. die Beiträge in Pies/Koslowski (2011).

¹⁵⁵⁸ Vgl. Wollmann (2000), S. 715.

schaftliche Akteurin bereits vor, als die Diskussion über das Konzept erst beginnt.

Die Regierung setzt nach wie vor die Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns, wobei sie durchaus wirtschaftliche Anreize verwendet, wenn sie diese Vorgehensweise für erfolgversprechender als gesetzliche Vorschriften hält. Dabei reagiert sie auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Deren einschränkende Wirkung auf ihre Handlungsspielräume erkennt sie an, nutzt ein vorteilhaftes Umfeld aber auch für verstärktes Werben für zunehmendes Engagement. Somit könnte eine zunehmende Explizitheit von Erwartungen auch auf ein positives wirtschaftliches Umfeld zurückzuführen sein. Auch hinsichtlich ihrer Rolle zur Setzung gesellschaftlicher Ziele hat sich für die Regierung nicht viel geändert. Sie schreibt diese zwar nicht regulatorisch fest, durch ihre einflussreiche Rolle in der Gesellschaft kann sie allerdings dadurch freiwilligen Tätigkeiten von Unternehmen eine Richtung geben. Insofern stellt Deutschland in dieser Hinsicht ein typisches Beispiel für eine koordinierte Marktwirtschaft dar.¹⁵⁵⁹

Aus der Selbstkonstruktion der Bundesregierung ist ebenfalls deutlich geworden, dass sie Unternehmen nicht als unabhängig von nationalen Regierungen, da grundsätzlich international mobil, betrachtet. Vielmehr sieht sie eine reziproke Abhängigkeit. Unternehmen mögen für die Erreichung der gesamtgesellschaftlichen Ziele notwendig sein. Das Setzen dieser Ziele und die Schaffung der Rahmenbedingungen für die Zielerreichung liegen jedoch auch am Ende des Untersuchungszeitraums noch im Verantwortungsbereich der Bundesregierung. Daher kann nicht davon ausgegangen werden, dass sich die Beziehung zwischen Unternehmen und deutscher Bundesregierung aus der Sicht letzterer nachhaltig in Richtung einer geringeren Bedeutung der Bundesregierung für die Erfüllung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben verändert hätte. Dadurch können Unternehmen jedoch nicht darauf hoffen, allein aufgrund ihrer Eigenschaft als Unternehmen als positiv

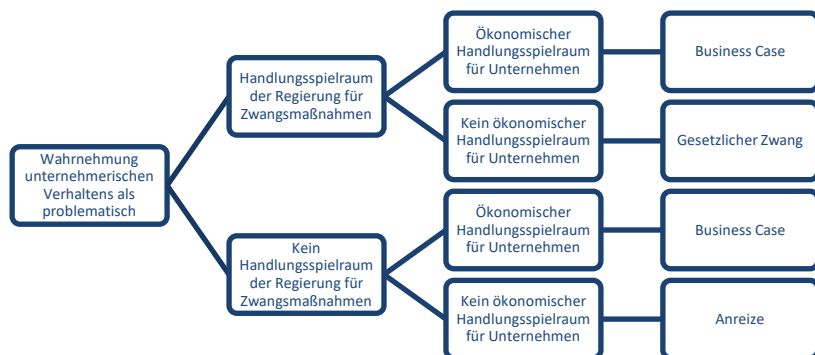
¹⁵⁵⁹ Vgl. Matten/Moon (2008), S. 407f.

wahrgenommen zu werden. Durch die Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007 scheint allerdings auch keine gegenteilige Entwicklung ausgelöst worden zu sein, die für Unternehmen eine grundsätzlich delegitierte Position bedeutet hätte.

Die gegenseitige Abhängigkeit zeigt auch, dass die Regierung von allen Unternehmen eine unterstützende Rolle für die Erreichung der gesamtgesellschaftlichen Ziele erwartete. In dieser Hinsicht hat sich die Beziehung zwischen Regierung und Unternehmen aus der Sicht ersterer im Untersuchungszeitraum ebenfalls nicht geändert. Die konkrete Ausgestaltung dieser Unterstützung in den verschiedenen Verantwortungsbereichen wird von der Regierung jedoch nach wie vor thematisiert. Sie ist demnach noch nicht in einem Maße institutionalisiert, dass die Regierung sie für selbstverständlich halten würde. Die Übernahme von Verantwortung in einem dieser Bereiche dient daher Unternehmen nicht nur der Bewahrung von Legitimität. Dies gilt jedoch für alle oben behandelten Bereiche, nicht nur für die klassisch unter freiwilliger CSR verstandenen. Für Unternehmen bedeutet dies, dass auch in klassisch als implizit verstandenen Bereichen zusätzlich ein Anreiz für verantwortungsvolles Verhalten besteht. Denn sie können dadurch hoffen, ihre Legitimität aus Sicht der Regierung zu steigern. Allerdings gilt dies über den gesamten Untersuchungszeitraum. In Deutschland lässt sich in dieser Hinsicht keine Veränderung feststellen.

Entscheidend für den Einfluss ökonomischer Anreize auf den Diskurs und die Erwartungen der Regierung ist, nach den Annahmen der institutionalistischen Theorie, die Art und Weise, wie die Regierung die exogenen Veränderungen wahrnimmt und mit der Hilfe von Deutungsmustern für sich verständlich macht. Außerdem scheint sowohl die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit als auch die der rechtlichen Regulierungsmöglichkeit durch die Regierung eine Rolle zu spielen (vgl. Abbildung 17).

Abbildung 17: Handlungsmöglichkeiten der Regierung in Abhängigkeit von ihrem sowie vom Handlungsspielraum der Unternehmen¹⁵⁶⁰



In Abhängigkeit dieser drei Faktoren lassen sich Annahmen formulieren, wie die Regierung auf eine Veränderung in der Wahrnehmung von Unternehmensverhalten reagieren könnte. Hieran zeigt sich die gegenseitige Beeinflussung von Wahrnehmung, Ressourcenumfeld, Praktiken und Eigenkonstruktion. Nimmt die Regierung das Verhalten der Unternehmen als problematisch war, sieht sie für sich selbst die Notwendigkeit zu handeln. Abhängig davon, ob der betreffende Bereich durch Zwang zu regulieren ist (bspw. Schadstoffobergrenzen) und ob die Unternehmen ohne diesen Zwang oder entsprechende Anreize im Wettbewerb unzumutbar belastet werden, stehen der Regierung die Handlungsmöglichkeiten der gesetzlichen Regelung, der Anreizsetzung oder der bloße Hinweis auf den Business Case „verantwortungsvolles Verhalten“ zur Verfügung. Bei der Wahrnehmung, ob ein Bereich regulierbar ist und ob Unternehmen durch Regulierung wirtschaftlich belastet werden, kommt Deutungsmustern eine bedeutende Rolle zu. Dies zeigt sich bspw. an dem Einsatz des Deutungsmusters *Global Governance*, das für die Möglichkeit der Schaffung globaler Normen steht, oder des Deutungsmusters *Wettbewerbsvorteil engagierte Fachkräfte*, das in Verbindung mit dem Deutungsmuster *Demografie* auf die drohenden Probleme des

¹⁵⁶⁰ Eigene Darstellung.

Fachkräftemangels für Unternehmen hinweist. Lassen sich globale Normen schaffen, besteht ein gewisser Handlungsspielraum für die Regierung, auf Unternehmen verpflichtend einzuwirken. Der Fachkräftemangel schafft Handlungsspielraum für Unternehmen, da Fachkräfte als Wettbewerbsvorteil gesehen werden können, für deren Einstellung oder Erhalt damit ökonomische Gründe sprechen. Die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze oder deren Erhalt auch bei schlechter Auftragslage wäre demnach ein Wettbewerbsvorteil und kein Wettbewerbsnachteil mehr. Denn verbessert sich die Auftragslage wieder, stehen die im eigenen Unternehmen erfahrenen Fachkräfte sofort zur Verfügung. Bleibt man bei der Unterscheidung zwischen expliziter und impliziter CSR, dann wäre diese von den oben genannten Faktoren in der Wahrnehmung der Regierung abhängig und damit kontingent.¹⁵⁶¹

Die Veränderungen, die erkennbar waren, lassen sich anhand der Verwendung der Deutungsmuster durch die Regierung im Diskurs feststellen. Einflusspotenzial von Unternehmen auf die langfristige Entwicklung der Beziehung zwischen Regierung und Unternehmen besteht demnach ebenfalls über den Einsatz von Deutungsmustern. Werden Deutungsmuster aus übergeordneten oder angrenzenden Feldern eingesetzt, kann der Diskurs im eigenen Feld verändert werden. Auf diese Weise können Unternehmen als politische Akteure am Diskurs über die eigene Verantwortung – und damit langfristig über die Beziehung der Regierung zu Unternehmen – mitwirken. Sie haben bspw. die Möglichkeit, durch den Einsatz von Deutungsmustern für Unternehmen Handlungsspielraum in einem Feld zu konstruieren, damit die Regierung einen Business Case für Unternehmen sieht und selbst nicht tätig wird.¹⁵⁶² Ebenso könnte die Möglichkeit bestehen, einen geringen Handlungsspielraum für die Regierung zu konstruieren, wenn Anreize als Unterstützung gewünscht sind. Auch die Kombination von geringem Handlungsspielraum der Unternehmen mit Handlungsspielraum

¹⁵⁶¹ Vgl. zu kontingenter CSR Dentschev/van Balen/Haezendonck (2015).

¹⁵⁶² Hier besteht eine gewisse Ähnlichkeit zum Konzept der Mythenspirale, wie es von Hiß formuliert wird, vgl. Hiß (2006), S. 248ff.

für die Regierung wäre möglich. Das ist für Unternehmen relevant, die in einem Bereich besonders verantwortungsvoll handeln und ihren Wettbewerbsnachteil durch höhere Kosten über eine Verpflichtung der Konkurrenten durch die Regierung ausgleichen möchten.¹⁵⁶³ Dabei erscheint ein Rückgriff auf bereits verankerte Deutungsmuster hilfreich, um sinnvoll in den Diskurs eingreifen zu können. Corporate Political Activity kann nicht losgelöst von gesellschaftlichen Diskursen betrieben werden. Allerdings muss darauf verwiesen werden, dass Veränderungsprozesse in Diskursen von den beteiligten Akteuren nicht vollständig beeinflusst werden können und meist unbewusst ablaufen.¹⁵⁶⁴ Insofern können diese Ergebnisse eher dazu dienen, Unternehmen für die grundsätzlichen Mechanismen der Veränderungen in Diskursen zu sensibilisieren, als ihnen konkrete Strategien an die Hand zu geben.

8.4 Ein neues Konzept von Grundlagen und Arten der Erwartung sowie Arten der Reaktion darauf

Die Auseinandersetzung mit dem Konzept von expliziter und impliziter CSR von Matten und Moon hat gezeigt, dass dieses sowohl auf der Grundlage theoretischer Überlegungen als auch auf der einer Überprüfung in der deutschen Praxis problematisch erscheint. Insbesondere das Vermischen von Erwartung (oder erwartendem Akteur) und Reaktion auf diese Erwartung (oder reagierendem Akteur) führt dazu, dass die beiden Begriffe nicht trennscharf abgrenzbar sind. Nimmt man jedoch eine Trennung zwischen Erwartung und Reaktion darauf vor, ist zu hoffen, dass das Ergebnis ein eindeutigeres Verständnis ermöglicht. Dies entspricht den beiden relevanten Akteur(sgrupp)en dieser Arbeit: der deutschen Bundesregierung und Unternehmen. Alternativ kann die Bundesregierung auch als Trägerin von Erwartungen mit entsprechender Handlungskompetenz bei ausbleibender Reaktion der Unternehmen betrachtet werden. Die Unternehmen erfüllen dabei eine ähnliche

¹⁵⁶³ Vgl. zu dem Wunsch von Unternehmen nach mehr Regulierung im Bereich CSR auch Gjølberg (2011), S. 13; Rodriguez et al. (2006), S. 738.

¹⁵⁶⁴ Vgl. Abschnitt 5.3.

Rolle wie bei Matten und Moon: Sie reagieren auf die an sie gerichteten Erwartungen.

Betrachtet man zunächst das Vorgehen der erwartenden Akteurin bzw. der Regierung in diesem Fall kann eine weitere Unterteilung vorgenommen werden. Als Grundlage dafür kann die Trennung zwischen gesetzlichem und wirtschaftlichem Handeln betrachtet werden. Es liegt eine Gleichberechtigung der beiden Bereiche Wirtschaft und Rahmenordnung vor, die den Annahmen von Carrolls Pyramide widerspricht. Wie Homann geht auch die deutsche Bundesregierung davon aus, dass eine entsprechend gestaltete Rahmenordnung Unternehmen aus dem Dilemma zwischen Verantwortung und Wettbewerb erlösen kann. Dabei ist entscheidend, ob die Regierung über die Möglichkeit verfügt, Zwangsmaßnahmen durchzusetzen. Das ist jedoch (zumindest kurzfristig) nur auf nationaler oder maximal regionaler Ebene möglich. Auf globaler Ebene gestaltet sich dies deutlich schwieriger. In diesem Fall kann eine Regierung jedoch immer noch wirtschaftliche Anreize setzen, die die zusätzlichen Kosten und damit den Wettbewerbsnachteil wieder ausgleichen. Sie kann bspw. mit Steuernachlässen oder Subventionen arbeiten. Dabei umgeht dieses Modell das Problem Homanns, die Entstehung einer Rahmenordnung legitimieren oder erklären zu müssen. Denn dadurch dass die Regierung als entscheidende Akteurin betrachtet wird, kann (zumindest in einer Demokratie) von einer demokratischen Legitimation ausgegangen werden.

Wirtschaftlichem Handeln kommt dabei, wie bei der Definition von Carroll, eine grundlegende Bedeutung zu. In den Erwartungen der Bundesregierung hat sich gezeigt, dass für sie die ökonomische Existenz von Unternehmen essenziell ist. Sie teilt dabei die Annahme von Homann, dass Unternehmen im Wettbewerb stehen und ihnen keine zusätzlichen Kosten entstehen dürfen. Werden zusätzliche Kosten verantwortlichen Verhaltens jedoch durch einen Wettbewerbsvorteil wieder ausgeglichen, überwiegt in ihren Überlegungen dieser Vorteil. Die grundlegende Frage an dieser Stelle lautet also, ob für Unternehmen ökonomischer Handlungsspielraum für verantwortungsvolles Verhalten besteht. Besteht dieser Handlungsspielraum nicht und durch verantwor-

tungsvolles Verhalten sind nur Wettbewerbsnachteile durch zusätzliche Kosten zu erwarten, muss die Regierung ihren Handlungsspielraum einsetzen.

Dadurch entsteht, wenn der in Abbildung 17 dargestellte Entscheidungsbaum zugrundegelegt wird, eine Vielfeldermatrix (vgl. Abbildung 18):

Abbildung 18: Grundlagen von Unternehmensverantwortung¹⁵⁶⁵

	Ökonomischer Handlungsspielraum für Unternehmen	Kein ökonomischer Handlungsspielraum für Unternehmen
Handlungsspielraum der Regierung für Zwangsmaßnahmen	Business Case	Gesetzlicher Zwang
Kein Handlungsspielraum der Regierung für Zwangsmaßnahmen	Business Case	Anreize

Unterschiede zwischen Ländern (oder Regionen) wie sie Matten und Moon feststellen, ließen sich anhand dieser Matrix dadurch erklären, dass bspw. in manchen Ländern wie Deutschland historisch ein breiterer Handlungsspielraum der Regierung gegenüber Unternehmen existiert, als in anderen wie anglo-amerikanisch geprägten. Außerdem lassen sich Unterschiede in den Kundenpräferenzen anführen, die sicherlich auch mit dem Einkommen zusammenhängen. Bei ausreichend Einkommen kann ein zusätzlicher Produktnutzen wie ein gutes Gewissen durch fairen Handel auch zu einer Bereitschaft der Kunden, mehr zu bezahlen, führen. Damit wären die zusätzlichen Kosten für den Hersteller ein Wettbewerbsvorteil und kein Nachteil und es bestünde zusätzlicher ökonomischer Handlungsspielraum.

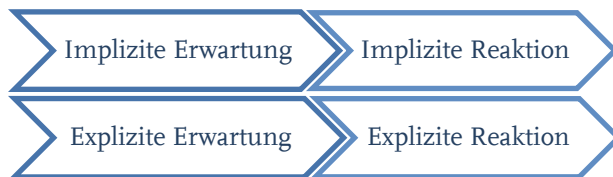
Ob Unternehmen auf die Erwartungen, die sich in diesen Grundlagen zeigen, explizit oder implizit reagieren, lässt sich alleine aus der Art der Grundlage bzw. der an sie gerichteten Erwartung nicht vorhersagen.

¹⁵⁶⁵ Eigene Darstellung.

Dabei dürfte jedoch eine Rolle spielen, ob die jeweilige Erwartung explizit als aktuelles Problem formuliert wird. Dies kann z.B. von aktuellen Ereignissen wie der Wirtschaftskrise beeinflusst werden, durch die die Bundesregierung Erwartungen explizit formuliert hat, die vorher als selbstverständlich wahrgenommen wurden. Dies ist jedoch, anders als dies Matten und Moon annehmen, von der grundsätzlichen Gestaltung der Art der Erwartung unabhängig. Auch rechtlich verpflichtende Verantwortungsbereiche wie das Zahlen von Steuern können auf diese Weise explizit an Unternehmen herangetragen werden, wie diese Untersuchung gezeigt hat.

Besteht eine explizite Erwartung kann aus institutionalistischer Sicht argumentiert werden, dass es der Legitimitätsgewinnung oder -erhaltung dient, wenn Unternehmen explizit auf diese Erwartung reagieren. Demzufolge wäre die Art der Reaktion schon von der Art der Erwartung abhängig. Jedoch nicht von deren Regulierungsgrad, sondern davon, ob sie explizit öffentlich formuliert wird. Eine implizite Erwartung würde eher eine implizite Reaktion der Unternehmen bedeuten, da sie durch Nichtbefolgen Legitimität verlieren, aber durch ein Befolgen keine zusätzliche gewinnen, sondern sie höchstens erhalten können. Hieraus lässt sich eine Beziehung zwischen Art der Erwartung und Art der Reaktion darauf herstellen (vgl. Abbildung 19):

Abbildung 19: Beziehung zwischen Erwartung und Reaktion der Unternehmen¹⁵⁶⁶



Dadurch wäre der Voraussetzungsreichtum, der dem Konzept von Matten und Moon eigentlich vorangeht, besser abgebildet, als dies deren

¹⁵⁶⁶ Eigene Darstellung.

ursprüngliches Konzept zu leisten vermag. Denn es kann eine klarere Trennung zwischen Grundlage der Erwartung, Art der Erwartung und Art der Reaktion darauf vorgenommen werden. Hierauf aufbauend lassen sich vielleicht auch die Entwicklungen von Erwartungen an Unternehmen in anderen Ländern sinnvoller untersuchen, als dies auf der Grundlage des ursprünglichen Konzeptes möglich war.

„Die Sinngebung der Wirtschaft fließt aus dem allumfassenden Lebensbereich eines Volkes und wurzelt damit in letzten, nicht mehr rational erfassbaren Wertungen.“¹⁵⁶⁷

9 Schlussfolgerungen sowie Limitationen und Ausblick auf weitere Forschung

Ziel dieser Arbeit ist es, zu einem umfassenderen Verständnis der Wahrnehmung von Unternehmensverantwortung durch die Bundesregierung beizutragen. Denn sowohl die eigene CSR-Definition der Bundesregierung als auch erste Untersuchungen in diesem Bereich konnten ein solches Verständnis bisher nicht schaffen. Es geht jedoch nicht nur um eine bloße Deskription dieser Wahrnehmung. Vielmehr sollten auch potenzielle Veränderungen in der Wahrnehmung sowie deren Auslöser identifiziert werden. Ausgangspunkt war die, in der bisherigen wissenschaftlichen Literatur vorherrschende, Annahme, dass es zu einer Veränderung der Beziehung zwischen Unternehmen und Regierung in der deutschen Gesellschaft gekommen sei. Dabei sei die Bedeutung der Regierung zurückgegangen. Im Zuge dieser Veränderung habe explizite CSR, also die freiwillige Übernahme von Verantwortung durch Unternehmen, in Deutschland auch in der Beziehung zwischen Unternehmen und Regierung an Bedeutung gewonnen. Dies sei auch darin begründet, dass durch Deregulierung neue Anreize für die Übernahme freiwilliger Verantwortung entstanden seien. Unter anderem erwüchse für Unternehmen auf diese Weise eine neue Möglichkeit, Einfluss auf die Regierung auszuüben.

Um diese Annahmen für die deutsche Bundesregierung untersuchen zu können, wurde eine interpretative Herangehensweise gewählt. Bei dem Untersuchungsobjekt handelt es sich um die sozial konstruierte Wahrnehmung eines sozialen Prozesses: Die Wahrnehmung von Unternehmensverantwortung durch die Bundesregierung. Daher erschien eine Herangehensweise vielversprechend, die es erlaubt, diesen Konstrukti-

¹⁵⁶⁷ Erhard (1957), S. 354.

onsprozess nachzuvollziehen. Eine interpretative Herangehensweise dient insbesondere der Auseinandersetzung mit der Realitätskonstruktion sozialer Akteure und erfüllt damit diese spezifischen Anforderungen. Als theoretischer Rahmen dienen die Perspektive der institutionellen Logiken, das Konstrukt der organisationalen Identität und die Wissenssoziologische Diskursanalyse. Mithilfe dieses Rahmens wurde ein theoretischer Analyserahmen für die Untersuchung des sozialen Konstruktionsprozesses durch die Bundesregierung entwickelt. Dieser Analyserahmen ermöglicht es, diesen Prozess, mit dem die Bundesregierung ihre Vorstellungen von Unternehmensverantwortung entwickelt, als weder vollständig determiniert, noch als vollständig durch rationale Akteure gesteuert betrachten zu können. Dadurch werden sowohl Einflüsse institutioneller Rahmenbedingungen als auch (kollektive) Interpretationsleistungen berücksichtigt. Dies erlaubt eine möglichst umfassende Rekonstruktion der sozialen Realität. Zudem eröffnen Interpretationsrepertoires und Deutungsmuster, wie sie in der Wissenssoziologischen Diskursanalyse verwendet werden, konkrete Analyseperspektiven. Dieser theoretische Rahmen wurde auf einen für diese Arbeit spezifisch erstellten Datensatz, bestehend aus 264 Reden aus dem Bundeskanzleramt in dem Untersuchungszeitraum von 1991 bis 2013, angewandt.

9.1 Erkenntnisse aus der Beantwortung der Forschungsfragen: Vielfältige Erwartungen an Unternehmen, reziproke Abhängigkeit und evolutionäre Veränderungen durch externe Auslöser

9.1.1 17 Felder von Unternehmensverantwortung – Die Erwartungen der Regierung an verantwortungsvolles Unternehmenshandeln

Die Beantwortung der ersten Forschungsfrage –

- Wie ist das, durch die deutsche Bundesregierung im Diskurs konstruierte, Verständnis von Unternehmensverantwortung inhaltlich ausgestaltet?

– diene zunächst dazu, ein vollständigeres Bild der Wahrnehmung von Unternehmensverantwortung durch die Bundesregierung zu gewinnen. Es konnten dabei Erwartungen der Regierung an das Verhalten von

Unternehmen für 17 verschiedene Felder identifiziert werden. Zu diesen Feldern gehörten auch solche, in denen die Erwartungen der Regierung als Gesetze kodifiziert sind, wie bspw. im Bereich der Steuern. Nach dem Verständnis von Matten und Moon, nach dem gesetzliche Regelungen nur zu impliziter CSR führen, dürften gesetzlich geregelte Bereiche nicht explizit an individuelle Unternehmen herangetragen werden. Sie wurden von der Regierung jedoch trotzdem explizit genannt. Dies könnte daran liegen, dass auch rechtliche Vorschriften in einer globalisierten Wirtschaft in dem Maße freiwillig sind, wie ein Unternehmen seine Aktivitäten in ein weniger reguliertes Umfeld verlegen kann. Insofern ist die CSR-Definition der Bundesregierung keine umfassende Darstellung ihrer Erwartungen an Unternehmen, da diese rechtlich geregelte Bereiche explizit ausschließt. Dies bedeutet für Arbeiten über die Erwartungen der Regierung an verantwortungsvolles Handeln von Unternehmen, dass sie zunächst generell klären müssen, was die Regierung selbst unter verantwortungsvollem Unternehmenshandeln versteht. Sie müssen dabei auch rechtlich geregelte Bereiche berücksichtigen, wenn sie die Erwartungen der Regierung an verantwortungsvolles Handeln von Unternehmen vollständig abdecken möchten.

Der Großteil der 17 verschiedenen Verantwortungsfelder thematisiert Verhalten in unternehmerischen Kernaktivitäten. In diesem Fall handelt es sich um Unternehmenshandeln, dass zur Erreichung der Unternehmensziele unabdingbar ist. CSR, bloß als philanthropische Aktivitäten jenseits des eigentlichen Verantwortungsbereichs von Unternehmen verstanden, kommt für die Regierung eine geringere Bedeutung zu. Sollte es zu einem Konflikt zwischen philanthropischem Engagement und der langfristigen wirtschaftlichen Existenz der Unternehmen kommen, kann ersteres aus Sicht der Regierung aufgegeben werden. Denn die langfristige Existenz der Unternehmen wird von der Regierung für die Gesellschaft als bedeutsamer erachtet. Dies könnte ein Resultat der Sozialen Marktwirtschaft sein, die für in ihrem Kernbereich verantwortungsvoll handelnde Unternehmen eine bedeutende Rolle in der Gesellschaft vorsieht.

9.1.2 Reziproke Abhängigkeit – Die Identität der Regierung und ihre Wahrnehmung der Beziehung zu Unternehmen im Bereich Unternehmensverantwortung

Die zweite Forschungsfrage –

- Wie konstruiert die Bundesregierung ihre eigene Identität im Bereich Unternehmensverantwortung?

– bezog sich auf die Eigenkonstruktion der Regierung in der Interaktion mit verantwortungsvoll handelnden Unternehmen. Ziel war es, die dadurch deutlich werdende Sicht der Regierung auf die Beziehung zwischen ihr und Unternehmen abzubilden. Untersucht man, wie die Regierung ihre Beziehung zu Unternehmen im Bereich der Unternehmensverantwortung sieht, so lässt sich für den gesamten Zeitraum eine reziproke Abhängigkeit feststellen. Die Regierung sieht sich bereits zu Beginn zur Erreichung ihrer Ziele von der Mitwirkung der Unternehmen abhängig. Auch hier lässt sich ein Einfluss der Sozialen Marktwirtschaft vermuten. Denn diese sieht für Unternehmen in der Gesellschaft eine „Arbeitsteilung“¹⁵⁶⁸ mit dem Staat vor. Allerdings betrachtet die Regierung ihre Fähigkeiten, einen Rahmen für Unternehmen zu setzen und diese gegen Dritte zu verteidigen, als unabdingbar. Somit kommt Unternehmen in dieser Beziehung zwar eine bedeutende Rolle zu, sie dominieren die Beziehung jedoch nicht. Denn die Rolle der Regierung ist bereits zu Beginn der Untersuchung wichtig und bleibt dies über den gesamten Untersuchungszeitraum.

9.1.3 Evolutionäre Veränderungen – Die Veränderungen in Erwartungen und Identität der Regierung hinsichtlich von Unternehmensverantwortung

Bei der dritten Forschungsfrage –

- Haben sich Veränderungen in der Erwartungshaltung der Bundesregierung großen Unternehmen gegenüber und in ihrer eigenen Identitätskonstruktion ergeben?

¹⁵⁶⁸ Erhard (1957), S. 141.

– standen mögliche Veränderungen sowohl der Erwartungen der Bundesregierung an Unternehmen im Bereich Unternehmensverantwortung als auch ihrer Selbstkonstruktion in der Interaktion mit Unternehmen in diesem Bereich im Fokus. Die Veränderungen in der Wahrnehmung der Regierung von Unternehmensverantwortung im Untersuchungszeitraum fielen geringer aus, als dies die Analyse einschlägiger Literatur vermuten ließ. Allerdings wurden durch die Regierung höhere Erwartungen an Unternehmen explizit herangetragen. Dies war jedoch nicht auf eine nachlassende Bedeutung der Regierung zurückzuführen. Die einschlägige Literatur hätte höhere Erwartungen der Regierung an Unternehmen als Resultat der nachlassenden eigenen Handlungsfähigkeit nahegelegt. Dies konnte durch die Analyse der Eigenkonstruktion der Regierung nicht bestätigt werden. Zudem existierte auch aufgrund der Sozialen Marktwirtschaft in manchen Bereichen, bspw. dem der Arbeitsplätze, für die deutsche Regierung immer schon ein sehr begrenzter Handlungsspielraum. Hier handelt es sich bei einer Beschränkung der Regierung auf ihre Rolle als Anreizsetzerin und den Verweis auf den Business Case demnach nicht um eine neue Entwicklung. Anreizsetzung wurde in dem Modell von Matten und Moon nicht wirklich berücksichtigt. Denn sie verbindet gesellschaftlich geteilte Werte mit der Möglichkeit für einzelne Unternehmen, individuell auf die an sie gerichteten Erwartungen zu reagieren. Die Regierung setzt dabei jedoch, ebenso wie bei ihren Hinweisen auf die ökonomische Rationalität bestimmter Verhaltensweisen, die Ziele, die Unternehmen damit erreichen sollten. Sie bestimmt damit in jedem Fall die inhaltliche Ausgestaltung von Unternehmensverantwortung. Dies ist, so argumentieren auch Matten und Moon, typisch für eine koordinierte Volkswirtschaft und hat sich in Deutschland im Untersuchungszeitraum nicht geändert.

9.1.4 Externe Auslöser – Ursachen für Veränderungen in Erwartungen und Identität der Regierung hinsichtlich von Unternehmensverantwortung

Die tatsächlichen Ursachen für die höheren Erwartungen der Regierung an verantwortungsvolles Unternehmenshandeln zu identifizieren, war ein Ziel der vierten Forschungsfrage:

- Welche Auslöser lassen sich für diese potenziellen Veränderungen feststellen?

Es ließen sich zwei Ursachen feststellen, die miteinander in Zusammenhang stehen:

Einerseits führte die Finanz- und Wirtschaftskrise dazu, dass das Verhalten von Unternehmen in grundsätzlichen Aspekten von der Regierung als unverantwortlich wahrgenommen wurde. Durch diese veränderte Wahrnehmung wurden grundlegende Erwartungen an verantwortungsvolles Unternehmenshandeln wieder thematisiert. Diese Erwartungen wurden mit ökonomischen Argumenten für die Vorteilhaftigkeit verantwortungsvollen Verhaltens für Unternehmen verbunden. Gleichzeitig betonte die Regierung ihre Rolle als Rahmensetzerin für Unternehmen. Eine Krise hat demnach dazu geführt, dass grundsätzliche Erwartungen an Unternehmen erneut explizit thematisiert wurden, was in wirtschaftlich positiveren Zeiträumen kaum der Fall war.

In ähnlicher Weise führten andere gesellschaftliche Veränderungen dazu, dass die Regierung die Erfüllung ihrer Erwartungen durch Unternehmen auch in spezifischeren Bereichen als unternehmerisch vorteilhaft wahrnahm. So wurde beispielsweise die demografische Entwicklung in ihrer Bedeutung für Unternehmen als langfristiger Fachkräftemangel konstruiert. Dies lässt es für Unternehmen ökonomisch rational erscheinen bspw. in die Ausbildung von Fachkräften zu investieren und bereits ausgebildeten Fachkräften bestmögliche Rahmenbedingungen zu bieten. Damit fallen die Erwartungen der Regierung und die ökonomischen Ziele der Unternehmen zusammen. Dies macht es für die Regierung unnötig, Zwang auf die Unternehmen auszuüben. Sie kann allerdings die Rahmenbedingungen anpassen, um Unternehmen in der Verfolgung ihrer eigenen Ziele zu unterstützen.

Beide Entwicklungen führen zu einer verstärkten expliziten Formulierung von Erwartungen der Regierung an Unternehmen hinsichtlich einer verantwortungsvollen Verhaltensweise. Sie schaffen damit auch Anreize für Unternehmen, diese Erwartungen zu erfüllen, denn die Unternehmen können dadurch ihre Legitimität aus Sicht der Regierung

erhöhen. Damit steigt gleichzeitig der Anreiz für Unternehmen, ihr verantwortungsvolles Verhalten auch explizit zu machen, also für explizite Unternehmensverantwortung wie Matten und Moon sie verstehen. Allerdings bedeutet dies keine grundsätzliche Änderung in der Erwartungshaltung der Regierung. Im ersten Fall wurden bestehende Erwartungen lediglich wieder explizit ausgesprochen. Im zweiten Fall lassen es ökonomische Anreize wahrscheinlicher erscheinen, dass explizit geäußerte Erwartungen auch ohne Zwang durch Unternehmen erfüllt werden. Mehr explizit geäußerte Verantwortung muss danach nicht eine Veränderung der dahinterstehenden Erwartungen bedeuten. Zudem existierten Anreize für explizite CSR bereits vor dem für Deutschland von der Literatur als relevant betrachteten Zeitraum. Denn es bestand, wie oben bereits erwähnt, bspw. im Bereich der Arbeitsplätze, auch vor dem Untersuchungszeitraum kaum regulatorischer Handlungsspielraum für die Regierung. Dadurch war sie in Bereichen, in denen sie nicht regulatorisch tätig werden konnte, auch vor dem Bedeutungsgeinn von CSR schon auf Appelle angewiesen.

Das entwickelte Modell erlaubte auf einer theoretischen Ebene die Identifikation von Deutungsmustern als besonders relevant für Veränderungen in der Wahrnehmung der Regierung. Dabei konnte festgestellt werden, dass die Regierung sowohl Deutungsmuster aus unterschiedlichen Diskursebenen als auch aus unterschiedlichen institutionellen Logiken verwandte. Diese Deutungsmuster bewirkten dann im Diskurs um Unternehmensverantwortung Veränderungen. Damit konnte ein Mechanismus identifiziert werden, der die evolutionären Veränderungen in den Erwartungen der Regierung an Unternehmen auf theoretischer Ebene sinnvoll erklären kann.

Der zweite Teil der vierten Forschungsfrage –

- Welche Auslöser lassen sich für diese potenziellen Veränderungen feststellen?
- zielte auf die Auslöser für Veränderungen in der Eigenkonstruktion der Regierung und das damit zusammenhängende Verständnis der Regierung von ihrer Beziehung zu Unternehmen im Bereich Unternehmensverantwortung. Hier ließen sich im Untersuchungszeitraum

keine nennenswerten grundlegenden Veränderungen feststellen. Die Regierung reagiert mit ihrer Identität den Unternehmen gegenüber auf externe Entwicklungen. Diese Entwicklungen bedingen, ob sie für sich selbst oder für die Unternehmen einen Handlungsspielraum zur Beeinflussung als problematisch wahrgenommener Verhaltensweisen sieht. In Abhängigkeit davon agiert sie als Regulatorin, Anreizsetzerin oder lediglich als Hinweisgeberin auf die ökonomische Rationalität bestimmter Verhaltensweisen, um Unternehmen in ihrem Verhalten zu beeinflussen. Agiert die Regierung seltener als Regulatorin, muss dies nicht zwingend durch einen von der Regierung als reduziert wahrgenommenen eigenen Handlungsspielraum ausgelöst werden. Es kann auch daraus resultieren, dass die Regierung als Akteurin eines „schlanken“ oder „aktivierenden Staates“ eine andere Verhaltensweise als effizienter betrachtet. Die Regierung setzt außerdem Regulierung auch ein, um Unternehmen, bspw. im Bereich der Infrastruktur, ihre Verantwortung zu erleichtern und setzt dadurch zusätzliche Anreize. Sie agiert damit, in Abhängigkeit der ökonomischen Notwendigkeit, als Unterstützerin.

Das Verhalten der Regierung, ebenso wie ihre Erwartungen an die Unternehmen, hängen demnach von ihrer Wahrnehmung gesellschaftlicher Veränderungen ab. Beides ist folglich kontingent.

9.2 Schlussfolgerungen für Unternehmen

Für Unternehmen bedeuten die Erkenntnisse zu den tatsächlichen Erwartungen der Regierung an Unternehmensverantwortung, dass philanthropische Verantwortung in wirtschaftlich schwierigen Zeiten im Hinblick auf die Regierung vernachlässigt werden kann. Für die Regierung ist die fortgesetzte wirtschaftliche Existenz eines Unternehmens wichtiger. Kann ein Unternehmen auf die Gefährdung seiner wirtschaftlichen Existenz verweisen, bedeutet ein Nachlassen philanthropischen Engagements keinen Legitimitätsverlust. Kommen Unternehmen den explizit geäußerten Erwartungen der Regierung an verantwortungsvolles Verhalten nach, können sie zudem ihre Legitimität aus der Sicht der Regierung erhöhen. Es geht für sie nicht nur darum, einen Verlust an Legitimität zu verhindern.

Außerdem bedeutet die Übertragung von Logiken über verschiedene Felder, dass eine Erwartung, die von der Regierung zunächst in einem für ein Unternehmen eher irrelevanten Feld geäußert wurde, durch die Verwendung spezifischer Deutungsmuster auch auf ein relevanteres Feld übertragen werden kann. Es kann daher bspw. für ein Dienstleistungsunternehmen sinnvoll sein, Erwartungen der Regierung im Feld für Klima- und Umweltschutz zu berücksichtigen. Denn diese Erwartungen können, wie es am Deutungsmuster *Langfristorientierung* exemplarisch gezeigt werden konnte, bspw. auch für das Feld des Gesellschaftlichen Wohlstands relevant werden, das auch für Dienstleistungsunternehmen von Interesse ist.

Es bedeutet jedoch auch, dass Unternehmen durch eine bewusste Beteiligung am gesellschaftlichen Diskurs die Wahrnehmung der Regierung von Unternehmensverantwortung und vom eigenen Handlungsspielraum zu deren Gestaltung beeinflussen. Sie können diesen Einfluss nicht vollständig kontrollieren und er geschieht meist unbewusst. Sie sollten sich jedoch bewusst machen, dass ihre Diskursbeiträge langfristig die an sie gerichteten Erwartungen anderer Akteure beeinflussen können. Dies gilt für sämtliche Diskursbeiträge. Daher erscheint es angebracht, sämtliche nach außen relevanten Aktivitäten aufeinander abzustimmen. CSR-Aktivitäten, die nicht mit dem Kerngeschäft oder anderen, nach außen gerichteten Aktivitäten wie Corporate Political Activity oder Pressearbeit koordiniert sind, dürften daher langfristig wenig Einfluss ausüben. Außerdem sollten Unternehmen auf Veränderungen des gesellschaftlichen Kontextes eingehen, um diese in ihre Diskursbeiträge einzubinden. Denn auf diese Weise erfolgten die Veränderungen in der Wahrnehmung der Bundesregierung. Dies könnte also eine Möglichkeit sein, Veränderungen im Diskurs anzustoßen.

9.3 Schlussfolgerungen für die Diskussion um die Bedeutung nationaler Regierungen im globalen Kontext von Unternehmensverantwortung

Im Gegensatz zu vielen Beiträgen aus dem Bereich der Unternehmensethik,¹⁵⁶⁹ sieht die Bundesregierung auch im Zeitalter der Globalisierung eine Rolle für sich in der Ausgestaltung von Rahmenbedingungen für Unternehmensverantwortung. Zu dieser Erkenntnis sind auch Teile der politikwissenschaftlichen Forschung gekommen, die trotz Globalisierung den Nationalstaat als wichtigen Akteur auf internationaler Bühne betrachten.¹⁵⁷⁰ Die Ergebnisse dieser Arbeit haben erkennen lassen, dass der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen für die Bundesregierung essenziell ist. Auch hieran zeigt sich die oben bereits ausführlich behandelte Bedeutung von Unternehmen für die Bundesregierung. Im Verhalten der Bundesregierung lassen sich zwei unterschiedliche Strategien feststellen, die im Folgenden erläutert werden.

Bestehen in Deutschland rechtliche Standards für einen bestimmten Bereich der Unternehmensverantwortung, die im globalen Wettbewerb ein Kostennachteil sein könnten, drängt die Bundesregierung auf die Schaffung globaler Standards. Im Rahmen eines kooperativen Verhaltens¹⁵⁷¹ ermuntert sie deutsche Unternehmen, sich ebenfalls für diese für sie vorteilhaften Standards einzusetzen. Auch hier lässt sich eine Parallele zu den Überlegungen von Homann ziehen, der bei einer nicht vollkommenen Rahmenordnung auch Unternehmen in der Verantwortung sieht, diese Rahmenordnung anzupassen.¹⁵⁷² Denn auf diese Weise schaffen sie gleiche Ausgangsbedingungen für alle globalen Wettbewerber. Gleichzeitig stellen sie sicher, dass die rechtlichen Standards in Deutschland nicht nach unten angepasst werden oder Unternehmen

¹⁵⁶⁹ Vgl. bspw. Knudsen/Brown (2012), S. 6; Scherer/Palazzo (2011), S. 903.

¹⁵⁷⁰ Vgl. bspw. Dingwerth/Blauberger/Schneider (2011), S. 213ff.; Flohr et al. (2010), S. 235f.; Genschel/Zangl (2007), S. 14ff.

¹⁵⁷¹ Vgl. Hajduk/Schwindenhammer (2015), S. 395.

¹⁵⁷² Vgl. Homann (1994), S. 119; Abschnitt 2.2.4 für eine ausführlichere Auseinandersetzung mit Karl Homanns Konzept.

aus Wettbewerbsgründen ihre Produktion in Länder mit niedrigeren Standards verlegen.

Bestehen jedoch in Deutschland in einem Bereich noch keine oder niedrigere Standards als auf globaler, meist jedoch auf europäischer, Ebene eingeführt werden sollen, sieht die Bundesregierung sich als Verteidigerin der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Mit dem Argument, dass die zusätzlichen Belastungen die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen unzulässig beschädigen oder diese dazu treiben würden, ihre Aktivitäten in andere Länder mit niedrigeren Standards zu verlegen, geht die Regierung gegen weitergehende Standards vor. Das Hauptargument ist hierbei ein Kosten-Nutzen-Ungleichgewicht. Während die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen aus dem Geltungsbereich der neuen Standards belastet wird, führt eine Verlagerung der Produktion in Gebiete mit niedrigeren Standards möglicherweise zu einer Verschlechterung der Situation gegenüber dem Status quo. Es würden also hohe Kosten entstehen, während der Nutzen eher fraglich ist. Die Bundesregierung verbleibt in dieser Frage im Rahmen einer unternehmerischen Logik, was erneut die Bedeutung unterstreicht, die diesem Bereich in ihrer Wahrnehmung zukommt.

9.4 Weitergehende theoretische Überlegungen

9.4.1 Schlussfolgerungen für das Konzept expliziter und impliziter CSR

Die Verbindung von Erwartungen anderer Akteure und der Reaktion von Unternehmen darauf zu expliziter oder impliziter CSR wurde als problematisch für ein umfassendes Verständnis beider Bereiche erkannt. Dies geschah auf der Grundlage sowohl theoretischer Überlegungen im ersten Teil der Arbeit als auch von Ergebnissen aus dem empirischen Teil. Aufbauend auf dieser Erkenntnis wurde der Unterscheidung in implizite und explizite CSR als Reaktion auf eine an ein Unternehmen herangetragene Erwartung eine Unterscheidung unterschiedlich ausgestalteter Erwartungshaltungen der Regierung vorangestellt.

Diese Erwartungshaltungen können unterschiedliche Verbindlichkeitsgrade aufweisen. Von einem Verweis auf den Business Case CSR können sie bis zu einer gesetzlich geregelten Verpflichtung reichen. Der Verbindlichkeitsgrad ist jedoch zunächst unabhängig von der Reaktion der Unternehmen darauf zu sehen. Erst wenn die Regierung explizit auf eine bestimmte Erwartung an Unternehmen hinweist, ist von einer expliziten Reaktion der Unternehmen darauf auszugehen. Dabei kann es sich jedoch sowohl um einen Verweis auf den Business Case als auch um die Einhaltung einer gesetzlichen Verpflichtung handeln.

Auf diese Weise ist es möglich, Erwartungen an Unternehmen und deren Reaktion darauf zu trennen. Dadurch gewinnt das Verständnis von expliziter und impliziter CSR an Stringenz. Außerdem wird es dadurch besser möglich, Erwartungen einer nationalen Regierung zunächst unabhängig von der Reaktion der Unternehmen darauf zu untersuchen und zu kategorisieren. Dadurch werden sowohl die Untersuchung prozessualer Entwicklungen innerhalb eines Landes als auch Vergleiche über mehrere Länder hinweg vereinfacht.

9.4.2 Schlussfolgerungen für die Perspektive institutioneller Logiken

Durch die Entwicklung des theoretischen Modells und dessen Anwendung in der Analyse konnten auch neue Erkenntnisse für die eingesetzten Theorien gewonnen werden. Für die institutionelle Logik-Perspektive konnten aufgrund der metatheoretischen Ausrichtung die Vorteile einer interpretativen Analyse auf der Grundlage der Wissenssoziologischen Diskursanalyse festgestellt werden. Zudem kann für die Frage, warum zwei Logiken in einem Feld parallel wirken können, ohne dass eine von beiden überwiegt, die These aufgestellt werden, dass dies der Lage des Feldes zwischen verwandten anderen Feldern mit entsprechenden Logiken geschuldet sein könnte. Dies zeigte sich bspw. an den Feldern der Unternehmensverantwortung, die zwischen verschiedenen anderen Feldern verortet werden können. In den Feldern der Unternehmensverantwortung waren Einflüsse einer gesellschaftlichen, einer religiösen, einer staatlichen und einer unternehmerischen Logik sowie von Logiken aus anderen Feldern der Unternehmensverantwortung

erkennbar. Allerdings konnte nicht festgestellt werden, dass eine Logik die anderen vollständig verdrängt hätte. Felder mit einer derartigen Verortung zwischen anderen, verwandten Feldern sind darüber hinaus grundsätzlich instabiler und verändern sich schneller. Denn es ist für Akteure leichter, die Logiken der verwandten Felder auf das Feld zwischen ihnen anzuwenden. Hier kann als Beispiel der Transfer der unternehmerischen Logik von dem Feld der Ausbildungsplätze auf das der Bildung aufgezeigt werden. Logiken aus anderen Feldern oder höheren Feld- bzw. Diskursebenen können auch angewandt werden, um in Frage gestellte Logiken wie die der Sozialen Marktwirtschaft wieder zu festigen. Hier kann die Anwendung einer unternehmerischen Logik durch die Regierung als Beispiel angeführt werden. Die unternehmerische Logik verleiht der Sozialen Marktwirtschaft einen ökonomischen Mehrwert für Unternehmen, wodurch es wahrscheinlicher wird, dass die Unternehmen die Soziale Marktwirtschaft wieder stärker beachten.

Zudem besteht die Möglichkeit, dass zwei Logiken kombiniert zum Einsatz kommen, um Verhalten zu erklären. So wurde beispielsweise die staatliche zusammen mit der unternehmerischen Logik (über die Deutungsmuster *Arbeitslosigkeit als finanzielle Belastung für den Staat und Investitionen*) eingesetzt, um im Feld Arbeitsplätze unternehmerisches Verhalten und staatliches Vorgehen zu erklären. Ebenfalls können verschiedenen Logiken unterschiedliche Anreize für das gleiche Verhalten setzen. So kann die gesellschaftliche Logik durch das Deutungsmuster *Soziale Marktwirtschaft* über die Legitimität und gesellschaftlich erwünschtes Verhalten einen Anreiz für mehr Mitbestimmung in Unternehmen setzen. Gleichzeitig kann die unternehmerische Logik durch das Deutungsmuster *Wettbewerbsfähigkeit* einen ökonomischen Anreiz für dasselbe Verhalten generieren. Hier zeigt sich erneut eine Anschlussfähigkeit sowohl an die Mythenspirale von Hiß als auch an die Überlegungen zu Unternehmensverantwortung von Homann. Deutungsmuster können, abhängig vom Kontext, für den Transport unterschiedlicher Logiken eingesetzt werden. So kann bspw. das Deutungsmuster *Karriere ist Selbstverwirklichung* innerhalb von Unternehmen eine gesellschaftliche Logik transportieren, da dies als Wunsch der Gesellschaft dargestellt wird. Innerhalb der breiteren Gesellschaft selbst könn-

te es jedoch eine unternehmerische Logik transportieren, da die Verfolgung einer Karriere als erstrebenswertes, individuelles Ziel konstruiert wird.

9.4.3 Schlussfolgerungen für die Wissenssoziologische Diskursanalyse

Für die Wissenssoziologische Diskursanalyse konnte gezeigt werden, dass sie sinnvoll mit der Perspektive institutioneller Logiken verbunden werden kann. Dies ermöglicht eine theoriegeleitete Analyse von Veränderungsprozessen, die die Rolle des Akteurs als eingebettet in verschiedene Felder oder Diskurse vollständiger konzipiert, als das in der Wissenssoziologischen Diskursanalyse bisher der Fall war. Bei der konkreten Analyse stellte sich das Vorgehen der Grounded Theory, getroffene Annahmen durch immer weitere Textstellen zu überprüfen, für eine Analyse von Veränderungsprozessen in Interpretationsrepertoires als nur begrenzt einsatzfähig heraus. Denn auf diese Weise besteht die Gefahr, dass einsetzende Veränderungsprozesse zu einer Verwerfung der ersten Annahmen führen, da diese sich nicht mehr bestätigen lassen. Es war daher notwendig, bei der Analyse der Interpretationsrepertoires, allgemeinere Kodes zu vergeben. Eine Überprüfung über einen Zusammenhang der einzelnen Textstellen und mögliche Veränderungen konnten erst nach Abschluss des Kodiervorgangs durchgeführt werden. Erst auf diese Weise war es möglich, grundsätzliche Unterschiede zwischen Kategorien von Veränderungsprozessen innerhalb von Kategorien zu unterscheiden. In einem zweiten Kodiervorgang wurden diese Annahmen dann geprüft. Hieran zeigt sich, dass die Aussage von Keller, die Vorgehensweise der Grounded Theory könne nicht einfach identisch für die Analyse innerhalb der Wissenssoziologischen Diskursanalyse übernommen werden, auch in diesem Fall zutrifft.

9.4.4 Schlussfolgerungen aus der interpretativen Herangehensweise

Die verstehende Herangehensweise ermöglicht ein tiefgehendes Verständnis von Veränderungsprozessen aus der Sicht einer kollektiven Akteurin und deren Selbstkonstruktion. Sie unterstellt dabei keine ob-

jektive, von außen zugängliche Wahrheit, sondern arbeitet mit der Interpretation der fokalen Akteurin. Auf diese Weise konnten die postulierten Erwartungen dieser Akteurin inhaltlich ausgefüllt werden. Dies erlaubt ein umfassenderes Verständnis der tatsächlichen Erwartungen der Bundesregierung an Unternehmen. Jedoch muss darauf hingewiesen werden, dass die Ergebnisse immer auf der Interpretation des Forschungssubjektes beruhen. Zwar erlaubt die Fokussierung auf Wissensbestände einen Gültigkeitsanspruch der Ergebnisse zumindest für den Diskurs der Bundesregierung für den untersuchten Zeitraum. Allerdings kann der Einfluss des Forschungssubjektes nicht negiert, sondern nur, nach Möglichkeit, offen gelegt werden.

9.5 Limitationen

Diese Herangehensweise bietet daher eine erste, vertiefte Annäherung an das Thema. Insbesondere durch die sehr umfassende Ausrichtung der Untersuchung besteht die Gefahr, dass kleinere Veränderungen in einzelnen Verantwortungsbereichen nicht ausreichend berücksichtigt werden konnten. Auch quantitativ überprüfbare Zusammenhänge konnten, aufgrund der bisher noch nicht ausreichenden Forschungslage des Analysegegenstandes, nicht untersucht werden. Außerdem besteht die Möglichkeit, dass Veränderungsprozesse, trotz der Aussagen bisheriger Literatur, bereits vor Beginn des Samplingzeitraums stattfanden und daher in der Analyse nicht berücksichtigt werden konnten. Ebenso konnten, aufgrund der Länge des Untersuchungszeitraums und des Umfangs der zu berücksichtigten Themen, nur Aussagen des Bundeskanzleramts in die Analyse einbezogen werden. Es besteht die Möglichkeit, dass dadurch nicht die gesamte Bandbreite der in der Bundesregierung vorherrschenden Erwartungen an Unternehmen abgedeckt werden konnte. Da der Fokus des Interesses jedoch auf einem langfristigen Veränderungsprozess lag, kann, wie in Abschnitt 7.7 ausführlicher dargestellt, davon ausgegangen werden, dass die wichtigsten Aspekte langfristig auch in den Äußerungen des Kanzleramtes aufzufinden sind. Außerdem kann angemerkt werden, dass die Beziehung zwischen Regierung und Unternehmen nur aus Sicht der Bundesregierung untersucht wurde. Die Wahrnehmung der Unternehmen wurde dabei nicht

berücksichtigt. Allerdings existiert zu dem Verständnis von Unternehmen zu Unternehmensverantwortung bereits eine umfassendere Literaturgrundlage. Zuletzt bedeutet die Beschränkung auf Deutschland, dass keine vergleichenden Aussagen möglich sind. Allerdings kann die umfassende Auseinandersetzung dieser Arbeit mit dem Thema als Grundlage für eine weiterführende, vergleichende Fallstudie dienen.

9.6 Ansätze für weitere Forschung

Eine vergleichende Fallstudie mit anderen Ländern kann daher als erste Möglichkeit für weitergehende Forschung in diesem Bereich genannt werden. Außerdem könnten die Ergebnisse der Arbeit als Grundlage für eine konkrete quantitative Überprüfung einzelner Zusammenhänge, z.B. des Zusammenhangs zwischen dem Einsatz von Deutungsmustern aus höheren Diskursebenen und der Nachhaltigkeit von Veränderung spezifischerer Diskurse dienen. Ebenfalls interessant wäre es, diese Erkenntnisse auf die Diskursbeiträge von Unternehmen zu übertragen und zu überprüfen, ob diese bspw. in der Lage sind, unter Einsatz von Deutungsmustern einen Business Case zu konstruieren, um die Regierung von weiterer Regulierung abzuhalten. Diese Überlegungen zeigen einerseits die Anschlussfähigkeit dieser Arbeit für weitere Forschung. Andererseits weisen sie darauf hin, dass der Bereich der Unternehmensverantwortung und die damit zusammenhängende Beziehung zwischen Regierungen und Unternehmen als Forschungsfeld über das Untersuchungsfeld dieser Arbeit hinausgehende Desiderate aufweisen, die Raum für weitergehende Forschung bieten.

Literaturverzeichnis

Aaronson, S. A./ Reeves, J. (2002): The European Response to Public Demands for Global Corporate Responsibility, URL: http://gwu.academia.edu/susanaaronson/Papers/474357/The_European_response_to_public_demands_for_global_corporate_responsibility, Stand: 13.06.2011.

Aguinis, H./ Glavas, A. (2012): What We Know and Don't Know About Corporate Social Responsibility - A Review and Research Agenda, in: Journal of Management, 38. Jg., 4/2012, S. 932-968.

Albareda, L. et al. (2007): The Role of Governments in Fostering CSR, in: Kakabadse, A./ Morsing, M. (Hrsg.): Corporate Social Responsibility - Reconciling Aspiration with Application, Basingstoke 2007.

Albareda, L. et al. (2008): The Changing Role of Governments in Corporate Social Responsibility - Drivers and Responses, in: Business Ethics: A European Review, 17. Jg., 4/2008, S. 347-363.

Albareda, L./ Lozano, J. M./ Ysa, T. (2007): Public Policies on Corporate Social Responsibility - The Role of Governments in Europe, in: Journal of Business Ethics, 74. Jg., 4/2007, S. 391-407.

Albert, S. (1998): The Definition and Metadefinition of Identity, in: Whetten, D. A./ Godfrey, P. C. (Hrsg.): Identity in Organizations - Building Theory through Conversations, Los Angeles 1998, S. 1-13.

Albert, S./ Whetten, D. A. (1985): Organizational Identity, in: Research in Organizational Behavior, 7. Jg., 1985, S. 263-295.

Aldrich, H. E. (2011): Heroes, Villains, and Fools - Institutional Entrepreneurship, NOT Institutional Entrepreneurs, in: Entrepreneurship Research Journal, 1. Jg., 2/2011, S. 1-4.

Althoff, J. (2007): Der Faktor Glaubwürdigkeit - Voraussetzung wirkungsvoller Reformkommunikation, in: Weidenfeld, W. (Hrsg.): Reformen kommunizieren - Herausforderungen an die Politik, Gütersloh 2007, S. 206-222.

Alvesson, M./ Lee Ashcraft, K./ Thomas, R. (2008): Identity Matters - Reflections on the Construction of Identity Scholarship in Organization Studies, in: *Organization*, 15. Jg., 1/2008, S. 5-28.

Alvesson, M./ Sköldbërg, K. (2000): *Reflexive Methodology - New Vistas for Qualitative Research*, Los Angeles 2000.

Angermüller, J. (2011): Heterogeneous Knowledge - Trends in German Discourse Analysis Against an International Background, in: *Journal of Multicultural Discourses*, 6. Jg., 2/2011, S. 121-136.

Ansari, S./ Phillips, N. (2011): Text Me! - New Consumer Practices and Change in Organizational Fields, in: *Organization Science*, 22. Jg., 6/2011, S. 1579-1599.

Antal, A. B./ Oppen, M./ Sobczak, A. (2009): (Re)discovering the Social Responsibility of Business in Germany, in: *Journal of Business Ethics*, 89. Jg., Supplement 3/2009, S. 285-301.

Archer, M. S. (1982): Morphogenesis versus Structuration - On Combining Structure and Action, in: *British Journal of Sociology*, 33. Jg., 4/1982, S. 455-483.

Argandoña, A./ Weltzien Hoivik, H. von (2009): Corporate Social Responsibility - One Size Does Not Fit All. Collecting Evidence from Europe, in: *Journal of Business Ethics*, 89. Jg., Supplement/2009, S. 221-234.

Aßländer, M. S. (2011): Corporate Social Responsibility as Subsidiary Co-Responsibility - A Macroeconomic Perspective, in: *Journal of Business Ethics*, 99. Jg., 1/2011, S. 115-128.

Aßländer, M. S./ Löhr, A. (2010): Einführung - Zum Klärungsbedarf der Modevokabel "Corporate Social Responsibility", in: Aßländer, M. S./ Löhr, A. (Hrsg.): *Corporate Social Responsibility in der Wirtschaftskrise - Reichweiten der Verantwortung*, München 2010, S. 11-32.

Azevedo, J. (2002): Updating Organizational Epistemology, in: Baum, J. A. (Hrsg.): *The Blackwell Companion to Organizations*, Malden 2002, S. 715-732.

Baban, C. P. (2013): *Der innenpolitische Sicherheitsdiskurs in Deutschland - Zur diskursiven Konstruktion des sicherheitspolitischen Wandels 2001-2009*, Wiesbaden 2013.

- Backhaus-Maul, H. (2010a): Traditionspfad mit Entwicklungspotenzial, in: Backhaus-Maul, H. et al. (Hrsg.): Corporate Citizenship in Deutschland - gesellschaftliches Engagement von Unternehmen; Bilanz und Perspektiven, 2. Aufl., Wiesbaden 2010, S. 53-63.
- Backhaus-Maul, H. (2010b): Verantwortung und Engagement von Unternehmen in der Sozialen Marktwirtschaft - Der deutsche Institutionalisierungspfad unter globalen Einflüssen, in: Braun, S. (Hrsg.): Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen - Der deutsche Weg im internationalen Kontext, Wiesbaden 2010, S. 65-84.
- Backhaus-Maul, H./ Kunze, M. (2010): Unternehmen als gesellschaftliche Akteure - Soziologische Zugänge, in: Aßländer, M. S./ Löhr, A. (Hrsg.): Corporate Social Responsibility in der Wirtschaftskrise - Reichweiten der Verantwortung, München 2010, S. 85-98.
- Backhaus-Maul, H./ Kunze, M. (2012): Unternehmen in Gesellschaft - Soziologische Zugänge, in: Schneider, A./ Schmidpeter, R. (Hrsg.): Corporate Social Responsibility - Verantwortungsvolle Unternehmensführung in Theorie und Praxis, Berlin 2012, S. 99-112.
- Badura, P. et al. (2013): Grundgesetz - Kommentar, 69. Aufl., in: Beck-online, München 2013.
- Baethge, M. (2015): Die schleichende Erosion im Governance-Modell des deutschen Berufsbildungssystems, in: Dingeldey, I./ Holtrup, A./ Warsewa, G. (Hrsg.): Wandel der Governance der Erwerbsarbeit, Wiesbaden 2015, S. 273-299.
- Baier, K. (1970): Responsibility and Action, in: Brand, M. (Hrsg.): The Nature of Human Action, Glenview 1970, S. 100-116.
- Baier, K. (1998): Guilt and Responsibility, in: French, P. A. (Hrsg.): Individual and Collective Responsibility, 2. Aufl., Rochester 1998, S. 93-116.
- Bandau, F./ Dümig, K. (2015): Verwaltung des deutschen „Beschäftigungswunders“, in: Zohnhöfer, R./ Saalfeld, T. (Hrsg.): Politik im Schatten der Krise, Wiesbaden 2015, S. 373-396.
- Bandelow, N./ Hartmann, A. (2007): Weder Rot noch grün - Machterosion und Interessenfragmentierung bei Staat und Verbänden in der Gesundheitspolitik, in: Egle, C./ Zohnhöfer, R. (Hrsg.): Ende des rot-

grünen Projektes - Eine Bilanz der Regierung Schröder 2002-2005, Wiesbaden 2007, S. 334-354.

Bandelow, N. C./ Hartmann, A. (2015): Gesundheitspolitik unter gelb-schwarzer Führung - Begrenzte Erklärungskraft der Parteiendifferenz in einem vermachteten Politikfeld, in: Zohnhöfer, R./ Saalfeld, T. (Hrsg.): Politik im Schatten der Krise, Wiesbaden 2015, S. 427-449.

Banerjee, S. B. (2007): Corporate Social Responsibility - The Good, the Bad and the Ugly, Cheltenham 2007.

Barth, R./ Wolff, F. (2009): Corporate Social Responsibility and Sustainability Impact - Opening Up the Arena, in: Barth, R./ Wolff, F. (Hrsg.): Corporate Social Responsibility in Europe - Rhetoric and Realities, Cheltenham 2009, S. 3-25.

Bassen, A./ Jastram, S./ Meyer, K. (2005): Corporate Social Responsibility - Eine Begriffserläuterung, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik, 6. Jg., 2/2005, S. 231-236.

Battilana, J. (2006): Agency and Institutions - The Enabling Role of Individuals' Social Position, in: Organization, 13. Jg., 5/2006, S. 653-676.

Battilana, J./ D'Aunno, T. (2009): Institutional Work and the Paradox of Embedded Agency, in: Lawrence, T. B./ Suddaby, R./ Leca, B. (Hrsg.): Institutional Work - Actors and Agency in Institutional Studies of Organization, Cambridge 2009, S. 31-58.

Baule, B. (2012): §72 Kommerzkultur, Verbrauchermacht, moralischer Konsum - Zur Verbraucherpolitik im Föderalismus, in: Härtel, I. (Hrsg.): Handbuch Föderalismus - Föderalismus als demokratische Rechtsordnung und Rechtskultur in Deutschland, Europa und der Welt, Band III: Entfaltungsbereiche des Föderalismus, Berlin 2012, S. 515-613.

Becker, H. S. (1996): The Epistemology of Qualitative Research, in: Jessor, R./ Colby, A./ Shweder, R. A. (Hrsg.): Ethnography and Human Development - Context and Meaning in Social Inquiry, Chicago 1996, S. 53-71.

Becker, J./ Fuest, C. (2007): Steuerpolitische Perspektiven der Unternehmensteuerreform 2008, in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, 2/2007, S. 39-48.

Becker-Ritterspach, J. C./ Becker-Ritterspach, F. A. (2006): Organisationales Feld und Gesellschaftlicher Sektor im Neo-Institutionalismus, in: Senge, K./ Hellmann, K.-U. (Hrsg.): Einführung in den Neo-Institutionalismus, Wiesbaden 2006, S. 118-136.

Beckert, B./ Riehm, U. (2012): Gesetzliche Regelungen für den Zugang zur Informationsgesellschaft - Endbericht zum Monitoring, in: Arbeitsbericht, Nr. 149, Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag,

Beckert, J. (1999): Agency, Entrepreneurs, and Institutional Change - The Role of Strategic Choice and Institutionalized Practices in Organizations, in: Organization Studies, 20. Jg., 5/1999, S. 777-799.

Beckert, J. (2010): How Do Fields Change? - The Interrelations of Institutions, Networks, and Cognition in the Dynamics of Markets, in: Organization Studies, 31. Jg., 5/2010, S. 605-627.

Beckert, J. (2011): Postscript: Fields and Markets - Sociological and Historical Perspectives, in: Historical Social Research, 36. Jg., 3/2011, S. 223-234.

Beech, N./ Huxham, C. (2003): Cycles of Identity Formation in Interorganizational Collaborations, in: International Studies of Management & Organization, 33. Jg., 3/2003, S. 28-52.

Berger, P. L./ Luckmann, T. (1971): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit - Eine Theorie der Wissenssoziologie, 2. Aufl., Frankfurt am Main 1971.

Beschorner, T./ Osmers, H. (2005): Jenseits einer Unternehmensethik des Stakeholder-Managements - Von der gesellschaftsorientierten Unternehmenslehre zur unternehmensorientierten Gesellschaftslehre, in: Schmidt, M./ Beschorner, T. (Hrsg.): Werte- und Reputationsmanagement, München 2005, S. 83-119.

Beschorner, T./ Schank, C. (2012): CSR - Zur Bürgerrolle und Verantwortung von Unternehmen, in: Schneider, A./ Schmidpeter, R. (Hrsg.): Corporate Social Responsibility - Verantwortungsvolle Unternehmensführung in Theorie und Praxis, Berlin 2012, S. 155-164.

- Beyer, J./ Höpner, M. (2003): The Disintegration of Organised Capitalism - German Corporate Governance in the 1990s, in: West European Politics, 26. Jg., 4/2003, S. 179-198.
- Bhaskar, R. (1979): The Possibility of Naturalism - A Philosophical Critique of the Contemporary Human Sciences, in: Philosophy now, Brighton 1979.
- Binder, A. (2007): For Love and Money - Organizations' Creative Responses to Multiple Environmental Logics, in: Theory and Society, 36. Jg., 6/2007, S. 547-571.
- Bjerregaard, T. (2010): Industry and Academia in Convergence - Micro-Institutional Dimensions of R&D Collaboration, in: Technovation, 30. Jg., 2/2010, S. 100-108.
- Blancke, S./ Schmid, J. (2003): Bilanz der Bundesregierung Schröder in der Arbeitsmarktpolitik 1998 - 2002 - Ansätze zu einer doppelten Wende, in: Egle, C./ Ostheim, T./ Zohnhöfer, R. (Hrsg.): Das rot-grüne Projekt - Eine Bilanz der Regierung Schröder, 1998-2002, Wiesbaden 2003, S. 215-238.
- Blank, F. (2011): Soziale Rechte 1998–2005 - Die Wohlfahrtsstaatsreformen der rot-grünen Bundesregierung, Wiesbaden 2011.
- Blatter, J. K./ Janning, F./ Wagemann, C. (2007): Qualitative Politikanalyse - Eine Einführung in Forschungsansätze und Methoden, Wiesbaden 2007.
- Blindheim, B.-T. (2015): Institutional Models of Corporate Social Responsibility - A Proposed Refinement of the Explicit-Implicit Framework, in: Business & Society, 54. Jg., 1/2015, S. 52-88.
- Blühdorn, I. (2010): Win-win-Szenarien im Härtetest - Die Umweltpolitik der Großen Koalition 2005-2009, in: Bukow, S./ Seemann, W. (Hrsg.): Die Große Koalition - Regierung - Politik - Parteien 2005-2009, Wiesbaden 2010, S. 211-227.
- BMAS (2008): Die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen (CSR) zwischen Markt und Politik, Berlin 2008.
- BMAS (2010): Nationale Strategie zur gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen (Corporate Social Responsibility - CSR) - Aktionsplan CSR 2010.

- BMAS (2013): Über CSR - Was ist CSR?, URL: <http://www.csr-in-deutschland.de/ueber-csr/was-ist-csr.html>, Stand: 15.04.2013.
- BMJV (2016): Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der nichtfinanziellen Berichterstattung der Unternehmen in ihren Lage- und Konzernlageberichten - CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz, URL: https://www.bmjbv.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/Dokumente/RefE_CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz.pdf?__blob=publicationFile&v=1, Stand: 20.04.2016.
- Boasson, E. L./ Wettestad, J./ Bohn, M. (2009): CSR in the European Oil Sector - A Mapping of Company Perceptions, in: Barth, R./ Wolff, F. (Hrsg.): Corporate Social Responsibility in Europe - Rhetoric and Realities, Cheltenham 2009, S. 65-79.
- Böcher, M./ Töller, A. E. (2012): Umweltpolitik in Deutschland - Eine politikfeldanalytische Einführung, Wiesbaden 2012.
- Boddewyn, J. J./ Brewer, T. L. (1994): International-Business Political Behavior - New Theoretical Directions, in: Academy of Management Review, 19. Jg., 1/1994, S. 119-143.
- Bonardi, J.-P./ Hillman, A. J./ Keim, G. (2005): The Attractiveness of Political Markets - Implications for Firm Strategy, in: Academy of Management Review, 30. Jg., 2/2005, S. 397-413.
- Bondy, K./ Moon, J./ Matten, D. (2012): An Institution of Corporate Social Responsibility (CSR) in Multi-National Corporations (MNCs) - Form and Implications, in: Journal of Business Ethics, 111. Jg., 2/2012, S. 281-299.
- Bormann, I. (2011): Zwischenräume der Veränderung - Innovationen und ihr Transfer im Feld von Bildung und Erziehung, Wiesbaden 2011.
- Borum, F./ Westenholz, A. (1995): The Incorporation of Multiple Institutional Models - Organizational Field Multiplicity and the Role of Actors, in: Scott, W. R./ Christensen, S. (Hrsg.): The Institutional Construction of Organizations - International and Longitudinal Studies, Los Angeles 1995, S. 113-131.
- Bothfeld, S. (2008): Under (Re-)Construction - Die Fragmentierung des deutschen Geschlechterregimes durch die neue Familienpolitik, in: Arbeitspapier, Nr. 1, Zentrum für Sozialpolitik, Bremen.

Bothfeld, S./ Kuhl, M. (2008): Gleichstellungspolitik und feministische Politikwissenschaft - eine „unsichtbare Avantgarde“ der Governance-Forschung?, in: Schuppert, G. F./ Zürn, M. (Hrsg.): Governance in einer sich wandelnden Welt. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft Nr. 41, Wiesbaden, S. 330-351.

Bourdieu, P. (1986): The Forms of Capital, in: Richardson, J. G. (Hrsg.): Handbook of Theory and Research for the Sociology of Education, New York 1986, S. 241-258.

Bourdieu, P. (2005): The Political Field, the Social Science Field, and the Journalistic Field, in: Benson, R./ Neveu, E. (Hrsg.): Bourdieu and the Journalistic Field, Cambridge 2005, S. 29-47.

Brammer, S./ Jackson, G./ Matten, D. (2012): Corporate Social Responsibility and Institutional Theory - New Perspectives on Private Governance, in: Socio-Economic Review, 10. Jg., 1/2012, S. 3-28.

Braun, S. (2010): Zwischen nationalen Traditionen und globalen Herausforderungen - Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen in der sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland, in: Braun, S. (Hrsg.): Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen - Der deutsche Weg im internationalen Kontext, Wiesbaden 2010, S. 85-105.

Braun, S./ Backhaus-Maul, H. (2010): Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen in Deutschland - Eine sozialwissenschaftliche Sekundäranalyse, Wiesbaden 2010.

Bredgaard, T. (2004): Corporate Social Responsibility Between Public Policy and Enterprise Policy, in: Transfer: European Review of Labour and Research, 10. Jg., 3/2004, S. 372-392.

Brewer, M. B. (1991): The Social Self - On Being the Same and Different at the Same Time, in: Personality and Social Psychology Bulletin, 17. Jg., 5/1991, S. 475-482.

Brown, A. D./ Lewis, M. A. (2011): Identities, Discipline and Routines, in: Organization Studies, 32. Jg., 7/2011, S. 871-895.

Brüsemeister, T. (2008): Qualitative Forschung - Ein Überblick, 2. Aufl., Wiesbaden 2008.

- Brütt, C. (2010): Workfare als Soziales - Zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der Großen Koalition, in: Bukow, S./ Seemann, W. (Hrsg.): Die Große Koalition - Regierung - Politik - Parteien 2005-2009, Wiesbaden 2010, S. 123-141.
- Bryman, A. (2012): Social Research Methods, 4. Aufl., Oxford, New York 2012.
- Buchholz, R. A. (1996): Private Management and Public Policy - Another Look at Interpenetrating Systems Theory, in: Business & Society, 35. Jg., 4/1996, S. 444-453.
- Buchholz, R. A./ Rosenthal, S. B. (2004): Stakeholder Theory and Public Policy - How Governments Matter, in: Journal of Business Ethics, 51. Jg., 2/2004, S. 143-153.
- Buhmann, K. (2010): Reflexive Regulation of CSR to Promote Sustainability - Understanding EU Public-Private Regulation on CSR Through the Case of Human Rights, in: Research Paper Series, Nr. 2010-07, herausgegeben von University of Oslo Faculty of Law, Oslo.
- Bundesministerium der Justiz: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland - GG, 100-1, in: Bundesgesetzblatt.
- Burrell, G./ Morgan, G. (1979): Sociological Paradigms and Organisational Analysis - Elements of the Sociology of Corporate Life, London 1979.
- Busch, A. (2003): Extensive Politik in den Klippen der Semisouveränität - Die Innen- und Rechtspolitik der rot-grünen Koalition, in: Egle, C./ Ostheim, T./ Zohnhöfer, R. (Hrsg.): Das rot-grüne Projekt - Eine Bilanz der Regierung Schröder, 1998-2002, Wiesbaden 2003, S. 305-327.
- Busch, A. (2010): Kontinuität statt Wandel - Die Innen- und Rechtspolitik der Großen Koalition, in: Egle, C./ Zohnhöfer, R. (Hrsg.): Die zweite Große Koalition, Wiesbaden 2010, S. 403-432.
- Busemeyer, M. R. (2009): Die Sozialpartner und der Wandel in der Politik der beruflichen Bildung seit 1970, in: Industrielle Beziehungen, 16. Jg., 3/2009, S. 273-294.
- Busemeyer, M. R./ Trampusch, C. (2013): Liberalization by Exhaustion - Transformative Change in the German Welfare State and Vocational

Training System, in: Zeitschrift für Sozialreform, 59. Jg., 3/2013, S. 291-312.

Busse, V. (2013): Geschäftsordnung Bundesregierung, in: NomosKommentar, Baden-Baden 2013.

Butterwegge, C. (2009): Fit für die Globalisierung? - Deutschland auf dem Weg zur Modernisierung seiner Migrations- und Integrationspolitik, in: Butterwegge, C./ Hentges, G. (Hrsg.): Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung, Wiesbaden 2009, S. 137-170.

Caldwell, R. (2007): Agency and Change - Re-evaluating Foucault's Legacy, in: Organization, 14. Jg., 6/2007, S. 769-791.

Campbell, D. T./ Overman, E. S. (1988): Methodology and Epistemology for Social Science - Selected Papers, Chicago 1988.

Campbell, J. L. (2004): Institutional Change and Globalization, Princeton 2004.

Campbell, J. L. (2006): Institutional Analysis and the Paradox of Corporate Social Responsibility, in: American Behavioral Scientist, 49. Jg., 7/2006, S. 925-938.

Campbell, J. L. (2007): Why Would Corporations Behave in Socially Responsible Ways? - An Institutional Theory of Corporate Social Responsibility, in: Academy of Management Review, 32. Jg., 3/2007, S. 946-967.

Canals, J. (2010): Building Respected Companies - Rethinking Business Leadership and the Purpose of the Firm, Cambridge 2010.

Carlsen, A. (2006): Organizational Becoming as Dialogic Imagination of Practice - The Case of the Indomitable Gauls, in: Organization Science, 17. Jg., 1/2006, S. 132-149.

Carroll, A. B. (1979): A Three-Dimensional Conceptual Model of Corporate Performance, in: Academy of Management Review, 4. Jg., 4/1979, S. 497-505.

Carroll, A. B. (1991): The Pyramid of Corporate Social Responsibility - Toward the Moral Management of Organizational Stakeholders, in: Business Horizons, 34. Jg., 4/1991, S. 39-48.

- Carroll, A. B. (1999): Corporate Social Responsibility - Evolution of a Definitional Construct, in: *Business & Society*, 38. Jg., 3/1999, S. 268-295.
- Carroll, A. B. (2012): Corporate Social Responsibility (CSR), in: SAGE Publications (Hrsg.): *SAGE Brief Guide to Corporate Social Responsibility*, Los Angeles 2012, S. 2-12.
- Carroll, A. B./ Shabana, K. M. (2010): The Business Case for Corporate Social Responsibility - A Review of Concepts, Research and Practice, in: *International Journal of Management Reviews*, 12. Jg., 1/2010, S. 85-105.
- Cerulo, K. A. (1997): Identity Construction - New Issues, New Directions, in: *Annual Review of Sociology*, 23. Jg., 1/1997, S. 385-409.
- Chatterji, A. K./ Levine, D. I./ Toffel, M. W. (2009): How Well Do Social Ratings Actually Measure Corporate Social Responsibility?, in: *Journal of Economics & Management Strategy*, 18. Jg., 1/2009, S. 125-169.
- Child, J./ Lu, Y./ Tsai, T. (2007): Institutional Entrepreneurship in Building an Environmental Protection System for the People's Republic of China, in: *Organization Studies*, 28. Jg., 7/2007, S. 1013-1034.
- Clark, S. M. et al. (2010): Transitional Identity as a Facilitator of Organizational Identity Change during a Merger, in: *Administrative Science Quarterly*, 55. Jg., 3/2010, S. 397-438.
- Clegg, S. (2010): The State, Power, and Agency - Missing in Action in Institutional Theory?, in: *Journal of Management Inquiry*, 19. Jg., 1/2010, S. 4-13.
- Clegg, S. R./ Rhodes, C./ Kornberger, M. (2007): Desperately Seeking Legitimacy - Organizational Identity and Emerging Industries, in: *Organization Studies*, 28. Jg., 4/2007, S. 495-513.
- Coen, D. (2005): Business-Regulatory Relations - Learning to Play Regulatory Games in European Utility Markets, in: *Governance*, 18. Jg., 3/2005, S. 375-398.
- Conklin, D. W. (2010): *The Global Environment of Business - New Paradigms for International Management*, Los Angeles 2010.

Corley, K. G. (2004): Defined by Our Strategy or Our Culture? - Hierarchical Differences in Perceptions of Organizational Identity and Change, in: *Human Relations*, 57. Jg., 9/2004, S. 1145-1177.

Corley, K. G. et al. (2006): Guiding Organizational Identity Through Aged Adolescence, in: *Journal of Management Inquiry*, 15. Jg., 2/2006, S. 85-99.

Corley, K. G./ Gioia, D. A. (2004): Identity Ambiguity and Change in the Wake of a Corporate Spin-off, in: *Administrative Science Quarterly*, 49. Jg., 2/2004, S. 173-208.

Corley, K. G./ Harrison, S. H. (2009): Generative Organizational Identity Change - Approaching Organizational Authenticity as a Process, in: Roberts, L. M./ Dutton, J. E. (Hrsg.): *Exploring Positive Identities and Organizations - Building a Theoretical and Research Foundation*, New York 2009, S. 361-384.

Cornelissen, J. P. (2002a): On the 'Organizational Identity' Metaphor, in: *British Journal of Management*, 13. Jg., 3/2002, S. 259-268.

Cornelissen, J. P. (2002b): The Merit and Mischief of Metaphor - A Reply to Gioia, Schultz and Corley, in: *British Journal of Management*, 13. Jg., 3/2002, S. 277-279.

Cornelissen, J. P. (2006): Metaphor and the Dynamics of Knowledge in Organization Theory - A Case Study of the Organizational Identity Metaphor, in: *Journal of Management Studies*, 43. Jg., 4/2006, S. 683-709.

Cornelissen, J. P./ Haslam, S. A./ Balmer, J. M. T. (2007): Social Identity, Organizational Identity and Corporate Identity - Towards an Integrated Understanding of Processes, Patternings and Products, in: *British Journal of Management*, 18. Jg., Supplement/2007, S. 1-16.

Cornelius, N. et al. (2008): Corporate Social Responsibility and the Social Enterprise, in: *Journal of Business Ethics*, 81. Jg., 2/2008, S. 355-370.

Crane, A./ Matten, D. (2010): *Business Ethics - Managing Corporate Citizenship and Sustainability in the Age of Globalization*, 3. Aufl., Oxford 2010.

Crane, A./ Matten, D./ Moon, J. (2010): The Emergence of Corporate Citizenship - Historical Development and Alternative Perspectives, in: Backhaus-Maul, H. et al. (Hrsg.): *Corporate Citizenship in Deutschland* -

gesellschaftliches Engagement von Unternehmen; Bilanz und Perspektiven, 2. Aufl., Wiesbaden 2010, S. 64-91.

Crane, A./ Matten, D./ Spence, L. J. (2008): Corporate Social Responsibility - In Global Context, in: Crane, A./ Matten, D./ Spence, L. J. (Hrsg.): Corporate Social Responsibility - Readings and Cases in a Global Context, London 2008, S. 3-20.

Curbach, J. (2009): Die Corporate-Social-Responsibility-Bewegung, in: Wirtschaft + Gesellschaft, Wiesbaden 2009.

Czarniawska, B./ Wolff, R. (1998): Constructing New Identities in Established Organization Fields, in: International Studies of Management & Organization, 28. Jg., 3/1998, S. 32-56.

Dahan, N./ Doh, J./ Guay, T. (2006): The Role of Multinational Corporations in Transnational Institution Building - A Policy Network Perspective, in: Human Relations, 59. Jg., 11/2006, S. 1571-1600.

Dahlsrud, A. (2008): How Corporate Social Responsibility is Defined - An Analysis of 37 Definitions, in: Corporate Social Responsibility and Environmental Management, 15. Jg., 1/2008, S. 1-13.

Dannenbring, J. (2010): Gesellschaftliches Engagement im Handwerk im Spannungsfeld zwischen Förderung und Regulierung, in: Aßländer, M. S./ Löhr, A. (Hrsg.): Corporate Social Responsibility in der Wirtschaftskrise - Reichweiten der Verantwortung, München 2010, S. 247-265.

Davies, J. S./ Trounstone, J. (2012): Urban Politics and the New Institutionalism, in: Mossberger, K./ Clarke, S. E./ John, P. (Hrsg.): The Oxford Handbook of Urban Politics, Oxford 2012, S. 51-70.

De Bakker, F. G. A. (2012): Exploring Networks of Activism on Corporate Social Responsibility - Suggestions for a Research Agenda, in: Creativity and Innovation Management, 21. Jg., 2/2012, S. 212-223.

Deetz, S. (1996): Crossroads - Describing Differences in Approaches to Organization Science - Rethinking Burrell and Morgan and Their Legacy, in: Organization Science, 7. Jg., 2/1996, S. 191-207.

Déjean, F./ Gond, J.-P./ Leca, B. (2004): Measuring the Unmeasured - An Institutional Entrepreneur Strategy in an Emerging Industry, in: Human Relations, 57. Jg., 6/2004, S. 741-764.

Den Hond, F. et al. (2014): Playing on Two Chessboards - Reputation Effects between Corporate Social Responsibility (CSR) and Corporate Political Activity (CPA), in: Journal of Management Studies, 51. Jg., 5/2014, S. 790-813.

Dentchev, N. A./ van Balen, M./ Haezendonck, E. (2015): On Voluntarism and the Role of Governments in CSR - Towards a Contingency Approach, in: Business Ethics: A European Review, 24. Jg., 4/2015, S. 378-397.

Descartes, R. (1962): Regeln zur Leitung des Geistes, 2. Aufl., Hamburg 1962.

Detomasi, D. (2015): The Multinational Corporation as a Political Actor - 'Varieties of Capitalism' Revisited, in: Journal of Business Ethics, 128. Jg., 3/2015, S. 685-700.

Deutsche Bundesregierung (2011): Positionspapier der Bundesregierung zur Mitteilung der Europäischen Kommission „Eine neue EU-Strategie (2011-14) für die soziale Verantwortung der Unternehmen (CSR)“ (KOM 2011)681 endg.), Berlin.

DiMaggio, P. J. (1983): State Expansion and Organizational Fields, in: Hall, R. H./ Quinn, R. E. (Hrsg.): Organizational Theory and Public Policy, Los Angeles 1983, S. 147-161.

DiMaggio, P. J. (1988): Interest and Agency in Institutional Theory, in: Zucker, L. G. (Hrsg.): Institutional Patterns and Organizations - Culture and Environment, Cambridge 1988, S. 3-21.

DiMaggio, P. J./ Powell, W. W. (1983): The Iron Cage Revisited - Institutional Isomorphism and Collective Rationality in Organizational Fields, in: American Sociological Review, 48. Jg., 2/1983, S. 147-160.

DiMaggio, P. J./ Powell, W. W. (1991): Introduction, in: Powell, W. W./ DiMaggio, P. J. (Hrsg.): The New Institutionalism in Organizational Analysis, Chicago 1991, S. 1-38.

Dingeldey, I. (2006): Aktivierender Wohlfahrtsstaat und sozialpolitische Steuerung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 8-9/2006, S. 3-9.

Dingwerth, K./ Blauberger, M./ Schneider, C. (2011): Postnationale Demokratie - Eine Einführung am Beispiel von EU, WTO und UNO, in: Grundwissen Politik, Bd. 47, Wiesbaden 2011.

- Dobbin, F. R. (2008): The Poverty of Organizational Theory - Comment on: "Bourdieu and Organizational Analysis", in: *Theory and Society*, 37. Jg., 1/2008, S. 53-63.
- Donaldson, T./ Dunfee, T. W. (1994): Toward a Unified Conception of Business Ethics - Integrative Social Contracts Theory, in: *Academy of Management Review*, 19. Jg., 2/1994, S. 252-284.
- Drew, A. J./ Kriz, A. P. (2012): Towards a Theoretical Framework for Examining Societal-Level Institutional Change, in: Tihanyi, L./ Devinney, T. M./ Pedersen, T. (Hrsg.): *Institutional Theory in International Business and Management*, Bingley 2012, S. 65-98.
- Dubbink, W. (2007): Transparency Gained, Morality Lost, in: *Business & Society Review*, 112. Jg., 2/2007, S. 287-313.
- Dümig, K. (2010): Ruhe nach und vor dem Sturm - Die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik der Großen Koalition, in: Egle, C./ Zohnhöfer, R. (Hrsg.): *Die zweite Große Koalition*, Wiesbaden 2010, S. 279-301.
- Dunkel, T. (2004): Der Einfluss institutioneller Rahmenbedingungen auf die nationalen Innovationssysteme in Frankreich und Deutschland, Dissertation, Universität Kassel, Kassel 2004.
- Dunn, M. B./ Jones, C. (2010): Institutional Logics and Institutional Pluralism - The Contestation of Care and Science Logics in Medical Education, 1967-2005, in: *Administrative Science Quarterly*, 55. Jg., 1/2010, S. 114-149.
- Duong Dinh, H. (2011): Corporate Social Responsibility - Determinanten der Wahrnehmung, Wirkungsprozesse und Konsequenzen, Wiesbaden 2011.
- Dutton, J. E./ Dukerich, J. M. (1991): Keeping an Eye on the Mirror - Image and Identity in Organizational Adaptation, in: *Academy of Management Journal*, 34. Jg., 3/1991, S. 517-554.
- Dutton, J. E./ Dukerich, J. M./ Harquail, C. V. (1994): Organizational Images and Member Identification, in: *Administrative Science Quarterly*, 39. Jg., 2/1994, S. 239-263.
- Dyson, K. (2005): Economic Policy Management - Catastrophic Equilibrium, Tipping Points and Crisis Interventions, in: Green, S./ Paterson,

- W. E. (Hrsg.): Governance in Contemporary Germany - The Semisovereign State Revisited, Cambridge 2005, S. 115-137.
- Eberlein, B. (2000): Institutional Change and Continuity in German Infrastructure Management - The Case of Electricity Reform, in: German Politics, 9. Jg., 3/2000, S. 81-104.
- Egle, C. (2009): Reformpolitik in Deutschland und Frankreich - Wirtschafts- und Sozialpolitik bürgerlicher und sozialdemokratischer Regierungen seit Mitte der 90er Jahre, Wiesbaden 2009.
- Egle, C./ Zohlnhöfer, R. (Hrsg.) (2007): Ende des rot-grünen Projektes - Eine Bilanz der Regierung Schröder 2002-2005, Wiesbaden 2007.
- Egle, C./ Zohlnhöfer, R. (Hrsg.) (2010): Die zweite Große Koalition, Wiesbaden 2010.
- Ehlert, N. (2010): Die Familienpolitik der Großen Koalition, in: Bukow, S./ Seemann, W. (Hrsg.): Die Große Koalition - Regierung - Politik - Parteien 2005-2009, Wiesbaden 2010, S. 142-158.
- Eichhorst, W./ Zimmermann, K. F. (2005): Eine wirtschaftspolitische Bilanz der rot-grünen Bundesregierung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 43/2005, S. 11-17.
- Eisenhardt, K. M./ Graebner, M. E. (2007): Theory Building from Cases - Opportunities and Challenges, in: Academy of Management Journal, 50. Jg., 1/2007, S. 25-32.
- Eisenkopf, A. (2007): Wettbewerb und Innovation - Die Grenzen staatlicher Innovationspolitik, in: Koch, G./ Warneken, B. J. (Hrsg.): Region — Kultur — Innovation - Wege in die Wissensgesellschaft, Wiesbaden 2007, S. 201-214.
- Emirbayer, M./ Johnson, V. (2008): Bourdieu and Organizational Analysis, in: Theory and Society, 37. Jg., 1/2008, S. 1-44.
- Emirbayer, M./ Mische, A. (1998): What Is Agency?, in: American Journal of Sociology, 103. Jg., 4/1998, S. 962-1023.
- Enderle, G. (2010): Clarifying the Terms of Business Ethics and CSR, in: Business Ethics Quarterly, 20. Jg., 4/2010, S. 730-732.

Enderlein, H. (2010): Finanzkrise und große Koalition: Eine Bewertung des Krisenmanagements der Bundesregierung, in: Egle, C./ Zohnhöfer, R. (Hrsg.): Die zweite Große Koalition, Wiesbaden 2010, S. 234-253.

Engelhard, J./ Schmidt-Wellenburg, C./ Steinhausen, D. (2009): Institutionelle Entwicklung des Internationalen Managements als wissenschaftliche Disziplin, in: Oesterle, M.-J./ Schmid, S. (Hrsg.): Internationales Management - Forschung, Lehre, Praxis, Stuttgart 2009, S. 69-92.

Engelhard, J./ Trautnitz, G. (2005): Tragen Unternehmen Verantwortung? - Überlegungen zur Fundierung des Konzeptes korporativer Verantwortung, in: Oesterle, M.-J./ Wolf, J. (Hrsg.): Internationalisierung und Institution - Klaus Macharzina zur Emeritierung, Wiesbaden 2005, S. 517-541.

Erhard, L. (1957): Wohlstand für Alle, Düsseldorf 1957.

Esser, H. (2000): Institutionen, in: Soziologie. Spezielle Grundlagen, Bd. 5, Frankfurt am Main 2000.

Etzion, D./ Ferraro, F. (2006): Institutional Entrepreneurship through Voluntary Standard Setting - The Case of the Global Reporting Initiative, URL: <http://www.econ.upf.edu/docs/seminars/etzionferraro.pdf>, Stand: 19.08.2015.

Europäische Kommission (2001): Europäische Rahmenbedingungen für die soziale Verantwortung der Unternehmen, in: Grünbuch, Nr. KOM (2001) 366 endgültig, Brüssel.

Europäische Kommission (2002): Mitteilung betreffend die soziale Verantwortung der Unternehmen - Ein Unternehmensbeitrag zur nachhaltigen Entwicklung, Nr. KOM(2002) 347 endgültig, Brüssel.

Europäische Kommission (2011): Eine neue EU-Strategie (2011-14) für die soziale Verantwortung der Unternehmen (CSR), Europäische Kommission, Brüssel.

Fassin, Y. (2008): Imperfections and Shortcomings of the Stakeholder Model's Graphical Representation, in: Journal of Business Ethics, 80. Jg., 4/2008, S. 879-888.

Fehling, M. (2014): Neues Regulierungsrecht im Anschluss an die Energiewende, in: Die Verwaltung, 47. Jg., 3/2014, S. 313-348.

Fereidooni, K. (2012): Schlaglichter der bundesdeutschen Migrations- und Integrationspolitik seit 1945 bis zur Gegenwart, in: Fereidooni, K. (Hrsg.): Das interkulturelle Lehrerzimmer - Perspektiven neuer deutscher Lehrkräfte auf den Bildungs- und Integrationsdiskurs, Wiesbaden 2012, S. 23-38.

Fioretos, O. (2011): Historical Institutionalism in International Relations, in: International Organization, 65. Jg., 02/2011, S. 367-399.

Fiss, P. C./ Zajac, E. J. (2006): The Symbolic Management of Strategic Change - Sensegiving Via Framing and Decoupling, in: Academy of Management Journal, 49. Jg., 6/2006, S. 1173-1193.

Fleckenstein, T. (2011): The Politics of Ideas in Welfare State Transformation - Christian Democracy and the Reform of Family Policy in Germany, in: Social Politics: International Studies in Gender, State & Society, 18. Jg., 4/2011, S. 543-571.

Fleischer, J. (2011): Das Primat der Richtlinienkompetenz im politischen Prozess, in: Florack, M./ Grunden, T. (Hrsg.): Regierungszentralen - Organisation, Steuerung und Politikformulierung zwischen Formalität und Informalität, Wiesbaden 2011, S. 201-223.

Flick, U. (2007a): Qualitative Sozialforschung - Eine Einführung, in: Rowohlts Enzyklopädie, Reinbek bei Hamburg 2007.

Flick, U. (2007b): Zur Qualität qualitativer Forschung - Diskurse und Ansätze, in: Kuckartz, U./ Grunenberg, H./ Dresing, T. (Hrsg.): Qualitative Datenanalyse - computergestützt, Wiesbaden 2007, S. 188-209.

Flick, U. (2010): Gütekriterien qualitativer Forschung, in: Mey, G./ Mruck, K. (Hrsg.): Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie, Wiesbaden 2010, S. 395-407.

Flick, U. (2011): Triangulation - Eine Einführung, Wiesbaden 2011.

Fligstein, N. (1997): Social Skill and Institutional Theory, in: American Behavioral Scientist, 40. Jg., 4/1997, S. 397-405.

Fligstein, N. (1999): Fields, Power and Social Skill - A Critical Analysis of the New Institutionalisms, in: Recent Work, Center for Culture, Organizations and Politics, Institute for Research on Labor and Employment, UC Berkeley, URL: <http://escholarship.org/uc/item/89m770dv>.

- Fligstein, N./ McAdam, D. (2012): A Theory of Fields, Oxford 2012.
- Flohr, A. et al. (2010): Variations in Corporate Norm-Entrepreneurship - Why the Home State Matters, in: Ougaard, M./ Leander, A. (Hrsg.): Business and Global Governance, London 2010, S. 235-256.
- Florian, M. (2008): Felder und Institutionen - Der soziologische Neo-Institutionalismus und die Perspektiven einer praxistheoretischen Institutionenanalyse, in: Berliner Journal für Soziologie, 18. Jg., 1/2008, S. 129-155.
- Fooks, G. J. et al. (2011): Corporate Social Responsibility and Access to Policy Élites - An Analysis of Tobacco Industry Documents, in: PLoS Med, 8. Jg., 8/2011, S. o. S.
- Fooks, G. J. et al. (2013): The Limits of Corporate Social Responsibility - Techniques of Neutralization, Stakeholder Management and Political CSR, in: Journal of Business Ethics, 112. Jg., 2/2013, S. 283-299.
- Fourcade, M. (2007): Theories of Markets and Theories of Society, in: American Behavioral Scientist, 50. Jg., 8/2007, S. 1015-1034.
- Fox, T./ Ward, H./ Howard, B. (2002): Public Sector Roles in Strengthening Corporate Social Responsibility - A Baseline Study, World Bank, Washington, D.C.
- Frank, R./ Horst, D. W. (2011): Corporate Responsibility Reporting Reloaded - The New ESG-Reporting Imperative, in: Helm, S./ Liehr-Gobbers, K./ Storck, C. (Hrsg.): Reputation Management, Berlin 2011, S. 257-265.
- Frederick, W. C. (2006): Corporation, Be Good! - The Story of Corporate Social Responsibility, Indianapolis 2006.
- Freeman, R. E. (1984): Strategic Management - A Stakeholder Approach, in: Pitman Series in Business and Public Policy, Boston 1984.
- Freeman, R. E. (1994): The Politics of Stakeholder Theory - Some Future Directions, in: Business Ethics Quarterly, 4. Jg., 4/1994, S. 409-421.
- Freeman, R. E. et al. (2010): Stakeholder Theory - The State of the Art, Cambridge 2010.
- Friedland, R./ Alford, R. R. (1991): Bringing Society Back In - Symbols, Practices, and Institutional Contradictions, in: Powell, W. W./ DiMag-

gio, P. J. (Hrsg.): The New Institutionalism in Organizational Analysis, Chicago 1991, S. 232-263.

Friedman, M. (2007): The Social Responsibility of Business is to Increase its Profits, in: Zimmerli, W. C./ Holzinger, M./ Richter, K. (Hrsg.): Corporate Ethics and Corporate Governance, Berlin 2007, S. 173-178.

Friedrich, P./ Hadasch, H. (2010): Corporate Social Responsibility in Deutschland - Stand einer gesellschaftspolitischen Diskussion, in: Aßländer, M. S./ Löhr, A. (Hrsg.): Corporate Social Responsibility in der Wirtschaftskrise - Reichweiten der Verantwortung, München 2010, S. 127-143.

Fröhlich, M. (2013): Sprache und Politik, in: Korte, K.-R./ Grunden, T. (Hrsg.): Handbuch Regierungsforschung, Wiesbaden 2013, S. 391-399.

Fuchs, D./ Lederer, M. M. L. (2007): The Power of Business, in: Business & Politics, 9. Jg., 3/2007, S. 1-17.

Fuchs, S. (2014): Gesellschaft ohne Kinder, Wiesbaden 2014.

Fuest, C./ Becker, J. (2006): Unternehmensbesteuerung als Standortfaktor - Deutschland im Wettbewerb der Steuersysteme, in: Empter, S./ Vehrkamp, R. B. (Hrsg.): Wirtschaftsstandort Deutschland, Wiesbaden 2006, S. 335-357.

Gallie, W. B. (1955-1956): Essentially Contested Concepts, in: Proceedings of the Aristotelian Society, 56. Jg., 1955-1956, S. 167-198.

Ganghof, S. (2004): Wer regiert in der Steuerpolitik? - Einkommenssteuerreform zwischen internationalem Wettbewerb und nationalen Verteilungskonflikten, in: Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, Köln, Bd. 50, Frankfurt am Main 2004.

Garcelon, M. (2010): The Missing Key - Institutions, Networks, and the Project of Neoclassical Sociology, in: Sociological Theory, 28. Jg., 3/2010, S. 326-353.

Geden, O. (2006): Diskursstrategien im Rechtspopulismus - Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung, Wiesbaden 2006.

- Genschel, P./ Zangl, B. (2007): Die Zerfaserung von Staatlichkeit, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 20-21/2007, S. 10-16.
- George, A. L./ Bennett, A. (2005): *Case Studies and Theory Development in the Social Sciences*, in: *BCSIA Studies in International Security*, Cambridge 2005.
- Geppert, J./ Lewalter, S. (2011): Forschungsskizze - Eine Zwischenbilanz der Implementierung von Gender Mainstreaming in der Bundesverwaltung, in: Krell, G./ Ortlieb, R./ Sieben, B. (Hrsg.): *Chancengleichheit durch Personalpolitik - Gleichstellung von Frauen und Männern in Unternehmen und Verwaltungen*, Wiesbaden 2011, S. 133-138.
- Geppert, J./ Lewalter, S. (2012): Politikfeld Gleichstellung - Institutionalisierungsschritte und Strategien auf Bundesebene, in: Stiegler, B. (Hrsg.): *Erfolgreiche Geschlechterpolitik - Ansprüche – Entwicklungen – Ergebnisse*, Bonn 2012, S. 5-17.
- Gerring, J. (2004): What Is a Case Study and What Is It Good for?, in: *American Political Science Review*, 98. Jg., 2/2004, S. 341-354.
- Gerring, J. (2006): Single-Outcome Studies - A Methodological Primer, in: *International Sociology*, 21. Jg., 5/2006, S. 707-734.
- Ghobadian, A./ Money, K./ Hillenbrand, C. (2015): Corporate Responsibility Research - Past-Present-Future, in: *Group Organization Management*, 40. Jg., 3/2015, S. 271-294.
- Giddens, A. (1984): *The Constitution of Society - Outline of the Theory of Structuration*, Cambridge 1984.
- Gilbert, D. U./ Rasche, A. (2007): Discourse Ethics and Social Accountability - The Ethics of SA 8000, in: *Business Ethics Quarterly*, 17. Jg., 2/2007, S. 187-216.
- Gioia, D. A. (1998): From Individual to Organizational Identity, in: Whetten, D. A./ Godfrey, P. C. (Hrsg.): *Identity in Organizations - Building Theory through Conversations*, Los Angeles 1998, S. 17-31.
- Gioia, D. A. et al. (2010): Forging an Identity - An Insider-Outsider Study of Processes Involved in the Formation of Organizational Identity, in: *Administrative Science Quarterly*, 55. Jg., 1/2010, S. 1-46.

- Gioia, D. A./ Chittipeddi, K. (1991): Sensemaking and Sensegiving in Strategic Change Initiation, in: *Strategic Management Journal*, 12. Jg., 6/1991, S. 433-448.
- Gioia, D. A./ Pitre, E. (1990): Multiparadigm Perspectives on Theory Building, in: *Academy of Management Review*, 15. Jg., 4/1990, S. 584-602.
- Gioia, D. A./ Schultz, M./ Corley, K. G. (2000): Organizational Identity, Image, and Adaptive Instability, in: *Academy of Management Review*, 25. Jg., 1/2000, S. 63-81.
- Gioia, D. A./ Schultz, M./ Corley, K. G. (2002a): Metaphorical Shadow Boxing - A Response to Cornelissen's Reply to our Rejoinder, in: *British Journal of Management*, 13. Jg., 3/2002, S. 281.
- Gioia, D. A./ Schultz, M./ Corley, K. G. (2002b): On Celebrating the Organizational Identity Metaphor - A Rejoinder to Cornelissen, in: *British Journal of Management*, 13. Jg., 3/2002, S. 269-275.
- Gjølberg, M. (2009): The Origin of Corporate Social Responsibility - Global Forces or National Legacies?, in: *Socio-Economic Review*, 7. Jg., 4/2009, S. 605-637.
- Gjølberg, M. (2010): Varieties of Corporate Social Responsibility (CSR) - CSR Meets the "Nordic Model", in: *Regulation & Governance*, 4. Jg., 2/2010, S. 203-229.
- Gjølberg, M. (2011): Explaining Regulatory Preferences: CSR, Soft Law, or Hard Law? - Insights from a Survey of Nordic Pioneers in CSR, in: *Business and Politics*, 13. Jg., 2/2011, S. 1-31.
- Glaeßner, G.-J. (2006): *Politik in Deutschland*, Wiesbaden 2006.
- Glatz, H./ Graf-Götz, F. (2011): *Handbuch Organisation gestalten - Für Praktiker aus Profit- und Non-Profit-Unternehmen, Trainer und Berater*, 2. Aufl., in: *Weiterbildung und Qualifikation*, Weinheim 2011.
- Glynn, M. A. (2000): When Cymbals Become Symbols - Conflict Over Organizational Identity Within a Symphony Orchestra, in: *Organization Science*, 11. Jg., 3/2000, S. 285-298.

Glynn, M. A. (2008): Beyond Constraint - How Institutions Enable Identities, in: Greenwood, R. et al. (Hrsg.): The SAGE Handbook of Organizational Institutionalism, Los Angeles 2008, S. 413-430.

Glynn, M. A./ Lounsbury, M. (2005): From the Critics' Corner - Logic Blending, Discursive Change and Authenticity in a Cultural Production System, in: Journal of Management Studies, 42. Jg., 5/2005, S. 1031-1055.

Godfrey, P. C./ Hatch, N. W./ Hansen, J. M. (2010): Toward a General Theory of CSRs - The Roles of Beneficence, Profitability, Insurance, and Industry Heterogeneity, in: Business & Society, 49. Jg., 2/2010, S. 316-344.

Goffman, E. (1980): Rahmen-Analyse - Ein Versuch über die Organisation von Alltagserfahrungen, in: Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, Bd. 329, Frankfurt am Main 1980.

Golden, B. R. (1992): Research Notes. The Past is the Past -or is it? - The Use of Retrospective Accounts as Indicators of Past Strategy, in: Academy of Management Journal, 35. Jg., 4/1992, S. 848-860.

Golden-Biddle, K./ Rao, H. (1997): Breaches in the Boardroom - Organizational Identity and Conflicts of Commitment in a Nonprofit Organization, in: Organization Science, 8. Jg., 6/1997, S. 593-611.

Gond, J.-P./ Kang, N./ Moon, J. (2011): The Government of Self-Regulation - On the Comparative Dynamics of Corporate Social Responsibility, in: Economy and Society, 40. Jg., 4/2011, S. 640-671.

Götttert, K.-H. (2015): Mythos Redemacht - Eine andere Geschichte der Rhetorik, Frankfurt am Main 2015.

Grafström, M./ Windell, K. (2012): Newcomers Conserving the Old - Transformation Processes in the Field of News Journalism, in: Scandinavian Journal of Management, 28. Jg., 1/2012, S. 65-76.

Granovetter, M. (1985): Economic Action and Social Structure - The Problem of Embeddedness, in: The American Journal of Sociology, 91. Jg., 3/1985, S. 481-510.

Grasl, M./ König, M. (2010): Von außen getrieben - Die Finanzpolitik der Großen Koalition 2005-2009, in: Egle, C./ Zohlhöfer, R. (Hrsg.): Die zweite Große Koalition, Wiesbaden 2010, S. 205-233.

- Greckhamer, T. (2012): Local Meanings of Global Discourses - A Structural Approach to the Comparative Study of Institutional Meaning Systems, in: *Field Methods*, 24. Jg., 1/2012, S. 28-55.
- Green, S. (2006): Zwischen Kontinuität und Wandel - Migrations- und Staatsangehörigkeitspolitik, in: Schmidt, M. G./ Zohnhöfer, R. (Hrsg.): *Regieren in der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden 2006, S. 113-134.
- Green Jr., S. E./ Li, Y. (2011): Rhetorical Institutionalism - Language, Agency, and Structure in Institutional Theory since Alvesson 1993, in: *Journal of Management Studies*, 48. Jg., 7/2011, S. 1662-1697.
- Greenwood, R. et al. (2011): Institutional Complexity and Organizational Responses, in: *The Academy of Management Annals*, 5. Jg., 1/2011, S. 317-371.
- Grieswelle, D. (2000): *Politische Rhetorik - Macht der Rede, öffentliche Legitimation*, Stiftung von Konsens, Wiesbaden 2000.
- Grunden, T. (2011): Das informelle Politikmanagement der Regierungszentrale, in: Florack, M./ Grunden, T. (Hrsg.): *Regierungszentralen - Organisation, Steuerung und Politikformulierung zwischen Formalität und Informalität*, Wiesbaden 2011, S. 249-283.
- Grunig, J. E. (2002): *Qualitative Methods for Assessing Relationships - Between Organizations and Publics*, Institute for Public Relations University of Maryland, College Park.
- Guowei, J. (2011): Articulating Circumstance, Identity and Practice - Toward a Discursive Framework of Organizational Changing, in: *Organization*, 18. Jg., 1/2011, S. 45-64.
- Habisch, A./ Brychuk, I. (2011): Die europäische Diskussion um Corporate Social Responsibility zwischen staatlicher Regulierung und Freiwilligkeit - Ein Überblick, in: Ulshöfer, G./ Feuchte, B. (Hrsg.): *Finanzmarktakteure und Corporate Social Responsibility - Ordnungspolitik - Transparenz - Anlagestrategien*, Wiesbaden 2011, S. 117-132.
- Hajduk, T./ Beschorner, T. (2013): Sector-Specific Corporate Responsibility in Germany, in: Beschorner, T./ Hajduk, T./ Simeonov, S. (Hrsg.): *Corporate Responsibility in Europe - Government Involvement in Sector-Specific Initiatives*, Gütersloh 2013, S. 135-158.

Hajduk, T./ Schwindenhammer, S. (2015): Der Staat ist tot, lang lebe der Staat. - Interdisziplinäre Anmerkungen zur Reziprozität von unternehmerischer Verantwortungsübernahme und dem Wandel von Staatlichkeit, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik, 16. Jg., 3/2015, S. 394-409.

Hall, P. A./ Taylor, R. C. R. (1996): Political Science and the Three New Institutionalisms, in: Political Studies, 44. Jg., 5/1996, S. 936-957.

Hamilton, A./ Gioia, D. A. (2009): Fostering Sustainability-Focused Organizational Identities, in: Roberts, L. M./ Dutton, J. E. (Hrsg.): Exploring Positive Identities and Organizations - Building a Theoretical and Research Foundation, New York 2009, S. 435-460.

Hammersley, M. (2003): Conversation Analysis and Discourse Analysis - Methods or Paradigms?, in: Discourse & Society, 14. Jg., 6/2003, S. 751-781.

Hansen, U./ Schrader, U. (2005): Corporate Social Responsibility als aktuelles Thema der Betriebswirtschaftslehre, in: Die Betriebswirtschaft, 4/2005, S. 373-395.

Hargrave, T. J./ van de Ven, A. H. (2006): A Collective Action Model of Institutional Innovation, in: Academy of Management Review, 31. Jg., 4/2006, S. 864-888.

Harmon, D. J./ Green, S. E., Jr./ Goodnight, G. T. (2015): A Model of Rhetorical Legitimation - The Structure of Communication and Cognition Underlying Institutional Maintenance and Change, in: Academy of Management Review, 40. Jg., 1/2015, S. 76-95.

Hart, T. A./ Sharfman, M. (2015): Assessing the Concurrent Validity of the Revised Kinder, Lydenberg, and Domini Corporate Social Performance Indicators, in: Business & Society, 54. Jg., 5/2015, S. 575-598.

Hartmann, A. (2010): Die Gesundheitsreform der Großen Koalition - Kleinsten gemeinsamer Nenner oder offenes Hintertürchen?, in: Egle, C./ Zohnhöfer, R. (Hrsg.): Die zweite Große Koalition, Wiesbaden 2010, S. 327-349.

Hartung, J. (2009): Sozialpsychologie, 3. Aufl., in: Sozial-, Persönlichkeits-, Arbeits- und Organisationspsychologie, Bd. 3, Stuttgart 2009.

Harvey, B./ Schaefer, A. (2001): Managing Relationships with Environmental Stakeholders - A Study of U.K. Water and Electricity Utilities, in: *Journal of Business Ethics*, 30. Jg., 3/2001, S. 243-260.

Haslam, S. A./ Ellemers, N. (2005): Social Identity in Industrial and Organizational Psychology - Concepts, Controversies, and Contributions, in: Hodgkinson, G. P./ Ford, J. K. (Hrsg.): *International Review of Industrial and Organizational Psychology*, Chichester 2005, Bd. 20, S. 39-118.

Haslam, S. A./ Postmes, T./ Ellemers, N. (2003): More than a Metaphor - Organizational Identity Makes Organizational Life Possible, in: *British Journal of Management*, 14. Jg., 4/2003, S. 357-369.

Hassel, A. (2006): Die politische Regulierung industrieller Beziehungen, in: Schmidt, M. G./ Zohlhöfer, R. (Hrsg.): *Regieren in der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden 2006, S. 315-331.

Hasselbladh, H./ Kallinikos, J. (2000): The Project of Rationalization - A Critique and Reappraisal of Neo-Institutionalism in Organization Studies, in: *Organization Studies*, 21. Jg., 4/2000, S. 697-720.

Hatch, M. J./ Schultz, M. (2002): The Dynamics of Organizational Identity, in: *Human Relations*, 55. Jg., 8/2002, S. 989-1018.

Hauser, C. (2006): *Außenwirtschaftsförderung für kleine und mittlere Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland - Eine empirische Analyse auf der Basis der ökonomischen Theorie des Föderalismus*, Wiesbaden 2006.

He, H./ Baruch, Y. (2009): Transforming Organizational Identity under Institutional Change, in: *Journal of Organizational Change Management*, 22. Jg., 6/2009, S. 575-599.

He, H./ Baruch, Y. (2010): Organizational Identity and Legitimacy under Major Environmental Changes - Tales of Two UK Building Societies, in: *British Journal of Management*, 21. Jg., 1/2010, S. 44-62.

He, H./ Brown, A. D. (2013): Organizational Identity and Organizational Identification - A Review of the Literature and Suggestions for Future Research, in: *Group & Organization Management*, 38. Jg., 1/2013, S. 3-35.

- Heckmann, F. (2015): Integration von Migranten - Einwanderung und neue Nationenbildung, Wiesbaden 2015.
- Hegelich, S. (2006): Reformkorridore des deutschen Rentensystems, Wiesbaden 2006.
- Hegelich, S./ Knollmann, D./ Kuhlmann, J. (2011): Agenda 2010 - Strategien - Entscheidungen - Konsequenzen, Wiesbaden 2011.
- Heinze, J. (2012): Regierungskommunikation in Deutschland - Eine Analyse von Produktion und Rezeption, Wiesbaden 2012.
- Henkes, C./ Kneip, S. (2003): Die Bildungspolitik der rot-grünen Bundesregierung 1998–2002, in: Egle, C./ Ostheim, T./ Zohnhöfer, R. (Hrsg.): Das rot-grüne Projekt - Eine Bilanz der Regierung Schröder, 1998-2002, Wiesbaden 2003, S. 283-303.
- Henninger, A./ von Wahl, A. (2010): Das Umspielen von Veto-Spielern - Wie eine konservative Familienministerin den Familialismus des deutschen Wohlfahrtsstaates unterminiert, in: Egle, C./ Zohnhöfer, R. (Hrsg.): Die zweite Große Koalition, Wiesbaden 2010, S. 361-379.
- Henninger, A./ von Wahl, A. (2015): Drei Schritte vor und zwei zurück? - Familien- und Gleichstellungspolitik 2009-2013, in: Zohnhöfer, R./ Saalfeld, T. (Hrsg.): Politik im Schatten der Krise, Wiesbaden 2015, S. 451-468.
- Heracleous, L./ Jacobs, C. D. (2008): Understanding Organizations through Embodied Metaphors, in: Organization Studies, 29. Jg., 1/2008, S. 45-78.
- Héritier, A./ Lehmkuhl, D. (2008): The Shadow of Hierarchy and New Modes of Governance, in: Journal of Public Policy, 28. Jg., 01/2008, S. 1-17.
- Herweg, N./ Zohnhöfer, R. (2010): Die Große Koalition und das Verhältnis von Markt und Staat - Entstaatlichung in der Ruhe und Verstaatlichung während des Sturms?, in: Egle, C./ Zohnhöfer, R. (Hrsg.): Die zweite Große Koalition, Wiesbaden 2010, S. 254-278.
- Heuberger, F. (2008): CC als Herausforderung an die Politik, in: Habisch, A./ Neureiter, M./ Schmidpeter, R. (Hrsg.): Handbuch Corporate Citizenship - Corporate Social Responsibility für Manager, Berlin 2008, S. 465-475.

Heyer, K. C. (2002): The ADA on the Road - Disability Rights in Germany, in: *Law & Social Inquiry*, 27. Jg., 4/2002, S. 723-762.

Hildenbrand, B. (1995): Fallrekonstruktive Forschung, in: Flick, U. et al. (Hrsg.): *Handbuch qualitative Sozialforschung - Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen*, 2. Aufl., Weinheim 1995, S. 256-260.

Hillman, A. J./ Keim, G./ Schuler, D. (2004): Corporate Political Activity - A Review and Research Agenda, in: *Journal of Management*, 30. Jg., 6/2004, S. 837-857.

Hine, J. A. H. S./ Preuss, L. (2009): "Society is Out There, Organisation is in Here" - On the Perceptions of Corporate Social Responsibility Held by Different Managerial Groups, in: *Journal of Business Ethics*, 88. Jg., 2/2009, S. 381-393.

Hinings, B. (2012): Connections Between Institutional Logics and Organizational Culture, in: *Journal of Management Inquiry*, 21. Jg., 1/2012, S. 98-101.

Hirsch, P. M. (1997): Sociology Without Social Structure - Neoinstitutional Theory Meets Brave New World, in: *American Journal of Sociology*, 102. Jg., 6/1997, S. 1702-1723.

Hirsch, P. M./ Lounsbury, M. (1997): Ending the Family Quarrel - Toward a Reconciliation of "Old" and "New" Institutionalisms, in: *American Behavioral Scientist*, 40. Jg., 4/1997, S. 406-418.

Hiß, S. (2006): *Warum übernehmen Unternehmen gesellschaftliche Verantwortung?* - Ein soziologischer Erklärungsversuch, Frankfurt am Main 2006.

Hiß, S. (2009a): Corporate Social Responsibility - Innovation oder Tradition? - Zum Wandel der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen in Deutschland, in: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik*, 10. Jg., 3/2009, S. 287-303.

Hiß, S. (2009b): From Implicit to Explicit Corporate Social Responsibility - Institutional Change as a Fight for Myths, in: *Business Ethics Quarterly*, 19. Jg., 3/2009, S. 433-451.

Hoepner-Stamos, F. (2004): Das Präventionsgesetz - Politische und gesetzliche Rahmenbedingungen, in: *Public Health Forum*, 12. Jg., 4/2004, S. 4-5.

Höllerer, M. A. (2012): Between Creed, Rhetoric Façade, and Disregard - Dissemination and Theorization of Corporate Social Responsibility in Austria, Frankfurt am Main 2012.

Hollis, M. (1995): Soziales Handeln - Eine Einführung in die Philosophie der Sozialwissenschaft, in: Edition Philosophie, Berlin 1995.

Holm, P. (1995): The Dynamics of Institutionalization - Transformation Processes in Norwegian Fisheries, in: Administrative Science Quarterly, 40. Jg., 3/1995, S. 398-422.

Homann, K. (1994): Marktwirtschaft und Unternehmensethik, in: Blasse, S./ Köhler, W. R./ Rohs, P. (Hrsg.): Markt und Moral - Die Diskussion um die Unternehmensethik, Bern 1994, S. 109-130.

Homann, K. (1998): Normativität angesichts systemischer Sozial- und Denkstrukturen, in: Gaertner, W./ Bohnet, I. (Hrsg.): Methodische Grundsatzfragen, Unternehmensethik, Kooperations- und Verteilungsprobleme, Berlin 1998, S. 17-50.

Homann, K. (1999): Das Problem der „Instrumentalisierung“ der Moral in der Wirtschaftsethik, in: Kumar, B./ Osterloh, M./ Schreyögg, G. (Hrsg.): Unternehmensethik und die Transformation des Wettbewerbs - Shareholder-Value, Globalisierung, Hyperwettbewerb: Festschrift für Professor Dr. Dr. h. c. Horst Steinmann zum 65. Geburtstag, Stuttgart 1999, S. 53-70.

Homann, K./ Suchanek, A. (2000): Ökonomik - Eine Einführung, Tübingen 2000.

Howell, K. E. (2013): An Introduction to the Philosophy of Methodology, Los Angeles 2013.

Huß, C. (2015): Durch Fukushima zum neuen Konsens? - Die Umweltpolitik von 2009 bis 2013, in: Zohlnhöfer, R./ Saalfeld, T. (Hrsg.): Politik im Schatten der Krise, Wiesbaden 2015, S. 521-553.

Husted, B./ Allen, D. B. (2011): Corporate Social Strategy - Stakeholder Engagement and Competitive Advantage, Cambridge 2011.

Immergut, E. M. (1998): The Theoretical Core of the New Institutionalism, in: Politics & Society, 26. Jg., 1/1998, S. 5-34.

Jackson, G./ Apostolakou, A. (2010): Corporate Social Responsibility in Western Europe - An Institutional Mirror or Substitute?, in: Journal of Business Ethics, 94. Jg., 3/2010, S. 371-394.

Jackson, G./ Deeg, R. (2008): Comparing Capitalisms - Understanding Institutional Diversity and its Implications for International Business, in: Journal of International Business Studies, 39. Jg., 4/2008, S. 540-561.

Jackson, G./ Sorge, A. (2012): The Trajectory of Institutional Change in Germany, 1979–2009, in: Journal of European Public Policy, 19. Jg., 8/2012, S. 1146-1167.

Jackson, N./ Carter, P. (1993): 'Paradigm Wars' - A Response to Hugh Willmott, in: Organization Studies, 14. Jg., 5/1993, S. 721-725.

Jackson, N./ Carter, P. (2009): The Highways and Byways of Organisation Studies - Reflections on 30 Years of Critique, in: Society and Business Review, 4. Jg., 2/2009, S. 133-145.

Jacob, K./ Volkery, A. (2007): Nichts Neues unter der Sonne? Zwischen Ideensuche und Entscheidungsblockade - die Umweltpolitik der Bundesregierung Schröder 2002-2005, in: Egle, C./ Zohlhöfer, R. (Hrsg.): Ende des rot-grünen Projektes - Eine Bilanz der Regierung Schröder 2002-2005, Wiesbaden 2007, S. 431-452.

Jahn, D. (2013): Einführung in die vergleichende Politikwissenschaft, Wiesbaden 2013.

Jänicke, M. (2006): Umweltpolitik - auf dem Wege zur Querschnittpolitik, in: Schmidt, M. G./ Zohlhöfer, R. (Hrsg.): Regieren in der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2006, S. 405-418.

Jänicke, M. (2010): Die Umweltpolitik der Großen Koalition, in: Egle, C./ Zohlhöfer, R. (Hrsg.): Die zweite Große Koalition, Wiesbaden 2010, S. 487-502.

Janning, F. (2004): Die Spätgeburt eines Politikfeldes - Verbraucherschutzpolitik in Deutschland, in: Zeitschrift für Politik, 51. Jg., 4/2004, S. 401-433.

Janning, F. (2009): Gemeinwohlorientierung durch Neokorporatismus? - Verbändeorganisation und Interessenvermittlung in der deutschen Verbraucherschutzpolitik, in: Rehder, B./ von Winter, T./ Willems, U.

(Hrsg.): Interessenvermittlung in Politikfeldern - Vergleichende Befunde der Policy- und Verbändeforschung, Wiesbaden 2009, S. 132-155.

Jarren, O./ Donges, P. (2011): Politische Akteure, in: Jarren, O./ Donges, P. (Hrsg.): Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft, Wiesbaden 2011, S. 129-151.

Jay, J. (2013): Navigating Paradox as a Mechanism of Change and Innovation in Hybrid Organizations, in: Academy of Management Journal, 56. Jg., 1/2013, S. 137-159.

Jazbinsek, D. (2009): Corporate Social Responsibility - Vom Nutzen der Wirtschaftsethik für den Wirtschaftslobbyismus, in: Neue Soziale Bewegungen, 22. Jg., 1/2009, S. 68-77.

Jones, C./ Livne-Tarandach, R. (2008): Designing a Frame - Rhetorical Strategies of Architects, in: Journal of Organizational Behavior, 29. Jg., 8/2008, S. 1075-1099.

Kalantaridis, C./ Fletcher, D. (2012): Entrepreneurship and Institutional Change - A Research Agenda, in: Entrepreneurship & Regional Development, 24. Jg., 3-4/2012, S. 199-214.

Keller, R. (2009): Müll - Die gesellschaftliche Konstruktion des Wertvollen - Die öffentliche Diskussion über Abfall in Deutschland und Frankreich, 2. Aufl., Wiesbaden 2009.

Keller, R. (2010): Wandel von Diskursen – Wandel durch Diskurse, in: Landwehr, A. (Hrsg.): Diskursiver Wandel, Wiesbaden 2010, S. 69-87.

Keller, R. (2011a): Diskursforschung - Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen, 4. Aufl., in: Qualitative Sozialforschung, Bd. 14, Wiesbaden 2011.

Keller, R. (2011b): Wissenssoziologische Diskursanalyse, in: Keller, R. et al. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse - Band 1: Theorien und Methoden, 3., erw. Aufl., Wiesbaden 2011, S. 125-158.

Keller, R. (2011c): Wissenssoziologische Diskursanalyse - Grundlegung eines Forschungsprogramms, 3. Aufl., in: Interdisziplinäre Diskursforschung, Wiesbaden 2011.

Keller, R. (2013): Zur Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse, in: Keller, R./ Truschkat, I. (Hrsg.): Methodologie und Praxis der Wis-

senssoziologischen Diskursanalyse - Band 1: Interdisziplinäre Perspektiven, Wiesbaden 2013, S. 27-68.

Keller, R. (2014): Wissenssoziologische Diskursforschung und Deutungsmusteranalyse, in: Behnke, C./ Lengersdorf, D./ Scholz, S. (Hrsg.): Wissen - Methode - Geschlecht - Erfassen des fraglos Gegebenen, Wiesbaden 2014, S. 143-159.

Kempff, U. (2015): B. Regierungshandeln im Lichte von Befragungen von Ministern der schwarz-roten und der schwarz-gelben Koalition, in: Kempff, U./ Merz, H.-G./ Gloe, M. (Hrsg.): Kanzler und Minister 2005 - 2013, Wiesbaden 2015, S. 31-41.

Kenis, P./ Knoke, D. (2002): How Organizational Field Networks Shape Interorganizational Tie-Formation Rates, in: Academy of Management Review, 27. Jg., 2/2002, S. 275-293.

Kevenhörster, P./ van den Boom, D. (2009): Entwicklungspolitik, Wiesbaden 2009.

Kidd, J./ Richter, F.-J. (2010): CSR - A Virtuous Circle - But Which Circle? And Whose 'Virtue'?, in: Fukukawa, K. (Hrsg.): Corporate Social Responsibility in Asia, London 2010, S. 141-166.

Kinderman, D. (2008): The Political Economy of Corporate Responsibility in Germany, 1995-2008, in: Working Paper Series, Nr. 5/2008, Mario Einaudi Center for International Studies, Ithaca.

Kinderman, D. (2009): Why do Some Countries get CSR Sooner, and in Greater Quantity, than Others? - The Political Economy of Corporate Responsibility and the Rise of Market Liberalism Across the OECD: 1977-2007, in: Discussion Paper, Nr. SP III 2009-301, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin.

Klammer, U./ Letablier, M.-T. (2007): Family Policies in Germany and France - The Role of Enterprises and Social Partners, in: Social Policy & Administration, 41. Jg., 6/2007, S. 672-692.

Klinge, M. (2012): Islam und Integrationspolitik deutscher Bundesregierungen nach dem 11. September 2001 - Eine Politikfeldanalyse der ersten Deutschen Islam Konferenz und ihrer Implikationen für die nationale Integrationspolitik, Dissertation, Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 2012.

- Kment, M. (2014): Das Planungsrecht der Energiewende, in: Die Verwaltung, 47. Jg., 3/2014, S. 377-406.
- Kneer, G./ Schroer, M. (2009): Soziologie als multiparadigmatische Wissenschaft - Eine Einleitung, in: Kneer, G./ Schroer, M. (Hrsg.): Handbuch Soziologische Theorien, Wiesbaden 2009, S. 7-18.
- Knudsen, J. S./ Brown, D. L. (2012): Why Governments Intervene - Mixed Motives for Public Policies on CSR, URL: http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2187054, Stand: 26.02.2013.
- Knudsen, J. S./ Brown, D. L. (2015): Why Governments Intervene - Exploring Mixed Motives for Public Policies on Corporate Social Responsibility, in: Public Policy and Administration, 30. Jg., 1/2015, S. 51-72.
- Knudsen, J. S./ Moon, J./ Slager, R. (2015): Government Policies for Corporate Social Responsibility in Europe - A Comparative Analysis of Institutionalisation, in: Policy & Politics, 43. Jg., 1/2015, S. 81-99.
- Koos, S. (2012): The Institutional Embeddedness of Social Responsibility - A Multilevel Analysis of Smaller Firms' Civic Engagement in Western Europe, in: Socio-Economic Review, 10. Jg., 1/2012, S. 135-162.
- Korte, K.-R. (2011): Machtmakler im Bundeskanzleramt, in: Florack, M./ Grunden, T. (Hrsg.): Regierungszentralen - Organisation, Steuerung und Politikformulierung zwischen Formalität und Informalität, Wiesbaden 2011, S. 123-141.
- Körting, C. (2008): Public Private Partnerships III, in: Habisch, A./ Neureiter, M./ Schmidpeter, R. (Hrsg.): Handbuch Corporate Citizenship - Corporate Social Responsibility für Manager, Berlin 2008, S. 291-298.
- Kraatz, M. S./ Block, E. S. (2008): Organizational Implications of Institutional Pluralism, in: Greenwood, R. et al. (Hrsg.): The SAGE Handbook of Organizational Institutionalism, Los Angeles 2008, S. 243-275.
- Krone, S. (2010): Aktuelle Problemfelder der Berufsbildung in Deutschland, in: Bosch, G./ Krone, S./ Langer, D. (Hrsg.): Das Berufsbildungssystem in Deutschland - Aktuelle Entwicklungen und Standpunkte, Wiesbaden 2010, S. 19-36.
- Kuckartz, U. (2010): Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten, 3. Aufl., Wiesbaden 2010.

- Kyora, S. (2001): Unternehmensethik und korporative Verantwortung - Begriffliche Unterscheidungen, rechtliche Regelungen, praktische Schlussfolgerungen, in: Wirtschafts- und Unternehmensethik, Bd. 3, München 2001.
- Lamarche, T./ Rubinstein, M. (2012): Dynamics of Corporate Social Responsibility - Towards a New 'Conception of Control'?, in: Journal of Institutional Economics, 8. Jg., 02/2012, S. 161-186.
- Lamnek, S. (2010): Qualitative Sozialforschung - Lehrbuch, 5. Aufl., Weinheim 2010.
- Langer, G. (2011): Unternehmen und Nachhaltigkeit - Analyse und Weiterentwicklung aus der Perspektive der wissensbasierten Theorie der Unternehmung, Wiesbaden 2011.
- Langley, A. (2011): Studying Processes in and Around Organizations, in: Buchanan, D. A./ Bryman, A. (Hrsg.): The SAGE Handbook of Organizational Research Methods, Los Angeles 2011, S. 409-429.
- Langley, A. et al. (2012): Identity Struggles in Merging Organizations - Renegotiating the Sameness-Difference Dialectic, in: The Journal of Applied Behavioral Science, 48. Jg., 2/2012, S. 135-167.
- Lassen, I. (2006): Is the Press Release a Genre? A Study of Form and Content, in: Discourse Studies, 8. Jg., 4/2006, S. 503-530.
- Lawrence, T. B./ Phillips, N. (2004): From Moby Dick to Free Willy - Macro-Cultural Discourse and Institutional Entrepreneurship in Emerging Institutional Fields, in: Organization, 11. Jg., 5/2004, S. 689-711.
- Lawton, T./ McGuire, S./ Rajwani, T. (2013): Corporate Political Activity - A Literature Review and Research Agenda, in: International Journal of Management Reviews, 15. Jg., 1/2013, S. 86-105.
- Leblebici, H. et al. (1991): Institutional Change and the Transformation of Interorganizational Fields - An Organizational History of the U.S. Radio Broadcasting Industry, in: Administrative Science Quarterly, 36. Jg., 3/1991, S. 333-363.
- Leca, B./ Naccache, P. (2006): A Critical Realist Approach To Institutional Entrepreneurship, in: Organization, 13. Jg., 5/2006, S. 627-651.

Lee, M.-D. P. (2008): A Review of the Theories of Corporate Social Responsibility - Its Evolutionary Path and the Road Ahead, in: *International Journal of Management Reviews*, 10. Jg., 1/2008, S. 53-73.

Lehmkuhl, D. (2006): '...und sie bewegt sich doch' - Der späte Bruch mit verkehrspolitischen Pfadabhängigkeiten durch europäische Integration und nationalen Reformdruck, in: Schmidt, M. G./ Zohlhöfer, R. (Hrsg.): *Regieren in der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden 2006, S. 363-384.

Leibfried, S./ Obinger, H. (2003): The State of the Welfare State - German Social Policy Between Macroeconomic Retrenchment and Microeconomic Recalibration, in: *West European Politics*, 26. Jg., 4/2003, S. 199-218.

Leitner, S. (2007): Gender-Screening - Rot-grüne Sozialpolitik als Geschlechterpolitik, in: Egle, C./ Zohlhöfer, R. (Hrsg.): *Ende des rot-grünen Projektes - Eine Bilanz der Regierung Schröder 2002-2005*, Wiesbaden 2007, S. 313-333.

Lenssen, G./ Vorobey, V. (2005): The Role of Business in Society in Europe, in: Habisch, A. (Hrsg.): *Corporate Social Responsibility Across Europe*, Berlin 2005, S. 357-375.

Lepoutre, J./ Dentchev, N. A./ Heene, A. (2007): Dealing With Uncertainties When Governing CSR Policies, in: *Journal of Business Ethics*, 73. Jg., 4/2007, S. 391-408.

Levy, D. L./ Kaplan, R. (2008): CSR and Theories of Global Governance - Strategic Contestation in Global Issue Arenas, in: Crane, A. et al. (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Corporate Social Responsibility*, Oxford 2008, S. 432-451.

Levy, J. (2008): Case Studies - Types, Designs, and Logics of Inference, in: *Conflict Management and Peace Science*, 25. Jg., 1/2008, S. 1-18.

Liedong, T. A. et al. (2015): Toward a View of Complementarity - Trust and Policy Influence Effects of Corporate Social Responsibility and Corporate Political Activity, in: *Group & Organization Management*, 40. Jg., 3/2015, S. 405-427.

- Lindbeck, A./ Snower, D. J. (1988): Cooperation, Harassment, and Involuntary Unemployment - An Insider-Outsider Approach, in: The American Economic Review, 78. Jg., 1/1988, S. 167-188.
- Lockett, A./ Moon, J./ Visser, W. (2006): Corporate Social Responsibility in Management Research - Focus, Nature, Salience and Sources of Influence, in: Journal of Management Studies, 43. Jg., 1/2006, S. 115-136.
- Loewenstein, J./ Ocasio, W. (2005): Vocabularies of Organizing - How Language Links Culture, Cognition, and Action in Organizations, in: McCombs Working Paper, Nr. OSSM-03-05, Red McCombs School of Business, Austin.
- Loewenstein, J./ Ocasio, W./ Jones, C. (2012): Vocabularies and Vocabulary Structure - A New Approach Linking Categories, Practices, and Institutions, in: The Academy of Management Annals, 6. Jg., 1/2012, S. 41-86.
- Lok, J. (2010): Institutional Logics as Identity Projects, in: Academy of Management Journal, 53. Jg., 6/2010, S. 1305-1335.
- Lorenz, A./ Riese, D. (2015): Präferenzkonflikte und Krisenmanagement - Die Innen- und Rechtspolitik der schwarz-gelben Koalition, in: Zohlnhöfer, R./ Saalfeld, T. (Hrsg.): Politik im Schatten der Krise, Wiesbaden 2015, S. 493-519.
- Lounsbury, M./ Ventresca, M. (2003): The New Structuralism in Organizational Theory, in: Organization, 10. Jg., 3/2003, S. 457-480.
- Lozano, J. M. (2005): Towards the Relational Corporation - From Managing Stakeholder Relationships to Building Stakeholder Relationships (Waiting for Copernicus), in: Corporate Governance, 5. Jg., 2/2005, S. 60-77.
- Lozano, J. M./ Albareda, L./ Ysa, T. (2008): Governments and Corporate Social Responsibility - Public Policies Beyond Regulation and Voluntary Compliance, Basingstoke 2008.
- Macharzina, K./ Wolf, J. (2008): Unternehmensführung - Das internationale Managementwissen; Konzepte - Methoden - Praxis, 6. Aufl., Wiesbaden 2008.
- Mahmood, Z./ Riaz, Z. (2008): Using Case Study Research Method to Emergent Relations of Corporate Governance and Social Responsibility,

in: Journal of Quality and Technology Management, 4. Jg., 1/2008, S. 9-20.

Mahner, S./ Wolf, F. (2010): Die Bildungspolitik der Großen Koalition, in: Egle, C./ Zohlhöfer, R. (Hrsg.): Die zweite Große Koalition, Wiesbaden 2010, S. 380-402.

Maignan, I./ Ferrell, O./ Ferrell, L. (2005): A Stakeholder Model for Implementing Social Responsibility in Marketing, in: European Journal of Marketing, 39. Jg., 9/10/2005, S. 956-977.

Mantere, S./ Pajunen, K./ Lamberg, J.-A. (2009): Vices and Virtues of Corporate Political Activity - The Challenge of International Business, in: Business & Society, 48. Jg., 1/2009, S. 105-132.

Marens, R. (2008): Recovering the Past - Reviving the Legacy of the Early Scholars of Corporate Social Responsibility, in: Journal of Management History, 14. Jg., 1/2008, S. 55-72.

Marens, R. (2010): Destroying the Village to Save It - Corporate Social Responsibility, Labour Relations, and the Rise and Fall of American Hegemony, in: Organization, 17. Jg., 6/2010, S. 743-766.

Marens, R. (2012): Generous in Victory? - American Managerial Autonomy, Labour Relations and the Invention of Corporate Social Responsibility, in: Socio-Economic Review, 10. Jg., 1/2012, S. 59-84.

Margolis, J. D./ Walsh, J. P. (2003): Misery Loves Companies - Rethinking Social Initiatives by Business, in: Administrative Science Quarterly, 48. Jg., 2/2003, S. 268-305.

Markwick, N./ Fill, C. (1997): Towards a Framework for Managing Corporate Identity, in: European Journal of Marketing, 31. Jg., 5/6/1997, S. 396-409.

Marquis, C./ Huang, Z./ Almandoz, J. (2011): Explaining the Loss of Community - Competing Logics and Institutional Change in the US Banking Industry, in: Marquis, C./ Lounsbury, M./ Greenwood, R. (Hrsg.): Communities and Organizations, Bingley 2011, S. 177-213.

Marsh, D./ Furlong, P. (1995): A Skin, not a Sweater - Ontology and Epistemology in Political Science, in: Marsh, D./ Stoker, G. (Hrsg.): Theory and Methods in Political Science, Basingstoke 1995, S. 17-41.

Martinuzzi, A./ Krumay, B./ Pisano, U. (2011): Focus CSR - The New Communication of the EU Commission on CSR and National CSR Strategies and Action Plans, in: ESDN Quarterly Report, Nr. 23, European Sustainable Development Network, Wien.

Marx, K. (1973): Kritik des Gothaer Programms, 4. Aufl., in: Karl Marx/Friedrich Engels - Werke, Bd. 19, Berlin 1973.

Maschke, M. (2004): Behinderung als Feld wohlfahrtsstaatlicher Politik - Eine Systematisierung der Behindertenpolitik, in: Berliner Journal für Soziologie, 14. Jg., 3/2004, S. 399-420.

Mathis, A. (2008): Corporate Social Responsibility and Public Policy-Making - Perspectives, Instruments, and Consequences, in: Schöne Technologie en Milieubeleid, Bd. 11, Enschede 2008.

Mathur, I./ Singh, M. (2011): Corporate Political Strategies, in: Accounting & Finance, 51. Jg., 1/2011, S. 252-277.

Matten, D./ Crane, A. (2005): Corporate Citizenship - Toward an Extended Theoretical Conceptualization, in: Academy of Management Review, 30. Jg., 1/2005, S. 166-179.

Matten, D./ Moon, J. (2005): A Conceptual Framework for Understanding CSR, in: Habisch, A. (Hrsg.): Corporate Social Responsibility Across Europe, Berlin 2005, S. 335-356.

Matten, D./ Moon, J. (2008): "Implicit" and "Explicit" CSR - A Conceptual Framework for a Comparative Understanding of Corporate Social Responsibility, in: Academy of Management Review, 33. Jg., 2/2008, S. 404-424.

Mavondo, F. T./ Rodrigo, E. M. (2001): The Effect of Relationship Dimensions on Interpersonal and Interorganizational Commitment in Organizations Conducting Business between Australia and China, in: Journal of Business Research, 52. Jg., 2/2001, S. 111-121.

Mayer, F. (2006): Vom Niedergang des unternehmerisch tätigen Staates - Privatisierungspolitik in Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland, Wiesbaden 2006.

Mayntz, R. (2008): Von der Steuerungstheorie zu Global Governance, in: Schuppert, G. F./ Zürn, M. (Hrsg.): Governance in einer sich wandeln-

den Welt. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft Nr. 41, Wiesbaden, S. 43-60.

McAdam, D./ Scott, W. R. (2007): Organizations and Movements, in: Davis, G. F. et al. (Hrsg.): Social Movements and Organization Theory, Cambridge 2007, S. 4-40.

Mense-Petermann, U. (2006): Das Verständnis von Organisation im Neo-Institutionalismus - Lose Kopplung, Reifikation, Institution, in: Senge, K./ Hellmann, K.-U. (Hrsg.): Einführung in den Neo-Institutionalismus, Wiesbaden 2006, S. 62-74.

Meredith, J. R. et al. (1989): Alternative Research Paradigms in Operations, in: Journal of Operations Management, 8. Jg., 4/1989, S. 297-326.

Mertes, M. (2007): Regierungskommunikation in Deutschland - Komplexer Schranken, in: Weidenfeld, W. (Hrsg.): Reformen kommunizieren - Herausforderungen an die Politik, Gütersloh 2007, S. 17-35.

Messner, D. (2011): Entwicklungspolitik als globale Strukturpolitik, in: Jäger, T./ Höse, A./ Oppermann, K. (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik - Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen, Wiesbaden 2011, S. 414-442.

Meuser, M./ Riegraf, B. (2010): Geschlechterforschung und Gleichstellungspolitik - Von der Frauenförderung zum Diversity Management, in: Aulenbacher, B./ Meuser, M./ Riegraf, B. (Hrsg.): Soziologische Geschlechterforschung - Eine Einführung, Wiesbaden 2010, S. 189-209.

Mey, G./ Mruck, K. (2014): Qualitative Forschung - Analysen und Diskussionen, in: Mey, G./ Mruck, K. (Hrsg.): Qualitative Forschung - Analysen und Diskussionen – 10 Jahre Berliner Methodentreffen, Wiesbaden 2014, S. 9-32.

Meyer, J. W./ Rowan, B. (1977): Institutionalized Organizations - Formal Structure as Myth and Ceremony, in: The American Journal of Sociology, 83. Jg., 2/1977, S. 340-363.

Meyer, R./ Hammerschmid, G. (2006a): Die Mikroperspektive des Neo-Institutionalismus - Konzeption und Rolle des Akteurs, in: Senge, K./ Hellmann, K.-U. (Hrsg.): Einführung in den Neo-Institutionalismus, Wiesbaden 2006, S. 160-171.

- Meyer, R. E./ Hammerschmid, G. (2006b): Changing Institutional Logics and Executive Identities - A Managerial Challenge to Public Administration in Austria, in: *American Behavioral Scientist*, 49. Jg., 7/2006, S. 1000-1014.
- Meyer, R. E./ Höllerer, M. A. (2010): Meaning Structures in a Contested Issue Field - A Topographic Map of Shareholder Value in Austria, in: *Academy of Management Journal*, 53. Jg., 6/2010, S. 1241-1262.
- Midttun, A./ Gautesen, K./ Gjølborg, M. (2006): The Political Economy of CSR in Western Europe, in: *Corporate Governance*, 6. Jg., 4/2006, S. 369-385.
- Miller, J. I./ Guthrie, D. (2011): Communities, Labor, and the Law - The Rise of Corporate Social Responsibility in the United States, in: Marquis, C./ Lounsbury, M./ Greenwood, R. (Hrsg.): *Communities and Organizations*, Bingley 2011, S. 143-173.
- Mills, W. (1939): Language, Logic, and Culture, in: *American Sociological Review*, 4. Jg., 5/1939, S. 670-680.
- Mills, W. (1940): Situated Actions and Vocabularies of Motive, in: *American Sociological Review*, 5. Jg., 6/1940, S. 904-913.
- Minkenberg, M. (2003): The Politics of Citizenship in the New Republic, in: *West European Politics*, 26. Jg., 4/2003, S. 219-240.
- Mitchell, R. K. et al. (2011): Toward a Theory of Stakeholder Salience in Family Firms, in: *Business Ethics Quarterly*, 21. Jg., 2/2011, S. 235-255.
- Mitroff, I. I./ Mason, R. O. (1982): Business Policy and Metaphysics - Some Philosophical Considerations, in: *Academy of Management Review*, 7. Jg., 3/1982, S. 361-371.
- Mizruchi, M. S./ Stearns, L. B./ Marquis, C. (2006): The Conditional Nature of Embeddedness - A Study of Borrowing by Large U.S. Firms, 1973-1994, in: *American Sociological Review*, 71. Jg., 2/2006, S. 310-333.
- Mohr, J. W./ White, H. C. (2008): How to Model an Institution, in: *Theory and Society*, 37. Jg., 5/2008, S. 485-512.
- Moir, L. (2001): What Do We Mean by Corporate Social Responsibility?, in: *Corporate Governance*, 1. Jg., 2/2001, S. 16-22.

- Moloney, K. et al. (2003): Mapping the Production of Political Communications - A Model to Assist in Understanding the Relationships between the Production and Consumption of Political Messages, in: Journal of Public Affairs, 3. Jg., 2/2003, S. 166-175.
- Monnet, J. (1978): Erinnerungen eines Europäers, München 1978.
- Montiel, I. (2008): Corporate Social Responsibility and Corporate Sustainability - Separate Pasts, Common Futures, in: Organization & Environment, 21. Jg., 3/2008, S. 245-269.
- Müller, M. M. (2006): Consolidating the New Regulatory State in Germany? - The New Energy Regime of 2005, in: German Politics, 15. Jg., 3/2006, S. 269-283.
- Müller-Armack, A. (1976): Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik - Studien und Konzepte zur sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration, 2. Aufl., in: Beiträge zur Wirtschaftspolitik, Bd. 4, Bern 1976.
- Munir, K. A. (2005): The Social Construction of Events - A Study of Institutional Change in the Photographic Field, in: Organization Studies, 26. Jg., 1/2005, S. 93-112.
- Murswieck, A. (2015): Politische Führung von Bundeskanzlerin Merkel in der christlich-liberalen Koalition, in: Zohlhöfer, R./ Saalfeld, T. (Hrsg.): Politik im Schatten der Krise, Wiesbaden 2015, S. 169-190.
- Nee, V./ Ingram, P. (1998): Embeddedness and Beyond - Institutions, Exchange, and Social Structure, in: Brinton, M. C./ Nee, V. (Hrsg.): The New Institutionalism in Sociology, New York 1998, S. 19-45.
- Neuhäuser, C. (2011): Unternehmen als moralische Akteure, Berlin 2011.
- Niclaß, K. (2015): Kanzlerdemokratie - Regierungsführung von Konrad Adenauer bis Angela Merkel, Wiesbaden 2015.
- Nigam, A./ Ocasio, W. (2010): Event Attention, Environmental Sense-making, and Change in Institutional Logics - An Inductive Analysis of the Effects of Public Attention to Clinton's Health Care Reform Initiative, in: Organization Science, 21. Jg., 4/2010, S. 823-841.

Noland, J./ Phillips, R. (2010): Stakeholder Engagement, Discourse Ethics and Strategic Management, in: International Journal of Management Reviews, 12. Jg., 1/2010, S. 39-49.

North, D. C. (1990): Institutions, Institutional Change and Economic Performance, Cambridge 1990.

Oberreuter, H. (2015): Aigner, Ilse, in: Kempf, U./ Merz, H.-G./ Gloe, M. (Hrsg.): Kanzler und Minister 2005 - 2013, Wiesbaden 2015, S. 61-65.

Ocasio, W./ Loewenstein, J./ Nigam, A. (2015): How Streams of Communication Reproduce and Change Institutional Logics - The Role of Categories, in: Academy of Management Review, 40. Jg., 1/2015, S. 28-48.

Okoye, A. (2009): Theorising Corporate Social Responsibility as an Essentially Contested Concept - Is a Definition Necessary?, in: Journal of Business Ethics, 89. Jg., 4/2009, S. 613-627.

Oliver, C. (1991): Strategic Responses to Institutional Processes, in: Academy of Management Review, 16. Jg., 1/1991, S. 145-179.

Orts, E. W./ Strudler, A. (2002): The Ethical and Environmental Limits of Stakeholder Theory, in: Business Ethics Quarterly, 12. Jg., 2/2002, S. 215-233.

Ostner, I. (2006): Gleichstellungspolitik - neu, oktroyiert, ungeliebt?, in: Schmidt, M. G./ Zohlhöfer, R. (Hrsg.): Regieren in der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2006, S. 263-281.

Owen-Smith, J./ Powell, W. W. (2008): Networks and Institutions, in: Greenwood, R. et al. (Hrsg.): The SAGE Handbook of Organizational Institutionalism, Los Angeles 2008, S. 596-623.

Pacheco, D. F. et al. (2010): The Coevolution of Institutional Entrepreneurship - A Tale of Two Theories, in: Journal of Management, 36. Jg., 4/2010, S. 974-1010.

Palazzo, G. (2010): Des Kaisers neue Kleider? - Kritische Anmerkungen zum CSR-Boom, in: Aßländer, M. S./ Löhr, A. (Hrsg.): Corporate Social Responsibility in der Wirtschaftskrise - Reichweiten der Verantwortung, München 2010, S. 73-82.

- Palmatier, R. W. et al. (2006): Factors Influencing the Effectiveness of Relationship Marketing - A Meta-Analysis, in: Journal of Marketing Communications, 70. Jg., 4/2006, S. 136-153.
- Papasolomou-Doukakis, I./ Krambia-Kapardis, M./ Katsioloudes, M. (2005): Corporate Social Responsibility: The Way Forward? - Maybe Not!: A Preliminary Study in Cyprus, in: European Business Review, 17. Jg., 3/2005, S. 263-279.
- Pedersen, E. R./ Neergaard, P. (2009): What Matters to Managers? - The Whats, Whys, and Hows of Corporate Social Responsibility in a Multinational Corporation, in: Management Decision, 47. Jg., 8/2009, S. 1261-1280.
- Pedersen, J. S./ Dobbin, F. R. (2006): In Search of Identity and Legitimation - Bridging Organizational Culture and Neoinstitutionalism, in: American Behavioral Scientist, 49. Jg., 7/2006, S. 897-907.
- Petersen, H. L./ Vredenburg, H. (2009): Morals or Economics? - Institutional Investor Preferences for Corporate Social Responsibility, in: Journal of Business Ethics, 90. Jg., 1/2009, S. 1-14.
- Phillips, N./ Lawrence, T. B./ Hardy, C. (2000): Inter-Organizational Collaboration and the Dynamics of Institutional Fields, in: Journal of Management Studies, 37. Jg., 1/2000, S. 23-43.
- Phillips, N./ Lawrence, T. B./ Hardy, C. (2004): Discourse and Institutions, in: Academy of Management Review, 29. Jg., 4/2004, S. 635-652.
- Phillips, R. (2003): Stakeholder Theory and Organizational Ethics, San Francisco 2003.
- Pies, I./ Koslowski, P. (Hrsg.) (2011): Corporate Citizenship and New Governance - The Political Role of Corporations, in: Studies in Economic Ethics and Philosophy, Bd. 40, Dordrecht 2011.
- Polkinghorne, D. E. (1988): Narrative Knowing and the Human Sciences, Albany 1988.
- Pörksen, U. (2002): Die politische Zunge - Eine kurze Kritik der öffentlichen Rede, Stuttgart 2002.
- Potter, J./ Wetherell, M. (1995): Soziale Repräsentationen, Diskursanalyse und Rassismus, in: Flick, U. (Hrsg.): Psychologie des Sozialen - Re-

präsentationen in Wissen und Sprache, Reinbek bei Hamburg 1995, S. 177-199.

Powell, W. W. et al. (2005): Network Dynamics and Field Evolution - The Growth of Interorganizational Collaboration in the Life Sciences, in: American Journal of Sociology, 110. Jg., 4/2005, S. 1132-1205.

Pratt, M. G. (2003): Disentangling Collective Identities, in: Polzer, J. T. (Hrsg.): Identity Issues in Groups, Amsterdam 2003, S. 161-188.

Prentice, R./ Kraatz, M. S. (2009): E Pluribus Unum - Multiple Identities and the Organizational Self, in: Roberts, L. M./ Dutton, J. E. (Hrsg.): Exploring Positive Identities and Organizations - Building a Theoretical and Research Foundation, New York 2009, S. 385-410.

Promberger, M. (2012): Mythos der Vollbeschäftigung und Arbeitsmarkt der Zukunft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 14-15. Jg., 2012, S. 30-38.

Quack, S. (2006): Institutioneller Wandel - Institutionalisierung und De-Institutionalisierung, in: Senge, K./ Hellmann, K.-U. (Hrsg.): Einführung in den Neo-Institutionalismus, Wiesbaden 2006, S. 172-184.

Raab, J./ Kenis, P. (2009): Heading Toward a Society of Networks - Empirical Developments and Theoretical Challenges, in: Journal of Management Inquiry, 18. Jg., 3/2009, S. 198-210.

Ramsteck, W. (2009): Die Germany Trade and Invest GmbH und die Reformen der Aussenwirtschaftsförderung des Bundes: eine Kopie des britischen Ansatzes?, in: Beiträge zum transnationalen Wirtschaftsrecht, Bd. 86, Halle (Saale) 2009.

Ran, B./ Golden, T. J. (2011): Who Are We? - The Social Construction of Organizational Identity Through Sense-Exchanging, in: Administration & Society, 43. Jg., 4/2011, S. 417-445.

Randy Evans, W./ Davis, W. D. (2011): An Examination of Perceived Corporate Citizenship, Job Applicant Attraction, and CSR Work Role Definition, in: Business & Society, 50. Jg., 3/2011, S. 456-480.

Rao, H./ Monin, P./ Durand, R. (2003): Institutional Change in Toque Ville - Nouvelle Cuisine as an Identity Movement in French Gastronomy, in: American Journal of Sociology, 108. Jg., 4/2003, S. 795-843.

- Rauch, A./ Dornette, J. (2010): Equal Rights and Equal Duties? - Activating Labour Market Policy and the Participation of Long-term Unemployed People with Disabilities after the Reform of the German Welfare State, in: *Journal of Social Policy*, 39. Jg., 1/2010, S. 53.
- Ravasi, D./ Schultz, M. (2006): Responding to Organizational Identity Threats - Exploring The Role of Organizational Culture, in: *Academy of Management Journal*, 49. Jg., 3/2006, S. 433-458.
- Reay, T./ Hinings, C. R. (2005): The Recomposition of an Organizational Field - Health Care in Alberta, in: *Organization Studies*, 26. Jg., 3/2005, S. 351-384.
- Rehder, B. (2009): Interessenvermittlung in Politikfeldern - Ein vergleichendes Fazit, in: Rehder, B./ von Winter, T./ Willems, U. (Hrsg.): *Interessenvermittlung in Politikfeldern - Vergleichende Befunde der Policy- und Verbändeforschung*, Wiesbaden 2009.
- Reichert, J. (2007): Qualitative Sozialforschung - Ansprüche, Prämissen, Probleme, in: *Erwägen - Wissen - Ethik*, 18. Jg., 2/2007, S. 195-208.
- Reisch, L. A. (2002): Neuer Wein oder nur neue Schläuche? - Zur Wiederentdeckung der Verbraucherpolitik, in: *Sozialer Fortschritt*, 51. Jg., 11/2002, S. 292-296.
- Reisenbichler, A./ Morgan, K. J. (2012): From "Sick Man" to "Miracle" - Explaining the Robustness of the German Labor Market During and After the Financial Crisis 2008-09, in: *Politics & Society*, 40. Jg., 4/2012, S. 549-579.
- Reisigl, M. (2008): Rhetoric of Political Speeches, in: Wodak, R./ Koller, V. (Hrsg.): *Handbook of Communication in the Public Sphere*, Berlin, New York 2008, S. 243-269.
- Reißlandt, C. (2006): Fit für die Globalisierung? - Die deutsche Migrations- und Integrationspolitik nach den rot-grünen Reformen, in: Butterwegge, C./ Hentges, G. (Hrsg.): *Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung - Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik*, Wiesbaden 2006, S. 135-161.
- Richter, U. H. (2010): Liberal Thought in Reasoning on CSR, in: *Journal of Business Ethics*, 97. Jg., 4/2010, S. 625-649.

- Ricoeur, P. (1991): Narrative Identity, in: Philosophy Today, 35. Jg., 1/1991, S. 73-81.
- Riemer, A. (2012): Ausbildungsversorgung und Ausbildungsreife im Policy-Prozess, in: Ratschinski, G./ Steuber, A. (Hrsg.): Ausbildungsreife - Kontroversen, Alternativen und Förderansätze, Wiesbaden 2012, S. 33-52.
- Ritter, T./ Gemünden, H. G. (2003): Interorganizational Relationships and Networks - An Overview, in: Journal of Business Research, 56. Jg., 9/2003, S. 691-697.
- Rixen, T. (2015): Hehre Ziele, wenig Zählbares - Die Steuer- und Fiskalpolitik der schwarz-gelben Regierung, 2009-13, in: Zohnhöfer, R./ Saalfeld, T. (Hrsg.): Politik im Schatten der Krise, Wiesbaden 2015, S. 327-351.
- Rodriguez, P. et al. (2006): Three Lenses on the Multinational Enterprise - Politics, Corruption, and Corporate Social Responsibility, in: Journal of International Business Studies, 37. Jg., 6/2006, S. 733-746.
- Romani, L./ Primecz, H./ Topçu, K. (2011): Paradigm Interplay for Theory Development - A Methodological Example With the Kulturstandard Method, in: Organizational Research Methods, 14. Jg., 3/2011, S. 432-455.
- Rosa, H. (2006): Wettbewerb als Interaktionsmodus, in: Leviathan, 34. Jg., 1/2006, S. 82-104.
- Röttger, U./ Zielmann, S. (2012): Rahmenbedingungen politischer Kommunikation, in: Röttger, U./ Zielmann, S. (Hrsg.): PR-Beratung in der Politik, Wiesbaden 2012, S. 17-31.
- Rudzio, W. (2015): Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2015.
- Sandberg, B. (2011): Einführung - Corporate Social Responsibility (CSR) als Gegenstand der Öffentlichen Betriebswirtschaftslehre, in: Sandberg, B./ Lederer, K. (Hrsg.): Corporate Social Responsibility in kommunalen Unternehmen - Wirtschaftliche Betätigung zwischen öffentlichem Auftrag und gesellschaftlicher Verantwortung, Wiesbaden 2011, S. 11-29.
- Sarcinelli, U. (2011): Politische Kommunikation in Deutschland - Medien und Politikvermittlung im demokratischen System, Wiesbaden 2011.

- Sarcinelli, U. (2013): Legitimation durch Kommunikation?, in: Korte, K.-R./ Grunden, T. (Hrsg.): Handbuch Regierungsforschung, Wiesbaden 2013, S. 93-102.
- Sauder, M. (2008): Interlopers and Field Change - The Entry of U.S. News into the Field of Legal Education, in: *Administrative Science Quarterly*, 53. Jg., 2/2008, S. 209-234.
- Sauga, M. (2013): In der Abstiegszone - Mit neuem Personal wollen die Wirtschaftsverbände alte Probleme lösen: Sie streiten über Energiewende und Euro-Rettung, doch ihr Einfluss auf die Politik schwindet, in: *Der Spiegel*, 02/2013, 07.01.2013, S. 64-66.
- Sauter-Sachs, S. (1992): Organisatorische Probleme einer vermehrten Umweltorientierung der Unternehmungen, in: Rühli, E./ Sauter-Sachs, S. (Hrsg.): *Strukturmanagement in schweizerischen Industrieunternehmungen*, Bern 1992, S. 59-83.
- Saxe, J. G. (1936): The Blind Men And The Elephant, in: Felleman, H. (Hrsg.): *The Best Loved Poems of the American People*, Garden City 1936, S. 521-522.
- Schäffner, C. (1996): Editorial - Political Speeches and Discourse Analysis, in: *Current Issues in Language and Society*, 3. Jg., 3/1996, S. 201-204.
- Schattschneider, D. (2014): Moderne Entwicklungspolitik im Kontext vernetzter Sicherheit und maritimer Interessen, in: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, 7. Jg., 1/2014, S. 1-9.
- Scherer, A. G. (2006): Kritik der Organisation oder Organisation der Kritik? - Wissenschaftstheoretische Bemerkungen zum kritischen Umgang mit Organisationstheorien, in: Kieser, A./ Ebers, M. (Hrsg.): *Organisationstheorien*, 6. Aufl., Stuttgart 2006, S. 19-61.
- Scherer, A. G./ Palazzo, G. (2007): Toward a Political Conception of Corporate Responsibility - Business and Society seen from a Habermasian Perspective, in: *Academy of Management Review*, 32. Jg., 4/2007, S. 1096-1120.
- Scherer, A. G./ Palazzo, G. (2011): The New Political Role of Business in a Globalized World - A Review of a New Perspective on CSR and its

Implications for the Firm, Governance, and Democracy, in: *Journal of Management Studies*, 48. Jg., 4/2011, S. 899-931.

Schetsche, M. (2014): *Empirische Analyse sozialer Probleme - Das wissenssoziologische Programm*, Wiesbaden 2014.

Schetsche, M./ Schmied-Knittel, I. (2013): *Deutungsmuster im Diskurs*, in: *Zeitschrift für Diskursforschung*, 1. Jg., 1/2013, S. 24-45.

Schiersmann, C. (2007): *Berufliche Weiterbildung*, Wiesbaden 2007.

Schiller-Merkens, S. (2008): *Institutioneller Wandel und Organisationen - Grundzüge einer strukturationstheoretischen Konzeption*, Wiesbaden 2008.

Schmid, G. (2006): *Der kurze Traum der Vollbeschäftigung - Was lehren 55 Jahre deutsche Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik?*, in:

Schmidt, M. G./ Zohlnhöfer, R. (Hrsg.): *Regieren in der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden 2006, S. 177-201.

Schmid, J. (2007): *Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik - Große Reform mit kleiner Wirkung?*, in: Egle, C./ Zohlnhöfer, R. (Hrsg.): *Ende des rot-grünen Projektes - Eine Bilanz der Regierung Schröder 2002-2005*, Wiesbaden 2007, S. 271-294.

Schmidt, M. G. (2003): *Rot-grüne Sozialpolitik (1998–2002)*, in: Egle, C./ Ostheim, T./ Zohlnhöfer, R. (Hrsg.): *Das rot-grüne Projekt - Eine Bilanz der Regierung Schröder, 1998-2002*, Wiesbaden 2003, S. 239-258.

Schmidt, M. G. (2006): *Wenn zwei Sozialstaatsparteien konkurrieren - Sozialpolitik in Deutschland*, in: Schmidt, M. G./ Zohlnhöfer, R. (Hrsg.): *Regieren in der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden 2006, S. 137-157.

Schmidt, M. G. (2007): *Die Sozialpolitik der zweiten rot-grünen Koalition (2002–2005)*, in: Egle, C./ Zohlnhöfer, R. (Hrsg.): *Ende des rot-grünen Projektes - Eine Bilanz der Regierung Schröder 2002-2005*, Wiesbaden 2007, S. 295-312.

Schmidt, M. G. (2015): *Die Sozialpolitik der CDU/CSU-FDP-Koalition von 2009 bis 2013*, in: Zohlnhöfer, R./ Saalfeld, T. (Hrsg.): *Politik im Schatten der Krise*, Wiesbaden 2015, S. 397-426.

Schnapp, K.-U./ Welzel, C. (2000): Wohin steuert das politische System? - Institutionelle Machtverschiebungen im vereinten Deutschland, in: Czada, R./ Wollmann, H. (Hrsg.): Von der Bonner zur Berliner Republik - 10 Jahre Deutsche Einheit, Wiesbaden 2000, S. 328-348.

Schneider, A. (2012): Reifegradmodell CSR - Eine Begriffserklärung und -abgrenzung, in: Schneider, A./ Schmidpeter, R. (Hrsg.): Corporate Social Responsibility - Verantwortungsvolle Unternehmensführung in Theorie und Praxis, Berlin 2012, S. 17-38.

Schreck, P. (2011): Ökonomische Corporate Social Responsibility Forschung - Konzeptionalisierung und kritische Analyse ihrer Bedeutung für die Unternehmensethik, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 81. Jg., 7-8/2011, S. 745-769.

Schroeder, W. (2010): Große Koalition und Sozialpartnerschaft - Von der Konfrontation über die Normalisierung hin zur wechselseitigen Stützung in der Weltwirtschaftskrise, in: Egle, C./ Zohnhöfer, R. (Hrsg.): Die zweite Große Koalition, Wiesbaden 2010, S. 180-202.

Schroeder, W. (2012): Von der Kapitalismus- zur Demokratiekrise? - Perspektiven der Mitbestimmung, in: Mörschel, T./ Krell, C. (Hrsg.): Demokratie in Deutschland - Zustand - Herausforderungen - Perspektiven, Wiesbaden 2012, S. 257-269.

Schubert, K./ Klein, M. (2007): Das Politiklexikon, 4. Aufl., in: Schriftenreihe / bpb, Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 497, Bonn 2007.

Schuler, D. A./ Rehbein, K./ Cramer, R. D. (2002): Pursuing Strategic Advantage Through Political Means - A Multivariate Approach, in: Academy of Management Journal, 45. Jg., 4/2002, S. 659-672.

Schultes, N. (2003): Deutsche Aussenwirtschaftsförderung - Ökonomische Analyse unter Berücksichtigung der Aktivitäten und Programme in Japan, in: Wirtschaft & Raum, Bd. 10, München 2003.

Schultes, N. (2011): Deutsche Außenwirtschaftsförderung, in: Jäger, T./ Höse, A./ Oppermann, K. (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik - Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen, Wiesbaden 2011, S. 349-369.

Schwan, P. (2009): Der informierte Verbraucher? - Das verbraucherpolitische Leitbild auf dem Prüfstand. Eine Untersuchung am Beispiel des Lebensmittelsektors, Wiesbaden 2009.

Schwartz, M. S./ Carroll, A. B. (2008): Integrating and Unifying Competing and Complementary Frameworks - The Search for a Common Core in the Business and Society Field, in: *Business & Society*, 47. Jg., 2/2008, S. 148-186.

Schwemmer, O. (1980-1996): Verantwortung, in: Blasche, S. et al. (Hrsg.): *Enzyklopädie Philosophie und Wissenschaftstheorie*, Stuttgart 1980-1996, Bd. 4, S. 499-501.

Scott, W. R. (1994): Institutions and Organizations - Toward a Theoretical Synthesis, in: Scott, W. R./ Meyer, J. W. (Hrsg.): *Institutional Environments and Organizations - Structural Complexity and Individualism*, Los Angeles 1994, S. 55-80.

Scott, W. R. (2001): *Institutions and Organizations*, 2. Aufl., Los Angeles 2001.

Scott, W. R. (2008a): Approaching Adulthood - The Maturing of Institutional Theory, in: *Theory and Society*, 37. Jg., 5/2008, S. 427-442.

Scott, W. R. (2008b): *Institutions and Organizations - Ideas and Interests*, 3. Aufl., Los Angeles 2008.

Scott, W. R. (2010): Reflections - The Past and Future of Research on Institutions and Institutional Change, in: *Journal of Change Management*, 10. Jg., 1/2010, S. 5-21.

Scott, W. R./ Meyer, J. W. (1983): The Organization of Societal Sectors, in: Meyer, J. W./ Scott, W. R. (Hrsg.): *Organizational Environments - Ritual and Rationality*, Los Angeles 1983, S. 129-153.

Searcy, C. (2012): Corporate Sustainability Performance Measurement Systems - A Review and Research Agenda, in: *Journal of Business Ethics*, 107. Jg., 3/2012, S. 239-253.

Seawright, J./ Gerring, J. (2008): Case Selection Techniques in Case Study Research - A Menu of Qualitative and Quantitative Options, in: *Political Research Quarterly*, 61. Jg., 2/2008, S. 294-308.

Secchi, D. (2007): Utilitarian, Managerial and Relational Theories of Corporate Social Responsibility, in: *International Journal of Management Reviews*, 9. Jg., 4/2007, S. 347-373.

Seeleib-Kaiser, M./ Toivonen, T. (2011): Between Reforms and Birth Rates - Germany, Japan, and Family Policy Discourse, in: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society*, 18. Jg., 3/2011, S. 331-360.

Seidel, P. (2011): *Internationale Unternehmen, Gesellschaft und Verantwortung - Eine Kritik des internationalen Managements als Bezugsrahmen für die Diskussion über Unternehmensverantwortung*, Wiesbaden 2011.

Sellenthin, M. O./ Rammer, C./ Licht, G. (2009): Indikatoren zur Innovationskraft Deutschlands im internationalen Vergleich und aktuelle Entwicklungen der Innovationspolitik - Kurzexpertise im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, in: *Veröffentlichungen des ZEW*, herausgegeben von Hans-Böckler-Stiftung, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim.

Sen, S./ Bhattacharya, C. B. (2001): Does Doing Good Always Lead to Doing Better? - Consumer Reactions to Corporate Social Responsibility, in: *Journal of Marketing Research*, 38. Jg., 2/2001, S. 225-243.

Senge, K. (2011): *Das Neue am Neo-Institutionalismus - Der Neo-Institutionalismus im Kontext der Organisationswissenschaft*, Wiesbaden 2011.

Seo, M.-G./ Creed, W. E. D. (2002): Institutional Contradictions, Praxis, and Institutional Change - A Dialectical Perspective, in: *Academy of Management Review*, 27. Jg., 2/2002, S. 222-247.

Shepherd, C./ Challenger, R. (2013): Revisiting Paradigm(s) in Management Research - A Rhetorical Analysis of the Paradigm Wars, in: *International Journal of Management Reviews*, 15. Jg., 2/2013, S. 225-244.

Siegel, N. A. (2007): Rot-Grün und die Pfeiler des deutschen Kapitalismus, in: Egle, C./ Zohnhöfer, R. (Hrsg.): *Ende des rot-grünen Projektes - Eine Bilanz der Regierung Schröder 2002-2005*, Wiesbaden 2007, S. 379-407.

Sillince, J. A. A./ Brown, A. D. (2009): Multiple Organizational Identities and Legitimacy - The Rhetoric of Police Websites, in: *Human Relations*, 62. Jg., 12/2009, S. 1829-1856.

Simpson, B./ Carroll, B. (2008): Re-viewing 'Role' in Processes of Identity Construction, in: *Organization*, 15. Jg., 1/2008, S. 29-50.

Sirgy, M. J. (2002): Measuring Corporate Performance by Building on the Stakeholders Model of Business Ethics, in: *Journal of Business Ethics*, 35. Jg., 3/2002, S. 143-162.

Spicer, A./ Sewell, G. (2010): From National Service to Global Player - Transforming the Organizational Logic of a Public Broadcaster, in: *Journal of Management Studies*, 47. Jg., 6/2010, S. 913-943.

Steinert, A. (2007): Reputation durch Corporate Social Responsibility, in: Rieksmeier, J. (Hrsg.): *Praxisbuch: Politische Interessenvermittlung - Instrumente - Kampagnen - Lobbying*, Wiesbaden 2007, S. 44-50.

Steinke, I. (2007): Qualitätssicherung in der qualitativen Forschung, in: Kuckartz, U./ Grunenberg, H./ Dresing, T. (Hrsg.): *Qualitative Datenanalyse - computergestützt*, Wiesbaden 2007, S. 176-187.

Steurer, R. (2006): Mapping Stakeholder Theory Anew - From the 'Stakeholder Theory of the Firm' to three Perspectives on Business-Society Relations, in: *Business Strategy and the Environment*, 15. Jg., 1/2006, S. 55-69.

Steurer, R. (2010): The Role of Governments in Corporate Social Responsibility - Characterising Public Policies on CSR in Europe, in: *Policy Sciences*, 43. Jg., 1/2010, S. 49-72.

Steurer, R. (2012): Die Rolle der Politik im Themenfeld CSR, in: Schneider, A./ Schmidpeter, R. (Hrsg.): *Corporate Social Responsibility - Verantwortungsvolle Unternehmensführung in Theorie und Praxis*, Berlin 2012, S. 731-749.

Stinchcombe, A. L. (1997): On the Virtues of the Old Institutionalism, in: *Annual Review of Sociology*, 23. Jg., 1/1997, S. 1-18.

Stoy, V. (2013): Schritt für Schritt zu neuen Zielen - Der inkrementelle Wandlungsprozess des deutschen Wohlfahrtsstaates in den Politikfeldern Rente, Gesundheit und Familie, in: Trüdinger, E.-M./ Gabriel, O. W. (Hrsg.): *Reformen des Sozialstaates in Deutschland - Reformbereitschaft und Reformakzeptanz der Bürger*, Baden-Baden 2013, S. 21-46.

- Strauss, A. L. (1998): Grundlagen qualitativer Sozialforschung - Datenanalyse und Theoriebildung in der empirischen soziologischen Forschung, 2. Aufl., in: UTB für Wissenschaft, Bd. 1776, München 1998.
- Stryker, R. (2002): A Political Approach to Organizations and Institutions, in: Lounsbury, M./ Ventresca, M. J. (Hrsg.): Social Structure and Organizations Revisited, Bingley 2002, S. 169-191.
- Stüwe, K. (2015): Wieczorek-Zeul, Heidemarie, in: Kempf, U./ Merz, H.-G./ Gloe, M. (Hrsg.): Kanzler und Minister 2005 - 2013, Wiesbaden 2015, S. 251-255.
- Suchman, M. C. (1995): Managing Legitimacy - Strategic and Institutional Approaches, in: Academy of Management Review, 20. Jg., 3/1995, S. 571-610.
- Suddaby, R. (2010): Challenges for Institutional Theory, in: Journal of Management Inquiry, 19. Jg., 1/2010, S. 14-20.
- Suddaby, R. et al. (2010): Organizations and Their Institutional Environments - Bringing Meaning, Values, and Culture Back in. Introduction to the Special Research Forum, in: Academy of Management Journal, 53. Jg., 6/2010, S. 1234-1240.
- Suddaby, R./ Greenwood, R. (2005): Rhetorical Strategies of Legitimacy, in: Administrative Science Quarterly, 50. Jg., 1/2005, S. 35-67.
- Suddaby, R./ Greenwood, R. (2011): Methodological Issues in Researching Institutional Change, in: Buchanan, D. A./ Bryman, A. (Hrsg.): The SAGE Handbook of Organizational Research Methods, Los Angeles 2011, S. 176-195.
- Sveningsson, S./ Alvesson, M. (2003): Managing Managerial Identities - Organizational Fragmentation, Discourse and Identity Struggle, in: Human Relations, 56. Jg., 10/2003, S. 1163-1193.
- Tan, J./ Wang, L. (2011): MNC Strategic Responses to Ethical Pressure - An Institutional Logic Perspective, in: Journal of Business Ethics, 98. Jg., 3/2011, S. 373-390.
- Taneja, S. S./ Taneja, P. K./ Gupta, R. K. (2011): Researches in Corporate Social Responsibility - A Review of Shifting Focus, Paradigms, and Methodologies, in: Journal of Business Ethics, 101. Jg., 3/2011, S. 343-364.

- Tempel, A./ Walgenbach, P. (2006): "New Institutionalism" und "European Institutionalism" - Verhältnis und Vergleich, in: Senge, K./ Hellmann, K.-U. (Hrsg.): Einführung in den Neo-Institutionalismus, Wiesbaden 2006, S. 185-197.
- Thelen, K. (1999): Historical Institutionalism in Comparative Politics, in: Annual Review of Political Science, 2. Jg., 1/1999, S. 369-404.
- Thornton, P. H. (2002): The Rise of the Corporation in a Craft Industry - Conflict and Conformity in Institutional Logics, in: Academy of Management Journal, 45. Jg., 1/2002, S. 81-101.
- Thornton, P. H./ Ocasio, W. (1999): Institutional Logics and the Historical Contingency of Power in Organizations - Executive Succession in the Higher Education Publishing Industry, 1958-1990, in: American Journal of Sociology, 105. Jg., 3/1999, S. 801-843.
- Thornton, P. H./ Ocasio, W. (2008): Institutional Logics, in: Greenwood, R. et al. (Hrsg.): The SAGE Handbook of Organizational Institutionalism, Los Angeles 2008, S. 99-129.
- Thornton, P. H./ Ocasio, W./ Lounsbury, M. (2012): The Institutional Logics Perspective - A New Approach to Culture, Structure and Process, Oxford 2012.
- Titscher, S. et al. (1998): Methoden der Textanalyse - Leitfaden und Überblick, Opladen 1998.
- Tolbert, P. S./ Zucker, L. G. (1983): Institutional Sources of Change in the Formal Structure of Organizations - The Diffusion of Civil Service Reform, 1880-1935, in: Administrative Science Quarterly, 28. Jg., 1/1983, S. 22-39.
- Trautner, J. (2012): CSR in der deutschen Politik, in: Schneider, A./ Schmidpeter, R. (Hrsg.): Corporate Social Responsibility - Verantwortungsvolle Unternehmensführung in Theorie und Praxis, Berlin 2012, S. 751-762.
- Trautnitz, G. (2009): Normative Grundlagen der Wirtschaftsethik - Ein Beitrag zur Bestimmung ihres Ausgangsparadigmas, in: Volkswirtschaftliche Schriften, Bd. 554, Berlin 2009.

- Truschkat, I. (2008): Kompetenzdiskurs und Bewerbungsgespräche - Eine Dispositivanalyse (neuer) Rationalitäten sozialer Differenzierung, Wiesbaden 2008.
- Turner, J. C. (2010): Towards a Cognitive Redefinition of the Social Group, in: Tajfel, H. (Hrsg.): Social Identity and Intergroup Relations, Cambridge 2010, S. 15-40.
- Ulrich, P. (2000): Integrative Wirtschaftsethik - Grundlagenreflexion der ökonomischen Vernunft, in: Ethik und Sozialwissenschaften, 11. Jg., 4/2000, S. 555-567.
- Vail, M. I. (2014): Varieties of Liberalism - Keynesian Responses to the Great Recession in France and Germany, in: Governance, 27. Jg., 1/2014, S. 63-85.
- Vallentin, S. (2010): The Business of Business and the Politics of Opinion, in: Muhr, S. L./ Sørensen, B. M./ Vallentin, S. (Hrsg.): Ethics and Organizational Practice - Questioning the Moral Foundations of Management, Cheltenham 2010, S. 81-100.
- Vallentin, S. (2015): Governmentalities of CSR - Danish Government Policy as a Reflection of Political Difference, in: Journal of Business Ethics, 127. Jg., 1/2015, S. 33-47.
- Vallentin, S./ Murillo, D. (2012): Governmentality and the Politics of CSR, in: Organization, 19. Jg., 6/2012, S. 825-843.
- van de Ven, A. H. (2007): Engaged Scholarship - A Guide for Organizational and Social Research, Oxford 2007.
- van Evera, S. (1997): Guide to Methods for Students of Political Science, Ithaca 1997.
- van Marrewijk, M. (2003): Concepts and Definitions of CSR and Corporate Sustainability - Between Agency and Communion, in: Journal of Business Ethics, 44. Jg., 2/2003, S. 95-105.
- van Riel, C. B. M./ Balmer, J. M. T. (1997): Corporate Identity - The Concept, Its Measurement and Management, in: European Journal of Marketing, 31. Jg., 5/6/1997, S. 340-355.
- Vaughan, D. (2008): Bourdieu and Organizations - The Empirical Challenge, in: Theory and Society, 37. Jg., 1/2008, S. 65-81.

Viehöver, W. (2010): Die Wissenschaft und die Wiederverzauberung des sublimaren Raumes - Der Klimadiskurs im Licht der narrativen Diskursanalyse, in: Keller, R. et al. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse - Band 2: Forschungspraxis, 4. Aufl, Wiesbaden 2010, S. 233-269.

Viehöver, W. (2011): Diskurse als Narrationen, in: Keller, R. et al. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse - Band 1: Theorien und Methoden, 3., erw. Aufl., Wiesbaden 2011, S. 193-224.

Vogel, R./ Hansen, N. K. (2010): Organisationale Identität - Bibliometrische Diskursanalyse und Ausblick auf einen praxistheoretischen Zugang, in: Diskussionspapiere des Schwerpunktes Unternehmensführung am Fachbereich BWL der Universität Hamburg, Nr. 03/2010, Schwerpunkt Unternehmensführung am Fachbereich BWL der Universität Hamburg, Hamburg.

von Winter, T./ Willems, U. (2009): Zum Wandel der Interessenvermittlung in Politikfeldern - Zentrale Befunde aus der Verbände- und der Policy-Forschung, in: Rehder, B./ von Winter, T./ Willems, U. (Hrsg.): Interessenvermittlung in Politikfeldern - Vergleichende Befunde der Policy- und Verbändeforschung, Wiesbaden 2009, S. 9-29.

Votaw, D. (1972): Genius Becomes Rare - A Comment on the Doctrine of Social Responsibility Pt. I., in: California Management Review, 15. Jg., 2/1972, S. 25-31.

Waddock, S. (2004): Parallel Universes - Companies, Academics, and the Progress of Corporate Citizenship, in: Business & Society Review, 109. Jg., 1/2004, S. 5-42.

Wagschal, U. (2007): Auf dem Weg zum Sanierungsfall? - Die rot-grüne Finanzpolitik seit 2002, in: Egle, C./ Zohlhnhöfer, R. (Hrsg.): Ende des rot-grünen Projektes - Eine Bilanz der Regierung Schröder 2002-2005, Wiesbaden 2007, S. 241-270.

Wagschal, U. (2015): Niebel, Dirk-Ekkehard, in: Kempf, U./ Merz, H.-G./ Gloe, M. (Hrsg.): Kanzler und Minister 2005 - 2013, Wiesbaden 2015, S. 158-161.

Waldschmidt, A./ Lingnau, K. (2008): Civil Rights or Social Rights? - Europeanization and its Impact on the German Antidiscrimination Policy Relating to Disabled People, URL: <http://idis.uni-koeln.de/wp->

content/uploads/waldschmidt_lingnau_paper-08-05-29-1.pdf, Stand: 19.08.2015.

Walgensbach, P./ Meyer, R. E. (2008): Neoinstitutionalistische Organisationstheorie, Stuttgart 2008.

Wartick, S. L./ Cochran, P. L. (1985): The Evolution of the Corporate Social Performance Model, in: Academy of Management Review, 10. Jg., 4/1985, S. 758-769.

Weber, M. (1972): Wirtschaft und Gesellschaft - Grundriss der verstehenden Soziologie, 5. Aufl., Tübingen 1972.

Weick, K. E. (1976): Educational Organizations as Loosely Coupled Systems, in: Administrative Science Quarterly, 21. Jg., 1/1976, S. 1-19.

Weick, K. E. (1995): Sensemaking in Organizations, Los Angeles 1995.

Weinacht, P.-L. (2015): Seehofer, Horst, in: Kempf, U./ Merz, H.-G./ Gloe, M. (Hrsg.): Kanzler und Minister 2005 - 2013, Wiesbaden 2015, S. 215-219.

Welsch, J. (2005): Innovationspolitik - Eine problemorientierte Einführung, Wiesbaden 2005.

Welsh, H. A. (2015): Kontinuität als Markenzeichen - Die Bildungspolitik der christlich-liberalen Koalition (2009-2013), in: Zohnhöfer, R./ Saalfeld, T. (Hrsg.): Politik im Schatten der Krise, Wiesbaden 2015, S. 469-491.

Westenholz, A. (2009): Institutional Entrepreneurs Performing in Meaning Arenas - Transgressing Institutional Logics in Two Organizational Fields, in: Meyer, R. E. et al. (Hrsg.): Institutions and Ideology, Bingley 2009, S. 283-311.

Wheeler, D./ Colbert, B. A./ Freeman, R. E. (2003): Focusing on Value - Reconciling Corporate Social Responsibility, Sustainability and a Stakeholder Approach in a Network World, in: Journal of General Management, 28. Jg., 3/2003, S. 1-28.

Whelan, G./ Arnold, D. G. (2012): The Political Perspective of Corporate Social Responsibility, in: Business Ethics Quarterly, 22. Jg., 4/2012, S. 709-737.

Whetten, D. A. (2006): Albert and Whetten Revisited - Strengthening the Concept of Organizational Identity, in: *Journal of Management Inquiry*, 15. Jg., 3/2006, S. 219-234.

Whetten, D. A./ Mackey, A. (2002): A Social Actor Conception of Organizational Identity and Its Implications for the Study of Organizational Reputation, in: *Business & Society*, 41. Jg., 4/2002, S. 393-414.

Wicks, D. (2001): Institutionalized Mindsets of Invulnerability - Differentiated Institutional Fields and the Antecedents of Organizational Crisis, in: *Organization Studies*, 22. Jg., 4/2001, S. 659-692.

Wiesenfeld, B. M./ Hewlin, P. F. (2003): Splintered Identity and Organizational Change - The Predicament of Boundary Spanning Managers, in: Polzer, J. T. (Hrsg.): *Identity Issues in Groups*, Amsterdam 2003, S. 27-52.

Wiesner, R. (2014): Die große Lösung als eine Etappe auf dem Weg zur Inklusion, in: *Soziale Passagen*, 6. Jg., 1/2014, S. 55-68.

Wijen, F./ Ansari, S. (2007): Overcoming Inaction through Collective Institutional Entrepreneurship - Insights from Regime Theory, in: *Organization Studies*, 28. Jg., 7/2007, S. 1079-1100.

Wodak, R. (2001): Politikwissenschaft und Diskursanalyse - Diskurs in/der Politik, in: Markovits, A. S./ Rosenberger, S. K. (Hrsg.): *Demokratie - Modus und Telos*, Beiträge für Anton Pelinka, Wien 2001, S. 75-99.

Wolf, F. (2006): Bildungspolitik - Föderale Vielfalt und gesamtstaatliche Vermittlung, in: Schmidt, M. G./ Zohnhöfer, R. (Hrsg.): *Regieren in der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden 2006, S. 221-241.

Wolf, F. (2010): Beiträge staatlicher Stellen, in: Barz, H. (Hrsg.): *Handbuch Bildungsfinanzierung*, Wiesbaden 2010, S. 341-351.

Wolf, F./ Henkes, C. (2007): Die Bildungspolitik von 2002 bis 2005 - Eine Misserfolgsgeschichte und ihre Ursachen, in: Egle, C./ Zohnhöfer, R. (Hrsg.): *Ende des rot-grünen Projektes - Eine Bilanz der Regierung Schröder 2002-2005*, Wiesbaden 2007, S. 355-378.

Wolff, F. et al. (2009): Rhetoric and Realities in CSR - Main Findings and Implications for Public Policy and Research, in: Barth, R./ Wolff, F.

(Hrsg.): Corporate Social Responsibility in Europe - Rhetoric and Realities, Cheltenham 2009, S. 289-311.

Wolff, S. (2013): Disaggregierte öffentliche Leistungserbringung zwischen Eigenerstellung und Wettbewerb - Public-Private Partnership im Bildungsbereich, Wiesbaden 2013.

Wollmann, H. (2000): Staat und Verwaltung in den 90er Jahren - Kontinuität oder Veränderungswelle?, in: Czada, R./ Wollmann, H. (Hrsg.): Von der Bonner zur Berliner Republik - 10 Jahre Deutsche Einheit, Wiesbaden 2000, S. 694-731.

Wood, D. J. (1991): Social Issues in Management - Theory and Research in Corporate Social Performance, in: Journal of Management, 17. Jg., 2/1991, S. 383-406.

Wooten, M./ Hoffman, A. J. (2008): Organizational Fields - Past, Present and Future, in: Greenwood, R. et al. (Hrsg.): The SAGE Handbook of Organizational Institutionalism, Los Angeles 2008, S. 130-147.

Yang, X./ Rivers, C. (2009): Antecedents of CSR Practices in MNCs' Subsidiaries - A Stakeholder and Institutional Perspective, in: Journal of Business Ethics, 86. Jg., Supplement 2/2009, S. 155-169.

Yanow, D./ Ybema, S. (2011): Interpretivism in Organizational Research - On Elephants and Blind Researchers, in: Buchanan, D. A./ Bryman, A. (Hrsg.): The SAGE Handbook of Organizational Research Methods, Los Angeles 2011, S. 39-59.

Ybema, S. et al. (2009): Articulating Identities, in: Human Relations, 62. Jg., 3/2009, S. 299-322.

Ybema, S. (2010): Talk of Change - Temporal Contrasts and Collective Identities, in: Organization Studies, 31. Jg., 4/2010, S. 481-503.

Ybema, S./ Vroemisse, M./ van Marrewijk, A. (2012): Constructing Identity by Deconstructing Differences - Building Partnerships Across Cultural and Hierarchical Divides, in: Scandinavian Journal of Management, 28. Jg., 1/2012, S. 48-59.

Yin, R. K. (1992): The Case Study Method as a Tool for Doing Evaluation, in: Current Sociology, 40. Jg., 1/1992, S. 121-137.

Yollu-Tok, A./ Sesselmeier, W. (2012): Vollbeschäftigung - Ein zeit- und gesellschaftskontingenter Begriff, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 14-15/2012, S. 13-19.

Zadek, S. (2001): *Third Generation Corporate Citizenship - Public Policy and Business in Society*, London 2001.

Zietsma, C./ Lawrence, T. B. (2010): Institutional Work in the Transformation of an Organizational Field - The Interplay of Boundary Work and Practice Work, in: *Administrative Science Quarterly*, 55. Jg., 2/2010, S. 189-221.

Zilber, T. B. (2002): Institutionalization as an Interplay between Actions, Meanings, and Actors - The Case of a Rape Crisis Center in Israel, in: *Academy of Management Journal*, 45. Jg., 1/2002, S. 234-254.

Zilber, T. B. (2006): The Work of the Symbolic in Institutional Processes - Translations of Rational Myths in Israeli High Tech, in: *Academy of Management Journal*, 49. Jg., 2/2006, S. 281-303.

Zilber, T. B. (2008): The Work of Meanings in Institutional Processes and Thinking, in: Greenwood, R. et al. (Hrsg.): *The SAGE Handbook of Organizational Institutionalism*, Los Angeles 2008, S. 151-169.

Zilber, T. B. (2011): Institutional Multiplicity in Practice - A Tale of Two High-Tech Conferences in Israel, in: *Organization Science*, 22. Jg., 6/2011, S. 1539-1559.

Zilber, T. B. (2012): The Relevance of Institutional Theory for the Study of Organizational Culture, in: *Journal of Management Inquiry*, 21. Jg., 1/2012, S. 88-93.

Zilber, T. B. (2013): Institutional Logics and Institutional Work - Should They Be Agreed?, in: Lounsbury, M./ Boxenbaum, E. (Hrsg.): *Institutional Logics in Action*, Part A, Bingley 2013, S. 77-96.

Zirfas, J. (2010): Identität in der Moderne - Eine Einleitung, in: Jörissen, B./ Zirfas, J. (Hrsg.): *Schlüsselwerke der Identitätsforschung*, Wiesbaden 2010, S. 9-17.

Zohlhöfer, R. (2003): Rot-grüne Finanzpolitik zwischen traditioneller Sozialdemokratie und neuer Mitte, in: Egle, C./ Ostheim, T./ Zohlhöfer, R. (Hrsg.): *Das rot-grüne Projekt - Eine Bilanz der Regierung Schröder, 1998-2002*, Wiesbaden 2003, S. 193-214.

Zohlnhöfer, R. (2006): Vom Wirtschaftswunder zum kranken Mann Europas? - Wirtschaftspolitik seit 1945, in: Schmidt, M. G./ Zohlnhöfer, R. (Hrsg.): Regieren in der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2006, S. 285-313.

Zohlnhöfer, R. (2011): Between a Rock and a Hard Place - The Grand Coalition's Response to the Economic Crisis, in: German Politics, 20. Jg., 2/2011, S. 227-242.

Zohlnhöfer, R./ Engler, F. (2015): Politik nach Stimmungslage?, in: Zohlnhöfer, R./ Saalfeld, T. (Hrsg.): Politik im Schatten der Krise, Wiesbaden 2015, S. 137-167.

Zohlnhöfer, R./ Saalfeld, T. (Hrsg.) (2015): Politik im Schatten der Krise, Wiesbaden 2015.

Zucker, L. G. (1977): The Role of Institutionalization in Cultural Persistence, in: American Sociological Review, 42. Jg., 5/1977, S. 726-743.

Zucker, L. G. (1988): Where do Institutional Patterns Come from? - Organizations as Actors in Social Systems, in: Zucker, L. G. (Hrsg.): Institutional Patterns and Organizations - Culture and Environment, Cambridge 1988, S. 23-49.



University
of Bamberg
Press

Unternehmensverantwortung hat in Deutschland eine lange Tradition. Seit einiger Zeit wird im deutschen politischen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Diskurs häufig der Begriff Corporate Social Responsibility (CSR) im Zusammenhang mit Erwartungen an verantwortliche Unternehmensführung verwendet. Es wird kontrovers diskutiert, ob die relativ neue Bezeichnung auch für eine veränderte Erwartung von Politik und Gesellschaft an Unternehmensverantwortung steht. Legitimität wird Unternehmen dabei nur dann zugesprochen, wenn sie den Erwartungen gerecht werden, die aus Politik und Gesellschaft an sie gerichtet werden. Die Bundesregierung hat dabei eine zentrale Rolle inne. Denn sie kann einerseits gesellschaftliche Erwartungen an Unternehmen beeinflussen. Andererseits kann sie bei einem Verlust von Legitimität Unternehmen rechtlich bindende Vorgaben machen.

Der Frage, ob aus der Verwendung des Begriffs CSR durch die Bundesregierung eine veränderte Erwartungshaltung gegenüber Unternehmen abgeleitet werden kann, wird nachgegangen. Dazu dient eine auf der Wissenssoziologischen Diskursanalyse und der institutionellen Logik-Perspektive aufbauende Analyse von Redemanuskripten aus dem Bundeskanzleramt der Jahre 1991 bis 2013. Dabei zeigt sich, dass die Bundesregierungen den Unternehmen über die Zeit graduell mehr Verantwortung zuschreiben. Für Unternehmen relevant ist zudem die Erkenntnis, dass sie die Verantwortungszuschreibung und damit letztlich auch den Inhalt von an sie gerichteten Erwartungen aktiv beeinflussen können.

ISBN 978-3-86309-449-2



www.uni-bamberg.de/ubp/